

Die Anfänge des Hamburger Abendblattes von 1948 bis 1965

– Eine biografische Studie über seine Redaktion –

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
an der Fakultät für Geisteswissenschaften
Fach Mittlere und Neuere Geschichte
der Universität Hamburg

vorgelegt von

Florian Jaster

Hamburg, 2024

Datum der Disputation: 8. November 2024

Erstgutachter: Prof. Dr. Dr. Rainer Hering

Zweitgutachter: PD Dr. Knud Andresen

Danksagung

Am Ende meines Dissertationsprojektes möchte ich mich vor allem bei denjenigen Personen bedanken, die mich in dieser Zeit begleitet und unterstützt haben. Insbesondere gilt mein Dank meinem Doktorvater Professor Rainer Hering, der ein sehr unterstützender, aufmerksamer und wertschätzender Mentor in der gesamten Zeit meiner Dissertation war. Der konstruktive Austausch in den Oberseminaren hat einen bedeutenden Anteil daran, dass ich kontinuierlich und zielorientiert weiterarbeiten konnte.

Darüber hinaus möchte ich den Archiven danken, die ich während meiner Recherchen aufsuchte und die mir unterstützend und freundlich zur Seite standen. Hierbei möchte ich vor allem Lars-Broder Keil hervorheben, der mir hinsichtlich der Quellen aus dem Axel-Springer Unternehmensarchiv in Berlin sehr behilflich war. Die Besuche waren stets erkenntnisreich und die Gespräche gewinnbringend. Mein Dank gilt auch den Hinterbliebenen, die sich dazu bereit erklärten, über ihre Verwandten Auskunft zu geben und mir Materialien aus den persönlichen Sammlungen haben zukommen lassen.

Zum Abschluss möchte ich meinen Freunden danken, die entweder Korrektur lasen, mich in schwierigen Zeiten motivierten oder mir arbeitsorganisatorische Hilfestellungen gaben. Mein größter Dank gilt jedoch meinen wundervollen Eltern, Andrea und Hans-Werner, die während meiner gesamten akademischen Laufbahn für mich da waren. Ohne eure jahrelange Unterstützung, liebevolle Fürsorge oder sachkritischen Anmerkungen wäre ich nicht so weit gekommen. Vielen Dank.

Für Gerhard

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
1.1.	Problemstellung und Methodik	5
1.2.	Quellenlage.....	11
1.3.	Forschungsstand	13
2.	Hamburger Presse im Nationalsozialismus	18
2.1.	Pressepolitik des Staates	18
2.2.	Einschränkungen der Journalisten im Nationalsozialismus.....	26
2.3.	Entwicklung Hamburger Tageszeitungen im Nationalsozialismus	28
3.	Neuordnung unter britischer Besatzung	33
3.1.	Die Pressepolitik der Alliierten.....	34
3.2.	Lizenzierungsphase und Entwicklung der Lizenzpresse.....	40
3.3.	Entnazifizierung des Hamburger Pressewesens.....	49
3.4.	Die Hamburger Presse nach der britischen Besatzung	57
4.	Anfänge des Hamburger Abendblattes	63
4.1.	Lizenzvergabe	64
4.2.	Werbestrategien und publizistisches Konzept	71
4.3.	Konkurrenzsituation auf dem Hamburger Pressemarkt	83
4.3.1.	Der Konflikt mit dem Broschek Verlag	83
4.3.2.	„Bild“ und „Bild am Sonntag“	87
4.3.3.	Kauf der „Welt“ und der Niedergang der „Parteirichtungszeitungen“ ...	89
4.3.4.	Übernahme des Ullstein Verlages	93
4.4.	Kritik am „Abendblatt“	99
5.	Die Auswertung der Biografien	105
5.1.	Quellenproblematik und Kategorienbildung.....	106
5.2.	Sozialstatistische Merkmale.....	110
5.2.1.	Herkunft der Redakteure und Redakteurinnen.....	112
5.2.2.	Konfessionelle Zugehörigkeit	113
5.2.3.	Wohnorte und soziales Umfeld	116
5.3.	Generationen	119
5.4.	Berufliche Werdegänge.....	124
5.4.1.	Ausbildung	125
5.4.2.	Beschäftigung vor der Einstellung beim „Abendblatt“	127

5.4.3.	Frauen beim „Abendblatt“	132
5.5.	Nationalsozialistische Vergangenheit	134
5.5.1.	Parteizugehörigkeit.....	135
5.5.2.	Vereinigungen und Organisationen.....	138
5.5.3.	Verantwortung und Belastung.....	143
5.6.	Neuanfang, Rückkehr und Kontinuität	146
5.7.	Personalpolitik Springers	151
6.	Journalistische Protagonisten	158
6.1.	Die Chefredakteure	159
6.1.1.	Wilhelm Schulze	160
6.1.2.	Otto Siemer	163
6.1.3.	Martin Saller.....	166
6.2.	Die Karrieristen.....	170
6.2.1.	Rudolf Michael.....	171
6.2.2.	Christian Kracht	179
6.2.3.	Peter Tamm	184
6.3.	Die Kolumnisten	193
6.3.1.	Wilhelm Backhaus	193
6.3.2.	Hildegard Damrow	203
6.4.	Umgang mit Ablehnung: Das Beispiel Georg Nawrocki.....	208
6.5.	Einzelbiografien im Spannungsfeld von Karriere und Selbstbild des „Abendblattes“	216
7.	Berichterstattung über die nationalsozialistische Vergangenheit	219
7.1.	Quellenproblematik und Kriterien	222
7.2.	Berichterstattung in den 1950-er und 1960-er Jahren in der BRD.....	225
7.2.1.	Entwicklung der bundesdeutschen Tagespresse.....	226
7.2.2.	Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und der Umgang mit der Schuldfrage	231
7.3.	Gesetze über die NS-Vergangenheit im „Abendblatt“	240
7.3.1.	Die Wiedereingliederung der Beamten 1951	241
7.3.2.	Das Luxemburger Abkommen von 1952	245
7.3.3.	Das Amnestiegesetz von 1954	248
7.4.	Hamburger Gerichtsprozesse im „Abendblatt“	251
7.4.1.	Veit Harlan	254
7.4.2.	Friedrich Nieland.....	263
7.5.	Überregionale und internationale Gerichtsprozesse im „Abendblatt“	273
7.5.1.	Eichmann-Prozess	273
7.5.2.	Frankfurter Auschwitz-Prozess	285

7.6.	Demokratieverständnis im „Abendblatt“	292
7.7.	Publizistisches Profil im Rahmen der Vergangenheitsaufarbeitung	296
8.	Fazit	302
9.	Abkürzungsverzeichnis.....	312
10.	Literatur- und Quellenverzeichnis	314
10.1.	Literaturverzeichnis.....	314
10.2.	Quellenverzeichnis	323
10.2.1.	Archivische Quellen.....	323
10.2.2.	Gedruckte Quellen.....	325

1. Einleitung

„Unsere Linie: die gute verlässliche Information.
Unsere Politik: Menschlichkeit, Klärung und Ausgleich.“¹

Mit diesen Worten charakterisierte der Verleger des Springer Verlages und Gründer des Hamburger Abendblattes² Axel Springer die neu gegründete Tageszeitung bei deren Taufe an der Alster am 16. Oktober 1948. Aus dem Auszug aus seiner Rede gehen zwei essenzielle Leitideen des HABL hervor: „Menschlichkeit“ und „verlässliche Information“. Springer hatte den Anspruch, die Bedürfnisse der Hamburger Bürgerinnen und Bürger in den Fokus zu rücken und nach den Schrecken des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges für Versöhnung und ein gemeinschaftliches Miteinander innerhalb der Gesellschaft zu werben. Der Werbeleiter Hans-Heinrich Schreckenbach setzte mit dem Slogan „Seid nett zueinander“ einen neuen Maßstab innerhalb der Werbestrategien und Konzepte der Presselandschaft in Hamburg.³ Der eingängige Werbeslogan suggerierte dem Rezipienten nicht nur ein tolerantes Miteinander in einer Zeit, in der das Denunziantentum eine präesente Begleiterscheinung der Gesellschaft war, sondern auch, dass das HABL eine Zeitung sei, die den Leser schone und seinen Bedürfnissen nach Ruhe und Beständigkeit nachkomme.

Ferner stellte das HABL neben der von den Briten herausgegebenen „Welt“ die erste politisch-unabhängige Tageszeitung auf dem Hamburger Pressemarkt dar und wollte mit seinem publizistischen Konzept eine Lücke füllen, die die parteiorientierten Lizenzzeitungen nicht bedienen konnten. Springers Plan hatte Erfolg. Das HABL verdreifachte

¹ Art. „Zeitungstaupe an der Alster“, in: HABL Nr. 2, 16.10.1948, S. 3.

² Fortan HABL.

³ Wenig, Peter: Seid nett zueinander. Wie es damals war, in: HABL-Online, August 2019.URL: <https://habl.abendblatt.de/hamburg/article226649793/Seid-nett-zueinander-wie-es-damals-war.html>. (eingesehen am 15.2.2022).

innerhalb von zwei Jahren seine Auflagen und bezeichnete sich in einem Artikel von 1952 als „die auflagenstärkste Tageszeitung der Republik“⁴.

Zunächst sah es für die Gründung einer neuen Hamburger Zeitung schlecht aus. Axel Springers Vorhaben hatte nur eine geringe Chance auf Erfolg, als er seinen Lizenzantrag am 15. November 1947 bei der britischen Militärregierung einreichte. Er besaß zu diesem Zeitpunkt bereits mit der „Hör Zu“ und den „Nordwestdeutschen Heften“ zwei Zeitungen auf dem Hamburger Pressemarkt, sodass seine Mitbewerber den Vortritt bei der Vergabe einer Drucklizenz erhalten sollten. Letztendlich hatte Springer jedoch einige entscheidende Vorteile gegenüber seiner Konkurrenz: Neben seiner Kapitalkraft und seiner Erfahrung als Hamburger Verleger waren seine guten Beziehungen zur Hamburger Regierung und insbesondere zu dem Oberbürgermeister und Sozialdemokraten Max Brauer ein wichtiges Argument für die Zulassung seiner Zeitung.

Bevor das HABL jedoch am 14. Oktober 1948 zum ersten Mal erscheinen konnte, hatte Springer bereits Anfang 1946 seine Ideen und Entwürfe einer Zeitung im dritten Stock des Flakbunkers am Heiligen Geistfeld mit Weggefährten und Beratern wie z. B. Rudolf Michael⁵, Otto Siemer⁶, Walter Hansemann⁷, Christian Kracht⁸ oder Hans Zehrer⁹ besprochen und den Grundstein für eine neue Tageszeitung in Hamburg gelegt. Die aufgeführten Journalisten spielen nicht nur durch ihr Mitwirken bei der Gründung der Zeitung eine maßgebliche Rolle. Einige von ihnen hatten bereits Erfahrungen als Journalisten im Nationalsozialismus gesammelt und wurden nach der Überprüfung durch die Briten wieder beschäftigt. Darüber hinaus genossen sie Springers Vertrauen und machten Karriere im Verlag.

Aufgrund des Fachkräftemangels in der Nachkriegszeit stellten personelle Kontinuitäten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens keine Ausnahme dar und wurden mit Blick

⁴ Art. „Deutschlands größte Zeitung senkt ihren Bezugspreis“, in: HABL Nr. 213, 13.9.1952.

⁵ Sonntag, Christian: Medienkarrieren. Biografische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten 1946–1949, München 2006, S. 238.

⁶ Führer, Karl Christian: Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930–1960, Hamburg 2008 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 20), S. 69.

⁷ Rede Axel Springers am 18.10.1968 zum zwanzigjährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Axel Springer.

⁸ Führer: Medienmetropole, S. 67.

⁹ Köhler, Otto: Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher, München 1995, S. 331 f.

auf das Hamburger Pressewesen der Nachkriegszeit hinlänglich nachgewiesen.¹⁰ Wesentliche Untersuchungsaspekte dieser Arbeit sind daher, welche Funktion die Journalisten bei ihrer neuen Zeitung hatten und welchen Einfluss sie auf das HABL ausübten.

Rudolf Michael erhielt ein Berufsverbot von zwei Jahren aufgrund seiner Vergangenheit im „Dritten Reich“. Er war u. a. Ressortleiter für Politik beim Hamburger Fremdenblatt¹¹, das als eine von drei Tageszeitungen im Nationalsozialismus bis 1944 Ausgaben veröffentlichen durfte. Die britische Militärregierung legte ihm vor allem einen Artikel zur Reichspogromnacht vom 9. November 1938 zur Last, wodurch er als „belastet“ eingestuft wurde.¹² Bereits bei der Erstausgabe des HABL wirkte er als Ressortleiter für Lokales mit, wurde aber noch nicht im Impressum vermerkt.¹³ Andere Redakteure und Redakteurinnen, die keine leitende Funktion im Nationalsozialismus gehabt hatten, wurden im Rahmen der Entnazifizierung lediglich oberflächlich überprüft.¹⁴

Die Arbeit unternimmt den Versuch, mithilfe des kollektiv-biografischen Ansatzes die Biografien der Redakteure des HABL im Zeitraum von 1948 bis 1965 zu untersuchen, zu vergleichen und auszuwerten, um abschließend zu resümieren, was die HABL-Redaktion aus sozialstatistischer und demografischer Perspektive charakterisierte und welchen Einfluss die Personalpolitik Springers auf die erste politisch-unabhängige Zeitung Hamburgs für den Zeitraum von beinahe zwanzig Jahren hatte.

In dem Lizenzantrag vom 15. November 1947 werden der Wert der unabhängigen Presse und die Bedeutung des Erziehungsauftrages des HABL hervorgehoben: „Bei der noch sehr großen Zahl der Leser, die sich nicht für eine Partei entschieden haben, dient die offene Diskussion entgegengesetzter Meinungen der Ordnung und Festigung der politischen Verhältnisse ebenso wie der staatsbürgerlichen Erziehung. [...] Diese aufbauende politische Arbeit kann nur eine Zeitung mit großen journalistischen und verlegerischen Mitteln leisten [...]. Die Erfahrung lehrt, daß man zur Demokratie nicht nur unmittelbar auf rein politischem Wege gelangt, sondern mittelbar auch dadurch, daß man die

¹⁰ Sonntag: Medienkarrieren, S. 181 ff.

¹¹ Fortan HF.

¹² Führer: Medienmetropole, S. 455 ff.

¹³ Stattdessen wurde Georg Zimmermann aufgeführt, der u. a. bis in die 1960er-Jahre für das HABL tätig war und später vom Lokal- zum Politikteil wechselte.

¹⁴ Führer: Medienmetropole, S. 455.

Menschen menschlich anspricht und in ihrer privaten Sphäre zu verstehen sucht.“¹⁵ Inwiefern das HABL seinem Demokratisierungsauftrag gerecht wurde und welches Demokratieverständnis das HABL hatte, soll ebenfalls Gegenstand der Untersuchung sein.

Von den Anfangsjahren der Zeitung bis 1965 gab es viele grundlegende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik, die mit unterschiedlicher Akzentuierung Erwähnung im HABL fanden. Ein besonderes Interesse soll dem Umgang mit Ereignissen hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit der damals noch jungen Republik gelten. Der Zeitraum für das Forschungsvorhaben erstreckt sich vom Jahr der Gründung der Zeitung bis zum ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, der von 1963 bis 1965 stattfand.¹⁶

Die Presse trug für den wirtschaftlichen und den politischen Neubeginn Deutschlands einen entscheidenden Teil dazu bei, den Wandel von der Diktatur zur Demokratie einzuleiten und diese in der Nachkriegsgesellschaft zu etablieren. Die Pressestrukturen stellten in redaktioneller und personeller Hinsicht die Weichen für den Demokratisierungsprozess der deutschen Bevölkerung. Daher ist es von elementarer Bedeutung, die ab 1949 entstandenen Zeitungen am Beispiel des HABL hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit der eigenen Redaktion und deren Einfluss auf die politische Ausrichtung der Zeitung zu untersuchen. Aber nicht nur die Anfänge des HABL sollen Gegenstand der Untersuchung sein. In diesem Zuge wird auch der Frage nachgegangen, inwiefern es personal- und inhaltspolitische Veränderungen oder Umbrüche in den ersten siebzehn Jahren der Zeitungsgeschichte gab.

Die Arbeit leistet einen Beitrag zur Aufarbeitung der Pressegeschichte der Stadt Hamburg, indem eine Tageszeitung in den Fokus gerückt wird, die nicht nur durch ihr neues publizistisches Konzept, ihre Absatzerfolge in den 1950-er- und 1960-er-Jahren und ihren Standort in der Medienmetropole, sondern vor allem durch die Biografien seiner

¹⁵ Döpfner, Mathias (Hg.): Lizenzantrag vom 15.11.1947, in: Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger, Berlin 2005, S. 172.

¹⁶ Von den bis 1968 andauernden Frankfurter Auschwitz-Prozessen wurde der erste Prozess für die Arbeit ausgewählt, da er den Auftakt der Prozesse darstellte und mit Abstand der längste der insgesamt drei Prozesse war. Hinzu kommen die Urteile, die für zwanzig Angeklagte verhängt wurden. Bei den anderen Prozessen waren es insgesamt fünf Angeklagte. Büchsel, Ulrike: Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess im Kontext seiner Vorgeschichte und Wirkung, Frankfurt am Main 2005, S. 1 ff.

Journalisten und Journalistinnen einen besonderen Stellenwert in der nachkriegszeitlichen Hamburger Presselandschaft einnimmt. Der Umgang mit der eigenen Vergangenheit und das Aufzeigen von Konsequenzen eines totalitären Regimes nehmen eine signifikante Rolle innerhalb der Vergangenheitspolitik¹⁷ und Erinnerungskultur eines Landes ein. Aus diesem Grund ist es eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart, Geschichte aufzuarbeiten und die Fehler der Vergangenheit ins gegenwärtige Bewusstsein der Gesellschaft zu rufen.

1.1. Problemstellung und Methodik

Welche Erwartungen und Hoffnungen durch die Journalisten der Nachkriegszeit geweckt wurden, machte der britische Regionalkommissar Henry Vaughn Berry im Rahmen einer Rede am Journalistentag am 6. Juni 1947 in Hamburg deutlich, als er die Redakteure als „die hauptsächlichsten Erzieher ihrer Landsleute“¹⁸ bezeichnete.

Tatsächlich stellte das Pressewesen in der Zeit von 1945 bis 1949 eine der wichtigsten Stellschrauben beim Wiederaufbau des gesellschaftlichen und politischen Lebens dar. Daher war die britische Militärregierung vor allem in diesem Bereich daran interessiert, personelle Kontinuitäten zu unterbinden und unbelasteten Verlegern Drucklizenzen zu erteilen. Die Phase der Presse-Lizenzierung begann in der britischen Besatzungszone bereits im Januar 1945 und endete am 21. September 1949.¹⁹ Von da an waren das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland²⁰ und die darin verankerte Gewerbefreiheit die rechtliche Grundlage für das Zeitungswesen.

Bereits zwei Jahre zuvor hatte Axel Springer einen Lizenzantrag beim Hamburger Pressausschuss eingereicht. Nach der Bewerbung von fünf Lizenzträgern wurde schließlich Springers Tageszeitung der Zuschlag aus Gründen erteilt, die bereits im vorherigen Kapitel erläutert wurden. So kam es, dass das HABL am 14. Oktober 1948 seine erste

¹⁷ Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 7 ff.

¹⁸ Zitiert nach Walter De Bouche: *Erster deutscher Journalistentag in Hamburg*, in: *Der Journalist* 2 (1947), HABL. 6/7, S. 2.

¹⁹ Hedderich, Oliver/Angrick, Katrin: *Lizenzpresse und Marktzutrittsphase*, Göttingen 2004, S. 16.

²⁰ Fortan BRD.

Ausgabe veröffentlichte und bereits nach wenigen Jahren einen stetigen Anstieg der Verkaufszahlen verzeichnen konnte.

Zu Beginn bestand die Redaktion aus 45 Journalisten, die u. a. in den Rubriken Politik, Lokales, Sport, Feuilleton, Wirtschaft und die „Bilderseite“ arbeiteten. Von 1950 bis 1965 kamen weitere 50 Journalisten dazu, die entweder Weggänge kompensierten oder Ergänzungen in den einzelnen Bereichen darstellten. Gegenstand der Untersuchung sind alle Personen, die als Redakteure, freie Journalisten, Chefredakteure, Fotoredakteure, Ressort- und Verlagsleiter beim HABL tätig waren.

An dieser Stelle rückt die Frage nach „Bruch, Restauration und Kontinuität“²¹ der Redakteure des HABL besonders in den Mittelpunkt. Gemeint sind hiermit die vorherigen Aufgaben und Anstellungen der Journalisten im „Dritten Reich“. Es wird untersucht, zu welchem Zeitpunkt in ihrer Karriere sie beim HABL angestellt wurden. Gibt es beispielsweise Kontinuitäten hinsichtlich ihres Aufgabenbereichs, was ergaben die Entnazifizierungsverfahren und wie hoch war der Grad der Belastung der Einzelnen? Wie viele Personen waren bereits in der Weimarer Republik journalistisch tätig gewesen und waren daher bereits mit anderen Pressestrukturen als in der Mediendiktatur vertraut? Interessant erscheint unter diesem Aspekt auch die Frage, bei welcher Zeitung sie Artikel verfasst hatten und ob sie während ihrer Tätigkeit beruflichen Einschränkungen aufgrund ihrer politischen Einstellung oder religiösen Herkunft ausgesetzt gewesen waren.

Außerdem werden die Geburtsjahrgänge der Redakteure und Redakteurinnen ermittelt, um sie anschließend in Generationen einzuteilen. Ohne dabei die Problematik des Generationsbegriffes außer Acht zu lassen, wird folgenden Fragen nachgegangen: Wie viele Generationen waren im Zeitraum von 1948 bis 1965 beim HABL tätig und wodurch lassen sie sich charakterisieren? Welche Schlüsse können daraus für die Personalpolitik Springers und die politische Ausrichtung der Zeitung gezogen werden?

Neben der Auswertung der biografischen Daten wird die Analyse ausgewählter Artikel Gegenstand der Arbeit sein. Die Auseinandersetzung im HABL mit politischen und gesellschaftlichen Ereignissen, die die Aufarbeitung der nationalsozialistischen

²¹ Frei, Norbert/Schmitz, Johannes: Journalismus im Dritten Reich, München 1989, S. 185. Christian Sonntag orientierte sich ebenfalls an dem Analyseraster nach Frei und ersetzte in seiner Arbeit den Begriff „Restauration“ mit „Wiederanfang“. Sonntag, Christian: Medienkarrieren, S. 15.

Vergangenheit betreffen, bildet ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil der Arbeit. Der Zeitraum von 1948 bis 1965 bietet eine Fülle an Gesetzen, Prozessen und Abkommen, die in diesem Zusammenhang genannt werden können. Es werden sowohl lokale als auch überregionale Ereignisse untersucht.

Wie sah zum Beispiel der Umgang mit der Verabschiedung der Amnestiegesetze von 1949 und 1954 zur Begnadigung ehemaliger Nationalsozialisten aus? Welche Rolle spielte das Luxemburger Abkommen von 1952, das eine monetäre Wiedergutmachung von 3,45 Mrd. Deutsche Mark von Deutschland an Israel vorsah? Zudem wird untersucht, welche allgemeine Rezeption Israel und die Verfolgung bzw. die Versöhnung mit den Juden in der Berichterstattung des HABL erfuhr.²² Dabei ist davon auszugehen, dass Springer vor allem Wert auf eine pro-israelische Berichterstattung legte. Im Laufe der 1950-er-Jahre engagierte er sich zunehmend für eine Aussöhnung mit Israel. Er spendete Millionenbeträge an Jerusalem, traf sich mit politischen Vertretern Israels und nahm „die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen“ 1967 als einen der vier Grundsätze in seine Verlagsphilosophie mit auf. Nichtsdestotrotz muss bei der Annahme, dass ein Arbeitskräftemangel Ende der 1940-er Jahre in Deutschland herrschte, ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, ob sich ein Widerspruch zwischen der Aussöhnungspolitik Springers und der Einstellung von möglichen belasteten Redakteuren erkennen lässt, die Mitglieder in der NSDAP oder anderen judenfeindlichen Organisationen des Nationalsozialismus waren.

Ins Blickfeld der Untersuchung geraten des Weiteren einige Gerichtsprozesse, die Ende der 1950-er-Jahre und Anfang der 1960-er-Jahre im öffentlichen Fokus standen.²³ Ferner

²² In einer Rede zum 30-jährigen Jubiläum des HABL betonte Springer wiederholt die Versöhnung mit den Juden: „Auch die Versöhnung mit den Juden und die daraus erwachsene Hilfestellung für Israel sind Teil meines Glaubens [...]“. Döpfner: Lizenzantrag, S. 247 f.

²³ Kröger, Ulrich: Die NS-Verbrechen vor westdeutschen Gerichten und ihre Rezeption in der deutschen Öffentlichkeit 1958 bis 1965 unter besonderer Berücksichtigung von Spiegel, Stern, Zeit, SZ, FAZ, Welt, Bild, HABL, NZ, Neuem Deutschland, Hamburg 1973.

werden auch lokalgeschichtliche Skandale wie der um den Holzhändler Friedrich Nieland und den Regisseur Veit Harlan²⁴ thematisiert.²⁵

Im Anschluss an die Analyse der Berichterstattung werden einzelne Biografien der Redaktion hervorgehoben und in den Blick genommen. Es werden Journalisten und eine Journalistin untersucht, die in besonderem Maße das HABL prägten. Eine Besonderheit stellt hierbei die Biografie von Georg Nawrocki dar, der laut den Angaben seiner Söhne mit einer Bewerbung beim HABL im Gründungsjahr 1948 scheiterte, obwohl er ein erfahrener und kompetenter Journalist aus Hamburg war. Der Jungverleger Axel Springer soll ihn abgelehnt haben, da er als „Kreishauptstellenleiter“ der NSDAP in Hamburg verantwortlich für den Entzug der Drucklizenz für den Verlag seines Vaters, Hammerich & Lesser, gewesen sei. Trotzdem arbeitete Nawrocki fast zwanzig Jahre bei der „Welt“, die ab 1953 zum Springer Verlag gehörte.

Zusammenfassend steht folgende Fragestellung im Zentrum des Forschungsvorhabens: Inwiefern prägten die Redakteure von 1948 bis 1965 die politische Ausrichtung des HABL im Hinblick auf die Berichterstattung zur Aufarbeitung der NS-Zeit? Darüber hinaus soll die Arbeit Aufschluss darüber geben, welches Bild das HABL von der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zeichnete und ob dieses Bild geeignet ist, die Vergangenheit zu bewältigen und eine Wiederholung dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte zu verhindern. Wird die Schuldfrage thematisiert oder weitestgehend außer Acht gelassen?

Um die Biografien der Redaktion des HABL von 1948 bis 1965 auf sinnvolle Weise zu analysieren, bietet sich die Vorgehensweise der quantitativen historischen Sozialforschung an. Insbesondere ist die Methodik der „kollektiven Biografie“ geeignet, da sie die

²⁴ Der Veit Harlan-Prozess wurde bereits von März bis April 1949 geführt und von der HABL-Redaktion beschrieben und kommentiert.

²⁵ Der Hamburger Holzhändler veröffentlichte in den 1950er-Jahren antisemitische Hetzschriften. Ein Hauptverfahren gegen ihn wurde 1957 in erster und zweiter Instanz vor dem Hamburger Landgericht abgewiesen. Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt am Main/ New York 1997, S. 192–234 [Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, Bd. 4].

Erfassung, Zusammenstellung und Auswertung von biografischen Daten vorsieht.²⁶ Sie erlaubt es, die Redakteure und Redakteurinnen als eine Einheit zu konstatieren, ohne dass Abweichungen dabei vernachlässigt werden.²⁷

Insgesamt konnten im Zeitraum von 17 Jahren Daten von 95 Redakteuren und Redakteurinnen ermittelt werden. Es werden u. a. autobiografische und biografische Quellen analysiert, d. h., es werden Korrespondenzen, Memoiren, Lebensläufe und Einzelbiografien ausgewertet. Ein besonderes Augenmerk wird auf die personenbezogenen Akten, wie z. B. die Entnazifizierungsakten der Journalisten und Journalistinnen, gelegt. Analysiert werden in diesem Zuge der Grad der Belastung, eine mögliche NSDAP-Mitgliedschaft sowie der berufliche Aufstieg oder die Verantwortung in der beruflichen Tätigkeit im „Dritten Reich“. Außerdem enthalten die Akten im Allgemeinen Spruchentscheidungen von Entnazifizierungsausschüssen, Fragebögen, Briefe der Angeklagten, Anträge zur Wiederaufnahme der Verfahren, Beweismaterial im Sinne von nationalsozialistisch-gesinnten Artikeln und Leumundszeugnissen wie „Persilscheinen“.

In einem weiteren Schritt wird der Blick auf sozialstatistische Merkmale wie Geschlecht, Jahrgang, Herkunft, Ausbildung und Karriere bzw. beruflicher Werdegang gerichtet. Kamen die Redakteure und Redakteurinnen aus Hamburg oder aus anderen deutschen Städten, um für das HABL zu arbeiten? Wo wohnten sie innerhalb Hamburgs und welche Aussagen können anhand des Stadtviertels über das soziale Umfeld getroffen werden?

Besonders interessant sind zudem die Fragen, zu welchem Zeitpunkt ihrer Karriere die HABL-Redakteure und Redakteurinnen eingestellt wurden und ob es verlagsstrategische Verzögerungen, Entnazifizierungsprobleme oder andere Gründe für Pausen bei der Einstellung der Journalisten gab.²⁸ In diesem Zusammenhang erscheint auch die Frage von Bedeutung, ob es Personen gab, die Unterdrückungsmaßnahmen im Nationalsozialismus ausgesetzt waren und sogar emigrierten.

²⁶ Schröder, Wilhelm H.: Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Schröder, Wilhelm H. (Hg.): Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung, Stuttgart 1985, S. 7–17.

²⁷ Schröder: Biographien, S. 9.

²⁸ Frei: Journalismus, S. 185.

Darüber hinaus gilt es, generationsabhängige Kriterien als Maßstab für die Betrachtung der Redaktion anzulegen und diesen Generationsansatz zu reflektieren. Hierbei wird u. a. auf mögliche Seilschaften und Berührungspunkte zwischen den Redakteuren und Redakteurinnen in den Lebensläufen geachtet. Wurde in derselben Redaktion im „Dritten Reich“ gearbeitet? Zudem spielt die Betrachtung des Zweiten Weltkrieges eine wichtige Rolle bei der Untersuchung der Biografien. Es kann Hinweise auf gemeinsam absolvierte Militärdienste und eine mögliche Kriegsgefangenschaft geben. Die Inhaftierung in einem russischen oder britischen Gefängnis kann die Sichtweise des jeweiligen Redakteurs auf den Nationalsozialismus maßgeblich beeinflusst haben. Anhand dieser Kategorien und Arbeitsfragen ist es möglich, ein umfangreiches Bild der Redaktion zu erstellen.

Das weitere Vorgehen der Arbeit basiert auf einer ereignis- und inhaltsanalytischen Untersuchung der Zeitung und einer personenbezogenen Verknüpfung. Wie oben beschrieben, stehen Ereignisse wie die Aufarbeitung und der Umgang des HABL mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Mittelpunkt. Der Untersuchungszeitraum von 1948 bis 1965 liegt darin begründet, dass das HABL in dieser Zeitspanne zu einer der auflagenstärksten Tageszeitungen in Westdeutschland zählte und somit eine große Leserschaft in Hamburg und Umgebung erreichte. Außerdem wurde für die Zeit Ende der 1960-er-Jahre die Rezeption von NS-Verfahren im HABL bereits eingehend untersucht.²⁹

Ziel der inhaltsanalytischen Untersuchung ist es, zu überprüfen, wie die NS-Verbrechen im HABL kommentiert und die NS-Prozesse beurteilt wurden. Wie wird über die Gesetze und Prozesse berichtet? Welche sprachlichen und stilistischen Auffälligkeiten sind dabei zu beobachten? Wie werden die Prozessurteile bewertet? Welche Schlussfolgerungen sind daraus in Bezug auf die Beurteilung des Nationalsozialismus und der totalitären Herrschaft des NS-Regimes zu erkennen?

Das HABL gliedert sich in Politik-, Meinungs-, Lokal-, Wirtschafts-, Unterhaltungs- und Sportseiten. Gegenstand der Untersuchung werden vor allem die Politik-, Meinungs-, Lokal- und Wirtschaftsseiten der Zeitung sein. Hier ist die Suche nach Artikeln zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands am sinnvollsten. Die im HABL abgedruckten Leserbriefe werden nicht mit in die Analyse einbezogen, da sie nicht

²⁹ Kröger: Rezeption, S. 185 ff.

die Meinung oder Ansichten der Redaktion des HABL widerspiegeln. Obwohl nicht alle Artikel in den Ausgaben des HABL mit dem Namen eines Autors gekennzeichnet wurden, ist dennoch davon auszugehen, dass sie von der jeweiligen Redaktion genehmigt wurden und die Veröffentlichung somit in ihrer Verantwortung stand.

Bei der Untersuchung der Artikel wird zudem darauf geachtet, ob es mögliche antisemitische Tendenzen gab. Im Zuge dessen gilt es, sprachliche Auffälligkeiten und apologetische Begrifflichkeiten hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit zu identifizieren. Bei ehemaligen „belasteten“ Redakteuren bietet sich zudem ein Vergleich zwischen den von ihnen in der NS-Zeit und in der Zeit beim HABL verfassten Beiträgen an, um mögliche Analogien und den Grad ihrer Glaubwürdigkeit festzustellen.

Zusammengefasst werden folgende Bewertungskriterien für die Berichterstattung in den Blickpunkt gerückt: Zum einen wird die äußere Form analysiert, d. h. das Layout und die Anordnung der Artikel. Für die Analyse der inneren Form der Artikel wird auf Sachlichkeit, Stil und Sprache geachtet. Ferner wird untersucht, ob in den Artikeln Standpunkte und Meinungen klar formuliert oder ob diese nur angedeutet wurden. Mit diesen ereignisorientierten und inhaltlich-differenzierten Kriterien, die für einen Zeitraum von 17 Jahren angelegt sind, ist es möglich, den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der HABL-Berichterstattung zu erarbeiten und auszuwerten.

1.2. Quellenlage

Die Problematik bei der kollektivbiografischen Vorgehensweise besteht darin, dass die Quellen häufig nur fragmentarische Informationen zu den Personen beinhalten. Aber nicht nur die Unvollständigkeit, sondern auch die Selektion der Quellen lassen die Quellenlage unzuverlässig und lückenhaft erscheinen.³⁰

Allerdings ergibt die Recherche für das Forschungsvorhaben durchaus ausreichend Quellenmaterial, um die genannten Leitfragen beantworten zu können. Als eine wichtige Anlaufstelle ist das Unternehmensarchiv-Axel Springer zu nennen, in dem Publikationen, Jubiläumsschriften, Briefwechsel, Reden des Verlegers, Interviews oder Ausgaben des HABL eingesehen werden können. Weitere Quellen sind im Bestand des Hamburger

³⁰ Schröder: Biographien, S. 13.

Staatsarchivs bei der Staatlichen Pressestelle zu finden, bei der Angaben zur britischen Militärregierung und zu den Beständen des HABL vorliegen. Außerdem können hier auch die Akten der Entnazifizierungsverfahren der Journalisten eingesehen werden. Für die Analyse der Tätigkeiten im „Dritten Reich“ sind die personenbezogenen Unterlagen im Bundesarchiv, Standort Berlin-Lichtenfelde, erforderlich. Von besonderer Bedeutung ist hier vor allem die Einsicht in die NSDAP-Mitgliederkartei, die womöglich weiteren Aufschluss bzw. ergänzende Informationen zu den Redakteuren und Redakteurinnen und deren Rolle im Nationalsozialismus gibt. Des Weiteren befinden sich wichtige Dokumente zur britischen Pressepolitik im Public Record Office in London. Diese beziehen sich beispielsweise auf die Lizenzierungsphase, Zeitungen und Ausbildungen von Journalisten.

Schließlich bietet die Zeitung selbst eine essenzielle Quellengrundlage, da die Artikel von insgesamt 17 Jahren nach inhaltsanalytischen Aspekten untersucht werden. Eine gedruckte Version des HABL ist in der Staats- und Universitätsbibliothek in Hamburg zu finden oder online über den Hamburger Campus-Katalog einzusehen. Außerdem bietet das HABL ein digitales Archiv an, in dem problemlos einzelne Ausgaben bis zum aktuellen Datum aufgerufen werden können.

Für die Rekonstruktion der Liste der Redakteure und Redakteurinnen des HABL ist die Einsicht in das Impressum der Zeitung von 1948 bis 1965 erforderlich. Außerdem konnten mithilfe von Jubiläumsschriften weitere Namen und Tätigkeiten der Journalisten ermittelt werden.³¹ Ferner stellt die hausinterne Betriebszeitung, die „Springer-Post“, eine wichtige Quelle dar. Sie ist erstmalig als Mitteilungsblatt im Jahr 1956 erschienen, um die Verlagsmitarbeiter „laufend über Planungen und andere allgemein interessierende Dinge zu unterrichten“³². Diese Informationsquelle spielt insofern eine wichtige Rolle, als dass sie monatlich Auskunft darüber gab, welche Mitarbeiter beim Verlag eingestellt und welche verabschiedet wurden. Schließlich sind weitere Namen in den Jubiläumsreden von Axel Springer zu finden.³³

³¹ Verg, Erik: Vierzig Jahre Hamburger Abendblatt. Eine Stadt und ihre Zeitung, Hamburg 1988.

³² Mitteilungen an unsere Mitarbeiter, Nummer 1, Hamburg 1956, S. 1, in: AS-UA.

³³ Im Unternehmensarchiv des Springer Verlags sind die Reden vom zeh-, fünfzehn-, zwanzig- und dreißigjährigen Jubiläum des HABL zu finden.

Trotz dieser breiten Quellenlage muss betont werden, dass – neben Lücken in der Darstellung der Biografien – auch Probleme bei der Untersuchung der Artikel entstehen können. Bei Gerichtsurteilen oder Strafverkündigungen dauerte es in manchen Fällen Wochen oder sogar Monate, bis in der Zeitung darüber berichtet wurde. Stellungnahmen zu Urteilen oder Kommentare zum Ende eines Prozesses bedürfen daher einer umsichtigen Recherche.

Überdies kann davon ausgegangen werden, dass die Auflagen des HABL Nachrichten-defizite aufzeigen werden, da aus aktuell-politischer Sicht und aufgrund des lokalen Bezugs der Zeitung andere Themen den Vorzug erhielten. In Anbetracht dieser Priorisierung können Untersuchungsgegenstände dieser Arbeit zu einem späteren Zeitpunkt thematisiert oder nur rudimentär berücksichtigt worden sein. Diese Aspekte sind bei der Analyse und Ergebnissicherung der Berichterstattung zu beachten.

1.3. Forschungsstand

Die personelle Kontinuität in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens nach dem Zweiten Weltkrieg stellt in der Forschung keine neue Erkenntnis dar. Daher wurden auch im Pressewesen viele Wiederanstellungen von Redakteuren festgestellt, die im „Dritten Reich“ tätig gewesen waren.³⁴ Dennoch gibt es nur wenige Forschungsarbeiten, die sich dezidiert mit den Biografien der Journalisten der Nachkriegszeit auseinandersetzen. Zum einen ist die Studie von Christian Sonntag zu nennen, in der er ebenfalls mit der Methodik der kollektiven Biografie insgesamt 308 Hamburger Nachkriegsjournalisten im Zeitraum von 1946 bis 1949 untersuchte. Er fokussierte sich dabei auf mehrere Hamburger Zeitungen und hatte dabei nicht nur die Hamburger Presselandschaft im Nachkriegsdeutschland im Blick, sondern machte auch einzelne Lebensläufe und Medienkarrieren zum Gegenstand seiner Arbeit. Darüber hinaus dienten Christian Sonntags Kriterien als Orientierung für die Analyse der Biografien dieser Arbeit.³⁵

³⁴ Weiß, Matthias: Journalisten. Worte als Taten, in: Frei, Norbert (Hg.): Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001, S. 218–268, hier S. 248.

³⁵ Dabei wurden Modifikationen hinsichtlich der Herkunft und Konfessionen der Redakteure vorgenommen. Außerdem wird auf mögliche Seilschaften der Journalisten in ihrem Werdegang geachtet.

Karl Christian Führers Monografie „Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930 bis 1960“ stellt ein weiteres wichtiges Werk für die Arbeit dar. Thematisiert werden hier nicht nur die Entwicklung der Hamburger Printmedien in den drei Jahrzehnten, sondern generell die Massenmedien. Dabei gehen beide Autoren, Christian Sonntag und Karl Christian Führer, teilweise auf das HABL und dessen Personalpolitik sowie dessen wirtschaftlichen Aufschwung ein.³⁶ Dennoch betont vor allem Christian Sonntag, dass es in der derzeitigen Forschung keine „monothematische Behandlung“³⁷ der personalgeschichtlichen und redaktionellen Entwicklung des HABL gebe, obgleich die Zeitung heute eine der größten Hamburgs sei und eine gute Quellenlage vorweise. Hinsichtlich unterschiedlicher Strömungen im Journalismus in den 1950-er- und 1960-er-Jahren stellt die Monografie „Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik“ von Axel Schildt eine Orientierungshilfe für diese Arbeit dar. In diesem Werk werden u. a. Journalisten wie Hans Zehrer und Zeitungen wie die „Welt“, „Die Zeit“ oder „Der Spiegel“ vorgestellt, die maßgeblich an der Gestaltung der Medienöffentlichkeit in der Nachkriegszeit beteiligt waren. Zudem hebt Axel Schildt Marksteine in der medialen Öffentlichkeit wie den Eichmann-Prozess hervor, der ein Umdenken oder einen Wandel in der Medienlandschaft nach sich zog.³⁸

Um das Thema der Arbeit in einen größeren historischen Zusammenhang zu stellen, bieten sich mehrere Werke an, die die Geschichte Hamburgs und Deutschlands im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit behandeln. Im Jahr 2005 gab die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg den Sammelband „Hamburg im ‚Dritten Reich‘“ heraus. Die Beiträge von Ursula Büttner und Uwe Lohalm über die Operation „Gomorrha“ und den öffentlichen Dienst in Hamburg stellen eine Bereicherung für diese Arbeit dar. Die administrativen Strukturen in der Hansestadt während der NS-Zeit werden aufgezeigt und das Ausmaß der Zerstörung durch die Alliierten im Zuge der Bombardierung der Stadt im Jahr 1943 wird verdeutlicht.³⁹ Einen generellen Überblick über die Zeit der NS-Diktatur,

³⁶ Sonntag: Medienkarrieren, S. 163 ff.; Führer: Medienmetropole, S. 508 ff.

³⁷ Sonntag: Medienkarrieren, S. 25.

³⁸ Schildt, Axel: Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik, Göttingen 2020.

³⁹ Büttner, Ursula: „Gomorrha“ und die Folgen. Der Bombenkrieg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 613–633; Lohalm, Uwe: Garant nationalsozialistischer Herrschaft. Der öffentliche Dienst, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 154–187.

die Wirtschafts- und Sozialpolitik und die Judenverfolgung bietet die Monografie von Wolfgang Benz zur „Geschichte des Dritten Reichs“⁴⁰.

Daniel Gossel beschäftigte sich mit dem Wiederaufbau des Hamburger Pressewesens nach dem Zweiten Weltkrieg und führte u. a. wichtige Entscheidungsträger, Institutionen und beteiligte Personen auf, die für die Vergabe der Lizenzen und die Wiederherstellung des Presseapparats verantwortlich waren.⁴¹ Weitere relevante Werke sind Einzelbiografien und Einzelstudien, die Persönlichkeiten wie Axel Springer und seinen Verlag thematisieren.⁴² In diesem Zusammenhang ist die Arbeit von Gudrun Kruij zu nennen, deren Forschungsergebnisse über die Verlagsgeschichte des Springer Konzerns nicht ohne Grund von vielen Historikern in ihren Arbeiten aufgeführt werden. „Das ‚Welt‘-, ‚Bild‘ des Axel Springer Verlags“ bietet einen aufschlussreichen Überblick über die politischen Leitbilder, die zentralen Figuren, die Wegbegleiter Springers und die Zeitungen im Springer Verlag.⁴³ Um die Erfolgsgeschichte des HABL nachvollziehen zu können, stellt die Studie von Lu Seegers über die „Hör Zu!“ eine wichtige Referenz dar. Die Arbeit bietet einen interessanten Einblick in die publizistische Konzeption der Programmzeitschrift, bei der vom Chefredakteur Eduard Rhein u. a. die unpolitische Familientauglichkeit bereits 1946 erprobt und im HABL ebenfalls umgesetzt wurde.⁴⁴

Des Weiteren ist die die Dissertation von Claudia Wimmer zu nennen, die die Anfänge der Hamburger Morgenpost⁴⁵ und deren Beitrag zur sozialdemokratischen Pressepolitik in der Nachkriegszeit beleuchtet.⁴⁶ Anders als bei der vorliegenden Arbeit geht Wimmer nicht auf die Biografien der Redaktion ein, sondern hebt die Bedeutung der Zeitung als

⁴⁰ Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches (BPB-Schriftenreihe, Bd. 377), München 2000.

⁴¹ Gossel: Hamburger Presse, S. 156 ff.

⁴² Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München 1995; Müller, Hans D.: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968; Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009; Wimmer, Katharina Claudia: Anfänge der Hamburger Morgenpost (1949–1960). Ein Beitrag zur sozialdemokratischen Pressepolitik der Nachkriegszeit, Hamburg 2012.

⁴³ Kruij, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999.

⁴⁴ Seegers, Lu: Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931–1965) (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 34), Potsdam 2001.

⁴⁵ Fortan MOPO.

⁴⁶ Wimmer, Claudia: Die Anfänge der Hamburger Morgenpost 1949–1960. Ein Beitrag zur sozialdemokratischen Pressepolitik der Nachkriegsgeschichte, Hamburg 2012.

erste Boulevardzeitung in der Hansestadt hervor und legt den methodischen Fokus ihrer Untersuchung auf die Leserbriefe. Außerdem bietet ihre Arbeit einen guten Überblick über den juristischen Rahmen der Pressepolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Hinsichtlich der ereignisgeschichtlichen Aspekte des Forschungsvorhabens ist die Arbeit von Ulrich Kröger zu nennen, der die Gerichtsprozesse ehemaliger Nationalsozialisten und deren Rezeption in der Öffentlichkeit anhand von ausgewählten Zeitungen, u. a. dem HABL, im Zeitraum von 1958 bis 1965 beleuchtet.⁴⁷ Interessant erscheint bei Ulrich Kröger der Umstand, dass er in seiner Dissertation in Bezug auf das HABL hauptsächlich auf die 1960-er-Jahre eingeht. Aus seiner Einleitung geht hervor, dass Hamburger Gerichtsprozesse bzw. Strafverfahren erst Ende der 1960-er-Jahre Eingang in die Berichterstattung des HABL gefunden hätten.⁴⁸ Ulrich Kröger verzichtet zudem auf die Untersuchung der Rezeption des Eichmann-Prozesses.⁴⁹

Für die Analyse der Artikel ist ferner das Werk von Reinhard Kühnl von Bedeutung. Der Autor bietet mit seiner Herangehensweise bedeutsame Denkanstöße, um das Geschichtsbild des HABL im vorgegebenen Zeitraum zu charakterisieren. Sein politologisches Modell, dem eine quantitative Methode zugrunde liegt, untersucht Tageszeitungen der BRD hinsichtlich ihrer Vergangenheitsaufarbeitung und des Bildes, das sie vom Nationalsozialismus wiedergaben.⁵⁰

Ein Vergleich zwischen dem „Hamburger Anzeiger“ und dem „Hamburger Tageblatt“ von 1939 bis 1944 wird in der Magisterarbeit von Kathrin Bädermann aus dem Jahr 2000 gezogen⁵¹ und hilft dieser Untersuchung dabei, einen Bezugspunkt für den Hauptteil der Untersuchung herzustellen.

Hilfreiche Erkenntnisse zum Verhältnis zwischen Axel Springer und seiner Redaktion können u. a. aus den Werken von Hans-Peter Schwarz, Uwe Bahnsen und Hans Dieter

⁴⁷ Kröger: Rezeption, S. 35 ff.

⁴⁸ Ebd., S. 187.

⁴⁹ Ulrich Kröger sieht in den Verfahren im Ausland die Problematik, dass diese Prozesse „besonders aus formalrechtlichen Gründen“ einige Gegner in der BRD gefunden hätten. Er geht dabei nicht näher auf seine Behauptung ein. Kröger: Rezeption, S. 6.

⁵⁰ Kühnl, Reinhard: Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik. Kritik eines Geschichtsbildes, Frankfurt am Main 1966.

⁵¹ Bädermann, Kathrin: Kritik im Feuilleton? Ein Vergleich zwischen den Kulturellen des „Hamburger Anzeiger“ und des „Hamburger Tageblatt“ 1939–1944, Hamburg 2000.

Müller gewonnen werden.⁵² Diese sind ein wichtiger Bestandteil, um personalpolitische Entscheidungen und Einstellungskriterien beurteilen zu können. Die Einbeziehung gesamtverlegerischer Entscheidungen ist wichtig, um personelle und strukturelle Entwicklungen des HABL nachvollziehen zu können. Gleichzeitig darf bei diesen Literaturverweisen nicht außer Acht gelassen werden, dass Autoren wie Uwe Bahnsen selbst für das HABL tätig waren. Unternehmensnahe Darstellungen müssen bei der Interpretation der Forschungsergebnisse berücksichtigt werden.

Im Allgemeinen kann ein Forschungsdesiderat in dem von mir untersuchten Bereich festgestellt werden, da sich entweder Arbeiten mit dem Wiederaufbau des Pressewesens in Hamburg nach 1945, der Entwicklung der Hamburger Pressegeschichte von der Weimarer Republik bis 1960 oder mit der Untersuchung einzelner Journalisten, die in den 1940er-Jahren wieder eingestellt wurden, beschäftigen. Eine biografische Studie über die Redaktion des HABL, das innerhalb einer Zeitspanne von 17 Jahren tätig war, ist in dieser Form in der gegenwärtigen Forschung nicht zu finden. Diese Lücke schließt diese Studie.

⁵² Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009; Bahnsen, Uwe: Biografie Peter Tamm, Hamburg 2021; Müller, Hans Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968.

2. Hamburger Presse im Nationalsozialismus

Dieses Kapitel soll als erster Bezugspunkt zur Untersuchung des HABL dienen. Nachdem der rechtliche und institutionelle Rahmen sowie die Charakteristika der nationalsozialistischen Presselenkung erläutert und rekonstruiert wurden, wird vor allem ein Fokus auf die Entwicklung Hamburger Tageszeitungen gelegt. Das „Hamburger Fremdenblatt“⁵³ spielt in diesem Kapitel eine besondere Rolle, da es eines der wenigen Hamburger Zeitungen war, die bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein veröffentlicht wurde, einige HABL-Redakteure für dieses Blatt im Nationalsozialismus schrieben und z.T. verantwortungsvolle Posten bekleideten.⁵⁴ Aber nicht nur aus personeller Sicht nimmt das HF eine exponierte Rolle in diesem Kapitel ein, sondern auch durch die Konflikte zwischen dem Springer- und dem Broschek Verlag, die Anfang der 1950-er Jahre ausgetragen wurden.⁵⁵ Des Weiteren soll aufgezeigt werden, welchen Wandel die Pressestrukturen von einer Demokratie zur Mediendiktatur vollzogen und welche Konsequenzen Zeitungen drohten, die ihrer politischen Linie aus der Weimarer Republik treu blieben und sich nicht den Vorgaben der Nationalsozialisten anpassen wollten. Der Zeit während des Zweiten Weltkriegs wird hingegen weniger Beachtung geschenkt, da aus Gründen des Papiermangels nur noch wenige Zeitungen erschienen und zudem einer Zensur ab 1939 unterstanden, die in Anbetracht der Kriegszeit eine weitere Einschränkung für die Zeitungen bedeutete.⁵⁶

2.1. Pressepolitik des Staates

Während zum Jahresbeginn von 1933 viele deutsche Tageszeitungen dem Nationalsozialismus keine Chancen einräumten, die alles bestimmende politische Kraft in der Republik zu werden, wurden sie Ende Januar eines Besseren belehrt.⁵⁷ Die NSDAP hatte bei

⁵³ Fortan HF.

⁵⁴ Hier ist beispielsweise Rudolf Michael zu nennen, der während des Nationalsozialismus HF-Redakteur war und u.a. in einem Artikel zur Reichspogromnacht im Jahr 1938 Sympathie und Zustimmung zum Vorgehen gegen die Juden zeigte. Michael, Rudolf: Art. „Entwaffnung der Hetzer“, in: HF, 14. November 1938.

⁵⁵ Nähere Ausführungen hierzu im Kapitel 4.5.

⁵⁶ Sigg, Marco: Der Zweite Weltkrieg 1937-1945 (Marixwissen, Bd. 5), Wiesbaden 2014, S. 226 f.

⁵⁷ Frei/ Schmitz: Journalismus, S. 9.

den Reichstagswahlen an Zustimmung in der Bevölkerung verloren und so entstand der Eindruck, dass die Weimarer Republik den antidemokratischen Tendenzen im Land trotzen könne.⁵⁸ Dem Präsidialkabinett unter Reichskanzler Franz von Papen fehlte jedoch die politische Mehrheit, um regieren zu können, sodass er Reichspräsident Paul von Hindenburg überzeugte, Adolf Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Die Idee von Papen war es, Hitler in einer neuen Regierung mithilfe von überwiegend konservativen Ministern zu „zähmen“. Dabei unterschätzte er Hitlers Willen, den Staat nach seinen Vorstellungen zu gestalten und den Wandel von einer Demokratie in eine Diktatur in die Wege zu leiten.⁵⁹

Die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler zog eine Welle von Konsequenzen für alle Bereiche des öffentlichen Lebens nach sich. Ende März 1933 erschien zum ersten Mal ein Gesetzestext, der den Begriff „Gleichschaltung“ beinhaltete und von dort an im allgemeinen Sprachgebrauch verwendet wurde.⁶⁰ Die Medien spielten bei der Sicherung des nationalsozialistischen Machtapparates eine entscheidende Rolle: Der sogenannte „Volksempfänger“ und die NS-Presse bildeten die Säulen der Propaganda, die die Meinung der deutschen Bevölkerung nachhaltig beeinflussen sollten.⁶¹ Eine ebenso herausragende Rolle spielte die „Deutsche Wochenschau“. Vor allem in den Kriegsjahren von 1940 bis 1945 wurde deutlich, dass die gezeigten „Wochenschauen“ in den Filmtheatern eine zentrale Rolle in der NS-Medienpolitik darstellten: Durch geschickte Inszenierungen wurde nicht über tatsächliche Ereignisse im Krieg berichtet, sondern durch dramatische Musik und eindrucksvolle Bilder der heroische Einsatz der deutschen Soldaten und der Erfolg der Wehrmacht propagiert.⁶²

Die nationalsozialistische Medienpolitik war aber nicht erst zu Beginn der „Machtergreifung“ ein wichtiges Instrument der Nationalsozialisten geworden. Bereits im Laufe der

⁵⁸ Peukert, Detlev: Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne (Neue Historische Bibliothek, Bd. 282), Frankfurt am Main 1987, S. 259 f.

⁵⁹ Koszyk: Deutsche Presse von 1914-1945 (Geschichte der deutschen Presse, Bd. 3), Berlin 1972 S. 346; Peukert: Weimarer Republik, S. 256.

⁶⁰ Erste Maßnahmen in Hamburg wurden bereits am 8. März 1933 ergriffen, um Ämter in öffentlichen Einrichtungen und in der Verwaltung neu zu besetzen. Hierbei wurde beispielsweise der Polizeipräsident Dr. Hugo Campe in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Lohalm: Garant, S. 156; Peukert: Weimarer Republik, S. 264.

⁶¹ Benz: Geschichte, 50 f.

⁶² Koszyk: Deutsche Presse, S. 435.

1920-er Jahre wurde zunehmend auf eine mediale Präsenz und Propagierung der nationalsozialistischen Politik auf mehreren öffentlichen Kanälen gesetzt. Zunächst waren Georg Straßer und Heinrich Himmler für die Propaganda der NSDAP verantwortlich, ab 1930 Joseph Goebbels.⁶³

Um eine Lenkung der Presse im nationalsozialistischen Sinne gewährleisten zu können, wurden eine Reihe von Verordnungen erlassen. Am 4. Februar 1933 trat zunächst die „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ in Kraft, die es erlaubte, Druckschriften zu beschlagnahmen, die als „gefährlich“ für den Staat angesehen wurden.⁶⁴

Sie stellte die ersten Weichen, um gegen die Publizistik des Zentrums, der Liberalen und der linken Presse vorzugehen. Der Reichstagsbrand vom 27. auf den 28. Februar 1933 legitimierte die Regierung weitere rechtliche Schritte gegen die sogenannten „Feinde der Republik“ einzuleiten.⁶⁵ Die Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 hatte weitreichende Folgen für die Presselandschaft. Die Parteizeitungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Deutschlands wurden verboten.⁶⁶ Die Grundrechte der Weimarer Verfassung wurden außer Kraft gesetzt und es wurde konsequent gegen politische Gegner vorgegangen.⁶⁷ Verhaftungen, Inhaftierungen und Berufsverbote von Redakteuren waren Folgen der NS-Presspolitik.⁶⁸ Aber nicht nur Zeitungsverbote machten der SPD und der KPD zu schaffen, sondern auch die Einziehung des Vermögens von sozialdemokratischen und kommunistischen Verlagen.⁶⁹

⁶³ Frei/Schmitz: Journalismus, S. 21.

⁶⁴ Koszyk, Kurt: Das Ende des Rechtsstaates 1933/34 und die deutsche Presse, Düsseldorf 1960, S. 9.

⁶⁵ Bartsch, Elisabet; Kammer, Hilde: Art. Reichstagsbrand, in: Lexikon Nationalsozialismus. Begriffe, Organisationen und Institutionen 2 (2002), S. 217 f.

⁶⁶ Garbe, Detlef: Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 519-572, hier S. 519; Gossel: Hamburger Presse, S. 32.

⁶⁷ Sonntag: Medienkarrieren, S. 29.

⁶⁸ Benz: Geschichte, S. 50.

⁶⁹ Das „Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens“ vom 14. Juli 1933 und das „Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens“ vom 26. Mai 1933 ermöglichten den Nationalsozialisten ihren politischen Gegner die publizistische und finanzielle Grundlage zu entziehen. Pross, Harry: Zeitungsreport. Deutsche Presse im 20. Jahrhundert, Weimar 2000, S. 80.

Die „linke“ Publizistik wurde somit nach der Machtübertragung empfindlich getroffen und nahezu vollständig beseitigt. Die „bürgerliche“ Presse hingegen wurde zunächst verschont und in einen schleichenden Übergangsprozess der NS-Presse eingegliedert. Die Journalisten der „bürgerlichen“ Zeitungen behielten ihre Positionen, da die Regierung die konservativen Kräfte im Staat und das Bürgertum nicht verschrecken wollte.⁷⁰ Diese Zeitungen spielten in der Pressepolitik der Nationalsozialisten eine essenzielle Rolle, da sie im Laufe der Jahre die Aufgabe der Indoktrinierung des nationalsozialistischen Gedankenguts der deutschen Gesellschaft übernehmen sollten. Parteinahе NS-Blätter konnten ihren Umsatz zwar steigern, aber in Städten wie Hamburg nicht zur auflagenstärksten Tageszeitung werden.⁷¹ Darüber hinaus war die „bürgerliche“ Presse bereit, sich der neuen Medienpolitik der Regierung anzupassen. Zwei Organisationen stellten hierbei das Sinnbild der Konformität dar: Der „Reichsverband der Deutschen Presse“⁷² und der „Verein Deutscher Zeitungsverleger“⁷³, die nicht nur die Bereitschaft zeigten, den neuen Verordnungen ohne Einwände Folge zu leisten, sondern auch keine Kritik an der Zerschlagung der „linken“ Presse zu äußern.⁷⁴

Trotz des erheblichen Einflusses und der Zensur der Nationalsozialisten gab es landesweit Zeitungen, die mehr individuelle Entfaltungsmöglichkeiten hatten als andere. Zu differenzieren sind hierbei Zeitungen, die beispielsweise im Ausland ein friedliches Deutschland propagieren sollten oder bürgerliche Zeitungen in Großstädten wie Hamburg, Frankfurt, Köln und Berlin, die bereits zu Beginn der 1930-er Jahre mit den Nationalsozialisten sympathisierten.⁷⁵ Unter strenger Aufsicht standen hingegen konfessionelle Zeitungen und Provinzblätter.⁷⁶

⁷⁰ Frei/Schmitz: Journalismus, S. 25; Führer: Medienmetropole, S. 331.

⁷¹ Laut Norbert Frei entstand durch das harte Vorgehen gegen die „linke“ Presse eine gemischte Atmosphäre in der Presselandschaft. Zum einen war man erschrocken von der Unterdrückung der sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungen und den daraus resultierenden Konsequenzen, andererseits zeigte man sich auch beeindruckt, sodass keine Gegenwehr der „bürgerlichen“ Presse zu bemerken war. Frei/Schmitz: Journalismus, S. 26.

⁷² Fortan RDP.

⁷³ Fortan VDVZ.

⁷⁴ Frei/Schmitz: Journalismus, S. 26.

⁷⁵ Ebd., S. 37.

⁷⁶ Der Konflikt zwischen Joseph Goebbels und der katholischen Kirche wurde u.a. durch Prozesse deutlich, die von 1935 bis 1937 gegen Mitglieder des Klerus wegen unzüchtigen Verhaltens oder „Devisenvergehens“ stattfanden. Diese Gerichtsverfahren hat die NS-Propaganda genutzt, um den Ruf der Kirche in der Öffentlichkeit zu diffamieren. Ebd., S. 64.

Nach den Verordnungen im Februar folgte durch einen Kabinettsbeschluss vom 11. März 1933 die Gründung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“⁷⁷, dessen Leitung Joseph Goebbels übernahm.⁷⁸ Innerhalb der Institution befasste sich die Abteilung IV. unter der Leitung von Dr. Kurt Jahnke mit der Pressepolitik Deutschlands. Die Errichtung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ galt als einer der ersten Schritte der Regierung die Schaltstellen für Informationen zu zentrieren. Hierfür wurden sämtliche Einrichtungen für Propaganda und Aufklärung zu einer Institution zusammengeführt.⁷⁹ Eine weitere Etappe der nationalsozialistischen Presselenkung stellte die Verabschiedung des Reichskammergesetzes vom 22. September 1933 dar. Durch das Inkrafttreten des Gesetzes am 1. November 1933 wurde die Errichtung einer Reichskulturkammer erlassen, die unter der Kontrolle von dem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels stand und sich in sieben Verwaltungseinheiten – u.a. der Reichspressekammer – aufteilte.⁸⁰ Die Reichspressekammer wurde von Max Amann geleitet, der weitere Schritte zur Gleichschaltung der Presse in Deutschland in die Wege leitete.⁸¹

Zentral für die Beeinflussung der Inhalte der Zeitungen im Nationalsozialismus war die täglich stattfindende Reichspressekonferenz, die dazu diente, Vorgaben für die Berichterstattung herauszugeben. Dadurch wurde den „Schriftleitern“ die Inhalte aufoktroiert.⁸² Nach der Pressekonferenz wurden die inhaltlichen Richtlinien an die Redaktionen weitergeleitet. Joseph Goebbels hielt am 15. März 1933 eine Rede vor der Reichspressekonferenz und stellte unmissverständlich klar, worin die Aufgabe der Journalisten bestünde: „Sie sollen nicht nur wissen, was geschieht, sondern sollen auch wissen, wie die Regierung darüber denkt und wie Sie das am zweckmäßigsten dem Volk klar machen können.“⁸³ Verstöße gegen die Anweisungen, die auf der Konferenz erteilt wurden, wurden nicht toleriert und mit Konsequenzen für den verantwortlichen Journalisten geahndet.

⁷⁷ Fortan RMVP.

⁷⁸ Benz: Geschichte, S. 50.

⁷⁹ Koszyk: Deutsche Presse, S. 363.

⁸⁰ Ebd., S. 364.

⁸¹ Säger, Fritz: Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933-1939, Wien 1975, S. 33.

⁸² Frei: Journalismus, S. 30; Christian Sonntag: Medienkarrieren, S. 33.

⁸³ Zeitungsverlag 34 (1933), S. 172.

Zudem galten die Informationen als vertraulich und durften nicht an die Öffentlichkeit weitergegeben werden.⁸⁴

Verantwortlich für die tägliche Verbreitung der diktierten Richtlinien war das „Deutsche Nachrichtenbüro“⁸⁵, das aus einer Fusion zweier Nachrichtenagenturen, der „Telegraphen Union“ und dem „Wolffschen Telegraphenbüro“, entstand.⁸⁶ Nur ausgewählte Journalisten durften an der Reichspressekonferenz teilnehmen und mussten dafür ihre Vita und ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen. Zudem genossen „Hauptschriftleiter“ das Privileg, auf Hintergrundinformationen zurückgreifen zu können.⁸⁷

Zudem wurden die Redaktionen mit weiteren Regierungsanweisungen aus den einzelnen Ministerien versorgt und dazu angehalten, Informationen nach den Vorstellungen der Regierung zu drucken. Die Presselenkung der NS-Regierung fand einen weiteren negativen Höhepunkt in den „Tagesparolen“ ab November 1940, die als schriftliche Anweisungen herausgegeben wurden.⁸⁸ Sie waren inoffiziell und sollten nach dem Erhalt vernichtet werden. Inhaltlich hatten die Anweisungen einen verbindlichen Charakter und mussten von den Zeitungen übernommen werden.⁸⁹

Zudem war ein wesentliches Merkmal der NS-Berichterstattung, dass die Kommentare in den Zeitungen eine besondere Rolle einnahmen und die Leser von den schriftlichen Anweisungen der Reichspressekammer und den ideologischen Grundsätzen des NS-Regimes überzeugen sollten.⁹⁰ Eine erkennbare Trennung zwischen sachlicher oder wertneutraler Berichterstattung und den Kommentaren einzelner Redakteure war für den

⁸⁴ Die Weitergabe der Informationen konnte unter Umständen zu einer Anklage des Landesverrats mit anschließender Zuchthausstrafe führen. Frei: Journalismus, S. 31.

⁸⁵ Fortan DNB.

⁸⁶ Sonntag: Medienkarrieren, S. 33.

⁸⁷ Longerich, Peter: Nationalsozialistische Propaganda, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Adolf (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1993, S. 291-314, hier S. 298.

⁸⁸ Sonntag: Medienkarrieren, S. 34.

⁸⁹ Führer: Medienmetropole, S. 31.

⁹⁰ Als Beispiel kann hierfür die Meinungsmache hinsichtlich des Antisemitismus genannt werden, der jedoch zunächst nicht auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung traf. Erst im Laufe der Jahre wurde der Fokus auf antisemitische Hetzkampagnen gelegt. In Hamburg war das „Hamburger Tageblatt“ die erste Zeitung, die 1935 dezidiert judenfeindliche Beiträge publizierte und eine Hetzkampagne führte. In der Zeit vor 1935 wurde von den „bürgerlichen“ Zeitungen die „Judenfrage“ zwar schon thematisiert, aber von einem Schüren des Judenhasses kann in der Tagespresse nicht die Rede sein. Führer: Medienmetropole, S. 361 f.

Großteil der Leserschaft somit schwer nachzuvollziehen und sollte schließlich dazu führen, dass die Rezipienten unmittelbar von den Ansichten des Regimes beeinflusst werden sollten.

Obwohl die Lenkungsmaßnahmen und die jährlich herausgegebenen 80.000 bis 100.000 Anweisungen⁹¹ erheblichen Einfluss auf das Zeitungswesen in Deutschland hatten, blieben Probleme im Rahmen dieser Presselenkung unvermeidbar. Karl Christian Führer und Christian Sonntag gehen hierbei auf zwei wesentliche Aspekte ein: Letzterer hält fest, dass die Attraktivität des Berufsstandes unter den Gleichschaltungsmaßnahmen litt, da die individuelle Entfaltung der „Schriftleiter“ stark eingeschränkt wurde. Dieser Umstand ist auch dem Reichspropagandaminister Joseph Goebbels nicht verborgen geblieben, so dass er durch die Gründung einer Reichspreseschule im Jahr 1935 versuchte, junge und regimetreue Journalisten anzuwerben und auszubilden.

Zum anderen konnten strukturelle Probleme bei der Presselenkung nicht überwunden werden. Karl Christian Führer macht darauf aufmerksam, dass das von den Nationalsozialisten angestrebte Kommunikationssystem aufgrund von organisatorischen Problemen und Unklarheiten bzw. Konflikten bei den Kompetenzen nicht erreicht werden konnte.⁹² Des Weiteren blieben Fehler und Missverständnisse bei der Übermittlung der Anweisungen an die Redaktionen nicht aus. Der daraus entstandene Schaden für die Massenmedien und dessen Glaubwürdigkeit spiegelte sich u.a. in der Zeitungskrise Mitte der 1930-er Jahre wider. Die Gesamtauflage der gleichgeschalteten Presse in Hamburg sank sukzessive⁹³, jährliche Werbekampagnen sollten versuchen, die Integrität der Zeitungen bei der Leserschaft zurückzugewinnen. Die Situation wurde zusätzlich durch den Zweiten Weltkrieg verschärft, da es nur noch wenige Zeitungen gab, die überhaupt gedruckt werden durften.

In den Jahren des Krieges bestand eine zentrale Aufgabe der Zeitungen darin, diejenigen, die in der Heimat auf den Sieg Deutschlands hofften und die Kriegswirtschaft aufrechterhielten, für Unterhaltung und Zuversicht zu sorgen. Die sogenannte „Heimatfront“ spielte auch schon im Ersten Weltkrieg eine wichtige Rolle und durfte bei dem Zweiten

⁹¹ Frei: Journalismus, S. 34.

⁹² Führer: Medienmetropole, S. 33.

⁹³ Ebd., S. 36.

Weltkrieg nicht außer Acht gelassen werden, da beispielsweise viele Frauen die Arbeit der Männer in Fabriken übernehmen mussten. Die Zeitungen adressierten daher häufig Frauen, die seelisch in ihrem Alltag unterstützt werden sollten. Die NSDAP hatte nicht unbegründet Angst vor einer eintretenden Kriegsmüdigkeit.⁹⁴ Als die endgültige Niederlage der deutschen Wehrmacht in Stalingrad 1943 in den Zeitungen und dem Rundfunk gemeldet wurde, konnten sich viele Menschen in der Bevölkerung vorstellen, dass eine Kriegsniederlage bald drohen könnte.⁹⁵

Ein erhebliches Problem der Zeitungen war bereits während des Zweiten Weltkrieges der Papiermangel, weshalb die Zeitungen nur in limitierter Auflage gedruckt werden durften. Es wurde für den Verwaltungsapparat des Militärs oder für die Korrespondenz zwischen Soldaten und ihren Angehörigen gebraucht.⁹⁶ Infolgedessen befand sich das NS-Regime in einer Zwickmühle, da sie die Zeitungen als ihr Propagandainstrument nicht in vollem Umfang einsetzen konnte. Dadurch war der Rundfunk ein wichtiges Medium für die Pressepolitik der Nationalsozialisten geworden, um die Bevölkerung weiterhin nach ihren Vorstellungen beeinflussen und informieren zu können.⁹⁷ Der Papiermangel blieb für den Pressemarkt ein schwerwiegendes Problem, das auch noch lange nach Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen blieb.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass sich der Gleichschaltungsprozess der deutschen Presselandschaft ohne Schwierigkeiten vollzog. Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler und den darauffolgenden Verordnungen wurde das juristische und organisatorische Fundament gelegt, um politische Gegner und parteifeindliche Zeitungen zum Schweigen zu bringen. Die Beseitigung der „linken“ Presse diente zur Abschreckung anderer Verlage und führte zur Anpassung der „bürgerlichen“ Presse an den politischen Trend der 1930-er Jahre. Die Zentralisierung und Fusion einzelner Institutionen des

⁹⁴ Führer: Medienmetropole, S. 205.

⁹⁵ Szodrzynski, Joachim: Die „Heimatfront“ zwischen Stalingrad und Kriegsende, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 633-685, hier S. 633.

⁹⁶ Ebd., S. 207.

⁹⁷ Der Rundfunk nahm als Massenmedium eine exponierte Stellung in der NS-Propaganda ein. Durch den Volksempfänger „VE 301“ und Rundfunkgeräte in vielen Betrieben war es möglich die breite Bevölkerung mithilfe des Rundfunks zu beeinflussen. Die Monopolisierung des Rundfunks begann bereits in der Weimarer Republik unter der Regierung Franz von Papens und konnte so von den Nationalsozialisten zu ihren Zwecken benutzt werden. Frei/ Schmitz: Journalismus, S. 83 f.

öffentlichen Rechts und Kultur verschlankte die Verbreitung von Informationen und regelte die Befehlskette im Sinne des NS-Machapparates.

2.2. Einschränkungen der Journalisten im Nationalsozialismus

Redakteure, die für oppositionelle Zeitungen tätig waren, standen schwere Zeiten bevor. Sie flohen entweder aus Deutschland und suchten im Ausland Arbeit oder sie wurden arbeitslos, verhaftet und in ein Konzentrationslager deportiert. Ein beruflicher Neuanfang im Nationalsozialismus galt für sie im Regelfall als ausgeschlossen.⁹⁸ Für die meisten Journalisten änderte sich zunächst nicht viel, vor allem wenn sie politisch-konforme Artikel schrieben. Folgende Regelung jedoch sorgte dafür, dass Verlage dazu verpflichtet waren, ihre Redaktion nach bestimmten Kriterien zu selektieren. Einer der grundlegendsten juristischen Schritte zur Gleichschaltung der Journalisten und der Presse war das „Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933“.⁹⁹ Damit wurde der direkte Einfluss des NS-Regimes auf die öffentliche Meinung gesichert. Es bedeutete, dass ein Redakteur, der fortan die Bezeichnung „Schriftleiter“ führte, verlagsunabhängig unter der Kontrolle des RMVP stand und verantwortlich für die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts war.¹⁰⁰ Daraus resultierte, dass die Journalisten einer Kündigung durch den Verlag entgingen und durch das Regime rechtlichen Schutz genießen konnten. Die Aufgaben der Verlage lagen nun hauptsächlich in der Verwaltung und Anpassung an die neue Gesetzeslage im Pressewesen. Einerseits bedeutete das „Schriftleitergesetz“ eine Entkopplung vom Verlag, andererseits waren die Journalisten dementsprechend an die Richtlinien der NS-Presspolitik gebunden.

Weitere einschneidende Bestimmungen des „Schriftleitergesetzes“ fanden sich in der Vorgabe wieder, dass lediglich Personen mit „arischer Abstammung“ journalistisch tätig sein durften. Zudem mussten sie mindestens 21 Jahre alt sein, sie durften nicht mit einer Jüdin verheiratet sein und mussten in der Lage sein, „ihren beruflichen Pflichten und

⁹⁸ Sonntag: Medienkarrieren, S. 30 f.

⁹⁹ Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933, in: Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1934, S. 297.

¹⁰⁰ Sonntag: Medienkarrieren, S. 30.

Rechten vom Staat durch dieses Gesetz geregelte öffentliche Aufgabe“¹⁰¹ nachzukommen. Außerdem wurden alle „Schriftleiter“ in Berufslisten eingetragen, die sich hinsichtlich eines Zulassungsbescheides und Antragsstellung unterschieden.¹⁰² Bei Redakteuren, die sich nicht anpassen wollten, konnten Berufsverbote durch ein Berufsgericht ausgesprochen werden. Verlegern drohten bei Zuwiderhandlungen Geld- oder Freiheitsstrafen.¹⁰³

Als Folge des „Schriftleitergesetzes“ und durch die vorher ergriffenen Maßnahmen der NS-Regierung wurden zahlreiche jüdische und linksorientierte Journalisten entlassen. Während Christian Sonntag konstatiert, dass die personellen Veränderungen im Pressewesen aufgrund der schwierigen Quellenlage schwer zu beurteilen seien¹⁰⁴ und er sich damit an Sigrun Schmid orientiert¹⁰⁵, geht Norbert Frei davon aus, dass ungefähr zehn Prozent aller Redakteure aus ihrer beruflichen Tätigkeit verdrängt wurden.¹⁰⁶

Was jedoch festgehalten werden kann, ist, dass die meisten Journalisten, die den Selektionskriterien nicht zum Opfer fielen, die Vorgaben der neuen Regierung weitestgehend mitgetragen haben.¹⁰⁷ Besonders erstaunlich erscheint hierbei der Umstand, dass die Redakteure durch die Anweisungen der Reichspressekonferenz mehr wussten als die Leser und eine große Mehrheit der Journalisten trotzdem untätig blieb. Diejenigen, die Gegner des Regimes waren, mussten vorsichtig agieren, um einem Berufsverbot und einer damit einhergehenden existenziellen Bedrohung aus dem Weg zu gehen.¹⁰⁸ Dieser Balanceakt zwischen der Wahrnehmung der eigentlichen journalistischen Arbeit und der Oktroyierung politischer Gefolgschaft gelang den wenigsten Redakteuren. In der Forschung besteht keine eindeutige Klarheit darüber, welchen Handlungsspielraum die Journalisten in Hamburg hatten, da sich eine inhaltsanalytische Untersuchung der Tagespresse im Nationalsozialismus schwierig gestaltet. Karl Christian Führer unternimmt den Versuch durch

¹⁰¹ Das Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933, in: Ursachen und Folgen, Band 9, Berlin o.J., S. 433.

¹⁰² Es gab drei Listen, die sich dadurch kennzeichneten, dass sie Schriftleiter beinhalteten, die sich entweder in der Ausbildung befanden, ohne Einschränkung zugelassen waren oder sie mit einer eingeschränkten Zulassung vermerkt waren. Sonntag: Medienkarrieren, S. 31.

¹⁰³ Koszyk: Deutsche Presse, S. 366.

¹⁰⁴ Ebd., S. 32.

¹⁰⁵ Schmid: Journalisten, S. 59.

¹⁰⁶ Frei: Journalismus, S. 28.

¹⁰⁷ Gellately, Robert: Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart 2002, S. 20.

¹⁰⁸ Benz: Geschichte, S. 50.

eine stichprobenartige Untersuchung von Hamburger Zeitungen, Unterschiede in der Berichterstattung festzustellen. Er kommt zu dem Schluss, dass die meisten Zeitungen vom 13. Mai 1936 ganz im Rahmen der Presselenkung die gleichen Themen auf der ersten Seite behandelten.¹⁰⁹ Die einzige Tageszeitung, die bei der Untersuchung auffiel, war das „Hamburger Tageblatt“, das sich ein besonders starkes antisemitisches Profil zugelegt hatte.

An anderer Stelle geht Fritz Sänger darauf ein, dass vor allem das Vabanquespiel zwischen dem eigenen Gewissen und den Anweisungen der Reichspressekonferenz vielen Redakteuren schwerfiel.¹¹⁰ Christian Sonntag resümiert, dass ein „Widerstand“ nur in Form von Pamphleten oder der geschickten Formulierung von Sachverhalten, die gleichzeitig ein gewisses Intellekt des Rezipienten voraussetzte, möglich war.¹¹¹ Das schränkte den Handlungsspielraum der Journalisten enorm ein und ließ viele Redakteure davor zurückschrecken überhaupt „journalistischen Widerstand“ zu leisten.

2.3. Entwicklung Hamburger Tageszeitungen im Nationalsozialismus

Die Gleichschaltung der Medien wurde auch in Hamburg zügig durchgeführt. Die Hansestadt hatte nicht nur als Handelsknotenpunkt eine lange Tradition vorzuweisen, sondern auch als Standort für Nachrichten und Medien. Neben wenigen auflagenschwachen Hamburger Tageszeitungen, die „überparteilich“ waren, gab es zur Zeit der Weimarer Republik in einem besonderen Maße parteinahe- bzw. orientierte Blätter.¹¹² Als „demokratisches“ Blatt sah sich der „Hamburger Anzeiger“ des Giradet Verlag, das in den 1930-er Jahren die auflagenstärkste Tageszeitung in Hamburg war.¹¹³ Die Zeitung der SPD war das „Hamburger Echo“, das im Jahr 1933 zusammen mit anderen oppositionellen Zeitungen verboten wurde.¹¹⁴

Hinzukommt ein weiteres Blatt, das für die vorliegende Arbeit interessant erscheint. „Die Tat“ war eine Zeitung, die zwar nicht in Hamburg, sondern in Jena erschien, aber

¹⁰⁹ Führer: Medienmetropole, S. 355.

¹¹⁰ Sänger: Täuschungen, S.49 f.

¹¹¹ Sonntag: Medienkarrieren, S. 36 f.

¹¹² Führer: Medienmetropole, S. 279.

¹¹³ Ebd., S. 280 f.

¹¹⁴ Gossel: Hamburger Presse, S. 57.

innerhalb der Forschung nicht selten als ein Wegbereiter des NS-Regimes bezeichnet wird. Redakteure wie Hans Zehrer, Ferdinand Fried und Giselher Wirsing¹¹⁵ schrieben für die „Unabhängige Monatszeitschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit“ und traten für antidemokratische Tendenzen und deren Verbreitung im Land ein. Die drei Journalisten fanden nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Eingang in die Pressewelt und schrieben in den 1950-er Jahren für das Springer-Blatt die „Welt“, wobei Zehrer sogar Chefredakteur wurde.¹¹⁶ Obgleich keiner der genannten „Tat“-Redakteure für das HABL geschrieben hatte, ist vor allem Zehrer, der von 1929 bis 1933 Herausgeber der „Tat“ war, für die vorliegende Arbeit eine markante Persönlichkeit, da er zu Beginn der Nachkriegszeit und in den 1950-er Jahren in engem Kontakt zu Springer stand und einer seiner wichtigsten Berater war.¹¹⁷

Um einen Überblick über die Vielzahl an Zeitungen in Hamburg zu bekommen, lohnt sich ein Blick auf folgende Zahlen zum Ende der Weimarer Republik: Im Jahr 1932 sind rund 34 Zeitungen in der Hansestadt erschienen, dessen Gesamtauflage bei ungefähr 500.000 Stück pro Jahr lag.¹¹⁸ Bereits ein Jahr nach der Machtübertragung durch die Nationalsozialisten gab es nur noch 22 Zeitungen. Der rapide Rückgang der Zeitungen sollte sich bis 1944 fortsetzen, sodass ab 1944 nur noch die „Hamburger Zeitung“ übrigblieb. Das HF, das als einer der wenigen Hamburger Zeitungen bis in den Zweiten Weltkrieg erschien, wurde in die „Hamburger Zeitung“ eingegliedert.¹¹⁹ Der vielfältige Hamburger Pressemarkt wurde binnen 12 Jahre vollständig aufgelöst und alsdann durch eine einzige Zeitung repräsentiert.

Nachdem die „linke“ Publizistik weitestgehend beseitigt worden war, passten sich in Hamburg die meisten Tageszeitungen dem politischen Trend und Richtlinien an, da sie ansonsten durch ein „Erscheinungsverbot“ um ihre Existenz fürchten mussten oder sogar

¹¹⁵ Obgleich diese Journalisten nicht für das HABL schrieben, ist es dennoch wichtig sie hier aufzuführen. Vor allem Zehrer war ein späterer Wegbegleiter und Mentor Springers, der für die politische Entwicklung des Verlages eine wichtige Rolle spielte.

¹¹⁶ Jürgs: Axel Springer, S. 66; Sonntag: Medienkarrieren, S. 174.

¹¹⁷ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 96.

¹¹⁸ Sonntag: Medienkarrieren, S. 40.

¹¹⁹ Fromme, Jürgen: Das Hamburger Fremdenblatt, in: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972, S. 174.

Überfälle der SA auf die Verlagsgebäude riskiert hätten.¹²⁰ Der Großteil der Hamburger Zeitungen zeigte sich spätestens nach den Wahlen im März 1933 der Hamburger NSDAP ergeben und zeigte offenkundig ihre Sympathie. Das HF hatte sich bereits 1932 zunehmend „rechts“ orientiert und folgte damit der politischen Entwicklung im Land. Es war in der Entwicklung des Pressewesens in Hamburg ein gutes Beispiel für eine Tageszeitung, die sich „selbstgleichschaltete“.¹²¹ Obgleich die Redaktion sich bei Hitlers Ernennung zum Reichskanzler noch bedeckt hielt, wurde nach dem Reichstagsbrand klar Stellung bezogen und gegen politische Feinde des Staates – insbesondere Kommunisten – geschrieben.¹²²

Die Redaktion des HF blieb in der Zeit der Gleichschaltung nahezu unverändert, obwohl sich die Personalie des Chefredakteurs änderte, was jedoch nicht aus politischen, sondern aus Altersgründen geschah. Im Laufe der Jahre sollte sich noch herausstellen, dass das HF eines von wenigen Hamburger Tageszeitungen sein würde, die bis fast zum Ende des „Dritten Reichs“ Artikel veröffentlichen durfte.

Das Leitbild des HF wurde 1929 von Rudolf Michael, der für das Hamburger Blatt während des Nationalsozialismus als Leiter des Politik-Ressort tätig war und nach dem Zweiten Weltkrieg für das HABL schrieb, wie folgt charakterisiert: Das HF war eine Wirtschaftszeitung, die welttoffen und national-liberal ausgerichtet war.¹²³ Nachdem Sven Müller den Posten des Chefredakteurs übernommen hatte, verlagerte sich die politische Ausrichtung der Zeitung zunehmend nach „rechts“. Der neue Chefredakteur und andere Redakteure ließen keinen Zweifel an ihrer Regimetreue.¹²⁴ Angaben zu etwaigen Entlassungen jüdischer Redakteure im HF sind nicht bekannt. Während die Redaktion einen Rechtsruck verzeichnete, fiel der Verleger, Kurt Broschek, bei den Nationalsozialisten in Ungnade als er 1936 einen Artikel seines Chefredakteurs – entgegen der Vorgaben durch

¹²⁰ Als Beispiel kann hierfür der „Hamburger Anzeiger“ genannt werden. Nachdem am 30. Januar 1933 ein Artikel erschien, der Hitler als Bedrohung für den Frieden des Volkes ansah, überfiel die SA das Verlagsgebäude am Gänsemarkt am 27. Februar 1933. Führer: Medienmetropole, S. 330 ff.

¹²¹ Führer: Medienmetropole, S. 330.

¹²² Ebd., S. 330.

¹²³ FfZ Hamburg, NL Rudolf Michael, Schriftwechsel 1923-1980, 11/ M4.

¹²⁴ Teuchert: Tageszeitungen, S. 78.

die Reichspressekammer – kürzte. Dieser Eingriff blieb für ihn nicht folgenlos, sodass er neue Gesellschafter und Geschäftsführer für seinen Verlag einsetzen musste.¹²⁵

Die Hamburger Leserschaft erweckte den Eindruck, dass der Übergang von einer pluralistischen Zeitungslandschaft hin zu einer gelenkten Informationsvermittlung nicht sonderlich gestört hatte. Der „Hamburger Anzeiger“¹²⁶ war die auflagenstärkste Tageszeitung in der Hansestadt während der Weimarer Republik, was sich auch nach dem Führungswechsel an der Spitze der Zeitung nicht veränderte, obwohl der politische Kurs geändert wurde.¹²⁷ Das HF stellte in dieser Entwicklung eine Ausnahme dar, da sie innerhalb von zwei Jahren – von 1931 bis 1933 – knapp vierzehntausend Exemplare weniger verkauften. Gründe dafür könnten darin liegen, dass die Zeitung vergleichsweise hochpreisig auf dem Hamburger Zeitungsmarkt zu erwerben war.¹²⁸

Dennoch stellte nach Karl Christian Führer das HF in dieser Hinsicht eine Ausnahme dar. Andere „bürgerliche“ Tageszeitungen wie der „Hamburgische Correspondent“ oder die „Hamburger Nachrichten“ konnten ihre Verkaufszahlen während des Nationalsozialismus konstant halten. Obwohl sich einige Hamburger Verlage über die Situation auf dem Anzeigenmarkt beschwerten, konnten sie in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Regierung keine nennenswerten Absatzprobleme verzeichnen.¹²⁹

Abschließend darf neben der Darstellung der Entwicklung der „bürgerlichen“ Presse in Hamburg nicht die Erwähnung des parteinahen Presseorgans der NSDAP fehlen. Das „Hamburger Tageblatt“ wurde 1928 gegründet und war fortan als Wochenzeitung erschienen. Zwei Jahre vor der Machtübertragung wurde das Blatt täglich herausgegeben und profitierte schließlich ab 1933 vom Verbot der Linkspresse, da deren Anzeigen nun im „Tageblatt“ erschienen. Zur Zeit des „Dritten Reichs“ erhielt die Tageszeitung viele finanzielle und wirtschaftspolitische Vorteile gegenüber der „bürgerlichen“ Presse. Dennoch gelang es ihr nicht zur auflagenstärksten Tageszeitung in der Hansestadt zu

¹²⁵ Sonntag: Medienkarrieren, S. 43.

¹²⁶ Fortan HA.

¹²⁷ Führer: Medienmetropole, S. 336.

¹²⁸ Ebd., S. 337.

¹²⁹ Ebd., S. 337.

avancieren.¹³⁰ Eingestellt wurde sie schließlich im September 1944, als sie zusammen mit dem HF und dem HA, in eine einzige Zeitung, der Hamburger Zeitung, gegliedert wurde.¹³¹

Ab September 1944 entstand die „Hamburger Zeitung“. Dadurch wurden ungefähr 140.000 Beschäftigte von ihrer Arbeit entbunden und konnten somit für militärische Zwecke der NS-Regierung eingesetzt werden.¹³² Die letzte Ausgabe der „Hamburger Zeitung“ erschien am 2. Mai 1945¹³³ und beendete somit eine zwölf Jahre lange Mediendiktatur, die die Hamburger Presselandschaft in ihrer Vielfalt und ihrer Bedeutung als Medienhochburg in Deutschland beeinträchtigt hatte. Auch wenn durch die Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 das Ende der Gewaltherrschaft und der aufoktrozierten Presseordnung besiegelt wurde, sah sich Hamburg mit neuen Aufgaben, Hindernissen und Restriktionen durch die Pressepolitik der Alliierten konfrontiert. Bereits zwei Jahre zuvor wurde Hamburg im Zuge der Operation „Gomorrha“ durch britische und US-amerikanische Luftangriffe bombardiert, wobei zehntausende zivile Opfer gefordert wurden.¹³⁴ Am 3. Mai 1945 übertraten britische Militärverbände die Elbe und leiteten ein neues Kapitel der Hamburger Pressegeschichte ein.

¹³⁰ Sonntag: Medienkarrieren, S. 46.

¹³¹ Führer: Medienmetropole, S. 437.

¹³² Führerinformation des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda Nr. 467 über die totalen Kriegsmaßnahmen auf dem kulturellen Gebiete am 11.8.1944, BArch Berlin R 43 II/666 b.

¹³³ Führer: Medienmetropole, S. 440.

¹³⁴ Büttner: „Gomorrha“, S. 618.

3. Neuordnung unter britischer Besatzung

Nach dem monopolisierten Pressemarkt während des Nationalsozialismus galt es nun für die Hamburger abzuwarten, welche pressepolitischen Akzente die britische Militärregierung setzte. Das Bild der Alliierten von der deutschen Bevölkerung und die Frage nach der Schuld änderten sich im Laufe des Krieges für die Briten. Nachdem die Konzentrationslager in Dachau, Bergen-Belsen und Neuengamme nach und nach befreit wurden und die Gräueltaten des NS-Regimes mit ihrer perfiden, systematischen Vernichtungsmaschinerie deutlich wurden, sah sich die deutsche Bevölkerung zunächst der „Kollektivschuld“ angeklagt. Daher war es nicht verwunderlich, als die britische Militärregierung unter der Leitung des britischen Oberbefehlshabers Bernard L. Montgomery zu einem Fraternalisierungsverbot¹³⁵ mit den Hamburger Bürger und Bürgerinnen aufrief. Plakate und Schilder mit dem Verbot, die an vielen Plätzen zwischen den Trümmern aufgestellt wurden, machte den Hamburgern und Hamburgerinnen bewusst, dass ihnen in vielerlei Hinsicht eine schwere Zeit bevorstand. Viele Bürgerinnen und Bürger standen vor existenziellen Problemen, da eine akute Wohnungs- und Hungersnot in der Hansestadt herrschte. Hunderttausende lebten in Notunterkünften, Kellern oder wohnten außerhalb der Stadt.¹³⁶

Innerhalb der Forschung ist die Lizenzierungsphase von 1945 bis 1949 Gegenstand vieler Diskussionen. Daniel Gossel hebt in den Schlussbemerkungen seiner Arbeit hervor, dass es den Briten vor allem darum ging, mit dem politischen Neubeginn ein neues Pressewesen und einen neuen Journalismus in Hamburg zu implementieren.¹³⁷ Dem entgegnet Kurt Koszyk, dass er in der britischen Pressepolitik lediglich eine Erneuerung der bereits bestehenden deutschen Pressestrukturen zu erkennen vermag.¹³⁸ Während Norbert Frei vorrangig Veränderungen in personeller und struktureller Hinsicht betont, geht Jessica Erdelmann primär auf die Entnazifizierung der Nachkriegsgesellschaft und die

¹³⁵ Gossel: Hamburger Presse, S. 22.

¹³⁶ Bajohr, Frank: Schlussbetrachtung. Meister der Zerstörung, in: in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 687-691, hier S. 687.

¹³⁷ Gossel: Hamburger Presse, S. 156 f.

¹³⁸ Koszyk, Kurt: Kontinuität oder Neubeginn? Massenkommunikation in Deutschland 1945.1949, Siegen 1981.

Problematik mit den sogenannten „Persilscheinen“ ein.¹³⁹ Karl Christian Führer resümiert folgerichtig, dass die Pressepolitik in den vier Besatzungszonen von 1945 bis 1949 ein bereits intensiv untersuchtes Gebiet in der Forschung darstellt.¹⁴⁰

Die unterschiedlichen Untersuchungsschwerpunkte innerhalb der Forschung veranschaulichen, wie facettenreich und grundlegend der Neubeginn des Hamburger Pressewesens war. Der Fokus dieses Kapitels soll darauf liegen, die juristische Grundlage der Lizenzierungsphase darzustellen und zu verdeutlichen, welche erschwerten Rahmenbedingungen die Hamburger Zeitungen und somit auch das HABL hatte. Darüber hinaus wird skizziert, wie sich eine neue Presselandschaft in Hamburg etablierte, welche Ziele die britische Militärregierung mit ihrer Pressepolitik verfolgte und welchen inhaltlich-strukturellen Wandel die Tagespresse beim Übergang von einer Diktatur zu einer Demokratie vollzog.

3.1. Die Pressepolitik der Alliierten

Bereits zwei Jahre vor Kriegsende haben sich amerikanische und britische Experten getroffen, um gemeinsame Richtlinien für eine neue Medienpolitik in Deutschland zu entwickeln.¹⁴¹ Die letzte große Bombardierung Hamburgs fand 1943 statt, sodass bereits mit dem Wiederaufbau der Stadt begonnen werden konnte. Besonders betroffene Stadtteile waren u.a. Wandsbek, Barmbek, Hammerbrook, Hamm-Süd und Teile von Altona.¹⁴² Die Außen- und Binnenalster blieben z.T. verschont, sodass Gebäude wie das Rathaus oder die Universität die Angriffe weitestgehend unversehrt überstanden. Besonders wichtig für die Zeitungen war der Umstand, dass das Gebäude des Broschek Verlages weiterhin benutzt werden konnte, obwohl es stark beschädigt wurde. Außerdem konnte die „Die Zeit“ bereits im Februar 1946 erscheinen, da das Pressehaus am Speersort genutzt werden konnte.¹⁴³

¹³⁹ Erdelmann, Jessica: Persilscheine aus der Druckerpresse? Die Hamburger Medienberichterstattung über Entnazifizierung und Internierung in der britischen Besatzungszone (Hamburger Zeitspuren, Band 11), Hamburg 2016, S. 7 f.

¹⁴⁰ Führer: Medienmetropole, S. 442.

¹⁴¹ Führer: Medienmetropole, S. 16; Sonntag: Medienkarrieren, S. 47; Gossel: Hamburger Presse, S. 13 f.

¹⁴² Büttner: „Gomorrha“, S. 618.

¹⁴³ Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009, S. 94.

Aus der Sicht der Alliierten hatten folgende Ziele höchste Priorität: Deutschland musste vor Augen geführt werden, dass der Krieg verloren wurde und dass ähnliche Narrative wie der „Dolchstoßlegende“ aus dem Ersten Weltkrieg keine Chancen eingeräumt werden konnten. Schließlich wurde Deutschland in vier Besatzungszonen unter den Alliierten aufgeteilt, wobei jeder Zone ein Militärgouverneur vorstand.¹⁴⁴ Außerdem sollte die Grundlage für einen demokratischen Neubeginn in allen Bereichen des öffentlichen Lebens in Deutschland gelegt werden und damit auch der Grundstein dafür, dass ein nationalsozialistisches Deutschland nicht wiedererstarken konnte. Das Grundgerüst der künftigen Pressepolitik spiegelte sich in drei Büchern wider, die nach Beschlüssen auf Konferenzen in Paris, London und Luxemburg verfasst worden sind: Das „Handbook of Governing Policy and Procedure for the Military Occupation of Germany“, das „Handbook of Military Government in Germany“ und schließlich das „Manual for the Control of German Information Services“.¹⁴⁵

Um die medienpolitischen Ziele der Anglo-Amerikaner umzusetzen, wurde ein Gremium einberufen, das unter der Leitung des amerikanischen Brigadegenerals Robert A. McClure stand. Er erließ die Verordnung Nr. 191 ein Jahr vor Kriegsende, die ein Verbot von allen medialen Erzeugnissen durch das „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ vorsah.¹⁴⁶ Sie stellte die erste von vielen Anweisungen dar, die unmissverständlich klarmachten, dass die „alte“ Presseordnung des NS-Regimes der Vergangenheit angehörte und dem deutschen Pressewesen ein grundlegender Neuanfang bevorstand. Nach der Kapitulation des Deutschen Reichs wurde diese Verordnung am 12. Mai 1945 durch die Kontrollschrift Nr. 1 ergänzt, den einzelnen Bürgern unter bestimmten Bedingungen Tätigkeiten im medialen Bereich erlaubte.¹⁴⁷

Zunächst bezog sich die „Reeducation“ der Briten auf den Bildungssektor, wodurch sie jedoch nur Jugendlichen und Studenten demokratische Werte näherbringen konnten.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Benz: Geschichte, S. 207.

¹⁴⁵ Lange, Ulrich: Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996, S. 671.

¹⁴⁶ Kopper, Gerd: Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen und Strukturbedingungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945-1970, Düsseldorf 1972, S. 24; Sonntag: Medienkarrieren, S. 47.

¹⁴⁷ Haese, Uta; Prawitt-Haese, Torsten: Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit. Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1955, Hamburg 1994, S. 36.

¹⁴⁸ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 58.

Schnell wurde den britischen Besatzern klar, welche Rolle die Medien als Multiplikator bei der Demokratisierung der Gesellschaft spielten, sodass zunächst der nationalsozialistische Medienapparat mit all seinen Institutionen beseitigt wurde und neue inhaltliche und strukturelle Prinzipien für den Journalismus in Deutschland gelegt wurden. Folglich wurden von den Briten und dem britischen Pressegremium „Public Relation and Information Service Control“ unter der Leitung von Sefton Delmer¹⁴⁹, der für den Nachrichtendienst in der britischen Besatzungszone verantwortlich war, zwei elementare Ziele für die britische Pressepolitik formuliert: Zum einen ging es um ein Drei-Phasen-Modell, das dem deutschen Pressesystem dabei helfen sollte, auf der Grundlage demokratischer Werte ein eigenständiges – ohne Aufsicht und Kontrolle der Alliierten – Dasein zu entwickeln.¹⁵⁰ Andererseits wurde eines der Hauptziele des Potsdamer Abkommens von 1945 in den Fokus gerückt: Die Entnazifizierung der Gesellschaft und des Personals, das im Bereich der Medien tätig war.¹⁵¹

Die erste Phase bestand darin, ein allgemeines Publikationsverbot zu verhängen. Daraufhin folgte die Herausgabe von Militärzeitungen, die die Bevölkerung mit den notwendigen Informationen versorgte. In einem dritten Schritt sollte die Verantwortung über der Presse in die Hände von deutschen Verlegern und Journalisten gelegt werden.¹⁵²

In Großbritannien fand indes im Juli 1945 ein Regierungswechsel statt, der die Umsetzung der Politik in der britischen Besatzungszone zeitweise erschwerte. Die neue Regierung um Premierminister Clement Attlee sah eine modifizierte Lizenzvergabe vor. Entgegen vorherigen Annahmen sollten diese fortan an Personen vergeben werden, die in enger Beziehung zu einer Partei standen.¹⁵³ Damit wurde ein Zugeständnis hin zu einem

¹⁴⁹ Gossel: Hamburger Presse, S. 53.

¹⁵⁰ Erdelmann: Persilscheine, S. 17; Gossel: Hamburger Presse, S. 48; Sonntag: Medienkarrieren, S. 75 f.; Wimmer: Anfänge, S. 85.

¹⁵¹ Hierzu siehe Kap. 2.2

¹⁵² Die Konzepte zum Wiederaufbau der Presse in Deutschland war in allen westlichen Besatzungszonen weitestgehend ähnlich. Eine Besonderheit stellt die britische Pressepolitik insofern dar, als dass die Phase zwischen der Publikation der Heereszeitungen und die Übergabe der pressepolitischen Verantwortung in die Hände von Verlegern und Journalisten mehrere Monate dauerte. Gründe hierfür waren z.B. der Regierungswechsel von Premierminister Winston Churchill zu Clement Attlee in Großbritannien und die Papierknappheit in der britischen Zone. Erdelmann: Persilscheine, S. 17; Führer: Medienmetropole, S. 442; Gossel: Hamburger Presse, S. 18.

¹⁵³ Überdies versuchten bereits seit Ende des Zweiten Weltkriegs deutsche Zeitungsmacher und Journalisten den Wiederaufbau der Presse in Hamburg mitzuplanen. Gossel: Hamburger Presse, S. 56 ff.; Erdelmann: Persilscheine, S. 18.

parteinahen, aber nicht parteigebundenen Verlagswesen gemacht. Die Parteien hatten ein Mitspracherecht bei der Vergabe der Lizenzen. Dennoch waren die Zeitungen wirtschaftlich und redaktionell unabhängig und sollten lediglich die Berichterstattung und ihre Kommentare im Sinne der Partei ausrichten.¹⁵⁴

In der Forschung wird diese pressepolitische Modifikation unterschiedlich bewertet. Jessica Erdelmann ist der Auffassung, dass durch dieses Konzept sowohl die Partei als auch die Presse erzogen werden sollte und die Bevölkerung dadurch eine Meinung entwickelt, die sich nicht an der Partei orientiert.¹⁵⁵ Zudem solle so gewährleistet werden, dass Parteien die Erkenntnis erlangen, dass die Presse grundsätzlich parteipolitisch unabhängig sei.¹⁵⁶ Karl Christian Führer sieht in der Pressepolitik den Versuch, durch parteinahe Zeitungen eine Meinungsvielfalt in der Gesellschaft zu etablieren, während Gudrun Kruij es für unwahrscheinlich hält, dass die Briten die Herausgabe einer Zeitung, die mehrere Meinungen beinhaltete, für realistisch hielten. Daniel Gossel gibt zu bedenken – ähnlich wie Christian Sonntag –, dass die Briten mit den „Parteirichtungszeitungen“ eine Belebung des politischen Lebens in der Gesellschaft fördern wollten.¹⁵⁷ Die Gründe für die Vergabe von Lizenzen an parteinahe Zeitungen und der damit verbundene Kurswechsel der Briten bleibt abschließend ungeklärt, sodass sich lediglich Spekulationen und Vermutungen über die Motive eruieren lassen.¹⁵⁸ Trotz der Diskussionen innerhalb der Forschung muss konstatiert werden, dass die britische Zone mit der Lizenzvergabe an Personen, die einer Partei nahestanden oder sympathisierten, ein besonderes Charakteristikum in der Pressepolitik der Alliierten ausmachte. Die französischen Besatzer erteilten erst im Jahr 1946 Lizenzen an parteinahe Lizenzträger. Die US-Amerikaner lehnten die parteipolitische Gebundenheit einer Zeitung gänzlich ab.

Ogleich das Pressekonzept der Briten in der Theorie einleuchtete, entstand in der Praxis Unzufriedenheit bei der Bevölkerung über die „Parteirichtungszeitungen“. Ein Grund hierfür kann die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger gewesen sein, die nach der Mediendiktatur der NSDAP zunächst wenig Interesse an Parteipolitik zeigten.

¹⁵⁴ Gossel: Hamburger Presse, S. 37.

¹⁵⁵ Edelman: Persilscheine, S. 18.

¹⁵⁶ Ebd., S. 18.

¹⁵⁷ Gossel: Hamburger Presse, S. 37.

¹⁵⁸ Wimmer: Anfänge, S. 90 f.

Außerdem gab es für die Bevölkerung in der Nachkriegszeit dringendere Probleme als den Wiederaufbau einer demokratischen Presselandschaft.¹⁵⁹ Wohnungs- und Hungersnot, Arbeitslosigkeit, die Suche nach vermissten Familienangehörigen und die Desillusionierung vieler über die letzten 12 Jahre Diktatur waren die vorrangigsten Themen, mit denen sich die meisten Menschen beschäftigten.¹⁶⁰

Für die Verbreitung von Informationen wurden Nachrichtenagenturen gegründet, die die Informationen kanalisiert und an die Zeitungen weitergeben sollten.¹⁶¹ Die Verbreitung der von diesen Agenturen herausgegebenen Informationen war für die Lizenzzeitungen verpflichtend. Inhaltlich und strukturell sollte ein klarer Bruch mit der Pressepolitik des „Dritten Reichs“ erkennbar sein. Selbstverständlich gehörte zu den Grundsätzen der neuen Zeitungen, dass jedwede Verherrlichung nationalsozialistischen Gedankenguts sowie rassistische oder diskriminierende Äußerungen ethnischer Minderheiten verboten waren. Darüber hinaus war Kritik an den Besatzungsmächten zunächst unerwünscht.¹⁶² Obwohl die Rücknahme von Lizenzen eine Ausnahme darstellte, war dieser Vorgang bei wiederholten Zuwiderhandlungen möglich.¹⁶³

Weitere Restriktionen fanden sich in der Unparteilichkeit der Berichterstattung, der Toleranz gegenüber Religionen und eine strikte Trennung zwischen Bericht und Kommentar.¹⁶⁴ Das Erscheinungsbild stellte demzufolge auch eine grundlegende Veränderung zur nationalsozialistischen Pressestruktur dar. Neben einer objektiven Berichterstattung¹⁶⁵ sollten die Parteien in einem gekennzeichneten Meinungsteil die Möglichkeit erhalten, sich zum aktuellen politischen Geschehen zu äußern.¹⁶⁶ Außerdem durften die

¹⁵⁹ Laut einer Umfrage im Oktober 1946 gaben 80 Prozent der Befragten in der britischen Besatzungszone an, dass die Lizenzpresse nicht den öffentlichen Konsens widerspiegeln würde. Erdelmann: Persilscheine, S. 19; Sonntag: Medienkarrieren, S. 119.

¹⁶⁰ Bajohr: Zerstörung, S. 687.

¹⁶¹ Zunächst wurde im Dezember 1945 der „German News Service“ in „Deutscher Pressedienst“ umbenannt. In den darauffolgenden Jahren wurde sukzessive die Verantwortung der Nachrichtenagenturen in die Hände der Deutschen gelegt, sodass sich 1949 die Nachrichtenstellen zur „Deutschen Presse-Agentur“ zusammenschlossen. Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 61; Erdelmann: Persilscheine, S. 19; Gossel: Hamburger Presse, S. 39.

¹⁶² Wimmer: Anfänge, S. 96; Erdelmann: Persilscheine, S. 19.

¹⁶³ Führer: Medienmetropole, S. 467.

¹⁶⁴ Erdelmann: Persilscheine, S. 20.

¹⁶⁵ Eine sachliche und wertneutrale Berichterstattung war zwar die Vorgabe, aber in der Praxis versuchten die Parteien mithilfe der Zeitungen Einfluss auf die Leserschaft zu nehmen. Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 62.

¹⁶⁶ Erdelmann: Persilscheine, S. 20

Lizenzzeitungen keine formellen Elemente aus der NS-Zeit übernehmen. Die „Frakturschrift“ und die Wiederverwendung von Zeitungsnamen aus den Jahren von 1933 bis 1945 wurden verboten. Um die Meinungsfreiheit in den Zeitungen zu gewährleisten, sollten Leserbriefe in den Ausgaben gedruckt werden.¹⁶⁷ Dem „Hamburger Format“¹⁶⁸ entsprechend durften zudem höchstens vier Seiten pro Ausgabe gedruckt werden. Die Zeitungen erschienen zweimal wöchentlich und kosteten 20 Pfennige.¹⁶⁹ Das Verbreitungsgebiet wurde ebenfalls von den Briten bestimmt.

In der Umsetzung stellte dies einen Bruch in vielerlei Hinsicht mit der deutschen Presse-tradition dar, und viele Zeitungen ließen ein elementares Merkmal des pressepolitischen Neuaufbaus außer Acht: Die strikte Trennung von Bericht und Kommentar wurde von manchen Chefredakteuren ignoriert. Begründet wurde dies mit der Behauptung, dass die Geschehnisse in Nachkriegsdeutschland zum Wohle des Lesers eine analysierende Klassifizierung bedurften, um Orientierung zu geben und die Politik zu verstehen.¹⁷⁰

Die ersten Zeitungen, die die Hamburger Bürgerinnen und Bürger in der zweiten Phase des Wiederaufbaus des Pressesystems über die neuesten Verordnungen der britischen Militärregierung informierten, waren das „Hamburger Nachrichtenblatt“¹⁷¹ und die „Neue Hamburger Presse“¹⁷², die am 9. Mai bzw. am 9. Juni erstmalig erschienen. Deren Ausgaben wurden streng durch Vertreter der Militärregierung kontrolliert.¹⁷³ Während das HN hauptsächlich Anordnungen der britischen Militärregierung druckte und täglich erschien, beinhaltete die NHP auch Kommentare, außenpolitische Nachrichten und lokale Meldungen und war einmal wöchentlich erhältlich. Der Zugang zu den Zeitungen der Briten war jedoch nicht jedem möglich, da durch die Papierknappheit und die mangelhafte Verbreitung der Blätter nur wenige in Hamburg eine Ausgabe erhielten.¹⁷⁴ Hinzu kam, dass die Auflagenzahl der HN bei ungefähr 80.000 und bei der NHP bei 250.000

¹⁶⁷ Wimmer: Anfänge, S. 97.

¹⁶⁸ Das „Hamburger Format“ entsprach den Maßen 570 mm x 400 mm und war somit eindeutig größer als „Berliner Format“, das bei 470 mm x 315 mm lag. Wimmer: Anfänge, S. 10.

¹⁶⁹ Diese Bestimmungen wurden durch die „Betriebsanweisung für die Presse Nr.1“ rechtlich legitimiert. Wimmer: Anfänge, S. 95.

¹⁷⁰ Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 62.

¹⁷¹ Fortan HN.

¹⁷² Fortan NHP.

¹⁷³ Gossel: Hamburger Presse, S. 48 f.

¹⁷⁴ Ebd., S. 444 f.

Stück pro Woche lag. Zwar wurde die Auflagenzahl in den kommenden Monaten gesteigert und das Einzugsgebiet der Zeitungen auch auf das Hamburger Umland erweitert, dennoch war die Verbreitung unzureichend.¹⁷⁵ Ein weiteres Problem der neuen Zeitungen war die Einfältigkeit der Ausgaben: Viel zu knapp fiel der Anzeigenteil für die Hamburgische Bevölkerung aus. Darin wurde beispielsweise nach Meldungen über Verwandte gesucht, zu denen man durch den Zweiten Weltkrieg den Kontakt verloren hatte. Aufgrund eines mangelhaften Angebots von Anzeigen in der NHP und dem vergeblichen Versuch die deutschen Anzeigenblätter durch die Briten genehmigen zu lassen, wurden die Hamburger selbst aktiv und hingen eigene Anzeigen und Plakate in ganz Hamburg auf.¹⁷⁶ Nach der Festlegung der politischen Konzeption der Lizenzpresse wurde der nächste Schritt mit der Gründung von vier Zonenzeitungen in Hamburg gemacht.

3.2. Lizenzierungsphase und Entwicklung der Lizenzpresse

In der Lizenzierungsphase entstanden erhebliche Schwierigkeiten: Zunächst blieb weiterhin das Problem der Papierknappheit bestehen, was dazu führte, dass die Herausgabe von neuen Zeitungen erschwert wurde.¹⁷⁷ Der Papiermangel führte Mitte 1947 sogar zur Kürzung zahlreicher Auflagen. Die Bürgerinnen und Bürger wurden dazu aufgerufen, alte Bücher und Zeitungen für die Wiederverwertung zu neuen Zeitungsblättern abzugeben. Trotz einiger unterstützender Maßnahmen der britischen Militärregierung bestand konstant ein Mangel an Zeitungspapier zwischen 1945 und 1949.¹⁷⁸

Die Lizenzvergabe durch die Briten unterstand zudem einer strengen Kontrolle und Untersuchung der Lizenzträger. Alle Lizenzanträge waren an einen Landespresseausschuss zu stellen.¹⁷⁹ Es wurde darauf geachtet, dass die Zeitungen von politisch unbelasteten Verlegern veröffentlicht wurden. Einige Altverleger kamen daher nicht in Frage, waren aber aufgrund ihrer Produktionsmittel und Druckereien wichtige Geschäftspartner für die Lizenzträger. Dies charakterisierte ein weiteres Problem in der Lizenzierungsphase: Nur

¹⁷⁵ Führer: Medienmetropole, S. 445.

¹⁷⁶ Ebd., S. 445.

¹⁷⁷ Ebd., S. 443; Wimmer: Anfänge, S. 106 f.

¹⁷⁸ Haese; Prawitt-Haese: Leser, S. 45.

¹⁷⁹ Gehrman, Wolf: Britische Presse- und Informationspolitik in Schleswig-Holstein 1945-1949, Kiel 1993, S. 197.

wenige Druckereien waren von der Bombardierung der Alliierten verschont geblieben, sodass Pachtverträge zwischen der Lizenzpresse und den Altverlegern geschlossen wurden, um einen Zugang zu den Druckmaterialien zu gewährleisten.¹⁸⁰

Neben den bereits genannten Zeitungen in Hamburg, die in erster Linie die Bevölkerung mit den wichtigsten Informationen versorgen sollten und kurz vorm Erscheinen der Lizenzpresse eingestellt worden waren, entstanden ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die ersten Lizenzzeitungen in der Hansestadt. Die britische „Control Commission“ vergab Lizenzen an fünf Hamburger Zeitungen.¹⁸¹

Dabei haben vier „Parteirichtungszeitungen“ im März 1946 das Recht erhalten, ihr Blatt herauszugeben: Die „Hamburger Volkszeitung“¹⁸² für die KPD, die „Hamburger Allgemeine Zeitung“¹⁸³ für die CDU, die „Hamburger Freie Presse“¹⁸⁴ für die FDP und schließlich das „Hamburger Echo“¹⁸⁵ für die SPD.¹⁸⁶ Die parteipolitisch-unabhängige „Welt“ wurde am 2. April 1946 herausgegeben. Als überregionale Wochenzeitung ist zudem „Die Zeit“ zu nennen, die am 21. Februar 1946 zum ersten Mal erschien und in den ersten Nachkriegsjahren zu einem wichtigen Bestandteil der demokratischen Presselandschaft avancierte.¹⁸⁷

Die „Welt“ stellte eine Besonderheit auf dem Hamburger Pressemarkt dar, weil sie keinen Verleger besaß, sondern vom britischen „Chief Controller“, also einem Mitglied der britischen Militärregierung, herausgegeben wurde.¹⁸⁸ Die britische Zonenzeitung hatte zudem weitere Vorteile gegenüber den anderen Zeitungen: Sie konnte auf die

¹⁸⁰ Wimmer: Anfänge, S. 89.

¹⁸¹ Generell gaben die Bestimmungen der Besatzungspolitik vor, dass jede Großstadt in der britischen Zone eine „Parteirichtungszeitung“ stellen sollte. Ebd., S. 99.

¹⁸² Fortan HVZ.

¹⁸³ Fortan HAZ.

¹⁸⁴ Fortan HFP.

¹⁸⁵ Fortan HE.

¹⁸⁶ Führer: Medienmetropole, S. 447; Gossel: Hamburger Presse, S. 64.

¹⁸⁷ Daniel Gossel hebt in seiner Arbeit die Stellung und die Bedeutung der „Zeit“ auf dem Pressemarkt hervor, da sie eine der wenigen Zeitungen gewesen sei, die britische Besatzungspolitik kritisierte. Vor allem der Chefredakteur Ernst Samhaber hatte durch seine kritischen Artikel einen Anteil am Erfolg der Zeitung gehabt, die durch ihre politische Konzeption eines „der wichtigsten deutschen Organe der politischen Meinungsbildung“ repräsentiert haben. Gossel: Hamburger Presse, S. 69 f.

¹⁸⁸ Wimmer: Anfänge, S. 101; Führer: Medienmetropole, S. 446.

Räumlichkeiten und die Technik des ehemaligen Broschek-Verlags zurückgreifen.¹⁸⁹ Dazu erschien das Blatt mit einer deutlich höheren Auflage als die anderen Zeitungen, da es mit ausreichend Papier versorgt wurde.¹⁹⁰

Die politische Ungebundenheit sollte darüber hinaus neue Maßstäbe hinsichtlich des Journalismus setzen und den anderen Zonenzeitungen als Vorbild dienen.¹⁹¹ Die „Welt“ sollte eine Ergänzung zu den Lizenzzeitungen darstellen, die ein breiteres Angebot an Nachrichten auf nationaler und internationaler Ebene vorweisen konnte.¹⁹² Mit der Etablierung einer von den Briten herausgegebenen Zeitung sollte der Versuch der politischen Partizipation und Einflussnahme der Militärregierung in der britischen Besatzungszone unternommen werden.¹⁹³

Durch das Erscheinen dieser Zeitungen wurde die letzte Phase des von den Alliierten eingeführten Pressesystems eingeläutet. Eine Vorzensur der Zeitungen gab es lediglich bei der „Welt“, da britische Offiziere die deutschen Redakteure beaufsichtigten und kontrollierten. Diese Vorgehensweise wurde bereits bei den Heereszeitungen¹⁹⁴ angewandt und von vielen als kritisch betrachtet, da sie darin eine Einschränkung der Pressefreiheit sahen.¹⁹⁵ Dennoch scheint die Kontrolle der britischen Presseoffiziere ein notwendiges Übel dargestellt zu haben, um die Umsetzung der Pressepolitik nach demokratischen Wertmaßstäben zu gewährleisten und dem Anspruch der „Welt“ „einen Standard für Qualitätsjournalismus“¹⁹⁶ in der Wiederaufbauphase der Hamburger Presse gerecht zu

¹⁸⁹ Erdelmann: Persilscheine, S. 23.

¹⁹⁰ Während das HE im April 1946 eine Auflage von 160.000 verzeichnete und damit schon an der Spitze der „Parteirichtungszeitungen“ in der britischen Zone stand, hatte die „Welt“ zum gleichen Zeitpunkt eine Druckauflage von 250.000. Führer: Medienmetropole, S. 447.

¹⁹¹ Führer: Medienmetropole, S. 446.

¹⁹² Gossel: Hamburger Presse, S. 89.

¹⁹³ Führer: Medienmetropole, S. 446.

¹⁹⁴ Am 9. Mai und 9. Juni 1945 wurde die Bevölkerung in Hamburg und Schleswig-Holstein durch sogenannte „Heeresgruppenzeitungen“ mit Informationen versorgt. Nachdem das „Hamburger Nachrichtenblatt“ im Mai täglich und in einem ein- bis zweiseitigen Umfang erschien, brachte die britische Militärregierung im Juni die „Neue Hamburger Presse“ heraus, die einen größeren Umfang pro Ausgabe hatte und die im gesamten nördlichen Militärbezirk verkauft wurde. Gossel: Hamburger Presse, S. 49.

¹⁹⁵ Erdelmann: Persilscheine, S. 22 f.

¹⁹⁶ Führer: Medienmetropole, S. 446.

werden. Die anderen Zeitungen in der Lizenzierungsphase wurden aufgrund von Personalmangel seitens der britischen Militärregierung „nachzensiert“.¹⁹⁷

Welche Schwierigkeiten bei der Suche von geeignetem Personal auftreten konnten, veranschaulicht die Einstellung eines Chefredakteurs für die „Welt“. Der bereits erwähnte Hans Zehrer war zunächst für diese Stelle vorgesehen, da er aufgrund seiner Erfahrung qualifiziert genug erschien. Er erhielt den Auftrag der Briten, die Redaktion der Zeitung aufzubauen. Nachdem die Hamburger SPD Einwände bezüglich Zehrer's Vergangenheit erhob, da er als Herausgeber der „Tat“ kein Freund der Republik war, verlor er seine Stelle als Chefredakteur.¹⁹⁸ Ähnliche Probleme waren auch bei der „Zeit“ zu beobachten, die zunächst Ernst Samhaber als Chefredakteur einstellte, bevor die Alliierten ihn aufgrund seiner Tätigkeit im „Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda“ von seiner Position enthoben.¹⁹⁹

Über die Entwicklung der Lizenzpresse von 1946 bis 1949 besteht innerhalb der Forschung ein Konsens darüber, dass die Bestimmungen der Briten zu restriktiv auf die Lizenzzeitungen gewirkt hätten. Karl Christian Führer geht dabei auf zwei wesentliche Probleme bei der Umsetzung der britischen Pressepolitik ein: Einerseits waren die Auflagen der Hamburger Zeitungen zu niedrig, sodass nur wenig Leser und Leserinnen eine Ausgabe erhalten konnten und dadurch mit den Umerziehungsmaßnahmen und der Demokratisierung der Gesellschaft durch die Presse kaum in Berührung kamen. Des Weiteren konnten die Zeitungen ihrem Erziehungsauftrag nur in einem geringfügigen Maße nachkommen, da ihnen aufgrund des Papiermangels nur wenig Seiten zur Verfügung standen.²⁰⁰ Dieter Sagolla spricht den Zeitungen gänzlich eine freie Entfaltungs- und Wirkungsmöglichkeit in der neuen Presselandschaft ab.²⁰¹

Die Briten waren nicht vollends zufrieden mit den Presseprodukten, da ihrer Meinung nach die parteinahen Zeitungen ihrer Pflicht nicht nachkamen, die öffentliche Meinung

¹⁹⁷ Wimmer: Anfänge, S. 98.

¹⁹⁸ Schwarz: Springer, S. 179; Erdelmann: Persilscheine, S. 23.

¹⁹⁹ Dahrendorf, Ralf: Liberal und unabhängig. Gerd Bucerus und seine Zeit, 2000, S. 93; Gossel: Hamburger Presse, S. 72.

²⁰⁰ Führer: Medienmetropole, S. 474.

²⁰¹ Sagolla, Dieter: Die Entwicklung der SPD-Pressepolitischen Konzeption nach 1945 (unter Berücksichtigung des Falles hp (NHP), MA masch., Hannover 1977, S. 20.

zu vertreten.²⁰² Um den Schwierigkeiten und Probleme der Lizenzierungsphase Rechnung zu tragen, wurden mehrere Maßnahmen ergriffen: Deutsche Journalisten wurden beispielsweise zu Schulungen nach London geschickt, um die demokratische Konzeption der neuen Pressestrukturen vermittelt zu bekommen. Darüber hinaus wurde im Oktober 1946 eine neue Direktive verabschiedet, um den Lizenzzeitungen mehr Freiheiten einzuräumen. Die „Direktive Nr. 40“ stellte die Grundlage dafür dar, dass Zeitungen offen über politische Probleme schreiben und dass Kritik an der Besatzungspolitik geäußert werden durfte.²⁰³

Den Maßnahmen der britischen Militärregierung zum Trotz ebte die Kritik an den parteinahen Zeitungen durch die Hamburger Leserschaft nicht ab.²⁰⁴ Das führte zu einer Abkehr der bisherigen Pressepolitik der Briten. Es sollte ein breiteres Angebot für den Rezipienten auf dem Zeitungsmarkt generiert werden, sodass zu Beginn des Jahres 1947 parteiunabhängige Zeitungen zugelassen wurden. Da der Papiermangel weiterhin bestehen blieb, konnten die meisten Zeitungen erst 1948 erschienen. Eines dieser Zeitungen war das HABL, das genau wie die „Welt“ parteiunabhängig über innen- und außenpolitische Themen berichtete.

Weitere Verordnungen folgten und veränderten die Verantwortungsebene bei der Vergabe der Lizenzen. So wurde mit der „Verordnung Nr. 108“ vom 15. Oktober 1947 die rechtliche Grundlage dafür gelegt, dass jede Landesregierung in der britischen Besatzungszone einen Beratenden Ausschuss stellen musste, der über Lizenzanträge beriet, Lizenzen verteilte oder entzog und verantwortlich dafür war, dass Druckmaterialien organisiert und verteilt wurden.²⁰⁵ Fernerhin wurde mit der Verordnung genau bestimmt, wie die Zusammensetzung des Gremiums aussehen sollte. Höchstens 24 und mindestens 12 Mitglieder sollten im Ausschuss sein, wobei zudem darauf geachtet werden musste, dass mindestens ein Viertel der Mitglieder aus Repräsentanten der Verbände der Journalisten und der Verleger bestand.²⁰⁶ Die konkrete Einsetzung des Presseausschusses fand nach

²⁰² Wimmer: Anfänge, S. 108.

²⁰³ Ebd., S. 109.

²⁰⁴ Ebd., S. 110.

²⁰⁵ Verordnung Nr. 108 vom 15. Oktober 1947, in StAHH 135-4/1. Beratender Länderausschuss für das Pressewesen der britischen Militärregierung - Britisches Kontrollgebiet. Die abschließende Beurteilung fand zwar weiterhin durch die Militärregierung statt, dennoch wurde erstmals ein Kontrollorgan unter deutscher Führung für das Pressewesen eingeführt.

²⁰⁶ Verordnung Nr. 108, StAHH 135-4/1.

Erlass des Hamburger Senats vom 9. Dezember 1947 im März 1948 statt.²⁰⁷ Die Errichtung eines „Zonenpresserates“ wurde ebenfalls im Rahmen der „Verordnung Nr. 108“ erlassen und sollte vorrangig für die Beschaffung von Papier und Druckmaterialien verantwortlich sein.

Die Verordnung sah viele Neuerungen vor, die in erster Linie einen deutschen Dienstweg schaffen sollten.²⁰⁸ Obgleich der Verantwortungs- und Kompetenzbereich der deutschen Verleger und Journalisten erweitert wurde, gab es zahlreiche Anzeichen dafür, dass die Briten nach wie vor der tonangebende Entscheidungsträger im Pressewesen blieben. Sie hatten beispielsweise ein Veto-Recht bei der Lizenzvergabe des Beratenden Ausschusses, von dem bis spätestens dreißig Tagen nach der Entscheidung über die Vergabe einer Drucklizenz Gebrauch gemacht werden konnte.

Eine weitere Zäsur in der Pressepolitik der Briten markierte die Währungsreform in den alliierten Zonen im Jahr 1948.²⁰⁹ Durch die Umstellung von Reichsmark auf Deutsche Mark veränderten sich die Kapitalverhältnisse und die Kaufkraft der Rezipienten. Mit der Reform vom 21. Juni 1948 verlor die alte Währung ihre Gültigkeit und die Bürgerinnen und Bürger konnten ihr Geld umtauschen. Für 60 Reichsmark erhielt man 40 Deutsche Mark.²¹⁰ Das hatte für die Presselandschaft in Hamburg weitreichende Folgen. Viele Abonnements mussten gekündigt werden, da das Kapital knapper wurde und viele sich die Zeitungsabonnements nicht mehr leisten konnten. Die Verleger wurden noch vor weitere Probleme gestellt. Dadurch dass die wenigsten Lizenzzeitungen eigene Druckereien besaßen, stieg die Abhängigkeit von den Pächtern, die ihre Druckmaterialien zur Verfügung stellten.²¹¹ Zudem wurde zunächst von der Einstellung freier Journalisten abgesehen, da viele Verlage in finanzielle Bedrängnis gerieten.

Die Währungsreform hatte aber auch positive Folgen für die Presse: Dem langjährigen Problem der Papierknappheit konnte entgegengewirkt werden. Die Rohstoffproduktion wurde durch die Reformmaßnahmen und durch finanzielle Mittel aus dem Marshall-Plan

²⁰⁷ Gossel: Hamburger Presse, S. 111.

²⁰⁸ Koszyk: Kontinuität, S. 22.

²⁰⁹ Benz: Geschichte, S. 213.

²¹⁰ Gossel: Hamburger Presse, S. 116.

²¹¹ Wimmer: Anfänge, S. 117; Gossel: Hamburger Presse, S. 117.

gesteigert, was zu einem Anstieg der Auflagen der Zeitungen führte.²¹² Die mit der Papierknappheit einhergehenden Restriktionen wurden nun von den Briten überarbeitet. Das bedeutete für die Verleger und Lizenzträger, dass die Bestimmungen hinsichtlich der Auflagen und des Verbreitungsgebietes aufgehoben bzw. modifiziert wurden. Ab dem 1. August 1948 durften die Zeitungen nun bis zu zwölf Seiten beinhalten und in ganz Hamburg verkauft werden.²¹³ Dazu wurde der für die Bevölkerung wichtige Anzeigenteil vergrößert. Durch die Lockerungen auf dem Pressemarkt stieg die Nachfrage der Presseprodukte und die Zeitungen konnten insgesamt eine Auflagensteigerung in den Jahren 1948 und 1949 verzeichnen.

Tabelle 1: Wachstum der Auflagen Hamburger Tageszeitungen 1948 bis 1949²¹⁴

Hamburger Zeitungen	April 1948	Juli 1949
Die Welt	100.000	110.000
HE	125.000	150.000
HVZ	30.200	25.000
HAZ	77.300	110.000
HFP	52.800	120.000
NDZ	10.000	5.0000
HABL	-	180.000

Ausnahmen stellten hierbei lediglich die „Hamburger Volkszeitung“ und die „Niederdeutsche Zeitung“²¹⁵ dar, die jeweils einen Rückgang der Auflagen um ungefähr 5000 Stück verbuchen mussten. Insgesamt führten die Lockerung zu einer verschärften

²¹² Während die monatliche Produktion von Zeitungsdruckpapier im Jahr 1947 noch bei 4.300 Tonnen lag, konnte bereits ein Jahr später eine Steigerung von ungefähr 1.800 Tonnen verzeichnet werden. Gossel: Hamburger Presse, S. 117.

²¹³ Wimmer: Anfänge, S. 118.

²¹⁴ Führer: Medienmetropole, S. 495.

²¹⁵ Bei der „Niederdeutschen Zeitung“ ist darauf hinzuweisen, dass ihr Verbreitungsgebiet hauptsächlich in Niedersachsen lag. Gossel: Hamburger Presse, S. 119.

Wettbewerbssituation auf dem Zeitungsmarkt, die sich in dem darauffolgenden Jahr durch das Grundgesetz und die damit einhergehende Gewerbefreiheit noch verstärkte.

Aber nicht nur die bestehenden Hamburger Zeitungen freuten sich über die Entspannung auf dem Pressemarkt, sondern auch Altverleger machten sich Hoffnung, dass sie bald wieder drucken und ihre Zeitungen herausgeben durften.

Das Ende der Lizenzphase wurde durch die „Verordnung Nr. 185“ eingeleitet. Der Erlass vom 29. April 1949 sollte nach Ende der Besatzungszeit für den Fortbestand der Lizenzzeitungen Sorge tragen und insbesondere gewährleisten, dass sie weiterhin die Produktions- und Druckmittel der Altverleger benutzen durften.²¹⁶ Außerdem konnten die Pachtverträge durch staatliche Institutionen verlängert werden. Im Anschluss an die Verordnung wurde eine Gesetzesvorlage durch den Hamburger Presseausschuss erarbeitet, der die Unabhängigkeit der Lizenzzeitungen sichern sollte.²¹⁷ Die Entscheidung über den Gesetzesentwurf wurde jedoch vom Hamburger Senat vertagt, da die Bestimmungen im Allgemeinen als sehr einschneidend gesehen wurden.

Im September 1949 wurden weitere rechtliche Schritte seitens der Alliierten unternommen, um sich aus der Weisungshoheit im Pressewesen zurückzuziehen. Es trat das Besatzungsstatut in Kraft, das das Verhältnis zwischen den Alliierten und West-Deutschland klären sollte.²¹⁸ Darüber hinaus wurde mit dem Gesetz Nr. 5 der Alliierten am 21. September 1949 alle Verordnungen und rechtliche Bestimmungen der Medien aufgehoben und das Ende der Lizenzphase rechtskräftig verkündet.

Resümierend kann man zum Neubeginn der Presse in der britischen Besatzungszone sagen, dass es aus der Sicht des Autors keine „Stunde Null“ gab, sondern aus personeller und struktureller Hinsicht auf Bewährtes zurückgegriffen wurde und eine Verschmelzung von deutschen und westlichen Pressetraditionen erfolgte. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Alliierten aufgrund von Fachkräftemangel auf Verleger und Redakteure zurückgriffen, die mit ihrer Kompetenz beim Wiederaufbau halfen und dabei eine Anknüpfung an

²¹⁶ Gossel: Hamburger Presse, S. 145; Wimmer: Anfänge, S. 120 f.

²¹⁷ Gossel: Hamburger Presse, S. 146.

²¹⁸ In dem Besatzungsstatut wurde u.a. das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit allen damit einhergehenden Freiheitsrechten anerkannt. Gossel: Hamburger Presse, S. 141.

die Weimarer Republik herstellten.²¹⁹ Obgleich es keine vergleichbare pluralistische Zeitungslandschaft wie zu Weimarer Zeiten gab, wurde der Grundstein dafür gelegt, eine aktive Partizipation und Bindung der Leserschaft an die Printmedien zu generieren. Die Separation von Meinung und Berichterstattung ermöglichte dem Rezipienten, die Bildung einer eigenen Meinung auf Basis demokratischer Grundsätze.

In der Forschung ist dieser Abschnitt der deutsche Pressegeschichte Gegenstand mehrerer Theorien. Während Gudrun Kruij eine ähnliche Auffassung wie der Autor vertritt, indem sie behauptet, dass die deutsche Presse durch die „Amalgamierung alter und neuer Ansätze“²²⁰ keine „Stunde Null“, sondern vielmehr eine in Ansätzen weitergeführte Presse-tradition in Anlehnung an die Weimarer Republik darstellte, vertreten Norbert Frei und Harold Hurwitz die Meinung, dass 1945 eine Zäsur in der Pressegeschichte markiert.²²¹ Norbert Frei argumentiert, dass die strukturellen Eingriffe der Siegermächte in die Medienpolitik derart elementar gewesen seien, sodass in diesem Zusammenhang von einer „Stunde Null“ der Presse gesprochen werden könne. Er betont außerdem die Nachhaltigkeit der zu der Zeit entstandenen Institutionen, die auch weit nach Ende der Lizenzierungsphase Bestand in der bundesrepublikanischen Medienlandschaft hatten.²²²

Trotz der parteigebundenen Lizenzzeitungen und der vermeintlichen Politikverdrossenheit der Bevölkerung könne nach Gudrun Kruij die Lizenzpresse als Erfolg gesehen werden, da mit zunehmender Optimierung die Verbreitung und Konzeption der Zeitungen in Hamburg ihren Absatz steigern und sich zunächst auch nach Ende der Lizenzierungsphase gegen andere Zeitungen behaupten konnten.²²³ Karl Christian Führer spricht der britischen Pressepolitik ebenfalls einen Teilerfolg zu. Durch die parteinahen Lizenzzeitungen sollte ein öffentlicher Diskurs über politische Themen angeregt werden. Er kritisiert zwar, dass „die öffentliche Meinung in ihren Spalten nur abgeschwächt zu Wort“²²⁴ kam, die britische Pressepolitik aber ihren Teil dazu beitrug, eine Umerziehung nach

²¹⁹ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 62 f.

²²⁰ Ebd., S. 63.

²²¹ Hurwitz, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949, Köln 1972, S. 34 ff; Frei, Norbert: Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin, in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilung 11, 1 (1985), S. 28-41, hier 28 ff.

²²² Frei/Schmitz: Journalismus, S. 184 f.

²²³ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 63 f.

²²⁴ Führer: Medienmetropole, S. 500.

demokratischem Vorbild in die Wege zu leiten und in den Köpfen der Leser zu manifestieren.²²⁵

Nach Ansicht des Autors kann ebenfalls dem Vorwurf der vermeintlichen Einschränkung der Pressefreiheit durch die Lizenzpresse nicht zugestimmt werden. Für die Neuordnung des Pressewesens war es nicht nur aus politischer Sicht wichtig, Lizenzen zu verteilen, um ein geeignetes Fundament für die Implementierung demokratischer Werte zu schaffen, sondern auch aus rein ökonomischen Gründen. Der erhebliche Papiermangel ließ in der Nachkriegszeit gar keine vielfältige Presselandschaft mit mehreren Zeitungen zu. Schließlich verlangten die Restriktionen und die Gleichschaltungsmechanismen der Presse durch die Nationalsozialisten eine Zäsur des deutschen Pressewesens, um konzeptionell und inhaltlich ein demokratisches Pressesystem nachhaltig zu installieren.

3.3. Entnazifizierung des Hamburger Pressewesens

Das Potsdamer Abkommen von 1945 legte die politischen Leitlinien der vier Besatzungsmächte fest, von denen ein signifikanter Grundsatz war, die Gesellschaft, die Wirtschaft, das Justiz- und Pressewesen zu entnazifizieren.²²⁶ Dies galt als einer der dringlichsten Aufgaben der Besatzer, um zu verhindern, dass nationalsozialistischem Gedankengut erneut ein Nährboden in der deutschen Bevölkerung bereitet wird und um demokratische Werte in der Gesellschaft zu implementieren. Die Siegermächte gingen jedoch in der Art und Weise der Durchführung ihrer Reeducation-Kampagne unterschiedlich vor. In der britischen Besatzungszone begann die Entnazifizierung beispielsweise später als in der amerikanischen Zone.²²⁷ Gleichzeitig fanden Militärgerichtsprozesse im Curiohaus im Stadtteil Rotherbaum statt, die u.a. den ehemaligen Lagerkommandanten des Konzentrationslagers in Neuengamme, Max Pauly, im Mai 1946 vor Gericht stellten und ihn für seine Taten zur Rechenschaft zogen.²²⁸

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war es zunächst der amerikanische Secret Service, der die Entnazifizierung übernahm und eine Reihe von Verhaftungen, Amtsenthebungen

²²⁵ Führer: Medienmetropole, S. 500.

²²⁶ Benz: Geschichte, S. 208 f.

²²⁷ Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, S. 24.

²²⁸ Garbe: Institutionen, S. 539.

und Inhaftierungen in Internierungslagern zur Folge hatte.²²⁹ In der britischen Besatzungszone kam es zu mehreren Modifikationen hinsichtlich der Durchführung der Entnazifizierung, obwohl grundsätzlich festgehalten werden kann, dass sie sich an dem Vorgehen der Amerikaner orientierten.²³⁰ Bis August 1945 war hierfür allein die „Public Safety Security Branch“ verantwortlich und erhielt drei Monate nach Kriegsende Beratung und Unterstützung von deutscher Seite, um Verhaftungen und Entlassungen in die Wege zu leiten. In dieser ersten Phase der Entnazifizierung in der britischen Zone wurden Personen entlassen, die vor dem 1. April 1933 Mitglied der NSDAP, der SS oder SA waren, sowie die Angestellten der Geheimen Staatspolizei, Offiziere des Reichsarbeitsdienstes und Mitglieder des Generalstabes.²³¹ Zudem wurden Fragebögen mit 133 Fragen ausgeteilt, die Auskunft über die politische und berufliche Vergangenheit geben sollten.²³² Eine abschließende Beurteilung fand durch die britische Militärregierung statt. Die Entlassungen führten u.a. zu schwerwiegenden ökonomischen Problemen bei den Betroffenen.

Die Mitarbeiter der Presse wurden weniger streng durch die Entnazifizierung belangt, da sonst ein Mangel an Fachkräften entstanden wäre.²³³ Das Hauptaugenmerk bei der Untersuchung der Journalisten lag auf der Frage, welche Rolle die Redakteure bei der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts spielten und ob sie ihre Artikel aus intrinsischer Motivation oder aufgrund von Druck durch ihre Vorgesetzten schrieben.²³⁴ Daher nahmen die verfassten Artikel eine wichtige Funktion ein und wurden vielen Entnazifizierungsakten angehängt. Außerdem sollte laut britischer Militärregierung darauf geachtet werden, dass die Journalisten keine Mitglieder in der NSDAP und keine Günstlinge des NS-Regimes waren.

²²⁹ Hoop, Edward: Geschichte der Stadt Rendsburg, Rendsburg 2000, S. 614.

²³⁰ Ein wesentlicher Unterschied zur amerikanischen Entnazifizierungspolitik bestand darin, dass es in der britischen Zone keine Registrierungspflicht gab. Das war ein Vorteil für all jene, die politisch belastet waren und so zunächst unentdeckt blieben. Vollnhals: Entnazifizierung, S. 9.; Sonntag: Medienkarrieren, S. 60.

²³¹ Benz: Geschichte, S. 214; Vollnhals: Entnazifizierung, S. 26.

²³² Oddey, Markus: Unter Druck gesetzt. Presse und Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein, Eutin 2006, S. 431.

²³³ Liedtke, Rüdiger: Die verschenkte Presse. Die Geschichte der Lizenzierung von Zeitungen nach 1945, Berlin 1982, S. 196; Erdelmann: Persilscheine, S. 21.

²³⁴ Erdelmann: Persilscheine, S. 20.

Laut Christian Sonntag wurden diese Kriterien jedoch nicht konsequent umgesetzt.²³⁵ Zu beobachten seien demnach Unregelmäßigkeiten bei der Besetzung der Redaktionen der „Welt“ und der HAZ. Auch beim HABL gibt es laut Untersuchungen des Autors Hinweise darauf, dass trotz ehemaliger NSDAP-Mitgliedschaft Journalisten 1948 übernommen wurden. In einem späteren Kapitel wird hierauf ausführlicher eingegangen. Karl Christian Führer verweist zudem darauf, dass personelle Kontinuität keine Ausnahme beim Neubeginn der Zeitungen in Hamburg darstellte. Als Beispiel hierfür sind die parteinahen Zeitungen der SPD und KPD zu nennen. Das HE und die HVZ hatten in der Hansestadt eine traditionsreiche Vergangenheit, da sie nicht nur zur Zeit der Weimarer Republik, sondern auch in der NS-Zeit erschienen sind.²³⁶ Viele Journalisten, die im Nationalsozialismus für die beiden Zeitungen schrieben, wurden in der Lizenzierungsphase wieder eingesetzt. Karl Christian Führer betont außerdem, dass es insgesamt schwer nachzuvollziehen gewesen sei, welchen Einfluss die Parteien auf die Redaktionen der „Parteirichtungszeitungen“ hatten, obwohl die Pressepolitik der Alliierten vor allem die parteipolitische Einflussnahme verhindern wollte, um mit den Traditionen der NS-Presse zu brechen.²³⁷

Nichtsdestotrotz wurden vor allem die Verleger der Lizenzzeitungen auf ihre politische Vergangenheit hin untersucht. Bis Ende 1946 liegen Untersuchungsergebnisse vor, die zeigen, dass 849 Fragebögen von Journalisten überprüft wurden sind. Demzufolge wurden neun Personen entlassen und zwei Journalisten wurden in ihrer beruflichen Tätigkeit herabgestuft. Zudem sollten noch bei 625 Journalisten Nachforschungen angestellt werden.²³⁸ Insgesamt galt die Entnazifizierung der Presse ebenso wie die der Politik und Wirtschaft als einer der dringlichsten Aufgaben der Hamburger Regierung. Im Hamburger Verwaltungsapparat wurden 35.000 Personen einer Überprüfung unterzogen und 8.700 Personen wurden verhaftet oder entlassen.²³⁹

²³⁵ Sonntag: Medienkarrieren, S. 294 f.

²³⁶ Führer: Medienmetropole, S. 450.

²³⁷ Ebd., S. 450.

²³⁸ Sonntag: Medienkarrieren, S. 65.

²³⁹ An dieser Stelle muss darauf verwiesen werden, dass die Angaben der damaligen Behörden statistisch undifferenziert dargestellt sind und somit eine Differenzierung zwischen Verhaftung oder Entlassung schwerfällt. Erdelmann: Persilscheine, S. 35; Sonntag: Medienkarrieren, S. 61.

Im weiteren Verlauf des Entnazifizierungsprozesses wurde aus organisatorisch-struktureller Sicht mehr Systematik in der britischen Zone angewandt, um ehemalige Anhänger des Nazi-Regimes zu verfolgen und rechtmäßig zu sanktionieren. Die Kontrollrats-Direktive Nr. 24 bildete hierbei die rechtliche Grundlage für weitere Schritte der Entnazifizierung in Hamburg. Die Verordnung vom 12. Januar 1946 sah u.a. eine Entfernung jener Personen vor, die in der Zeit des „Dritten Reichs“ in der Reichkulturkammer, in einer Dienststelle des Reichspressechefs der NSDAP, des Reichspropagandaleiters oder des Reichsleiters für Presse und für die Verlage tätig waren.²⁴⁰ Die Direktive bestimmte ebenfalls, dass an der Stelle dieser Personen gegebenenfalls weniger kompetentere, dafür politisch integre Personen eingesetzt werden sollten. Ergänzt wurde die Verordnung durch die Direktive Nr. 3, die bei der Durchführung von Nr. 24 helfen sollte.

Die britische Militärregierung baute daraufhin einen Entnazifizierungsapparat auf, der sich in mehrere Organisationen wie Fachausschüssen, Berufungsausschüssen und einen Zentralausschuss gliederte.²⁴¹ Dieser stellte das entscheidende Gremium innerhalb der Institution dar und wurde von der Hamburger Bürgerschaft berufen. Für den Kultur- und Pressebereich war der Fachausschuss 7 verantwortlich.²⁴²

Ähnlich wie auch im Lizenzvergabeverfahren oblag auch hier die finale Entscheidung über Amtsenthebungen und Entlassungen den Briten. Weitere Konturen erhielt das Entnazifizierungsverfahren am 12. Oktober 1946 als ein Kategoriensystem durch die Direktive Nr. 38 durch Alliierten Kontrollrat eingeführt wurde.²⁴³

Die erste Kategorie umfasste den Hauptschuldigen und Personen, die der ehemaligen SS oder Waffen-SS angehörten. Aber auch ranghohe Offiziere und politische Funktionäre der NSDAP fielen unter diese Einstufung. Die erste Kategorie wurde allgemein auch als die der „Kriegsverbrecher“ bezeichnet.²⁴⁴ Unter die zweite Kategorie fielen diejenigen, wer ein hohes Amt innerhalb des nationalsozialistisches Machtgefüges oder Systems, wie

²⁴⁰ Sonntag: Medienkarrieren, S. 61.

²⁴¹ Erdelmann: Persilscheine, S. 35 f.

²⁴² Sonntag: Medienkarrieren, S. 63.

²⁴³ Ab diesem Zeitpunkt konnte nun mehr noch stärker zwischen Verantwortung und Verschulden differenziert werden. Nach Christian Sonntag wurde durch die Einführung des Kategoriensystems vor allem die „tatsächliche Gesamthaltung“ der betroffenen Personen enthüllt. Sonntag: Medienkarrieren, S. 63.

²⁴⁴ Hoop: Rendsburg, S. 615.

z.B. ein Sturmbannführer, innehatte und somit als „Belasteter“ eingestuft werden konnte. Die dritte Stufe erfasste „geringe Übeltäter“²⁴⁵ bzw. „Minderbelastete“, die als sehr ambitionierte und regimetreue Anhänger galten. Die vorletzte Kategorie galt Personen, die als Anhänger des Nationalsozialismus bekannt waren. Die letzte Einstufung beschränkte sich auf „entlastete Personen“. Die Kategorien III bis V wurden vom Zentralkommission untersucht. Als Staatskommissar wurde hierfür von der Hamburger Bürgerschaft Christian Koch, der damalige zweite Bürgermeister, eingesetzt. Die ersten beiden Kategorien unterstanden weiterhin der britischen Aufsicht und Kontrolle.²⁴⁶

Die Kategorisierung erlaubte eine konkretere Untersuchung und Beurteilung des Einzelnen und bedeutete gleichzeitig eine vielseitigere Sanktionierung. Es konnten nun etwa Konten gesperrt oder die berufliche bzw. politische Tätigkeit eingeschränkt werden.²⁴⁷ Eine gesonderte Erwähnung sollte im Rahmen des Beurteilungsverfahrens der Gremien die Leumundszeugnisse einnehmen. Angesichts der eingeschränkten Möglichkeit, den Wahrheitsgehalt der Leumundszeugnisse zu überprüfen, erscheinen diese sogenannten „Persilscheine“ vordergründig nur in einem geringen Maße aussagekräftig. Andererseits setzte sich der Leumundszeuge bei falschen oder irreführenden Erklärungen einer Strafverfolgung aus. Ein Bekannter oder ein Rechtsanwalt galten als mögliche Leumundszeugen. Darüber hinaus soll es in Hamburg auch möglich gewesen sein, auf dem Schwarzmarkt jemanden zu finden, der sich vor dem Zentralkommission für die politische Unbescholtenheit des Angeklagten aussprach.²⁴⁸

Das Ende der Entnazifizierung wurde mit der Verordnung Nr. 110 am 1. Oktober 1947 in der britischen Besatzungszone eingeleitet.²⁴⁹ Einerseits bedeutete die Direktive, dass die Verantwortungskompetenz der deutschen Behörden erweitert wurde, andererseits, dass bis zum 31. Dezember 1947 alle politisch-belasteten Personen aus ihrem Dienst entlassen werden mussten.²⁵⁰ Offiziell erklärte der Hamburger Senat am 1. Januar 1948 die Entnazifizierung für beendet, obgleich bereits begonnene Verfahren noch zum Abschluss

²⁴⁵ Hoop: Rendsburg, S. 615.

²⁴⁶ Sonntag: Medienkarrieren, S. 64.

²⁴⁷ Vollnhals: Entnazifizierung, S. 30.

²⁴⁸ Sonntag: Medienkarrieren, S. 64.

²⁴⁹ In Hamburg geschah dies schon im Mai 1947. Vollnhals: Entnazifizierung, S. 31.

²⁵⁰ Erdelmann: Persilscheine, S. 36.

gebracht werden mussten.²⁵¹ Eine Reihe von Gesetzesentwürfen, die die Entnazifizierung betrafen, konnten aus unterschiedlichsten Gründen²⁵² nicht verabschiedet werden. Eines davon galt beispielsweise einer Anpassung der Urteile, die zu Beginn und Ende der Entnazifizierung verkündet wurden. Es entstand der Eindruck, dass einige Urteile von politisch-belasteten Personen zum Ende der Entnazifizierung mildere Urteile erhielten als noch zu Beginn der Besatzungszeit der Briten.²⁵³ Des Weiteren war der Hamburger Regierung weiterhin wichtig, dass wichtige Funktionsstellen im Kultur-, Wirtschafts- und Politikbereich an Personen vergeben werden, die überzeugte Vertreter der Demokratie waren.

Die rechtliche Grundlage für die Beendigung der Entnazifizierung wurde am 13. Mai 1950 verabschiedet und sah einen Straferlass für alle „Mitläufer“ vor. Für das Pressewesen wurde bereits ein Jahr zuvor für belastete Redakteure eine nahezu vollständige Amnestie erlassen. Journalisten, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Berufsverbot erhielten, konnten – unter Voraussetzung, dass sie nicht als Chefredakteur oder im Politikressort tätig sein durften – ihrer Profession wieder nachgehen.²⁵⁴

In Hamburg waren nach Abschluss der Entnazifizierung 4.500 Personen, die entweder im Beamten- oder Angestelltenverhältnis waren und ungefähr 1.500 Personen sind aus dem Wirtschaftssektor entlassen worden.²⁵⁵ Drei Jahre später, am 1. August 1953, wurde ein weiteres Gesetz erlassen, das eine Entlastung von Personen aus der Kategorie III vorsah.

Die Rezeption der Entnazifizierungsverfahren in den Hamburger Zeitungen fiel sehr kritisch aus. Nach Jessica Erdelmann zeige die Untersuchung der Leserbriefe der

²⁵¹ Erdelmann: Persilscheine, S. 36.

²⁵² Gründe hierfür sah Jessica Erdelmann darin, dass die Öffentlichkeit keine weiteren Maßnahmen befürchten und die damit einhergehende Kritik der Bevölkerung eingedämmt werden sollte. Außerdem wurde aus ökonomischen Motiven von einer erweiterten Untersuchung von Juristen und Ärzten abgesehen, um die „wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit“ Hamburgs nicht weiterhin zu belasten. Erdelmann: Persilscheine, S. 37.

²⁵³ Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999, S. 29; Erdelmann: Persilscheine, S. 36 f.

²⁵⁴ Sonntag: Medienkarrieren, S. 65.

²⁵⁵ Im Vergleich zu Hamburg war die Entnazifizierung am 17. März 1951 für beendet erklärt worden. Dabei wurden schätzungsweise zwei Millionen Fälle überprüft, mehr als die Hälfte davon galt als „entlastet“ und ungefähr 2.000 Personen als „Mitläufer“. Knapp 28.000 Personen wurden in Kategorie III eingestuft. Es sind zudem keine genauen Angaben über Angeklagte zu finden, die den ersten beiden Kategorien zugeordnet worden sind. Vollnhals: Entnazifizierung, S. 32 f.

„bürgerlichen“ Zeitungen, dass sich viele von den Gräueltaten der Nationalsozialisten abgrenzen wollten und Schuld von sich wiesen. Sie schlussfolgert, dass sich die Mehrzahl der Leserbriefautoren für Schuldzuweisungen gegenüber dem NS-Regime, der Beteuerung der eigenen Unschuld und dem Appell an die Briten, dass die Entnazifizierung zu weit ginge, aussprachen. Außerdem wurde das persönliche Leid und die Entbehrungen der Nachkriegszeit betont sowie eigene Schuldeingeständnisse nur selten in den Fokus gerückt.²⁵⁶

Obwohl der Inhalt von Leserbriefen aus quellenkritischen Aspekten vorsichtig zu betrachten ist²⁵⁷, wird daraus ersichtlich, was die Menschen an der Entnazifizierungspraxis störte. Es war nicht das Verfahren an sich, sondern viel mehr der Wunsch nach Entlastung. Jessica Erdelmann sieht daher weniger die Problematik in der Entnazifizierungspraxis selbst, sondern in dem „Spannungsverhältnis zwischen der Erwartungshaltung der Mehrheitsgesellschaft und [...] der Verpflichtung, Verantwortung zu übernehmen.“²⁵⁸

Die Hamburger Zeitungen haben während der Entnazifizierungsverfahren unterschiedlich über die Schuldfrage berichtet.²⁵⁹ Insgesamt entstand der Eindruck, dass sich im Pressewesen ein politischer Konsens darüber bildete, wie mit „Mitläufern“ verfahren werden sollte und dass diese im Rahmen der Amnestiepolitik entlastet werden sollten. Unterschiedliche Auffassung gab es hingegen bei der Frage, wer zur Gruppe der „Mitläufer“ gehörte.²⁶⁰ Der mediale Schwerpunkt lag vorrangig auf den Schwächen der Entnazifizierung der Briten und zum Ende der Besatzungszeit herrschte ein Meinungsbild in den Hamburger Zeitungen vor, dass die Entnazifizierungspraxis als

²⁵⁶ Erdelmann: Persilscheine, S. 38 ff.

²⁵⁷ Die Problematik bei Leserbriefen spiegelt sich darin wider, dass zur Zeit der Lizenzpresse nicht eindeutig festgestellt werden konnte, wer der Autor des Beitrages war. Jessica Erdelmann führt hierbei an, dass auch fingierte Leserbriefe aus der eigenen Redaktion den Diskurs zwischen Schuld und Verantwortung und das durch die Entnazifizierung hervorgerufene Gefühl in der Bevölkerung widerspiegelten. Es waren Meinungen, die zur Zeit der Besatzung durch die Alliierten vorherrschten. Erdelmann: Persilscheine, S. 39.

²⁵⁸ Ebd., S. 45.

²⁵⁹ Die CDU-nahe HAZ machte die Position der Partei deutlich, indem sie dafür festhielt, dass eine politische Überprüfung der „Mitläufer“ nicht notwendig sei. Ausschlaggebend sei demnach, wer Nationalsozialist war. Im Gegensatz dazu forderten die SPD und die KPD eine stärkere Differenzierung. Sie zogen eine klare Grenze zwischen „Mitläufern“ und Aktivisten, die ihrer Meinung nach nicht rehabilitiert werden sollten. Hinsichtlich der Bestrafung von Schuldigen schlug die FDP vor, dass eine sukzessive Rehabilitation stattfinden sollte. Erdelmann: Persilscheine, S. 57 ff.

²⁶⁰ Erdelmann: Persilscheine, S. 56.

demokratiegefährdend angesehen wurde.²⁶¹ Nichtsdestotrotz entstand nach Holger Martens innerhalb der Bevölkerung der Eindruck, dass sich im Verwaltungsapparat Hamburgs auch am Ende der 1940-er Jahre nach wie vor viele ehemalige Nationalsozialisten in Führungspositionen befanden.²⁶² Das kann nach Ansicht des Autors dem Umstand Rechnung getragen haben, dass die Militärregierung in der Verwaltung zunächst weniger rigoros entlassen konnte, als es im Pressebereich der Fall gewesen war. Demnach wurden nach der Kapitulation 1945 in erster Linie Personen ihres Amtes enthoben, die bereits vor dem 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP waren. Die Aufrechterhaltung eines provisorischen Verwaltungsapparates hatte höchste Priorität, um die Verordnungen der Militärregierung nahtlos umzusetzen. Weitere Personalentscheidungen wurden in den Folgejahren getroffen.²⁶³

Abschließend kann zusammengefasst werden, dass aus pressepolitischer Sicht der Eindruck in der Nachkriegszeit entstand, dass das Kapitel der Denazifizierung Deutschlands – trotz der Implementierung demokratischer Grundsätze und der Entlassung ehemaliger Anhänger des Nationalsozialismus aus öffentlichen Ämtern – zügig beendet werden sollte und die Entnazifizierung in allen vier Besatzungszonen als nur bedingt erfolgreich bezeichnet werden kann.²⁶⁴ Der Gefahr der weiteren Spaltung der Gesellschaft, die durch Wohnungs- und Hungersnot ohnehin schon viel erleiden musste, wollte man unbedingt entgegenwirken und mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland ein neues Kapitel der deutschen Geschichte einleiten. Hinzu kommen ökonomische Gründe, die die Politik dazu veranlassten, individuelle Schuld und Verantwortung außer Acht zu lassen. Das Straffreiheitsgesetz von 1949 trug dazu bei, dass Arbeitskräfte auf den Markt kamen, die dabei halfen, die Wirtschaft wieder aufzubauen.²⁶⁵ Darüber hinaus wird den Briten inkonsequentes Vorgehen vorgeworfen. Christian Sonntag und Jessica Erdelmann stimmen darüber ein, dass ähnlich wie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens der

²⁶¹ Erdelmann: Persilscheine, S 89 f.

²⁶² Martens, Holger: Hamburgs Weg zur Metropole. Von der Groß-Hamburg-Frage zum Bezirksverwaltungs-gesetz (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 63), Hamburg 2004, S. 158.

²⁶³ Innerhalb der Verwaltung wurden im Zuge der Entnazifizierung 8700 Personen entlassen. Entscheidend war zudem, ob Personen bereits vor dem 1. April 1933 Mitglieder der NSDAP waren und somit ein besonderes Maß an Identifikation mit der Ideologie der Nationalsozialisten zeigten. Martens: Metropole, S. 159.

²⁶⁴ Benz: Geschichte, S. 214.

²⁶⁵ Frei: Vergangenheitspolitik, S. 29 ff.

Fachkräftemangel dazu führte, dass personelle Kontinuität auch im Hamburger Pressewesen in der Nachkriegszeit zu beobachten war und viele wieder dort eingesetzt wurden, wo sie auch im „Dritten Reich“ tätig waren.²⁶⁶

Der Fakt, dass Kontinuität statt Wandel das Ergebnis der Entnazifizierung war, verdeutlicht einmal mehr, welchem Vabanque-Spiel die britischen Besatzer gegenüberstanden. Einerseits war die Denazifizierung eine wichtige Voraussetzung für einen politischen Neustart Deutschlands, andererseits musste die ohnehin schon angeschlagene Wirtschaft berücksichtigt werden. Durch das Kategoriensystem wurde der Versuch unternommen diesem Umstand Rechnung zu tragen und vor allem Personen zur Rechenschaft zu ziehen, die politische und ideologische Unterstützer des Nationalsozialismus waren.²⁶⁷

3.4. Die Hamburger Presse nach der britischen Besatzung

Durch die im Grundgesetz der BRD festgehaltenen Rechte der Pressefreiheit und das Gesetz Nr. 5 über „Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten“ wurden alle Einschränkungen des Zeitungswesens aufgehoben.²⁶⁸ Die Zulassungsverfahren für Hamburger Zeitungen wurde mit dem „Gesetz über die Selbstverwaltung der Presse“ vom 3. Oktober 1949 abgeschafft, sodass die Herausgabe und die Verbreitung von Druckschriften wieder für jedermann erlaubt war.²⁶⁹ Für die Journalisten, die im Nationalsozialismus tätig waren, bedeutete das Ende der Lizenzpresse ebenfalls ein Neuanfang. Sie durften nun wieder ihrer Profession ohne Einschränkungen nachgehen. Redakteure, die als „belastet“ eingestuft wurden, erhielten temporär begrenzte Berufsverbote, wurden dann jedoch aufgrund von Fachkräftemangel und dem erheblichen Kompetenzgewinn durch erfahrene Journalisten in den ersten Jahren der BRD wieder eingestellt.²⁷⁰

²⁶⁶ Erdelmann: Persilscheine, S. 21; Sonntag: Medienkarrieren, S. 297.

²⁶⁷ Benz: Geschichte, S. 214.

²⁶⁸ Claudia Wimmer verweist in ihrer Arbeit jedoch darauf, dass den Alliierten noch ein Mitbestimmungsrecht im Pressewesen dahingehend vorbehalten war, als dass sie im Rahmen von Artikel 6 des Gesetzes Nr. 5 alliierten-feindliche Erzeugnisse verbieten durften. Wimmer: Anfänge, S. 123.

²⁶⁹ Wimmer: Anfänge, S. 124.

²⁷⁰ Ebd., S. 124.

In Hamburg führte die Aufhebung der Restriktionen zur Rückkehr der „Heimatblätter“ und zu Neugründungen von Zeitungen. „Altverleger“²⁷¹ konnten ihre Druckmaschinen und Produktionsmittel wieder für den Eigengebrauch benutzen, mussten sich dabei aber weiterhin an die Abmachungen und vertraglichen Vereinbarungen mit den Lizenzzeitungen halten.

Die Wiederkehr der „Altverleger“ und der Heimatpresse war keineswegs unumstritten. Im Februar 1947 waren sich die Lizenzträger darüber einig, dass weiterhin Lizenzen für Zeitungen vergeben werden sollten. Nach ihrer Auffassung hätten lediglich Provinzblätter, die vor 1945 bereits erschienen sind und sich ausschließlich auf lokale Nachrichten konzentrierten, das Recht auf eine Drucklizenz. Dem gegenüber stand die „Arbeitsgemeinschaft der Lohndrucker“, eine Lobby der „Altverleger“, die den Sachverhalt erwartungsgemäß anders sah. Aus ihrer Sicht war die Öffnung des Marktes notwendig, um die Bedürfnisse und Interessen der Leserschaft zu befriedigen.²⁷²

Die „neuen“ Zeitungen setzten bei ihrem Erscheinungsbild vor allem auf einen lokalen Wiedererkennungswert für die Hamburger Leserschaft, um sich nicht zuletzt auch einen Vorteil gegenüber den Lizenzzeitungen zu verschaffen.²⁷³ Es entstanden Zeitungen wie „Harburger Anzeigen und Nachrichten“, „Bergedorfer Zeitung“, „Die Norddeutschen Nachrichten“²⁷⁴ oder die „Hamburger Morgenpost“, die im Januar 1950 zum ersten Mal erschien.²⁷⁵ Ein Zeitungsboom wie in Schleswig-Holstein blieb in Hamburg jedoch aus. Viele Lokalblätter, die in der Weimarer Republik für einzelne Stadtviertel schrieben, kamen nach der Wiedereinführung der Gewerbefreiheit nicht wieder zurück auf den Markt.

²⁷¹ Mit dieser Bezeichnung sind Verleger gemeint, die bereits im Nationalsozialismus Zeitungen verlegt hatten und für die Printerzeugnisse das nötige Material besaßen. Zwei dieser „Altverleger“ waren der Broschek und der Giradet Verlag. Letzterer brachte den „Hamburger Anzeiger“ heraus, der vor Beginn des Zweiten Weltkrieges die auflagenstärkste Zeitung in der Hansestadt war. Sonntag: Medienkarrieren, S. 43.

²⁷² Führer: Medienmetropole, S. 502.

²⁷³ Aber nicht nur in Hamburg kam es zu einer Wiederkehr der Lokalzeitungen. Auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein gab es einen Zeitungsboom, der auch auf die Hamburger Zeitung Einfluss hatte. Das Verbreitungsgebiet der lizenzierten Zeitungen wurde durch die neue Lokalpresse in den benachbarten Bundesländern auf das Gebiet Hamburgs zurückgedrängt.

²⁷⁴ Wimmer: Anfänge, S. 125.

²⁷⁵ Die „Hamburger Morgenpost“ war die erste Boulevardzeitung, die in der Hansestadt erschien. Sie wurde zudem ausschließlich auf der Straße verkauft und konnte bereits 60.000 Stück verkaufen. Gossel: Hamburger Presse, S. 149.

Einige Lizenzzeitungen standen mit der Öffnung des Marktes vor existenziellen Problemen. Gründe für die sinkenden Auflagen können darin gesehen werden, dass sich die Leserschaft von der Lizenzpresse in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht angesprochen fühlte.²⁷⁶ Andere Konzeptionen, wie die des HABL, zeigten bereits nach kurzer Zeit, dass Hamburger Bürgerinnen und Bürger Zeitungen bevorzugten, die parteipolitisch unabhängig waren und ihren Fokus auf die lokalen Nachrichten und die Belange der Bevölkerung ausrichteten.²⁷⁷ Hinzu kam, dass Tageszeitungen wie z.B. das HABL für die Leser durch den Straßenverkauf sehr gut zugänglich waren.

Außerdem wurden 1949 die Preise für die Abonnements durch die Folgen der Währungsreform erhöht, was dazu führte, dass viele auf die täglich erscheinenden Tageszeitungen zurückgriffen.²⁷⁸ Die Kündigungen der Abonnements führte schließlich zu folgenreichen Absatzeinbußen bei der Lizenzpresse.²⁷⁹ Zudem stiegen 1949 die Produktionskosten an, obwohl die Zahlungsfähigkeit in der Bevölkerung sank.²⁸⁰

Die ökonomische Schieflage trug dazu bei, dass viele Lizenzzeitungen keine neuen Investitionen machen konnten, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu fördern. Die Absatzeinbußen führten u.a. dazu, dass sie bankrott gingen und das Drucken der Zeitung endgültig eingestellt werden musste.²⁸¹ In der Phase der wirtschaftlichen Instabilität des Pressemarktes übernahmen die Alliierten Verantwortung und gewährten nach Antragsstellung des „Gesamtverbandes der deutschen Zeitungsverleger“ einen Kredit von 15 Millionen

²⁷⁶ Gründe für die negative Resonanz können laut Karl Christian Führer darin liegen, dass der Lizenzpresse erschwerte Bedingungen zugrunde lagen. Zum einen führte der ständige Papiermangel zu wenig Gestaltungsmöglichkeiten. Andererseits kann vermutet werden, dass die parteinahen Zeitungen zu verringertem Interesse innerhalb der Leserschaft führten. Führer: Medienmetropole, S. 498 f.

²⁷⁷ Führer: Medienmetropole, S. 495.

²⁷⁸ Gossel: Hamburger Presse, S. 496.

²⁷⁹ Karl Christian Führer benennt in diesem Zuge vor allem Absatzeinbußen bei „Die Welt“, dem sozialdemokratischen „Echo“ und dem HAZ. Die Rückläufigkeit der Auflagen lässt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel der „Echo“ darstellen: Im Jahr 1949 stand die Gesamtauflage bei nur noch 110.000 Stück. Sie reduzierte sich somit von 216.000 Exemplaren im vor Jahr um fast die Hälfte. Führer: Medienmetropole, S. 497.

²⁸⁰ Nach Axel Schildt wurde die Wirtschaftskrise in Westdeutschland u.a. durch den Beginn des Korea Krieges 1950 initiiert. Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Medien und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre (Hamburger Beiträge zur Sozialgeschichte, Band 31), Hamburg 1995, S. 44.

²⁸¹ Wimmer: Anfänge, S. 129.

DM.²⁸² Im Rahmen des amerikanischen „Marshallplanes“ wurden nur denjenigen Zeitungen ein Kredit gewährt, die dezidiert pro-westlich eingestellt waren. Die Kredite wurden von den Verlagen für die Beschaffung von Material und Technik verwendet und führten häufig zur Auflösung vieler Pachtverträge.

Die Lizenzzeitungen konnten sich zwar von den Verträgen mit den „Altverlegern“ lösen, banden sich aber andererseits durch die Kredite an die Amerikaner. Claudia Wimmer ergänzt, dass aus der Quellenlage nicht hervorgeht, wie lange die Lizenzzeitungen von dem Pressekredit abhängig waren.²⁸³ In jedem Fall wurde der Versuch seitens der Alliierten unternommen, der Lizenzpresse zu helfen.

Neben der finanziellen Hilfestellung behielten die Briten nach der Marktöffnung vor allem die politische Ausrichtung der Zeitungen im Blick. Während sie der „Bergedorfer Zeitung“ und den „Norddeutschen Nachrichten“ eine politisch unbedenkliche Konzeption attestierten, fiel ihr Urteil bei den „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ deutlich negativer aus. Laut einer britischen Studie seien Kommentare häufig „critical and often aggressive“ und enthielten demokratiekritische Bemerkungen.²⁸⁴

Die Resonanz dieser Blätter innerhalb der Hamburger Bevölkerung ist erstaunlich: Die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ konnten ihren Absatz in den 1950-er Jahren um ungefähr 7.000 Exemplare erhöhen und die „Bergedorfer Zeitung“ in dem Zeitraum mehr als verdoppeln.²⁸⁵ Die steigenden Verkaufszahlen lassen den Schluss zu, dass diese Lokalzeitungen – seien sie nun demokratiekritisch oder demokratiefreundlich eingestellt – die Interessen und gegebenenfalls auch die Meinung der Leserschaft widerspiegeln und sich dadurch erhöhten Zuspruch erfreuten.

Obwohl auf den ersten Blick der Anschein erweckt wird, dass die Neugründungen der Zeitungen und die Wiederkehr der „Altverleger“ ein voller Erfolg gewesen seien, muss an dieser Stelle auch auf Schwierigkeiten ökonomischer und personeller Natur in den neuen Verlagen hingewiesen werden. Die Lizenzzeitungen hatten den Vorteil, dass sie sich bereits auf dem Markt etabliert hatten und eine Stammkundschaft generieren

²⁸² Koszyk: Deutsche Presse, S. 73.

²⁸³ Wimmer: Anfänge, S. 132.

²⁸⁴ Führer: Medienmetropole, S. 504 f.

²⁸⁵ Ebd., S. 505.

konnten. Ihre Pachtverträge über die Druck- und Produktionsmittel mit den „Altverlegern“ blieben bis zur Ausschüttung des Pressecredits bestehen, und sie genossen einen Qualitätsvorsprung gegenüber den Heimatzeitungen in der Darstellung und Präsentation ihrer Berichterstattung.²⁸⁶ Ferner ist der Umstand zu bedenken, dass sich viele kleinere Lokalblätter redaktionell zusammenschließen mussten, um wirtschaftlich überleben zu können.

Stefan Schölzel führt ebenfalls an, dass die meisten Personen, die unter 35 Jahren waren, sich aus Altersgründen nicht mehr an die Lokalblätter erinnern konnten und somit auch keine Adressatengruppe für die „neuen“ Zeitungen darstellte.²⁸⁷ Karl Christian Führer sieht in dem Wettbewerb zwischen Lizenzträgern und „Altverlegern“ Vorteile bei den bereits bestehenden Zeitungen. Claudia Wimmer stimmt in diesem Punkt mit ihm überein und resümiert folgerichtig, dass die meisten Zeitungen der „Altverleger“ keine Chance gegen die Lizenzzeitungen hatten. Die neugegründeten Zeitungen konnten als ernstzunehmender Konkurrent für die Lizenzpresse gesehen werden. Tageszeitungen, die auf der Straße erhältlich waren, ein ansprechendes Layout, ein breites inhaltliches Angebot hatten und politisch unabhängig waren. Auch die finanzielle Unabhängigkeit neuer Zeitungen spielte dabei eine wichtige Rolle. In diesem Zuge sind vor allem die absatzstarken Zeitungen HABL, MOPO und die „Bild-Zeitung“ zu nennen.

Karl Christian Führer nennt in diesem Zuge vor allem Charakteristika eines „neuen“ Journalismus, der die Leserschaft beeindruckte. Dieser zeichnete sich dadurch aus, dass die oben genannten Zeitungen auf die Emotionalität ihrer Berichterstattung setzten und dadurch einen Zugang zu ihren Leserinnen und Lesern erhielten. Durch die MOPO und die „Bild“ wurden „sowohl positive wie auch negative Gefühle“ geweckt, wobei das HABL „eine möglichst heile Welt präsentierte.“²⁸⁸ Die Boulevardzeitungen zeichneten sich dadurch aus, dass Sachverhalte dramatisch dargestellt wurden. Die Akzentuierung der Darstellung war ein entscheidendes Merkmal der Boulevardpresse. Die Attraktivität dieser Zeitungen wurden dadurch verstärkt, dass ab den 1950-er Jahren mit Fotografien gearbeitet wurde. Der tägliche Erscheinungszeitpunkt war darüber hinaus auch ein

²⁸⁶ Schölzel, Stefan: Die Pressepolitik in der französischen Besatzungszone 1945-1949, Mainz 1986, S. 227.

²⁸⁷ Schölzel: Besatzungszone, S. 227.

²⁸⁸ Führer: Medienmetropole, S. 533.

anderer als bei den meisten Zeitungen. Das HABL wurde erst nachmittags verkauft und sprach als „Feierabendblatt“ die alltäglichen Belange der Menschen an. Die genannten Gründe sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Rahmenbedingungen in den 1950-er Jahren die Absatzgewinne begünstigten. Axel Schildt hebt hervor, dass ein Bevölkerungsanstieg durch Flüchtlinge und das wiedereingegliederte Saargebiet zu einer größeren Nachfrage führte und dass sich die Haushalte in der Regel verkleinerten.²⁸⁹

Der Konkurrenzkampf auf dem Pressemarkt blieb bis Anfang der 1950-er Jahre bestehen, bis sich einzelne Verlage wie der von Axel Springer durchsetzte und ihre Position auf dem Markt durch den Kauf von anderen Zeitungen stärkten. Durch die Einführung des neuen Massenmediums dem Fernseher im Jahr 1952 trat für die gedruckte Presse ein ernstzunehmender Konkurrent auf den Markt. Durch Farbfotografien und andere Illustrationen versuchte die Presse ihre Attraktivität für die Leserschaft zu steigern. Nach anfänglicher Kritik an dem Medium²⁹⁰ arrangierte man sich mit dem neuen Mitbewerber um die Aufmerksamkeit bei den Konsumenten. Das Zeitungswesen blieb weiterhin eine der zentralen Informationsplattformen für die Bevölkerung und wurde zudem durch den Wirtschaftsaufschwung der 1950-er Jahre begünstigt.

²⁸⁹ Schildt, Axel: Massenmedien im Umbruch, S. 638.

²⁹⁰ Einige Hamburger Zeitungen wie die „Hör Zu“ machten keinen Hehl aus ihrer Skepsis gegenüber dem Fernsehen. Schildt, Axel: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedium und „Zeitgeist“ in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995, S. 263.

4. Anfänge des Hamburger Abendblattes

In diesem Kapitel wird – nach der Darstellung des juristischen und pressepolitischen Rahmens der Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg – dezidiert auf die Anfangsjahre des HABL eingegangen. Vom Lizenzvergabeverfahren ausgehend wird vor allem ein Fokus auf die politischen Leitideen des HABL gelegt. Diese Akzentuierung soll als inhaltliches Fundament und Bezugspunkt für die darauffolgenden Kapitel, über die Biografien- und der Artikelanalyse, dienen. Wie bereits erwähnt, stellt die Lizenzperiode der Jahre von 1946 bis 1949 einen in der Forschung ausreichend thematisierten Abschnitt dar, weshalb in diesem Kapitel vor allem ein Augenmerk auf die Markt- und Konkurrenzsituation in der Hamburger Presselandschaft in den 1950-er und 1960-er²⁹¹ Jahren gelegt wird, da das HABL bemerkenswerte Absatzerfolge erzielte und der Springer Verlag expandierte. Hierzu wird ebenfalls auf die Übernahme von Konkurrenzblätter wie die „Welt“ 1953 und der Kauf des Ullstein Verlages 1959 eingegangen. Die Verlagsgeschichte spielt für das Kapitel eine wichtige Rolle, da zum einen personelle Kontinuitäten zwischen dem HABL und anderen Verlagszeitungen aufgezeigt werden können und um andererseits die Bedeutung des HABL für Axel Springer und die Entwicklung seines Verlages hervorzuheben. Einige für den Verlag prägende Persönlichkeiten begannen ihre Karriere beim HABL und nutzten die Tageszeitung als Karriere-Sprungbrett.

Außerdem werden die für die damalige Zeit innovativen Werbekampagnen des HABL in den Mittelpunkt der Untersuchung gerückt und schließlich auf Kritik am HABL durch Artikel in der Ost- und Westdeutschen Presse eingegangen.²⁹² Das Kapitel gibt zudem Aufschluss darüber, welche Personen Entscheidungsträger beim Gründungsprozess der Zeitung waren und welche im Verlauf der Jahre eine prägende Rolle für die politische Konzeption des Blattes einnahmen.

²⁹¹ Schwarz: Springer, S. 300.

²⁹² In Vertretung für Tageszeitungen in der DDR (Deutsche Demokratische Republik) wurde hierfür „Neues Deutschland“ ausgewählt, da es vor allem kritische Äußerungen zur politischen Ausrichtung und zur Werbestrategie des HABL gedruckt hat.

4.1. Lizenzvergabe

Die Ansprüche, die Axel Springer an sein neues Blatt im Jahr 1948 hatte und gegenüber seinen Beratern und Mitbegründern des HABL äußerte, stellten klar, welche Vision er von der neuen Zeitung hatte: „Machen Sie die beste Lokalzeitung, die es gibt. Und wenn das nicht reicht, machen Sie die beste Lokalzeitung der Welt.“²⁹³ Auch wenn das HABL zu keinem Zeitpunkt in dem Untersuchungszeitraum weltweites Renommee erlangte und dieser Zusatz eher als gewollte Übertreibung zu verstehen war, setzte die Tageszeitung neue Maßstäbe in journalistischer und pressestruktureller Hinsicht in Nachkriegsdeutschland.

Bereits 1946 ging der Jungverleger Springer in die Planung einer parteipolitisch-unabhängigen Tageszeitung. Ein Jahr zuvor erlangten sein Vater und er die Zulassung für den in der NS-Zeit geschlossenen Verlag Hammerich & Lesser. Springer hatte bereits am 15. August 1945 einen Lizenzantrag für eine neue unabhängige Tageszeitung in der Hansestadt gestellt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung (Hamburger Telegraph)“ wurde jedoch vor dem Hintergrund abgelehnt, dass zunächst parteinahe Zeitungen zugelassen wurden.²⁹⁴ Die ersten Zeitschriften, die Axel Springer in dem Verlag seines Vaters Hammerich & Lesser herausgab, waren „Nordwestdeutsche Hefte“, „Hör Zu“ und „Constanze“. Springer entschied sich nach eigenen Angaben zunächst gegen eine Tageszeitung, da er das „Prinzip der Parteirichtungszeitung für unjournalistisch“²⁹⁵ hielt.

Die im Dezember 1946 erschienene Programmzeitschrift „Hör Zu“ spielte eine wichtige Rolle für das Konzept des HABL, da hierbei einiges erprobt wurde, was bei der Leserschaft gut angenommen wurde. Der zuständige Chefredakteur Eduard Rhein gestaltete eine familientaugliche und vermeintlich unpolitische Zeitschrift, die persönlicher und menschlicher als andere Presseprodukte auf dem Markt sein sollte. Diese auf den

²⁹³ Diesen Anspruch verteidigte Springer zwanzig Jahre nach der Gründung der Zeitung und fügte in der Rede zum Jubiläum am 18.10.1968 hinzu: „In (...) Hamburg Haben wir immer zugleich ein bedeutendes politisches Blatt zu sein, primär aber sollten wir uns um die Palme der besten lokalen Zeitung in Deutschland und, gestatten Sie mir die Übertreibung, um die Palme der besten lokalen Zeitung der Welt bemühen.“ Rede Axel Springers zum zwanzig-jährigem Jubiläum, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer; Rede von Axel Springer am 5. Dezember 1968 im Hotel Atlantic, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

²⁹⁴ Sonntag: Medienkarrieren, S. 165.

²⁹⁵ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

Rezipienten ausgerichteten Journalismus kann hierbei als Vorläufer der späteren „human-interest-story“²⁹⁶ gesehen werden, den Springer für sein „Abendblatt“ ebenfalls als maßgebliches Charakteristikum seiner Berichterstattung vorsah. Die „Hör zu“ wies einige Gemeinsamkeiten mit dem HABL auf: Das Angebot der Unterhaltungsseiten in Form von Fortsetzungsromanen und der Versuch der „Normalisierung“ des Nachkriegsalltages durch Rubriken wie „Fragen Sie Frau Irene“.²⁹⁷ Sie sollte als Orientierungshilfe für den Alltag dienen. Ähnliches wurde 1952 beim HABL mit der Ratgeberrubrik „Von Mensch zu Mensch“ eingeführt. Die „Hör Zu“ wurde zu einem wichtigen Standbein des Verlages und einer Zeitschrift, das dem Verlag Kapital für weitere Vorhaben einbrachte.²⁹⁸

Ogleich sich ein Neustart nach dem Zweiten Weltkrieg keineswegs einfach gestaltete, versammelte Springer eine Gruppe an Personen um sich, die seine Vision einer neuen Tageszeitung teilten. Es waren kompetente und erfahrene Berater, die wussten, wie seine Ideen umgesetzt werden konnten. Anfang 1946 traf sich Springer mit seinen Ratgebern im dritten Stock des Flakbunkers am Heiligengeistfeld.²⁹⁹ Die Schreibmaschinen wurden für 3 Mark pro Tag angemietet und am Ende der Woche zurückgegeben, um Kosten zu sparen. Zu den engsten Mitgliedern seines Kreises zählten der erste Chefredakteur des HABL, Wilhelm Schulze, Springers politischer Mentor³⁰⁰, Hans Zehrer, der kommissarische Ressortleiter für Lokales, Christian Kracht, Verlagsleiter Karl Andreas Voss und Rudolf Michael, über dessen Rolle und Funktion bereits in der Einleitung berichtet wurde. Seine Konsultanten waren bereits in Hamburger Redaktionen im Nationalsozialismus tätig und konnten z.T. auf langjährige Erfahrungen in Führungspositionen zurückgreifen. Deren Expertise war für Springer als junger Verleger mit Anfang dreißig nicht hoch genug einzuschätzen. Mit diesem Beraterstarb formte Springer eine neue Tageszeitung, dessen Lizenzerwerb sich zunächst schwierig gestaltete. Die neue Hamburger Tageszeitung sollte „Excelsior“ heißen und orientierte sich an den britischen

²⁹⁶ Im Kapitel 4.2 wird näher auf die diese Form des Journalismus eingegangen.

²⁹⁷ Seegers: Hör zu!, S. 363 f.

²⁹⁸ Die „Hör Zu“ ist am 11. Dezember 1946 zum ersten Mal erschienen und hatte eine Auflage von 250.000 Exemplaren, die bereits nach wenigen Stunden vergriffen waren. Nöh, Hans-Joachim: Wie das Abendblatt entstand, in: Röttger, Berndt (Hg.): 70 Jahre Hamburger Abendblatt, Hamburg 2018, S.8-9, hier S. 8; Müller: Springer-Konzern, S. 63.

²⁹⁹ Wenig, Peter: Seid nett zueinander – wie es damals war, in: HABL am 1.8.2019.

³⁰⁰ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 17.

Lizenzvorgaben.³⁰¹ Eine Zulassung scheiterte vorerst an dem Umstand, dass es bereits fünf parteigebundene Zeitungen auf dem Hamburger Pressemarkt gab. Überdies wollte Axel Springer seine Tageszeitung nicht an eine Partei binden, sondern überparteilich und unabhängig bleiben. Generell stellte die Herausgabe einer neuen Tageszeitung ein Wagnis in vielerlei Hinsicht dar. Die Auflagen und die Anzeigenteile der konkurrierenden Lizenzzeitungen waren erheblich und gaben wenig Grund zur Annahme, dass die neue Springer-Zeitung sich behaupten und sogar andere Zeitungen vom Pressemarkt verdrängen würde.³⁰²

Dadurch dass die britische Militärregierung sukzessive die Verantwortung dem deutschen Pressewesen zurückgeben wollte, betraute sie den Hamburger Presseausschuss 1948 mit dem Auftrag, die Lizenz für eine politisch-unabhängige Tageszeitung zu vergeben.³⁰³ Die Aufgabe war keineswegs einfach, da die Entscheidung über die Lizenzvergabe den Briten aufgrund von fünf Bewerbungen schwerfiel. Somit überließen sie die Aufgabe dem Hamburger Presseausschuss, ohne dabei ihre finale Entscheidungshoheit aus der Hand zu geben.

Für den Lizenzerwerb einer überparteilichen Zeitung gab es insgesamt vier Konkurrenten für Axel Springer, der mit einem neuen Titel seiner Zeitung, dem „Hamburger

³⁰¹ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

³⁰² Axel Springer erinnert sich im Rahmen des fünfzehnjährigen Jubiläums an die Anfänge des HABL und betont in seiner Rede am 13. Oktober 1963, „daß fast alle“ ihm damals davon abrieten, „in diesen Zeitungsmarkt auch noch eine neue Zeitung“ etablieren zu wollen. Rede von Axel Springer am 13.10.1963 zum fünfzehnjährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

³⁰³ Dieses Vorhaben blieb von den bereits bestehenden Zeitungen keineswegs ungeachtet. Mehrere Vorbehalte und Beschwerden gingen bei den Briten ein, in denen Bedenken hinsichtlich der Papierverteilung und der politischen Aufgabe der Umerziehung durch parteiunabhängige Zeitungen geäußert wurden. Führer: Medienmetropole, S. 486.

Abendblatt“³⁰⁴, sein Glück versuchte.³⁰⁵ Der Sozialdemokrat Hellmut Kalbitzer hatte sich beispielsweise mit dem „Hamburger Kurier“ um eine Zustimmung des deutschen Fachausschusses beworben.³⁰⁶ Aufgrund seiner Parteimitgliedschaft in der SPD lehnte man jedoch seine Bewerbung ab. Neben Kalbitzer zählten auch Karl Georg Hagemann mit der „Hamburger Mittag“ und Georg Alsleben mit der „Hansischen Rundschau“ zu den potenziellen Verlegern einer neuen überparteilichen Tageszeitung in Hamburg.³⁰⁷

In erster Instanz wurde auch Axel Springer abgelehnt, da er bereits drei Zeitungen mit der „Hör Zu“, der „Constanze“ und den „Nordwestdeutschen Heften“ besaß und man keine Monopolstellung Springers auf dem Hamburger Pressemarkt herbeiführen wollte.³⁰⁸ Diese Befürchtung teilte vor allem der zuständige Presseoffizier Raymond Gauntlett.³⁰⁹ Sein stärkster Mitstreiter war Wilhelm Schulze, der die „Hamburger Zeitung am Mittag“ herausbringen wollte. Er war der einzige Bewerber, dem man keine parteipolitischen Sympathien nachweisen konnte.

Der Beratende Ausschuss entwickelte Kriterien, die für die Herausgabe einer überparteilich-unabhängigen Zeitung entscheidend waren.³¹⁰ Maßstab war demnach die Vertrautheit mit dem Hamburger Pressemarkt, die Bereitschaft und Anerkennung demokratischer Werte bzw. die Implementierung dieser in der neuen Tageszeitung und die entsprechende Fachkompetenz. Darüber hinaus war die finanzielle Unabhängigkeit des Verlegers eine wichtige Voraussetzung für den Erwerb einer Drucklizenz. Schließlich war

³⁰⁴ Den Teiltitel der Zeitung „Abendblatt“ hatten bereits vier andere Zeitungen zuvor benutzt. Eine der Zeitungen hatte den vollständigen Titel „Hamburger Abendblatt“ getragen und wurde am 2. Mai 1980 gegründet. Der identische Name verweist hierbei nicht auf eine gemeinsame Tradition, sondern ist unabhängig von der Gründung des HABL durch Axel Springer im Jahr 1948 zu betrachten. Fink, Hans-Jürgen: Eine Zeitung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, in: [haben.abendblatt.de](https://haben.abendblatt.de/hamburg/article108967999/Eine-Zeitung-die-den-Menschen-in-den-Mittelpunkt-stellt.html), Oktober 2002, URL: <https://haben.abendblatt.de/hamburg/article108967999/Eine-Zeitung-die-den-Menschen-in-den-Mittelpunkt-stellt.html> (eingesehen am 7.4.2022).

³⁰⁵ Die Idee für einen neuen Titel hatte der journalistische Mentor Axel Springers, Walter Hansemann. Springer gefiel der Titel, da er wie „Feierabend“ klang. Außerdem informierte sich Hansemann im Museum für Hamburgische Geschichte über ein Wappen, das zu dem Slogan von Gorch Fock „Mit der Heimat im Herzen die Welt umfassen“ passte. Rede von Axel Springer am 18.10.1968 zum 20-jährigem Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

³⁰⁶ Sonntag: Medienkarrieren, S. 163.

³⁰⁷ Führer: Medienmetropole, S. 487.

³⁰⁸ Gossel: Hamburger Presse, S. 122.

³⁰⁹ Schwarz: Springer, S. 135.

³¹⁰ Beratender Ausschuss an Brauer vom 19. Juni 1948, in: StAHH, Staatliche Pressestelle V, II A IIa1.

die Vorgabe, eine Zeitung mit einer Auflage mit bis zu 125.000 Stück zu drucken.³¹¹ Das setzte voraus, dass dem Verleger ausreichend Kapital zur Verfügung stand und nicht auf die Unterstützung Dritter angewiesen war. Außerdem war den Briten die politische Unbescholtenheit des Verlegers wichtig. Trotz des Handlungsspielraumes des Beratenden Ausschusses behielten sich die Briten das finale Votum über die Lizenzvergabe vor.³¹²

Diese Anforderungen spielten Axel Springer in die Hände. Der Lizenzantrag vom 15. November 1947 veranschaulicht, welche politischen Leitideen dem HABL zugrunde liegen sollten: „Bei der noch sehr großen Zahl der Leser, die sich nicht für eine Partei entschieden haben, dient die offene Diskussion entgegengesetzter Meinungen der Ordnung und Festigung der politischen Verhältnisse ebenso wie der staatsbürgerlichen Erziehung. [...] Diese aufbauende politische Arbeit kann nur eine Zeitung mit großen journalistischen und verlegerischen Mitteln leisten [...]. Die Erfahrung lehrt, daß man zur Demokratie nicht nur unmittelbar auf rein politischem Wege gelangt, sondern mittelbar auch dadurch, daß man die Menschen menschlich anspricht und in ihrer privaten Sphäre zu verstehen zu sucht.“³¹³

Zwei wichtige Aspekte für die Auslegung einer parteipolitisch-unabhängigen Zeitung werden in diesem Zitat deutlich: Die Überparteilichkeit der Zeitung hilft bei der Erziehung der Gesellschaft, indem demokratische Wertemaßstäbe durch die Teilhabe an öffentlichen Diskursen ermöglicht wird. Durch die Unabhängigkeit von Parteipolitik findet das HABL Zugang zu allen Bevölkerungsschichten und ermöglicht der Leserschaft somit eine weitestgehend „objektive“ Berichterstattung. Außerdem kommt der Betonung der Individualität des Einzelnen und seiner Bedeutung für die Demokratie ebenfalls eine essenzielle Rolle zu, da Springer mit seinem Blatt den Menschen und seine Bedürfnisse ansprechen wollte. Infolgedessen lag einer der Schwerpunkte der Zeitung auf dem Lokalteil und den Unterhaltungsseiten. Der Anzeigenteil darf ebenfalls nicht unterschätzt werden. Vor allem dieses Ressort verhalf dem HABL zu einem finanziellen Fundament, auf dem weitere marktpolitische Entscheidungen getroffen werden konnten.

³¹¹ Führer: Medienmetropole, S. 490.

³¹² Ebd., S. 489.

³¹³ Döpfner: Lizenzantrag, S. 172.

Karl Christian Führer hebt an dieser Stelle hervor, dass Springer neben dem Lokalteil, vor allem auch die Bedeutung des Unterhaltungsteils in dem Lizenzantrag betonte. Demnach sollen die Unterhaltungsseiten eine beruhigende Wirkung auf den Lesenden haben und ihn somit „aufnahmefähiger für politische Fragen“³¹⁴ machen. Der Fokus auf den Menschen selbst wurde bis dato weitestgehend von den parteinahen Lizenzzeitungen außer Acht gelassen, obgleich es ein signifikantes Instrument für die demokratische Erziehung und Einflussnahme auf die Bevölkerung darstellte.³¹⁵

Alle Bewerber stellten am 17. Juni 1948 ihre Konzepte vor und schließlich konnte Springer den Beratenden Ausschuss vom Konzept der HABL überzeugen. Aber nicht nur die konzeptionelle Ausrichtung der neuen Hamburger Tageszeitung soll ausschlaggebend für die Lizenzvergabe gewesen sein. Springer hatte den großen Vorteil, dass er sich auf dem Hamburger Pressemarkt bestens vernetzt und finanziell unabhängig war, sodass er keine Kredite in Anspruch nehmen musste. Außerdem war er politisch unbelastet, da er während des Nationalsozialismus im Verlag seines Vaters, Hammerich & Lesser, als „Schriftleiter“ bei den „Altonaer Nachrichten“ von 1933 bis 1941 arbeitete. Danach war er kurzzeitig Mitglied im Kraftfahrkorps der Nationalsozialisten.³¹⁶ Als die Entscheidung des Beratenden Ausschusses den Briten übermittelt wurde, setzte sich Hamburgs Bürgermeister Max Brauer für den Jungverleger ein. Er kannte den Verlag seines Vaters aus der Weimarer Republik und unterstützte das Vorhaben seines Sohnes.³¹⁷ Zwar war Springer

³¹⁴ Döpfner: Lizenzantrag, S. 172.

³¹⁵ In einem Regelbuch für Redakteure, Reporter und Fotografen des HABL wurde ab 1980 sogar schriftlich festgehalten, worauf bei der Berichterstattung und der publizistischen Ausrichtung der Zeitung geachtet werden soll. Die Schwerpunktlegung auf die Leserschaft spielte nach wie vor eine tragende Rolle: „Was immer und worüber immer wir schreiben: Der Mensch ist für uns wichtiger, fast immer auch interessanter als die Sache. Menschen machen Politik, Menschen planen Kraftwerke (oder protestieren dagegen), Menschen erzeugen Stahl, Menschen inszenieren Theaterstücke.“ Außerdem wurde dem Unterhaltungsteil besondere Aufmerksamkeit geschenkt: „Unterhaltung. Das heißt nicht, daß wir täglich unserer Zeitung eine Seite „Unterhaltung“ beilegen sollten mit Witzen, Döntjes und Karikaturen. Unterhaltung heißt für uns: unterhaltsam berichten und dem Leser auf so vielen Seiten wie möglich Stoffe anbieten (...), die ihn nachdenklich oder heiter stimmen und die ihn für einen kurzen Augenblick seine Sorgen und den Ernst der Zeit leichter tragen lassen.“ Es ist anzunehmen, dass diese Werte der Zeitung – die Ausrichtung auf den Menschen und die Erheiterung der Leserschaft durch einen ansprechenden Unterhaltungsteil – bereits vor der Publikation des Regelbuches Grundpfeiler des publizistischen Konzepts waren. Das Abendblatt ist mehr als „nur“ eine Zeitung. Goldene Regeln für Redakteure, Reporter und Fotografen einer modernen Weltstadt-Zeitung, in: AS-UA, Bestand HABL.

³¹⁶ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 77.

³¹⁷ Führer: Medienmetropole, S. 490 f.

nicht die erste Wahl der Briten, aber – neben den bereits genannten Vorteilen Springers – schien er als Person sehr gut anzukommen. Sein Auftreten war selbstbewusst und charismatisch und sein Kleidungsstil orientierte sich an den Briten.³¹⁸

Die britische Militärregierung akzeptierte schließlich den Vorschlag des Beratenden Ausschusses, sodass Springer am 12. Juli 1948 die Drucklizenz für das HABL durch den Senatsdirektor der Staatlichen Pressestelle Hamburg Erich Lüth erhielt.³¹⁹ Nun musste Springer alles Weitere in die Wege leiten. Als ersten Chefredakteur stellte er einen seiner Mitbewerber ein. Wilhelm Schulze blieb Chefredakteur für die nächsten dreieinhalb Jahre, bis er von Otto Siemer abgelöst wurde.

In seiner Wohnung in der Elbchaussee traf er sich mit ungefähr zwanzig Redakteuren, um das Konzept der Zeitung auszuarbeiten. Des Weiteren wurden die Verlagsräume an der Alster, in der Alten Volksfürsorge, umgebaut und Schreibmaterial gemietet. An den Großen Bleichen mietete Springer die Druckmaterialien beim alten Broschek Verlag.³²⁰ Die Druckereien gehörten zu den wenigen, die im Zweiten Weltkrieg nicht zerstört wurden. Andere Zeitungen wie die „Welt“ druckten hier ebenfalls ihre Exemplare, wodurch das Springer-Blatt erst am Mittag in den Druck gehen konnte. Aber nicht nur eine geeignete Unterbringung galt es zu finden, sondern auch Wohnraum und Aufenthaltsgenehmigungen für Mitarbeiter zu erhalten.³²¹

Der erste Probedruck der Zeitung erging am 31. Januar 1948, bevor das HABL endgültig ab dem 14. Oktober 1948 drei Mal in der Woche erschien und für zwanzig Pfennig erhältlich war. Bereits nach vier Stunden wurden alle 60.000 Stück der Erstausgabe verkauft. Ein paar Wochen später stieg die Auflage bereits auf 107.000 Exemplare und nach sechs Monaten auf 170.000.³²² Es war die Geburtsstunde einer Zeitung, die in journalistischer und werbestrategischer Hinsicht neue Maßstäbe setzen würde und die eine neue Konkurrenzsituation auf dem Pressemarkt herbeiführen sollte.

³¹⁸ Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 77; Gossel: Hamburger Presse, S. 127 f.

³¹⁹ Schwarz: Springer, S. 136.

³²⁰ Nöh: Abendblatt, S. 9.

³²¹ Brief von Wilhelm Schulze an Senatsdirektor Erich Lüth vom 28.9.1948, in: StAHH, Senatskanzlei II, 6315.

³²² Nöh: Abendblatt, S. 8.

4.2. Werbestrategien und publizistisches Konzept

Mit dem Erscheinen des HABL wurde eine neue Phase der Nachkriegspressezeit eingeleitet. Der Profit der Lizenzzeitungen war jahrelang durch die Militärregierung gesichert.³²³ Es gab keine Preisschwankungen der Zeitungen, da die Preise von den Briten festgelegt wurden. Darüber hinaus wurde die Papierzuteilung durch die Besatzungsmacht organisiert und gerecht aufgeteilt. Die verantwortlichen Lizenzträger trugen kaum ein finanzielles Risiko, da sie in der Regel nur ein geringes Eigenkapital einbringen mussten. Dadurch stellte das Erscheinen des HABL in vielerlei Hinsicht eine Zäsur auf dem Hamburger Pressemarkt dar.

Die Vorgabe durch die Militärregierung von 125.000 Exemplaren erfüllte das HABL problemlos. Um einen großen Kundenstamm und eine interessierte Leserschaft zu generieren, wurden gleich mehrere Maßnahmen ergriffen, um den Start des HABL zu begünstigen und den Verkauf der Tageszeitung anzukurbeln. 60.000 Exemplare wurden kostenlos an Hamburger Leserinnen und Leser verteilt. Zudem wurden an alle Hamburger Haushalte Werbeprospekte mit Bestellscheinen verschickt. Bereits Ende Oktober 1948 konnte das HABL 10.000 Abonnenten verzeichnen. 50.000 Exemplare wurden weiterhin kostenlos ausgegeben und 40.000 Stück wurden durch den Straßenverkauf vertrieben.³²⁴

Neben kostenlosen Ausgaben gab es weitere Werbeaktionen, die die Auflagenzahl nachhaltig steigern sollten. Als sich die Auflage 1949 bereits mit 120.000 Stück innerhalb eines Jahres verdoppelt hatte, wurden weitere Werbeaktionen durchgeführt. 1950 wurde ein Seifenkistenderby veranstaltet.³²⁵ Zwei Jahre später wurden in der Zeit der Brotkürzungen und der Krise 120.000 Blumensträuße von Axel Springer und Studenten auf dem Jungfernstieg an die Hamburger Frauen und Mädchen verteilt, woraufhin viele Danksagungen beim HABL eingingen.³²⁶ Im selben Jahr chauffierte eine vom Verlag organisierte weiße Hochzeitskutsche Paare zum Traualtar in ganz Hamburg. Dazu erhielten alle Ehepaare einen Ratgeber als Geschenk. Der HABL-Redakteur Klaus Losch wurde

³²³ Führer: Medienmetropole, S. 493.

³²⁴ Auflagenentwicklung der Hamburger Zeitungen vom 29.10.1948, StAHH 135-1 V/II A II a 1.

³²⁵ Schmoock, Matthias: Das Blatt, das immer nah bei den Menschen ist, in: HABL Nr. 115, 20.5.2015.

³²⁶ Müller: Springer-Konzern, S. 68; Wenig, Peter: Seid nett zueinander. Wie es damals war, 1.8.2019, URL: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article226649793/Seid-nett-zueinander-wie-es-damals-war.html> (eingesehen am 3.8.2021).

ebenfalls im Rahmen der Werbekampagne auch außerhalb der Redaktion eingesetzt. Als „Herr Lombard“ verkleidete er sich und tat den Hamburgerinnen und Hamburgern etwas Gutes. Wenn sie ihn erkannten, gab er ihnen 100 D-Mark oder er übernahm die Rechnung im Restaurant.

Einen maßgeblichen Anteil des Erfolges der Anfangsjahre ist der Werbekampagne „Seid Nett Zueinander“ zu verdanken. Der Slogan stand für Toleranz und ein gemeinschaftliches Miteinander innerhalb der Bevölkerung. Es sollten die schlechten Zeiten hinter sich gelassen und für ein friedliches Miteinander geworben werden. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges gab es ein ausgeprägtes Denunziantentum innerhalb der Bevölkerung und dem wollte das HABL mit seiner Werbekampagne entgegenwirken.³²⁷

Der Werbeleiter Hans-Heinrich Schreckenbach hatte mit dem Slogan – laut Springer – zunächst viel Spott geerntet. Der Verleger betonte aber, welche Bedeutung diese drei Worte für die Zeitung hatten: „Aber es hatte eine besondere Gültigkeit. An der Rothenbaumchaussee in Hamburg liefen die jungen Männer herum in alten Uniformen, entlassene Soldaten, entlassene KZ-Häftlinge. Unter Hitler war nur Hass gepredigt worden. Nach dem Krieg blühte das Denunziantentum. Und wir sagten einfach: ‚Seid nett zueinander‘.“³²⁸ In seiner Rede zum dreißigjährigen Bestehen des HABL fügt er außerdem hinzu, dass der Werbespruch einer „Zeit des Mangels, der Ellbogenexistenz“ entsprungen sei, „wo einer glaubte, des anderen Feind zu sein.“³²⁹ Springer hob zudem hervor, welche Bedeutung der Slogan für ihn und die Außenwirkung der Zeitung auf die Leserschaft haben sollte. „Seid nett zueinander“ hatte den „gesamten Kern der Demokratie zum Inhalt“³³⁰ gehabt und dafür geworben, aufeinander zuzugehen, Gesprächsbereitschaft zu signalisieren und die Meinung des anderen zu tolerieren.³³¹

³²⁷ Wenig: Seid nett.

³²⁸ Wenig: Seid nett; Schwarz: Springer, S. 133; Jürgs: Axel Springer, S. 170.

³²⁹ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

³³⁰ Rede Axel Springers zum zehnjährigen Jubiläum des HABL am 14.10.1958, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

³³¹ Die gemeinnützigen Aktionen des HABL gingen weit über die Anfangsjahre hinaus. In den 1970-er und 1980-er Jahren folgten weitere Hilfsaktionen wie „Kinder helfen Kindern“ oder „Schüler machen Zeitung“. Schmoock: Blatt.

Das „Seid-Nett-Zueinander“ verlor in den Folgejahren nicht an Bedeutung. Als der Wirtschaftsaufschwung zur Prosperität vieler Menschen führte und sich viele ein Auto leisten konnten, häuften sich in Hamburg die Verkehrsunfälle. Als die „Zebra-Streifen“-Übergänge für mehr Sicherheit sorgen sollten, schrieb das HABL: „Helfen Sie, dass diese Überwege nicht nur zu einer Brücke der Sicherheit, sondern auch zu einer Brücke des guten Verstehens zwischen Fußgänger und Autofahrer werden.“ Gemeinsam mit der Verkehrspolizei erstellte die Redaktion ein Belohnungssystem für Kraftfahrzeugfahrer, die die neuen Regeln befolgten.³³²

Das HABL sah in der Werbeaktion eine wichtige Signalwirkung an die Bevölkerung und einen „weiße(n), leuchtende(n), freundliche(n) Fleck in unserem manchmal harten und düsteren Alltag“.³³³ Weitere Aktionen gab es für Obdachlose und Hilfebedürftige in der Hansestadt. Im Jahr 1957 wurde am Nikolaustag eine von da an jährlich ausgeführte „Pantoffel-Aktion“ gestartet. Insgesamt wurden 500 Pantoffeln im Hamburger Stadtgebiet verteilt. Die Person, die einen solchen Pantoffel fand, erhielt vom HABL einen Geschenkkorb und einen weiteren, um ihn an einen hilfebedürftigen Menschen zu verteilen.³³⁴

Weitere Werbeideen stammten von dem HABL-Redakteur Christian Kracht, der in den 1950-er Jahren zwei Jahre Auslandskorrespondent in den USA war. In seinen Briefen an Axel Springer berichtete er von amerikanischen Zeitungen und deren Produktion. Einige Aspekte wie das Erscheinungsbild, inhaltliche Ausrichtung oder Werbung dienten hierbei als Vorbild für das HABL.³³⁵ Die Werbestrategie zeigte seine Wirkung bei den Hamburger Bürgerinnen und Bürger und lässt sich durch die Absatzerfolge der Zeitung in folgender Abbildung veranschaulichen.

³³² Zeitungsartikel vom 1.8.2019 im HABL, in: StAHH, Hamburger Abendblatt, II A II a13.

³³³ Ebd.

³³⁴ Die Adresse hierfür wurde vom HABL an den Finder gegeben. Art. „Habt ein Herz und schaut euch um!“, in: HABL Nr. 285, 7./8.12.1957.

³³⁵ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 85.

Tabelle 2: Absatzerfolge des HABL in den 1950-er Jahren im Vergleich³³⁶

	HABL	Die Welt (HH-Ausgabe)	Hamburger Echo
1950	225.720	61.362	71.113
1952	290.298	52.531	71.341
1954	324.018	52.353	61.827
1956	309.665	55.928	49.891
1958	313.923	70.858	51.248
1960	307.989	71.467	49.529

Wie in der Tabelle zu erkennen ist, konnte das HABL einen insgesamt sehr positiven Trend der Auflagenzahlen in den ersten zehn Jahren nach der Ersterscheinung verzeichnen. Andere Hamburger Tageszeitungen wie „Die Welt“ oder das „Hamburger Echo“ hatten hingegen sinkende bzw. schwankende Auflagenzahlen zu vermelden. Die Tabelle zeigt außerdem deutlich, dass nicht nur die Entwicklung der Auflagenzahl des HABL heraussticht, sondern auch die Gesamtzahl der Auflagen. Das HABL druckte durchschnittlich vier Mal so viel wie die hier angegebenen Konkurrenzblätter in den 1950-er Jahren. Der Erfolg des HABL hielt auch in den Folgejahren an. In den 1990-er Jahren wurden mehr als 330.00 Ausgaben verkauft.³³⁷ Im Laufe der Jahre beschäftigte der Springer Verlag insgesamt 3.600 Mitarbeiter allein am Hamburger Standort.

Der Erfolg der ersten unabhängigen-überparteilichen Zeitung Hamburgs wurde aber nicht nur durch seine Werbeaktionen herbeigeführt, sondern auch durch seine inhaltliche Ausrichtung. Ideen für die inhaltlichen Grundpfeiler einer politisch-unabhängigen Tageszeitung hatte Axel Springer bereits 1945, die in seiner ersten Publikation „Besinnung. Ewige

³³⁶ Auflagenmeldungen ermittelt der IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern) 1 (1950) – 11 (1960). Online unter URL: <https://www.ivw.de/print/archivbestaende-zur-ivw-auflagenliste> (eingesehen am 3.8.2021).

³³⁷ Schmooch: Blatt.

Worte der Menschlichkeit. Ein Kalender für das Jahr 1946“ deutlich wurden und in der er einen besonderen Fokus auf die „Menschlichkeit“ legte.³³⁸

Dass der Mensch und seine Bedürfnisse im Vordergrund standen und nicht etwa die neuen politischen Ideale der demokratischen Umerziehung wurde in einer Rede vom langjährigen Begleiter und Redakteur des HABL, Rudolf Michael, auf der Grossistentagung in Heidelberg im Jahr 1958 deutlich: „Axel Springer hat gesagt, dieser Zeitungsleser vom Jahre 50, das ist ein geplagtes, armes Wesen, geschunden von den Stürmen der Zeit, dem ist alles Materielle, alles Ideelle kaputt gegangen. Behandelt mir diesen Leser schonend. Fangt nicht gleich an, auf ihn loszutrommeln und ihn wieder erziehen zu wollen zu irgendwelchen Idealen, die ihr selbst gar nicht habt. Sondern fragt euch, was diesem Leser wohltut, was er braucht, um seinen Alltag zu verstehen.“³³⁹ Springer war darauf bedacht, seine Leserschaft keine neuen Werte aufzuoktroyieren, sondern durch sein sogenanntes „Feierabendblatt“³⁴⁰, das täglich ab 17 Uhr erhältlich war, positiv zu beeinflussen und nicht zu überfordern. Der damalige Chefredakteur Otto Siemer protokollierte in der ersten Redaktionssitzung des HABL Folgendes: „Springer wiederholte immer wieder, es komme darauf an, dem Leser wohlzutun.“³⁴¹ Die Schonung der Leserschaft und die Ablenkung vom tristen Nachkriegsalltag fanden Zuspruch in der Bevölkerung. Springer traf mit seinem Konzept den Zeitgeist der Gesellschaft und legte somit das Fundament für eine langjährige Erfolgsgeschichte.

Einer Legende zufolge soll Axel Springer eines Tages ein Ehepaar auf einem Balkon beobachtet und sich rund um das Paar und ihre Gespräche Gedanken gemacht haben.³⁴² Daraufhin forderte er seine Redakteure dazu auf, bei ihrer Berichterstattung und Artikeln stets die Bedürfnisse, Wünsche und Sorgen aus dem Alltag der Bürgerinnen und Bürger im Hinterkopf zu haben. Im Rahmen dieser publizistischen Maxime kamen dem lokalen Teil, der Unterhaltung und dem Feuilleton eine besondere Bedeutung zu. In einer 1980 herausgegebenen Broschüre mit Richtlinien für die Redakteure des HABL ist unschwer zu erkennen, woran sich inhaltlich orientiert werden soll. In dem 80-seitigen Regelwerk

³³⁸ Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 79.

³³⁹ Rudolf Michael in einer Rede vom 8.-9.5.1958 in Heidelberg, in: AS-UA, Sammlung Reden.

³⁴⁰ Führer: Medienmetropole, S. 510.

³⁴¹ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

³⁴² Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 85; Jürgs: Axel Springer, S. 161, Führer: Medienmetropole, S. 510.

wird vor allem deutlich, dass die Redakteure den Fokus auf die Nachricht, Lokales und den Menschen legen sollen. Im Rahmen von zehn Faustregeln wird zu Beginn darauf verwiesen, dass „die Nachricht [...], die hinter der Nachricht steckt“³⁴³ wichtig sei. Die Neugierde der Leserschaft soll geweckt und dabei darauf geachtet werden, dass „wenn es geht immer zuerst über den Menschen und dann über die Sache“ geschrieben würde. Ferner stellt die zweite Regel klar, dass „wichtige Belange Hamburgs [...] immer im Vordergrund stehen“³⁴⁴ müssten. Obgleich die Richtlinien für die HABL-Redakteure erst 1980 erschienen sind, kann davon ausgegangen werden, dass Axel Springer diese publizistischen Leitlinien den Journalisten bereits in den Anfängen der Zeitung nahelegte. Eine Besonderheit kommt hierbei dem Lokalteil zu.

Im Lizenzantrag vom 15. November 1947 ist Folgendes über den lokalen Teil des HABL zu lesen: „Wirkliches und andauerndes Vertrauen, das ist meine Überzeugung, hat nur die Zeitung, die Eingang in die Familie findet. Das Vertrauen des Lesers wird vor allem durch Nachrichten erworben, die ihn nahe angehen. Die kleine Nachricht, sorgfältig gewählt und gepflegt, gibt ein wahrheitsgetreues Lebensbild, das auch ohne besondere Absichten Maß und Wert sichtbar macht und humanitäre Haltung fördert. In diesem lokalen Teil, der für die gute deutsche Presse stets eine Quelle der Lebenskraft gewesen ist, bietet sich zugleich beste Gelegenheit, Anteilnahme an den öffentlichen Einrichtungen des Staates zu wecken. Auf dieser schlichten menschlichen und kommunalen Ebene hat es in Deutschland lange Zeit hindurch echtes demokratisches Leben gegeben.“³⁴⁵ Die Aufgaben des Unterhaltungsteils bestünden nach Springer zudem in der Befriedigung des „Bedürfnis(es) nach Entspannung und Erbauung“³⁴⁶, sowie in der Bewahrung und Förderung der „noch verbliebenen seelische(n) Substanz des deutschen Menschen“.³⁴⁷ Die Zeitung solle nach dieser Auffassung ein Teil des alltäglichen Familienlebens werden und die wichtigsten Themen für die weibliche und männliche Leserschaft abdecken.

Der sich daraus ergebene journalistische Stil des „human interest“ beseitigte die klassischen Formen des Journalismus in der deutschen Pressetradition. Der neue Journalismus,

³⁴³ Das Abendblatt ist mehr als „nur“ eine Zeitung, in: AS-UA, Bestand HABL.

³⁴⁴ Ebd.

³⁴⁵ Döpfner: Lizenzantrag, S. 172 f.

³⁴⁶ Ebd., S. 173.

³⁴⁷ Ebd., S. 173.

der bereits unter Eduard Rhein und seiner Leitung als Chefredakteurs der „Hör Zu“ Einzug im Verlag erhalten hatte, wurde von Axel Springer noch einmal modifiziert. Das neue Konzept basierte auf der Idee, traditionelle journalistische Gattungen aufzulösen und bewusst auf eine Berichterstattung zu setzen, die durch Emotionalität und Adressatengerechtigkeit die Leserschaft anspricht.³⁴⁸ Die sogenannte „human-interest-story“ fand sich beispielsweise in der Rubrik „Menschlich gesehen“³⁴⁹ wieder. Die Kolumne war auf jedem Titelblatt des HABL zu finden und rückte eine Kurzbiografie von Personen in den Fokus, die in der Ausgabe eine herausragende Rolle spielten.³⁵⁰ Dieser „Porträtkasten“ ist auch noch in heutigen Ausgaben des „Abendblatts“ präsent.

Durch den Werbeslogan „Seid nett zueinander“ wurde der Journalismus des „human-interest“ um eine weitere Komponente erweitert: Der dezidiert gesetzte Schwerpunkt auf Versöhnung und Schonung der Leserschaft war die Grundlage für das publizistische Konzept des HABL und ebnete somit den Weg zu einer der auflagenstärksten Tageszeitungen in Hamburg in den 1950-er Jahren. Inhaltlich befassten sich die ersten Ausgaben mit der Kindernot oder Brotkürzungen, also Themen, die die Menschen unmittelbar betrafen.

In einem Rückblick über die Anfänge des HABL erläuterte Springer im Rahmen des zehnjährigen Jubiläums der Zeitung im Jahr 1958 vier Grundsätze, die das Konzept der Tageszeitung kennzeichneten: „1. Das Prinzip der Kürze, 2. Das Prinzip der doppelten Optik, d.h. einer Diktion, die den Anspruchsvollen und Geschulten zufriedenstellt, die aber auch vom einfachen Verstand noch begriffen wird, 3. Durchsetzung der ganzen Zeitung mit Bildern, 4. das Prinzip der Schwerpunktbildung.“³⁵¹ Damit meinte er, dass aufgrund von der Fülle an täglichen Informationen zunächst Kurzberichte den Sachverhalt

³⁴⁸ Müller: Springer-Konzern, S. 66; Sonntag: Medienkarrieren, S. 168.

³⁴⁹ Der Ressortleiter für Innenpolitik Wolfgang Köhler hatte die Idee für die Porträtskizze, die bis zur heutigen Ausgabe des HABL bestehen blieb. Köhler wechselte 1952 in Außendienst in die USA und versuchte in seiner außenpolitischen Berichterstattung stets einen Bezug zu Hamburg herzustellen. Er verstarb bereits mit 43 Jahren nach einer langen Krankheit in den USA. Einen Nachruf druckte das HABL am 22. März 1956 und huldigte ihrem Mitarbeiter als „Schriftsteller von hohen Graden“ und als „beste Feder“ der Redaktion. 70 Jahre Hamburger Abendblatt, S. 29.

³⁵⁰ Neben dem HABL lässt sich ebenfalls im „Spiegel“ diese Tendenz Ende der 1940-er Jahre erkennen. Auch die „Bild“ und die „Hamburger Morgenpost“ setzten auf das publizistische Prinzip der „human-interest-story“. Führer: Medienmetropole, S. 570.

³⁵¹ Rede zum zehnjährigen Jubiläum von Axel Springer am 14.10.1958, in: AS-UA, Bestand HABL.

darstellen sollten und umfassendere Zusammenfassungen zu einem späteren Zeitpunkt erfolgten.³⁵²

Im Aufbau der Zeitung spiegelte sich das Konzept wie folgt wider: Die erste Seite thematisierte politische Themen, die sowohl die Außen- als auch die Innenpolitik betrafen. Wie bereits erwähnt, zierte das Titelblatt zudem ein Porträt von einer Person, die zum Zeitpunkt der Ausgabe eine hervorgehobene Rolle spielte.³⁵³ Auf der ersten Seite erschien eine Serie mit dem Titel „Alte Heimat neu erlebt“. Die Kopfzeile trägt das Wappen Hamburgs und den Slogan von dem deutschen Schriftsteller Gorch Fock „Mit der Heimat im Herzen, die Welt umfassen“.³⁵⁴ Auf der zweiten Seite befand sich die sogenannte „Meinungsseite“, auf der Leserbriefe, ein Kommentar der Redaktion und Meldungen vom Deutschen Pressedienst zu finden waren. Außerdem wurden in der Rubrik „Bunte Welt“ Nachrichten aus dem Ausland gedruckt. Ab der dritten Seite begann der Lokalteil mit der „Hamburg-Seite“, der zwar 1948 lediglich eine Seite umfasste, aber sich bereits nach kurzer Zeit über die Seiten 4 und 5 erstreckte. Auf den folgenden Seiten gab es einen Anzeigenteil, eine Sport-, Unterhaltungs-, Wirtschafts- und „Bilderseite“, die Fotos von z.T. vorangegangenen Artikeln zeigt.

Der „Bilderseite“ kam hierbei eine besondere Bedeutung zu: Zunächst war es für damalige publizistische Verhältnisse ungewöhnlich, die letzte Seite mit Bildern zu bedrucken. Die meisten Tageszeitungen führten zum Schluss ihrer Ausgabe den Anzeigenteil auf. Springer setzte mit der „Bilderseite“ neue Akzente. Die Idee dahinter war, dass Personen, die beispielsweise in der Bahn das HABL lasen, das Interesse anderer Mitfahrer durch die Illustrationen auf der Rückseite des Blattes erweckten. Außerdem wurde hiermit der Grundstein für die spätere „Bild“-Zeitung gelegt, die am 24. Juni 1952 zum ersten Mal

³⁵² Der vierte Grundsatz ist vor allem in Hinblick auf die Untersuchung der Rezeption von NS-Gerichtsverfahren im HABL von Bedeutung, da ein größerer Untersuchungszeitraum in Betracht gezogen werden muss, um Artikel und Kommentare zu den Gerichtsprozessen zu berücksichtigen.

³⁵³ In der ersten Ausgabe des HABL am 14. Oktober 1948 wurde der US-Amerikaner Paul Hofman vorgestellt, der vom US-Präsidenten eingesetzt wurde, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands zu organisieren. Art. „Manager der Europahilfe“, in: HABL Nr. 1, 14.10.1948.

³⁵⁴ In einem Brief im August 1948 wendet sich Axel Springer an Erich Lüth, um zu erfragen, ob es „behördliche Bedenken“ hinsichtlich des Siegels gibt. Da es keine Einwände gab, prägte das in der Kopfzeile gedruckte Wappen das HABL seit seiner ersten Ausgabe. Brief Springer an Lüth am 24.8.1948, in: StAHH, Bestand Hamburger Abendblatt, II A II a13.

erschien.³⁵⁵ Aber nicht nur die „Bilderseite“ stellte pressestrukturelle Erneuerungen dar. Es wurden zudem die Familienanzeigen von der letzten Seite auf die Innenseiten verlegt und der Wetterbericht auf die Titelseite gedruckt. Untypische Merkmale kennzeichneten das Layout des HABL, die zur Attraktivität der Zeitung steigern sollten.

Der Lokalteil und die Unterhaltungsseite wurde in den Jahren nach der Ersterscheinung ausgeweitet, sodass mehr Raum für Romane, Horoskope, Rätsel und Preisausschreiben war. Die Attraktivität des Blattes für die Leserschaft wurde darüber hinaus gesteigert, als das HABL die ersten Farbfotos ablichtete. In der Ausgabe vom 27. April 1961 wurde auf der Titelseite eine Farbfotografie vom Europapokalspiel zwischen dem Hamburger SV und dem FC Barcelona gezeigt.³⁵⁶ Das HABL hatte es damit geschafft als erste europäische Tageszeitung ein Farbfoto in so kurzer Zeit für den Zeitungsdruck zu reproduzieren.

Ab 1952 kam eine weitere auf die Leserschaft bezogene Rubrik dazu: In „Von Mensch zu Mensch“ wurde in jeder Wochenendausgabe des HABL den Leserinnen und Lesern ein Ratschlag für alltägliche Themen oder Problemen erteilt. Jeder Interessierte konnte sich bei der Zeitung melden und sein Problem schildern. Dieses Angebot wurde vor allem von den weiblichen Leserinnen in Anspruch genommen.³⁵⁷

In der Ausgabe vom 13. Dezember 1952 wird in einem Artikel von Hans Erasmus Fischer deutlich, dass das HABL nicht nur eine seelsorgerische Funktion für seine Rezipienten einnahm, sondern auch um Hilfe bei materiellen Dingen ersucht wurde: „Als wir die Rubrik ‚Von Mensch zu Mensch‘ begannen, erklärten wir eindeutig, daß sie sich mit seelischen Problemen und Konflikten befassen könne. Wir betonten, daß wir nicht in der Lage seien, Darlehen zu gewähren [...] und Stellen zu beschaffen. Wir sind glücklich darüber gewesen, daß es uns in einer Reihe von Fällen dennoch gelang.“³⁵⁸ Der Auszug aus dem Artikel bietet zwei interessante Erkenntnisse: Die neu geschaffene Rubrik wurde nicht nur sehr gut von der Leserschaft angenommen und durch anfänglich eingerichtete Sprechstunden und Telefonate leicht zugänglich gemacht, sondern zeigt zudem, dass die

³⁵⁵ Nöh: Abendblatt, S. 20.

³⁵⁶ Art. „Nach 2:1 gegen Barcelona: HSV hat Termisorgen“, in HABL, 27.4.1961.

³⁵⁷ Nähere Informationen und Artikel über die Anfragen von weiblichen Ratsuchenden sind im Kapitel über die Leiterin des Ressorts, Dr. Hildegard Damrow, in Kap. 6.3.2 nachzulesen.

³⁵⁸ Fischer, Hans Erasmus: Von Mensch zu Mensch. Das Sonnabend-Gespräch mit Hans Erasmus Fischer, in: Hamburger Abendblatt Zeitungsarchiv, Dezember 1952, URL: <https://hamburger.abendblatt.de/archiv/nachrichten-vom-13-12-1952.html> (eingesehen am 31.1.2022).

Fokussierung auf den Menschen und seine Bedürfnisse keine reine Floskel zur Steigerung der Abonnements darstellte. Die Mitarbeiter des HABL kümmerten sich u.a. um alltägliche Probleme der Leser und Leserinnen. Auch wenn Hans Erasmus Fischer in dem Artikel klarstellte, dass diese Rubrik nicht ursprünglich dafür vorgesehen war und die Redaktion sich künftig wieder um die seelischen Probleme der Betroffenen kümmere, wird deutlich, dass man nicht über Probleme der Leserschaft hinweg sah. Nach seinem Tod übernahm 1956 Hildegard Damrow die Leitung der Kolumne.

In einem Interview 1967 legte Springer die publizistischen Maxime für alle seine Zeitungen wie folgt fest: „Und diese Maximen – ich darf sie noch einmal wiederholen – heißen: 1. Das Ziel der deutschen Wiedervereinigung; 2. Die Aussöhnung von Juden und Deutschen; 3. Die Absage an alles Totalitäre, ob es nun „braun“ oder „rot“ ist, und 4. die heftige Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft, von der ich glaube, daß sie in der Vergangenheit und auch in Zukunft Deutschland außerordentlich gutgetan hat und weiterhin guttun wird.“³⁵⁹ Die daraus resultierende politische Leitlinie des Verlages ist eindeutig. Antisemitische Tendenzen, apologetische Begrifflichkeiten oder gar eine Verherrlichung des NS-Regimes wurden kategorisch abgelehnt und gehörten nicht zur Verlagsphilosophie. Es wurde dezidiert der Schulterschluss mit Israel gesucht und sich für die Aussöhnung mit der jüdischen Bevölkerung eingesetzt. Beim dreißigjährigen Jubiläum 1978 erläutert Springer seinen pro-israelischen Einstellung, indem er betont, dass er Versöhnung zwischen den Deutschen und den Juden als „Voraussetzung der moralischen Wiedergeburt Deutschlands“³⁶⁰ sehe.

Inwiefern dennoch Anomalien in dieser Hinsicht in der Berichterstattung zu beobachten sind, wird im Verlauf der Arbeit untersucht werden. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang vor allem die Frage, welche Rolle die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands im HABL spielte und wie tatsächlich mit diesem „dunklen Kapitel“ der deutschen Geschichte umgegangen wurde. Darüber hinaus wird untersucht, ob zwischen der Einstellung der Redakteure und Redakteurinnen und

³⁵⁹ Springer gab das Interview im Rahmen eines Filmes zur „Bild“ und ging dabei vor allem auf die Rolle der Boulevardzeitung im Spannungsverhältnis zum Fernsehen ein. Döpfner, Mathias (Hrsg.): Die gedruckte Antwort auf das Fernsehen, in: Axel Springer. Neue Einblicke auf den Verleger, Berlin 2005, S. 177 f.

³⁶⁰ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

Springers politischen Maximen ein Widerspruch erkennbar wird. Zur Überprüfung der redaktionellen Arbeit nahm Springer in den Anfängen des HABL selbst an Redaktions-sitzungen teil und kontaktierte durch regelmäßige Briefe oder Telefonate die Chefredak-tion. Vor allem in den ersten Jahren soll Springer sich sehr auf die Entwicklung und den Erfolg des HABL konzentriert haben und diese Phase seines Lebens nachträglich in ei-nem Brief an den ehemaligen Chefredakteur Martin Saller als „die Zeit meiner eigentli-chen Liebe zum Beruf“ beschrieben haben.³⁶¹ Einer seiner engsten Wegbegleiter, Peter Tamm, beschrieb die Beziehung zwischen Springer und dem HABL wie folgt: „Das Abendblatt war sein Kind – von der ersten bis zur letzten Zeile.“³⁶² Dabei sei Springer nicht nur Verleger gewesen, sondern auch „Erster Redakteur“ und „erster Ideengeber des Hauses“.³⁶³

Sein Verständnis von politischer Einflussnahme der Zeitung auf gegenwärtige politische Diskussionen oder Entscheidungsprozesse war klar konturiert: „Zeitungen können Trends verstärken, Emotionen wecken oder dämpfen; sie können Politik erklären, inter-pretieren, artikulieren, kritisieren [...] – aber Politik machen, das können sie nicht, dürfen sie nicht. Das ist Sache der Politiker.“³⁶⁴ Damit räumt Springer der Zeitung eine bedeu-tende Rolle bei der Kontrolle der Politik ein, stellt aber auch gleichzeitig klar, dass es nicht die Aufgabe der Zeitung sei, Politik aktiv zu betreiben. Nach der Auffassung des Autors stellt diese Philosophie Axel Springers für seine Zeitungen in der Sache eine nach-vollziehbare Richtlinie dar. Nichtsdestotrotz dürfte es in der Praxis schwierig gewesen sein, eine Trennschärfe zwischen der Wahrnehmung der Medien als „fünfte Gewalt“ im Staat und der direkten oder indirekten Einflussnahme auf die politischen Gegebenheiten zu erkennen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass es Personen oder Parteien gab, denen der Springer Verlag näher als anderen stand und deren politische Karrieren unter-stützte.

Springer unterscheidet bei seinem Verständnis der Wirkung der Medien auf die Politik entschieden zwischen Zeitungen und dem Fernsehen. Dieses säße „am stärkeren und

³⁶¹ Jürgs: Axel Springer, S. 170.

³⁶² Zitiert nach Jürgs: Axel Springer, S. 162.

³⁶³ Interview vom 12.10.2013 zwischen dem HABL und Peter Tamm anlässlich des 65. Jubiläums der Zeitung, in: AS-UA, Peter Tamm, Personalunterlagen.

³⁶⁴ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

deshalb gefährlicheren Hebel“ und hatten „direkten Zugang zum Emotionalbereich des Menschen.“³⁶⁵ Auch in diesem Punkt gilt es zu berücksichtigen, dass auch Zeitungen und vor allem das HABL oder auch die „Bild“ verstärkt auf die Emotionen der Menschen ausgerichtet seien und daher ebenfalls Einfluss auf den „Emotionalbereich“ der Leserschaft ausüben würden. Daher kann an dieser Stelle der Auffassung Springers bei der Differenzierung zwischen Fernsehen und Zeitungen hinsichtlich der politischen Einflussnahme nicht zugestimmt werden.

Gleichwohl zeigt die Erfolgsgeschichte des HABL, dass Springer mit seinem Konzept großen Zuspruch in der Bevölkerung fand und die politische Verdrossenheit der Hamburger und Hamburgerinnen in der Nachkriegszeit richtig einschätzte. Der politisch-unabhängige Charakter der Zeitung sprach Rezipienten aus unterschiedlichen politischen Lagern an und hatte dadurch ebenfalls einen großen Vorteil des Parteirichtungszeitungen gegenüber.

Der Erfolg der ersten Jahre lag zudem nicht nur in der Konzeption und Werbestrategie des HABL begründet, sondern auch in der Wiederaufnahme von bekannten Pressetraditionen. Dabei orientierte sich Axel Springer vor allem an dem HF, das – wie schon im vorigen Kapitel erwähnt – auflagenstärkste Tageszeitung in Hamburg im „Dritten Reich“ war. Die äußere Konzeption und der Titel ließen eindeutige Parallelen erkennen, ohne es plagiiert zu haben.³⁶⁶ Aber nicht nur aus der gestalterischen Perspektive konnten Analogien zu vorher bestehenden Pressetraditionen erkannt werden, sondern auch durch die Bedeutung und Betonung des Lokalteils der Zeitung. Mithilfe dieses Charakteristikums der Zeitung sollte schließlich das langfristige Interesse der Leserschaft garantiert werden.

Mit der Synthese aus neuen journalistischen Akzenten, der dezidierten Betonung der Menschlichkeit und der Bezug zu der den Leserinnen und Lesern bekannten Pressetraditionen schufen Springer und seine Berater eine Tageszeitung, die sich in einem Artikel des HABL am 13. September 1952 als „Deutschlands größte Tageszeitung“³⁶⁷ bezeichnete.

³⁶⁵ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

³⁶⁶ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 85 f.

³⁶⁷ Deutschlands größte Zeitung senkt ihren Bezugspreis, in: HABL Nr. 213, 13.9.1952.

Trotz der Absatzerfolge der ersten Jahre und der hohen Auflage in den 1950-er Jahre³⁶⁸ kann nicht behauptet werden, dass das HABL über die Grenzen Hamburgs einen anerkannten publizistischen Ruf hatte.³⁶⁹ Dadurch, dass der Schwerpunkt auf den Lokal- und Unterhaltungsseiten lag und darüber hinaus politische Diskussionen sehr vorsichtig und neutral behandelt wurden, wurde das HABL sowohl auf bundesdeutscher als auch auf internationaler Ebene selten rezitiert. Außerdem bezog sich der Vertrieb der Zeitung lediglich auf Hamburg und angrenzende Kreise in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

4.3. Konkurrenzsituation auf dem Hamburger Pressemarkt

Dieses Unterkapitel wird aus mehreren Gründen ausführlicher. Um die Entwicklung des HABL aus personeller Sicht besser verstehen und um die Rolle einzelner Persönlichkeiten aus der Redaktionsmannschaft des HABL nachvollziehen zu können, ist ein umfangreicherer Blick auf die Verlagsgeschichte und die einzelne Personalentscheidungen Springers wichtig. Durch Briefwechsel, beispielsweise mit Rudolf Michael, wird ersichtlich, wie Springer seine Funktion als Verleger sah und welchen Einfluss er auf die Redaktionen nahm. Zudem wird deutlich, welche Bedeutung das HABL für den Springer Verlag und den Verleger persönlich hatte. Die politische Konzeption des HABL wird vor allem in Abgrenzung zu anderen Zeitungen, wie der „Welt“, die ab 1953 zum Springer Verlag gehörte, und der „Bild“ deutlich. Fernerhin ist vor allem der Konflikt mit dem Broschek Verlag Anfang der 1950-er Jahre ein interessantes Kapitel in der Geschichte des HABL, da viele Redakteure vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges langjährige Mitarbeiter des HF waren. Letztlich wird veranschaulicht, welche personalpolitische Philosophie Springer vertrat. Einige HABL-Redakteure der „ersten Stunde“ besetzten in den 1950-er Jahren Schlüsselpositionen bei neuen Zeitungen innerhalb des Verlages.

4.3.1. Der Konflikt mit dem Broschek Verlag

Als die erste Ausgabe des HABL am 14. Oktober 1948 erschien, wurde eine Anzeige vom Broschek Verlag beim HE, der HAZ, der HFP und der HVZ aufgegeben, die verdeutlichte, dass es nicht nur Befürworter einer neuen Tageszeitung auf dem Hamburger

³⁶⁸ Siehe Tabelle 2.

³⁶⁹ Führer: Medienmetropole, S. 509.

Pressemarkt gab: Die Leserschaft solle nicht dem Trugschluss erliegen, dass „Zeitungen, die etwa im Klang des Namens oder gar im Schriftzug des Titels unserem ‚Hamburger Fremdenblatt‘ ähneln, als dessen Nachfolger oder seinen Ersatz anzusehen.“³⁷⁰ Das Springer-Blatt hatte dabei nicht nur auf ähnliche organisatorische Strukturen zurückgegriffen, sondern auch einige ehemalige Redakteure des HF übernommen, wie z.B. Springers Verlagsleiter Karl Andreas Voss und der zweite Chefredakteur des HABL Otto Siemer.³⁷¹ Die Anzeige in allen Parteirichtungszeitungen Hamburgs sollte dabei lediglich einen Vorgeschmack auf den aufkommenden Konflikt zwischen der Broschek-Familie und Springer geben, den man in zwei Phasen einteilen kann. Die erste Konfliktphase begann bereits vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe des HABL, weshalb sich ein Blick auf die Verlagsgeschichte und Entwicklung zum Ende des Nationalsozialismus lohnt.

Wie schon im vorherigen Kapitel erwähnt, konnte der Broschek Verlag auf eine lange Tradition zurückblicken. Das HF wurde während des Nationalsozialismus im Jahr 1944 in die „Hamburger Zeitung“ eingegliedert, welche am 3. Mai 1945 zum letzten Mal erschien. Der Broschek Verlag wurde von der britischen Militärregierung am 17. Juli 1945 beschlagnahmt.³⁷² Die Druckkapazitäten des Verlages wurden genutzt, um Zeitungen wie „Die Welt“ und später auch das HABL zu drucken. Bereits im August 1945 wurde einem Antrag auf Zulassung der Zeitung seitens der Briten nicht stattgegeben. Der von den Briten eingesetzte Treuhänder Kurt Broschek verstarb am 3. Juli 1946.³⁷³ Sein Nachfolger wurde der Rechtsanwalt Dr. Kurt Merkel, der fortan die Geschäfte des Verlages treuhänderisch übernahm. Hier spielte vor allem die Beziehung zu Axel Springer eine wichtige Rolle. Springer ließ mit der „Hör Zu“ und der „Nordwestdeutschen Hefte“ bereits Zeitungen seines Verlages bei Broschek drucken und versuchte nun ebenfalls einen weiteren Pachtvertrag für das HABL abzuschließen. Dies wurde jedoch aus der Überlegung heraus, das HF in den Folgejahren auch wieder herauszugeben, versucht, zu unterbinden. Springer nutzte seinen Kontakt zu den Briten, um die Abwehrversuche der Broscheks zu

³⁷⁰ Zitiert nach Gossel: Hamburger Presse, S. 138.

³⁷¹ Weitere ehemalige Redakteure, die auch z.T. in leitender Funktion im HF tätig waren und vom HABL übernommen wurden, sind Wilhelm Backhaus, ehemaliger Leiter des Feuilletons, Bruno Gaukel, Ernst Geigenmüller, Rudolf Michael und Hans Hiss. Eine detailliertere Auswertung der Personalpolitik Springers erfolgt im folgenden Kapitel.

³⁷² Gossel: Hamburger Presse, S. 135.

³⁷³ Sonntag: Medienkarrieren, S. 177.

verhindern.³⁷⁴ Der Jungverleger versierte einen Lohndruckvertrag mit den Briten an, um die Herstellung des HABL durchzusetzen. Dem Broschek Verlag war daran gelegen, eine Verlängerung des Pachtvertrages für die „Welt“ zu verhindern.³⁷⁵

Neben den Anzeigen am 14. Oktober 1948 wurden seitens des Broschek Verlages mehrere juristische Maßnahmen eingeleitet, um das Erscheinen des HABL zu blockieren.³⁷⁶ Es wurde eine einstweilige Verfügung beim Hamburger Landgericht beantragt, die die Verwendung der Frakturschrift des Titels „Hamburger Abendblatt“ verhindern sollte.³⁷⁷ Gewisse Parallelen zwischen beiden Zeitungen waren nicht von der Hand zu weisen. Neben der Frakturschrift und dem Titel glich auch die Idee einer „Abendzeitung“ der HF-Tradition.

Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, in Bezugnahme auf das Ruhen der Verlagsrechte des HF, das Drucken des HABL durch die Druckmaschinen des Broschek Verlages zu verbieten. Des Weiteren war es das Ansinnen der Broscheks, die Hamburger Handelskammer mit in den Konflikt hineinzuziehen.³⁷⁸ Generell versuchten die Institutionen wie die Handelskammer oder des Zonenpresserates sich aus dem Streit beider Verlage herauszuhalten und ihre Neutralität zu wahren.

Allen Anstrengungen zum Trotz wurde keinem der Verbotsversuche der Broschek-Familie stattgegeben. Der Vorsitzende des Hamburger Presseausschusses, Fritz Sänger, kommt in einem Gutachten zu dem Schluss, dass keine dezidiert fokussierte Analogie zwischen dem HABL und dem HF zu erkennen sei.³⁷⁹ Zudem wurde eine Unterkommision „Hamburger Fremdenblatt“ gegründet, die die Vorwürfe des HF untersuchte und den Konflikt von 1948 bis in die Anfangsjahre der 1950-er Jahre begleitete. Außerdem stellte sich Erich Lüth, der Direktor der Staatlichen Pressestelle Hamburgs, hinter Springers Personalpolitik. In einem Brief vom 20. Oktober 1948 an Bürgermeister Brauer schrieb er,

³⁷⁴ Gossel: Hamburger Presse, S. 136.

³⁷⁵ Die Briten haben Ende 1945 für ihre Zonenzeitung einen Pachtvertrag mit den Broscheks abgeschlossen. Gleichzeitig entstanden noch weitere Möglichkeiten andere Zeitungen zu drucken. Diese Kapazitäten wurden für „Die Zeit“ und die Zeitungen von Axel Springer genutzt. Sonntag: Medienkarrieren, S. 178.

³⁷⁶ Führer: Medienmetropole, S. 492.

³⁷⁷ Ebd., S. 492.

³⁷⁸ Gossel: Hamburger Presse, S. 138.

³⁷⁹ StAHH 135-4, Nr. 29 a.

dass alle Redakteure überprüft worden seien und ohne Bedenken eingesetzt werden könnten.³⁸⁰ Den Abschluss der ersten Konfliktphase zwischen Broschek und Springer stellte ein Vermittlungsversuch des Zonenpresserates am 5. November 1948 dar. Ins Hamburger Rathaus wurden Vertreter beider Verlage zu einem Schlichtungsversuch geladen. Dieser blieb jedoch erfolglos.³⁸¹ Die britischen Militärregierung verlängerte daraufhin den Pachtvertrag für die „Welt“ mit dem Broschek Verlag bis 1950 und legte mit Springer einen Lohndruckvertrag für das HABL fest.³⁸²

Die Fortsetzung des Konfliktes erfolgte wenige Jahre später, als die Broschek-Familie 1954 eine Neugründung des HF unternahm. Im September 1954 initiierte Antje Broschek eine Rückkehr des Traditionsblattes auf dem Hamburger Pressemarkt. Die Neuauflage des HF scheiterte jedoch aufgrund einer zu geringen Nachfrage bei der Leserschaft und musste bereits nach zwei Monaten wieder eingestellt werden. Dabei versuchte Antje Broschek alles, um die Auflagen zu steigern. Es wurden beispielsweise Scheinanzeigen geschaltet, um eine hohe Beliebtheit des Blattes zu erwecken und um neue Anzeigenkunden zu generieren.³⁸³ Daraufhin leitete Axel Springer rechtliche Schritte ein und erwirkte eine einstweilige Verfügung die Schaltung von Scheinanzeigen zu unterlassen.³⁸⁴

Ferner hatte sich die Broschek-Erbin auf zwei Kreditgeber eingelassen. Hinter einem der Finanziers steckte Springer. Als dem Verlag der Bankrott drohte, gab er ein Angebot ab und erwarb schließlich den Titel und weitere Modalitäten der Zeitung. Um die Neugründung und ein neues Konkurrenzblatt zu verhindern, hätte Springer Millionen bezahlt. Nun konnte er für einen Spottpreis den Namen „Fremdenblatt“ pachten und im Untertitel seiner Zeitung verwenden.³⁸⁵ Das abschließende Resümee der Unterkommission „Hamburger Fremdenblatt“ attestierte der Tageszeitung zahlreiche Unzulänglichkeiten bei ihrer Neuauflage: „Ein unwahrscheinlich leichtfertiger Optimismus, mangelnde Kapitalkraft,

³⁸⁰ Erich Lüth an Max Brauer am 20. Oktober 1948, in: StAHH, Staatliche Pressestelle V, II A II a1.

³⁸¹ Daniel Gossel kritisiert hierbei vor allem die einsichtslose Haltung von Dr. Kurt Merkel. Gossel: Hamburger Presse, S. 140.

³⁸² Ebd., S. 140.

³⁸³ Die HABL-Redakteure Dr. Hans Hiss und Georg Zimmermann fassten in einem Dokument vom 23.11.1963 Informationen über die Anfänge des HABL zusammen. Hierin wurden u.a. Informationen über den Streit mit dem Broschek-Verlag wiedergegeben, in: AS-UA, Bestand HABL.

³⁸⁴ Schwarz: Springer, S. 202.

³⁸⁵ Gossel: Hamburger Presse, S. 67.

eine auf verlegerische Unzulänglichkeiten beruhende völlig verfehlte Einschätzung des Hamburger Zeitungsmarktes sowie Geschäftsmethoden [...] haben nach Auffassung der Kommission den katastrophalen Zusammenbruch des neuen Unternehmens bewirkt.“³⁸⁶

Somit endete der jahrelange Konflikt beider Tageszeitungen, wobei Daniel Gossel anmerkt, dass das letzte Aufbäumen des Broschek-Verlages zu spät kam und amateurhaft durchgeführt wurde.³⁸⁷ Springer hatte – neben dem Layout und kompetenten Redakteuren – auch das Vertriebssystem kopiert und perfektioniert. Letztlich konnte Springer alle Angriffe, die Herausgabe seiner Zeitung zu verhindern, durch gute Kontakte zu den offiziellen Stellen, abwehren.

4.3.2. „Bild“ und „Bild am Sonntag“

Der Streit um das Broschek-Erbe hinderte Axel Springer zu Beginn der 1950-er Jahre keineswegs daran, neue Pläne zu schmieden. Hans-Peter Schwarz konstatiert, dass sich der Verleger in dieser Zeit in einem „Schaffensrausch“³⁸⁸ befand, der ihm die Kreativität und Energie für weitere Projekte verlieh. Darüber hinaus prosperierte der Verlag durch Gewinne seiner ersten Zeitungen der „Hör zu!“, der „Constanze“ und der „Kristall“. Springer verfügte zudem durch das HABL über eine kompetente Redaktion, die ihn bei weiteren Projekten unterstützen konnte. So konzipierte er 1952 die „Bild“ und setzte den vorherigen HABL-Redakteur Rudolf Michael als ersten Chefredakteur der „Bild“ ein. Das publizistische Konzept der „Bild“ zeichnete sich zu Beginn seiner Herausgabe weniger durch parteipolitische Berichterstattung oder die Anregung zu realpolitischen Diskussionen aus, sondern orientierte sich vielmehr an Themen, die die Massen beschäftigte. Hierbei zog Springer zwei wichtige Erkenntnisse aus den ersten Jahren des HABL.

Im Film „Ein Bild von BILD“ geht Springer auf die Motive für die Entstehung der „Bild“ ein: „Bild ist, wie der Titel ja sagt, ein Kind des optischen Zeitalters, aber dieses optische Zeitalter erfuhr eine Intensivierung in diesem Zeitraum, denn Ende 1951 startete das Deutsche Fernsehen, und es war meine Überzeugung und auch mein Wille, daß Bild darauf Rücksicht nehmen müsse. Denn: Vom Mischungsverhältnis des Inhalts her und von

³⁸⁶ Gutachten zum Springer/ Broschek-Konflikt, in: StAHH, Hamburger Abendblatt, II A II a13.

³⁸⁷ Gossel: Hamburger Presse, S. 67.

³⁸⁸ Schwarz: Springer, S. 167.

der leichten Faßlichkeit des Inhalts ist Bild ja der traditionellen Zeitung viel fremder als dem Fernsehen. Ich glaube wirklich, daß Bild die gedruckte Antwort auf das Fernsehen, auf die gesendete Zeitung ist.“³⁸⁹ Der Ausschnitt des Interviews verdeutlicht, dass der Verleger bei seiner Konzeption einer neuen Zeitung ein Massenprodukt im Sinn hatte, dass ein mediales Gegengewicht zum Fernsehen darstellen sollte.

Einerseits wusste er um die gesteigerte Attraktivität des Blattes durch die „human-interest-stories“ und den damit auf den Rezipienten ausgelegten Interessenschwerpunkt. Andererseits ergab eine Leseranalyse, dass beinahe 90 Prozent der Leserschaft kein Interesse an den Inhalten, sondern vielmehr an bebilderten Berichten hatte. Die letzte Seite des HABL, die – Springers Idee zufolge – beim Lesen in den öffentlichen Verkehrsmitteln die Aufmerksamkeit Mitfahrender erregen sollte, war der Prototyp der ab Juni 1952 erscheinenden „Bild“-Zeitung. Auch eine personelle Kontinuität war bei der Planung der „Bild“ zu erkennen. Die HABL-Redakteure Otto Siemer, Rudolf Michael und Rolf von Bargen nahmen an den Konzeptbesprechungen teil.³⁹⁰ Außerdem gehörten zu Springers Beraterstab ebenfalls die Anzeigen- und Vertriebsleiter des HABL.

Springers Vertrauen gegenüber der HABL-Redaktion und dem HABL-Konzept zeigen die Bedeutung der Zeitung für den Verlag und für den Verleger auf. Die publizistischen Grundpfeiler und Ausrichtung auf die Bedürfnisse der Menschen waren die Erfolgsgaranten, die nun auch einer neuen auf die Massen zugeschnittenen Zeitung auf die Beine helfen sollten. Die erfahrenen Kräfte aus dem Redaktionsstamm des HABL wurden in die wichtigsten Posten der Zeitung gesetzt, um mit ihrem Wissen die Zeitung in die Erfolgsspur zu führen. In mehreren Briefwechseln mit Rudolf Michael sind Verbesserungsvorschläge des Verlegers zu erkennen. Häufig geht es um eine Korrektur der politischen Leitideen der Boulevardzeitung. Daraufhin stellt Michael den Unterschied zwischen der „Bild“ und dem HABL klar: „Ich weiß, beim Hamburger Abendblatt ist die Vorsicht ein hochbewertetes Element, bei Bild ist, fast möchte ich sagen, die Unvorsichtigkeit die Richtlinie.“³⁹¹ Einmal mehr wird anhand dieses Zitates deutlich, dass eine sachliche und

³⁸⁹ Döpfner: Antwort, S. 177.

³⁹⁰ Schwarz: Springer, S. 170.

³⁹¹ Ebd., S. 176; Rudolf Michael an Springer am 14.6.1957, in: AS-UA, Bestand Rudolf Michael.

wertneutrale Berichterstattung eines der journalistischen Leitlinien der HABL-Redaktion war.

Nach anfänglichen Startschwierigkeiten der „Bild“, die sich hauptsächlich aus einer vor-schnellen Herausgabe der Zeitung und einer zu starken Bebilderung auf der ersten und letzten Seite ergeben hatte, stimmte Springer im Januar 1953 auf Drängen seiner Redaktion hin einer Umstellung auf mehr Textinhalte zu.³⁹² Daraufhin sind die Auflagenzahlen kontinuierlich gestiegen. Nach Hans-Peter Schwarz gibt es zwei weitere Gründe für den Erfolg der Zeitung: die neueste Drucktechnik und logistischen und vertrieblichen Voraussetzungen, die der Springer Verlag mit sich brachte.³⁹³ Ähnlich wie beim HABL beobachtete Springer genau, was in seinem neuen Blatt gedruckt werden sollte und scheute nicht vor Anmerkungen oder Korrekturen. Nach dem Kauf der „Welt“ konnten dessen Druckereien in Essen genutzt werden, um die Boulevardzeitung im Ruhrgebiet zu drucken und zu verbreiten.³⁹⁴

Ein paar Jahre später übernahm die „Bild“-Redaktion die Ausgabe von „Bild am Sonntag“, die am 29. April 1956 zum ersten Mal erschien.³⁹⁵ Als Vorläufer der Zeitung kann die Sonntagsausgabe des HABL gesehen werden, die acht Monate lang erschien. Aufgrund von schwachen Auflagenzahlen wurde die Verbreitung der Ausgabe auf die gesamte Bundesrepublik ausgeweitet.³⁹⁶

4.3.3. Kauf der „Welt“ und der Niedergang der „Parteirichtungszeitungen“

Obleich ein Blick auf die Absatzerfolge des HABL deutliche Unterschiede zu den Auflagenzahlen der „Welt“ in den 1950-er Jahren aufweist,³⁹⁷ und die Auflage sukzessive sank, hatte Springer bereits zu Beginn der Dekade Interesse an der britischen Zonenzeitung bekundet.

³⁹² Arnim, Tim von: Und dann werde ich das größte Zeitungshaus Europas bauen. Der Unternehmer Axel Springer, Frankfurt am Main 2012, S. 94.

³⁹³ Schwarz: Springer, S. 173 f.

³⁹⁴ Müller: Springer-Konzern, S. 216.

³⁹⁵ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 93.

³⁹⁶ Ebd., S. 93.

³⁹⁷ Siehe Tabelle 2, S. 72.

Die „Welt“ stellte aus mehreren Gründen ein wichtiges Presseprodukt dar: Neben dem HABL und der „Bild“ wollte Springer einen weiteren Zeitungstypus im Verlag haben, der vor allem seinen Teil zum Prestigegewinn seines Verlages beitrug. Außerdem sollte ein weiterer Konkurrent auf dem Pressemarkt verhindert werden.³⁹⁸ Hinzu kam, dass Springer mit dem neuen Verlagsgebäude in Hamburg, in der Kaiser-Wilhelm-Straße, ab Herbst 1954 neue Druckkapazitäten für eine weitere Zeitung hatte und durch den Kauf der „Welt“, die in ganz Norddeutschland einen guten Ruf besaß, auch dessen Druckerei in Essen besitzen würde.³⁹⁹ Neben dem Erwerbsgründen spielte Springer der Umstand in die Karten, dass die „Welt“ ab Anfang der 1950-er Jahre rote Zahlen schrieb. Zudem sei einer seiner „verlegerischen Träume in Erfüllung“ gegangen, da es ebenfalls eine Berliner Ausgabe der „Welt“ gab und Springer als „als wichtigste Investition in die deutsche Zukunft ansehe [...] Berlin zu stützen“ und er nun schließlich auch seinen Beitrag leisten könne.⁴⁰⁰

In Großbritannien erfolgte 1951 ein Regierungswechsel, vom Kabinett um Premierminister Clement Attlee zu Winston Churchills zweiter Amtszeit als britischer Premierminister, der dem Verkauf der Zeitung positiv gegenüberstand.⁴⁰¹ Die finale Entscheidung der Briten die „Welt“ zu verkaufen, erfolgte im April 1952.⁴⁰² Eine wesentliche Voraussetzung war, dass der Verleger eine politisch-unbedenkliche Vergangenheit hatte, zahlungskräftig war und die technischen Voraussetzungen hatte, um die Zeitung zu drucken.

Für den Kauf der „Welt“ gab es gleich mehrere Interessenten. Neben dem Ullstein-Verlag, dem über einem langen Zeitraum die besten Chancen eingeräumt wurden, reihten sich auch der Broschek-Verlag, die Gewerkschaften, der Dumont Schauberg Verlag und die Verleger der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ aus Essen in die Schlange der

³⁹⁸ Schwarz: Springer, S. 189.

³⁹⁹ Springer ließ schon vor dem Erwerb der „Welt“ im Jahr 1953 Ausgaben der HABL und der „Hör Zu“ in Essen drucken. Als die Aufträge Anfang der 1950-er Jahre wegfielen, beschleunigte dies den finanziellen Abwärtstrend der „Welt“. Müller: Springer-Konzern, S. 128.

⁴⁰⁰ Döpfner, Mathias (Hg.): Viel Lärm um ein Zeitungshaus, in: Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger, Berlin 2005, S. 191.

⁴⁰¹ Schwarz: Springer, S. 187.

⁴⁰² Bei dem Verkauf der Zeitung spielte für die Briten zweifelsohne die politische Gesinnung des Verlages eine wichtige Rolle. Hans-Peter Schwarz verweist auf den zeitlichen Bezugsrahmen des Verkaufs der Zeitung. Durch die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages 1952 seien die Briten nicht daran interessiert gewesen, ein renommiertes und einflussreiches Blatt wie der „Welt“ an jemanden zu verkaufen, der nicht gegen Adenauers pro-westlichen Regierungsstil war. Schließlich waren 1953 die nächsten Bundestagswahlen. Schwarz: Springer, S. 187.

potenziellen Käufer ein.⁴⁰³ Die Verhandlungen über den Kauf der „Welt“ wurde von der Norddeutschen Bank durchgeführt, da sie die Kreditgeberbank der Zeitung war. In einem nächsten Schritt musste der Beirat der Zeitung dem Kaufangebot zustimmen und schließlich oblag den Briten die finale Entscheidungshoheit.

Der in Berlin ansässige Ullstein-Verlag konnte in den ersten Nachkriegsjahren nur langsam seine Geschäfte wiederaufbauen. Nun sollten die ersten Schritte auf dem norddeutschen Pressemarkt dem traditionsreichen Verlagshaus zu alter Stärke verhelfen. Die Verhandlungen zwischen Ullstein und der Norddeutschen Bank gestalteten sich jedoch als langwierig, da der zuständige Finanzprüfer des Verlages seine Bedenken gegenüber einem Kauf äußerte.⁴⁰⁴ Seine Überprüfung ergab, dass jährliche Zuwendungen in Millionenhöhe notwendig seien, um die „Welt“ herausgeben zu können.⁴⁰⁵

Im Frühjahr 1953 bemühten sich schließlich Axel Springer und sein Verlagsleiter Karl Andreas Voss um den Erwerb der „Welt“. Die Kaufsumme von 1,3 Millionen DM konnte Springer im Vergleich zu seinen Mitbewerbern schnell aufbringen. Dennoch gab es seitens der Briten Zweifel, ob er der richtige Verleger für die „Welt“ sei. Steel Mc Ritchie, der Beiratsvorsitzende, befürchtete, dass Springer mit dem Erwerb der Zeitung seine Hegemonialstellung auf dem deutschen Pressemarkt ausbauen und zum einflussreichsten Verleger Deutschlands werden würde.⁴⁰⁶ Diese Bedenken wurden in London zur Kenntnis genommen. Trotzdem überwog der Eindruck, dass Springer der geeignetste Käufer für die „Welt“ war.⁴⁰⁷

Seine politische Unbescholtenheit, seine Kontakte zu Max Brauer und Konrad Adenauer sowie seine Kaufkraft waren für die Briten überzeugend genug, um die „Welt“ am 17. September 1953 an Axel Springer für 1,3 Millionen DM⁴⁰⁸ zu verkaufen. Somit war ein weiterer Konkurrent in den Springer Verlag eingegliedert worden und dessen

⁴⁰³ Müller: Springer-Konzern, S. 149; Schwarz: Springer, S. 186.

⁴⁰⁴ Müller: Springer-Konzern, S. 149.

⁴⁰⁵ Ebd., S. 149.

⁴⁰⁶ Schwarz: Springer, S. 192.

⁴⁰⁷ Darüber hinaus machte sich ebenfalls Adenauer würde den Verkauf an Springer stark. Er erkannte, wie wichtig der Springer-Verlag für seinen Wahlsieg der nächsten Bundestagswahl war. Der CDU-Politiker Erik Blumenfeld soll sich bei Adenauer für die Bedeutung der Springer-Presse stark gemacht haben, da bereits das HABL einen beträchtlichen Einfluss auf die Wählerinnen und Wähler hatte. Schwarz: Springer, S. 193.

⁴⁰⁸ Schwarz: Springer, S. 198.

Vormachtstellung auf dem Hamburger Zeitungsmarkt wurde gestärkt. Ohnehin konnte die Eingliederung der „Welt“ in den Verlag in vielerlei Hinsicht als Ausrufezeichen für die Springerkonkurrenz verstanden werden. Durch die Druckerei in Essen, das dazugehörige Vertriebssystem und den Mitarbeiterstamm von 1000 Personen konnte die „Welt“ im Ruhrgebiet und im Rheinland verkauft werden.

Nach Gudrun Kruip stellt der Kauf der „Welt“ einen Markstein in der Verlagsgeschichte dar. Einerseits beende der Erwerb der Zeitung die Phase der Neugründungen, wenn man von der Herausgabe der „Bild am Sonntag“ absieht. Neben dem „Feierabendblatt“ des HABL, der Massenzeitung der „Bild“ wurde mit der „Welt“ eine andere Klientel angesprochen, das sich in einem Großteil im Bildungsbürgertum verorten ließ. Schließlich wurde mit dem Kauf der ehemaligen Zonenzeitung der Briten das Fundament für einen prosperierenden Verlag geschaffen.⁴⁰⁹ Dadurch, dass der Springer Verlag mit der „Bild“ und der „Welt“ überregionale Zeitungen verkaufte, wuchs der politische und gesellschaftliche Einfluss des Verlages, weshalb Springer vermehrt, darauf achtete, dass die Zeitungen ähnliche Ideen vertraten.⁴¹⁰ Hans-Peter Schwarz ergänzt, dass Axel Springer zum „König der Massenpresse“⁴¹¹ in der Bundesrepublik avancierte.

Andere Konkurrenzblätter, wie das CDU-nahe Blatt der HAZ, mussten aufgrund von sinkenden Auflagen und einem schwindenden Interesse bei der Leserschaft Konkurs anmelden. Der Nutznießer war das HFP, das den Titel und die Abonnentenkartei der HAZ abkaufte.⁴¹² Dennoch hatte das HFP eigene Absatzprobleme, da die Auflage seit 1949 kontinuierlich sank und innerhalb eines Jahres einen Rückgang von 120.000 Stück auf 90.000 Exemplaren zu verzeichnen hatte. Um der drohenden Insolvenz zu entgehen, wurde der Versuch unternommen durch einen Namenswechsel von „Hamburger Freie Presse“ zu „Hamburger Anzeiger“ ein Wiedererstarken der Zeitung zu erreichen.⁴¹³ Die Analogie zur auflagenstärksten Tageszeitung in Hamburg zur Zeit des Nationalsozialismus und ein

⁴⁰⁹ Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 93.

⁴¹⁰ Ebd., S. 93.

⁴¹¹ Schwarz: Springer, S. 177.

⁴¹² Führer: Medienmetropole, S. 542.

⁴¹³ Karl Christian Führer geht in diesem Zuge auf die Verbindung zum Giradet-Verlag ein, die durch den Namenswechsel offen zu Tage getreten sei. Die politische Ausrichtung der Zeitung wurde nochmals deutlich, als der zuständige Chefredakteur, Alois Winbauer, in einem Artikel die „christlich-abendländische Kulturgesinnung“ betonte. Die politisch konservative Zeitung konnte mit ihrer politischen Ausrichtung offensichtlich keinen neuen Kundenstamm generieren.

neuer Abonnementpreis von 3,30 DM statt 3,80 DM zeigten bei der Leserschaft nicht die gewünschte Wirkung.⁴¹⁴ Das Anknüpfen an Erfolge alter Tage gelang nicht, sodass auch dieses Blatt keine Chance gegen die Konkurrenz des HABL und der MOPO hatten, obwohl vor allem zu Beginn der 1950-er Jahre versucht wurde, ähnliche publizistische Akzente wie die beiden Zeitungen zu setzen. Im März 1957 wurde die Produktion des HA schließlich eingestellt.⁴¹⁵

4.3.4. Übernahme des Ullstein Verlages

Der prestigeträchtige Ullstein Verlag musste sich nach dem Zweiten Weltkrieg seinen Ruf auf dem Berliner Zeitungsmarkt erst wieder aufbauen. Während der Zeit des „Dritten Reichs“ waren die jüdisch stämmigen Ullstein-Brüder aufgrund von Restriktionsmaßnahmen der nationalsozialistischen Pressepolitik dazu gezwungen, den Verlag zu verkaufen. Am 3. Januar 1952 wurde dem Ullstein Verlag durch das Berliner Landgericht alte Eigentumsrechte zugesprochen.⁴¹⁶ Trotz aller Bemühungen und gescheiterter Expansionsversuche, wie bei den Verhandlungen über „Die Welt“, konnte sich Axel Springer bereits drei Jahre vor dem Kauf Anteile am Verlag sichern.⁴¹⁷ Im Jahr 1956 erwarb Springer sechszwanzig Prozent der Firmenanteile.

Springer hatte große Pläne in Berlin. Er wollte auf dem Berliner Zeitungsmarkt Fuß fassen und seinen Verlag von Hamburg nach Berlin verlegen. Die Bedeutung Berlins für Springer wird bei seiner Rede zur Grundsteinlegung des neuen Verlagshauses am 25. Mai 1959 deutlich: „Wer Realpolitik betreiben will, der muß auch kühne Pläne haben [...] deshalb bauen wir in Berlin, deshalb bauen wir in die Zukunft.“⁴¹⁸ Wie den

⁴¹⁴ Führer: Medienmetropole, S. 545.

⁴¹⁵ Das Erscheinen der anderen Parteirichtungszeitungen der Hansestadt wurden spätestens 1966 eingestellt. Die HVZ, das parteinahe Blatt der KPD, wurde 1956 verboten. In den 1960-er Jahren war das SPD-nahe HE die letzte verbliebene Zeitung, die noch Ausgaben druckte. 1966 wurde schließlich auch diese Zeitung eingestellt. Laut Christian Sonntag sei ohnehin der allgemeine Zuspruch der hanseatischen Bevölkerung für die SPD der Grund für den Erfolg des Blattes gewesen und weniger das publizistische Konzept. Sonntag: Medienkarrieren, S. 123.

⁴¹⁶ Der Verlag durfte fortan die ehemaligen Titel verwenden. Außerdem konnte die alte Druckerei wieder in Betrieb genommen werden. Der Ullstein Verlag, der im „Dritten Reich“ in „Deutscher Verlag“ umbenannt wurde, hatte enorme Schulden angehäuft, die von der Ullstein AG beglichen wurden. Müller: Springer-Konzern, S. 219.

⁴¹⁷ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 101; Schwarz: Springer, S. 295.

⁴¹⁸ Rede von Axel Springer bei der Grundsteinlegung des Verlagshauses in Berlin am 25.5.1959, AS-UA, Redensammlung A.S.

publizistischen Maximen des Verlages zu entnehmen ist, stellt die Wiedervereinigung Deutschlands eines der Grundpfeiler der politischen Philosophie Springers und seines Verlages dar. Laut Christian Kracht hatte Hans Zehrer, der Springer zum Kauf der „Welt“ riet⁴¹⁹ und 1953 den Posten des Chefredakteurs übernahm, maßgeblichen Einfluss auf Springers Politisierung in den 1950-er Jahren.⁴²⁰ Auch wenn das aus der Sicht des Autors nur schwer auf den Einfluss einer einzigen Person zurückzuführen ist, kann konstatiert werden, dass Springer und Zehrer politische Ansichten teilten.⁴²¹

Ferner zeigt eine Urkunde, die in den Grundstein in der Berliner Kochstraße mit eingemauert wurde, welche Sicht der Verleger auf die Rolle der Stadt in bundesrepublikanischer und geopolitischer Hinsicht hatte: „Daß wir heute diesen Stein unmittelbar am Rande der Sektorengrenze legen, ohne ängstlich auf das Ergebnis der weltpolitischen Verhandlungen zu warten, ist ein Beweis unseres unerschütterlichen Glaubens an die geschichtliche Einheit dieser Stadt und an die geschichtliche Einheit Deutschlands.“⁴²² Neben dem Verlagsleiter Karl Andreas Voss war auch Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt an der Feier der Grundsteinlegung beteiligt.⁴²³ Auch Hamburgs Bürgermeister und Springers langer Weggefährte Max Brauer wurde eingeladen. Dieser konnte aufgrund von anderen Verpflichtungen jedoch nicht teilnehmen.

In einer Ansprache auf der Betriebsversammlung am 22. September 1959 ging Springer auf weitere Gründe für dem Verlagsumzug nach Berlin ein: „Den Plan, in Berlin zu bauen, haben wir schon seit Jahren. [...] Herr Dr. Funk [...] hat mit unerhörtem Elan und mit größter Geschicklichkeit und mit Fleiß dann in jahrelanger Arbeit die Grundstücke [...] in unseren Besitz gebracht. Sie sehen daraus, daß es keine Spontanaktion war, sondern daß es ein lang gehegter und wohlüberlegter Schritt gewesen ist.“⁴²⁴ Springer fügte hinzu, dass die Druckkapazitäten erweitert werden müssten, da der damalige Druckbedarf

⁴¹⁹ Brief von Hans Zehrer an Axel Springer vom 27.4.1953, in: AS-UA, Schriftwechsel Zehrer-Springer.

⁴²⁰ Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 96.

⁴²¹ Auf die Beziehung zwischen Springer und Zehrer und den politisch-ideologischen Kurswechsel des Springer Verlages wird im späteren Verlauf der Arbeit eingegangen.

⁴²² Wallenberg, Hans (Hrsg.): Berlin Kochstraße, Urkunde, Berlin 1966.

⁴²³ Einladungsschreiben Springer an Brauer vom 14.5.1959, in: StAHH, Staatliche Pressestelle V, II A II a13.

⁴²⁴ Rede Axel Springers auf der Betriebsversammlung am 22. September 1959, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

im Ullsteiner Druckhaus Tempelhof gedeckt, aber nicht den Ansprüchen des Springer Hauses gerecht werden würde.

Obgleich die Verlegung des Verlagssitzes nach Berlin intern stark umstritten war und viele Kritiker vor allem politische Interessen Springers für die Verlegung des Verlagssitzes sahen, brachte die Investition in einen neuen Standort auch finanzielle Vorteile mit sich. Neben Steuererleichterungen durch den Berliner Senat, wurden die Grundstückspreise von der Bundesregierung und der Stadt Berlin gesenkt.⁴²⁵

Das Interesse am Ullstein Verlag hatte aber nicht nur politische Gründe. Der Verlag gab mit der „Berliner Morgenpost“ und der „B.Z.“ zwei Zeitungen heraus, die zu den größten Konkurrenten der „Bild“-Zeitung zählten. So würde Springer durch den Erwerb des Ullstein Verlages und seine Investition in Berlin seine Position aus zweierlei Sicht stärken: Einerseits würde er weitere Konkurrenzblätter in seinen Verlag eingliedern und an Einfluss gewinnen.⁴²⁶ Zum anderen würde er mit seinem neuen Verlagshaus an der Berliner Sektorengrenze an einem strategisch bedeutenden Standort wirken können. Hier konnte Springer seinem politischen Selbstverständnis als Wegbereiter der Wiedervereinigung gerecht werden.

Nach Hans-Peter Schwarz gelang die Übernahme des traditionsreichen Verlages auf zwei Wegen: Eine wichtige Voraussetzung für die Ullstein-Familie war es, dass der Verlag innerhalb des Springer Konzerns selbstständig bliebe und die Schlüsselpositionen an eigene Leute vergeben würden. Es sollte der Eindruck eines Unternehmenszusammenschlusses erweckt werden, damit auch die letzten Kritiker des Verlages dem Angebot Springers nicht im Wege standen.

Parallel zu den Verhandlungen erwarb Springer die übrigen Aktienanteile, die ihm noch nicht gehörten.⁴²⁷ Bei der Übernahme des Ullstein Verlages spielte ein ehemaliger HABL-Redakteur eine entscheidende Rolle: Christian Kracht war zum Generalbevollmächtigten von Springer ernannt worden.⁴²⁸ Kracht und der Jurist Hermann F. Arning,

⁴²⁵ Bonn und Berlin beobachteten sorgenvoll die Fluchtbewegung aus Berlin. Daher wurden Anreize geschaffen, um neue Investoren nach Berlin zu locken. Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 106.

⁴²⁶ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 101.

⁴²⁷ Schwarz: Springer, S. 301.

⁴²⁸ Müller: Springer-Konzern, S. 221; Schwarz: Springer, S. 302.

der aus der Rechtsabteilung des Springer Verlages kam, leiteten die Verkaufsverhandlungen mit der Familie Ullstein, die durch das Chruschtschow-Ultimatum⁴²⁹ begünstigt wurden. Im Rahmen der Bilanzüberprüfung deckte Kracht einen Betrug auf höchster Verlagebene auf: Der zuständige Finanzdirektor des Ullstein Verlages hatte Beträge in Millionenhöhe unterschlagen.⁴³⁰

Schließlich wurde am 29. Dezember 1959 der Verkauf abgewickelt. Nach der Übernahme wurde den Verantwortlichen bei Ullstein klar, dass ihre zugesagte Rolle im Verlag nicht der Realität entsprach.⁴³¹ Durch den Kauf des Ullstein Verlages machte ein weiterer HABL-Redakteur Karriere in Berlin. Peter Tamm meldete sich freiwillig, um während der Zeit der Berlin-Krise Verantwortung zu übernehmen. Er wurde Verlagsleiter der „B.Z.“ und der „Berliner Morgenpost“ und hatte die Aufgabe nach dem Vorbild anderer Springer-Blätter wie dem HABL die Berliner Zeitungen umzugestalten.

Die Eingliederung des Ullstein Verlages stellte zunächst den Schlusspunkt der Übernahmen durch den Springer Verlag in den 1950-er Jahren dar. Somit wurde das Fundament für das Presseimperium des Axel Springer gelegt. Welche Monopolstellung und Macht der Springer Verlag sich innerhalb der ersten zwanzig Jahre seiner Verlagsgeschichte aufbaute, veranschaulicht ein Auszug aus einem Brief von Gerd Bucerus, der die „Zeit“ und den „Stern“ verlegte, an Axel Springer aus dem Jahr 1960: „Ich schätze die Auflage Ihrer Blätter bereits auf 10 Millionen. [...] Wenn Zeitungen etwas erreichen können (sie können es), dann haben Sie schon jetzt die Mittel: die größte Pressemacht, die es je in Europa gegeben hat. [...] Gegen Sie gibt es keinen Wettbewerb mehr: Sie stehen außerhalb des Marktes. Wer alles machen kann, darf nicht mehr alles machen.“⁴³²

⁴²⁹ Das Chruschtschow-Ultimatum bzw. das Berlin-Ultimatum Nikita Chruschtschows verlangte, dass West-Berlin entmilitarisiert wird und als eine unabhängige und freie Stadt fungieren soll. Mitglieder des Ullstein Verlages befürchteten weitreichende Konsequenzen, sodass viele eine Auszahlung ihrer Anteile begrüßten. Schwarz: Springer, S. 301.

⁴³⁰ Schwarz: Springer, S. 303.

⁴³¹ In einem Brief an Axel Springer äußerte der Senior Rudolf Ullstein seinen Unmut über die neue Entscheidungsomacht des Verlages: „Was mich und, wie ich überzeugt bin, auch meine Neffen bei der tatsächlichen Entwicklung der Dinge in der letzten Zeit aufs tiefste enttäuscht hat, ist, daß eine Reihe wichtiger und grundsätzlicher Fragen offenbar in Hamburg angeordnet und zum wesentlichen in Berlin durchgeführt sind, ohne daß diese entscheidenden Dinge auch nur vorher im Vorstand und Aufsichtsrat zur Erörterung gelangt sind.“ Brief von Rudolf Ullstein an Axel Springer am 13.4.1960, AS-UA, Bestand Ullstein.

⁴³² Gerd Bucerus in einem Brief an Axel Springer am 1.2.1960, in: AS-UA, Box 22.

Der Auszug des Briefes vom Gerd Bucerus veranschaulicht, welche Bedeutung Springer durch seine Presseprodukte innerhalb der Medienlandschaft Deutschlands und Europas erlangt hatte. Der zum Teil auch mahnende Charakter des Briefes zeigte ebenfalls, mit welchem resignierenden und prüfenden Blick Springers Entwicklung und Machtzuwachs durch die Konkurrenz begutachtet wurde.

Nach einem guten Jahrzehnt musste auch von der Konkurrenz anerkannt werden, dass Springer mit seinem publizistischen Konzept, seiner Marketing-Strategie und kaufmännischem Geschick Erfolg hatte. Der Jungverleger traf in der Nachkriegszeit mit dem Stil des HABL, dem neuen Journalismus und seinen Werbestrategien und den anglo-amerikanischen Analogien zu ausländischen Boulevardzeitungen wie der „Daily Mirror“ den Zeitgeist und berücksichtigte die Politikverdrossenheit der Bevölkerung. Die bewusste Schonung des Lesers mag aus vielen Gründen kritisch gesehen werden, aber die Rezipienten wurden vom innovativen Layout und dem inhaltlichen Facettenreichtum der Zeitung angesprochen. Neben dem HABL baute er weitere Zeitungen wie die „Bild“ und „Bild am Sonntag“ zu Massenzeitungen auf. Durch den Kauf der „Welt“ wurde eine andere Interessenklientel angesprochen und durch die Übernahme des Ullstein Verlages wurden nicht nur Konkurrenzblätter in den eigenen Verlag eingegliedert, sondern auch politisches Selbstverständnis und Aufgabe des Springers Verlages neu formuliert. Das HABL stellte hierbei für die Entwicklung des Verlages ein elementarer Grundbaustein dar.

Neben dem Streit mit dem Broschek Verlag und anderen Unwegsamkeiten wie finanziellen Engpässen oder medienpolitischen Bedenken der britischen Militärregierung wird eines hinsichtlich der Anfangsjahre des HABL deutlich: Die Gründung einer neuen überparteilich-unabhängigen Tageszeitung war alles andere als ein einfaches Unterfangen. Die Implementierung einer neuen Zeitung auf dem Pressemarkt stellte in vielerlei Hinsicht eine enorme Kraftanstrengung dar. Alleinstellungsmerkmale und Wiedererkennungswert waren zwei Säulen für den Erfolg des HABL in den 1950- und 1960-er Jahren. Die dezidiert unpolitische Haltung der Zeitung in den Anfangsjahren sollte der Leserschaft eine „heile Welt“ präsentieren, die von Alltagssorgen und den Schatten der Vergangenheit ablenken sollte.

Der erste Chefredakteur Otto Siemer hielt im Protokoll der ersten Redaktionssitzung demnach die oberste Maxime fest: „Springer wiederholte immer wieder, es komme

darauf an, dem Leser wohlzutun.“⁴³³ Nicht nur eine auf den Rezipienten ausgelegte Berichterstattung im Rahmen der „human-interest-story“ stellte einen Markstein in der Hamburger Pressegeschichte dar⁴³⁴, sondern auch der Umstand, dass mit dem Erscheinen des HABL eine neue Konkurrenzsituation auf dem Hamburger Pressemarkt entstand, die sich u.a. durch innovative Werbeaktionen kennzeichnen ließ.

Ferner bieten die Beispiele der HFP bzw. des HA, dass sich die Hamburger Leserschaft nicht von dem Versuch, an alte Erfolge der Tageszeitungen anknüpfen zu wollen, beeindrucken ließ. Die politische Ausrichtung des HA und der Versuch des Kopierens anderer Zeitungen fand in der Bevölkerung nicht den gewünschten Zuspruch, sodass ein weiterer wichtiger Aspekt erkennbar wird: Der Anspruch der Rezipienten und die neue Adressatengerechtheit der Erfolgsblätter des HABL und der MOPO läuteten eine neue Ära in der Hamburger Pressegeschichte ein.

Bei seiner Rede zum dreißigjährigem Jubiläumsfest des HABL gab Axel Springer einen Einblick in seine Zeit als Jugendlicher und seine damals kühnen Zukunftsvisionen: „Diese gedankliche Vorweggründung unseres Zeitungshauses fand statt in einem für menschliche Nutzung umgebauten Schweinestall in der Lüneburger Heide. [...] An einem Herbsttag des Jahres 1943 stand in diesem Stall ein wild gestikulierender junger Mann und verkündete seinen Eltern, [...] daß das freie Wort in Deutschland bald wieder Gültigkeit haben würde.“ Und er fügte hinzu: „Dann werde ich das größte Verlagshaus in Europa bauen!“⁴³⁵ Auch wenn im Nachhinein eine solche Anekdote besonders schön klingt, kann man Axel Springer nicht vorwerfen, nicht innovativ, mutig, ehrgeizig oder voller Akribie und Leidenschaft an seiner Vision gearbeitet zu haben. Neben den „Nordwestdeutschen Heften“ und der „Hör Zu“ stellte das HABL den Beginn von Springers Aufstieg dar und ebnete ihm den Weg, einer der einflussreichsten und gleichzeitig einer der umstrittensten Medienmogule des 20. Jahrhunderts zu werden.

⁴³³ Jubiläumsrede zum 30-jährigen Bestehen des HABL am 28. Oktober 1978, AS-UA, Bestand HABL.

⁴³⁴ Führer: Medienmetropole, S. 493.

⁴³⁵ Rede von Axel Springer zum dreißigjährigem Bestehen des HABL am 28. Oktober 1978, in: AS-UA, Bestand HABL.

4.4. Kritik am „Abendblatt“

Axel Springer bezeichnete in seiner Rede zum dreißigjährigen Jubiläum das HABL als „beste Lokalzeitung der Welt“⁴³⁶ und fungiere auch in den 1970-er Jahren als Musterbeispiel und „Nordlicht“ der Lokalzeitungen in Westdeutschland. Für den vorliegenden Untersuchungszeitraum betonten die Redakteure, Chefredakteure und der Verleger an vielen Anlässen, welche Erfolgsgeschichte das HABL seit seiner Gründung 1948 hinter sich hatte. Dabei wurde das HABL als „die größte Abonnementzeitung in ganz Deutschland“ bezeichnet oder als „Familien- und Feierabendblatt“ hervorgehoben, das nicht nur durch seine an der Leserschaft orientierte inhaltliche Ausrichtung, sondern auch durch seine moderne und gestalterische Konzeption neue Maßstäbe in der Zeitungslandschaft setzte. Diese durchweg positive Selbstwahrnehmung der HABL-Redaktion und Leitung in den Anfangsjahren der Zeitung darf durchaus zurecht hervorgehoben werden, vor allem, wenn man die Auflagenzahl und die Verdrängung von Konkurrenten vom Pressemarkt in den 1950-er Jahren berücksichtigt.

Gleichwohl gab es einige Zeitungen oder Personen, die das HABL deutlich kritischer betrachteten. Dabei gestaltete sich die Kritik sehr facettenreich, von der inhaltlichen Konzeption und politischen Ausrichtung über die Veranstaltung von Werbeaktionen, die das HABL fest in ihre Unternehmenspolitik miteinplante. Der Werbeslogan „Seid nett zueinander“ sorgte dabei bei mehreren Zeitungen zu spöttischen Bemerkungen.

Die damit verbundenen Werbeveranstaltungen, wie die Kutschfahrten zum Traualtar, würden damit zeigen, dass es dem HABL weniger um Inhalte, sondern eher um Unterhaltung und Amüsement gehe. Im Spiegel konnte zudem nicht nur Kritik hinsichtlich der Intention des HABL vernommen werden, sondern auch in Hinblick auf seine politische Ausrichtung. Dass Axel Springer die Lizenz nicht zuletzt seiner guten Beziehung zum Hamburger Bürgermeister und Sozialdemokraten Max Brauer zu verdanken hatte, war in Hamburg kein Geheimnis. Der Spiegel sagte dem HABL demnach eine regierungstreue Berichterstattung nach, die von kritischen Kommentaren zur Regierungspolitik absehen

⁴³⁶ Rede von Axel Springer zum dreißigjährigen Bestehen des HABL am 28. Oktober 1978, in: AS-UA, Bestand HABL.

würde.⁴³⁷ Inwiefern dieser Vorwurf der Wahrheit entspricht, gilt es im späteren Kapitel der Arbeit zu überprüfen.

Besonders schwer wog die Kritik des Literatur-Nobelpreisträgers Günter Grass, der nach der Verbreitung einer Falschmeldung dem HABL und seiner Redaktion, bewusste Manipulation von Nachrichten vorwarf.⁴³⁸ Es ging um einen Artikel, der im September 1967 in drei Springer-Zeitungen gedruckt wurde und vom jüdischen Schriftsteller Arnold Zweig handelte, der laut dem HABL, „Der Berliner Morgenpost“ und der „Mittag“ in einem Brief über seine Unzufriedenheit mit seinem Leben in der DDR geschrieben haben soll. Der entsprechende Artikel wurde auf der Titelseite der HABL am 9. September 1967 gedruckt und trug die Überschrift „Zonen-Schriftsteller klagt Ulbricht an. Mutiger Protest Arnold Zweigs in Ost-Berlin“.⁴³⁹ Daraufhin dementierte Zweig jedwede Vorbehalte gegenüber der DDR und bezeichnete die Meldung als „faustdicke Lüge“.⁴⁴⁰ Das HABL unter der Chefredaktion Martin Sallers entschuldigte sich nach der Falschmeldung, da die Informationen von der antikommunistischen Presseagentur „tarantelpress“ herausgegeben worden und nicht eingängig geprüft worden seien.⁴⁴¹ Nach der Entschuldigung in der Ausgabe des HABL am 22. September folgte vier Tage später eine Stellungnahme Martin Sallers zur Kritik von Günther Grass und bezeichnete dessen Anschuldigungen gegenüber den Springer-Blättern als „Hetz-Pamphlet“.⁴⁴² Zu Beginn des Artikels wird zudem die Hamburger „Panorama“-Redaktion des Ersten Fernsehprogrammes scharf kritisiert, da sie die Äußerungen von Grass ausstrahlte und diesem somit den Weg ebnete, „das Springer-Haus der ‚faschistischen Methoden‘, der Verletzung der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik und der ‚Schändigung der parlamentarischen Demokratie‘ zu beschuldigen.“⁴⁴³

⁴³⁷ Müller, Hans Dieter: Art. „Ich werde Deutschland wiedervereinigen, ob Sie es glauben oder nicht“, in: Der Spiegel Nr. 3, 14.01.1968.

⁴³⁸ Grass, Günther: Der Fall Axel C. Springer am Beispiel von Arnold Zweig. Eine Rede, ihr Anlaß und die Folgen, Berlin 1967 [Voltaire-Flugschrift 15].

⁴³⁹ Art. „Zonen-Schriftsteller klagt Ulbricht an. Mutiger Protest Arnold Zweigs in Ost-Berlin“, in: HABL Nr. 210, 9./10.9.1967.

⁴⁴⁰ Not des Bürgers. Schriftsteller Grass, in: Spiegel-Online, Oktober 1967, URL: <https://haben.spiegel.de/kultur/not-des-buergers-a-31f2fabd-0002-0001-0000-000046289950> (eingesehen am 14.2.2022).

⁴⁴¹ Saller, Martin: Art. „Stunde der Pharisäer“, in: HABL Nr. 221, 22.9.1967.

⁴⁴² Art. „Ein Hetz-Pamphlet“, in: HABL Nr. 224, 26.09.1967.

⁴⁴³ Ebd.

Überdies betonte Martin Saller, dass auch Grass nicht vor Falschmeldungen gefeit sei und spielte dabei auf ein „Manifest“ von 329 Schriftsteller aus der Tschechoslowakei⁴⁴⁴ an, das in der Hamburger „Zeit“ erschienen war. Nachträglich ergaben sich Zweifel an der Authentizität des Schriftstückes.

Aus der Sicht des Autors kann an dieser Stelle dem Vorwurf der gezielten Nachrichtenmanipulation der HABL-Redaktion nicht zugestimmt werden. Da eine vergleichbare Falschmeldung ein – soweit ermittelbar – Einzelfall blieb und die Berichterstattung und die Kommentare im HABL nicht den Eindruck von politischer Einflussnahme bzw. Diffamierung der DDR erwecken. Darüber hinaus erscheint das sehr negative Pauschalurteil Grass über die Springer-Zeitungen auf der Grundlage einer Falschmeldung als zu kurz gegriffen. Nichtsdestotrotz veranschaulicht der offen geführte Diskurs mit Günther Grass, dass man beim HABL dazu bereit war, haltlose Anschuldigungen entgegenzutreten und vor Konflikten nicht zurückschreckte. Der Artikel von Saller kann als Beispiel dafür genommen werden, dass das HABL – entgegen des Vorwurfs innerhalb der Forschung – politischen Diskussionen dezidiert auszuweichen und in einer fast schon pathologischen Art und Weise, sachlich und wertneutral zu berichten – an dieser Stelle eine klare Stellung bezieht. Die Untersuchung weiterer Artikel und vor allem die Analyse der NS-Gerichtsprozesse und deren Rezeption werden ihren Teil dazu beitragen, diese Argumentation zu einem späteren Verlauf in der Arbeit eingehender zu hinterfragen.

Innerhalb der DDR-Forschung wurde das HABL als „das größte Lokalblatt“ Westdeutschlands gesehen.⁴⁴⁵ Auch in Ostdeutschland soll der „Seid nett zueinander“-Werbespruch bekannt gewesen sein und Anlass gegeben haben, sich über die Werbeaktionen des HABL lustig zu machen.⁴⁴⁶ In Westdeutschland sorgte bereits die Erstausgabe am 14. Oktober 1948 wegen der Serie „Hitler, Himmler und die Sterne“⁴⁴⁷ für Aufsehen.

⁴⁴⁴ In der Londoner „Sunday Times“ wurde ein Brief von 329 tschechoslowakischen Künstlern, Schriftstellern und Wissenschaftlern veröffentlicht, das Missstände im Kommunismus anklagte. Vor allem Rede- und Gedankenfreiheit wurden von den Unterzeichnern des Schriftstückes gefordert. Die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsform wird als eine „Herrschaft des Terrors“ bezeichnet.

⁴⁴⁵ Jesper, Karl-Heinz: Zur politisch-ideologischen Funktion der Massenkommunikationsmittel in Westdeutschland unter besonderer Berücksichtigung von utopischer Belletristik, illustrierter Presse und Schlagertexten, Rostock 1966, S. 234; Knipping, Franz: Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar. Das Abendteuer des Hauses Springer, Berlin 1963, S. 33.

⁴⁴⁶ Jesper: Funktion, S. 185.

⁴⁴⁷ Art. „Hitler, Himmler und die Sterne“, in: HABL Nr. 1, 14.10.1948.

Zunächst wurde ein Artikel mit diesem Titel gedruckt, woraufhin eine Serie folgte. Inhaltlich ging es um einen Mann, der im Dienst der Nationalsozialisten Horoskope für führende Persönlichkeiten im „Dritten Reich“ erstellte. Er beriet insbesondere Heinrich Himmler, für den er aus astrologischer Sicht Ratschläge für das weitere Vorgehen im Krieg und mit Adolf Hitler erteilen sollte. Neben Kritik aus der Politik führte diese Aufsatzreihe auch zu einem Rechtsstreit mit dem Hellseher Erik Jan Hanussen, der als Urheber für die Aufsatzreihe keine Kürzungen akzeptieren wollte.⁴⁴⁸

Als die Springer-Presse in den 1960-er Jahren in den Fokus öffentlicher Kritik geriet, wurde indirekt auch die publizistische Konzeption des HABL kritisiert. Durch die dezidierte Adaption gesellschaftlicher Belange und die damit verbundene Themenorientierung an der breiten Masse würde Springer durch seine Leserschaft die Legitimation erhalten, politisch Einfluss zu nehmen.⁴⁴⁹ Damit skizziert Hans Dieter Müller in seiner kritischen Studie aus dem Jahr 1968 ein düsteres und opportunistischen Bild des Verlegers und der Ausrichtung seiner Zeitungen. Ferner sieht er in der Springer-Presse „die Perfektion des Verkaufsjournalismus als politisches Mandat“ und die „vollendete Anpassung an die Konsumbedürfnisse.“⁴⁵⁰ Zudem warf ihm die Bewegung der „Neuen Linken“ Ende der 1960-er Jahre vor, dass Springer seine Rezipienten aus der Arbeiterschaft bewusst nach kapitalistischen Wertemaßstäben erzog.

Im Ausland erkannte man nach Ende der Lizenzierungsphase, wonach Springer seine Zeitungen ausrichtete und worin sein Erfolg in der bundesdeutschen Bevölkerung bestand. Das Erfolgsrezept liege in der Konzeption einer den Adressaten ansprechenden und aufgelockerter Zeitung liegen. Springer habe erkannt, dass es zwischen den deutschen und amerikanischen, französischen und englischen Zeitungslesern und Leserinnen keinen Unterschied gebe.⁴⁵¹ Wie bereits beschrieben, orientierte sich Springer bei der Gründung des HABL an Pressetraditionen westlicher Länder, ohne dabei traditionelle deutsche Pressestrukturen wie die Fokuslegung auf Lokales zu vernachlässigen. Die ausländische Presse sah in der Adaption westlicher Presseelemente den Erfolg der Springer-Blätter in den 1950-er Jahren begründet.

⁴⁴⁸ Dr. Hans Hiss und Georg Zimmermann am 27.11.1963, in: AS-UA, Bestand HABL.

⁴⁴⁹ Müller: Springer-Konzern, S. 310.

⁴⁵⁰ Ebd., S. 310.

⁴⁵¹ Cartier, Raymond: Neunzehn Mal Europa, München 1960, S. 250.

Trotz der Kritik, der vor allem in den 1960-er Jahren dem HABL entgegengebracht wurde, kann konstatiert werden, dass es durch seinen politischen Kurs der „Überparteilichkeit und Unabhängigkeit“ wenig Anstoß für kritische oder diskreditierende Kommentare anderer Zeitungen oder Institutionen gab. Die erwähnte Häme gegenüber den Werbeaktionen des HABL scheinen nur auf den ersten Blick, bei der bloßen Betrachtung der Aktionen, einen Anlass zur Belustigung zu geben. Die Werbestrategie des HABL kann mit Hinblick auf die Verkaufszahlen der Zeitung als Erfolg gedeutet werden und nicht zuletzt als ein Versuch, die Hamburger Bevölkerung in einem tristen Nachkriegsalltag aufzumuntern.⁴⁵² Die Aktionen waren aber nicht nur ökonomisch förderlich für das HABL, sondern auch um seiner Leitidee der „Menschlichkeit“ gerecht zu werden. Es war also nicht nur eine Floskel, die aus Verkaufsgründen durch mehrere Rubriken in der Zeitung Erwähnung fand, sondern wurde auch konkret umgesetzt. Das wiederum schuf Transparenz bei der Leserschaft und lässt die Werbeaktionen als erfolgreiche Strategie festhalten.

Hans Dieter Müllers Kritik an der Springer-Presse und dem Vorwurf der Konsumorientierung der Lesenden und dem politischen Kalkül Axel Springers kann der Autor nicht zustimmen. Als Springer zu Beginn seiner Karriere seine Zeitungen wie die „Hör Zu“ oder das HABL gemeinsam mit erfahrenen Fachleuten konzipierte, konnte er nicht ahnen, wie sich die Wirtschaft der BRD in den folgenden Jahrzehnten entwickeln und zu einer Konsumgesellschaft heranwachsen würde. Ohnehin spielten bei der Konzipierung des HABL mehrere Faktoren eine Rolle. Er orientierte sich beispielsweise mit seinem gestalterischen Konzept an der „Daily Mirror“ aus Großbritannien und setzte mit seinem Layout neue Maßstäbe auf dem deutschen Pressemarkt. Gudrun Kruij sieht einen wichtigen Faktor bei der Entstehung des HABL in den Vorstellungen der britischen Besatzer in der Nachkriegszeit. Axel Springer habe mit seinem „Prinzip des Unpolitisch-Alltäglichen“⁴⁵³ die Rolle der Presse als demokratischer Umerziehungsmultiplikator zu einem Erfolgskonzept geformt. Hans-Peter Schwarz sieht in der Ausrichtung der in der Nachkriegszeit entstandenen Zeitungen lediglich ein Gegenmodell zu der gleichgeschalteten Presse im

⁴⁵² Siehe Kap. 4.2.

⁴⁵³ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 84.

Nationalsozialismus und betont, dass Springer nichts für die politische Verdrossenheit der Bevölkerung konnte.⁴⁵⁴

Der Verlagsleiter Karl Andreas Voss hatte den Überblick über die Finanzen und mahnte den Verleger bei kostspieligen Aktionen wie der Zeitungstaufe des HABL an der Alster am 16. Oktober 1948 die Kosten im Blick zu behalten.⁴⁵⁵ In einem Brief hatte Springer seiner Frau Katrin verdeutlicht, dass sie dazu gezwungen seien, „jede Mark fünfmal umzudrehen, bevor wir sie ausgeben.“⁴⁵⁶ Die vorherrschende Papierknappheit zu dieser Zeit bereitete auch dem Springer Verlag Probleme. Durch die Kontakte von Voss gelang es dem Verlag eine Übereinkunft mit dem Unternehmen Schürfeld & Co. zu erzielen und Papier für das HABL und die „Hör Zu!“ zu organisieren. Nachdem der Verlag eine Lieferung nicht bezahlen konnte, sah die Firma von einer Mahnung ab und sicherte somit das Fortbestehen des Verlags.⁴⁵⁷ Auch wenn die Währungsreform zunächst der Papierknappheit entgegenwirkte, blieb das Problem in den Folgejahren bestehen, da die Preise für Papier um ein Vielfaches stiegen.⁴⁵⁸

Springer ging ein finanzielles Wagnis mit dem HABL ein, wurde aber durch sein Konzept und durch gute Beratung durch alte Wegbegleiter wie Karl Andreas Voss und Walter Hansemann belohnt. Zudem hatte er ein Gespür für die Bedürfnisse der Menschen, sodass seine Vorstellung vom „Prinzip des Unpolitisch-Alltäglichen“ auf eine positive Resonanz in der Bevölkerung stieß und somit den Aufstieg seines Verlags ebnete.

⁴⁵⁴ Schwarz: Springer, S. 134.

⁴⁵⁵ In einem Einladungsschreiben an den Ersten Bürgermeister Hamburgs Max Brauer vom 9. Oktober 1948 umschreibt Springer die Zeitungstaufe als „kleine Feier“. Die Kosten sollen sich auf mehrere tausend D-Mark belaufen haben, Hamburger Prominenz und britische Offizielle wie Gouverneur Berry wurden eingeladen. Voss wurde aufgrund der Ausgaben vorstellig bei Springer, der in einem gelungenen Auftakt und einer entsprechenden Außenwirkung gute Voraussetzungen für den Erfolg des HABL sah. Einladungsschreiben Springer an Brauer am 9. Oktober 1948, in: StAHH, Senatskanzlei II, 6315. Schwarz: Springer, S. 142.

⁴⁵⁶ Axel Springer an Katrin Springer am 19.6.1948, in: AS-UA.

⁴⁵⁷ Schwarz: Springer, S. 138.

⁴⁵⁸ Brief von Springer an Bürgermeister Brauer vom 28. Dezember 1951, in: StAHH, Staatliche Pressestelle V, II A II a13.

5. Die Auswertung der Biografien

Trotz der lückenhaften Quellenlage konnte mithilfe der Bestände aus den entsprechenden Archiven anhand der Untersuchungskriterien der Arbeit ein umfangreiches Bild über die Biografien der Redaktion des HABL erstellt werden. Die Kategorisierung erfolgte anhand von untergeordneten Untersuchungskriterien, die eine differenzierte Übersicht über die Lebensläufe der Journalisten und Journalistinnen des HABL ermöglichen. Insgesamt wurden 95 Personen untersucht, die im Zeitraum von 1948 bis 1965 beim HABL entweder als Redakteur, In- und Auslandskorrespondent, Zeichner, Kolumnist, Ressortleiter, Chefredakteur, Chef vom Dienst oder Verlagsleiter gearbeitet haben. Nach einem Überblick über das methodische Vorgehen und die Quellenproblematik, die im Rahmen der Untersuchung aufgetreten ist, werden die Ergebnisse der Auswertung der biografischen Daten präsentiert. In tabellarischer Form werden auf Grundlage der ausgewerteten Daten Schlüsse über die soziale Zusammensetzung, die beruflichen Werdegänge und Ausbildungen, sowie die nationalsozialistische Vergangenheit und die Positionen der untersuchten Personen innerhalb der Zeitung hinsichtlich der Personalpolitik Axel Springers gezogen.

Über personalpolitische Entscheidungen Springers beim HABL informieren mehrere Forschungsarbeiten, u.a. von Christian Sonntag, Hans-Peter Schwarz oder Daniel Gossel. Die Unterschiede zu den bereits bestehenden Erkenntnissen zu den Hamburger Journalisten in der Nachkriegszeit liegen dabei auf der Hand. Keiner der genannten Autoren hat die Redaktion des HABL in dem vorgegebenen Zeitraum untersucht und dabei den zu dieser Untersuchung ausgewählten Kriterienmaßstab angelegt. Darüber hinaus wird in dieser Arbeit ein dezidiertes Blick auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Redaktion und Berichterstattung über die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands anhand von NS-Gerichtsprozessen geworfen. Als Orientierung diene vor allem die Arbeit von Christian Sonntag, um die Auswahl der Kategorien und den Umgang mit unbekannten Variablen im Rahmen der Auswertung des Datenmaterials der Redakteure zu determinieren.⁴⁵⁹ Das Kapitel über Springers Personalpolitik kann als Zwischenfazit der

⁴⁵⁹ Sonntag: Medienkarrieren, S. 263-282; Schwarz: Springer, S. 139-141; Gossel: Hamburger Presse, S. 121-133; siehe auch Führer: Medienmetropole, S. 491 f.; Kruij: S. 83-87.

Arbeit betrachtet werden. Vor dem Hintergrund der Forschungsergebnisse wird ein erster Versuch unternommen, Deutungsansätze für die dieser Arbeit zugrunde liegenden Fragestellungen festzuhalten bzw. zu korrigieren.

5.1. Quellenproblematik und Kategorienbildung

Für die Auswertung der Biografien der HABL-Redaktion gilt es, mehrere Faktoren zu beachten. Um die Gesamtheit der Redaktion der Zeitung für den Zeitraum von 17 Jahren zu erfassen, ist es wichtig, die Lebensdaten und die beruflichen Stationen der Journalisten und Journalistinnen in Kategorien einzuteilen, um sie miteinander vergleichen und sie schließlich auswerten zu können. Die Kategorisierung erfolgt dabei durch verschiedene Klassifikationen, die sich auf drei Hauptuntersuchungsmerkmale beziehen: Sozialstatische Merkmale, nationalsozialistische Vergangenheit und Rolle sowie Funktion der Redakteure und Redakteurinnen beim HABL. Hierbei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass durch die Datenknappheit der zu untersuchenden Personen einige Lücken bei der Recherche der Lebensläufe entdeckt wurden. Den Lücken wird in diesem Kapitel insofern Rechnung getragen, als dass für die Vollständigkeit der Analyse der einzelnen Kategorien mitaufgeführt und in die Interpretation der Ergebnisse miteinbezogen wurden.

Bei der Erstellung der kollektiven Biographie stellten nicht nur die Datenlücken ein Problem dar. Im Rahmen der Recherche musste durchgehend darauf geachtet werden, ob die zu untersuchende Personalie auch der tatsächlichen Person entsprach, die in den Quellen wie den Entnazifizierungsakten aufgeführt wurde und nicht nur augenscheinlich ein Teil der HABL-Redaktion war. Manche Namen waren identisch und erschwerten anfänglich die Untersuchung.⁴⁶⁰

Durch die Einsicht in die jeweiligen Bestände im Axel-Springer Unternehmensarchiv, die NSDAP-Kartei und die Fragebögen des Entnazifizierungsverfahrens konnte die Validität der Personen bestätigt werden. Dabei wurde darauf geachtet, dass mindestens zwei Quellen den Namen verifizierten.

⁴⁶⁰ Über die Problematik der „Quellenmortalität“ und „Quellenvalidität“ wird bei anderen biographischen Studien ebenfalls berichtet. Schmid: Journalisten der frühen Nachkriegszeit. Eine kollektive Biographie am Beispiel von Rheinland-Pfalz, Köln 2000, S. 137-142; Sonntag: Medienkarrieren, S. 263 f.

Die Bestimmung einzelner Tätigkeitsfelder oder Berufe im Nationalsozialismus hat sich ebenfalls als schwierig herausgestellt, um sie mit der Tätigkeit in der Nachkriegszeit vergleichen und als Kontinuität feststellen zu können. Für die Zusammenfassung der Journalisten und Journalistinnen in Kategorien wurden Begriffe bzw. Titel aus den Entnazifizierungsakten übernommen. Dabei wurde festgestellt, dass es ein Grundproblem bei der Vereinheitlichung der Berufe gab, da beispielsweise die Berufsbezeichnungen in den Akten variieren können. Für die Auswertung der Tätigkeiten im Nationalsozialismus wurden daher Begriffe, die durch das Schriftleitergesetz eine nationalsozialistische Prägung erhielten, wie zum Beispiel „Schriftleiter“ in „Redakteur“ umbenannt.

Als besondere Quelle können die sogenannten „Persilscheine“, die betroffene Personen im Entnazifizierungsverfahren entlasten sollten, gesehen werden. Sie müssen bei der Untersuchung mit Vorbehalt betrachtet werden, da die Autoren den betroffenen Journalisten zu schützen versuchten und diese Unschuldsbekundungen nicht ohne kritischen Blick in die Analyse der Biographie miteinbezogen werden dürfen.⁴⁶¹

Der erste Untersuchungsschwerpunkt liegt auf den sozialstatistischen Merkmalen der Redaktion. Dazu gehörten die Kategorien „Geschlecht“, „Jahrgang“, „Herkunftsort“ bzw. „Geburtsort“ und „Konfession“. Erweitert wird die Kategorie um die Variable „Wohnort“, der zum Zeitpunkt des Eintritts beim HABL bzw. während der Tätigkeit bei der Tageszeitung von der Person angegeben wurde. Damit wird der Versuch unternommen, das soziale Umfeld der Redaktion zu bestimmen und herauszufinden, ob spezifische Bezirke und Stadtteile innerhalb Hamburgs als Wohnort präferiert wurden oder ob die meisten Personen außerhalb Hamburgs gewohnt haben. Die Jahrgänge der Redakteure und Redakteurinnen spielen im Rahmen der ersten Kategorie eine hervorgehobene Rolle. Die Ergebnisse der Geburtenjahrgänge werden nach Detlev Peukerts Generationsmodell gedeutet, ohne dabei die Generationsproblematik außer Acht zu lassen und darauf einzugehen.⁴⁶²

Die zweite Kategorie bezieht sich auf die Vergangenheit der zu untersuchenden Journalisten und Journalistinnen im „Dritten Reich“. In diesem Zuge wird auf die Tätigkeit vor 1933, die Tätigkeit von 1933 bis 1945, die NSDAP-Mitgliedschaft vor 1933 und im

⁴⁶¹ An anderer Stelle wurde bereits erläutert, welche strafrechtlichen Konsequenzen die Autoren der „Persilscheine“ befürchten mussten, wenn sie eine Falschaussage machten. Siehe Kap. 3.3.

⁴⁶² Detlev Peukerts Generationsmodell wird im Kapitel 5.3. näher erläutert. Peukert: Weimarer Republik, S. 28 f.

Zeitraum von 1933 bis 1945 geachtet. Insbesondere der Zeitpunkt des Parteieintritts bildet ein markantes Beurteilungskriterium der einzelnen Personen. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik und der Machtübertragung 1933 erließ die Parteispitze der NSDAP, dass ab Mai 1933 keine neuen Mitglieder aufgenommen werden durften. Es gab Massenausstritte aus mehreren Parteien, vor allem aus dem sozialdemokratischen und linksorientierten Spektrum. Um Opportunisten Einhalt zu gebieten, wurde somit von 1933 bis 1937 eine Aufnahmesperre verhängt. Wenn jemand dennoch in dieser Zeitspanne aufgenommen wurde, dann ausschließlich unter der Prämisse, dass die Person mit besonderem Engagement für die Sache der Partei eintrat. Daher stellt die NSDAP-Kartei eine wichtige Quelle dar, um besonders engagierte Parteimitglieder zu identifizieren. Zwar ist die NSDAP-Kartei mit 80 Prozent des Datenmaterials über die Mitglieder der Partei unvollständig, nichtsdestotrotz wird diese Quelle eine ausreichende Grundlage bilden, um die Parteizugehörigkeit und besondere Verbindungen der HABL-Redaktion zur NSDAP nachweisen zu können.⁴⁶³

Weitere Untersuchungskriterien bilden die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden vor 1933 und bis 1945. Außerdem werden die Kategorien Verantwortung, Belastung, Strafe und Kriegserfahrung hinzugezogen. Mit verantwortungsvollen Posten sind Positionen bei Zeitungen gemeint, die hierarchisch betrachtet höher einzustufen sind als die der Redakteure, Redakteurinnen oder freie Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen. Konkret werden hierbei Personen angesprochen, die Redaktionsleiter, Chefredakteur oder Verlagsleiter waren. Der Belastungsgrad ergibt sich aus der Einstufung der Personen in die Kategorien im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren. Der Erfahrungsraum „Krieg“ kann darüber hinaus Aufschluss darüber geben, wodurch sich die Einstellung der Redakteure zum „Dritten Reich“ kennzeichnete und ob sich die politische Haltung, mögliche Ressentiments gegenüber der Republik oder Apologien in der Berichterstattung der Nachkriegszeit wiedererkennen lassen. Es dürfte hierbei vor allem eine Rolle gespielt haben, ob Kriegsgefangene in Russland oder in westlichen Ländern wie den USA oder Großbritannien inhaftiert wurden. Im Rahmen der Kategorie „Verantwortung“ soll ermittelt werden,

⁴⁶³ Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2020, S. 36; Wetzel, Julia: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenossen? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 74-90.

welchen Beruf oder welche Funktion die betroffene Person während des „Dritten Reichs“ ausgeübt hat. Dabei wird in einem ersten Schritt zwischen journalistischer Tätigkeit und anderen Berufen unterschieden, um berufliche Kontinuitäten festzustellen. Anschließend wird untersucht, ob die Person eine verantwortungsvolle Aufgabe wie den Posten eines Chefredakteurs, eines Ressortleiters, eines Redaktionsleiters oder eines Verlagsleiters eingenommen hatte. Bei der Frage, inwiefern ein Redakteur oder die Redakteurin „belastet“ war, orientiert sich die Arbeit an den Urteilen der einzelnen Entnazifizierungsverfahren der britischen Militärregierung und deren Einstufungen der Personen in Kategorien. Eine untergeordnete, aber nicht weniger wichtige Klassifizierung, spielt die „Unterdrückung im Nationalsozialismus“. Im Zuge dessen wird überprüft, ob Journalisten oder Journalistinnen des HABL Repressalien während der Diktatur ausgesetzt waren und ob sie emigrierten und nach dem Krieg nach Deutschland zurückkehrten.⁴⁶⁴

Der dritte Untersuchungsschwerpunkt wird auf die Funktion und Rolle beim HABL gelegt. Dafür bieten die Faktoren „Einstieg beim HABL“, „Position“, „Ressort“, „Zeitraum“ und „Ausbildung“ aufschlussreiche Daten über die Redaktion. Diesbezüglich wurden die Personen in sechs „Abschlüsse“ und Ausbildungsmodalitäten eingeteilt: Volksschule, Berufsschule, Lehre, Abitur, Studium und Promotion. Die Ressorts gliederten sich in die Bereiche der Politik, Lokales, Feuilleton, Wirtschaft, wozu auch die Schifffahrtseite gehört, Sport und die „Bilderseite“. Ein besonderes Augenmerk bei diesen Unterkategorien liegt auf dem Einstieg der Personen beim HABL. Mithilfe dieser Variablen kann untersucht werden, zu welchem Zeitpunkt der Karriere der Einzelne seine Tätigkeit beim HABL aufgenommen hatte. Überdies wird ersichtlich, ob es eine Veränderung im Verantwortungsbereich gab oder ob die Journalisten „nahtlos“ ihrer Profession, die sie im Nationalsozialismus ausübten, nachgehen konnten. Wenn ein Redakteur beim HABL mehrere Positionen durchlaufen hatte, wurde jeweils die ranghöchste Funktion gewertet, da ansonsten die Ergebnisse nicht im richtigen Verhältnis zur Gesamtzahl der Redakteure stünden. Zudem wurden aus Gründen der Vereinheitlichung die Funktionen von Redakteuren teilweise zusammengefasst. Kolumnisten, freie Mitarbeiter, freie Journalisten und

⁴⁶⁴ Zur Berufsstruktur der NSDAP-Mitglieder von 1925 bis 1945 siehe Falter: *Parteigenossen*, S. 191-206; Zu Ämtern und Funktionen der NSDAP-Mitglieder kann bei Phillip Wegehaupt nachgelesen werden. Wegehaupt, Phillip: *Funktionäre und Funktionseleiten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter*, in: Benz, Wolfgang (Hg.): *Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder*, Frankfurt am Main 2009, S. 39-59; Frei/Schmitz: *Journalismus*, S. 25.

Zeichner wurden der Kategorie „freie Mitarbeiter“ zugeordnet und die Bezeichnung „Fotoredakteurin“ wurde in die Gruppe der „Redakteure“ eingegliedert. Analog dazu wird mit den Inlands- und Auslandskorrespondenten verfahren, die ebenfalls dieser Klassifikation zugeordnet wurden. Als „leitende Redakteure“ gelten alle Personen, die als Ressortleiter, Chefs vom Dienst, stellvertretende Chefredakteure und als Chefreporter beim HABL arbeiteten. Eine letzte Klassifizierung wurde bei denjenigen vorgenommen, die leitende Funktionen innehatten, aber nicht zwingend journalistisch tätig waren. Hierzu zählen die Verlagsleiter, die Anzeigenleiter und Werbeleiter.

Der Nachteil dieser quantitativen Forschungsmethode ist, dass die Biografien durch das Untersuchungsraaster stark verkürzt und entindividualisiert werden.⁴⁶⁵ Diesem Entindividualisierungsprozess wird durch die Unterteilung und Differenzierung der Kategorien entgegengewirkt. Für ein fundiertes und aussagekräftiges Ergebnis der Studie ist die Kategorienbildung von essenzieller Bedeutung.

5.2. Sozialstatistische Merkmale

Die Auswertung der biografischen Daten ergab, dass beim HABL in dem Zeitraum von 1948 bis 1965 86 männliche und neun weibliche Redakteurinnen eingestellt wurden. Im Gründungsjahr stellte das HABL vier Redakteurinnen ein, die für die Ressorts „Bilderseite“, „Feuilleton“ und „Politik“, davon zwei als Auslandskorrespondentinnen in London und in Wien, arbeiteten. Dem stand die Einstellung von 45 Redakteuren gegenüber, womit 92 Prozent der Redaktion im Erscheinungsjahr aus Männern bestand.⁴⁶⁶ Im Verlauf der ersten Jahre traten fünf weitere Redakteurinnen hinzu, wodurch die Redaktion in ihrer Gesamtheit in den knapp ersten zwei Jahrzehnten zu neun Prozent aus weiblichen und 91 Prozent aus männlichen Journalisten bestand.

⁴⁶⁵ Sonntag: Medienkarrieren, S. 265.

⁴⁶⁶ Christian Sonntags Studie über 308 Nachkriegsjournalisten ergab, dass von 1946 bis 1949 insgesamt 29 Redakteurinnen in Hamburger Redaktionen eingestellt wurden, sind und resümiert, dass dieser Anteil im Vergleich zu Sigrun Schmidts Ergebnissen recht hoch sei. Dennoch sieht er vor allem vor dem Hintergrund, dass viele Frauen zum Ende des Nationalsozialismus Redakteure ersetzten und selbst journalistisch tätig wurden, eine verpasste Chance, mehr Frauen in diesem Berufsfeld einzusetzen. Sonntag: Medienkarrieren, S. 277.

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurden aus Mangel an Redakteuren zunehmend weibliche Journalisten in die Ausbildung und die Tätigkeit berufen, da die meisten Redakteure Wehrdienst leisten mussten. Die damit verbundene Hoffnung, dass sich dieses Berufsfeld – ähnlich wie in anderen Branchen – in der Nachkriegszeit an einer verstärkten weiblichen Präsenz erfreuen dürfte, wurde durch die zahlreichen wieder einsatzbereiten Redakteure zunichte gemacht.⁴⁶⁷ Im Vergleich zu den anderen Lizenzzeitungen in Hamburg stellt Springers Personalpolitik in dieser Hinsicht keine Besonderheit dar. Laut Christian Sonntags Studie über die Nachkriegsjournalisten wurde ermittelt, dass insgesamt 29 Frauen im Zeitraum von 1946 bis 1949 bei den anderen Hamburger Zeitungen eingestellt worden sind.⁴⁶⁸ Dieses Ergebnis bestätigt die Annahme, dass die Zeit der Frauen in dieser Branche erst noch bevorstand. Folgende Tabelle veranschaulicht die Geschlechterverteilung innerhalb der einzelnen Ressorts beim HABL von 1948 bis 1965.

Tabelle 3: Aufteilung der männlichen und weiblichen Journalisten und Journalistinnen nach Ressort

	Politik	Lokales	Feuilleton	Wirtschaft	Sport	Bilderseite	Unbekannt
<i>Männer</i>	86 %	94 %	89 %	100 %	100 %	78 %	95 %
<i>Frauen</i>	14 %	6 %	11 %	0 %	0 %	22 %	5 %

Anhand der ausgewerteten Daten lässt sich erkennen, in welchem Bereich die weiblichen Redakteurinnen vorzugsweise eingesetzt worden sind. Vor allem im Politik-Ressort und auf der „Bilderseite“ waren die Journalistinnen tätig. Die Wirtschafts- und Sportseiten wurden zu diesem Zeitpunkt vollständig in den Verantwortungsbereich der männlichen Journalisten übertragen. Trotz der 22 offenen Zuordnungen konnte bei einer Vielzahl der Redakteure ermittelt werden, in welchem Ressort sie eingesetzt wurden. Ein Schwerpunkt ist hierbei im politischen und lokalen Bereich zu identifizieren. Das liegt nicht zuletzt daran, dass diesen beiden Ressorts eine besondere Bedeutung zukam und sie eng mit dem publizistischen Konzept der Zeitung verknüpft waren. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang vor allem, dass beachtliche 14 Prozent des Politikressorts Frauen ausmachten, obwohl dieser Bereich in den 1950-er und 1960-er Jahren überwiegend von

⁴⁶⁷ Sonntag: Medienkarrieren, S. 277.

⁴⁶⁸ Ebd., S. 277.

Männern dominiert wurde. Mit einem Blick in die Quellen zu den Redakteurinnen kann festgestellt werden, dass die im Politik-Bereich tätigen Frauen für außenpolitische Themen zuständig waren, zwei von ihnen promoviert worden waren und – ähnlich wie die Leiterin der Londoner Redaktion Clara Reyersbach – auf Berufserfahrung zurückgreifen konnten. Daher liegt die Vermutung nahe, dass entscheidende Einstellungskriterien bei den Redakteurinnen Kompetenz, Erfahrung und Qualifikation waren.

5.2.1. Herkunft der Redakteure und Redakteurinnen

Bei der Betrachtung der Herkunftsorte der Redakteure fällt auf, dass 21 Prozent in Hamburg geboren sind. Sechs Prozent der Redakteure stammt aus Berlin und sechs Prozent aus Nordrhein-Westfalen. Um die Herkunftsorte in ihrer Gänze zu erfassen, wurden die Geburtsorte nach Bundesländern bzw. nach entsprechenden Staaten wie das ehemalige Preußen eingeteilt.

Tabelle 4: Herkunftsorte der Redakteure und Redakteurinnen

Herkunft	Anzahl der Redakteure	Prozentualer Anteil
Hamburg	20	21 %
Berlin	6	6 %
Nordrhein-Westfalen	6	6 %
Schleswig-Holstein	5	5 %
Preußen	4	4 %
Bayern	3	3 %
Hessen	3	3 %
Niedersachsen	3	3 %
Thüringen	3	3 %
Rheinland-Pfalz	2	2 %
Sachsen-Anhalt	2	2 %
Baden-Württemberg	1	1 %
Bremen	1	1 %
Saarland	1	1 %
Ausland	2	2 %
Unbekannt	33	33 %

Herkunft	Anzahl der Redakteure	Prozentualer Anteil
Gesamt	95	100 %

Von einem Drittel der Redaktion ist nicht bekannt, wo sie geboren sind. Es lässt sich trotzdem festhalten, dass die Redakteure abgesehen von den sechs Journalisten aus Berlin und vier Personen aus Ostpreußen, überwiegend im Norden oder Westen Deutschlands ihre Wurzeln hatten. Die zehn Prozent, die aus dem Osten des ehemaligen Deutschen Reiches stammen, können u.a. durch die Flüchtlingsbewegungen zum Ende des Zweiten Weltkrieges in den Norden und in die Nähe Hamburgs gelangt sein. Ein anderer Grund könnte darin liegen, dass Hamburg als Pressemetropole den Journalisten attraktiver als andere Städte erschien, um ihrer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Die Hansestadt befand sich bereits seit 1943 im Wiederaufbau, kapitulierte entgegen Hitlers Befehlen rechtzeitig und konnte somit weitere Schäden und Verluste verhindern. Die Mehrheit der Redaktion kam jedoch aus dem Hamburger Umland und ist in Hamburg und Umgebung aufgewachsen.

5.2.2. Konfessionelle Zugehörigkeit

Hinsichtlich der konfessionellen Zugehörigkeiten innerhalb der Redaktion lässt sich festhalten, dass 43 Redakteure angaben, einer Religionsgemeinschaft anzugehören. Die Mehrheit dieser Angaben konnte den Akten der Entnazifizierungsverfahren und Einwohnermeldekarteien des Hamburger Staatsarchivs entnommen werden.⁴⁶⁹ Die Untersuchung ergab, dass 30 Prozent dem evangelischen Glauben angehörten und 9 Prozent katholisch waren.

Drei Prozent der Redaktion waren jüdischen Glaubens. Dabei konnten Clara Reyersbach, Ernst Friedländer und Walter Rothenburg, in der HABL-Redaktion als Juden identifiziert werden.⁴⁷⁰ Ernst Friedländer arbeitete 1950 als freier Kolumnist für das HABL. Er hatte einen Vater, der Jude war. Darüber hinaus gaben fünf Prozent der Journalisten an, konfessionslos zu sein. Somit konnte insgesamt 42 Prozent der Redaktion eine konfessionelle

⁴⁶⁹ Zu berücksichtigen ist hierbei, dass es sich um sogenannte „Verstorbenen- und Verzogenen-karteien“ handelt, d.h. es betrifft nur diejenigen Meldekarten, die aufgrund von Tod oder Umzug aussortiert worden sind. Diese Quellenproblematik könnte begründen, weshalb viele Konfessionszugehörigkeiten nicht ermittelt werden konnten.

⁴⁷⁰ Sonntag: Medienkarrieren, S. 249.

bzw. eine nicht-konfessionelle Zugehörigkeit nachgewiesen werden. Ein Deutungsansatz für die überwiegend protestantisch geprägte Mehrheit der Redakteure kann dem Umstand geschuldet sein, dass Hamburg und Schleswig-Holstein auf eine lange christlich-protestantische Vergangenheit zurückblicken konnten.⁴⁷¹ Im Rahmen der Volkszählungen in Hamburg aus den Jahren 1946 und 1950 kann diese Annahme der mehrheitlich protestantischen Zugehörigkeit der hamburgischen Bevölkerung bestätigt werden. Von insgesamt 1.604.600 Konfessionell-Zugehörigen waren 1.258.000 Hamburger und Hamburgerinnen im Jahr 1950 evangelischen Glaubens.⁴⁷²

Der Verleger selbst war ebenfalls evangelisch und sehr gläubig, was jedoch nicht bedeutete, dass die religiöse Zugehörigkeit ein Einstellungskriterium bei den Bewerbungsgesprächen der Redakteure und Redakteurinnen darstellte. Dennoch war es ihm wichtig, dass Themen und Kolumnen, die religiöse Belange beinhalteten, nach seinen Vorstellungen behandelt werden. So kam es, dass Springer seinem Chefredakteur Martin Saller 1969 einen Brief schrieb, der seine Kritik zu einer Serie im HABL mit dem Titel „Rebellen im Namen Christi“ beinhaltete. Die kritischen Äußerungen Sallers zu Vertretern der Kirche und der Kirche als Institution missfielen dem Verleger in vielerlei Hinsicht.

Durch einen Einblick in den Brief wird das christlich-geprägte Profil des HABL erkennbar und im Zuge dessen die Aufgabe der HABL-Redakteure und Redakteurinnen

⁴⁷¹ Schleswig-Holstein wurde viele Jahrhunderte lang bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von protestantischen Landesherren regiert. 1864 wurden die Herzogtümer Schleswig und Holstein Teil des Deutschen Bundes und zwei Jahre später, nachdem Preußen Österreich besiegt hatte, wurde Schleswig-Holstein zu einer preußischen Provinz, die schließlich 1871 in das Deutsche Kaiserreich eingegliedert wurde. Die überwiegende protestantische Zugehörigkeit der Bevölkerung blieb auch nach einigen politischen Unruhen und Veränderungen der Folgejahrzehnte bestehen. Auch Hamburg kann auf eine lange evangelisch-lutherische Vergangenheit zurückblicken. In der Hansestadt wurde 1529 eine neue Kirchenordnung eingeführt, die den Entstehungszeitpunkt der evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate markiert. Fortan prägte der Protestantismus das politische und öffentliche Leben der Stadt für die folgenden Jahrhunderte. Hering, Rainer: Einleitung, Hamburgische Kirchengeschichte im 20. Jahrhundert, in: Hering, Rainer; Mager, Inge (Hg.): Hamburgische Kirchengeschichte in Aufsätzen, Teil 5, Kirchliche Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert (Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, Bd. 26), Hamburg 2008, S. 11-36; Rackwitz, Martin: Märzrevolution in Kiel 1848. Erhebung gegen Dänemark und Aufbruch zur Demokratie (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 68), Heide 2011, S. 167.

⁴⁷² Im Vergleich zur Volkszählung von 1946 konnten im protestantischen Lager rund 100.000 neue Mitglieder verzeichnet werden. Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg nach der wirtschaftlichen Stellung. Volkszählung vom 13.9.1950 und 29.10.1946, in: Hamburg in Zahlen. Zeitschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1951, S. 6.

deutlich: „Für mich ist das Gute, das überall in der Welt vorhanden ist, der Nachweis für die Gegenwart Gottes und das Böse in der Welt der Hinweis auf die Existenz des Teufels. Mitten in dieser guten und bösen Welt steht der Mensch – und damit natürlich auch der Zeitungsmann – in seiner paradoxen Situation, zugleich gerecht und sündig zu sein.“⁴⁷³ Springer hebt zudem hervor, dass das HABL sich seit seiner Gründung zur Aufgabe gemacht habe, „gerade auf das Gute zu achten und es mitzuteilen. [...] Bei der Gestaltung der Serie ‚Rebellen im Namen Christi‘ scheinen wir aber etwas von diesem Wege abgekommen zu sein.“⁴⁷⁴ Zum Abschluss der Korrespondenz appellierte er an seinen Chefredakteur, den Menschen zu helfen „den Glauben zu finden, wenn sie ihn suchen“ und es zu vermeiden, „nichts anderes [...] als neue Verwirrung“ zu stiften. Kritische Auseinandersetzungen seien demnach im Rahmen des Erlaubten, aber diese sollte nicht zum Anlass genommen werden, eine Abkehr der Menschen von der Kirche zu provozieren.

Der Brief verdeutlicht Springers Akribie und Wachsamkeit über die Inhalte, die in seinen Zeitungen zu lesen waren und auf welche Weise diese von seinen Redakteuren vermittelt werden sollten. Axel Springer war ein Verleger, der es nicht zuließ, dass Artikel abseits seiner Philosophie und der Verlagslinie erschienen. Er bat Saller sogar um Einverständnis „wegen der Grundsätzlichkeit des Briefes [...] Kopien an einige Kollegen im Hause geben zu dürfen“, um auch anderen Mitarbeitern den Brief zukommen zu lassen und zukünftigen Missverständnissen vorzubeugen. Die Korrespondenz zwischen Springer und Saller ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Betonung der Menschlichkeit der Zeitung nicht nur eine Floskel oder eine Werbeaktion war, um weitere Abonnenten anzuwerben, sondern das Fundament des HABL. Auch wenn Springer mit zunehmendem Alter und steigender Verantwortung über mehrere Zeitungen nicht mehr an jeder Redaktionssitzung des HABL teilnehmen konnte, lagen ihm die Achtung und Bewahrung der Leitideen der Zeitung nach wie vor am Herzen. Obgleich Springers religiöse Philosophie nicht offiziell in den Verlagsstatuten festgehalten wurde, ist anhand dieses Briefes an Saller zu erkennen, dass diese bei der Umsetzung des HABL eine wichtige Rolle spielte.

⁴⁷³ Schriftwechsel zwischen Springer und Martin Saller vom 23.01.1969, in: AS-UA, Bestand Martin Saller.

⁴⁷⁴ Ebd.

5.2.3. Wohnorte und soziales Umfeld

Die anschließenden Ergebnisse beziehen sich auf die Wohnorte der Redakteure und Redakteurinnen innerhalb Hamburgs. Die Adressen wurden in sieben Bezirke eingeteilt, um eine bessere Übersicht zu generieren: Altona, Bergedorf, Eimsbüttel, Hamburg-Mitte, Hamburg-Nord, Harburg und Wandsbek. Darüber hinaus kann die Hansestadt wiederum in 104 Stadtteile unterteilt werden.⁴⁷⁵ Insgesamt konnten die Wohnadressen von 51 Personen recherchiert werden, wobei einer der Redakteure Frankfurt am Main⁴⁷⁶ angab und alle anderen sich in Hamburg befanden. In diesem Zuge muss erwähnt werden, dass nicht jeder Redakteur einen eigenen Wohnsitz hatte. Da die Wohnungsnot in der Nachkriegszeit hoch war, kamen manche Redakteure bei Kollegen aus der Redaktion unter, die ihnen einen Schlafplatz anboten. Wolfgang Köhler, der Ressortleiter für Innenpolitik, wohnte zunächst bei Wilhelm Backhaus⁴⁷⁷, der u.a. in den 1950-er Jahren eine Kolumne schrieb, die auf der „Meinungsseite“ erschien. Genauso verhielt sich die Wohnsituation bei den Redakteuren Josef Ollig und Heinrich Meske, die Ende der 1940-er Jahre dieselbe Wohnadresse angaben.⁴⁷⁸ Es ist zu vermuten, dass es neben den ermittelten Fällen weitere Redakteure gab, die aufgrund der Wohnungsnot ähnlich handelten und bei Kollegen wohnten. Das Problem, die Redakteure in den Jahren der Nachkriegszeit unterzubringen, darf hierbei keineswegs unterschätzt werden. Innerhalb weniger Monate nach dem Krieg zogen 112.000 Menschen nach Hamburg, sodass die britische Militärregierung im Oktober 1945 zunächst eine Zuzugssperre verhängte.⁴⁷⁹ Ein weiterer Beleg für die in den Nachkriegsjahren anhaltende Wohnungsnot ist im Hilfesuch des ersten Chefredakteurs Wilhelm Schulze an den Senatsdirektor Erich Lüth im September 1948 zu sehen. Schulze bat Lüth, ihm bei dem Erwerb von einer Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigung sowie der

⁴⁷⁵ Die Einteilung Hamburgs in sieben Bezirke erfolgt hierbei in Anlehnung an das Bezirksveraltungsgesetz von 1949. Zur Erläuterung der Stadtentwicklung Hamburgs nach dem Zweiten Weltkrieg siehe Martens: Metropole, S. 245-251.

⁴⁷⁶ Der Inlandskorrespondent Adam Vollhardt wohnte in Frankfurt am Main. Er gehörte seit 1948 zum Redaktionsteam und konnte aufgrund seiner Auslandserfahrung in Asien und im Nahen Osten, aber auch durch den Dienst für das DNB mit 38 Jahren bereits auf eine ereignisreiche Karriere als Journalist zurückblicken. Vollhardt wurde durch die Briten als unbedenklich eingestuft. Vor 1933 war er Mitglied der SPD und schloss sich auch während des Nationalsozialismus keiner Organisation an, die eine Sympathie zur NS-Politik nahelegt. StAHH, 221-11 Nr. F (P) 5880, Adam Vollhardt.

⁴⁷⁷ StAHH, 221-11 Nr. 06329, Wolfgang Köhler.

⁴⁷⁸ StAHH, 221-11 Nr. I (0) 57, Jan Ollig; StAHH, 221-11 Nr. Z 2510, Heinrich Meske.

⁴⁷⁹ Martens: Metropole, S. 155.

Beschaffung einer Unterkunft für Dr. Eduard Wildhagen behilflich zu sein.⁴⁸⁰ Eduard Wildhagen, der vor seiner Einstellung beim „Nordwestdeutschen Rundfunk“ gearbeitet hatte, war wissenschaftlicher Mitarbeiter des HABL.⁴⁸¹

Die Analyse der Wohnorte zeigt demnach nicht nur präferierte Wohngebiete auf, sondern manifestiert sich darüber hinaus als Sozialindikator innerhalb der Nachkriegsgesellschaft. Folgende Tabelle bietet Aufschluss darüber, wo die Redakteure des HABL im Zeitraum von 1948 bis 1965 in Hamburg wohnten.

Tabelle 5: Wohnorte der Redakteure und Redakteurinnen in Hamburg

	Hamburger Bezirke						
Stadtteile	Altona (12)	Bergedorf (1)	Eimsbüttel (15)	Hamburg-Mitte (3)	Hamburg-Nord (14)	Harburg (0)	Wandsbek (5)
	Altona-Altstadt (1)	Berge-dorf (1)	Eimsbüttel (1)	Altstadt (2)	Alsterdorf (2)		Eilbek (2)
	Blankenese (4)		Harvestehude (5)	St. Georg (1)	Eppendorf (3)		Sasel (1)
	Groß Flottbek (1)		Niendorf (1)		Fuhlsbüttel (3)		Wandsbek (1)
	Osdorf (1)		Rotherbaum (8)		Hohenfelde (1)		Volksdorf (1)
	Othmarschen (1)				Hoheluft (1)		
	Ottensen (2)				Ohlsdorf (1)		
	Sternschanze (2)				Winterhude (3)		
Anteil	24%	2%	30%	6%	28%	0%	10%

Aus den Daten geht hervor, dass ein Großteil der Redakteure in den Bezirken Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord wohnte. Insbesondere Blankenese, Rotherbaum, Harvestehude, Winterhude, Eppendorf und Fuhlsbüttel scheinen populäre Stadtteile zum Wohnen für die Redakteure gewesen zu sein. Gründe hierfür können in der Nähe zum Standort des HABL gesehen werden, da das HABL in seinem Gründungsjahr in der „Alten

⁴⁸⁰ Brief von Wilhelm Schulze an Erich Lüth am 28.9.1948, in: StAHH, Senatskanzlei II, 6315.

⁴⁸¹ StAHH, 221-11 Nr. 34826, Eduard Wildhagen.

Volksfürsorge“ An der Alster 61 seinen Sitz hatte.⁴⁸² Außerdem ist zu beobachten, dass südliche Bezirke wie Bergedorf oder Harburg von lediglich zwei Prozent der Redaktion bewohnt wurden.

82 Prozent der Redakteure wohnte somit in einem Umfeld, das sich in der Nähe des Verlagssitzes befand. Das lässt die Annahme zu, dass sie wiederum wenig Kontakt zu sozial-schwächeren Milieus hatten. Das soziale Umfeld der HABL-Redakteure war überwiegend durch eine gut-bürgerliche Nachbarschaft geprägt.⁴⁸³ Die Bezirke Altona, Eimsbüttel und Hamburg-Nord stellten in der sozial-räumlichen Gliederung Hamburgs Wohngegenden dar, die sich in der Nachkriegszeit überwiegend durch finanziell gutgestellte Bewohner charakterisieren lassen. Vor allem die von den HABL-Redakteuren bevorzugten Stadtteile der Elbvororte, Rotherbaum, Harvestehude, Eppendorf und Winterhude passen in diese Sozialstruktur.⁴⁸⁴ Wenige Redakteure wohnten in Vierteln, die von Arbeitern und Angestellten bewohnt wurden. Hierzu zählen beispielsweise die Stadtteile Eimsbüttel und Niendorf, in denen die Redakteure Rudolf Michael und Marie-Louise Löffler wohnten.⁴⁸⁵

⁴⁸² Weitere Standorte waren im späteren Verlauf der Zeitungsgeschichte die „Kaiser-Wilhelm-Straße 20“, die „Caffamacherreihe“ und seitdem das HABL durch die Funke Medien Gruppe im Jahr 2013 übernommen wurde, ist der Sitz seit 2015 im Nikolai-Viertel am „Großen Burstah 18-32“. Haider, Lars: Art. „Mittendrin“, in: HABL Nr. 115, 20.5.2015.

⁴⁸³ Angaben über die Sozialstruktur Hamburgs sind in den Sozial-Monitoring Berichten zu lesen, die seit 2010 jährlich erscheinen. Darin besteht auch gleichzeitig die Problematik für die Auswertung der Wohnadressen der Redakteure, da es wenig Referenzpunkte zur sozialräumlichen Gliederung Hamburgs in den 1950-er Jahren gibt. Die Dissertation von Peter Braun liefert Anhaltspunkte zur sozialräumlichen Verteilung in den 1950-er und 1960-er Jahren. Braun, Peter: Die sozialräumliche Gliederung Hamburgs (Weltwirtschaftliche Studien, Bd. 10), Göttingen 1968, S. 129-137.

Wenn man nach dem Sozialmonitoring-Bericht von 2021 urteilt, lässt sich erkennen, dass die oben genannten Stadtteile einen vergleichsweise hohen Statusindex vorweisen. Besonders Blankenese und der Norden Hamburgs können einen hohen Status verzeichnen. Statusniedrige Stadtteile Hamburgs und deren Analyse sind darüber hinaus in der Arbeit von Thomas Pohl nachzulesen. Er führt in seiner Studie an, dass vor allem Wohngebiete südlich der Elbe einen sozial-niedrigen Status aufzeigen. Rotherbaum könne demnach als „Urbanes Mischgebiet mit gehobenem Wohnen“ betrachtet werden. Pohl, Thomas: Zur quantitativen Analyse der raum-zeitlichen Strukturierung der Stadt, in: Sozialwissenschaften und Berufspraxis, Jahrgang 29, Heft 2, S. 208-224; Sozialmonitoring Integrierte Stadtteilentwicklung. Bericht 2021, URL: <https://haben.hamburg.de/contentblob/15711330/727d2c0115b88daaa3514f87297932cb/data/d-sozialmonitoring-bericht-2021.pdf> (eingesehen am 28.6.2022).

⁴⁸⁴ Braun: Gliederung Hamburgs, S. 129 ff.

⁴⁸⁵ Ebd., S. 134 ff.

5.3. Generationen

Ein wichtiger Bestandteil der kollektiven Biographie ist die Einordnung der Redaktion nach ihren Geburtsjahrgängen. Die daraus resultierenden Generationen orientieren sich hierbei an Detlev Peukerts und Christina von Hodenbergs Generationsmodellen. Christina von Hodenberg ist nicht die Einzige, die in der Erforschung und Interpretation der Generationen den Versuch unternimmt, die Essenz der Alterskohorte zu bestimmen, die sich aus den von 1918 bis 1930-Geborenen ergibt. Dennoch erscheint ihr Deutungsansatz für diese Arbeit am geeignetsten, da sich ihre Untersuchung auf die Analogie von medialer Öffentlichkeit und politischen Generationen am Beispiel der „45er“-Generation im Journalismus in der BRD bezieht.⁴⁸⁶

Detlev Peukerts Ansatz der gemeinsamen Erfahrungen innerhalb einer Altersgruppe bezieht sich auf vier Generationen, die sich von der „Wilhelminischen Generation“ über die „Gründerzeitgeneration“, Erste Weltkriegs- „Frontgeneration“ und die „Generation der ab 1900 Geborenen“ widerspiegeln.⁴⁸⁷ Auch wenn sich dieses Viergenerationenmodell vor allem auf Männer und die politische Elite des Deutschen Reiches konzentriert, erscheint Detlev Peukerts Einteilung und Generationsverständnis auf viele Redakteure des HABL zuzutreffen und kristallisiert sich demnach als beachtenswert für die vorliegende Arbeit heraus. Die übrigen Journalisten, die zwischen 1918 und 1930 geboren wurden, werden der „1945-er Generation“ zugeordnet. Dieses Deutungsmuster findet innerhalb der Forschung durch unterschiedliche Bezeichnungen Erwähnung.⁴⁸⁸ Voraussetzung dieser Generationskohorte ist, dass die betroffenen Personen den Nationalsozialismus in der Jugend kennengelernt haben und politische Verantwortung für das NS-Regime zu tragen hatten. Ferner werden dieser Personengruppe herausragende Persönlichkeiten zugeordnet, die sich für Demokratie und den Wiederaufbau Deutschlands verdient gemacht haben.

⁴⁸⁶ Hodenberg, Christina von: Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die „45er“ in der Bundesrepublik, in: Jureit, Ulrike; Wildt, Michael (Hgg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, in Hamburg 2005, S. 266-294.

⁴⁸⁷ Ebd., S. 88.

⁴⁸⁸ Hodenberg, Christina von: Zur Generation der 45er. Stärken und Schwächen eines Deutungsmusters, in: bpb-online, Januar 2020, URL: <https://haben.bpb.de/apuz/303637/zur-generation-der-45er-staerken-und-schwaechen-eines-deutungsmusters#footnode21-21> (eingesehen am 5.1.2022).

Als Grundlage für die Deutung und Zusammensetzung dieser Generationen gilt seit den 1920-er Jahren die Arbeit von Karl Mannheim, die Alterskohorten anhand von mehreren Kriterien bestimmt.⁴⁸⁹ Demnach ergeben sich Generationen aus Jahrgängen, die nicht nur nahe beieinander liegen, sondern vor allem in der Jugend die gleichen Erfahrungen in einem zeitlich begrenzten Zeitraum gemacht haben. Hierbei ist innerhalb der Forschung weiterhin umstritten, welche Rolle historische Epochen wie das Kaiserreich, der Erste Weltkrieg, die Weimarer Republik oder das „Dritte Reich“ spielen.⁴⁹⁰ Nach Hans Jaegers Auffassung erlangt der historische Generationsbegriff erst dann an Bedeutung, wenn man ihn im Zusammenhang mit historischen Zäsuren wie Weltkriegen, Weltwirtschaftskrisen oder Naturkatastrophen betrachtet.⁴⁹¹

Während Karl Mannheim und Detlev Peukert sich vor allem an diesen orientieren und sich ihre generationsspezifischen Deutungsmuster auf den Erfahrungsaustausch im Jugendalter bzw. auf die politische männliche Elite beziehen, ist die Generationsanalogie nach Christina von Hodenberg für die von 1918 bis 1930-Geborenen breiter gestreut.

Demzufolge wird die „politische Generation“ erst durch den Erfahrungsaustausch des Erlebten geprägt. Die Personen, die als „45er“-Generation bezeichnet wird, verbindet demnach die Kindheit und Jugend in der Weimarer Republik bzw. im Nationalsozialismus und die „allmählich zur Hegemonie aufgestiegene Deutung einer tiefgreifenden historisch-kulturellen Erfahrung“⁴⁹². Generationsprägende Erfahrungen können dabei nicht nur die Phase der Adoleszenz sein, sondern auch der Umbruch und die Zäsur durch das Kriegsende, die nach Christina von Hodenberg bei vielen das Gefühl des „Betrogenseins“ auslöste.⁴⁹³ Während Helmut Schelsky, der die Alterskohorte von 1918 bis 1930 als „skeptische Generation“ bezeichnet und aus der Desillusionierung des Zusammenbruchs des NS-Systems das Bedürfnis schlussfolgert, dass die betroffenen Personen die Flucht

⁴⁸⁹ Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen (1928), in: Wolff, Kurt H. (Hg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Neuwied/Berlin 1964, S. 509-565.

⁴⁹⁰ Jureit, Ulrike; Wildt, Michael: Generationen, in: Jureit, Ulrike; Wildt, Michael (Hgg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005, S.7-26, hier S. 20.

⁴⁹¹ Jaeger, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 429-452.

⁴⁹² Hodenberg, Christina von: Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die „45er“ in der Bundesrepublik, in: Jureit, Ulrike; Wildt, Michael (Hgg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, in Hamburg 2005, S. 266-294, hier S. 268.

⁴⁹³ Hodenberg: Politische Generationen, S. 273.

ins Unpolitische in den Folgejahren suchten, stellt Christina von Hodenberg heraus, dass der Wille zum Wiederaufbau und zur Stärkung der Demokratie charakteristisch für diese Generation gewesen sei.⁴⁹⁴ In Folge dessen ergab ihre Studie, dass die untersuchten Journalisten sich weniger mit der eigenen Verbindung zum Nationalsozialismus auseinandersetzten, sondern vielmehr dafür Sorge trugen, dass nach den Ursprüngen des Versagens und Desasters gefragt wurde, um eine Rückkehr in totalitäre Strukturen zu verhindern.⁴⁹⁵ Ähnlich wie Anthony Moses und Jan-Werner Mueller, die den „45ern“ eine reformatorische Rolle im Rahmen des Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zuweisen⁴⁹⁶, erkennt Christina von Hodenberg in der Journalistengruppe eine Mentalität, die sich aus der Stärkung der Demokratie, aber auch aus regierungskritischer Berichterstattung zusammensetzte.

Zwei weitere Aspekte erscheinen im Rahmen ihrer Untersuchung für die Analyse der HABL-Redaktion interessant: Christina von Hodenberg betont, dass vor allem Berufsanfängern eine blühende Zukunft aufgrund ihrer politischen Unschuld bevorstand. Insbesondere in der amerikanischen Besatzungszone und in den Nachrichtenagenturen sei daher die Zahl der Berufsanfänger hoch gewesen.⁴⁹⁷ Die Konsequenz aus der Einstellung der politisch weniger Belasteten bestand darin, dass diese Journalisten im Zeitraum von 1957 bis 1963 Führungspositionen übernahmen und somit einen Generationswechsel einleiteten. Beim HABL kann diese Beobachtung nur bedingt festgestellt werden. Von 1952 war Otto Siemer der Chefredakteur und wurde erst Mitte der 1960-er Jahre durch Martin Saller abgelöst. Beide Journalisten gehörten Generationen an, die vor 1918 geboren sind. Saller kann der „Kriegsjugend“-Generation zugeordnet werden, da er 1916 geboren wurde und Siemer ist mit seinem Geburtsjahr von 1898 Teil der „Frontgeneration“.

⁴⁹⁴ Schelsky, Helmut: Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Frankfurt am Main/ Berlin/ Wien 1975, S. 484.

⁴⁹⁵ Hodenberg: Politische Generationen, S. 274.

⁴⁹⁶ In beiden Arbeiten wurden Personengruppen in Westdeutschland untersucht, die zur Bildungselite gehörten. Jan-Werner Mueller stellte Forschungen in der Gruppe der Intellektuellen im Rahmen der „45“-Generation an und Anthony D. Moses untersuchte Professoren aus der BRD, die zu dieser Alterskohorte gehörten. Mueller, Jan-Werner: Another Country. German Intellectuals, Unification and National Identity, New Haven 2000, S. 1; Moses, Anthony Dirk: The Forty-Fivers. A Generation between Facism and Democracy, in: German Politics and Society 17 (1999), S. 94-126.

⁴⁹⁷ Hodenberg: Politische Generationen, S. 275.

Ein weiteres Charakteristikum der „45er“- Generation war nach Christina von Hodenberg der Verzicht der Redakteure innerhalb der Redaktion, Fragen zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Kollegen und Kolleginnen zu stellen. Als Beispiel hierfür geht sie auf den politischen Berater Springers, Hans Zehrer, ein, der 1953 Chefredakteur bei der „Welt“ wurde und als politisch belastet galt.⁴⁹⁸ Journalisten der „45“-er Generation legten ihren Fokus vielmehr auf Kooperation und Synergie als auf Konflikte und Auseinandersetzungen. Inwiefern dieser Habitus auf die HABL-Redaktion zutrifft, ist schwer zu sagen. Es ist davon auszugehen, dass ähnliche Verhaltensmuster in den Anfangsjahren der Zeitung auftraten. In erster Linie ging es dem Verleger und seiner Redaktion darum, eine Zeitung zu schaffen, die für die Menschen einen wichtigen Beitrag im Nachkriegszeit-Alltag leistete, und sie mit den wichtigsten Informationen zu Politik, Wirtschaft, Lokalem und Unterhaltung zu versorgen.⁴⁹⁹

Um dieser Maxime gerecht werden zu können, war es wichtig, kompetente und erfahrene Journalisten in den eigenen Reihen zu haben, die in der Lage waren, das publizistische Konzept nach Springers Vorstellungen umzusetzen. Darüber hinaus wurden im Zuge der Recherchen keine etwaigen „Entlarvungsmaßnahmen“ innerhalb der Redaktion ermittelt. Wie sich die HABL-Redaktion in Anbetracht der Altersstruktur genau zusammensetzte, soll die folgende Tabelle veranschaulichen. Hierfür wurden die bereits erläuterten Klassifikationen vorgenommen.

Tabelle 6: Generationen nach den Positionen beim HABL von 1948 bis 1965

	Chefredakteure (3)	Leitende Redakt. (23)	Redakteure (50)	Freie Mitarbeiter (7)	Volontäre (2)	Leit. Funktion (6)
<i>1880-1899 „Frontgeneration“</i>	67 %	13 %	14 %	29 %	0 %	50 %
<i>1900-1917 „Kriegsjugend“</i>	33 %	26 %	28 %	43 %	50 %	33 %
<i>1918-1930 „45er“</i>	0 %	35 %	24 %	29 %	50 %	17 %

⁴⁹⁸ Hodenberg: Politische Generationen, S. 283.

⁴⁹⁹ Rede Axel Springers zum zehnjährigen Jubiläum des HABL am 14.10.1958, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

<i>unbekannt</i>	0 %	26 %	34 %	0 %	0 %	10 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

Die Gesamtzahl der untersuchten Personen bezieht sich in dieser Tabelle auf 91 statt auf 95 Redakteure, da von vier Betroffenen weder bekannt war, welche Position sie innerhalb der Redaktion bekleideten, noch in welchem Jahr sie geboren wurden. Es wurden lediglich zwei Volontäre ermittelt, da – wie bereits erwähnt – die jeweils hierarchisch höhere Position gewertet wurde. Einige Redakteure begannen ihre Karriere beim HABL mit einem Volontariat, wie z. B. Günter Genske, der 1948 eingestellt wurde und im Laufe der Jahre zum stellvertretenden Chefredakteur avancierte und dadurch zu den leitenden Redakteuren gezählt wurde.

Die Auswertung der Geburtsjahrgänge zeigt auf, dass mit knapp 60 Prozent Personen in der Redaktion arbeiteten, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts geboren wurden sind und bei der Einstellung beim HABL zwischen 31 und 61 Jahre alt waren. Auf den ersten Blick erweckt dies den Eindruck, dass beim HABL eine vergleichsweise junge Redaktion gearbeitet haben müsste. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass 45 Prozent der untersuchten Redakteure zwischen 1887 und 1917 geboren wurden sind und der Altersdurchschnitt bei der Hälfte der Redaktion bei 46 Jahren lag. Rund 26 Prozent gehören der „45-Generation“ an und waren bei der Einstellung beim HABL Ende der 1940-er Jahre ungefähr 20 bis 25 Jahre alt. Hervorzuheben sind bei der Altersstruktur zwei Auffälligkeiten: Die Chefredakteursposten wurden mit Wilhelm Schulze, Otto Siemer und Martin Saller an Redakteure vergeben, die nicht nur bereits im „Dritten Reich“ tätig waren, sondern auch die Pressestrukturen aus der Weimarer Republik kannten.⁵⁰⁰

Außerdem verfügten alle drei Chefredakteure aus der Sicht Springers über hinreichend Expertise und Berufserfahrung, um den Erfolg der ersten unabhängigen und überparteilichen Tageszeitung Hamburgs zu garantieren und fortzusetzen. Ein weiteres Ergebnis ist, dass leitende Funktionen überwiegend an Personen vergeben wurden, die zur „Front- und

⁵⁰⁰ Der erster Chefredakteur Wilhelm Schulze wurde als politisch unbelastet durch den britischen Entnazifizierungsausschuss eingestuft. Ein Jahr vor der Einstellung beim HABL hatte sich Schulze beim DPD beworben. Einen Großteil seiner vorherigen journalistischen Tätigkeit während des Nationalsozialismus verbrachte er in Japan. StAHH, 221-11 Z 5268, Wilhelm Schulze.

Kriegsjugendgeneration“ gehörten. Im Laufe der 1950-er Jahre und vor allem Anfang der 1960-er Jahre wurde mehr Verantwortung an die Jüngeren übertragen.

In den Anfangsjahren des HABL wird jedoch deutlich, dass vor allem auf Kompetenz und Erfahrung gesetzt wurde, wenn es um hierarchisch höhere Posten ging. Zudem kann festgehalten werden: Je älter die Redakteure wurden, desto mehr Verantwortung wurde ihnen übertragen. Daraus resultiert ein erkennbarer Konsens zwischen Altersstruktur und Hierarchie. Vergleicht man die Zahlen mit anderen Zeitungen, die Ende der 1940-er Jahre entstanden sind, wird deutlich, dass das HABL keine Besonderheit in der Hamburger Presselandschaft darstellte. Es konnte beobachtet werden, dass knapp 70 Prozent der Chefredakteure und 31 Prozent der leitenden Redakteure aus den Jahrgängen bis 1899 stammten.⁵⁰¹

Somit lässt sich daraus für die Personalpolitik Springers schließen, dass Springer als relevante Kriterien für eine Einstellung der Redakteure Erfahrung und Expertise erachtete, wenn es um verantwortungsvolle Posten ging. Nichtsdestotrotz darf nicht darüber hinweggetäuscht werden, dass ein Großteil des Redaktionsstammes aus Personen bestand, die ihre Karriere noch vor sich hatten und Sorge dafür tragen mussten, den Erfolg und das Fortbestehen des HABL zu gewährleisten. Die Aufgabe dieser Redakteure war nicht minder schwierig als die derjenigen, die 1948 Verantwortung übernahmen und das HABL in demokratischen Pressestrukturen etablieren sollten. Mit 35 Prozent der leitenden Redakteure, die aus der „45er“-Generation stammten, ist eine Verschiebung der Generationen innerhalb der Führungsebene zugunsten der jungen und aufstrebenden Journalisten beim HABL zu erkennen.

5.4. Berufliche Werdegänge

Einige Redakteure, die beim HABL 1948 eingestellt worden waren, machten eine bemerkenswerte Karriere im Springer Verlag. Dieses Kapitel zielt in erster Linie darauf ab, eine thematische Hinführung zur Frage herzustellen, inwiefern das „Dritte Reich“ und seine Folgen eine Zäsur im beruflichen Lebenslauf der Journalisten darstellten. Von

⁵⁰¹ Sonntag: Medienkarrieren, S. 275.

besonderem Interesse sind vor allem die Karrieristen⁵⁰² beim HABL. Hierfür erscheinen die Analyseparameter der durchlaufenen Ausbildungsstationen, Abschlüsse und Tätigkeiten vor der Einstellung beim HABL besonders geeignet. Hervorzuheben sind hierbei die Tätigkeiten der Redakteure von 1933 bis 1945, da sie als Referenz zum Untersuchungsschwerpunkt des „Neuanfangs, Rückkehr und Kontinuität“ der Redakteure gesehen werden können. In diesem Zuge wird ebenfalls der Frage nachgegangen, welche Journalisten und Journalistinnen bereits in der Weimarer Republik tätig waren und somit Erfahrungen aus zwei Pressesystemen in die Anfangsjahre des HABL einbrachten.

Der Erfahrungsraum Krieg und der Wehrdienst werden als gesonderter Untersuchungsgegenstand betrachtet und vor allem in die Tätigkeit als Soldat und den Ort der Kriegsgefangenschaft unterteilt. Dieser kann bei der Untersuchung der Berichterstattung möglicherweise Aufschluss darüber geben, ob die Gefangenschaft Einfluss auf die Einstellung der Redaktion zu den Alliierten bzw. zum Nationalsozialismus hatte und sich gegebenenfalls auf spätere Artikel im HABL auswirkte. Außerdem werden die weiblichen Redakteurinnen und ihre Laufbahnen beim HABL in den Vordergrund gerückt, da ansonsten die Redaktion der Zeitung hauptsächlich von Männern bestand. Mit Clara Reversbach war eine jüdische Redakteurin für das Abendblatt tätig, die zur Zeit des Nationalsozialismus aus Deutschland emigrierte und ab 1948 als Auslandskorrespondentin in London für das HABL tätig war.⁵⁰³ Daher wird ebenfalls ein Schwerpunkt auf den Redakteuren liegen, die zur Zeit des „Dritten Reichs“ Restriktionen unterstanden und entweder berufliche Einschränkungen erfuhren oder gezwungen waren, das Land zu verlassen. Bedeutsam erscheint in diesem Zuge die Frage, ob diese Personen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland zurückkehrten oder ob sie aufgrund ihrer Erfahrungen und Skepsis der Politik der Alliierten gegenüber in ihrer neuen Heimat blieben.

5.4.1. Ausbildung

Der Faktor „Ausbildung“ soll im Zuge der Untersuchung ebenfalls berücksichtigt werden. Dadurch kann bestimmt werden, wie hoch der akademische Grad der Redaktion war

⁵⁰² Als „Karrieristen“ werden diejenigen Personen beim HABL bezeichnet, denen man verantwortungsvolle journalistische Positionen während der NS-Zeit und der Nachkriegszeit nachweisen konnte. Nähere Erläuterungen zur Terminologie sind in Kap. 6.2. nachzulesen.

⁵⁰³ An anderer Stelle wird in der Arbeit dezidiert auf weitere einzelne herausragende Karrieren der Redakteure eingegangen. Siehe hierfür Kap. 6.2.

und welche Abschlüsse am häufigsten angestrebt bzw. absolviert wurden. Als besonders hoch erweist sich der Anteil der unbekanntem Abschlüsse der Redakteure. Mit 51 Prozent konnte für die Hälfte der Redakteure nicht nachgewiesen werden, welche grundlegende Ausbildung oder welchen Abschluss sie bei der Einstellung beim HABL vorweisen konnten. Gleichwohl lassen sich einige Aussagen über 49 Prozent der Redaktion bzw. 47 Personen treffen, deren Daten hierzu ermittelt werden konnten. Bei ihnen lässt sich feststellen, dass 30 Prozent ein Studium abgeschlossen haben und 21 Prozent sogar promoviert worden sind. Neben den studierten und promovierten Kollegen haben weitere 26 Prozent der Redakteure ein Gymnasium besucht und ihr Abitur bestanden. Von den weiblichen Redakteurinnen sind lediglich vier Abschlüsse bekannt. Demnach haben Sabine Tomzig, Inge Santner und Gisela Schoeler einen Promotionsabschluss.⁵⁰⁴

Tabelle 7: Ausbildungen und Abschlüsse von 1948 bis 1965

	Männlich (86)	Weiblich (9)	Gesamt (95)
<i>Volksschule</i>	5 %	0 %	4 %
<i>Berufsschule</i>	1 %	0 %	1 %
<i>Lehre</i>	6 %	11 %	6 %
<i>Abitur</i>	14 %	0 %	13 %
<i>Studium</i>	16 %	0 %	15 %
<i>Promotion</i>	8 %	44 %	12 %

⁵⁰⁴ Nach der Recherche im Unternehmensarchiv Axel Springers und der Einsicht des Karlsruher Virtuellen Katalogs war es möglich, die Dissertationen der Redakteurinnen ausfindig zu machen. Während Inge Santner und Gisela Schoeler in Geschichte promoviert wurden, schrieb Sabine Tomzig ihre Arbeit in Musikwissenschaften. Nachweise hierfür online unter URL: https://kvk.bibliothek.kit.edu/view-title/index.php?katalog=BVB&url=https%3A%2F%2Fwww.gateway-bayern.de%2FBV026702237&signature=jl0T_4DR1pRG5FE9J2NpC5Cwc2O8zlx5P4eQhAeQnhg&showCoverImg=1, (eingesehen am 21.11.2022).

<i>Unbekannt</i>	50 %	45 %	49 %
Summe	100 %	100 %	100 %

5.4.2. Beschäftigung vor der Einstellung beim „Abendblatt“

Folgende Ergebnisse beziehen sich auf die Redakteure, die bereits in den 12 Jahren der Diktatur journalistisch tätig waren. Im Zuge der Recherchen konnten hierbei 45 Männern und drei Frauen Tätigkeiten nachgewiesen werden, denen sie von 1933 bis 1945 nachgegangen sind. Insgesamt 33 Prozent der untersuchten Personen konnte keine berufliche Tätigkeit nachgewiesen werden, was womöglich damit zusammenhängt, dass knapp ein Drittel der Redaktion im Zeitraum von 1918 bis 1930 geboren ist und sie sich somit zur Zeit des „Dritten Reichs“ in der Schule oder in der Universität befanden. Das ergibt zeitgleich einen relativ hohen Anteil an Berufsanfängern, die beim HABL ihre berufliche Laufbahn begannen. Bei insgesamt 24 Redakteuren konnten für den Zeitraum von 17 Jahren keine berufliche Tätigkeit ausgemacht werden, die beim HABL ihre ersten journalistischen Schritte unternahmen.

33 Prozent der HABL-Redaktion war bereits im „Dritten Reich“ journalistisch tätig. Besonders auffällig ist hierbei der Anteil derer, die vor allem beim HF als Redakteur arbeiteten. Dabei wird ersichtlich, dass 24 Prozent der HABL-Redaktion zu Beginn der Erscheinung der Zeitung aus ehemaligen HF-Redakteuren bestand. Zwei weitere Mitarbeiter, die das HABL übernommen hatte, waren ebenfalls beim HF tätig. Außerdem übernahm das HABL drei ehemalige Chefredakteure und sechs Personen, die in leitender Funktion bei einer Zeitung im Nationalsozialismus tätig waren. Einer von ihnen war der spätere Verlagsleiter Karl Andreas Voss, der von 1948 bis 1963 für das HABL arbeitete. Voss war von 1940 bis 1945 ebenfalls als Geschäftsführer beim Broschek Verlag tätig.⁵⁰⁵ Aus diesem Grund verwundert der Konflikt zwischen Broschek und Springer Anfang der 1950-er Jahre keineswegs. Dem Broschek Verlag missfiel demnach nicht nur, dass angeblich formalstrukturelle Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Zeitungen zu erkennen waren. Ferner kann davon ausgegangen werden, dass es dem Verlag ein Dorn im Auge war, dass ein Großteil der ehemaligen Redaktion nun für Springer arbeitete. Für den

⁵⁰⁵ StAHH, 221-11 Misc 10208, Karl Andreas Voss.

Jungverleger war die ehemalige Belegschaft von Broschek ein Glücksfall, da sie sich in Hamburg auskannte und journalistische Expertise mit sich brachte.

Vergleichsweise niedrig fallen die Angaben zu den Volontariaten aus. Lediglich für zwei Personen konnte ein solches im Nationalsozialismus nachgewiesen werden. 15 Prozent übten andere Berufe aus. Demnach ergibt sich eine Berufsanfängerquote von 25 Prozent in den ersten 17 Jahren des HABL. Das sorgte neben den vielen erfahrenen Redakteuren für neue Perspektiven in der Redaktion, die die Zukunft des HABL sichern sollten. Ferner ist anzunehmen, dass die Briten Berufsanfänger ohne publizistische Vorprägungen aus der Zeit der NS-Presspolitik guthießen und diese jungen Journalisten perspektivisch mit halfen, eine Presselandschaft nach demokratischen Wertmaßstäben aufzubauen. Nicht wenige von ihnen machten eine bemerkenswerte Karriere im Springer Verlag. Bei erkanntem Talent wurden die Redakteure weitergebildet und erhielten schnell mehr Verantwortung. Es konnten keine Redakteure ermittelt werden, die ihren Beruf nach der Zeit des Nationalsozialismus aufgegeben hatten.⁵⁰⁶

Tabelle 8: Tätigkeiten von 1933 bis 1945

	Chef- redakteure	Leit. Funktion	Redak- teure	Freie Mit- arbeiter	Volontäre	Andere Berufe	Unbe- kannt
<i>Männer</i>	3 %	6 %	33 %	2 %	1 %	13 %	33 %
<i>Frauen</i>	0 %	0 %	1 %	0 %	0 %	2 %	6 %

Anders verhalten sich die Zahlen, wenn man die Biografien der aufgrund von Repressalien des NS-Regimes emigrierten Personen in die Untersuchung miteinbezieht. Mit Clara Reyersbach, Ernst Friedländer und Walter Rothenburg stellte das HABL drei Journalisten bzw. „Nicht-Arier“ ein. Während Reyersbach 1938 nach Großbritannien ausgewandert war und dort verblieb, kam Friedländer nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nach Deutschland zurück. Rothenburg durfte nach Kriegsende zunächst nicht als Journalist arbeiten, da er – nach eigenen Angaben aus Gründen der Tarnung – pro-

⁵⁰⁶ Es konnte zwar keine Berufsaufgaben ermittelt werden, aber Berufsverbote für vier Redakteure. Darauf wird im Kapitel zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Redakteure ausführlicher eingegangen.

nationalsozialistische Schriften in den 1930-er Jahren verfasste. Er arbeitete 1948 als freier Mitarbeiter für das HABL.

Clara Reversbach war die einzige Festangestellte, die jüdischen Glaubens war. Als freier Kolumnist arbeitete Ernst Friedländer 1950 für das HABL. Friedländer hatte einen jüdischen Vater und wanderte bereits in den 1920-er Jahren aus, um für die Firma Agfa in den USA zu arbeiten. Er ist anders als andere Emigranten nicht aus Deutschland geflohen. Nach seinem Aufenthalt in den USA immigrierte er mit seiner Familie in die Schweiz und verfasste dort Schriften, die nach dem Zweiten Weltkrieg vom Hamburger Verlag Hoffmann und Campe herausgegeben wurden. Ab 1946 arbeitete er für die „Zeit“, wo er schnell zum stellvertretenden Chefredakteur aufstieg.⁵⁰⁷ Manche Redakteure haben aufgrund von abweichenden politischen Ansichten, sowie Kooperation mit Juden bzw. Ehe mit jüdischen Frauen im Nationalsozialismus berufliche Einschränkungen erfahren.⁵⁰⁸ Insgesamt erfuhren zehn Redakteure Unterdrückungsmaßnahmen durch die Nationalsozialisten und somit 22 Prozent der 45 Redakteure, mit denen das HABL in seinem Gründungsjahr begann.

Eine Studie belegt, dass im Zeitraum von 1933 bis 1945 2.000 Journalisten Deutschland und deutschsprachige Nachbarstaaten verließen und lediglich 677 wieder zurückkamen. Hiervon kehrten 70 Prozent nach Deutschland zurück und 79 Personen wurden in der britischen Zone wohnhaft. Lediglich 36 Journalisten nahmen ihre alte Profession wieder auf.⁵⁰⁹ Für den geringen Anteil an Rückkehrern gibt es multikausale Erklärungsansätze: Zum einen hatten die Journalisten politische Beweggründe, um sich gegen eine Rückkehr nach Deutschland zu entscheiden. Dadurch, dass mit alten Poesstraditionen gebrochen und ein neues Mediensystem nach britischem Vorbild installiert worden war, entschieden sich manche bewusst gegen eine Wiederaufnahme ihrer journalistischen Tätigkeit in Deutschland. Andererseits waren die Briten skeptisch, ob ein Neuanfang mit Journalisten gelingen könnte, die bereits in der Weimarer Republik tätig waren. Es wurde vermutet,

⁵⁰⁷ Sonntag: Medienkarrieren, S. 249 ff.

⁵⁰⁸ Als Beispiel für die Ehe mit einer Jüdin kann an dieser Stelle der Redakteur Gustav Göring genannt werden. Er wurde durch die Gestapo verhaftet und unter Druck gesetzt, seine Ehe zu annullieren. Laut eigener Angaben habe er sich dem widersetzt und erlitt dadurch berufliche Einschränkungen. Göring war Schriftleiter beim Ullstein Verlag, der später in „Deutscher Verlag“ unbenannt wurde. StAHH, 221-11 Misc 866, Gustav Adolf Döring.

⁵⁰⁹ Biller, Marita: Exilstationen. Eine empirische Untersuchung zur Emigration und Remigration deutschsprachiger Journalisten und Publizisten, Münster/ Hamburg 1994, S. 224 ff.

dass sie als moralische Ankläger gegenüber denjenigen auftraten, die sich den NS-Pressstrukturen gebeugt hatten und nicht ins Ausland gegangen waren.⁵¹⁰

Tabelle 9: Tätigkeiten vor 1933

	Chefredakteure	Leit. Funktion	Redakteure	Freie Mitarbeiter	Volontäre	Andere Berufe	Unbekannt
<i>Männer</i>	3 %	5 %	12 %	11 %	1 %	26 %	34 %
<i>Frauen</i>	0 %	0 %	0 %	0 %	0 %	2 %	7 %

Diese Tabelle veranschaulicht, dass das HABL in den Anfangsjahren Redakteure und Mitarbeiter in seinen Reihen hatte, die bereits mit den Pressestrukturen der Weimarer Republik vertraut waren und mit journalistischer Erfahrung die Zeit des „Dritten Reichs“ erlebten. Insgesamt 13 Prozent waren journalistisch tätig, wovon zwei Personen bereits den Posten des Chefredakteurs innehatten. Einer von ihnen war Edgar Walsemann, der Chefredakteur bei den AN war, bis er 1935 zu den „Norddeutschen Nachrichten“ wechselte.⁵¹¹ Im Laufe der 1930-er Jahre gab er seine Tätigkeit als Redakteur bei den „Norddeutschen Nachrichten“ aus politischen Gründen auf. Ab 1938 war er als freier Schriftsteller tätig. Walsemanns Karriere zeigt einmal mehr, dass es Journalisten im „Dritten Reich“ gab, die zwar keinen öffentlichen Widerstand leisteten, aber eine Abneigung bzw. Verweigerung des aufoktroierten Pressesystems zeigten. Auch wenn dies mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen verbunden war. Der hohe Anteil der unbekanntenen Tätigkeiten von 34 Prozent lassen sich ähnlich wie bei Tabelle 8 erklären. Viele der 95 Redakteure bzw. Redakteurinnen sind erst in der Weimarer Republik geboren und können daher einer beruflichen Tätigkeit noch nicht nachgegangen sein.

⁵¹⁰ Clemens, Gabriele: Remigranten in der Kultur- und Medienpolitik der britischen Zone, in: Krohn, Claus Dieter; Schildt, Axel (Hg.): Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 39), Hamburg 2002, S. 50-65, hier S. 54; Mertens, Lothar: Presse und Publizistik, in: Krohn, Claus-Dieter u.a. (Hg.): Handbuch zur deutschsprachigen Emigration 1933-1945, Darmstadt 1998, S. 1062-1072.

⁵¹¹ Einen Grund für seinen Wechsel zu den „Norddeutschen Nachrichten“ konnte nicht ermittelt werden. Einen Anhaltspunkt bietet womöglich die Gehaltsbescheinigungen Walsers. Anhand der Dokumente ist zu erkennen, dass er einen Gehaltssprung von 2400 Reichsmark mit dem Zeitungswechsel machte. StAHH, 221-11 Misc 15166, Edgar Walsemann.

Mit einem Blick auf den Kriegsdienst kann festgehalten werden, dass von den HABL-Redakteuren 39 Prozent als Soldaten im Zweiten Weltkrieg tätig waren. Unter ihnen waren u.a. U-Boot-Fahrer, Piloten, Panzerfahrer und Infanteristen. Von acht Prozent ist bekannt, dass sie in Kriegsgefangenschaft waren. Hiervon waren drei Kriegsgefangene in Großbritannien inhaftiert und von den übrigen fünf ist nicht bekannt, in welchem Land sie interniert waren. Der spätere Chef vom Dienst Rolf von Barga musste sogar noch nach dem Krieg für zwei Jahre in Kriegsgefangenschaft verbleiben. Danach machte er ein Volontariat bei der „Niederdeutschen Zeitung“ und wurde dort für ein paar Monate als Redakteur eingesetzt, bis er 1948 zum HABL wechselte.⁵¹² Wenn man die Wehrdienstleistenden in die oben erläuterten Generationen einteilt, ergibt sich ein klares Bild: Die von 1900 bis 1917-Geborenen, die den Ersten Weltkrieg überwiegend als Jugendliche erlebten, wurden nun selbst tätig oder wurden eingezogen, um im Zweiten Weltkrieg zu kämpfen. Dies betraf 23 Prozent der Redaktion, die im Zeitraum von 1948 bis 1965 beim HABL arbeitete. Innerhalb der „45er“-Generation gab es 12 Redakteure, die Kriegsdienst geleistet hatten. Die Anzahl derer, die bereits im Ersten Weltkrieg kämpften, ist mit sieben Prozent der Redaktion vergleichsweise gering.

Die Zahlen bestätigen somit den Eindruck des damaligen jungen Schiffsredakteurs bzw. zunächst freien Mitarbeiters Peter Tamm, der von der Kriegserfahrung der Redaktion in der Anfangszeit beim HABL berichtete und Folgendes konstatierte: „Wir kamen aus dem Krieg, wir lebten in einer weiterhin zerstörten Stadt [...]. Da waren frühere U-Boot-Fahrer, Jagdflieger, Infanteristen, jeder zweite hatte eine Verwundung. Alles, was der Krieg übriggelassen hatte, fand sich da.“⁵¹³

Die Kriegserfahrungen waren eine Gemeinsamkeit, die viele Redakteure in den Anfangsjahren teilten. Laut Peter Tamm gab es in dieser schwierigen Nachkriegszeit zwei Personen beim HABL, die der Redaktion Hoffnung, Zuspruch und berufliche Orientierung gaben. Zum einen nennt er Axel Springer, „der uns eine Zukunft gab“⁵¹⁴ und mit seiner charismatischen Art und Weise Zuversicht schenkte. Außerdem erwähnt er den zweiten Chefredakteur, Otto Siemer, der es vermochte aus erfahrenen Redakteuren und Berufsanfängern ein Team zu formen, das ein Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelte und im

⁵¹² StAHH, 221-11 F (P) 35, Rolf Julius Heinrich von Barga.

⁵¹³ Zitiert nach Bahnsen, Uwe: Biografie Peter Tamm, Hamburg 2021, S. 64.

⁵¹⁴ Bahnsen: Tamm, S. 64.

Einklang miteinander arbeitete. Ähnlich wie der damalige Jungredakteur Tamm geht der Autor davon aus, dass charismatische Personen wie Springer und Siemer das Redaktionsteam nicht nur beeindruckten, sondern auch die Bedeutung des Konzeptes, das hinter der Zeitung stand, immer wieder vor Augen führten. Das publizistische Konzept und die Vielseitigkeit der ersten parteilich-unabhängigen Zeitung Hamburgs mit dem Schwerpunkt auf den Belangen der hamburgischen Bevölkerung stellte ein Novum in der Nachkriegspresse dar und eröffnete neue publizistische Perspektiven, die durchaus eine gewisse Anziehungskraft auf andere hatten. Wenngleich die Pionierarbeit mancherorts belächelt oder ihr gar Chancenlosigkeit auf dem Pressemarkt eingeräumt wurde, zeigt die Erfolgsgeschichte des HABL mit den steigenden Abonnements der 1950-er Jahre einen eindeutigen Zuspruch der Rezipienten.

5.4.3. Frauen beim „Abendblatt“

Ähnlich wie bei den Lizenzzeitungen Ende der 1940-er Jahre, ist auch beim HABL zu erkennen, dass Frauen keine verantwortungsvollen bzw. hierarchisch-höhergestellten Positionen zugewiesen wurden. Gründe dafür können darin liegen, dass sie zum Zeitpunkt ihrer Einstellung noch recht jung oder zu unerfahren für die Verleger waren. Wie bereits erwähnt, mussten Frauen zur Zeit des Krieges die Aufgaben vieler Männer übernehmen, sodass Zeitungen Redakteurinnen einstellten, um den Betrieb weiter aufrechtzuerhalten. Diesem Trend wurde nach dem Ende des Krieges entgegengewirkt. Nichtsdestotrotz waren fähige Redakteurinnen auf dem Arbeitsmarkt vorhanden. Sofern es die Ermittlungsergebnisse zulassen, war die Mehrheit der Frauen bei ihrer Einstellung beim HABL zwischen dreißig bis fünfzig Jahre alt. Weitere Gründe für die niedrige Einstellungsquote der Frauen könnte in dem Rollenmodell der 1950-er und 1960-er Jahre liegen und die damit einhergehende Aufgabenverteilung in den Familien: Die Frauen kümmern sich um die Kindererziehung und den Haushalt und der Mann ist für das Einkommen der Familie zuständig.⁵¹⁵ Ferner lassen die Studienergebnisse den Schluss zu, dass die Aussicht auf eine erfolgreiche Bewerbung mit einem hohen Bildungsabschluss einhergeht.⁵¹⁶ Die Erwartungshaltung gegenüber Frauen bei der Einstellung war eine andere als bei den Männern. Diese Annahme wird von der Studie von Christian Sonntag unterstützt. Er kommt

⁵¹⁵ Schildt: Moderne Zeiten, S. 90.

⁵¹⁶ Siehe hierfür Tabelle 3 und Tabelle 7.

ebenfalls zu dem Schluss, dass prozentual betrachtet, mehr Frauen als Männer einen Dokortitel trugen und sich somit über besondere Qualifikation hervorhoben.⁵¹⁷

Die einzige Redakteurin, die eine leitende Funktion innehatte, war Clara Reyersbach, die aus „rassepolitischen“ Gründen Deutschland 1938 verließ. Sie floh nach Großbritannien, wo sie zunächst u.a. als Übersetzerin und Sekretärin gearbeitet hatte. Zum Ende des Zweiten Weltkrieges wurde sie arbeitslos bis sie 1948 als Leiterin der Londoner Redaktion für das HABL arbeiten konnte. Clara Reyersbach konnte zu dem Zeitpunkt bereits auf eine Laufbahn als Journalistin zurückblicken. Sie arbeitete u.a. für das HF wie viele Redakteure des HABL. Als Auslandskorrespondentin arbeitete sie bis 1972 für die Zeitung, bis sie an einem Herzinfarkt im Urlaub auf Teneriffa verstarb. Das „Abendblatt“ beschrieb ihre Person und ihren journalistischen Stil in einem Nachruf vom 25. Januar 1972 wie folgt: „Sie hat den Lesern [...] über mehr als 23 Jahre England und die Engländer nähergebracht. Sie hat durch ihre Arbeit mitgeholfen, hüben wie drüben Schranken des Mißtrauens abzubauen. [...] Eine exzellente, allem Menschlichen aufgeschlossene Journalistin.“⁵¹⁸

An Qualifikation mangelte es den Redakteurinnen des HABL nicht. Ein Drittel der Frauen hatte einen Dokortitel und war im Politikressort tätig. Dabei wurden drei der neun Redakteurinnen im Ausland als Auslandskorrespondentinnen in London und Wien eingesetzt. Vier von den insgesamt neun Frauen fingen 1948 an, für das HABL zu arbeiten. Neben dem Politikressort waren sie für das Feuilleton und die „Bilderseite“ tätig. Besonderer Beliebtheit bei der Leserschaft erfreute sich in den 1950-er Jahren die Kolumne „Von Mensch zu Mensch“. Dr. Hildegard Damrow übernahm die Leitung dieser Sonderredaktion, nachdem Hans Erasmus Fischer 1956 verstorben war. Sie war neben ihrer Arbeit für die Kolumne als Gerichtsreporterin beim HABL tätig und veröffentlichte eigene Werke unter dem Synonym „Hildegard Michaelis“. Sie kann als Beispiel dafür gesehen werden, dass es beim HABL nicht nur eine Verschiebung der Verantwortung zugunsten der „45er“-Generation in den 1950-ern gab, sondern auch, dass den Redakteurinnen sukzessive mehr zugetraut wurde. Als weiterer Beleg für diese These kann neben Reyersbach und Damrow auch Marie-Luise Dalchow gesehen werden. Sie gehörte zu den

⁵¹⁷ Sonntag: Medienkarrieren, S. 278.

⁵¹⁸ Wiese, Eberhard von: Art. „Clara Reyersbach gestorben. 23 Jahre für das Hamburger Abendblatt in London“, in: HABL Nr. 20, 25.1.1972.

Redakteurinnen der „ersten Stunde“ und baute die Fotoredaktion auf.⁵¹⁹ Außerdem kümmerte sie sich um das Bildarchiv, das Labor und die Fotografen des HABL. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde sie Foto-Redakteurin und war verantwortlich für die „Serien-Fotobeschaffung“ der Zeitung.

Ähnlich wie bei anderen Hamburger Zeitungen drängten mehrere Frauen in die Branche⁵²⁰ und beim HABL wurde den Frauen zunehmend mehr Verantwortung übertragen. Andererseits kann anhand der Ergebnisse der Studie ebenfalls resümiert werden, dass leitende Funktionen oder Ausbildungswege innerhalb des Verlages zu einer Manager- oder Verlagsleitungsposition für Frauen nicht vorgesehen waren. Dabei hatten die Frauen prozentual gesehen mehr Promotionsabschlüsse als die Männer vorzuweisen. 44 Prozent der Frauen, die in den ersten 17 Jahren beim HABL arbeiteten, konnten einen solchen vorlegen, wohingegen lediglich acht Prozent der Männer einen Dokortitel trugen. Neben den Redakteurinnen haben weitere Frauen für das HABL gearbeitet, die aufgrund eines anderen Tätigkeitsbereichs nicht in die Auswertung der Daten miteinbezogen worden sind, jedoch nicht minder wichtig für die Anfänge und den Fortbestand des Blattes wichtig waren. Für die „Bilderseite“ wurde die Fotoarchivarin Liselotte Kurtz eingestellt.⁵²¹ Gleiches gilt für Käthe Zimmermann, die als Assistentin im Archiv arbeitete. Als Sekretärinnen konnten Anneliese Gade, Anke Harder, Heli Fischer, Martha Lübbe und Therese Lubs ermittelt werden.

5.5. Nationalsozialistische Vergangenheit

In diesem Unterkapitel wird die nationalsozialistische Vergangenheit der Redaktion im Hinblick auf mehrere Gesichtspunkte untersucht. Der Mitgliedschaft in der NSDAP wird eine besondere Bedeutung beigemessen, da sie als Indikator für die Zustimmung der NS-Politik gesehen werden kann. Andererseits muss jede Personalie eingehend überprüft werden, um voreilige Schlüsse zur Beurteilung von Einzelfällen zu vermeiden. Ein Blick in die jeweilige NSDAP-Kartei bietet Aufschluss über die Aktivitäten und das Engagement einzelner Redakteure in der Partei. Viele Parteieintritte müssen nicht zwangsläufig

⁵¹⁹ Zeitungsartikel „Hamburg: Leute der ersten Stunde“, in: AS-UA, Bestand HABL.

⁵²⁰ Sonntag: Medienkarrieren, S. 278.

⁵²¹ Verg: Vierzig Jahre, S. 30.

aus Überzeugung und politischer Konformität geschehen sein. Hierfür könnte es mehrere Gründe gegeben haben.⁵²² Ferner gilt es zu überprüfen, ob eine Mitgliedschaft vor der Machtübertragung der Nationalsozialisten 1933 erfolgte, ob die Redakteure sich einen Karrieresprung durch die Mitgliedschaft erhofften oder ob sie durch besondere Bemühungen trotz einer Aufnahmesperre von 1933 bis 1937 eine Mitgliedschaft erworben haben. Die Zugehörigkeit zu NS-Verbänden oder Organisationen spielen hierbei ebenfalls eine signifikante Rolle, da sie Aufschluss darüber geben, wie sehr die Person mit den NS-Strukturen, der Ideologie und den Werten der Nationalsozialisten vertraut gewesen war. Abschließend wird die Einstufung der Redakteure in die Belastungskategorien und etwaige Sanktionen wie Berufsverbote mit in die Beurteilung einzelner Personen einbezogen. Für die Untersuchung der Parteizugehörigkeit wird die Redaktion übersichtshalber in die bereits erläuterten Generationen eingeteilt, um Aussagen darüber treffen zu können, welche möglicherweise einen besonderen Bezug zur NSDAP hatte bzw. besondere Zugänglichkeit zur NS-Ideologie nachgewiesen werden kann.⁵²³

5.5.1. Parteizugehörigkeit

Die Auswertung zeigt, dass der Großteil der Redakteure des HABL keine Mitglieder der NSDAP war. 84 Prozent der Redaktion gehörten nicht der Regime-Partei an. Bei den übrigen 16 Prozent bzw. 15 Journalisten ist ebenfalls ein eindeutiger Trend zu erkennen. Die meisten von ihnen waren der NSDAP erst ab dem Jahr 1937 beigetreten. Auch wenn die Mitgliedersperre ab 1933 sicherlich ihren Teil dazu beitrug, lässt sich festhalten, dass 29 Prozent der Redakteure, die Mitglieder waren, erst ab 1938 in die Partei aufgenommen wurden. Lediglich 21 Prozent waren bereits 1933 Mitglied in der Partei.

Bei den 45 Redakteuren, die 1948 beim HABL anfangen zu arbeiten, gehörten 12 Personen der ehemaligen NSDAP an und machten somit rund 27 Prozent der Redaktion aus.

⁵²² Parteieintritte können ebenfalls aus opportunistischen Gründen erwogen worden sein. Björn Weigel unterscheidet hierbei zwischen dem politischen Opportunismus und dem wirtschaftlichen Opportunismus. Aufgrund einer Vielzahl an Aufnahmeanträgen nach dem „Wahlsieg“ der NSDAP am 5. März 1933 erließ die NSDAP-Führung einen Aufnahmestopp. Weigel, Björn: ‚Märzgefallene‘ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 91-110, hier S. 91.

⁵²³ Weigel, Björn: ‚Märzgefallene‘ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 91- 110.

Eine Personalie hebt sich bei dieser Untersuchung besonders hervor. Laut den Quellen zu Dr. Josef Pantenburg wurde er im Jahr 1936 Parteimitglied, was möglicherweise ein Indiz für besonderes Engagement sein kann.⁵²⁴ Dem widersprechen die Unschuldsbekundungen zwei seiner Kollegen beim HABL: Dr. Hans Hiss, Ressortleiter der Wirtschaft, und Josef Ollig, Redakteur ab 1948 beim HABL und Bekannter aus der gemeinsamen Wehrmachtszeit, legten im Rahmen der Entlastung Pantenburgs Erklärungen dem Ausschuss vor, die ihm trotz seiner Parteimitgliedschaft keine aktive politische Partizipation und eine tadellose Moral attestierten. Darüber hinaus war er bis 1948 in britischer Kriegsgefangenschaft, wo er in einem Umschulungslager interniert war und dort eine Zeitung „Der Neue Weg“ publizierte. Somit wurde er in Kategorie 5 eingestuft und durfte als Wirtschaftsredakteur beim HABL arbeiten.⁵²⁵

Ein Blick auf die Generationen zeigt, dass vor allem die „Kriegsjugend“-Generation empfänglich für einen Beitritt war. Ungeachtet dessen darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass auch die von 1880- bis 1899-Geborenen mit insgesamt 36 Prozent der NSDAP-Mitglieder einen beträchtlichen Anteil darstellen. Die „45er“-Generation, die den Nationalsozialismus überwiegend in der Kindheit und Jugend verbrachten, rücken bei dieser Statistik in den Hintergrund und haben mit dem 1919 geborenen Heinrich Meske, Ressortleiter für die Außenpolitik, den einzigen Vertreter dieser Alterskohorte vorzuweisen. Bei der Gesamtanzahl in der tabellarischen Darstellung ist zu berücksichtigen, dass hierbei lediglich 14 statt der ermittelten 15 Parteimitglieder dargestellt sind. Grund hierfür ist der Umstand, dass vom Unterstützer Springers und Mitbegründer des HABL, Helmuth Convents, kein Geburtsjahrgang ermittelt werden konnte und dieser somit in keine der Generationsmuster passt.

⁵²⁴ Für die Mitgliedersperre der NSDAP von 1933 bis 1937 wurden Ausnahmen gemacht: Einerseits konnten Mitglieder der HJ und aus dem BDM, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, in die Partei aufgenommen werden. Zudem wurde für Angehörige der SA, SS und der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation eine Ausnahme gemacht. Außerdem gab es für besonders regimetreue Personen eine Vorzugsbehandlung. Ab dem 1. Mai 1937 gab es zudem Lockerungen für Mitglieder der DAF, der Josef Pantenburg angehörte. Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2020, S. 36; Wetzel, Juliane: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 75.

⁵²⁵ StAHH, 221-11 Nr. 16843, Josef Pantenburg.

Tabelle 10: Parteizugehörigkeit nach Generationeneinteilung

	NSDAP 1933 (3)		NSDAP 1937 (11)		NSDAP (Gesamt) (14)	
<i>Generation 1880-99 „Frontgeneration“</i>	1	33 %	4	36 %	5	36 %
<i>Generation 1900-17 „Kriegsjugend“</i>	2	67 %	6	55 %	8	57 %
<i>Generation 1918-30 „45er“</i>	0	0 %	1	9 %	1	7 %

Ähnlich verhalten sich die Ergebnisse der Studie von Christian Sonntag. Bei seiner Untersuchung von 308 Hamburger Nachkriegsjournalisten konnten insgesamt 49 NSDAP-Mitglieder festgestellt werden, wovon der Großteil mit 61 Prozent den 1900 bis 1914-Geborenen angehörte.⁵²⁶ Die Jahrgänge von 1880 bis 1899 liegen mit einem Anteil von 23 Prozent zehn Prozentpunkte unter dem vorliegenden Ergebnis. Gründe für die Anziehungskraft der NSDAP gegenüber der „Kriegsjugend“ können mehrere sein. Die Zeit der Weimarer Republik stellte für viele eine unsichere Periode in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht dar. Die Sehnsucht nach wirtschaftlicher Stabilität, Prosperität und beruflichen Aufstiegschancen war groß und einige sahen diese Zeit mit dem Nationalsozialismus gekommen, wodurch sich viele nach den Wahlen im März 1933 um eine Mitgliedschaft in der Partei bemühten.⁵²⁷ Gleichzeitig darf nicht außer Acht gelassen werden, dass viele Personen aus Überzeugung in die Partei eintreten wollten, da sie die NS-Ideologie unterstützten.⁵²⁸

Abschließend kann hinsichtlich der Redaktion des HABL festgehalten werden, dass 15 Redakteure keinen geringen Anteil an ehemaligen NSDAP-Mitgliedern darstellt. Ähnlich wie bei Dr. Josef Pantenburg konnten die übrigen Personen ähnliche Unschuldsbekundungen im Entnazifizierungsverfahren vorlegen. Daher wird in den folgenden Kapiteln ebenfalls ein Augenmerk darauf gerichtet, in welchen Vereinigungen und Organisationen die Redakteure während des Nationalsozialismus tätig waren, um einen Eindruck davon zu bekommen, in welchem Maße sie sich im „Dritten Reich“ engagierten. Darüber hinaus

⁵²⁶ Sonntag: Medienkarrieren, S. 276 f.

⁵²⁷ Schmid: Journalisten, S. 208 f.; Sonntag: Medienkarrieren, S. 277.

⁵²⁸ Weigel: ‚Märzgefallene‘, S. 92 f.

erscheint es für eine abschließende Beurteilung substanziell, zu überprüfen, auf welche Art und Weise diese Redakteure ihre Artikel verfassten. Auch wenn politische Umerziehungslager, die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die desaströse Versorgungslage nach dem Krieg vielen das Gefühl der Desillusionierung vermittelt haben mag, ist zu vermuten, dass manche Denkweisen und Vokabularien aus der Zeit des Nationalsozialismus weiterhin in den Köpfen der Redakteure vorhanden waren.

5.5.2. Vereinigungen und Organisationen

Aus Gründen der Übersicht konzentriert sich die anschließende Analyse auf neun Vereinigungen, in denen die Mehrheit der Redakteure im Zeitraum von 1933 bis 1945 Mitglied waren. Hierzu gehören die Deutsche Arbeitsfront, die Hitlerjugend, die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, der Reichsarbeitsdienst, der Reichsverband für Deutsche Presse, die Reichskultur- und Reichspressekammer, die „Sturmabteilung“⁵²⁹ und schließlich die „Schutzstaffel“ und deren Unterabteilung, ein bewaffneter Verband, die „Waffen-SS“.⁵³⁰ Vor allem letztere Organisationen verkörperten wie kaum andere Vereinigungen im „Dritten Reich“ die bedingungslose Loyalität, die Gefolgschaft gegenüber dem nationalsozialistischen Regime und die skrupellose Umsetzung dessen Ideologie.⁵³¹ Daher sind Personen, die diesen Organisationen angehörten, von besonderem Interesse für die Untersuchung. Weitere Indikatoren für die Zustimmung der NS-Politik könnte die Vielzahl an Mitgliedschaften in den Organisationen darstellen, sowie die Zugehörigkeit zu solchen Vereinigungen vor der Machtübertragung der Nationalsozialisten im Jahr 1933.

⁵²⁹ Die SA bildete neben der SS ein wichtiges Machtinstrument der Nationalsozialisten. Bereits in den 1920er Jahren verhalf die SA der NSDAP durch gezielte Aktionen und Einschüchterungen politischer Gegner zu mehr Macht. Diese paramilitärische Einheit spielte eine signifikante Rolle bei der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Bartsch, Elisabet; Kammer, Hilde: Art. SA, in: Lexikon Nationalsozialismus. Begriffe, Organisationen und Institutionen 2 (2002), S. 226 f.; Wenzel, Mario: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossene Verbände, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wird man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 19-38, hier S. 22-23.

⁵³⁰ Abkürzungen in der oben genannten Reihenfolge: DAF, HJ, NSV, RAD, RDP, RPK, SA, SS und Waffen-SS.

⁵³¹ Die 1925 zum persönlichen Schutz von Adolf Hitler gegründeten SS hatte im „Dritten Reich“ vielseitige Aufgaben. Neben der Organisation und Bewachung der Konzentrationslager war sie auch dafür verantwortlich in besetzten Gebieten politische und ethnische Gegner zu verfolgen. Bartsch; Kammer: Art. SS, S. 237-246; Wenzel: NSDAP, S. 24 f.

Von den 95 Redakteuren und Redakteurinnen konnten 50 Personen eine Mitgliedschaft in den oben aufgeführten Organisationen zur Zeit des Nationalsozialismus nachgewiesen werden. Rund 73 Prozent der Journalisten und Journalistinnen, die 1948 anfangen für das HABL zu arbeiten, gehörten im Zeitraum von 1933 bis 1945 einer Vereinigung an. Bei der Zusammenstellung der Daten sind im Rahmen der Recherche drei Personen aufgefallen, denen besonders viele Mitgliedschaften im Entnazifizierungsverfahren nachgewiesen werden konnten. Einer von ihnen ist Gerhard Löhr, der seit 1948 für das Wirtschaftsressort des HABL tätig und Anwärter bei der NSDAP und der SA war. Löhr gehörte vor 1933 der „Bündischen Jugend“ an.⁵³² Im Jahr 1939 wurde Löhr von der Wehrmacht eingezogen und avancierte dort zum Feldwebel, bis er aufgrund einer chronischen Erkrankung aus dem Dienst entlassen wurde. Im Laufe der nächsten Jahre arbeitete er u.a. als Wirtschaftsberater und im Justizministerium, bis er 1946 in Neuengamme interniert wurde.

Der 1913 geborene Löhr war bereits während seiner Jugend aktives Mitglied in mehreren NS-Jugendorganisationen wie dem „Deutschen Jungvolk“. In seiner Studienzeit war er Mitglied in der deutschen Studentenschaft und Studentenschaftsführer an der Universität in Köln. Aufgrund seiner aktiven Teilnahme bzw. Anwartschaft in mehreren NS-Organisationen könnte Löhr auf den ersten Blick eine gewisse Regimetreue bzw. politische Konformität nachgesagt werden. In einem Rechtfertigungsschreiben, das seiner Entnazifizierungsakte beiliegt, erklärt er, dass seine „Zugehörigkeit zu NS-Organisationen [...] entweder nur taktischen Erwägungen“ zugrunde lag oder „zwangsläufig (Studenten-SA) bzw. automatisch (NSDAP)“ geschah. Ferner bat er um Nachsicht bei der Beurteilung seiner Person, da er zur Zeit des Nationalsozialismus noch recht jung gewesen sei und dass er trotz der widrigen Umstände in der Diktatur der Nationalsozialisten mit oppositionellen Kräften sympathisierte. Löhr wurde vom Entnazifizierungsausschuss in Kategorie 5 eingestuft. Außerdem hatte Löhr bereits eine Strafe durch die Internierung abgesessen und durfte 1948 uneingeschränkt seinem beruflichen Wunsch nachgehen.⁵³³

Besonders jungen Menschen, deren moralische Entwicklung sich noch im Aufbau befand, fiel es schwer, sich dem Reiz und den Zwängen, aber auch den Automatismen der

⁵³² StAHH, 211-11 AD 12011, Gerhard Löhr.

⁵³³ Ebd.

NS-Struktur, zu entziehen. Von daher ist die Einstufung in Kategorie 5 durch den Ausschuss nachvollziehbar.

Andere „auffällige“ Personen sind der Verlagsleiter Karl Andreas Voss und der Ressortleiter für Innenpolitik Wolfgang Köhler⁵³⁴, der in fünf Vereinigungen war, u.a. in der Deutschen Arbeitsfront und dem RAD, wobei betont werden sollte, dass staatliche Organisationen wie der RAD sogar per Gesetz zu einer Mitgliedschaft verpflichteten.⁵³⁵ Gleichzeitig konnte ermittelt werden, dass Wolfgang Köhler Mitglied in der SS gewesen war.⁵³⁶ Voss war Mitglied in fünf Organisationen, darunter der NSV, die Reichsschrifttumskammer, der Reichsverband der Zeitschriftenverleger und der Reichskriegerbund.⁵³⁷ Voss und Köhler waren darüber hinaus Mitbegründer und Ideengeber des HABL.⁵³⁸ Einen Überblick über die Mitgliedschaften der einzelnen Generationen und die 95 Redakteuren in den Anfangsjahren des HABL bietet folgende Tabelle.

Tabelle 11: Vereinigungen und Organisationen im Nationalsozialismus

	Generation 1880-99 „Frontgeneration“		Generation 1900-17 „Kriegsjugend“		Generation 1918-30 „45er“	
<i>DAF</i>	6	50 %	8	8 %	6	6 %
<i>HJ</i>	0	0 %	4	4 %	10	11 %
<i>NSV</i>	4	33 %	8	8 %	1	1 %
<i>RAD</i>	0	0 %	5	5 %	3	3 %
<i>RDP</i>	2	17 %	4	4 %	1	1 %
<i>RPK</i>	0	0 %	2	2 %	1	1 %

⁵³⁴ Auf beide Personen und deren Biografien wird in den Kapiteln 6.4.1. und 6.4.2. ausführlich eingegangen.

⁵³⁵ Im Rahmen des Gesetzes vom 26. Juni 1935 wurden alle männlichen und weiblichen Jugendlichen ab 18 Jahren zu einem sechsmonatigen Arbeitseinsatz mit militärischer Erziehung verpflichtet. Der Gedanke hierbei war es, die Jugendlichen einer NS-ideologischen Erziehung zu unterziehen und sie auf den Kriegsdienst bzw. zum „Kriegshilfsdienst“ vorzubereiten. Bartsch, Elisabet; Kammer, Hilde: Art. RAD, in: Lexikon Nationalsozialismus. Begriffe, Organisationen und Institutionen 2 (2002), S. 193 f.

⁵³⁶ StAHH, 211-11 Nr. 06329, Wolfgang Köhler.

⁵³⁷ StAHH, 211-11 Misc 10208, Karl Andreas Voss.

⁵³⁸ Auf beide Personen und deren Biografien wird in den Kapiteln 6.4.1. und 6.4.2. ausführlich eingegangen.

<i>SA</i>	0	0 %	2	2 %	1	1 %
<i>SS</i>	0	0 %	2	2 %	0	0 %
<i>Waffen-SS</i>	0	0 %	1	1 %	0	0 %
Gesamt	12	100 %	36	38 %	23	24 %

Es bestätigt sich der Eindruck, der sich bereits aus den Ergebnissen der Untersuchung der NSDAP-Mitgliedschaften herauskristallisierte: Die „Kriegsjugend“-Generation könnte nicht nur der Anziehungskraft der NSDAP in einem besonderen Maße erlegen sein, sondern auch anderen Organisationen, die nationalsozialistische Ideologie verkörperten. Auch wenn in der Gesamtbetrachtung die Mitgliedschaften in der SA, der SS und der Waffen-SS gering ausfällt, ist anhand der Tabelle ein deutlicher Trend dahingehend zu erkennen, dass diese Generation in der Breite die meisten Mitgliedschaften in den damals bestehenden NS-Organisationen hatte. Bei der „45er“-Generation fällt hingegen auf, dass mit elf Prozent einige Redakteure in ihrer Jugend bei der HJ waren und dadurch mit der NS-Ideologie in Berührung kamen und aufwuchsen. Der Generation der 1880 bis 1899-Geborenen kann keine überdurchschnittliche Sympathie für die NS-Vereinigungen attestiert werden. Mit fünf Personen, die NSDAP-Mitglied waren, und insgesamt 13 Prozent der Gesamtreaktion, die eingetragene Mitglieder im DAF, NSV und im RAD waren, kann nicht behauptet werden, dass dieser Generation ein besonderes politisches Engagement zugrunde lag.

Gleichwohl kann aufgrund der Erkenntnisse festgehalten werden, dass im Erscheinungsjahr des HABL von den 45 Redakteuren 73 Prozent Mitglieder in nationalsozialistischen Organisationen zwischen 1933 bis 1945 waren. Das lag nicht zuletzt auch daran, dass einige Organisationen durch den Gleichschaltungsprozess 1933 in ein nationalsozialistisches Pendant umstrukturiert wurden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Redakteuren, die bereits vor 1933 Anhänger der NS-Politik waren und nicht zu den sogenannten „Märzgefallenen“ gehörten. Bei dieser Betrachtung konnten insgesamt fünf Redakteure ermittelt werden, die nationalsozialistischen Vereinigungen angehörten. Besonders bemerkenswert erscheint hierbei die Tatsache, dass keiner der 15 ehemaligen NSDAP-Mitglieder bereits vor dem Jahr 1933 eine Mitgliedschaft erworben hatte. Die Gründe hierfür können vielseitig sein. Dennoch entsteht durch die „späten“ Mitgliedschaften in der Regierungspartei der Eindruck, dass opportunistische Motive und nicht die eigene

intrinsische Motivation die Personen davon überzeugten, in die NSDAP einzutreten.⁵³⁹ Bei zwei der 15 NSDAP-Mitgliedern konnte ermittelt werden, dass sie bereits vor 1933 Mitglieder in NS-Organisationen waren.

Im Rahmen der Untersuchung fällt die Personalie Wilhelm Backhaus auf. Er war Mitglied im „Jungdeutschen Orden“, der zwar von den Nationalsozialisten im Jahr 1933 verboten wurde, dem aber antisemitische Neigungen nachgewiesen werden konnte.⁵⁴⁰ Backhaus, der vor allem als Kolumnist für das HABL in den 1950-er Jahren tätig war, spielt bei dieser Untersuchung eine hervorgehobene Rolle, da man ihm anhand seiner Mitgliedschaften vor und nach 1933 eine gewisse Zustimmung der NS-Politik nachsagen kann.⁵⁴¹ Besonders schwer wiegen die Vorwürfe, da er ein eingetragenes NSDAP-Mitglied war und eine Organisation unterstützte, die antisemitisch eingestellt war.⁵⁴² Die Problematik in der Beurteilung seiner Person besteht darin, dass er sich den jeweils gegebenen Umständen gut anpassen konnte, ohne dass er weder während der NS-Diktatur noch beim Wiederaufbau der Republik in Bedrängnis geriet.

Bei der Einsicht in seine personenbezogene Akte wird der Vorwurf, er sei ein „Mitläufer“ gewesen, durch mehrere Entlastungszeugnisse entkräftet. Neben einer eigenen Erklärung von Backhaus, an Parteiveranstaltungen ab 1936 nicht teilgenommen zu haben und dem Versuch, auf kulturell-journalistischer Ebene gegen den Nationalsozialismus geschrieben zu haben, gibt es weitere Schreiben von ehemaligen Mitarbeitern des HF. Diese führen an, dass Backhaus keineswegs als Nationalsozialist eingestuft wurde. Nach einem Berufungsverfahren, das ihn als „entlastet“ einstufte, durfte Backhaus mit der Erlaubnis der Briten ab dem 16. Januar 1947 seiner journalistischen Tätigkeit wieder nachgehen.⁵⁴³

⁵³⁹ Weigel: ‚Märzgefallene‘, S. 91.

⁵⁴⁰ Wildt, Michael: Die Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 57.

⁵⁴¹ Die Personalie Wilhelm Backhaus und seine Beurteilung wird zu einem späteren Zeitpunkt in der Arbeit eingehend zum Gegenstand der Arbeit gemacht.

⁵⁴² NSDAP-Mitgliederkartei Nr. 3204527, Wilhelm Backhaus, in: BArch Berlin, R 9361-VIII; StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁵⁴³ StAHH, 221-11 MISC 7555, Wilhelm Backhaus.

5.5.3. Verantwortung und Belastung

Über die beruflichen Tätigkeiten während des Nationalsozialismus wurde bereits berichtet. Bedeutsam erscheint in diesem Zusammenhang den Blick darauf zu richten, welche Verantwortung die einzelnen Redakteure und Redakteurinnen bei ihren Zeitungen innehatten und wie sie vom Entnazifizierungsausschuss beurteilt worden sind bzw. in welche Kategorie sie eingeteilt wurden. Die dabei auferlegten Sanktionen sollen ebenfalls Gegenstand der Untersuchung sein, um festzuhalten, wie viele HABL-Journalisten und Journalistinnen Strafen und beruflichen Beeinträchtigungen ausgesetzt waren. Bei der folgenden Tabelle wurde der Fokus auf die Kategorien 4 und 5 gelegt, da sie die einzigen Kategorien waren, in die die Redaktionsmitglieder des HABL eingeteilt worden waren. Außerdem werden ebenfalls die Variablen „keine Kategorisierung“ und „unbekannt“ in die Auswertung miteinbezogen. Bei der Auswertung ist zu berücksichtigen, dass es insgesamt 27 Redakteure gab, die man weder einer Generation noch einer Kategorie zuordnen konnte. Daher blieben noch 68 Personen übrig, deren Daten für die Auswertung zur Verfügung standen.

Tabelle 12: Belastung der Redakteure

	Kat. 5 (33)	Kat. 4 (3)	Keine Kat. (19)	Unbekannt (40)	Gesamt (95)
<i>Generation 1880-1899 „Frontgeneration“</i>	21 %	33 %	26 %	10 %	18 %
<i>Generation 1900-1917 „Kriegsjugend“</i>	45 %	66 %	58 %	13 %	35 %
<i>Generation 1918-1930 „45er“</i>	36 %	0 %	16 %	15 %	22 %

Auf den ersten Blick kann vor allem der „Kriegsjugend“-Generation eine gewisse Belastung nachgewiesen werden. Mit 33 Redakteuren ist diese Generation innerhalb der HABL-Redaktion am häufigsten durch das Entnazifizierungsverfahren untersucht worden und mit 17 Personen, die entweder in Kategorie 5 oder 4 eingeteilt worden sind, besonders „belastet“ oder „entlastet“. Wenn man die Daten aus der Untersuchung über die Kriegserfahrung der Redakteure miteinbezieht, verwundert dieses Ergebnis nicht, da immerhin 22 Personen aus diesen Geburtsjahrgängen als Soldaten im Zweiten

Weltkrieg tätig waren.⁵⁴⁴ Die „45er“-Generation spielt in dieser Auswertung eine sekundäre Rolle. Lediglich 12 Personen wurden als „entlastet“ eingestuft und drei Redakteure wurden nach eingehender Prüfung des Entnazifizierungsausschusses in keine der Kategorien eingeteilt. Bei rund 16 Prozent der Personen konnten keine Beurteilungen der Entnazifizierungsverfahren ermittelt werden. Trotzdem kann bei der Einstellung beim HABL davon ausgegangen werden, dass nur Redakteure und Redakteurinnen eingestellt wurden, die rechtlich gesehen eine Erlaubnis hatten, ihrer Profession nachzugehen. Diesen Schluss lassen diverse Korrespondenzen zu, die der erste Chefredakteur Wilhelm Schulze mit der Senatskanzlei führte, um kurzfristige Aufenthaltsgenehmigungen oder Beschleunigungen einzelnen Entnazifizierungsverfahren zu erwirken, damit er die Redakteurenliste für die Herausgabe des HABL im Oktober 1948 vervollständigen konnte.⁵⁴⁵

Von besonderer Bedeutung sind die drei Redakteure, die durch die Briten in Kategorie 4 und somit als „Mitläufer“ eingeteilt worden sind. Hierbei handelt es sich um den bereits erwähnten Ressortleiter der Innenpolitik Wolfgang Köhler und den Chefredakteur Martin Saller. Des Weiteren ist Walter Rothenburg zu nennen, der seit 1948 als freier Mitarbeiter im Sportressort für das HABL tätig war. Die beiden Erstgenannten werden im späteren Verlauf der Arbeit eingehend untersucht. Obwohl Walter Rothenburg weder Mitglied in der NSDAP noch in anderen Organisationen, außer dem NS-Reichsbund für Leibesübungen, tätig war, wurde er im September 1947 der Kategorie IV zugeordnet. Die damit einhergehenden Sanktionen wie der Entzug des passiven Wahlrechts und das Verbot, die britische Zone ohne Erlaubnis zu verlassen, wurden mit der Kategorisierung über Rothenburg verhängt. Der Grund für die Einstufung als „Mitläufer“ waren Schriften und Gedichte, die er als Schriftsteller zur Zeit des Nationalsozialismus im „Hamburger Tageblatt“ veröffentlichte. Hervorzuheben ist hierbei, dass Rothenburg der jüdischen Konfession angehörte. Seine Rechtfertigung zielt daher auch daraufhin ab, dass er aus Gründen der Tarnung Artikel im Sinne der Nationalsozialisten verfasste, um nicht den Unterdrückungsmaßnahmen des NS-Apparates zum Opfer zu fallen. Dem Berufungsverfahren gab der Entnazifizierungsausschuss daraufhin statt und stufte ihn im Jahr 1949 als „entlastet“ ein.⁵⁴⁶

⁵⁴⁴ Siehe Kap. 5.4.2.

⁵⁴⁵ Brief von Wilhelm Schulze an Erich Lüth am 28.9.1948, in: StAHH, Senatskanzlei II, 6315.

⁵⁴⁶ StAHH, 221-11 X 2463, Walter Rothenburg.

Insgesamt haben acht Redakteure Sanktionen von den Briten auferlegt bekommen. Dabei scheint bei der Beurteilung der Personen vor allem die Belastung von einer Parteimitgliedschaft und der Aktivität in anderen NS-Organisationen abhängig gewesen zu sein. Einer der Chefredakteure des HABL, Martin Saller, war Mitglied in der NSDAP, der HJ, dem RAD und der Reichskulturkammer. Er wurde im Dezember 1947 in Kategorie 4 eingeteilt und wurde im Vergleich zu anderen HABL-Redakteuren stark sanktioniert. Neben einer Geldbuße durfte ihm in seinem Beruf zunächst keine leitende Funktion übertragen werden und er war nicht berechtigt, die britische Zone ohne Erlaubnis zu verlassen. Saller stieß 1950 zum HABL und übernahm dort die Position des Ressortleiters für die Außenpolitik. Ab Mitte der 1950-er Jahre wurde er Korrespondent in Paris, bis er im Jahr 1965 Chefredakteur wurde.⁵⁴⁷ Neben einer Vermögenssperre und die Auflage für vier Redakteure, in den nächsten Jahren nicht befördert werden zu dürfen, gab es insgesamt vier Berufsverbote, die z.T. nach einem Berufungsverfahren, wie im Fall von Wilhelm Backhaus, wieder aufgehoben worden sind. Sechs von den acht sanktionierten Redakteuren fingen 1948 an beim HABL zu arbeiten.

Mit einem Blick auf die verantwortungsvollen Posten im Zeitraum von 1933 bis 1945 lässt sich festhalten, dass insgesamt neun Personen vom HABL eine solche innehatten. Es gab drei Chefredakteure und sechs Personen, die in leitenden Funktionen tätig waren. Rudolf Michael und Karl Andreas Voss, der Verlagsleiter des HABL, übernahmen hierbei nicht nur Verantwortung bei ihren Zeitungen, sondern waren auch Mitglieder der NSDAP. Michael erhielt im Zuge des Entnazifizierungsprozesses ein zweijähriges Berufsverbot⁵⁴⁸, während Voss als „entlastet“ eingestuft wurde und 1948 die Verlagsleitung beim HABL übernehmen durfte. Michael wurde ebenfalls 1948 vom Springer-Blatt eingestellt und mit Verantwortung betraut. Eine ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft hat bei der Einstellung beim HABL anscheinend eine zweitrangige Rolle gespielt. Überzeugend war vielmehr, welche Erfahrung die Redakteure einfließen lassen konnten.⁵⁴⁹ Auch wenn

⁵⁴⁷ HABL-Artikel vom 2.8.1969 mit dem Titel „Springer-Büro in Tokio“, in: AS-UA, Bestand Saller, Personalunterlagen.

⁵⁴⁸ StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

⁵⁴⁹ Christian Sonntag gelang in seiner Studie zu einer ähnlichen Erkenntnis. Er resümiert, dass vor allem Chefs vom Dienst, Ressortleiter und stellvertretende Chefredakteure einen besonders hohen Anteil an NSDAP-Mitgliedschaften nachgewiesen werden konnten. Jeder Vierte sei

– wie im Fall von Rudolf Michael – der Name noch nicht im Impressum stand, wurden alle zur Verfügung stehenden kompetenten Redakteure akquiriert, um eine erfolgreiche Zeitung auf den Weg zu bringen.

Außerdem konnte festgestellt werden, dass alle neun Personen bereits in der Weimarer Republik im journalistischen Bereich tätig waren, wodurch sich eine klar erkennbare Kontinuität der Journalisten vom Übergang von der Republik zur Diktatur und vom „Dritten Reich“ zu den demokratischen Pressestrukturen der Nachkriegszeit resümieren lässt. Die drei Redakteure, die während des Nationalsozialismus den Posten des Chefredakteurs bekleideten, wurden im Laufe des „Dritten Reichs“ entweder entlassen oder in der Redaktion degradiert. Edgar Walsemann war mehrere Jahre Chefredakteur bei den AN, bis er 1935 zu den „Norddeutschen Nachrichten“ wechselte und dort als Redakteur arbeitete. Wenige Jahre danach legte er sein „Amt aus politischen Gründen“ nieder und war bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges freier Schriftsteller.⁵⁵⁰ Ähnlich erging es den anderen beiden ehemaligen Chefredakteuren: Wilhelm Schulze, der u.a. zum Reiseberichterstatter heruntergestuft wurde, und Hans Erasmus Fischer, der ebenfalls freier Schriftsteller wurde.

5.6. Neuanfang, Rückkehr und Kontinuität

Eines der grundlegendsten Ziele der britischen Besatzungspolitik war es, einen Neuanfang des deutschen Pressewesens nach zwölf Jahren Mediendiktatur umzusetzen. Inwiefern dieses Vorhaben erfolgreich war, lässt sich an den Ergebnissen der heutigen Forschung erkennen. Wenn man das Hauptaugenmerk auf die Frage legt, ob es in personeller Sicht zu einem Bruch, einer Rückkehr oder Kontinuität bei den Hamburger Journalisten in der Nachkriegszeit kam, fällt die Antwort auf Kontinuität statt Bruch oder Rückkehr. Zu diesem Urteil gelangt auch Karl Christian Führer, der vor allem bei den Redakteuren eine Wiedereinstellung in der Nachkriegspresse feststellen konnte. Demnach seien

demnach Mitglied in der Regime-Partei gewesen. Gründe für die Übernahme dieser ehemaligen verantwortlichen Redakteure werden u.a. darin gesehen, da sie einerseits Erfahrung mit sich brachten und andererseits nicht im Fokus der Öffentlichkeit standen. Ferner führt er an, dass viele dieser Redakteure darüber hinaus auch schon in der Weimarer Republik journalistisch tätig waren und somit eine bemerkenswerte Kontinuität dieser Gruppe im Rahmen der Untersuchung zu erkennen ist. Sonntag: Medienkarrieren, S. 271.

⁵⁵⁰ StAHH, 221-11 Misc 15166, Edgar Walsemann.

Journalisten, die keine leitende Funktion im nationalsozialistischen Presseapparat hatten, weniger streng durch die Briten überprüft worden.⁵⁵¹ Darüber hinaus habe es kein Problem dargestellt, wenn viele Redakteure der Reichspressekammer angehörten, so wie es ebenfalls beim HABL der Fall war.⁵⁵² Anders wurde bei Chefredakteuren und Lizenzträgern verfahren, die politisch eine „weiße Weste“ vorweisen mussten, wenn sie sich für eine leitende Position bewarben. Auch einfache Redakteure wurden strenger überprüft, wenn sie für den Deutschen Pressedienst, die deutsche Nachrichtenagentur in der britischen Besatzungszone, arbeiten wollten. Nach Karl Christian Führer habe es eine klare Prioritätensetzung beim Entnazifizierungsverfahren in der britischen Zone gegeben. Dabei sei vor allem auf eine NSDAP-Mitgliedschaft bei den Redakteuren geachtet worden. Hinzu kam, dass mit den Jahren zunehmend mildere Urteile bei Entnazifizierungsprozessen gefällt und auch belastete Journalisten in Kategorie 4 oder 5 eingestuft worden seien.⁵⁵³

Anders wurde bei der Lokalgewerkschaft der „Berufsvereinigung Hamburger Journalisten“ verfahren. Bei der Antragstellung auf eine Mitgliedschaft wurde versucht, die Haltung des Journalisten während des Nationalsozialismus zu ermitteln. Diese sollte durch bestimmte Fragen mittels eines Fragebogens herausgefunden werden. Neben einigen anderen Aspekten wurde u.a. danach gefragt, welche beruflichen Tätigkeiten der Einzelne seit 1923 ausgeführt hatte, in welchen NS-Organisationen er Mitglied war und es wurden Fragen zum persönlichen Weltbild gestellt. Überdies sprach die Gewerkschaft bei Anfragen der Briten Empfehlungen aus, wenn es beispielsweise um die Besetzung von Schlüsselposten bei der „Welt“ ging.⁵⁵⁴ Interessanterweise handelte es sich bei einem Veto der „Berufsvereinigung Hamburger Journalisten“ um zwei spätere Journalisten des Springer Verlages. Für Hans Zehrer und Rudolf Michael waren zwei Posten bei der „Welt“ vorgesehen. Für Zehrer war sogar die Position des Chefredakteurs im Gespräch. Nach Überprüfung und Intervention der Gewerkschaft wurden beide nicht durch die Briten eingestellt, was jedoch nicht bedeutete, dass beide Karrieren damit vor dem Ende standen. Springer stellte Michael trotz zweijährigem Berufsverbot ein, bis er 1949 als „entlastet“

⁵⁵¹ Führer: Medienmetropole, S. 455.

⁵⁵² Es konnten 11 Redakteure des HABL eine Mitgliedschaft in der Reichspressekammer nachgewiesen werden.

⁵⁵³ Führer: Medienmetropole, S. 457.

⁵⁵⁴ Ebd., S. 455.

eingestuft wurde und offiziell im Impressum des HABL aufgeführt werden konnte. Zehrer galt, wie bereits erwähnt, als politischer Mentor Springers und wurde nach der Übernahme der „Welt“ schließlich doch noch Chefredakteur im Jahr 1953.⁵⁵⁵

Zu dem Fazit, dass die personelle Kontinuität in den Nachkriegsjahren überwog, kommt auch Christian Sonntag. In seiner Untersuchung zu den Biografien von 308 Journalisten resümiert er, dass 46 Prozent im Nationalsozialismus journalistisch tätig waren und 42 Prozent als „Schriftleiter“ gearbeitet haben.⁵⁵⁶ Lediglich 16 Prozent der Journalisten gehörte zu der Gruppe, die im „Dritten Reich“ Repressalien durch die Nationalsozialisten erfuhren. Rund 19 Prozent der Redakteure konnten – seinen Ergebnissen zufolge – als Berufsanfänger kategorisiert werden. Sie stellen somit eine kleine Gruppe dar, die für den journalistischen Neuanfang in Hamburg nach dem Zweiten Weltkrieg stand.⁵⁵⁷ Ähnlich wie bei der vorliegenden Studie konnte beobachtet werden, dass die meisten, die in der Nachkriegspresse tätig waren, erfahrene Journalisten waren, die nicht nur im Nationalsozialismus geschrieben haben, sondern auch die vergleichsweise freie Pressestrukturen der Weimarer Republik kennengelernt haben.

Ein weiteres Ergebnis dieser Arbeit erlaubt eine Analogie zu Sonntags Studie. Der Anteil der NSDAP-Mitglieder ist mit 16 Prozent genauso hoch wie bei Christian Sonntag mit 16 Prozent der von ihm 308 untersuchten Redakteuren. Dennoch muss bei den HABL-Redakteuren hervorgehoben werden, dass die meisten der ehemaligen Parteimitglieder erst nach der Machtübertragung der Nationalsozialisten in die Partei eintraten. Drei Prozent wurden bereits 1933 Mitglied. Es liegt die Vermutung nahe, dass bei allen anderen Redakteuren vor allem berufliche Gründe eine Rolle beim Eintritt in die Partei spielten. Der Großteil der Parteimitglieder trat jedoch erst ab 1937 in die NSDAP ein. Dr. Josef Pantenburg ist der Einzige, der im Jahr 1936 Mitglied wurde und entgegen den Beschränkungen durch die Aufnahmesperre von 1933 bis 1937 aufgenommen wurde.

Die folgende Tabelle zeigt die Ergebnisse der Untersuchung, die die HABL-Redaktion unter dem Gesichtspunkt der Tätigkeiten von 1933 bis 1945 und deren Kategorisierung in die Gruppen „Kontinuität, Rückkehr und Neuanfang“ zusammenfasst. Die erste

⁵⁵⁵ Biografisches zu Hans Zehrer, in: AS-UA, Bestand Hans Zehrer, Personalunterlagen.

⁵⁵⁶ Sonntag: Medienkarrieren, S. 268.

⁵⁵⁷ Ebd., S. 268.

Gruppe wurde in Redakteure und leitende Funktionäre, also Chefredakteure, Ressortleiter und Verlagsleiter, eingeteilt, die im „Dritten Reich“ tätig waren. Separat zu diesem Untersuchungsschwerpunkt wurden die Biografien dahingehend analysiert, ob und wie viele Redakteure bereits in der Weimarer Republik als Journalisten gearbeitet haben, um neben der Zäsur des Zweiten Weltkrieges auch die personelle Kontinuität hinsichtlich des Umbruchs von der Weimarer Republik zur Diktatur hinzuüberprüfen. Unter „Rückkehr“ werden diejenigen berücksichtigt, die aufgrund von Unterdrückungsmaßnahmen der Nationalsozialisten ihre journalistische Tätigkeit aufgaben und diese in der Nachkriegszeit wieder aufnahmen. Es werden auch die Personen mit aufgeführt, die ihren Beruf in dem untersuchten Zeitraum vollständig aufgaben und nicht wieder in den journalistischen Beruf zurückkehrten. Die letzte Kategorie „Neuanfang“ betrifft alle Berufsanfänger, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg anfangen zu schreiben und ihre ersten journalistischen Schritte beim HABL tätigten.

Tabelle 13: Kontinuität, Rückkehr und Neuanfang der HABL-Redakteure

Tätigkeiten	Journalisten (95)	Anteil	Kategorien	Anteil
<i>Redakteure</i>	35	37 %	Kontinuität	46 %
<i>Leitende Funktionäre</i>	9	9 %		
<i>Unterdrückte</i>	2	2 %	Rückkehr	2 %
<i>Berufsaufgabe</i>	0	0 %		
<i>Berufsanfänger</i>	13	14 %	Neuanfang	26 %
<i>Anderer Beruf</i>	11	12 %		
<i>Unbekannt</i>	25	26 %	/	26 %

Das Ergebnis zeigt, dass das Charakteristikum der Kontinuität auf die meisten Redakteure des HABL zutrifft. Mit einem 46-prozentigen Anteil der Redaktion kann die Annahme bestätigt werden, dass der Großteil der Journalisten Erfahrung und Kompetenz in die Anfangsjahre des HABL mitbrachte. Von den zwei „Unterdrückten“ nahmen beide Redakteure ihre journalistische Tätigkeit in der Nachkriegszeit wieder auf, obwohl Clara Reversbach nicht mehr nach Deutschland zurückkam, sondern von London aus arbeitete. Das Merkmal des Neuanfangs betraf 26 Prozent der Redakteure, wobei das HABL 13 Berufsanfänger und 11 Personen einstellte, die während des „Dritten Reichs“ einen

anderen Beruf hatten. Bei der Untersuchung konnte außerdem festgestellt werden, dass einige, die ihre journalistische Laufbahn beim HABL begonnen hatten, im Springer Verlag verblieben und ihnen im Laufe der Jahre Mitverantwortung übertragen wurde. Die Loyalität der Redakteure spricht für ein gutes Arbeitsklima beim HABL und Vertrauen gegenüber Springer und der Verlagsphilosophie. Knapp von einem Viertel der Redaktion ist nicht bekannt, was sie während des Nationalsozialismus getan hat. Ein wesentlicher Faktor bei dieser Berechnung kann sein, dass 26 Prozent der Journalisten der „45er“-Generation zugeordnet werden kann und somit 24 Redakteure zur Zeit der Diktatur Schüler oder Jugendliche waren.

Bereits in der Weimarer Republik journalistisch tätig waren 14 Prozent der HABL-Redakteure, wobei weitere 11 Prozent als freie Journalisten bzw. als Mitarbeiter unterschiedlicher Zeitungen gearbeitet haben. Damit kann festgehalten werden, dass 25 Prozent der Redakteure die Pressestrukturen vor Hitlers Machtübertragung kennengelernt haben. Mit 28 Prozent ist ein merklich hoher Anteil anderer Berufe vor 1933 zu erkennen. Der Grund dafür kann darin liegen, dass an dieser Stelle die Ausbildungsfaktoren wie Schule oder Studium miteinfließen. Ohne die Angaben der Ausbildungsmodalitäten ergeben sich lediglich sechs Prozent, die in der Weimarer Republik einen anderen Beruf ausgeübt haben. Von 41 Prozent ist nicht bekannt, was sie zur Zeit der ersten Republik Deutschlands gemacht haben. Viele von den Redakteuren befanden sich zu der Zeit noch im Kindesalter.⁵⁵⁸

Die Untersuchungsergebnisse lassen den Schluss zu, dass Axel Springer bei dem Aufbau seiner Zeitung auf Erfahrung und Kompetenz bei seinen Redakteuren und Chefredakteuren setzte. Mit dieser Einstellung stellte Springer unter den Verlegern in der Nachkriegspresse keine Ausnahme dar. Die bereits erläuterten Ergebnisse anderer Studien unterstützen diese Feststellung. Die dabei recht oberflächliche Untersuchung der Journalisten durch den britischen Entnazifizierungsausschuss kamen dabei dem Verleger gelegen. Chefredakteur Wilhelm Schulze und Springer waren zwar darauf bedacht, sich mit ihrer Einstellungspolitik im juristischen Rahmen zu bewegen, dennoch schreckten sie nicht davor zurück, Personen wie Zehrer um Rat zu fragen oder Michael als Redakteur inoffiziell zu beschäftigen. Nichtsdestotrotz gab Springer jungen Journalisten eine Chance sich

⁵⁵⁸ Siehe Tabelle 9 in Kap. 5.4.2.

zu bewahren. Für den Zeitraum von 17 Jahren konnten immerhin 13 Berufsanfänger ermittelt werden, wobei es durchaus mehr gewesen sein können, da von 25 Redakteuren nicht bekannt ist, wann sie in die Berufswelt einstiegen.

5.7. Personalpolitik Springers

Nach Axel Springers Auffassung könne eine Zeitung nur bestehen, wenn das „Hand-in-Hand-greifen aller“ funktioniere und man als Team fungiere. In der Rede zum 30-jährigen Jubiläum des HABL erläuterte er sein Verständnis von Zusammenarbeit: „Der Redakteur wäre nichts ohne den Metteur, der Anzeigenwerber ist so notwendig wie der Drucker [...]. Heute nennt man so etwas ein Team; ich nenne es Familie.“⁵⁵⁹ Das „Wir“-Gefühl und das familiäre und kollegiale Miteinander war für Springer ebenso wichtig wie das Empathiegefühl seiner Redakteure und Redakteurinnen gegenüber der Leserschaft. Der freundliche Umgang und das gemeinsame Miteinander sollten nicht nur durch das publizistische Konzept und die Werbeaktionen den Menschen nähergebracht werden, sondern auch im Verlag gelebt werden.

Einer von seinen langjährigen Mitarbeitern und Weggefährten war Peter Tamm⁵⁶⁰, der von Beginn an beim HABL arbeitete und 1968 Alleinvorstand des Konzerns wurde. Er hielt anlässlich desselben Anlasses eine Festrede und schilderte aus der Sicht der Redakteure, weshalb die neue Hamburger Tageszeitung so reizvoll für junge Journalisten war: „Man verschrieb sich einem Mann, der in einer Zeit des Aufbruchs nach einem [...] verlorenen Krieg die Rolle des gedruckten Wortes und des Fotos verstand wie kein anderer. Der sich als Diener, als Lebenshelfer des Lesers sah [...] und der immer voller Ideen war.“⁵⁶¹ Darüber hinaus habe Springer „die Redaktion [...] und die Chefredaktion“ als

⁵⁵⁹ Axel Springer in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

⁵⁶⁰ Peter Tamm war langjähriger Mitarbeiter des HABL und arbeitete von Beginn an bei der Zeitung. 1948 schrieb er zunächst für die Schifffahrtsredaktion und wurde fünf Jahre später Ressortleiter. Ende der 1950-er Jahre wurde er Mitglied der Verlagsleitung des HABL, wonach er 1960 die Geschäftsführung der Ullstein GmbH übernahm und Verlagsleiter für die Berliner Morgenpost und die B.Z. wurde. Zum Zeitpunkt seiner Rede hatte Tamm bereits einige Positionen in leitender Funktion innerhalb des Springer Verlages innegehabt und gehörte damit zu den HABL-Redakteuren, die nicht nur seit der Gründung der Zeitung dabei waren, sondern auch Karriere im Verlag machten. Personendatei des Axel Springer Verlages, in: AS-UA, Bestand Peter Tamm.

⁵⁶¹ Peter Tamm in seiner Rede am 28.10.1978 zum 30-jährigen Jubiläum des HABL, in: AS-UA, Bestand Hamburger Abendblatt.

den „eigentlichen Kern des Hauses“ gesehen und die Journalisten als „seine Eliteeinheit“.⁵⁶² Der charismatische Verleger soll mit seiner Dynamik und seiner Idee einer neuen unabhängigen überparteilichen Tageszeitung für Hamburg überzeugt haben. Außerdem habe er seinen Redakteuren stets mit Ratschlägen zur Seite gestanden und sei „Kopf, Motor, Initiator und Herz des Unternehmens“⁵⁶³ gewesen. Vor allem in den Anfangsjahren habe er bei jeder Redaktionssitzung ab sieben Uhr teilgenommen und seine Kritik geäußert. Dabei sei Springer auch auf Aspekte anderer Zeitungen eingegangen, die ihm in den letzten Tagen gefallen hätten.

Anlässlich des Geburtstags des HABL überraschen die durchweg positiven Worte des Verlegers und seines loyalen Mitarbeiters nicht. Dennoch ist eines festzuhalten: Die symbiosenartige Beziehung zwischen Redaktion und Verleger war von Beginn an das Fundament, auf dem der Erfolg des HABL fußte. Dabei war die Beziehung zwischen Verleger und Redaktion nicht immer einfach.

Einzelne Quellen berichten darüber, dass Springer ein ehrgeiziger, kontrollierender und eifriger Verleger war, der auch nicht davor zurückscheute, seine Chefredakteure zu ermahnen, wenn sie Artikel schrieben, die gegen seine Grundprinzipien verstießen.⁵⁶⁴ In diesem Fall äußerte Springer in einem zehneitigem Brief Kritik an der HABL-Serie „Rebellen im Namen Christi“, die vom Chefredakteur Martin Saller Ende der 1960-er Jahre verfasst wurde. Sallers Haltung in der Serie entsprach nicht den Vorstellungen Springers, sodass er sechs Monate nach dem Briefwechsel als Chefredakteur abgelöst wurde und sein Stellvertreter Werner Titzrath seinen Posten übernahm. Diese personalpolitische Entscheidung veranschaulicht die Charakteristika Springers Unternehmenspolitik. Zum einen konnten Artikel, die gegen Springers Grundüberzeugung geschrieben wurden, Konsequenzen wie die Ablösung aus einer leitenden Position nach sich ziehen.⁵⁶⁵ Andererseits wird durch die Untersuchung des Lebenslaufes von Martin Saller deutlich, dass sein

⁵⁶² Interview vom 12.10.2013 zwischen dem HABL und Peter Tamm anlässlich des 65. Jubiläums der Zeitung, in: AS-UA, Bestand Peter Tamm, Personalunterlagen.

⁵⁶³ Ebd.

⁵⁶⁴ Schriftwechsel zwischen Springer und Martin Saller vom 23.01.1969, in: AS-UA, Bestand Martin Saller, Personalunterlagen.

⁵⁶⁵ Obgleich Saller nach Springers Kritik eine neue Position innerhalb des Verlages bekam, konnte nicht ermittelt werden, was der konkrete Grund für den Wechsel der Chefredaktion beim HABL war. Eine Versetzung aufgrund der Kritik des Verlegers kann an dieser Stelle lediglich als Vermutung verstanden werden.

Fauxpas nicht zu einer Kündigung und einem Ausscheiden aus der Zeitung führte. Er wurde vielmehr als Korrespondent des Springer-Auslandsdienstes⁵⁶⁶ in Tokio, Wien und Paris eingesetzt.⁵⁶⁷ Obgleich dieser Vorfall zeigt, dass Springer bei redaktionellen „Verstößen“ seiner politischen Linie nicht zögerte, Taten sprechen zu lassen, wird hierbei ebenfalls deutlich, dass er erfahrene und langjährige Mitarbeiter des HABL nicht fallen ließ. Aus den Akten wird nicht ersichtlich, ob dies der einzige Grund für Sallers Absetzung war. Deutlich wurde jedoch Springers Sichtweise zu Sallers Einstellung gegenüber der Kirche. Darüber hinaus galt Springer bisweilen als charmant und aufmerksam, er konnte aber auch unberechenbar, nachtragend und aufbrausend sein.⁵⁶⁸

Eine loyale Haltung gegenüber langjährigen Weggefährten und kompetenten Redakteuren lässt sich ebenfalls bei der Anstellung der Redakteure im Rahmen der Untersuchung erkennen. Hierbei entsteht der Eindruck, dass die nationalsozialistische Vergangenheit eine zweitrangige Rolle gespielt habe. Die Ergebnisse des vorherigen Kapitels zeigen, dass mit 15 NSDAP-Mitgliedern nicht wenig Redakteure eingestellt wurden, die geprägt von der Parteipolitik und der nationalsozialistischen Ideologie waren. Lediglich eine Person der ehemaligen Parteimitglieder war nicht im journalistischen Bereich tätig. Einiges deutet auf eine lineare Einstellungspolitik hin: Solange die Redakteure das Entnazifizierungsverfahren überstanden und als „Mitläufer“ oder „entlastet“ eingestuft wurden, stand einer Anstellung beim HABL nichts im Weg. Ein Arbeitsfachkräftemangel und das bereits vorhandene Netzwerk Springers durch den Verlag seines Vaters spielten eine entscheidende Rolle bei der Personalpolitik. Um den gewünschten Erfolg zu erzielen, wurde auf bewährte und erfahrene Wegbegleiter zurückgegriffen.

Seine personalpolitischen Entscheidungen unterstützen diese Annahme durch das Engagement von Karl Andreas Voss, Helmuth Klosterfelde und Arthur Szimmetat. Bei der Einstellung seiner Redakteure soll Axel Springer einmal folgenden Satz gesagt haben: „Es interessiert mich nicht, was Sie unter Hitler getan haben. Aber ich will keine Politik in meinen Blättern.“⁵⁶⁹ Das Zitat veranschaulicht, nach welchen Kriterien und Maßstäben Springer die Journalisten seiner Zeitungen einstellte. Nach dem Ende des Zweiten

⁵⁶⁶ Fortan SAD.

⁵⁶⁷ Personendatei des Axel Springer Verlages, in: AS-UA, Bestand Martin Saller.

⁵⁶⁸ Bahnsen: Tamm, S. 69.

⁵⁶⁹ Zitiert nach Jürgs: Axel Springer, S. 170 f.

Weltkrieges und der Entnazifizierung aller öffentlicher Bereiche durch die Alliierten herrschte ein Mangel an Arbeitskräften. Die Ergebnisse der Untersuchungen lassen den Schluss zu, dass Springer auf Erfahrung und Kompetenz setzte, vor allem, wenn es um leitende Positionen in der Zeitung ging. Sein Selbstverständnis von der Aufgabe einer Tageszeitung sollte mit dem der Bewerber übereinstimmen. Die persönliche Einstellung und Motivation mussten dem Jungverleger zusagen und der Verlagsphilosophie entsprechen. Neben Wegbegleitern und Ratgebern seines Vaters konnten einige Redakteure auf langjährige Erfahrungen beim HF zurückblicken. Wie die Statistik zeigt, hatte Springer eine ausgewogene Mischung aus erfahrenen und kompetenten Mitarbeitern und Berufsanfängern, die beim HABL ihre erste journalistische Tätigkeit wahrnahmen.⁵⁷⁰

Außerdem verdeutlicht das Zitat, dass die „Schonung“ des Lesers im Vordergrund stand und keiner seiner Redakteure den Rezipienten der Nachkriegszeit mit vergangenheitspolitischen Gewissensfragen belasten sollte. Den Leser des HABL soll Springer einmal wie folgt charakterisiert haben: „[...] dieser Zeitungsleser vom Jahre 50, das ist ein geplagtes Wesen, geschunden von den Stürmen der Zeit, dem ist alles Materielle, alles Ideelle kaputt gegangen. Behandelt mir diesen Leser schonend. Fangt nicht gleich an, auf ihn loszutrommeln und ihn wieder erziehen zu wollen zu irgendwelchen Idealen, die ihr selbst gar nicht habt.“⁵⁷¹ Diese „Schonung“ galt jedoch keineswegs für seine Redaktion. Der spätere Geschäftsführer der Axel Springer GmbH erzählte in einem Interview im Jahr 1994 von einer intensiven Zusammenarbeit mit dem Verleger beim HABL und berichtet in diesem Zuge beispielhaft von einem Versäumnis in einem seiner Artikel: „Soll ich so sagen, er hat jede Zeitung mit uns auseinandergenommen, jede Zeitung nach dem Erscheinen. Und daß gab Prügel. Sie wissen was ich meine. [...] Wenn ein Verleger so vorgeht, wenn ein Verleger so in die Einzelheiten geht und wenn er Sie dann noch vor versammelter Mannschaft in der täglichen Redaktionskonferenz uns Realisten so an die Hand nahm, er war ja nicht nur kritisch, wenn ich das Wort gebraucht habe, er hat mich zerrissen, dann hat er auch gleich wieder zugedeckt.“⁵⁷² Nachdem Axel Springer während der Redaktionssitzung feststellte, dass Kracht überarbeitet aussehe, habe er ihm sein Haus

⁵⁷⁰ Siehe Tabelle 13, Kap. 5.6.

⁵⁷¹ Rudolf Michael in einer Rede vom 8.-9.5.1958 in Heidelberg, in: AS-UA, Sammlung Reden.

⁵⁷² Gerwin Dahm interviewte Christian Kracht im Herbst 1994, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

in Sylt zur Erholung angeboten und ihm die Schlüssel dafür überreicht. Der Auszug zeigt deutlich, dass Springer mit seiner Redaktion zwar hart und kompromisslos umgehen konnte, aber auch gleichzeitig darauf bedacht war, dass seine Mitarbeiter sich nicht übernahmen.

Hinsichtlich der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit hatte Axel Springer eine nahezu „weiße Weste“. Der 1912 geborene Axel Cäsar Springer gehört nach Detlev Peukerts Generationsmodell zur „Kriegsjugend“, die zur Zeit des Nationalsozialismus bereits berufstätig war. Springer arbeitete im Verlag seines Vaters bei Hammerich & Lesser. Am 1. Oktober 1933 wurde er Redakteur bei den AN und erhielt bis zur Einstellung der Zeitung im Jahr 1941 zunehmend mehr Verantwortung, vor allem im Ressort für „Handel, Schifffahrt und Sport“. 1937 übernahm er den Posten des „Stellvertretenden Chefredakteurs und Chef vom Dienst“. Sechs Jahre später wurde er, ohne dass noch eine Zeitung von Hammerich & Lesser herausgegeben wurde, Mitinhaber und Verleger. Auch seine Mitgliedschaft im Kraftfahrkorps der Nationalsozialisten und der Reichsschrifttumskammer lösten keine Bedenken bei den Briten aus und stuften ihn daher als politisch unbelastet ein. Somit stand seiner Funktion als Verleger im Nachkriegsdeutschland nichts entgegen.

Der Anteil von 16 Prozent ehemaliger NSDAP-Mitglieder innerhalb der Redaktion lässt schlussfolgern, dass an dieser Stelle ein erkennbarer Dissens zwischen pro-israelischer Haltung der Zeitung und realpolitischer Personalphilosophie zu konstatieren ist. Bei der Entscheidung, ob nach Kompetenz oder Belastung im „Dritten Reich“ die Redakteure eingestellt werden sollen, gab Springer der Expertise den Vorzug. Trotzdem darf nach Ansicht des Autors nicht der Fehler gemacht werden, Springers Personalpolitik als „offenkundige Weigerung, in seinem Unternehmen vor allem politisch Unbelastete zu beschäftigen“⁵⁷³, gesehen werden. Bei den personalpolitischen Entscheidungen spielten mehrere Faktoren eine Rolle: Gewiss war die Erfahrung von kompetenten Mitarbeitern ein willkommenes Mittel, um den Erfolg einer neugegründeten Zeitung zu gewährleisten und den Jungverleger, der zum Zeitpunkt der Gründung des HABL gerade einmal 36 Jahre alt war, in seinem Vorhaben zu unterstützen. Noch entscheidender war jedoch die persönliche Einstellung der Redakteure und die Frage, ob sie zum publizistischen

⁵⁷³ Sonntag: Medienkarrieren, S. 173.

Konzept und Selbstbild der Zeitung passten. Auch wenn Mitarbeiter wie Karl Andreas Voss, Martin Saller und Rudolf Michael Mitglieder der NSDAP waren, konnte Springer sie aufgrund der gemeinsamen Vergangenheit als politisch unbedenklich einschätzen. Aus formaler Sicht war lediglich die Kategorisierung und das Gutachten durch das britische Entnazifizierungsverfahren von Bedeutung. Des Weiteren muss berücksichtigt werden, dass das politische Profil der Zeitung als Prozess innerhalb der Verlagsgeschichte betrachtet werden muss. Gudrun Kruij sieht den Springer-Verlag in der Gründungsphase nach dem Zweiten Weltkrieg in einer „journalistischen Phase“ und unterstützt die These, dass das politische Bewusstsein im Lauf der Jahre stärker konturiert wurde.⁵⁷⁴ Das lässt sich auch daran erkennen, dass in den 1960-er Jahren ein weitere Leitidee die Verlagsphilosophie erweitern sollte: „Das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.“⁵⁷⁵

Springer besuchte eine internationale Konferenz in Bern und ließ eine Abschrift seines Vortrages am 18. August 1958 an Hamburgs Bürgermeister Brauer zukommen. In diesem Schreiben attestiert Springer Deutschland, Schreckliches in der Vergangenheit getan zu haben, und sieht sich als Teil dessen: „[...] my people unleashed a catastrophe. In the end this catastrophe almost destroyed the German nation. My country has burdened itself with terrible guilt. It has become guilty of terrible crimes against humanity, against other nations [...], against the jews. I am a member of this guilty nation.“⁵⁷⁶

Konsequenz aus diesem kollektiven Schuldbekenntnis war, dass sich Springer zunehmend für Israel und die jüdische Bevölkerung einsetzte und es auch finanziell unterstützte.⁵⁷⁷ Mit der Reife des Verlegers setzte auch zunehmend ein stärkeres Auseinandersetzen mit der Vergangenheit ein. In welcher Tiefe dies in der Berichterstattung geschah, ob die Redakteure und Redakteurinnen auf ihr Schuld- sowie Demokratieverständnis

⁵⁷⁴ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 77.

⁵⁷⁵ Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin 1996, S. 21.

⁵⁷⁶ Brief Springer an Brauer vom 18.8.1958, in: StAHH, Staatliche Pressestelle V, II A II a13.

⁵⁷⁷ Neben der finanziellen Unterstützung besuchte Springer Israel mehrere Male und traf politische Entscheidungsträger. Der Umgang mit Schuld und der nationalsozialistischen Vergangenheit im HABL werden in Kapitel 7.7. der Arbeit eingehend behandelt.

eingingen und es mögliche „auffällige“ Artikel auf der „Meinungsseite“ gab, wird im weiteren Verlauf der Arbeit thematisiert.

6. Journalistische Protagonisten

Neben der Auswertung der biografischen Daten der HABL-Redaktion soll in diesem Kapitel ein dezidierter Blick auf Einzelbiografien gelegt werden, die für die Geschichte und Entwicklung der Tageszeitung in den ersten 17 Jahren nach seiner Gründung eine besondere Rolle gespielt haben. Die methodische Herangehensweise zielt daher darauf ab, folgende Personengruppen und deren berufliche Werdegänge zu untersuchen: Die Chefredakteure, die Kolumnisten und die Karrieristen.⁵⁷⁸ In Anlehnung an die Vorgehensweise der kollektiven Biographie, die bereits an anderer Stelle erläutert und mit einem Blick auf die gesamte Redaktion des HABL der Anfangsjahre der Zeitung angewandt wurde, werden auch hier wesentliche biografische Daten, die NS-Vergangenheit und die Rolle beim HABL untersucht bzw. Auffälligkeiten hervorgehoben. Eine Besonderheit stellt der personelle Exkurs zum Ende des Kapitels dar. Es konnten persönliche Daten des Journalisten Georg Nawrocki ermittelt werden, der im Gründungsjahr der Zeitung 1948 mit seiner Bewerbung beim HABL abgelehnt wurde. Im späteren Verlauf seiner journalistischen Karriere arbeitete er jedoch für die „Welt“, die ab 1953 zum Springer Verlag gehörte. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang vor allem die Frage, weshalb er abgelehnt wurde und wie es dazu kam, dass er trotz der Ablehnung in den 1950-er und 1960-er Jahren für den Springer Verlag arbeiten konnte. Die dafür im Unternehmensarchiv eingesehenen Ablehnungsschreiben und die daraus gewonnenen Erkenntnisse erweitern somit das Einstellungs- bzw. Bewerbungsprofil des HABL. Die Quellengrundlage stammt in diesem Kapitel überwiegend aus dem Unternehmensarchiv Axel Springers und den Entnazifizierungsakten aus dem Hamburger Staatsarchiv. Im Falle Nawrockis konnten viele Informationen über seine journalistische Karriere der Privatsammlung seiner Söhne, Jens und Rainer Nawrocki, entnommen werden.⁵⁷⁹

Die Funktionalität dieses Kapitels besteht in erster Linie darin, zum einen wichtige Einzelpersonen zu untersuchen, die in besonderem Maße oder durch eine besondere Funktion die Entwicklung des HABL geprägt haben, und andererseits soll anhand der Karrieren

⁵⁷⁸ Hinweise zur Terminologie, siehe Kap. 6.2.

⁵⁷⁹ Außerdem wurden mit einem der Söhne, Rainer Nawrocki, mehrere Gespräche geführt, um weitere Informationen über seinen Vater zu erhalten. Eines der Gespräche fand am 19. September 2022 statt.

und der Artikel, die von den untersuchten Redakteuren verfasst worden sind, im Nationalsozialismus und der BRD möglichen Analogien nachgegangen werden. Es wird zu überprüfen sein, ob es sprachliche oder inhaltliche Gemeinsamkeiten gibt, die in beiden Pressestrukturen verwendet wurden. Viele der Karrieren, die analysiert werden, begannen bereits in der Weimarer Republik oder im „Dritten Reich“. Daher lohnt sich in Einzelfällen – unter Berücksichtigung der gegebenen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse – ein Vergleich bzw. ein Blick auf die Artikel, die in den 1930-er und 1950-er Jahren geschrieben worden sind.

Außerdem geht es darum, die Beziehung zwischen Verleger und der Redaktion eingehender in den Blick zu nehmen, um weitere Erkenntnisse für die Personalpolitik Springers zu gewinnen und Schlüsse daraus zu ziehen, welche Merkmale die Redaktion teilte und welches Selbstverständnis sich daraus ergab. Abschließend wird die Vereinbarkeit der Verlagsphilosophie mit der Einstellung politisch-belasteter Redakteure eingehend beleuchtet. Wie die biografische Analyse der Redaktion zeigt, waren 16 Prozent der Journalisten Mitglieder in der NSDAP.⁵⁸⁰ Ein genauer Blick in die Artikel dieser Redakteure scheint in diesem Zuge notwendig, um eine Aussage über die Korrelation zwischen nachkriegszeitlicher Berichterstattung, personelle Kontinuität und verlagspolitischen Grundsätzen wie der Aussöhnung mit Israel treffen zu können. Die Sicht auf Einzelbiografien und deren Werdegang beim HABL rundet die Auswertung der Biografien ab und stellt gleichzeitig ein Bindeglied zur Untersuchung der NS-Berichterstattung der Zeitung dar.

6.1. Die Chefredakteure

Einer der wesentlichen Entscheidungsträger einer Zeitung ist der Chefredakteur. In den ersten 17 Jahren des HABL gab es insgesamt drei Chefredakteure, die für die Umsetzung des publizistischen Konzepts der Zeitung verantwortlich waren und im engen Austausch mit Axel Springer standen. Sie waren sowohl Wegbereiter des Erfolges der ersten unabhängigen Tageszeitung in Hamburg als auch Kontroll- und Exekutivorgan der Ideen und Vorstellungen Springers. Dass der Verleger nicht immer mit der Arbeit der Chefredaktion einverstanden war, belegt sein Briefwechsel bzw. Streit mit Martin Saller im Jahr 1969, der einen Artikel über die katholische Kirche verfasste, dem der Verleger nicht zustimmte

⁵⁸⁰ Siehe Kap. 5.5.

und der schließlich zu Sallers Absetzung führte.⁵⁸¹ Dieser Zwischenfall kann zudem ein Indiz dafür sein, unter welcher „Aufsicht“ und welchem Druck die Chefredakteure gestanden haben mussten. Gleichzeitig unterstreicht der „Fall Saller“, wie wichtig dem Verleger die Einhaltung der Verlagsprinzipien war.

Nichtsdestotrotz kann festgehalten werden, dass innerhalb der ersten beiden Dekaden der Zeitung primär auf personelle Kontinuität anstatt auf häufige Rotation in der Führungsebene gesetzt wurde. Mit dem zweiten Chefredakteur Otto Siemer hatte Axel Springer jemanden gefunden, mit dessen Arbeit er sehr zufrieden war und dessen Expertise die Entwicklung des HABL von Anfang an begleitet hatte.⁵⁸² Auf Martin Saller folgte 1969 sein Stellvertreter Werner Titzrath, der bis zu seinem Tod im Jahr 1983 Chefredakteur des HABL war. Die Artikelanalyse der Personen ist in diesem Kapitel zweitrangig, da die ersten beiden Chefredakteure überwiegend supervisorische Funktionen übernahmen. Die Quellengrundlage bei der Untersuchung der Chefredakteure besteht größtenteils aus Informationen aus den jeweiligen Entnazifizierungsakten, Reden im Rahmen von Jubiläen, Briefwechseln mit dem Verleger und anderen Dokumenten aus dem Unternehmensarchiv von Axel Springer. Zum Abschluss des Unterkapitels wird ein Einstellungsprofil der Chefredakteure des „Abendblattes“ erstellt und auf Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der jeweiligen Chefredakteure hingewiesen.

6.1.1. Wilhelm Schulze

Der erste Chefredakteur des HABL war Wilhelm Schulze, der den Chefposten von 1948 bis 1952 besetzte. Er war einer der Mitkonkurrenten Springers, als es um die Lizenzvergabe der ersten unabhängigen Tageszeitung in Hamburg ging.⁵⁸³ Offensichtlich zweifelte Axel Springer nicht an dessen Kompetenz, sodass er ihm nach seiner gescheiterten Bewerbung die Position des Chefredakteurs beim HABL anbot. Dass Wilhelm Schulze ein geeigneter Mann für diese Aufgabe war, zeigt ein Blick in seinen Lebenslauf.

Wilhelm Adolph Schulze wurde am 26. September 1896 in Hamburg geboren, kann daher der „Frontgeneration“ zugeordnet werden und begann 1923 seine journalistische

⁵⁸¹ Zum Briefwechsel und Streit zwischen Springer und Saller siehe Kapitel 5.2.2.

⁵⁸² Rede Axel Springers bei der Trauerfeier für Otto Siemer am 6. Dezember 1972, in: AS-UA, Bestand Otto Siemer, Personalunterlagen.

⁵⁸³ Führer: Medienmetropole, S. 490.

Laufbahn im Ullstein-Verlag, der durch die Nationalsozialisten in den 1930-er Jahren in den „Deutschen Verlag“ umbenannt wurde. Er war dort überwiegend als Reiseberichter-
statter im Ausland, vor allem in Japan, tätig. Bis 1935 war er Chefredakteur bei der „BZ
am Mittag“ und verlor diesen Posten aufgrund von politischen Differenzen, sodass er
Korrespondent in London, Washington und New York wurde. Nach Kriegsbeginn be-
richtete er zudem aus Tokio bis zum Kriegsende.⁵⁸⁴ Aufgrund seiner langjährigen Tätig-
keit in Japan bzw. in Tokio wurde er in der Redaktion auch „Schulze-Tokio“ genannt.⁵⁸⁵

Politisch gesehen war Wilhelm Schulze nahezu unbescholten. Er gehörte in den 1930-er
Jahren dem „Deutschen Jungvolk“ und der DAF an.⁵⁸⁶ Er war kein Mitglied in der
NSDAP oder einer anderen NS-Organisation und wurde daher durch den Entnazifizie-
rungsausschuss in keine der Kategorien eingeteilt.⁵⁸⁷ Nach dem Zweiten Weltkrieg bewarb
er sich als „Hauptschriftleiter“ bei der DPD und versuchte beim Lizenzvergabeverfahren
mit der „Hamburger Zeitung am Mittag“ im Jahr 1948 seine eigene Tageszeitung auf den
Hamburger Pressemarkt zu etablieren. Bekanntermaßen erhielt Axel Springer den Vor-
zug bei der Herausgabe der ersten unabhängigen und überparteilichen Tageszeitung in
Hamburg. Wie genau der Jungverleger den erfahrenen Schulze und Mitstreiter für sich
gewinnen konnte, konnte nicht ermittelt werden. Fest steht jedoch, dass ihm mit dem 52-
jährigen Journalisten ein erfahrener und kompetenter Chefredakteur zur Seite stand, der
vier Jahre lang die Geschicke des „Abendblattes“ mitgestaltete und den Grundstein für
seinen Erfolg in den 1950-er Jahren legte. Gleichwohl soll Wilhelm Schulze zunächst
nicht die erste Wahl für den Chefredakteursposten gewesen sein, sondern Peter von Zahn,
der zu dem Zeitpunkt noch beim „Norddeutschen Rundfunk“ arbeitete und Springer je-
doch eine Absage erteilte.⁵⁸⁸ Während der Verlagsleiter Karl Voss Wilhelm Schulze le-
diglich als stellvertretenden Chefredakteur sah, entschied sich Axel Springer schließlich
für Schulze als Leiter der Zeitung.⁵⁸⁹ Die Gründe hierfür können seine Hamburg-

⁵⁸⁴ StAHH, 221-11 Z5268, Wilhelm Schulze.

⁵⁸⁵ Schwarz: Springer, S. 139.

⁵⁸⁶ Genauere Angaben zu seinen Mitgliedschaften in den beiden Organisationen konnten seiner
Entnazifizierungsakte nicht entnommen werden. Sie bestätigt lediglich seine Mitgliedschaft.
StAHH, 221-11 Z5268, Wilhelm Schulze.

⁵⁸⁷ StAHH, 221-11 Z5268. Wilhelm Schulze.

⁵⁸⁸ Schwarz: Springer, S. 139.

⁵⁸⁹ Dokument mit dem Titel „Chefredaktion. Otto Siemer“ vom 25.11.1963, in: AS-UA, Bestand
HABL.

Kenntnisse, seine langjährige Erfahrung als Ullstein-Redakteur und seine Auslandserfahrung gewesen sein. Außerdem war dem jungen Verleger wichtig, dass seine Ideen einer neuen Lokalzeitung in Hamburg von der Chefredaktion geteilt wurden bzw. dass das Selbstbild der Zeitung dasselbe war. Beides scheint kompatibel gewesen zu sein, sodass Wilhelm Schulze den Zuschlag erhielt.

Neben seiner Funktion als Chefredakteur war er auch für das Politik-Ressort verantwortlich. Dabei hatte er nicht nur die Aufgabe eine neue Zeitung mitaufzubauen, ihr publizistisches Konzept umzusetzen und dieses der Redaktion zu vermitteln, sondern sich auch um die unterschiedlichsten Belange vor der Herausgabe der Zeitung zu kümmern. Wie aus einem Brief an den Direktor der Staatlichen Pressestelle Erich Lüth ersichtlich wird, bemühte sich Wilhelm Schulze im September 1948 um die Beschaffung einer Wohnung und um die Aufenthalts- und Zuzugsgenehmigung von Redakteuren.⁵⁹⁰ Dies ist ein Beleg dafür, wie vielseitig die Aufgaben seines Postens waren und welche Herausforderungen die Herausgabe einer neuen Zeitung in der Nachkriegszeit mit sich brachten. Im Jahr 1952 verließ Wilhelm Schulze das HABL, da die „Berliner Morgenpost“ wiedererschien und er dort den Posten des Chefredakteurs angeboten bekam. Ein Jahr später wirkte er bei der Herausgabe der „BZ“ mit. Nach einer schweren Krankheit verstarb er im Jahr 1961 mit 65 Jahren.⁵⁹¹

Er brachte mit seiner langjährigen journalistischen Tätigkeit und seinen Auslandsaufenthalten viel Erfahrung und Expertise in die Redaktion des HABL. Zudem soll er wenig Geduld mit all denjenigen gehabt haben, die fehlerhaft und journalistisch ungenau arbeiteten.⁵⁹² Es kann abschließend zu seiner Person konstatiert werden, dass er als erster Chefredakteur dem HABL das Fundament ebnete, um in den 1950-er Jahren eine der umsatzstärksten Lokalzeitungen der BRD zu werden. Darüber hinaus gelang es ihm – gemeinsam mit Axel Springer – trotz vieler widriger Umstände der Nachkriegszeit – eine Redaktion zusammenzustellen, die die Ideen und Vorstellungen einer neuen Tageszeitung teilten und sich mit vollem Engagement für die Etablierung des HABL auf dem Hamburger Pressemarkt einsetzten.

⁵⁹⁰ Brief von Wilhelm Schulze an Erich Lüth am 28.9.1948, in: StAHH, Senatskanzlei II, 6315.

⁵⁹¹ Art. „Die vier Chefredakteure in den Jahren von 1948 bis 1983“, in: HABL 40 Jahre, 14.10.1988.

⁵⁹² Verg: 40 Jahre, S. 25.

6.1.2. Otto Siemer

Im Untersuchungszeitraum war Otto Siemer der maßgebende Chefredakteur, der von 1952 bis 1965 das HABL leitete. Bevor er die Position von seinem Vorgänger übernahm, war er Chef vom Dienst und begleitete die Zeitung von Beginn an. Bei den ersten Konzeptsitzungen im Flakbunker am Heiligengeistfeld, der Geburtsstätte des HABL, war er anwesend und formte gemeinsam mit dem Jungverleger eine neue Tageszeitung.⁵⁹³ In seiner Rede zum 15-jährigen Jubiläum des HABL spricht er von einem besonderen Zauber, der dem Ursprung der Zeitung innewohnte und von schönen 15 Jahren im Dienst der Zeitung: „Es ist heute gar nicht mehr nachzuempfinden, [...] wie wir ganz tollkühn [...] aus festen, gesicherten Positionen uns diesem Haus genähert und uns fest eingebildet haben, da müsste etwas ganz besonderes entstehen. [...] und diese feste Stimmung, diese Entschlossenheit ist das gewesen, was den Erfolg gebracht hat. [...] Ich kann von den 15 Jahren nur sagen, es war ein großartiger Spaß, es war eine wunderbare Zeit.“⁵⁹⁴

In seinen 13 Jahren als Chefredakteur genoss Otto Siemer großen Respekt innerhalb der Redaktion und soll sich u.a. für journalistische Talente eingesetzt haben. In einem Nachruf schrieb ihm HABL-Redakteur Eduard von Wiese einen bedeutenden Anteil am Erfolg der Zeitung zu und hob Siemers Gespür für talentierte Journalisten hervor: „In Otto Siemers kluger, weiser, weitblickender Obhut wuchs eine ganze Journalistengeneration heran, aus deren Kreis auch manche der führenden Spitzenpositionen dieses Verlagshauses besetzt werden konnten. Otto Siemer schuf ein geistiges Fundament.“⁵⁹⁵

Bevor der damalige Chefredakteur in den 1950-er und 1960-er Jahren bei Axel Springers erster Tageszeitung die Leitung übernahm, war der gebürtige Oldenburger 54 Jahre alt und konnte bereits auf eine 25-jährige Laufbahn als Journalist zurückblicken. Nach seinem Studium der Nationalökonomie in Kiel, Berlin und Hamburg trat er seine erste journalistische Tätigkeit beim HF im Jahr 1925 an, wo er bis 1944 u.a. im Politik-Ressort arbeitete. Anschließend folgte eine Anstellung als Redakteur bei der „Niederdeutschen

⁵⁹³ Art. „Die vier Chefredakteure in den Jahren von 1948 bis 1983“, in: HABL 40 Jahre, 14.10.1988.

⁵⁹⁴ Rede Otto Siemers anlässlich des 15-jährigen Bestehens des Hamburger Abendblattes am 15. Oktober 1963, in: AS-UA, Bestand Otto Siemer, Personalunterlagen.

⁵⁹⁵ Wiese, Eberhard von: Art. „Diese Zeitung zum bedeutenden Teil sein Werk“, in: HABL Nr. 268, 2.12.1972.

Zeitung“ und ab 1948 war er „Schriftleiter“ bei den „Nordwestdeutschen Heften“ im Hammerich & Lesser Verlag. Im selben Jahr fing er an, in der Redaktion des HABL zu arbeiten. Nachdem er sein Amt als Chefredakteur an Martin Saller übergeben hatte, diente er dem Verlag noch als Berater in personalpolitischen Fragen bis er am 1. Juli 1968 in den Ruhestand ging. Am 30. November 1972 verstarb Otto Siemer in Hamburg.⁵⁹⁶

Siemer war ähnlich wie sein Vorgänger in der Zeit des Nationalsozialismus politisch unauffällig gewesen. Laut den Angaben in seiner Entnazifizierungsakte war er lediglich Mitglied in der NSV und wurde 1935 vom Militärdienst freigestellt.⁵⁹⁷ Durch seine politische Unbescholtenheit im „Dritten Reich“ wurde er in keiner der Kategorien durch den Entnazifizierungsausschuss eingeteilt. Axel Springer pflegte nicht nur eine berufliche Beziehung zu ihm, sondern auch eine freundschaftliche. Über dessen Verdienste für das HABL und seine Beziehung zu ihm, sprach der Verleger u.a. bei der Trauerfeier für Otto Siemer in Hamburg-Öjendorf am 6. Dezember 1972: „Seine Wirkungsjahre voller Lebensklugheit und Charakter als Chefredakteur der ersten Zeitung eines großen Verlages hat Otto Siemer immer wieder als die beruflich ihn ganz und gar beglückende Zeit bezeichnet. [...] Vieles haben viele diesem Mann zu danken. Seine ganze Redaktion hat seine Güte erfahren. [...] Zu danken hat ihm ein Zeitungshaus, dem er mehr war als nur ein Chefredakteur; ein Zeitungshaus, dem er für lange Zeit seinen Stempel aufdrückte. Unbeirrt hielt er fest an der Umsetzung ewiger Werte in die profane Arbeit eines Zeitungsmannes. [...] Otto Siemer war ein getreuer Freund bis zum Ende.“⁵⁹⁸

Dem Verleger sagte aber nicht nur die menschliche und charakterlich gefestigte Seite von Otto Siemer zu, sondern auch dessen beruflichen Visionen. Axel Springer sprach in der Rede zum zwanzigjährigen Jubiläum des HABL davon, Otto Siemer, der ihm von Karl Andreas Voss vorgestellt worden war, bereits vor der Gründung der Zeitung getroffen zu haben und sie beide von einer neuen „Zukunftsform der Zeitung“⁵⁹⁹ träumten. Sie philosophierten über eine moderne Zeitung und gestalteten u.a. das erste Layout des HABL.⁶⁰⁰

⁵⁹⁶ Biographische Daten von Otto Siemer, in: AS-UA, Personendatenbank.

⁵⁹⁷ StAHH, 221-11 Misc 1522, Otto Siemer.

⁵⁹⁸ Rede Axel Springers bei der Trauerfeier für Otto Siemer am 6. Dezember 1972, in: AS-UA, Bestand Axel Springer, Reden Axel Springer 10.1971-1972.

⁵⁹⁹ Rede von Axel Springer beim 20-jährigen Jubiläum des HABL am 18. Oktober 1968, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

⁶⁰⁰ Ebd.

Die Auszüge aus den Reden spiegeln eine harmonische Beziehung zwischen dem HABL und Otto Siemer wider. Er war ein sehr geschätzter Chefredakteur, der nicht nur von der Redaktion respektiert wurde, sondern auch im besonderen Maße vom Verleger. Dieser Respekt beruhte auf Gegenseitigkeit. Gleichwohl hatte er keine Probleme damit, sich kritisch gegenüber der Redaktion zu äußern. In einem Schreiben „Über das Verhältnis von Verleger und Redaktion“ schrieb der Chefredakteur über den aus seiner Sicht ungerechtfertigten Unmut einiger Personen aus der Redaktion, dass sich der Verleger aus ihrer Sicht fälschlicherweise in die Tagesgeschäfte der Redaktion einmische und dadurch die Pressefreiheit gefährde. Otto Siemer hatte darauf eine klare Antwort: „Der Verleger ist im Gesamtraum der Publizistik derjenige, der eine Doppelbegabung besitzen muss, wenn er nicht scheitern will. Er muss Journalist par excellence, er muss Unternehmer sein. [...] Er ist zuversichtlich, und er ist es, weil er überzeugt ist, dass seine Konzeption der geplanten Zeitung erfolgreich sein wird. [...] Auf die richtige Konzeption kommt es an. Sie entscheidet über Erfolg oder Misserfolg.“⁶⁰¹ Er traute demnach der Redaktion keinen umfangreichen unternehmerischen Weitblick zu, der den langfristigen Erfolg der Zeitung sicherte. Diesen könnten nach seiner Auffassung nur der Verleger haben, der bereits von Beginn an der Zeitungsgründung ein Konzept für die Tageszeitung entwickelt habe. Daraus ergebe sich die Erlaubnis, sich in die Arbeit der Redaktion einzumischen.⁶⁰²

Zwar konnte der Entstehungszeitraum der Schrift nicht ermittelt werden, dennoch legen die kritischen Äußerungen nahe, dass es zu Spannungen zwischen Redaktion und Verleger während der Amtszeit Siemers gekommen war. Der Chefredakteur bekannte sich klar zum Verleger und seinen umfangreichen Befugnissen, um die Geschicke der Zeitung nach seinen Vorstellungen zu lenken. Dieses interredaktionelle Vorgehen rechtfertigte der Verleger u.a. bei seiner Rede zum dreißigjährigen Jubiläum des HABL als er die Kritik an seiner Person anspricht: „Ich benutze die Gelegenheit dieses Jubiläums, um all diejenigen um Entschuldigung zu bitten, denen in irgendeinem Blatt meines Hauses einmal Unrecht getan wurde. Mit manchem, was wir publizieren, bin ich nicht einverstanden. Wie könnte es bei dieser Fülle des Angebots anders sein? Doch ich fühle mich nicht

⁶⁰¹ Siemer, Otto: Über das Verhältnis von Verleger und Redaktion, in: AS-UA, Bestand Otto Siemer, Personalunterlagen.

⁶⁰² Ebd.

als Zensor und nicht als Unterweiser – wenn es nicht um Grundprinzipien geht.“⁶⁰³ Auch wenn sich seine Rechtfertigung gleichwohl auf äußere Kritiker beziehen mag, lässt sich herauslesen, dass der eigenen Redaktion so lange freies Schreiben gestattet wurde, bis der Verleger das Gefühl hatte, dass die Grundideen und die Verlagsphilosophie verletzt wurden.

Otto Siemer war für den Verleger jedenfalls ein loyaler und „unvergessener Chefredakteur“⁶⁰⁴, der ein Gespür für journalistische Talente besaß. Außerdem soll er nach den Recherchen zu seiner Person ein Vorgesetzter gewesen sein, der gütig und emphatisch gewesen sei und der nach festen moralischen Grundsätzen gehandelt habe. Ein ehemaliger HABL-Redakteur, Uwe Bahnsen, beschreibt in einer Biographie über den langjährigen Verlagsmanager Peter Tamm, Otto Siemer sogar als Vaterfigur: „Er war ein Journalist von unerschütterlicher Ausgeglichenheit und ohne gesellschaftlichen oder eigenen Autorenehrgeiz, obwohl er ein exzellenter Stilist war, und führte diese Redaktion mit leichter, aber, wenn nötig, energischer Hand. Auf seinem Schreibtisch stand stets eine frische rote Nelke. Ihr Anblick mahnte ihn von Tag zu Tag an das, was er von seiner Redaktion verlangte: Genauigkeit in den Einzelheiten, aber Farbigkeit in der Darstellung. Für seine Mannschaft war er eine Vaterfigur.“⁶⁰⁵

Die Ergebnisse zu diesem Unterkapitel legen dar, dass Otto Siemer ein sehr prägender und bedeutsamer Chefredakteur für die Redaktion und Axel Springer war, der über ihn bei einer Jubiläumsfeier des HABL eine Dankesrede hielt und ihn als den „guten Geist des Hauses“ und als „Ratgeber in allen Stunden“ bezeichnete.⁶⁰⁶ Die daraus entstandenen Erwartungen an seinen Nachfolger auf dem Posten des Chefredakteurs waren daher hoch.

6.1.3. Martin Saller

Obwohl Martin Saller erst im Jahr 1965 Chefredakteur wurde und der Untersuchungszeitraum mit diesem Jahr abgeschlossen wird, ist ein Blick auf seine Person und seine Karriere in vielerlei Hinsicht erkenntnisreich für die Personalpolitik beim HABL. Martin

⁶⁰³ Rede von Axel Springer zum 30-jährigen Jubiläum des HABL am 28. Oktober 1978, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

⁶⁰⁴ Ebd.

⁶⁰⁵ Bahnsen: Tamm, S. 64 f.

⁶⁰⁶ Rede von Axel Springer beim 20-jährigen Jubiläum des HABL am 18. Oktober 1968, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

Saller wurde am 13. März 1916 in Ems bei Regensburg geboren⁶⁰⁷ und erhielt am humanistischen Gymnasium in Metten im Jahr 1936 sein Reifezeugnis. Anschließend studierte er Politologie und Geschichte.⁶⁰⁸ Er war u.a. Mitglied in der HJ, der DAF, dem RAD und der RPK. Nach eigenen Angaben zufolge sei er als „Schüler guten Glaubens“ in die HJ eingetreten und war Mitglied in der nationalsozialistischen Jugendorganisation für ein Jahr. Der Hauptgrund für seine Einstufung in Kategorie IV des Entnazifizierungsausschusses war jedoch, dass er Mitglied in der NSDAP vom 1. Mai 1937 bis zum Dezember 1943 war.⁶⁰⁹ Er gab an, dass dies aus beruflichen Gründen geschehen sei. Die Konsequenzen seiner Kategorisierung sahen fernerhin vor, dass er zunächst keine leitende Funktion bei seinem Verlag einnehmen durfte. Zum Zeitpunkt seiner Befragung im Jahr 1947 war er Mitarbeiter beim „Union Pressedienst“.⁶¹⁰ Bevor er beim HABL arbeitete, war bei mehreren Zeitungen tätig, die in München, Karlsruhe und Mülhausen ihren Sitz hatten. In Hamburg arbeitete er bei der nicht lizenzierten Wochenzeitschrift „Pressedienst für undoktrinäre Politik“.⁶¹¹

Zum „Abendblatt“ kam Saller drei Jahre später als Nachfolger von Günter Diehl und fungierte als Leiter der außenpolitischen Redaktion. In den Jahren 1956 bis 1965 war er Auslandskorrespondent des HABL in Paris, bis er schließlich den Chefredakteursposten von 1965 bis 1969 übernahm.

Bei der zwanzigjährigen Jubiläumsrede schien der Verleger sehr zufrieden mit der Arbeit seines Chefredakteurs zu sein, wobei er einen besonderen Bezug auf die Studentenproteste und die öffentliche Kritik an Springers Person im April 1968 nahm: „Der Angriff ist

⁶⁰⁷ Bei der Angabe zum Geburtsort von Martin Saller gibt es Unregelmäßigkeiten in den Quellen. Während in den meisten überlieferten Dokumenten „Ems bei Regensburg“ als Geburtsstadt eingetragen wurde, steht in der Personendatenbank vom Unternehmensarchiv von Axel Springer, dass Martin Saller in Straßburg geboren wurde. Andererseits widersprechen die Angaben aus seiner Entnazifizierungsakte und einem Zeitungsartikel aus dem „Abendblatt“ dieser Aussage. StAHH, 221-11 F (P) 1139, Martin Saller; Art. „Die vier Chefredakteure in den Jahren von 1948 bis 1983, in: HABL 40 Jahre, 14.10.1988; Biographisches über Martin Saller, in: AS-UA, Personendatenbank.

⁶⁰⁸ StAHH, 221-11 F (P) 1139, Martin Saller.

⁶⁰⁹ NSDAP-Mitgliederkartei Nr. 5175750, Martin Saller, in: BArch Berlin, R 9361-VIII.

⁶¹⁰ Ebd.

⁶¹¹ Jede Ausgabe musste dem US-amerikanischen Secret Service vorgelegt bzw. genehmigt werden. Die Zeitschrift war adressiert an die Kaufleute der Hansestadt und alle Personen, die sich noch in der unmittelbaren Nachkriegszeit für Politik interessierten. Biographisches über den Berufsweg von Martin Saller, in: AS-UA, Bestand Martin Saller, Personalunterlagen.

ja nicht erfolgt gegen Linksradikale oder Rechtsradikale, sondern im Grunde gegen, wenn ich von mir sprechen darf, einen Mann, der ein sehr entschiedener Verfechter der Mitte ist. Wie muß es eigentlich aussehen in einem Land, wo dieses nicht honoriert wird, sondern wo man jemanden zum Buhmann der Nation macht, der eigentlich ein Radikalinski der Mitte ist. [...] In diesem Augenblick [...] möchte ich einen besonderen Dank aussprechen an Martin Saller, der [...] die beste Feder zur Verteidigung unseres Hauses und die beste Verteidigung auch meiner selbst gebracht hat. Martin Saller, das haben Sie großartig gemacht, und ich werde es Ihnen auch dann nicht vergessen, wenn Sie es aus ihrem ganz eigenen Antrieb und nur Ihrem eigenen Denken gehorchend getan haben.“⁶¹² Dieser Auszug aus Springers Rede verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig ihm Loyalität gegenüber seiner Person und seinem Verlag war. Martin Saller war langjähriger Mitarbeiter des HABL und hatte sich zum Chefredakteur hochgearbeitet. Er hielt zum Verlag, obgleich scharfe Kritik von verschiedenen Seiten am Springer Verlag geübt wurde. Dass der Verleger jedoch auch anders reagieren konnte, wenn ihm etwas missfiel, zeigte die Auflösung Sallers Vertrag ein halbes Jahr vor dem vereinbarten Vertragsende.

Anders als sein Vorgänger verfasste Saller auch mehrere eigene Artikel und schrieb u.a. die Serie „Rebellen im Namen Christi“. An anderer Stelle wurde bereits eingehend über die Streitpunkte und die Korrespondenz zwischen Verleger und Chefredakteur berichtet.⁶¹³ Interessante Beobachtungen bei dieser Auseinandersetzung sind, dass Martin Saller nach dem Briefwechsel nicht mehr lange Chefredakteur blieb und nach Tokio ins Asien-Büro des Verlags versetzt wurde. Es liegt nahe, dass Springers Kritik an Sallers Äußerungen über die katholische Kirche den Ausschlag für seine vorzeitige Absetzung als Chefredakteur darstellte. Die Intervention des Verlegers demonstrierte ebenfalls, dass Axel Springer auch zwanzig Jahre nach der Gründung der Zeitung die Prinzipien der Zeitung wichtig waren und dass bei „Verstößen“ gegen seine Zeitungsphilosophie Konsequenzen drohen konnten. Andererseits kann ebenfalls festgehalten werden, dass die Beziehung beider auf gegenseitigem Respekt und Loyalität basierte. Anstatt Saller zu entlassen, verblieb er beim HABL und wurde lediglich in seine vorige Position als

⁶¹² Rede von Axel Springer beim 20-jährigen Jubiläum des HABL am 18. Oktober 1968, in: AS-UA, Redensammlung Axel Springer.

⁶¹³ Siehe hierzu Kap. 5.2.2.

Auslandskorrespondent wiedereingesetzt. Angaben über eine etwaige Herabstufung seines Gehaltes konnten nicht ermittelt werden.

Den Wechsel der Chefredaktion rechtfertigte das HABL offiziell mit der Aussage, dass „angesichts der dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung in Ostasien und wegen des zunehmenden politischen Gewichts dieses Raumes“⁶¹⁴ der Verlag es als Notwendigkeit ansehe, ein Verlags- und Redaktionsbüro in Tokio zu eröffnen. Der „Spiegel“ sprach dagegen die Probleme auf der Führungsetage des HABL offen an: „Als Martin Saller [...] eine Serie über die gegenwärtige Situation der Kirche ins Blatt rückte, die sich [...] mit den progressiven Kräften in der Kirche befaßte, schrieb der Verleger an seinen Chefredakteur: ‚Die vorliegende Form der Serie werde allein die Modernisten triumphieren lassen‘. Der Brief, der wegen seiner ‚Grundsätzlichkeit‘ an mehrere Springer-Redakteure verteilt wurde, machte Springers Abwendung von Martin Saller deutlich.“⁶¹⁵ Martin Saller blieb Ostasien-Korrespondent für den Springer-Verlag bis 1972. Im Anschluss war er noch Korrespondent des Springer-Auslandsdienstes in Wien und in Paris, bis er am 30. Juni 1976 aus dem Dienst ausschied. Am 1. April 2005 verstarb er mit 89 Jahren in Hamburg.⁶¹⁶

Die Untersuchungsergebnisse aller drei Chefredakteure ergeben folgendes Einstellungsprofil: eine langjährige journalistische Erfahrung beim Ullstein Verlag, dem Broschek Verlag oder bei Hammerich & Lesser und der Bereitschaft nach demokratischen Wertemaßstäben eine Zeitung aufzubauen, die den Menschen in den Blick nimmt und seinen Belangen gerecht wird, waren Voraussetzungen für eine Anstellung als Chefredakteur beim HABL. Fernerhin lassen die Ergebnisse den Schluss zu, dass Loyalität, Kompetenz und verlagsideologische Konformität dem Verleger bei seinen Chefredakteuren sehr wichtig waren. Durch ihre Geburtsdaten sind sie in die „Front“- und „Kriegsjugend“-Generation nach Detlev Peukert einzuordnen. Neben biografischen Parallelen sind auch Unterschiede auf der Chefredaktionsebene aufgefallen.

Eine Erkenntnis, die die Untersuchung erbrachte, war die unterschiedliche politische Belastung der Chefredakteure. Während die Entnazifizierungsverfahren Wilhelm Schulze

⁶¹⁴ Art. „Springer-Büro in Tokio. Neuer Chefredakteur des Hamburger Abendblattes“, in: HABL Nr. 177, 2./3.8.1969.

⁶¹⁵ Art. „Heimat umfassen“, in: Spiegel Nr. 33, 11.8.1969.

⁶¹⁶ Biographisches über Martin Saller, in: AS-UA, Personendatenbank.

und Otto Siemer als politisch unbelastet beurteilten, wurde Martin Saller in Kategorie IV eingestuft. Vor allem bei der Einstellung der Chefredakteure wurde darauf geachtet wurde, dass sie politisch-betrachtet, eine „weiße Weste“ haben mussten, da die Briten andernfalls ein Veto eingelegt hätten. Es ist anzunehmen, dass Sallers Vergangenheit bei seiner Beförderung zum Chefredakteur 1965 keine Rolle mehr gespielt hat, da das „Dritte Reich“ bereits 20 Jahre zurücklag.

Ein weiterer Unterschied zwischen den Chefredakteuren war, dass die ersten beiden Personen in der Regel selbst weniger Artikel verfassten, sondern sich auf administrative Aufgaben konzentrierten. Martin Saller hingegen schrieb größere Leitartikel, die u.a. auf der „Meinungsseite“ erschienen. Wie bereits erläutert, konnte dieser Umstand aber auch zu Auseinandersetzungen mit dem Verleger führen, wenn man nicht im Sinne der Verlagsphilosophie schrieb. Schlussendlich ist festzuhalten, dass Axel Springer bei seinen Chefredakteuren ähnlich wie bei der Einstellung der Mitarbeiter der Redaktion des HABL auf Kontinuität, Loyalität, Kompetenz und journalistische Erfahrung Wert legte und es bei Einhaltung der Grundprinzipien der Zeitung es möglich war, Karriere im Springer Verlag zu machen.

6.2. Die Karrieristen

Die Ausführungen über diejenigen, die im Springer Verlag Karriere machten und deren frühe berufliche Stationen das HABL darstellte, werden in diesem Kapitel kompakt und auf die wesentlichen biografischen Fakten der untersuchten Personen beschränkt, da über Rudolf Michael, Christian Kracht und Peter Tamm mehrere Arbeiten verfasst worden sind.⁶¹⁷ Nichtsdestotrotz spielen diese Personen für die Anfangsjahre des HABL keine weniger bedeutsame Rolle, da sie einen wichtigen Beitrag für den Erfolg der Zeitung in den ersten Jahren nach seiner Gründung leisteten. Mit dem Begriff „Karrierist“ werden Personen im Verlag bezeichnet, die nicht nur langjährige Mitarbeiter des Konzerns waren oder Ämter wie Generalbevollmächtigter oder Alleinvorstand bekleideten, sondern auch

⁶¹⁷ Siehe hierfür u.a. Bahnsen, Uwe: Biografie Peter Tamm, Hamburg 2021; Sonntag, Christian: Medienkarrieren. Biografische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten 1946-1949, München 2006, S. 229-239; Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968, S. 77-81 und S. 217-234; Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2008, S. 129-144 und S. 294-306.

die ihre eigene Karriere ins Zentrum ihrer Entscheidungen stellten. Peter Tamm ist beispielsweise 1960 von Hamburg nach Berlin gezogen, um im Rahmen seiner Funktion als Geschäftsführer des Ullstein Verlages bei der Ausgestaltung der „B.Z.“ und der „Berliner Morgenpost“ zu helfen.⁶¹⁸ Das Engagement und der berufliche Aufstieg innerhalb des Verlags kennzeichnen die Redakteure, die in diesem Unterkapitel untersucht werden.

Aus vergangenheitspolitischer Sicht ist insbesondere die Personalie Rudolf Michael von Interesse, da er zwar inoffiziell als Ressortleiter für „Allgemeines“ in den ersten Jahren des HABL tätig war, aber zunächst nicht im Impressum aufgeführt wurde, was u.a. an den Auflagen des britischen Entnazifizierungsausschuss aufgrund seiner politischen Belastung im „Dritten Reich“ gelegen haben könnte. Alle drei Personen waren Redakteure der „ersten Stunde“ und hatten Eigenschaften, die dem Verleger gefielen bzw. welche ihn dazu veranlassten, sie zu fördern bzw. zu befördern. Die Untersuchung dieser „Karristen“ wird Aufschluss über personalpolitische Entscheidungen Springers geben und aufzeigen, welche Eigenschaften für einen beruflichen Aufstieg im Verlag notwendig waren. Darüber hinaus lohnt es sich in diesem Kapitel ein Blick auf die Artikel zu werfen, die die Redakteure zur Zeit des Nationalsozialismus und in der Zeit beim im HABL verfassten, um mögliche apologetische Tendenzen, sprachliche Analogien oder eindeutige Distanzierungen zum Nationalsozialismus zu identifizieren.

6.2.1. Rudolf Michael

Anlässlich seines 90. Geburtstags versammelten sich viele Freunde und alte Wegbegleiter von Rudolf Michael bei einer von Axel Springer ausgerichteten Feier. Der Verleger ehrte den ehemaligen Chefredakteur der „Bild“: „Lieber Rudolf, Ihnen gilt unser aller Dank und unsere Bewunderung.“⁶¹⁹ Der Jubilar verstarb drei Monate nach seiner Geburtstagsfeier am 6. August 1980. Er konnte auf ein bewegtes, ereignisreiches und langes Leben zurückblicken. Seine journalistische Karriere begann bereits zur Zeit des Kaiserreichs, nahm in der Weimarer Republik und besonders im Nationalsozialismus an Fahrt auf und

⁶¹⁸ Kroll, Hans-Henning: Art. „Der Admiral geht“, in: HABL Nr. 158, 10.07.1991.

⁶¹⁹ Art. „Rudolf Michael ist gestorben. Wir bekunden Dank und Bewunderung“, in: Springer Aktuell 8/80.

erreichte seinen Höhepunkt, als er Chefredakteur für die „Bild“ und die „Bild am Sonntag“ wurde und diese zu den auflagenstärksten Boulevardzeitungen der BRD machte.⁶²⁰

Als Sohn eines Kaufmannes wurde Franz Heinrich Rudolf Michael am 6. Mai 1890 in Hamburg geboren und gehörte somit zur „Frontgeneration“ nach Detlev Peukert. Er besuchte zunächst die Gelehrtenschule des Johanneums in Hamburg. Dort legte er im August 1909 sein Abitur ab und begann anschließend ein Studium in Philosophie und Jura in Halle, Berlin und Kiel, was er jedoch nicht abschloss. Ab 1912 absolvierte er ein Volontariat beim HF, bis er für den Ersten Weltkrieg eingezogen wurde, in dem er diverse Verwundungen erlitt. Die Novemberrevolution erlebte er zunächst in Kiel beim Matrosenaufstand mit und sollte diesen mit anderen Soldaten aus seinem Regiment niederschlagen. Nachdem die meisten seiner Kameraden sich weigerten, dem Befehl Folge zu leisten, wurden Michael und andere Soldaten entwaffnet. Das weitere Revolutionsgeschehen verfolgte er daraufhin in Hamburg.

Im Jahr 1919 bewarb er sich beim „Hamburgischen Correspondenten“, bei dem er 1924 zum Chefredakteur aufstieg. Die Zeitung war gleichzeitig Parteiorgan der Deutschen Volkspartei⁶²¹, der Michael seit 1920 als Mitglied angehörte.⁶²² Er konnte auf ein gutes soziales Netzwerk zurückgreifen und hatte u.a. Reichskanzler bzw. den Reichsminister des Auswärtigen Gustav Stresemann als Bekannten, der ihm zum neuen Posten als Chefredakteur gratulierte.⁶²³ Seine politische Karriere gipfelte in der Zeit der Weimarer Republik als er als Mitglied der DVP in die Hamburger Bürgerschaft gewählt wurde. Außerdem wurde er stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Jahr 1927. Eine mögliche Kompromittierung seiner journalistischen Arbeit durch sein politisches Engagement sah er nicht gegeben. Er vermochte vielmehr Vorteile darin zu sehen, nicht nur Journalist, sondern auch Politiker zu sein.⁶²⁴

Als er 1930 den Arbeitgeber wechselte und zum HF ging, musste er diese Doppelrolle aufgeben. Der „Hamburgische Correspondent“ hatte finanzielle Schwierigkeiten und wurde nach der nationalsozialistischen Machtübertragung schließlich eingestellt. Das

⁶²⁰ Biographisches über Rudolf Michael, in: AS-UA, Personendatenbank.

⁶²¹ Fortan DVP.

⁶²² Biographisches über Rudolf Michael, in: AS-UA, Personendatenbank.

⁶²³ Sonntag: Medienkarrieren, S. 230.

⁶²⁴ Ebd., S. 230 f.

Selbstverständnis des HF sah vor, dass seine Redaktion politisch neutral blieb und sich nicht aktiv in der Politik engagierte. Dieses Verständnis wird in einem Schreiben des Broschek Verlags an Michael am 27. August 1929 deutlich: „Als Richtlinien für die Politik des Hamburger Fremdenblattes gilt, dass die Redaktion frei von jeder parteilichen Bindung, von der gegebenen Staatsform ausgehend, zu den politischen Fragen auf Grund der gewachsenen liberalen Tradition Stellung nimmt und die Schaffung einer grossen bürgerlich-liberalen Partei anstrebt. [...] In vorderster Linie steht der Gedanke einer nationalen und liberalen Politik, die sich nicht durch Parteidogmen einengen lässt. [...] Aus den obigen Darlegungen ergibt sich auch ohne weiteres, dass die Niederlegung Ihres Bürgerschaftsmandates und prominenter Parteiämter sowie der Verzicht auf parteipolitischer Rednertätigkeit von uns verlangt werden muss.“⁶²⁵ Rudolf Michael fügte sich der Aufforderung des Verlags und wurde zunächst im innenpolitischen Ressort beim HF eingesetzt. Sein beruflicher Werdegang blieb jedoch auch zur Zeit des „Dritten Reichs“ interessant und beinhaltete Karrierhöhepunkte wie die Einladung der Reichsregierung an einer Weltreise teilzunehmen, die ihn gemeinsam mit weiteren deutschen Journalisten nach Japan, in die USA, Italien, Peking und Ägypten führte.⁶²⁶ Nach der Reise wurde die Schriftleiterabordnung in Salzburg von Reichspropagandaminister Josef Goebbels empfangen, damit die Redakteure persönlich über ihre Eindrücke und Erlebnisse Bericht erstatten konnten.⁶²⁷ Die Teilnahme Michaels an der Auslandsreise legt nahe, dass er von den damals Verantwortlichen nicht nur geschätzt, sondern auch gefördert wurde. Sein Buch „Roman einer Weltreise“, das er ein Jahr nach seiner Reise schrieb, verkaufte sich sehr gut, sodass er neben einer steigenden Popularität in der Bevölkerung und Sympathie bei den Nationalsozialisten, sogar finanzielle Vorteile durch die Dienstreise generieren konnte.⁶²⁸

Aus redaktioneller Sicht kann festgehalten werden, dass er sich nach der Machtübertragung zunächst mit Artikeln zur Innenpolitik politisch unauffällig verhielt. Obwohl mit dem deutschen Überfall auf Polen im Jahr 1939 der Zweite Weltkrieg begann und die meisten Redakteure im Laufe des Krieges eingezogen wurden, konnte Michael bis zum

⁶²⁵ Broschek Verlag an Rudolf Michael am 27. August 1929, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, NL Michael, Schriftwechsel 1923-1980, 11/ M 4.

⁶²⁶ Michael, Rudolf: Art. „Von der Weltreise der deutschen Schriftleiter“, in: HF, 7.06.1939.

⁶²⁷ Michael: Weltreise.

⁶²⁸ StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

Ende des Krieges für das HF bzw. ab dem September 1944 für die Kriegsarbeitsgemeinschaft „Hamburger Tageszeitung“ schreiben. Als 1945 weitere Redakteure eingezogen wurden, wurde Michael als „unabkömmlich“ eingestuft und konnte so einem militärischen Einsatz entgehen. Offiziell wurde Rudolf Michael erst Ende März 1946 als Redakteur entlassen und musste sich anschließend dem Entnazifizierungsausschuss stellen, da es einige Artikel und Dokumente gab, die ihn belasteten und somit seine berufliche Zukunft gefährdeten.

Eines davon war der Nachweis über seine NSDAP-Mitgliedschaft, die auf den 1. Mai 1937 vordatiert wurde, obgleich er seinen Antrag auf Parteimitgliedschaft erst am 29. Dezember 1937 eingereicht hatte.⁶²⁹ Nach eigenen Angaben habe er dies aus beruflichen Gründen getan.⁶³⁰ Weiteres kompromittierendes Material fanden die Mitglieder des Ausschusses in den Ausgaben des HF. In seinem Kommentar „Entwaffnung der Hetzer“ vom 14. November 1938 zur Reichspogromnacht vom 9. November 1938 lassen sich antisemitischen Äußerungen erkennen: „[...] in Berlin hat Dr. Goebbels gestern [...] noch einmal Gelegenheit genommen, überzeugend die Klarheit und Festigkeit nachzuweisen, mit der die Reichsregierung die jüdische Kampfansage durch das Pariser Attentat aufgegriffen und das nun überreife Problem der Juden in Deutschland, vor allem in der deutschen Wirtschaft, zur Lösung gebracht hat. Seine Worte waren immer wieder vom begeisterten Sturm der allgemeinen Zustimmung getragen. Beweis genug, wie die nationalsozialistische Regierung auch in dieser Frage sich zum Anwalt der Volksstimmung und des Volksgewissens gemacht hat. [...] Wie das Volk wirklich gedacht hat im ersten berechtigten Überschäumen seiner Entrüstung und Empörung, das zeigen die Spuren der Zerstörungen jüdischen Eigentums. Der Reichsregierung aber ist es zu danken, wenn das Volk so rasch zur Ordnung und Disziplin zurückgefunden hat. Sie hat mit ihren Sofortmaßnahmen die Initiative dieser spontanen Volksbewegung an sich gerissen, als echte Regierung des Volkes, die sie immer gewesen ist und immer hat sein wollen.“⁶³¹ In diesem Auszug aus dem Kommentar wird die Zustimmung Michaels zur Regierungsarbeit deutlich und darüber hinaus eine deutliche Ablehnung der Juden in Deutschland erkennbar. Im Nachhinein

⁶²⁹ NSDAP-Mitgliederkartei Nr. 5361965, Rudolf Michael, in: BArch Berlin, R 9361-IX.

⁶³⁰ StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

⁶³¹ Michael, Rudolf: Art. „Entwaffnung der Hetzer“, in: HF, 14.11.1938; auch als Anlage in seiner Entnazifizierungsakte einzusehen, StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

erklärte Michael, dass dies in den „zwölf beruflich schwierigsten Jahren, die einzige Äußerung mit dem Anschein antisemitischer Betätigung“ gewesen sei und er sich „in einer dienstlichen Zwangslage befunden habe“.⁶³² Christian Sonntag führt zudem an, dass Michael zwar kein von Grund auf überzeugter und bedingungsloser Nationalsozialist gewesen sei, aber entschieden hinter der Idee eines Führerstaates stand, was bereits Reden aus seiner Zeit als DVP-Politiker in den 1920-er Jahre belegten.⁶³³

Während des Zweiten Weltkrieges verfasste Michael mehrere Artikel, die Durchhalte-Parolen beinhalteten und an das Vertrauen des Volkes in Adolf Hitler appellierten: „Mitten in dieser gewaltigsten Auseinandersetzung [...] steht der Mann, der das alles bewirkt hat, stark und ernst. Um ihn schlagen Liebe und Haß, Bewunderung und Furcht hohe Wellen. Im schlichten Waffenrock sitzt er unter den Soldaten, spricht zu seinen Arbeitern, hält er die Hände der Kinder, die ihn grüßen, tröstet er Frauen über den Schmerz. [...] diese Klarheit seines Denkens ist das Geheimnis unserer Siege. Adolf Hitler ist Volk.“⁶³⁴ Es waren vor allem diese Artikel, die dem Entnazifizierungsausschuss negativ auffielen, und weshalb Michael ein zweijähriges Berufsverbot erteilt bekam und er laut den Briten „an hervorragender Stelle als politischer Leitartikler im Sinne des Nationalsozialismus“⁶³⁵ gearbeitet habe. Der Ausschuss führt des Weiteren an: „Seine ganze publizistische Tätigkeit während des Krieges war eine einzige Durchhaltepolitik typistischer Art. Er hat sich derart belastet, dass er heute journalistisch untragbar ist.“⁶³⁶ Dieses Urteil ist für die Untersuchung dieses Kapitels insofern von signifikanter Bedeutung, als dass ein Konflikt zwischen der Belastung von Michael und der Verlagsphilosophie Springers erkennbar wird.

Berufliche Anschlusschwierigkeiten hatte Rudolf Michael nach dem Zweiten Weltkrieg keine. Sein Berufsverbot verwehrte ihm jedoch, offiziell angeben zu können, dass er 1948 für das HABL arbeitete. Rudolf Michael war sehr gut vernetzt, sodass er zunächst im Jahr 1946 zusammen mit Hans Zehrer für die „Welt“ arbeiten wollte. Als Einwände gegenüber seiner Anstellung aufkamen, konnte er auf seine Kontakte aus dem Hamburger

⁶³² StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

⁶³³ Sonntag: Medienkarrieren, S. 232 f.

⁶³⁴ Michael, Rudolf: Art. „Acht Jahre“, in: HF, 30.1.1941.

⁶³⁵ StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

⁶³⁶ Ebd.

Pressewesen zurückgreifen und blieb u.a. mit dem ehemaligen Geschäftsführer des HF Karl Andreas Voss in Verbindung. Dieser wiederum brachte Michael mit dem Jungverleger Axel Springer zusammen, der ihn zunächst für die „Nordwestdeutschen Hefte“ engagierte. Eine offizielle Anstellung wurde ihm jedoch durch das Berufsverbot der Briten verboten, sodass er sich arbeitslos melden musste. Christian Sonntag führt an dieser Stelle seine Vermutung an, dass Michael trotz der Auflagen bzw. Berufsverbot der Briten für Springer arbeitete und an der Herausgabe des HABL mitwirkte.⁶³⁷

Gegen sein Berufsverbot legte er zahlreiche Leumundszeugnisse vor und veranlasste seinen Anwalt Dr. Werner Neuhäuser Einspruch einzulegen, der am 18. April 1947 beim Berufungsausschuss einging. Es verging ein Jahr bis ein neuer Verhandlungstermin angesetzt wurde und Michael wurde weiterhin die Rehabilitierung versagt. Nachdem der Berufungsausschuss am 26. April 1948 Michael anwies, weitere Artikel und Schriften zu überreichen, zog sich die Angelegenheit weiter in die Länge und die Zeit drängte, da bereits im Oktober das HABL veröffentlicht werden sollte bzw. Michael auch offiziell als Ressortleiter für Allgemeines aufgeführt werden sollte. Daraufhin schaltete sich Axel Springer persönlich in das Geschehen ein und bat den Ausschuss, eine provisorische Genehmigung auszustellen.⁶³⁸ Auch Michael wurde zunehmend ungeduldiger, sodass er am 15. Oktober 1948 dem Berufungsausschuss schrieb und auf die Empfehlungen auf berufliche Wiederezulassung des Fachausschusses und des Beratenden Ausschusses verwies.⁶³⁹ Schließlich erlangte er am 13. Januar 1949 seinen Berufserlaubnis zurück und konnte seiner Tätigkeit beim HABL auch offiziell nachgehen.

Seine Rolle beim HABL war es, das Ressort „Allgemeines“ zu leiten. Dafür waren seine Aufgaben vielfältig. Der mittlerweile fast 60-jährige Redakteur übernahm ein Ressort, das u.a. die „Bilderseite“ am Ende jeder Ausgabe verantwortete, sodass Michael in Hamburg und Umgebung herumreiste, um Interviews zu führen, zu fotografieren und Reportagen zu schreiben.⁶⁴⁰ Mit seiner Arbeit war der Verleger offensichtlich sehr zufrieden, sodass er, nachdem Michael kurzzeitig stellvertretender Chefredakteur des HABL war,

⁶³⁷ Sonntag: Medienkarrieren, S. 237.

⁶³⁸ Ebd., S. 238.

⁶³⁹ StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

⁶⁴⁰ Gerd Klepzig interviewt Rudolf Michael am 6. Januar 1969, in: AS-UA, Bestand Rudolf Michael.

ihm den Anstellung als Chefredakteurs bei der „Bild“ anbot, die nach ihrer Gründung 1952 Startschwierigkeiten hatte. Nach anfänglichem Zögern griff Michael zu und führte die Boulevardzeitung zu einer Auflage, die bei seinem beruflichen Ausscheiden 1958 bei über drei Millionen lag. Von 1956 bis 1958 übernahm er zudem die Chefredaktion der „Bild am Sonntag“. Nach seiner offiziellen Beendigung seines Arbeitsverhältnisses blieb er dem Verlag noch als freiberuflicher Redakteur der „Bild am Sonntag“ bis 1961 erhalten.⁶⁴¹

Bei der Untersuchung seiner Person fallen vor allem zwei Eigenschaften auf: Loyalität und Anpassung. In einem Interview, das er 1969 in seiner Wohnung in Hamburg-Othmarschen führte, sagte er passend hierzu Folgendes: „Zur Loyalität bin ich veranlagt, also ich mach das.“⁶⁴² Seine Anpassungsfähigkeit an die jeweiligen vorherrschenden politischen Verhältnisse und seine Loyalität gegenüber seinen Arbeitgebern zeichneten Rudolf Michael aus und verhalfen ihm zu seiner beachtlichen Karriere als Journalist. Seine Vielseitigkeit, sein journalistisches Talent und seine Erfahrung erkannte Axel Springer, so dass er Michael trotz seiner politischen Vergangenheit in den Aufbau des HABL miteinbezog. Die oben genannten Artikel, die Michael zur Zeit des Nationalsozialismus verfasste, müssen aus der Sicht des Autors durchaus kritisch gesehen werden. Gleichwohl ist eine abschließende Beurteilung seiner nationalsozialistischen Vergangenheit keineswegs einfach. Seine Zeit als liberales Bürgerschaftsmitglied in der Weimarer Republik und seine Leumundszeugnisse – vor allem im Fall des belastenden Artikels über die Reichspogromnacht vom 14. November 1938 – attestierten ihm, dass er die „Politik Hitlers gegenüber den Juden als ungerecht, unmenschlich und politisch töricht“ gesehen habe.⁶⁴³ Darüber hinaus wird hierbei ebenfalls angegeben, dass das HF unter besonderer Beobachtung der Nationalsozialisten gestanden habe und die politische Konformität bzw. Einhaltung der Richtlinien des Reichspropaganda-Ministeriums der Redakteure in besonderem Maße kontrolliert worden sei.⁶⁴⁴ Wenn man diese Umstände und Stellungnahmen berücksichtigt und bedenkt, dass er zur Zeit der Weimarer Republik Parteimitglied einer

⁶⁴¹ Biographisches über Rudolf Michael, in: AS-UA, Personendatenbank.

⁶⁴² Ursprünglich soll er gesagt haben: „Zur Loyalität bin ich geboren und veranlagt, also ich mach das.“ Er redigierte im Nachhinein diese Aussage. Gerd Klepzig interviewt Rudolf Michael am 6. Januar 1969, in: AS-UA, Bestand Rudolf Michael, Personalunterlagen.

⁶⁴³ Dr. Ernst Geigenmüller in einem Brief an Rudolf Michael am 13. September 1946, in: StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

⁶⁴⁴ Ebd.

liberalen Gruppierung war, kann resümiert werden, dass er keineswegs ein überzeugter oder gar leidenschaftlicher Anhänger des Nationalsozialismus war, sondern jemand, der sich den politischen Gegebenheiten entsprechend anpassen konnte.

Seine Übernahme eines unpolitischen Ressorts erscheint unter der Berücksichtigung seiner Vergangenheit dennoch nicht zufällig. Nach eigenen Angaben hatte Michael kein Interesse mehr an politischer Berichterstattung⁶⁴⁵ und passte somit ideal zum publizistischen Konzept Springers, der Leserschaft ein „Feierabend“-Blatt zu präsentieren, das den Schwerpunkt auf den Lokal- und Unterhaltungsteil legte und den Rezipienten behutsam behandeln sollte. Einmal mehr wird deutlich, dass dem Verleger die politische Vergangenheit einzelner Redakteure gleichgültig war, solange sie seinem Konzept des Zeitungsmachens zustimmten, Erfahrung und Kompetenz mitbrachten und ähnliche Vorstellungen wie er besaßen. Der entstandene Konflikt zwischen individueller Belastung und moralischen Leitlinien des Verlags kann aus der Sicht des Autors in Betrachtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umstände der 1940-er Jahre erklärt werden: Eine Geschäftsbeziehung zwischen Rudolf Michael und Axel Springer ergab für beide Seiten Vorteile. Michael konnte mit seiner langjährigen Erfahrung als Journalist dem Jungverleger dabei helfen, eine neue Zeitung erfolgreich aufzubauen, und Springer konnte dem kompetenten Redakteur eine berufliche Perspektive und einen Neubeginn im zerrütteten Nachkriegsdeutschland anbieten. Während vor allem in der Anfangszeit des HABL wirtschaftliche und konzeptionelle Aspekte im Vordergrund standen, nahmen die Grundsätze der Verlagsphilosophie und die konkrete Ausrichtung des moralischen Kompasses des Verlags erst im Verlauf der Jahre Form an.

Axel Springer vertraute Rudolf Michael sogar sein neuestes und schwächelndes Projekt der „Bild“-Zeitung an, obwohl er zu dem Zeitpunkt schon 62 Jahre alt war. Springers Vertrauen wurde mit stetig wachsenden Absatzzahlen belohnt. Neben dem Gespür für den damaligen Zeitgeist und den Bedürfnissen vieler Leser und Leserinnen hatte der Verleger ein genauso großes Talent dafür, die richtigen Personen in seinem Konzern zu fördern.

⁶⁴⁵ Gerd Klepzig interviewt Rudolf Michael am 6. Januar 1969, in: AS-UA, Bestand Rudolf Michael, Personalunterlagen.

Rudolf Michael war nicht der einzige Redakteur des HABL, der im Springer Verlag Karriere machte und in der Gunst des Verlegers stand. Eine Tatsache, die bei der biographischen Analyse Rudolf Michaels ebenfalls auffällt, ist, dass die Loyalität zwischen Redakteur und Verleger auf Gegenseitigkeit beruhte. Obwohl sich Michael bereits viele Jahre im Ruhestand befand, besuchte ihn Springer kurz vor seinem Tod an seinem 90. Geburtstag und richtete sogar für den Jubilar eine Feier aus, zu der zahlreiche ehemalige Mitarbeiter Michaels gekommen waren.⁶⁴⁶

6.2.2. Christian Kracht

Als Christian Kracht mit 27 Jahren beim HABL in dessen Gründungsjahr einstieg, leitete er zunächst in kommissarischer Funktion die „Hamburg-Seite“. Er sollte im Laufe der Jahre zu einer der einflussreichsten Manager im Verlag aufsteigen. Dass dieser berufliche Aufstieg u.a. ein Zerwürfnis mit dem Verleger beinhalten sollte, konnte man zum Zeitpunkt seiner aktiven Zeit beim HABL noch nicht voraussagen. Der talentierte und vielseitige Christian Kracht galt lange Zeit als Springers Mann für besondere Aufgaben, die sich auf die unterschiedlichsten Handlungsfelder des Presse-Konzerns erstreckten. Er verhalf dem Verlag zu expandieren, wirtschaftlich zu prosperieren und äußerer Kritik in den politisch-schwierigen 1960-er Jahren Stand zu halten.

Der am 8. Juni 1921 in Hamburg-Eimsbüttel geborene Christian Friedrich Kracht wuchs in der Zeit der Weimarer Republik in Hamburg auf. Somit kann er der „45-er Generation“ zugeordnet werden. Nach der Schulzeit, im Jahr 1936, absolvierte er eine Lehre als Schriftsetzer bei der GEG, der „Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine“. Nach Ende seiner Lehrzeit war er von 1939 bis 1941 Werbefachmann bis er von der Wehrmacht eingezogen wurde. Mit dem Rang eines Unteroffiziers diente er in der Infanterie. Laut seiner Entnazifizierungsakte endete sein Dienst am 24. April 1945. Neben einer Mitgliedschaft in der HJ, konnten keine politischen Aktivitäten während des „Dritten Reich“ ermittelt werden. Sein Vater Christian Eduard Kracht war Bürgerschaftsabgeordneter der SPD und Distrikt-Reichsbannführer, der aufgrund seines politischen Engagements im Jahr 1933 von der Gestapo inhaftiert wurde. Christian Kracht und die übrigen

⁶⁴⁶ Art. „Rudolf Michael ist gestorben. Wir bekunden Dank und Bewunderung“, in: AS-UA, Bestand Rudolf Michael, Personalunterlagen.

Mitglieder seiner Familie wurden ebenfalls in Gewahrsam genommen und nach zehn Tagen wieder entlassen.⁶⁴⁷ Seine Kategorisierung im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens ergab eine Einstufung in die Kategorie V. Nach dem Zweiten Weltkrieg absolvierte er vom Dezember 1945 bis Juni 1946 ein Volontariat bei der „Welt“. Die Briten schickten ihn zu Ausbildungszwecken ans Wilton Park College in Beaconsfield in Großbritannien, wo er am Unterricht deutscher Kriegsgefangener teilnahm.⁶⁴⁸

Bevor er sich beim HABL bewarb, arbeitete er zunächst bei der Jugendzeitschrift „Benjamin“ und gelegentlich bei Rudolf Augsteins „Diese Woche“, die die Vorgängerzeitung vom „Spiegel“ war. Beim HABL wurden seine Fähigkeiten im administrativen Bereich schnell entdeckt, sodass er von Beginn an Springers Assistent war. Der Verleger schickte Christian Kracht zur Journalistenausbildung in die USA, wo er für einige Monate beim „San Francisco Chronicle“ und anschließend bei der „Daily News“ in New York tätig war.⁶⁴⁹ Durch seinen Aufenthalt in den USA konnte Christian Kracht viele neue Eindrücke im Journalismus gewinnen und seine neuen Erkenntnisse mit Springer teilen. Dazu gehörte sicherlich auch die Erfahrungen Krachts mit dem publizistischen Konzept der „human-interest-story“, die auch in der Konzeption des HABL eine essentielle Rolle spielte. Anfang der 1950-er Jahre arbeitete Christian Kracht für die „Bild“ und wurde anschließend im Jahr 1954 Verlagsleiter für besondere Aufgaben in der Geschäftsleitung.

Bei der Übernahme des Ullstein-Verlags 1959 spielte Christian Kracht bei den Verhandlungen mit den Anteilseignern der Ullstein-Familie eine entscheidende Rolle. Nachdem Axel Springer bereits drei Jahre zuvor eine Sperrminorität des Verlags erworben hatte, beauftragte er nun seinen Mann für „besondere Aufgaben“, den Kauf des prestigeträchtigen Verlags aus Berlin zu leiten. Während der schwierigen Verhandlungen mit den Mitgliedern der Ullsteins hatte Christian Kracht immer wieder Verhandlungsgeschick und Durchhaltevermögen bewiesen. In einem Interview erzählte er von den komplizierten Umständen der Verhandlungen: „Springer hat sein Interesse bekundet. Er hat ja 26 % gekauft und das ist die Absicherung eines Unternehmens. [...] Und nun kommen Sie mal an die letzten 100 % bei einem zerstrittenen Familienunternehmen, bei fünf

⁶⁴⁷ StAHH, 221-11 Nr. 12856, Christian Kracht.

⁶⁴⁸ Biographisches über Christian Kracht, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

⁶⁴⁹ Ebd.

verschiedenen Verwandten. Tante Marthe saß in New York und [...] hatte 7 %. Sie hatte einen nervenkranken Sohn. Ich mußte mir also eine Woche lang in New York die Behandlungsweise über ihren Sohn anhören, das habe ich auch getan.“⁶⁵⁰

Schließlich gelang es ihm, die Verhandlungen erfolgreich zum Abschluss zu bringen und den Ullstein Verlag mit seinen dazugehörigen Presseprodukten in das Portfolio des Axel Springer Verlags einzugliedern. Anschließend wuchs sein Einfluss im Verlag ein weiteres Mal, sodass er ein Jahr nach dem Ullstein-Kauf Geschäftsführer der Axel Springer Verlag GmbH und Generalbevollmächtigter der Ullstein AG, inklusive der dazugehörigen Tochtergesellschaften wurde. Im Jahr 1965 stieg er zum Generalbevollmächtigten der Axel Springer Verlag GmbH auf. In den 1960-ern war er für Zeitschriften, die im Süden der Bundesrepublik beim Kindler & Schiermeyer Verlag publiziert wurden, zuständig. Sein Motto in der Zeitungspolitik lautete: „Zeitungen sind eine leicht verderbliche Ware; was am Tag nicht verkauft wird, ist abends Makulatur.“⁶⁵¹ Der Münchener Verlag wurde 1965 vom Springer Verlag gekauft und mit ihr auch die Jugendzeitschrift „Bravo“.⁶⁵²

Einen besonderen Erfolg und hohe Absatzzahlen erzielten die Zeitschriften „Jasmin“ und „Eltern“ unter Krachts Leitung. Dessen Erfolg schien Axel Springer ein Dorn im Auge gewesen zu sein. Interviewbeiträge und recherchierte Artikel legen nahe, dass Springer neben sich keinen „starken Mann“ duldete. Diesen Eindruck teilte Christian Kracht bei einem späteren Interview im Herbst 1994: „Springer war auch ein Mann, der sensibel war, er war ehrgeizig und duldete auch keine zweite Sonne, das kann ich verstehen heute [...]. Und wenn dann so ein junger Mann kommt und hat mit 5, 6 Zeitschriften, ohne daß ich einen Finger gekrümmt habe, Erfolg. Es war nicht so schön von ihm.“⁶⁵³ Im Jahr 1968 verkaufte Springer den Münchener Kindler & Schiermeyer Verlag mit allen

⁶⁵⁰ Gerwin Dahm interviewt Christian Kracht im Herbst 1994, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen; Der Name „Tante Marthe“ stellte hierbei lediglich einen Decknamen der betroffenen Person dar. Christian Kracht erzählt in einem Interview mit Gerwin Dahm, dass Decknamen verwendet wurden, um Abhöraktionen beispielsweise bei vertraulichen Telefonaten entgegenzuwirken.

⁶⁵¹ Dokument „Christian Kracht. Deutscher Verlagsmanager“, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

⁶⁵² Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 306.

⁶⁵³ Gerwin Dahm interviewt Christian Kracht im Herbst 1994, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

dazugehörigen Presseerzeugnissen, um den Vorwürfen und der Kritik der damaligen Zeit entgegenzuwirken und um sein Presse-Imperium zu beschränken.⁶⁵⁴

In den folgenden Jahren nahm Krachts Einfluss im Verlag stetig ab. Während er 1968 vom Amt des Generalbevollmächtigten zurücktrat und die Funktion des Finanzbevollmächtigten übernahm, wurde Peter Tamm sein Nachfolger auf dem Posten des Vorsitzenden der Geschäftsführung. Ein „Zeit“-Artikel vom 13. September 1968 sieht in der Herabsetzung Krachts auch politische Gründe. Demnach habe sich Springers Spitzenmanager in einer politisch-unruhigen Zeit stets um „politische Mäßigung“ bemüht und versucht, die „Welt“ liberaler auszurichten. Nach dem Verkauf der „Jasmin“, „Eltern“, „Twen“ und „Bravo“ sei es ein Trugschluss zu denken, dass Springer die Kritik an seiner Person verstanden habe und sein Presseimperium gezielt verkleinern wolle. Es sei vielmehr die Einsicht Springers, „lieber seinen Spitzenmanager“ zu missen, „als einen Mahner“ zu erdulden.⁶⁵⁵ Andere sahen in Peter Tamm, der seit Januar 1967 Geschäftsführer des Springer Verlags war, einen aufstrebenden Mitkonkurrenten um Verantwortung und Einfluss auf der Führungsebene des Konzerns.⁶⁵⁶ Zwei Jahre später trat Christian Kracht vollständig von allen Ämtern und Funktionen im Springer Verlag zurück. Die Gründe hierfür können in Zusammenhang mit der angestrebten Fusion mit der Firma Bertelsmann gesehen werden. Ähnlich wie bei anderen wichtigen Verhandlungen war auch hierbei Christian Kracht Springers erster Ansprechpartner. Das Resultat der Übernahme war jedoch, dass Kracht sich ins Abseits manövrierte. Anfang des Jahres 1970 wurde die Axel Springer Verlag GmbH in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, wobei Axel Springer Hauptaktionär blieb und ein sechsköpfiger Aufsichtsrat eingesetzt wurde.⁶⁵⁷

Sein Rücktritt im Herbst 1970 hing aller Voraussicht nach mit dem Umstand zusammen, dass er bei den Bertelsmann-Verhandlungen dem Generalbevollmächtigten des Bertelsmann-Verlages mehr Anteile am Springer Verlag versprach, als von Axel Springer vorgegeben worden war. Laut Angaben eines Spiegel-Artikels habe Kracht so versucht, selbst die Unternehmensführung des Springer Verlages zu übernehmen. Sein Nachfolger

⁶⁵⁴ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 112; Frei, Norbert: Die Presse, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1989, S. 403.

⁶⁵⁵ Art. „Mit Springer verkracht“, in: Zeit Nr. 37, 13.09.1968.

⁶⁵⁶ Art. „Für Kracht ein Verlust von Macht“, in: Mannheimer Morgen, 10.09.1968.

⁶⁵⁷ Dokument „Christian Kracht. Deutscher Verlagsmanager“, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

wurde Eberhard von Brauchitsch.⁶⁵⁸ Die Bertelsmann-Verhandlungen, bei denen Springer im Jahr 1972 ein Drittel seiner Unternehmensaktien an Bertelsmann verkaufte, führten zum endgültigen Bruch der Beziehung zwischen Kracht und Springer. Am 1. April 1971 schied Christian Kracht offiziell aus dem Aufsichtsrat aus.⁶⁵⁹

Ungefähr zehn Jahre später kam es zur Rückkehr Krachts in den Verlag, um vertraglich temporär an drei Jahre gebunden, einen möglichen Zusammenschluss vom Springer Verlag und der Verlagsgruppe Burda aus Offenburg zu prüfen und diesen in die Wege zu leiten. Der Versuch der Fusion scheiterte jedoch an einem Widerspruch des Bundeskartellamtes im Oktober 1981. Weitere Gespräche zwischen Burda und Springer dauerten noch zwei Jahre an, bis sich im Januar 1983 auf eine Minderheitsbeteiligung von 24,9 Prozent der Burda-Verlagsgruppe am Springer Konzern geeinigt werden konnte.⁶⁶⁰ Im Februar verließ Christian Kracht den Verlag wieder und betonte hierbei, dass seine „Tätigkeit [...] an einen befristeten Auftrag“ gebunden gewesen sei, „der jetzt erfüllt ist“.⁶⁶¹ Der Versuch Springers sein verlegerisches Vermächtnis zu sichern, scheiterte somit Anfang der 1980-er Jahre. Er hielt die Idee Krachts, seinen Konzern in eine Stiftung umzuwandeln, für wenig aussichtsreich.

Christian Krachts Karriere, die beim HABL begonnen hatte, nahm im Alter von 60 Jahren ein jähes Ende im Springer Konzern. Sein kometenhafter Aufstieg unter seinem Förderer Springer kam zum ersten Mal Ende der 1960-er Jahre ins Stocken. Dabei war sein Aufgabenbereich über die Jahre hinweg sehr vielseitig: Von Krisenbewältigung an der „Verlagsfront“ im Jahr 1968, Übernahme-Verhandlungen mit dem Ullstein-Verlag Ende der 1950-er Jahre, Zahlungen von Abfindungssummen für Redakteure, die im Laufe der politisch-stürmischen Jahre den Verlag verlassen wollten oder auch Wohnungsbesichtigungen und Finanzverwaltung für Axel Springer persönlich.⁶⁶² Zwar geraten bei der Betrachtung seiner Person die Untersuchungsparameter der politischen Vergangenheit und redaktionellen Arbeit in den Hintergrund, gleichwohl kann sein beruflicher Werdegang als

⁶⁵⁸ Art. „Mann von morgen“, in: Spiegel Nr. 33, 10.08.1970.

⁶⁵⁹ Dokument „Christian Kracht. Deutscher Verlagsmanager“, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

⁶⁶⁰ Ebd.

⁶⁶¹ Ebd.

⁶⁶² Gerwin Dahm interviewt Christian Kracht im Herbst 1994, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht.

Musterbeispiel für einen talentierten Verlagsmanager gesehen werden, der durch diplomatisches Feingefühl, Empathie und Expertise seinen Weg an die Spitze des Verlags ebnete. Obwohl die Beziehung zwischen ihm und Springer im Laufe der Jahre seine Tiefpunkte hatte, klingen seine Worte über seine Karriere im Springer Verlag und seiner ersten Begegnung mit Springer versöhnlich und respektvoll: „Es stand also ein junger Verleger, sehr elegant, sehr ausstrahlend, feinfühlig ausstrahlend im Raum [...]. Er war eine sehr große Persönlichkeit, weil er aus dem Stehgreif heraus eine Zeitung schildern konnte von der ersten bis zur letzten Seite [...].“⁶⁶³ Dessen Charakter beschrieb Christian Kracht als nicht einfach und „maßlos“, was aus seiner Sicht ein typisches Merkmal für eine große Persönlichkeit sei.⁶⁶⁴ Durch die Untersuchung der Personalie Christian Kracht wurde einmal mehr deutlich, dass das HABL, Springers „Erfindung“⁶⁶⁵, als Karriere-Sprungbrett im Springer Verlag gesehen werden konnte.

6.2.3. Peter Tamm

Als ein junger Student der Wirtschaftswissenschaften im Herbst 1948 zu Axel Springer kam und seine Fotosammlung von Hamburger Passagierschiffen dem Verleger für das HABL anbot, konnte zu dem Zeitpunkt keiner erahnen, welche Karriere dieser talentierte Journalist im Verlag machen würde. Sein erstes Honorar für die Bereitstellung von Bildern mit einem entsprechenden Text betrug 500 Deutsche Mark. Damit begann Peter Tamms journalistische Karriere beim HABL und dauerte insgesamt zehn Jahre bis er im Jahr 1958 ins Verlagsgeschäft wechselte und 1968 zum Alleinvorstand der Axel Springer AG avancierte. Zwar bietet die Monografie von Uwe Bahnsen eine bereits umfangreiche und ausführliche Beleuchtung des ereignisreichen Leben Tamms, dennoch ist wichtig, dessen beruflichen Werdegang im Rahmen dieser Arbeit zu akzentuieren und den Zusammenhang zum HABL herzustellen, um die Bedeutung der Tageszeitung für die Karrieristen des Verlags hervorzuheben. Hierbei soll vor allem das Hauptaugenmerk auf seine Zeit beim HABL gelegt werden, aber auch ein Ausblick gegeben werden, welche Rolle er in den 1980-er Jahren für den Springer-Verlag spielte.

⁶⁶³ Gerwin Dahm interviewt Christian Kracht im Herbst 1994, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen.

⁶⁶⁴ Ebd.

⁶⁶⁵ Ebd.

Peter Tamm wurde am 12. Mai 1928 in Hamburg geboren und kann somit der „45-er“-Generation nach Christina von Hodenberg zugeordnet werden. Er besuchte zunächst eine Volksschule in Hamburg-Eppendorf von 1935 bis 1938 und wechselte dann an die Oberrealschule Eppendorf, um dort sein „Notabitur“ im Jahr 1944 abzulegen. Von 1939 bis 1945 war er in der HJ bzw. zunächst in der Unterorganisation „Deutsches Jungvolk“, wo er laut Entnazifizierungsakte die Funktion eines Scharführers ausübte. Dabei lernte Tamm in der Marine-HJ alle wichtigen Abläufe und Praktiken im Rahmen der Kriegsmarine kennen. Im Jahr 1943 wurde er mit dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet, weil er bei der Bergung von Opfern durch die Luftangriffe der Alliierten mithalf.⁶⁶⁶ Im letzten Kriegsjahr meldete sich Peter Tamm freiwillig als Kadett zur See. Somit sammelte er in noch jungen Jahren Kriegs- und Seererfahrung. Zu diesem Zeitpunkt zog Peter Tamm eine Laufbahn als Marineoffizier in Betracht.⁶⁶⁷ Nachdem Krieg musste er noch einmal zur Schule, um das Abitur abzulegen und anschließend ein Studium an der Universität in Hamburg in Volkswirtschaft zu beginnen, das er jedoch nicht beendete.⁶⁶⁸ Im Zuge des Entnazifizierungsverfahrens wurden ihm politische Unbedenklichkeit bescheinigt, um ihm u.a. 1950 eine Auslandsreise nach Norwegen zu ermöglichen.⁶⁶⁹

Seine Begeisterung für den Hamburger Hafen und die Schifffahrt entstand bereits in Kindertagen: „Mein Vater nahm mich häufig mit in den Hafen. Was man dort zu sehen bekam, damals nannte man das das ‚pralle Hafenleben‘, die großen Frachtschiffe, die Schlepper und Schuten, die vielen Hafentarbeiter, die mit Säcken und Kisten hantierten, die Gerüche und Geräusche, das ganze Fluidum des Hafens faszinierte mich und wurde für mich zu einem prägenden Erlebnis.“⁶⁷⁰ Sein Vater diente bereits im Ersten Weltkrieg und wurde bei den U-Booten eingesetzt. Darüber hinaus stammte Peter Tamm aus einer Familie, die eine bis ins 17. Jahrhundert reichende maritime Verwurzelung in Hamburg hatte. Vorfahren von Tamm waren Kapitäne und Reederei-Besitzer.⁶⁷¹

Seine Leidenschaft und sein Hobby sollten ihm auch den beruflichen Weg weisen. In einem Gespräch mit seinem Biografen Uwe Bahnsen erinnert sich Peter Tamm, wie er

⁶⁶⁶ Schwarz: Springer, S. 321.

⁶⁶⁷ Ebd., S. 321.

⁶⁶⁸ Bahnsen: Tamm, S. 54; Schwarz: Springer, S. 321.

⁶⁶⁹ StAHH, 221-11 Nr. 81833, Peter Tamm.

⁶⁷⁰ Bahnsen: Tamm, S. 22 f.

⁶⁷¹ Ebd., S. 22.

auf die Idee kam, sich beim HABL zu bewerben: „Ich habe überlegt, woher ich das Geld bekomme, um mein Studium zu finanzieren. Dann sah ich an allen Anschlagssäulen große Plakate, dass ein junger Verleger aus Altona namens Axel Springer eine neue Zeitung herausgeben wollte. Da hatte ich eine Idee. [...] Ich dachte, diesem mutigen Verleger könnte ich doch eine Serie anbieten über den Verbleib und das Schicksal der Hamburger Passagierschiffe. Ich hatte ja alles gesammelt, von Kindesbeinen an. [...] Die Hamburger haben ihre berühmten Passagierschiffe ja immer geliebt.“⁶⁷²

Nachdem sich der Jungredakteur beim HABL beworben und seine Fotoserie über Schiffe in der Hansestadt Axel Springer angeboten hatte, arbeitete Tamm zunächst als freier Mitarbeiter für die Tageszeitung. Sein monatliches Honorar betrug hierbei 50 Deutsche Mark. Im Gründungsjahr des HABL 1948 wendete sich Peter Tamm zum ersten Mal an den Verleger und offerierte ihm eine Idee, eine „Schiffahrts-Illustrierte“ mit den möglichen Titeln „Schiff im Bild“, „Der Anker“ oder „Schiffahrtsspiegel“ herauszugeben, die das Produkt des jahrelangen Sammelns von Bildmaterial und angeeigneten maritimen Grundkenntnissen beinhalten sollte. Springer bedankte sich für das Angebot und betonte ebenfalls die Bedeutung der Schifffahrt für Hamburg in Nachkriegsdeutschland, musste jedoch aufgrund von vielseitigen Aufgaben im Verlag ablehnen.⁶⁷³ Diese Absage bedeutete keinen Bruch in der Beziehung der beiden. Ganz im Gegenteil, Tamm wurde mit seiner Expertise zu einem gefragten und geschätzten Schifffahrtsreporter, der mit seinen Beiträgen eine Bereicherung für den Wirtschaftsteil des HABL darstellte. In der Zwischenzeit schrieb er weiterhin als freier Mitarbeiter für die „Schiffahrtsseite“ des HABL und fuhr auf Handelsschiffen mit nach Sibirien, Südamerika und Indien. Im Jahr 1952 wurde er schließlich festangestellter Redakteur für die von ihm initiierte und begründete Schifffahrtsseite.

Sechs Jahre lang arbeitete Peter Tamm für das HABL und wurde von Redaktionsmitgliedern als eher unauffällig, zurückhaltend und bescheiden charakterisiert. In diesen Jahren verschaffte er sich Ansehen und Reputation als Schifffahrtsredakteur, sodass auch

⁶⁷² Bahnsen: Tamm, S. 49.

⁶⁷³ Ebd., S. 51 ff.

Chefredakteur Otto Siemer auf ihn aufmerksam wurde.⁶⁷⁴ Er empfahl ihm eine Karriere im Verlag anzustreben und eine Ausbildung zum Verlagskaufmann zu machen. Außerdem riet ihm Christian Kracht zu einer Laufbahn als Manager im Verlag.⁶⁷⁵ Der Verleger selbst war von diesem Vorschlag zunächst nicht begeistert, da er auf den kompetenten Schifffahrtsjournalisten nicht verzichten wollte. Schließlich kam er dem Wunsch von Peter Tamm nach und genehmigte seine Ausbildung mit der ein Durchlaufen aller Stationen innerhalb des Verlags einherging. Im Anschluss daran wurde er Mitglied der Verlagsleitung des HABL im Jahr 1959.⁶⁷⁶ Fortan nahm seine Karriere einen steilen Verlauf im Verlag. Neben Positionen wie der Geschäftsführung der Ullstein GmbH von 1960 bis 1962, als Verlagsleiter der „Bild“ von 1962 bis 1964 und Vorsitzender der Geschäftsführung der Axel Springer Verlag GmbH sowie Alleinzeichnungsberechtigter Geschäftsführer für alle Bereiche und Generalbevollmächtigter für die gesamte Unternehmensgruppe gipfelte seine Verlagskarriere in seiner Funktion als Alleinvorstand des Verlags von 1970 bis 1982.⁶⁷⁷ Schwer beeindruckt zeigte sich Axel Springer von dem Einsatz Tamms, der, obgleich viele den Posten als Verlagsleiter der „B.Z.“ und „Berliner Morgenpost“ in Berlin aus politischen Beweggründen ablehnten, annahm und mit seiner Frau Anfang der 1960-er Jahre nach Berlin zog. Seine Einsatz- und Risikobereitschaft hinterließen einen bleibenden Eindruck beim Verleger.

In den kommenden Jahren sollte sich herausstellen, dass auch er Krisen bewältigen konnte, als etwa 1968 von der Studentenbewegung versucht wurde, das Verlagshaus in Berlin zu stürmen bzw. Anstrengungen unternommen wurden, die Herausgabe der „Bild“ zu verhindern. Darüber hinaus meisterte er vier Jahre später die nächste Krisensituation als Bombenanschläge auf das Verlagshaus in Berlin durch die Terrororganisation „RAF“ verübt worden sind, wobei 17 Personen verletzt wurden. Er leitete daraufhin neue Sicherheitsbestimmungen im Verlagshaus in die Wege.⁶⁷⁸

⁶⁷⁴ In der Zeit beim HABL wuchs sein Einfluss in der Schifffahrtszene in der BRD. Er war u.a. Gast auf der Yacht „Christina“ von Aristoteles Onassis und veröffentlichte eine Bilderserie über das Luxusship oder nahm neben Bundesverkehrsminister Dr. Hans-Christoph Seebohm am „Tag der Deutschen Seeschifffahrt“ am 25. Juni 1957 teil, wo er sein Netzwerk pflegen und erweitern konnte. Bahnsen: Tamm, S. 62 f.

⁶⁷⁵ Schwarz: Springer, S. 321.

⁶⁷⁶ Biographisches über Peter Tamm, in: AS-UA, Bestand Peter Tamm, Personalunterlagen.

⁶⁷⁷ Ebd.

⁶⁷⁸ Schwarz: Springer, S. 464 f. und S. 529.

Ab Anfang der 1980-er Jahre zog sich Axel Springer zunehmend aus dem operativen Geschäft seines Verlages zurück und suchte nach Möglichkeiten, sein verlegerisches Vermächtnis zu sichern. Nachdem ein erster Versuch der Zusammenarbeit mit dem Burda Unternehmen durch das Bundeskartellamt verhindert wurde, galt es neue Optionen auszuloten. Bei diesem Prozess vertraute Springer u.a. auf seinen langjährigen Verlagsmanager Tamm, der im Jahr 1983, nachdem Christian Kracht den Konzern wieder verlassen hatte, einen neuen Vertrag erhielt, obwohl er beim Verleger in Ungnade gefallen war.⁶⁷⁹ Bei einem Treffen konnten Konfliktthemen besprochen und beseitigt werden. Die Beziehung zwischen Springer und Tamm war demnach auch von Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen geprägt, was jedoch der Verbundenheit, dem gegenseitigen Respekt und der Dankbarkeit zwischen den beiden Persönlichkeiten keineswegs schadete.⁶⁸⁰ Beide teilten ähnliche betriebswirtschaftliche und politische Auffassungen: Das Springer-Unternehmen sollte zu einer der größten Medienkonzerne Europas avancieren und radikale nationalistische Bestrebungen in der BRD sollten nicht geduldet werden. Außerdem befürwortete Peter Tamm ebenfalls die Unterstützung Israels.⁶⁸¹

Durch einen neuen Vertrag und der Funktion als Vorstandsvorsitzender der Axel Springer Verlag GmbH hatte er weiterhin die Gesamtverantwortung über das operative Geschäft des Springer-Konzerns. Darüber hinaus war er u.a. verantwortlich für die Vorbereitung des Börsengangs des Unternehmens, der sich am 1. Juli 1985 vollzog, und die Umwandlung im selben Jahr von einer Aktiengesellschaft in eine Publikumsgesellschaft.⁶⁸²

Nach dem Tod von Axel Springer am 22. September 1985 trat Peter Tamm als Verlagsmanager ein schweres Erbe an. Wichtige Schlüsselpositionen und Verantwortungsbefugnisse oblagen dem Vorsitzenden der Testamentsvollstreckung und des Aufsichtsratsvorsitzenden Bernhard Servatius. Der ehemalige Chefredakteur Günter Prinz war für den Journalismus verantwortlich und Peter Tamm für sämtliche betriebswirtschaftliche Unternehmensaktivitäten.⁶⁸³ Peter Tamms Rolle wurde nicht weniger wichtig als es zu einem internen Machtkampf zwischen den Hauptanteilseignern, Leo Kirch sowie Hubert,

⁶⁷⁹ Art. „Sicherer Tipp“, in: Spiegel Nr. 7, 13.02.1983.

⁶⁸⁰ Bahnsen: Tamm, S. 226.

⁶⁸¹ Kroll, Hans-Henning: Art. „Wachwechsel bei Springer. Der Admiral geht“, in: HABL Nr. 158, 10.07.1991.

⁶⁸² Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 112 f.

⁶⁸³ Bahnsen: Tamm, S. 240.

Franz und Frieder Burda, kam. Uwe Bahnsen spricht in seiner Biografie über den ehemaligen Schiffsredakteur und späteren Verlagsmanager als wichtigen Entscheidungsträger und Weichensteller, als es um eine „feindliche Übernahme“ des Verlags durch den Medienunternehmer Leo Kirch und den Burda Brüdern im Jahr 1988 ging.⁶⁸⁴ Durch mehrere Krisensitzungen zwischen Peter Tamm, Friede Springer, Bernhard Servatius und Ernst Cramer konnte die Übernahme schließlich verhindert werden.

Eine Delegation um die eben genannten Personen traf sich mit Vertretern vom Burda Unternehmen am 19. April 1988 in Baden-Baden, um über eine Rückerstattung der Aktienanteile der Burda Brüder am Springer Konzern zu verhandeln. Friede Springer war bei den Verhandlungen nicht anwesend. Die Verantwortlichen des Burda Unternehmens waren dazu bereit, für den damaligen aktuellen Börsenkurs ihre Springer-Anteile von 25,9 Prozent, die sie 1982 erworben hatten, wieder an den Springer Konzern zu verkaufen. Der Vorstandsvorsitzende Peter Tamm und seine Kollegen Ernst Cramer und Bernhard Servatius sowie Notar und Rechtsanwalt Karlheinz Quack stimmten dem Angebot zu. Somit erhielt die Firma Burda rund 500 Millionen DM für ihre Anteile am Springer Verlag und verdoppelte somit ihre ursprüngliche Beteiligung am Unternehmen, den sie vor sieben Jahr bezahlt hatten, als sie sich Anteile am Konzern sicherten.⁶⁸⁵ Die „feindliche Übernahme“ konnte somit abgewendet werden.

Vor weiteren inneren Machtkämpfen war der Konzern jedoch nicht gefeit. Im Mittelpunkt eines Konflikts stand Vorstandsvorsitzender Peter Tamm, dem Meinungsverschiedenheiten und ein Kräftemessen mit dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Günter Prinz nachgesagt wurden. Prinz hatte ebenfalls Karriere im Springer Verlag gemacht und war für den Erfolg vieler Illustrierten, insbesondere Ableger-Zeitschriften der „Bild“, verantwortlich. Der ehemalige Chefredakteur der „Bild“ steigerte die Auflagen der Boulevardzeitung in der 1980-er Jahren auf ein Rekordhoch. Darüber hinaus verzeichneten seine ins Leben gerufenen Schöpfungen „Auto Bild“, „Sport Bild“ und „Bild der Frau“ ebenfalls hohe Auflagenzahlen.⁶⁸⁶ Den Machtkampf um die Hegemonie im Konzern entschied Peter Tamm für sich und Günter Prinz verließ das Unternehmen im Jahr 1987 mit einer

⁶⁸⁴ Bahnsen: Tamm, S. 248 ff.

⁶⁸⁵ Um diese Summe bezahlen zu können, nahmen die Springer-Erben über 400 Millionen DM bei der Hamburgischen Landesbank auf. Bahnsen: Tamm, S. 253.

⁶⁸⁶ Bahnsen: Tamm, S. 253.

Abfindung, die Medienberichten zufolge ungefähr 17 Millionen Deutsche Mark betragen haben soll.⁶⁸⁷ Ein zweiter Konflikt mit dem Medienunternehmer Leo Kirch, der Aktienanteile von 26,7 Prozent besaß, läutete das Ende der Ära Peter Tamm an der Verlagsspitze ein. Sein zerrüttetes Verhältnis zu Kirch und dessen Unmut darüber, nicht weitere Aktien des Unternehmens erwerben zu können, strebten die Verlagsverantwortlichen um Friede Springer, Ernst Cramer und Bernhard Servatius einen Wechsel in der Verlagsführung an.⁶⁸⁸

Als Nachfolger für den scheidenden Vorstandsvorsitzenden Tamm wurde der Leiter der Deutschlandgeschäfte des Tabakkonzerns von Philip Morris ausgewählt. Der 47-jährige Günter Wille wurde als neuer Konzernchef zunächst als stellvertretender Vorstandsvorsitzender ab dem 1. September 1990 installiert, um Peter Tamm aller Voraussicht nach am 30. Juni 1993 abzulösen. Das war der Plan, mit dem er keineswegs einverstanden war, und laut seinem Biografen hatte Tamm dem von ihm bezeichneten „Zigarettdreher“ das Leben im Verlag schwer gemacht und ihm deutlich zu verstehen gegeben, dass er nicht erwünscht sei.⁶⁸⁹

Statt eines Rückzugs von Günter Wille kam der Abschied Tamms als Verlagschef schneller als gedacht. Neue Verhandlungen mit Leo Kirch, die durch den Manager Wille möglich geworden waren, brachten Peter Tamm dazu, schon früher aus seinem Amt auszuscheiden und auch keinen Sitz im Aufsichtsrat zu avisieren.⁶⁹⁰ Nach 43 Jahren im Springer Verlag verabschiedete sich Peter Tamm im Jahr 1991 von der Führungsetage des Konzerns und ließ in seiner Abschiedsrede keinen Zweifel daran, dass er sich teilweise hintergangen fühlte: „Neid und Egoismus stehen hinter vielen Handlungsweisen. In dieser Hinsicht hat mancher in den letzten Monaten reichlich Erfahrungen sammeln dürfen.“⁶⁹¹ Dazu versicherte er den Teilnehmern und Friede Springer bei seiner Verabschiedung, dass er nun „ein Hanseat am Elbufer mit Berlin im Herzen“ sei und er sich dort einmische, „wo die Luft am dicksten sei.“⁶⁹²

⁶⁸⁷ Bahnsen: Tamm, S. 260.

⁶⁸⁸ Ebd., S. 295.

⁶⁸⁹ Ebd., S. 296 f.

⁶⁹⁰ Ebd., S. 298 ff.

⁶⁹¹ Zitiert nach Bahnsen: Tamm, S. 300 f.

⁶⁹² Ebd., S. 301 f.

In den Folgejahren nahm Peter Tamm noch beratende Funktionen in diversen Vereinen und Verbänden wahr. Von 1992 bis 1998 war er Gesellschafter und Mitbegründer der „GME“, der Gesellschaft für Medienberatung und Entwicklung in Hamburg. Ab 1999 begleitete er die „GME“ als Berater. Hervorzuheben ist ebenfalls seine Sammlung von maritimen Gegenständen aus der Geschichte der Seefahrt und der Weltmeere, die ihn sein Leben lang begeistert hatten. Mit großer Leidenschaft erwarb er über Jahrzehnte Dokumente, Militärgegenstände wie Kanonen, Uniformen oder Schiffsmodelle in unterschiedlichen Größen.⁶⁹³ Nach einem langen und ereignisreichen Leben verstarb Peter Tamm im Alter von 88 Jahren am 29. Dezember 2016.

Obwohl Peter Tamm lediglich vier Jahre als freier Mitarbeiter für die Schifffahrtsseite und ab 1952 als festangestellter Schifffahrtsredakteur für das HABL arbeitete, bedeutete ihm seine erste berufliche Station im Springer Verlag viel. Als die Tageszeitung neben der „Berliner Morgenpost“, der „Hör Zu“ und anderen Presseprodukte des Springer Verlags im Mai 2014 an die Funke Media Gruppe verkauft wurde, zeigte sich Peter Tamm laut den Angaben seines Biographen betroffen. Das HABL sei „ein Teil seines Lebens, seiner ganzen beruflichen Existenz“⁶⁹⁴ gewesen. Die Zeit beim HABL sei dazu eine der glücklichsten in seiner Karriere gewesen, da er an vielen Reisen der Handelsschiffe teilnehmen konnte.⁶⁹⁵ Ähnlich wie bei den anderen in diesem Kapitel behandelten Karrieristen stellte das HABL ein Katalysator dar, um sich im Verlag für höhere und verantwortungsvollere Aufgaben ins Gespräch zu bringen. Die Untersuchung der Person Peter Tamms zeigt überdies, dass eine Führungsperson nicht immer der Meinung des Verlegers sein musste, um weiterhin erfolgreich im Verlag arbeiten zu können. Hans-Peter Schwarz kommt zu dem Schluss, dass Springer und Tamm charakterlich sehr unterschiedlich waren, der Verleger jedoch Tamms zuverlässige, durchsetzungsfähige und belastbare Arbeitseinstellung bewunderte. Zudem konnte Peter Tamm mit den Launen des Verlegers umgehen, war widerstandsfähig und konnte dem Verleger in schweren Zeiten eine große Stütze sein, sodass Axel Springer kurz vor seinem Tod bei dessen Verabschiedung am 4. September 1985 im Verlagshaus in der Berliner Kochstraße im Rahmen einer

⁶⁹³ Schwarz: Springer, S. 320.

⁶⁹⁴ Bahnsen: Tamm, S. 339.

⁶⁹⁵ Schwarz: Springer, S. 321.

Aufsichtsratssitzung zu Peter Tamm ging und sagte: „Meine Herren, dem habe ich viel zu verdanken.“⁶⁹⁶ Ein paar Tage danach verstarb der Verleger am 22. September 1985.

Peter Tamms Biografie entspricht dem personalpolitischen Profil des HABL. Ähnlich wie Axel Springer in seinen jungen Jahren hatte der Schifffahrtsbegeisterte eine Vision von einer Zeitung, die Bedürfnisse der Menschen befriedigen sollte. In seinem Fall gehörte seine Leidenschaft der See- und Schifffahrt und diese wollte er mit der Leserschaft aus der Hansestadt teilen. Seine Begeisterung für die Sache und sein journalistisches Talent stießen auf eine positive Resonanz beim Rezipienten und seinen Vorgesetzten, sodass er für eine Karriere im Verlag vorgeschlagen wurde. Inneren Konflikten wie mit seinem ehemaligen HABL-Kollegen Christian Kracht und Günter Prinz konnte er trotzen und für sich entscheiden.⁶⁹⁷

Auch nach seiner aktiven Verlagslaufbahn blieb Peter Tamm nicht untätig. Seine Sammlung von maritimen Raritäten stellte er in dem von ihm gegründeten Wissenschaftlichen Institut für Schifffahrts- und Marinegeschichte aus, dem anschließend die Gründung eines öffentlichen Schifffahrtsmuseum folgte, dem Internationalen Maritimen Museum Hamburgs, das 2008 eröffnet wurde und in der Hamburger Speicherstadt besucht werden kann.⁶⁹⁸ Angefangen als ambitionierter Schifffahrtsredakteur beim HABL vollendete er mit der Gründung eines Museums seine maritime Linie und rundete somit eine bemerkenswerte Karriere ab.

⁶⁹⁶ Zitiert nach Bahnsen: Tamm, S. 237.

⁶⁹⁷ Medienberichten zufolge soll sich das Verhältnis zwischen den ehemaligen HABL-Redakteuren, Christian Kracht und Peter Tamm, im Laufe der Jahre verschlechtert haben. Die angespannte Beziehung beider Manager im Springer Verlag lässt sich u.a. mit dem Umstand erklären, dass Axel Springer Kracht im Sommer 1980 zurück ins Unternehmen holte, damit er höhere Gewinne des Konzerns generiert. Diese Aufgabe lag eigentlich im Geschäftsbereich vom Alleinvorstand Peter Tamm, der für die Einstellung Krachts keinen Anlass gesehen haben soll: „Auch mein Freund Kracht hat einsehen müssen, daß in der AG alles in Ordnung ist.“ Art. „Gefriergetrocknet“, in: Kressreport Nr. 4, 17.02.1983.

⁶⁹⁸ Für sein Engagement in der Hamburgischen Seefahrtsgeschichte wurde Peter Tamm sogar der Professorentitel verliehen. Sein Schifffahrtsmuseum erlangte durch seine vielseitige Sammlung weltweites Renommee und konnte sich seit seiner Gründung als Touristenmagnet in Hamburg einen Namen machen. Bahnsen: Tamm, S. 323 ff.

6.3. Die Kolumnisten

Während die untersuchten Personen bisher in diesem Kapitel eher administrativen und leitende Funktionen innehatten, wird in diesem Abschnitt ein genauerer Blick auf die Berichterstattung der Kolumnisten gelegt. Interessant erscheint in diesem Zusammenhang ein Vergleich zwischen Artikeln, die im Nationalsozialismus geschrieben worden waren, und solchen, die beim HABL verfasst worden sind. Darüber hinaus dient dieses Unterkapitel dazu, die beiden Kolumnisten und Kommentarschreiber Wilhelm Backhaus und Hildegard Damrow genauer zu betrachten: Wie viel Meinung gaben sie in dem überwiegend vorsichtigen und sachlich-wertneutralen „Abendblatt“ preis, ohne mögliche Rezipienten zu verschrecken oder damit sogar gegen das „Schonungsmantra“ des HABL-Konzeptes zu verstoßen? Inwiefern wurde die Vergangenheitsaufarbeitung der BRD im Rahmen der NS-Prozesse thematisiert und die Schuld-Thematik im Allgemeinen? Beide Journalisten waren fester Bestandteil der Redaktion in den Anfangsjahren des HABL und prägten somit den Aufbau der Lokalzeitung mit überregionalen Geltungsansprüchen. Insbesondere Wilhelm Backhaus' Kolumne „Aus der Distanz“ vom April 1960 bis zum Dezember 1962 erschien regelmäßig auf der „Meinungsseite“, wo er seine Sicht auf aktuelle innen- und außenpolitische Diskussionen thematisierte.

6.3.1. Wilhelm Backhaus

Der am 11. März 1905 in Homberg am Niederrhein geborene Wilhelm Backhaus hatte nach Kriegsende zunächst Schwierigkeiten beruflich Fuß zu fassen, da er Parteimitglied der NSDAP war.⁶⁹⁹ Nach seinen Angaben im Entnazifizierungsausschuss war er lediglich Anwärter auf eine Mitgliedschaft im Zeitraum von 1933 bis 1943. Aufgrund seiner Nähe zur Partei wurde ihm als „Kulturschriftleiter“ beim HF am 4. August 1945 fristlos gekündigt. Dagegen und für eine Erlaubnis, seiner journalistischen Tätigkeit wieder nachkommen zu dürfen, setzte er sich in den Nachkriegsjahren ein. Durch eine ausführliche Erklärung und diverse Entlastungszeugnisse, wurde er schließlich durch die Briten als politisch-unbedenklich eingestuft.⁷⁰⁰ Diese Erklärung ist ein interessanter Bestandteil zur

⁶⁹⁹ NSDAP-Mitgliederkartei Nr. 3204527, Wilhelm Backhaus, in: BArch Berlin, R 9361-VIII; Wilhelm Backhaus kann mit seinem Geburtsdatum der „Kriegsjugend“-Generation zugeordnet werden.

⁷⁰⁰ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

Untersuchung seiner Person und kann als aufschlussreich bezüglich seiner beruflichen und politischen Aktivitäten im „Dritten Reich“ gesehen werden.

Hinsichtlich seiner Parteimitgliedschaft bzw. Anwartschaft gab Wilhelm Backhaus dem britischen Entnazifizierungsausschuss folgende Erklärung ab: „[...] I was closely connected with the ‘Jungdeutscher Orden’, the most democratic of all the national leagues which for this reason combined with the German Democratic Party to form the German State Party, and I wrote for the league’s lending paper „Der Meister“. After the assumption of power by Hitler, the chancellor of the Order issued an order to join, if possible, the National-Socialist Party. I obeyed this order, because I took the events at that time for a true expression of a national rising, and because the pursuance of political and cultural aims appeared to me impossible for the future outside the Party. [...] but I have always remained but a candidate, never receiving the Party book [...].“⁷⁰¹ Seiner Aussage zufolge habe er demnach nur einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP gestellt, um einerseits an der Zukunft Deutschlands aktiv mitzuwirken. Darüber hinaus sei er hierbei einem Befehl seines Vorgesetzten bei der Zeitung, für die er schrieb, gefolgt. Er habe eine Gelegenheit darin gesehen, „dem völligen geistigen Vakuum der Nationalsozialisten“ mit seinen „kulturpolitischen Ideen“ zu dienen, indem er die Parteimitglieder von der Ablehnung des Hasses überzeugen wollte.⁷⁰²

Die Gründe für den bloßen Verbleib als Anwärter für insgesamt zehn Jahre seien vielfältig: Zum einen habe er in seiner „Ortsgruppe Schliersee“ in Oberbayern schnell bemerkt, was die eigentlichen Ziele der Nationalsozialisten gewesen seien. Zudem habe er als Redakteur beim Winterhilfswerk einen Einblick in die korrupten Geschäfte seines Arbeitgebers erhalten. Aus politischen Gründen sei er aufgrund seiner Aufsätze aus der Zeitschrift „Der Meister“ entlassen worden. Nach diesen Erfahrungen habe er keine Veranstaltung besucht und keine Mitgliedszahlungen geleistet. Die endgültige Ablehnung seines Antrags sei durch seinen Umzug nach Hamburg erfolgt. Dadurch, dass er den Wechsel seiner „Ortsgruppe“ nicht angemeldet habe, sei seine Mitgliedschaft weiterhin verhindert worden, sodass er lediglich ein Antragssteller, aber kein Mitglied geworden sei.

⁷⁰¹ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁷⁰² Ebd.

Die Begründung für seine langjährige Anwartschaft formulierte Wilhelm Backhaus in einem weiteren Absatz seines Schreibens an den britischen Entnazifizierungsausschuss wie folgt: „[...] and because I, soon realising the true state of affairs, did everything possible myself to leave it at this loose connexion; the more so, when I [...] had for a year been working as a Press referee with the purely charitable Winter Relief Work [...] had had a look into the corruption even of this institution. I was dismissed from this position for political reasons and because an essay from the ‘Meister’ had fallen into the hands of my employers. [...] Having moved to Hamburg, I did not report at the ‘Ortsgruppe’ [...], the omission of which was subject to severe punishment, and absolutely suppressed my membership of the party.”⁷⁰³

In der NSDAP-Mitgliederkartei ist Wilhelm Backhaus als eingetragenes Mitglied zu finden, sodass seine Aussage, lediglich Anwärter auf eine Mitgliedschaft in der Partei gewesen zu sein, nicht bestätigt werden kann.⁷⁰⁴ Zwar belegen Dokumente in seiner Entnazifizierungsakte, dass seine Publikationen kein nationalsozialistisches Gedankengut oder Propaganda beinhalteten.⁷⁰⁵ Dennoch erscheinen dem Autor einige Argumente des Kolumnisten zur Rechtfertigung seiner Distanzierung zur NSDAP als fragwürdig bzw. augenscheinlich. Zweifel über seine Angaben entstehen insbesondere, weil der Zeitpunkt seiner Bedenken an der nationalsozialistischen Politik im Widerspruch zu der Länge seiner Wartezeit auf Mitgliedschaft in der NSDAP stehen. Er war bereits kurz nach der Machtübertragung in den Jahren 1934 und 1935 Pressereferent für das Winterhilfswerk. Seiner Aussage zufolge seien ihm demnach schnell Bedenken hinsichtlich seiner avisierten NSDAP-Mitgliedschaft gekommen. Trotzdem ließ er seiner Aussage zufolge den Antrag auf Zulassung knapp zehn Jahre weiterhin bestehen. Laut der NSDAP-Kartei ist er seit dem 1. Mai 1933 eingetragenes Mitglied der Regime-Partei und versuchte damit faktisch seine Gutachter zu täuschen. Nach eigenen Angaben habe er sich im Laufe der 1930-er Jahre von der NSDAP distanziert, sei Parteiveranstaltungen ferngeblieben und habe zu keinem Zeitpunkt ein Parteibuch erhalten.⁷⁰⁶ Zu diesen Angaben konnten bei der Untersuchung keine Belege ermittelt werden.

⁷⁰³ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁷⁰⁴ NSDAP-Mitgliederkartei Nr. 3204527, Wilhelm Backhaus, in: BArch Berlin, R 9361-VIII.

⁷⁰⁵ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁷⁰⁶ Ebd.

Bei der Inbetrachtung seiner beruflichen Laufbahn in den 1930-er und 1940-er Jahren konnte ebenfalls festgestellt werden, dass er einen Aufstieg vom Pressereferenten bis hin zum „Kulturschriftleiter“ beim HF bzw. bei der späteren Gemeinschaftszeitung „Hamburger Zeitung“ machte, bei der ihm sogar personalpolitische Verantwortung übertragen wurde. Des Weiteren hob er in seiner Erklärung an die Briten seine Mitgliedschaft im „Jungdeutschen Orden“ hervor, der zwar nicht antidemokratisch war, aber dem antisemitische Tendenzen nachgesagt werden können.⁷⁰⁷ 1933 wurde der „Jungdeutsche Orden“ von den Nationalsozialisten verboten.

Andere Leumundszeugnisse von ehemaligen beruflichen Weggefährten entlasteten den HABL-Kolumnisten, sodass er ab dem 16. Januar 1947 offiziell seiner journalistischen Tätigkeit wieder nachgehen konnte.⁷⁰⁸ Ausschlagend erscheint in diesem Zusammenhang seine Aufnahme in die „Berufsvereinigung Hamburger Journalisten“, die Backhaus Vergangenheit eigenständig geprüft und trotz seiner Parteinähe wiederaufgenommen haben. Nach einer Erklärung der Vereinigung vom 13. Januar 1947 wurden ehemalige Mitarbeiter des HF über Wilhelm Backhaus befragt und durch den „Berufungsausschuss für die Ausschaltung von Nationalsozialisten“ lediglich als „Mitläufer“ eingestuft.⁷⁰⁹ Dieser Einschätzung folgte der Entnazifizierungsausschuss am 20. Januar 1947.

Seine journalistischen Stationen vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges waren zahlreich. Nach dem Abschluss seines Studiums 1934 war er – wie bereits erwähnt – für ein Jahr als Pressereferent für das Winterhilfswerk Oberbayern tätig. In den zwei Folgejahren arbeitete er als freier Schriftsteller und wurde dann als Volontär und kurz daraufhin als festangestellter Mitarbeiter bei der „Münchener Neueste Nachrichten“ angestellt. Nachdem Wilhelm Backhaus nach Hamburg gezogen war, schrieb er ab Mai 1943 für das HF als Redakteur für den Kulturteil. Während seiner Zeit beim HF soll er sich für die Zusammenarbeit mit Journalisten eingesetzt haben, die vom nationalsozialistischen Regime

⁷⁰⁷ Wildt, Michael: Die Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S. 57.

⁷⁰⁸ Unter den Entlastungszeugen befand sich der ehemalige Bundespräsident der BRD, Theodor Heuss, der gemeinsam mit Wilhelm Backhaus beim HF gearbeitet hatte bzw. den Backhaus trotz einiger politischer Schwierigkeiten einstellte: „Ich bestätige Ihnen sehr gerne, daß Sie nach dem Ende der Frankfurter Zeitung mich zur Mitarbeit am Hamburger Fremdenblatt herangezogen haben, obwohl Ihnen bekannt war, daß die NSDAP bzw. die Parteikanzlei Bormann mir ein allgemeines Schreibverbot erteilt hatte.“ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁷⁰⁹ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

abgelehnt worden seien und am Ende des „Dritten Reichs“ arbeitslos waren. Als Beispiele hierfür nannte er in seiner Erklärung an die Briten, Dr. Theodor Heuss und Dr. Ernst Benckhard, der die Zeitschrift „Die Gegenwart“ gegründet hatte. Als seine „Mission“⁷¹⁰ verstand er die Aufgabe, die Redaktion von möglichst vielen Nationalsozialisten fernzuhalten.

Als die drei letzten Hamburger Tageszeitungen, das HF, der „Hamburger Anzeiger“ und die NSDAP-Zeitung „Hamburger Tageblatt“, ab dem 1. September 1944 in die „Hamburger Zeitung“ eingegliedert wurden, war er bei seinem neuen Arbeitgeber weiterhin für das Feuilleton zuständig. Dem Militärdienst im Zweiten Weltkrieg konnte er dadurch entgehen, dass er eine Armlähmung vorweisen konnte.⁷¹¹ Nach eigenen Angaben sah Wilhelm Backhaus es als eine Notwendigkeit an, für die Gemeinschaftszeitung weiterzuschreiben: „Ich konnte und wollte mich dem nicht entziehen, weil ich an der neuen Zeitung eine Möglichkeit sah, weiteste Leserkreise [...] zu erreichen und sie psychologisch durch Erhellung der kulturellen Entwicklungslinien und Zusammenhänge auf die nun bevorstehende Katastrophe vorzubereiten.“⁷¹² Um seine Behauptung zu belegen, fügte er seiner Erklärung Aufsätze einer Artikelreihe mit dem Titel „Gespräche über die Zeit“ bei.

In einem dieser Artikel der Aufsatzreihe ging es um die „Frage des Nationalismus“, die von einem jüngeren und einem älteren Mann in einem fiktiven Gespräch thematisiert wird. In dem Artikel, dessen Erscheinungsdatum nicht ermittelt werden konnte, geht es um die Entwicklung und die Aufgaben einer Nation und des Begriffs des „Nationalismus“. Nach der Durchsicht der Quelle fallen dem Autor drei Passagen auf, die als marginale Kritik an der herrschenden Ordnung im „Dritten Reich“ gedeutet werden können: „[...] im Hinblick auf den Nationalismus kann man sagen, daß er umso üppiger gedieh, je mehr die Bildung abnahm. [...] Bei einer solchen Schrumpfung von Raum und Zeit, in einer Epoche, wo das Flugzeug schließlich in wenigen Stunden Kontinente und in Minuten Länder überquert, ist es einfach widersinnig, das Leben auf dem Planeten von dem heiligen Egoismus der einzelnen Nationen bestimmen zu lassen.“⁷¹³ Auch wenn keine direkte Kritik an der Regierungs- und Expansionspolitik geübt wird, ist eine deutliche

⁷¹⁰ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁷¹¹ Ebd.

⁷¹² Ebd.

⁷¹³ Ebd.

Infragestellung eines überhöhten Nationalbewusstseins zu erkennen. Gleichzeitig wird in dem Artikel die These aufgestellt, dass die Steigerung des Nationalgefühls in bildungsschwächeren Milieus schneller Einzug halte.

Wilhelm Backhaus beendete seinen Artikel, indem der Dialog mit folgender Frage des Jüngeren an den Älteren gestellt wird: „Kannst du mir wenigstens sagen, ob es einen Sinn des Lebens und eine Aufgabe für uns Deutsche gibt, die gültig bleibt, was auch immer geschehen mag? Der Ältere antwortet: Wir sind am tiefsten hinabgestiegen in die höllischen Gründe des chaotisch gewordenen Daseins. Dürfen wir nicht hoffen, den neuen, alten Gott zuerst zu erkennen? Unsere Aufgabe aber ist, endlich aus dem ‚ewigen deutschen Werden‘ herauszukommen und in einer gewandelten Welt klare, zum Gleichmaß strebende Menschen zu sein.“⁷¹⁴ Hierbei kann Unmut und Zweifel über die derzeitige politische Lage Deutschlands festgestellt werden, da sich das Deutsche Reich seit fünf Jahren im Krieg befindet und sich zum Ende des Krieges Hunger, Verzweiflung und Zukunftsangst in der deutschen Bevölkerung breit machte.

Seine Aufsatzreihe in der „Hamburger Zeitung“ bezeichnete Wilhelm Backhaus selbst als „scharfe Opposition und radikale Kritik am Nationalsozialismus“.⁷¹⁵ Dies kann in dieser Form bei der Analyse der vorliegenden Quellen nicht bestätigt werden. Die drei erwähnten Textpassagen lassen vorsichtige Zweifel an der damals herrschenden Regierungspolitik erkennen, wenn die Leserschaft darin geübt war, kritische Anspielungen zu erkennen. Gleichwohl kann vermerkt werden, dass bei der Behandlung dieses sensiblen Themas des Nationalismus und Identitätsgefühl der deutschen Bevölkerung augenscheinlich bewusst auf nationalsozialistisch-geprägte Vokabeln verzichtet wurde, die eine Unterstützung des NS-Regimes kennzeichnen würden. Durchhalteparolen, ein Bekenntnis zu Adolf Hitler oder nationalsozialistisches Gedankengut konnten in den Artikeln der Hamburger Gemeinschaftszeitung von Wilhelm Backhaus nicht ermittelt werden.

Nach seiner Entlassung im August 1945 bei der „Hamburger Zeitung“, dem ehemaligen HF, arbeitete er für den Nordwestdeutschen Rundfunk an den Sendungen „An Kreuzwegen deutscher Geschichte“ mit. Diese sollten im Jahr 1946 als Buch herausgegeben werden, weshalb die vollständige Rehabilitierung durch die Briten für ihn als Mitverfasser

⁷¹⁴ StAHH, 211-11 Misc 7555, Wilhelm Backhaus.

⁷¹⁵ Ebd.

eine wichtige Rolle spielte. Ab 1948 arbeitete er schließlich für das HABL und wurde dort bis 1952 als Ressortleiter für das Feuilleton eingesetzt. Insgesamt arbeitete Wilhelm Backhaus bis 1964 für die Hamburger Tageszeitung.

In seiner wöchentlich erschienenen Kolumne „Aus der Distanz“ behandelte der Autor interessante innenpolitische und außenpolitische Themen, die zur Diskussion bei der HABL-Leserschaft anregen sollten. Einer dieser Artikel wurde am 20. Juni 1964 mit dem Titel „Gewissen wird bestraft“ auf der „Meinungsseite“ gedruckt. Eingangs stellt Wilhelm Backhaus „die Frage des Gewissens und warum es in Deutschland nicht stark genug war, sich auch dem verbrecherischen Befehl gegenüber durchzusetzen.“⁷¹⁶ Diese Frage behandelte er im Rahmen eines innenpolitischen Vorfalls mit beachtlicher Tragweite. Der Wehrbeauftragte der Bundesregierung Hellmuth Heye warf in einem Bericht an den Bundestag der Bundeswehr vor, „daß [...] zu häufig die Züchtung eines Elitebewußtseins und eines überspannten Korpsgeistes betrieben werde, der dann falsche Behandlung und sogar Mißhandlung hingehen lasse, anstatt die persönliche Würde und innere Freiheit zu wahren.“⁷¹⁷ Weiterhin warnte er sogar vor einem „Staat im Staate“, der sich herausbilden könne, wenn nichts dagegen unternommen würde.⁷¹⁸

Die Kritik, die der Wehrbeauftragte nach seiner öffentlichen Äußerung an dem Zustand der Bundeswehr durch den Verteidigungsminister und anderen Regierungsmitgliedern erhielt, konnte Wilhelm Backhaus nicht nachvollziehen. Er warnte vielmehr vor einem zu leichtfertigen Umgang mit den Einwänden Heyes und erinnerte an die Zeit der Weimarer Republik, in der „die damalige Reichswehr in der Tat zu einem Staat im Staate und zu einem Instrument wurde, dessen sich der Diktator eines Tages mit Leichtigkeit zu bedienen wußte.“⁷¹⁹

Dieser Artikel ist in mehrere Hinsichten interessant. Zum einen spricht er sich für Heyes Vorwürfe aus und gegen eine Verrohung der Bundeswehr sowie einem Nährboden für antidemokratisches Denken und Handeln in der BRD. Außerdem äußert er eindeutige Kritik an der Regierung, die Heyes Bemängelungen kritisieren. Gleichzeitig heroisierte Backhaus einen Mann, der im „Dritten Reich“ ein ranghoher Marineoffizier war und im

⁷¹⁶ Backhaus, Wilhelm: Art. „Gewissen wird bestraft?“, in: HABL Nr. 141, 20./21.6.1964.

⁷¹⁷ Ebd.

⁷¹⁸ Ebd.

⁷¹⁹ Ebd.

Jahr 1944 sogar zum Vizeadmiral ernannt wurde. Eine kritische Beleuchtung seiner Person findet in dem Artikel nicht statt, obgleich Hellmuth Heye Karriere während der NS-Diktatur gemacht hatte.⁷²⁰ Nichtsdestotrotz können aus der Sicht des Autors in der Kolumne „Aus der Distanz“ durchaus Anregungen zur kritischen Hinterfragung der politischen Gegebenheiten in der BRD festgestellt werden, was für die Leserschaft des HABL und des publizistischen Konzepts der Zeitung nicht unerheblich ist. Während in den ersten Jahren des HABL die Leserschaft hauptsächlich informiert und „geschont“ wurde, können mit Hilfe der Kolumne Tendenzen beobachtet werden, die den Rezipienten zum Denken und Hinterfragen anregen sollten. Dieser Eindruck wird durch weitere Artikel von Wilhelm Backhaus bestätigt.

In seinem Beitrag „Das große Versäumnis“ vom 9. September 1961 kritisierte er die fehlende Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu Beginn seines Beitrages betonte er die „geistige Elite, denn sie vor allem hatte furchtbar versagt.“⁷²¹ Aus seiner Sicht seien insbesondere Ärzte, Professoren, Juristen und führende Ökonomen Schuld an dem „Ausbruch des Bösen“ gewesen, den sie teilweise gar gefördert hätten. Des Weiteren führte er die Vermutung an, dass viele Menschen im Ausland ein durchweg negativ geprägtes Bild der deutschen Bevölkerung hätten. Er sah hierin ein eindeutiges Versäumnis der Bundesregierung diesem deutschen Feindbild in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht entgegengewirkt und sich lediglich um einen wirtschaftlichen Aufstieg des Landes gekümmert zu haben: „Diese scharf umrissenen Gestalten der Vergangenheit wären im Bewußtsein unserer Umwelt und in ihrem Gedächtnis schneller zu überwinden und zu beseitigen gewesen, wenn man eine neue deutsche Gestalt, einen neuen politischen (sic!) und zeitgemäßen Typus von überzeugender Klarheit geschaffen hätte, der ganz der Gegenwart angehörte. Solch ein kraftvolles Gegenbild der Vergangenheit entstand in der Bundesregierung keineswegs, wohl aber ein

⁷²⁰ Hellmuth Heyes öffentliche Kritik löste – nachdem er im Rahmen einer Artikelserie mit dem Titel „In Sorge um die Bundeswehr“ in der Zeitschrift „Quick“ seinen Unmut über die Zustände in der Bundeswehr äußerte – ein breites mediales Echo aus. Den vorläufigen Schlusspunkt der „Heyes-Affäre“ wird durch sein Rücktrittsgesuch als Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages am 11. November 1964 markiert. Eine Folge seiner öffentlichen Kritik war, dass die Position des Wehrbeauftragten nachhaltig gestärkt wurde. Künftigen Wehrbeauftragten wurde ein Rede-recht im Bundestag eingeräumt. Peters, Tim B.: Art. „Hellmuth Heye“, in: Konrad Adenauer Stiftung. Geschichte der CDU, URL: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/hellmuth-heyne> (eingesehen am 13.11.2023).

⁷²¹ Backhaus, Wilhelm: Art. „Das große Versäumnis“, in: HABL Nr. 210, 9./10.9.1961.

Publikum, eine Wohlstandsmasse von zu gut genährten, zu elegant angezogenen, zu auffallend geschmückten und sogar zu selbstbewußten Männern und Frauen, deren absolute innere Gestaltlosigkeit von allen Requisiten nicht verborgen werden kann.“⁷²² Seiner Meinung nach stehe der Konsum und die Wohlstandsvermehrung einer vergessenen Aufarbeitungspraxis gegenüber, die eine entsprechende Negativkonnotation im Ausland gegenüber der deutschen Bevölkerung im Ausland produzieren würden.

Der Vorwurf der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der BRD vom Kolumnisten projiziert teilweise einen neuen Blickwinkel auf die Berichterstattung des HABL. Während die Kommentare auf der „Meinungsseite“ rund um die untersuchten NS-Prozesse wenig zum Nachdenken über die nationalsozialistische Vergangenheit bei der Leserschaft anregte, kann durch diesen Artikel eine neue Sicht auf die Beurteilung der Aufarbeitungsbemühungen in der BRD durch das HABL konstatiert werden. Weitere Artikel von ihm bestätigen diesen Eindruck.⁷²³ Durch seine Kolumne versucht er Fehler in der Innen- und Außenpolitik aufzudecken, die häufig im Zusammenhang mit dem politischen Erbe des „Dritten Reichs“ stehen. Gleichwohl muss hervorgehoben werden, dass Schuldige überwiegend in der Regierung der BRD bzw. in der politischen Elite gesucht werden und weniger in der deutschen Bevölkerung. Folglich kann mithilfe der Analyse seiner Kolumne eine Akzentuierung individueller, aber nicht kollektiver Schuld festgehalten werden.

Einige Jahre später, im Januar 1968, erschien ein Artikel des ehemaligen HABL-Redakteurs mit dem Titel „Ich kann Milliarden machen“ im Spiegel.⁷²⁴ Wilhelm Backhaus präsentierte hierbei eine Charakterisierung von Axel Springer, die insgesamt nicht zugunsten des Verlegers ausfiel. Der langjährige Vorgesetzte von Backhaus wird u.a. als selbstverliebt, narzisstisch und machthungrig bezeichnet: „Springer hingegen hat in seinem mehr und mehr imperialen Machtwillen nicht nur ‚den Zaun viel zu weit‘ gemacht, [...] sondern [...] baut [...] mit mehr und mehr machiavellistischen Mitteln eine aggressive Gegenwart gegen das Zeitalter auf.“⁷²⁵ Darüber hinaus hebt der Verfasser des

⁷²² Backhaus, Wilhelm: Art. „Das große Versäumnis“, in: HABL Nr. 210, 9./10.9.1961.

⁷²³ Backhaus, Wilhelm: Art. „Die konservative Geschichte“, in: HABL Nr. 295, 17./18.12.1960; Backhaus, Wilhelm: Art. „Auf die Mensur?“, in: HABL Nr. 71, 24./25.3.1962.

⁷²⁴ Backhaus, Wilhelm: Art. „Das Psychogramm“, in: Spiegel Nr. 1/1968, S. 24-54.

⁷²⁵ Ebd.

„Psychogramms“ eine angebliche starke Bindung zwischen Axel Springer und seiner Mutter hervor, was ihn zu dem Schluss kommen lässt, die Bezeichnung eines „Mutter-Söhnchens“ in seine Analyse mit einzupflegen. Schließlich habe der Verleger einen Charakter, der sich durch ein „Gemisch von Naivität, Weichheit, Charme, Schwäche, Macht-hunger, Gefühlsüberschwang und Tatsachenblindheit“⁷²⁶ auszeichne.

Der Beginn dieser Aufsatzreihe von Wilhelm Backhaus im „Spiegel“ schlug derart mediale Wellen, sodass Springer selbst zu einigen Vorwürfen in Fernseh-Interviews befragt wurde. Er beschuldigte den ehemaligen Mitarbeiter des HABL ein „Sozialfall“ im Verlagshaus gewesen zu sein.⁷²⁷ In einem Mitteilungsblatt der Betriebszeitung des Axel Springer Verlags konnten zu diesem Vorwurf weitere Einzelheiten ermittelt werden. Demnach wird die Personalie Wilhelm Backhaus und seine Zeit in Hamburg mit finanziellen Problemen in Verbindung gebracht.⁷²⁸ Der Anlass, weshalb Wilhelm Backhaus ein derart negatives Bild vom Verleger der Außenwelt präsentieren wollte, konnte nicht ermittelt werden.

Abschließend kann zu Wilhelm Backhaus Biographie festgehalten werden, dass er ähnlich wie andere Redakteure, die für personelle Kontinuität statt Wandel im Pressewesen beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie standen, einen politisch-anpassungsfähigen Charakter besaß und der sich darin verstand, sein monatliches Einkommen zu sichern und rechtliche sowie politische Konsequenzen weitestgehend zu umgehen. Seine Angabe dem Entnazifizierungsausschuss gegenüber, dass er lediglich Antragssteller einer NSDAP-Mitgliedschaft gewesen sei, konnte im Zuge der Recherchen zu diesem Kapitel nicht verifiziert werden. Im Bundesarchiv konnte seine Mitgliedschaft ab Mai 1933 mit der Mitgliedernummer 3204527 in der Regime-Partei bestätigt werden. Infolgedessen

⁷²⁶ Backhaus, Wilhelm: Art. „Das Psychogramm“, in: Spiegel Nr. 1/1968, S. 24-54.

⁷²⁷ Köhler, Otto: Art. „Stulle mit Wurst“, in: Spiegel Nr. 8, 18.02.1968.

⁷²⁸ Folgende Erklärung zu Backhaus finanziellen Schwierigkeiten sind in dem Mitteilungsblatt zu lesen: „In Hamburg erinnert man sich, daß für Backhaus damals extra ein Rechenkünstler und mittelfristiger Finanzplaner abgestellt werden mußte, der immer dann ordnend in die Existenz des Psychographen eingriff, wenn monetäre Komplexe wie Schuldentilgung, Pfändungsbeschlüsse u.ä. das Seelenleben von Backhaus zu verschütten drohten, was fast immer kurz vor Ultimo der Fall gewesen sei.“ Art. „Schlechte Backhausware“, in: Verlagshaus Axel Springer, Nachrichten Nr. 7/ 1968.

muss seine Glaubwürdigkeit in Bezug auf seine Rolle und seiner politischen Einstellung im „Dritten Reich“ in Frage gestellt werden.

Beim HABL war Backhaus fast den gesamten Untersuchungszeitraum der Tageszeitung fester Bestandteil der Redaktion. Angefangen als Ressortleiter für das Feuilleton und im späteren Verlauf als Kolumnist, der einmal wöchentlich einen Artikel im Rahmen der Aufsatzreihe „Aus der Distanz“ über innen- und außenpolitische Themen verfasste. Trotz der langen Zeit beim HABL erscheint sein Artikel aus dem „Spiegel“ in einem fragwürdigen Licht. Der langjährige HABL-Redakteur, der in seinen letzten Jahren sogar ein üppiges Gehalt für seine wöchentliche Kolumne erhielt, stellte seinen Verleger in einem überwiegend negativen Bild dar. Der Grund für Backhaus Entlassung konnte nicht ermittelt werden. Nach der Veröffentlichung des „Psychogramms“ liegt die Vermutung nahe, dass die Trennung des Arbeitsverhältnisses zwischen dem Springer Verlag und seinem langjährigen Mitarbeiter mit Schwierigkeiten verbunden war.

6.3.2. Hildegard Damrow

Lediglich neun Prozent der Gesamtedaktion wurden in den ersten 17 Jahren der Zeitungsgeschichte des HABL durch Redakteurinnen besetzt. Wie bereits in einem vorigen Kapitel festgestellt wurde, mussten Journalistinnen durch besondere Qualifikationen auf sich aufmerksam machen, um sich gegen die männliche Konkurrenz durchzusetzen und als festangestellte Redakteurinnen unbefristet engagiert zu werden. Außerdem wurden viele Redakteurinnen in Ressorts eingesetzt, die mit Unterhaltung und Gesellschaft zu tun hatten. Der Politik-Bereich war häufig den männlichen Journalisten vorbehalten.⁷²⁹ Anders verhielt es sich beim HABL, da bereits in den ersten Jahren nach der Gründung der Tageszeitung sukzessive Frauen für den Politik-Teil beschäftigt wurden. Eine von diesen Redakteurinnen war Dr. Hildegard Damrow, die ab Ende der 1950-er Jahre auch unter dem Namen „Hildegard Michaelis-Damrow“ oder unter „Hildegard Michaelis“ Artikel und Sachbücher publizierte. Während ihrer Zeit beim HABL avancierte sie darüber hinaus zu einer angesehenen Gerichtsreporterin. Somit war sie u.a. für die Stellungnahmen der NS-Gerichtsprozesse zuständig und verfasste auf der „Meinungsseite“ einen Kommentar zum Urteil des Frankfurter Auschwitz Prozesses. Diese verantwortungsvolle

⁷²⁹ Sonntag: Medienkarrieren, S. 277.

Position hatte sie sich nach langjähriger Tätigkeit beim HABL erarbeitet. Eine Selbstverständlichkeit war dies im Pressewesen nicht. Daher liegt der Fokus der Untersuchung ihrer Person in diesem Kapitel darauf, ihre journalistische Arbeit beim HABL eingehend zu betrachten und zu überprüfen, wie ihr Schreibstil ins publizistische Raster der Zeitung passte.

Die aus Düsseldorf stammende Journalistin wurde am 26. Juni 1918 geboren und gehörte somit zur in der HABL-Redaktion stark vertretenen „45-er“-Generation. Sie studierte die Fächer Volkswirtschaft, Zeitungswissenschaften und Soziologie, worin sie auch promoviert wurde. In der Nachkriegszeit war sie politisch engagiert: Sie gehörte Ende der 1940-er Jahre dem „Demokratischen Frauenbund Deutschlands“ an und war innerhalb der Frauenorganisation für „Presse und Rundfunk“ zuständig.⁷³⁰

Nachdem sie einige Zeit lang in Berlin gewohnt hatte, kam sie nach Hamburg, um zunächst für die „Welt“ und ab 1951 für das HABL zu arbeiten.⁷³¹ Die damals 33-jährige Damrow wurde zunächst Mitarbeiterin einer Sonderredaktion, die die Kolumne „Von Mensch zu Mensch“⁷³² verfasste. Als der Leiter des Ressorts, Hans Erasmus Fischer im Jahr 1956 verstarb, übernahm Hildegard Damrow dessen Aufgaben. Die Kolumne erfreute sich großer Beliebtheit im HABL. Jedes Wochenende kamen hierbei Themen zur Sprache, die vor allem die weiblichen Leserinnen der Zeitung beschäftigten. Die Leserorientierung des HABL äußerte sich in diesem Fall dadurch, dass sich vorzugsweise weibliche Rezipienten mit den Alltagsproblemen anderer Frauen identifizieren konnten und sich postalisch oder telefonisch mit ihren Anliegen beim HABL meldeten. Bei Bedarf konnten Hilfe- und Ratsuchende ihr Problem der Redaktion schildern und auf eine Antwort hoffen. Hildegard Damrow suchte sich eine Anfrage heraus und beantwortete diese exemplarisch im Rahmen eines Beitrags für „Von Mensch zu Mensch“. In einer Wochenendausgabe vom 6. bzw. 7. Mai 1961 geht es beispielsweise um das Thema der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Partnerschaft. Eine besorgte Leserin klagte darüber, dass ihr Mann alles in ihrem Eheleben bestimme und sie sogar „die Ausgaben für

⁷³⁰ StAHH 731-8 A 754, Hildegard Damrow.

⁷³¹ Nawrocki, Georg: Verlagshaus „Die Welt“. Material zur Geschichte des Verlages und seiner Objekte, in: AS-UA, Bestand „Die Welt“.

⁷³² Nähere Ausführungen zur Entstehung und inhaltlichen Ausrichtung dieser Kolumne sind im Kap. 4.2 nachzulesen.

den für den Haushalt haargenau belegen und alle Anschaffungen [...] mit ihm besprechen müsse.“⁷³³ Die Kolumnistin antwortet auf das Problem resolut und mit einem konkreten Vorschlag: „An ihrem Haustyrannen scheinen die rechtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in der Stellung der Frau spurlos vorübergegangen zu sein. [...] Nach dem Gleichberechtigungsgesetz von 1958 sind Sie [...] an seinen Einkünften beteiligt und haben ein Recht auf Taschengeld. [...] Männer, die wie Ihrer als Patriarch respektiert werden wollen, können überaus großzügig sein, wenn man ihnen weibliche Wünsche auf nette Art beibringt. [...] Das Ganze ist mehr eine Frage des Charakters als des Gesetzes.“⁷³⁴ Dieser Auszug aus ihrer Kolumne veranschaulicht, wie pragmatisch und lösungsorientiert Hildegard Damrow ihre Sonderredaktion geführt hat, um ihre Leserschaft bei den alltäglichen Problemen zu unterstützen. Gleichzeitig stand sie für Ausgleich und Versöhnung, wenn es um Ehekonflikte ging.

Neben ihrer Arbeit für die Kolumne machte sich Hildegard Damrow ebenfalls einen Namen als Gerichtsreporterin. Sie schrieb Stellungnahmen zu mehreren Prozessen, wie z.B. zum Frankfurter Auschwitz-Prozess, der bereits an anderer Stelle im Rahmen der Untersuchungen zur NS-Berichterstattung analysiert worden ist.⁷³⁵ Anhand ihres beruflichen Werdegangs ist beim HABL eine Verschiebung der Zuständigkeiten und Verantwortung innerhalb der Redaktion zu erkennen. Die Generation der „45-er“ verdrängte zusehends die von 1900 bis 1917-Geborenen und rückte somit in wichtige Schlüsselpositionen vor. Als Leiterin der Kolumne ab 1956 und Ansprechpartnerin für wichtige Gerichtsprozesse Anfang der 1960-er Jahre kann Hildegard Damrow als Beispiel für eine solche Kompetenz- und Hierarchieverschiebung betrachtet werden.

Unumstritten war ihr Schreibstil als Gerichtsreporterin keineswegs. In einem „Zeit“-Artikel „Morde am laufenden Band“ vom 27. November 1967 kritisierte der deutsche Schriftsteller und Journalist Uwe Nettelbeck im Rahmen eines Kommentars die Gerichtsberichterstattung Damrows beim HABL: „Hildegard Damrow, eine Gerichtsreporterin der Zeitungen ‚Hamburger Abendblatt‘ und ‚Welt am Sonntag‘ und Autorin einer wöchentlich im ‚Hamburger Abendblatt‘ erscheinenden Briefkasten-Kolumne ‚Von Mensch

⁷³³ Damrow, Hildegard: Art. „Von Mensch zu Mensch. Das Sonnabend-Gespräch mit Dr. Hildegard Michaelis“, in: HABL Nr. 105, 6./7.5.1961.

⁷³⁴ Damrow: Mensch.

⁷³⁵ Siehe hierfür Kap. 7.5.2.

zu Mensch‘, ist sicherlich eine fleißige Journalistin, die schreibt, was sie kann. Aber schon ihre bedenkenlose Verwendung von Schlagzeilenvokabeln wie ‚Bestie in Menschengestalt‘ zeigt, dass sie zu jenem Schlag von Gerichtsberichterstatte­rin gehört, die Mostar nicht meinte, als von den ‚legitimen Jüngern Pitavals‘ sprach, zu denen er selber gehört.“⁷³⁶ Mit dem Namen „Mostar“ meint der Autor des Artikels Gebhart Herrmann Mostar, der in den 1950-er und 1960-er Jahre als kritischer Gerichtsreporter bekannt wurde.

Der von Uwe Nettelbeck kritisierte Schreibstil von Hildegard Damrow muss aus der Sicht des Autors dieser Arbeit differenzierter betrachtet werden. Anhand der Auschwitz-Berichterstattung konnte festgestellt werden, dass die Redakteurin die Neigung besaß, Begrifflichkeiten und Vokabeln von Prozessbeobachtern- bzw. Betroffenen in den Titeln ihrer Artikel wiederzugeben. Dabei konnte zunächst eine Schwierigkeit darin gesehen werden, ob der Titel sich auf ihre eigene Meinung oder eben auf eine Aussage eines Prozessbeteiligten bezog. Als Beispiel für diese Vorgehensweise kann der Artikel „Die Anstifter waren nicht dabei“ vom 20. August 1965 gesehen werden. Hierbei ließ sich der Titel von der Aussage des Internationalen Auschwitz-Komitees ableiten, das am Ende des Prozesses festhielt, „daß sich unter den Angeklagten dieses Verfahrens nicht diejenigen befunden haben, die die Hauptschuld an den Verbrechen trifft [...]“.⁷³⁷ Falls sie eine tendenziösere Sprache in ihren Artikeltiteln verwendete, war dies dem Umstand geschuldet, dass sie einen Kommentar für die „Bild am Sonntag“ schrieb und dementsprechend Emotionalität und Dramatik eine andere Rolle spielte als bei der HABL-Berichterstattung.

Die vielseitige und erfahrene HABL-Redakteurin verstarb am 16. Juni 1975 im Alter von 56 Jahren an einer Krebserkrankung in Hamburg. In einem Nachruf, der zwei Tage nach ihrem Tod im HABL erschien, hob die Tageszeitung die besonderen Verdienste der langjährigen Mitarbeiterin hervor: „[...] Das Hamburger Abendblatt und seine Leser haben mit Dr. Hildegard Damrow nicht nur eine Journalistin von höchsten Graden verloren. Wir alle betrauern einen Menschen, der seine Lebensaufgabe darin sah, dem Mitmenschen in seinen großen und kleinen Lebensnöten zu helfen. Ihre Sonderredaktion ‚Von Mensch zu

⁷³⁶ Nettelbeck, Uwe: Art. „Morde am laufenden Band“, in: Die Zeit Nr. 47, 27.11.1967.

⁷³⁷ Damrow, Hildegard: Art. „Die Anstifter waren nicht dabei“, in: HABL Nr. 192, 20.8.1965.

Mensch‘ [...] ist verwaist. [...] Und bald war ihre Sprechstunde mit den Lesern eine Kontaktstelle, die Tausenden und aber Tausenden von Menschen Rat und Hilfe brachte. [...] Sie setzte sich mit ihrem ganzen Temperament ein für den Menschen auf der ungewissen Waage Justitias.⁷³⁸ Trotz ihrer Krebsdiagnose habe sie weiterhin leidenschaftlich und gewissenhaft ihren Job ausgeführt, bis sie an ihrem Todestag nach Bayern an den Tegernsee reisen wollte, um sich ihre letzte Ruhestätte auszusuchen.

Hildegard Damrows Profil passte zur Redaktion und zur Journalistik des HABL. Ihre Arbeit für die „Von Mensch zu Mensch“-Kolumne war ein wichtiger Beitrag für das Selbstverständnis der Zeitung. Sie wollte den Menschen eine Stütze in jeder Lebenslage sein und bei alltäglichen Problemen helfen. Die Redakteurin hatten einen großen Anteil daran, dass das HABL nicht nur für die männlichen Leser, sondern vor allem auch für Frauen zu einem wichtigen Presseprodukt der Nachkriegszeit wurde. Ihre Tätigkeit als Gerichtsberichterstatteerin erfüllte sie ebenfalls ganz im Geiste des „Abendblatt“-Journalismus, da sie niemanden aus der Leserschaft bezüglich persönlicher Individualschuld an der gesellschaftlichen Ausgrenzung oder Verfolgung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland adressierte bzw. zur Rechenschaft zog. Ganz im Sinne ihrer Themenfelder über alltägliche Probleme der Menschen und verschiedener Gerichtsprozesse publizierte Hildegard Damrow neben ihrer Tätigkeit beim HABL auch eigene Literatur. Sie schrieb über Ehekonflikte, Beziehungsprobleme, Kriminal- und Gerichtsfälle.⁷³⁹

Nichtsdestotrotz muss an dieser Stelle betont werden, dass das HABL seine Redakteurinnen nicht nur für gesellschaftliche Themen einsetzte. Neben Hildegard Damrow arbeitete auch Clara Reyersbach für das Politik-Ressort und war sogar Ressortleiterin für die Außenpolitik. Wie bereits zuvor erwähnt, stellte dies eine Besonderheit in diesem Berufsfeld in den 1950-er und 1960-er Jahren dar, weil viele Zeitungen ihre Ressorts geschlechtsspezifisch zuordneten und vorzugsweise Männer im Politik-Bereich tätig waren.⁷⁴⁰

⁷³⁸ Wiese, Eberhard von: Art. „Ihre Arbeit galt dem Mitmenschen. Dr. Hildegard Damrow verstorben“, in: HABL Nr. 138, 18.6.1975.

⁷³⁹ Damrow, Hildegard: *Recht muß Recht bleiben. Ein Streifzug durch die bekannte und unbekannt Justiz*, Düsseldorf/ Wien, 1961; Correll, Werner/ Damrow, Hildegard: *Ehekonflikte – Konfliktehen. Die Probleme der Partnerschaft*, München 1970.

⁷⁴⁰ Sonntag: *Medienkarrieren*, S. 277.

6.4. Umgang mit Ablehnung: Das Beispiel Georg Nawrocki

Die Beachtung der Biografie des Journalisten Georg Nawrocki stellt ein Desiderat in der Forschung der Nachkriegsautoren dar, obwohl sich sein beruflicher Werdegang interessant entwickelt hat und er als Beispiel für personelle Kontinuität beim Übergang von einer autoritären zu einer demokratischen Pressestruktur gesehen werden kann. Im Rahmen dieses Exkurses nimmt die Analyse seiner Karriere eine Sonderstellung ein, da er kein angestellter Redakteur beim HABL war. Ein Blick auf seinen Lebenslauf erweist sich als sehr aufschlussreich hinsichtlich Axel Springers Personalpolitik.

Mit Georg Nawrocki konnte ein Redakteur ermittelt werden, der sich 1948 beim HABL beworben hatte und abgelehnt wurde.⁷⁴¹ Obgleich er viele Eigenschaften mit anderen Bewerbern teilte, wie z.B. die Erfahrung als Journalist, die Hamburg-Kenntnisse und die Bereitschaft Artikel im Rahmen demokratischer Berichterstattung zu schreiben, wurde er nicht Teil der Redaktion. Dafür ist er zwei Jahre später bei der „Welt“ als Ressortleiter für Lokales eingestellt worden, die 1953 auch in den Springer Verlag integriert wurde. Neben der Beleuchtung seiner politischen und beruflichen Karriere wird den möglichen Gründen dafür nachgegangen, weshalb Georg Nawrocki trotz der Ablehnung im Jahr 1948 zu einem späteren Zeitpunkt im Verlag verbleiben und dort sogar fast zwei Jahrzehnte arbeiten durfte. Damit wird der Versuch unternommen anhand dieser Personalie das Einstellungs- und Personalprofil beim HABL stärker zu konturieren. Überdies erscheint die Betrachtung seiner Person auch in einem anderen Blickwinkel als attraktiv für diese Arbeit: Als ehemaliges Mitglied der SA und der NSDAP gehörten zu seinen beruflichen Stationen im „Dritten Reich“ das „Hamburger Tageblatt“ und die „Norddeutschen Nachrichten“, bei denen er Artikel im Sinne der NS-Ideologie schrieb und in mehreren Beiträgen seine Leserschaft dazu aufrief, die Werte der Nationalsozialisten zu internalisieren. Die Analyse seiner Biographie ist daher aus der Sicht mehrerer Untersuchungsaspekte von Bedeutung.

Georg Nawrocki wurde am 13. September 1912 in Schleswig geboren und kann somit der „Kriegsjugend“-Generation zugeordnet werden. Sein Abitur machte er im Jahr 1932 im Alter von 20 Jahren und absolvierte ab Januar 1933 ein Volontariat als „Schriftleiter“

⁷⁴¹ Gespräch mit Jens Nawrocki am 16. Januar 2024.

bei der Tageszeitung „Norddeutsche Nachrichten“. Noch im selben Jahr wurde er als festangestellter Redakteur bei der Zeitung übernommen, bei der er bis 1936 u.a. politische Leitartikel verfasste. In den Artikeln wird seine pro-nationalsozialistische Haltung deutlich. Er appellierte regelmäßig an die Leserschaft, Adolf Hitler und das NS-Regime zu unterstützen und deren Wertevorstellungen zu verinnerlichen. In einem Leitartikel der „Norddeutschen Nachrichten“⁷⁴² vom 30. Januar 1935 kam nicht nur seine Begeisterung gegenüber dem NS-Staat und dessen Regierungspolitik im Zuge des zweijährigen Jubiläums der Machtübertragung zum Ausdruck, sondern auch die Kritik an all jene, die aus rein opportunistischen Gründen vorgaben, ein pflichtbewusster „Volksgenosse“ zu sein: „Es ist jener Typus, dessen Lebensgesetz die Halbheit ist. Er ‚arbeitet mit‘, aber nur zu seinem eigenen Ruhme, und wenn er wirklich etwas schafft, verdirbt er es durch seine ‚Kritik‘. Diese Volksgenossen haben immer noch nicht verstanden, um was es geht. Sie tragen die Dinge um keinen Zoll vorwärts.“⁷⁴³ Zum Abschluss des Artikels fasst der Autor zusammen, was ein „Volksgenosse“ seiner Meinung nach verstanden haben sollte, um dem Staat aufrichtig zu dienen: „Der Führer aber braucht Aktivisten, die nicht über den steinigten Weg klagen, sondern schweigend dem Ziele zumarschieren, ohne nach rechts und links zu sehen. Einsatz der ganzen Person bis zur Selbstaufopferung, ist die Forderung, die das Schicksal unseres Volkes an uns stellt.“⁷⁴⁴

Die Auszüge aus dem Leitartikel legen nahe, dass Georg Nawrocki ein überzeugter Nationalsozialist gewesen ist, dem es nicht genügte, dass die Bürgerinnen und Bürger ihren alltäglichen Pflichten und Aufgaben nachgingen, sondern von allen eine dezidierte Opferbereitschaft forderte, um den NS-Staat und Adolf Hitler zu unterstützen. Grundpfeiler der NS-Ideologie wie z.B. die Begeisterung für den „Führerkult“, die Bedeutung der

⁷⁴² Gegen die Gleichschaltungspraxis der Nationalsozialisten hatten die „Norddeutschen Nachrichten“ nichts einzuwenden. Bereits vor der Machtübertragung hat sich die Zeitung mehrmals für die NSDAP und einen „Führerstaat“ ausgesprochen. Als das Herrschaftssystem der NSDAP im Deutschen Reich installiert wurde, begrüßte die Zeitung die Maßnahmen der Regierung und stilisierte Adolf Hitler als Heros und Retter der deutschen Bevölkerung. Keller, Bernhard: Journalismus und die „Volksgemeinschaft“. Die lokale Presse als Stütze der NS-Herrschaft, in: Kurz, Jan/ Wehner, Fabian (Hgg.): Blankenese im Nationalsozialismus 1933 – 1939. Entrechtung – Volksgemeinschaft – Diktatur, Hamburg 2021, S. 205 – 229, hier S. 207.

⁷⁴³ Nawrocki, Georg: Art. „Ins dritte Jahr“, in: Norddeutsche Nachrichten Nr. 25, 30.01.1935.

⁷⁴⁴ Ebd.

„Volksgemeinschaft“ und ein überhöhtes Nationalbewusstsein liegen dem Leitartikel zum Jubiläum der Machtübertragung der Nationalsozialisten zugrunde.

In anderen Artikeln der „Norddeutschen Nachrichten“ lassen sich ähnliche Äußerungen und Parolen nachweisen. In einem weiteren Artikel „Eine Woche Politik“ vom 1. Februar 1936 berichtete Georg Nawrocki von Hitlers Rhetorikkünsten und seiner Fähigkeit, die Massen für sich zu gewinnen: „An dem Genie Adolf Hitlers entzündete sich das Genie seiner großen Mitkämpfer. Er selbst aber ist der Führer und gewaltigste Kündler seiner revolutionären Erkenntnis. [...] Selbst das schlichteste Wort aus seinem Munde hat eine Leuchtkraft, daß man spürt, er schenkt mit ihm ein Stück seiner selbst.“⁷⁴⁵ Die Heroisierung Adolf Hitlers stellte in diesem Artikel keinen Einzelfall dar. In mehreren Artikeln ist Nawrockis Begeisterung für den Diktator evident.

Hinzu kam sein Engagement für das Altonaer Kampfblatt der Hitlerjugend, dem „Vorposten“, das teilweise gemeinsam mit den „Norddeutschen Nachrichten“ erschienen. Georg Nawrocki klagte im Artikel „Sieben Vorposten...“ die Personen in der deutschen Bevölkerung an, die „immer noch nicht“ [...] „die Zeichen der Zeit“ verstanden hätten und sich von der HJ „regelmäßig sittlich entrüstet zeigen“.⁷⁴⁶ Die Derbheit und unverblümte Sprache der Jugendzeitung unterstütze er, da er eine besondere Bedeutung in der Aufgabe der HJ erkennen vermag: „Auf den Schultern der jungen Mannschaft ruht die Zukunft unseres Volkes. Unsere Jungen und Mädels tragen im Gefühl ihrer stolzen Verantwortung den Kopf hoch, [...] um sich für ihre große Aufgabe bereit zu machen.“⁷⁴⁷ Der „Vorposten“ sei „frisch, gradlinig und kämpferisch“ und versuche „die ungestüm vorwärtsdrängenden Kräfte immer wieder auf das eine große Ziel“ auszurichten, „das der Führer der nationalsozialistischen Jugend“ gegeben habe.⁷⁴⁸ Welches Ziel und welche Aufgabe der Verfasser damit explizit meinte, wird im Artikel nicht erwähnt. Damit antwortete Georg Nawrocki auf Empörungen aus der Leserschaft, die sich über die Schroffheit der Artikel aus dem Jugendblatt verärgert zeigte. Trotz der schützenden und

⁷⁴⁵ Nawrocki, Georg: Art. „Eine Woche Politik“, in: Norddeutsche Nachrichten Nr. 27, 1.02.1936.

⁷⁴⁶ Nawrocki, Georg: Art. „Sieben Vorposten...“, in: Norddeutsche Nachrichten Nr. 38, 14.02.1936.

⁷⁴⁷ Ebd.

⁷⁴⁸ Ebd.

verteidigenden Haltung Nawrockis wurde die Herausgabe der Jugendzeitung kurze Zeit daraufhin eingestellt.⁷⁴⁹

Zwar konnten in Nawrockis Artikeln keine konkreten antisemitischen Äußerungen ermittelt werden, anhand von ihm verwendeten Vokabulars wie „Höherentwicklung unserer Rasse“⁷⁵⁰ und „Deutschland wird leben jetzt und in tausend Jahren“⁷⁵¹. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass er auch diesem ideologischen Grundsatz der Nationalsozialisten nicht widersprochen hätte. Darüber hinaus wechselte er in den 1930-er Jahren seinen Arbeitgeber von den „Norddeutschen Nachrichten“ zum Presseorgan der NSDAP in Hamburg, dem „Hamburger Tageblatt“, bei dem er bis Juli 1939 arbeitete.

Dass Georg Nawrocki hierbei als „Überzeugungstäter“ und nicht als „Mitläufer“ schrieb, lässt sich nicht nur anhand der untersuchten Zeitungsartikel belegen, sondern auch durch seine Mitgliedschaften in der SA und der NSDAP. Bevor er am 1. Januar 1937 offizielles Mitglied in der Regime-Partei wurde und dort bis zum Januar 1945 verblieb, bekleidete er bereits ab Januar 1933 bis zum Januar 1937 das Amt als „Scharführer“ in der SA.⁷⁵² In der NSDAP fungierte er „Kreisstellenhauptleiter“ und arbeitete im selben Jahr seines Parteieintritts für das „Hamburger Tageblatt“. Während seiner Zeit beim Presseorgan der NSDAP in Hamburg sorgte er für Aufsehen mit einer Artikelreihe über Sinti und Roma.

In seiner dreiteiligen Serie „Cintis in Hamburger. Großstadt Zigeuner ohne Romantik“, verortet im Lokalteil der Tageszeitung, schrieb Georg Nawrocki ganz im Sinne der rasseideologischen Propaganda der Nationalsozialisten und bediente sich hierbei herabwürdigenden und diffamierenden Ressentiments und Vokabulars gegenüber ethnischen Minderheiten. Inhaltlich geht es in der Artikelserie um den „Großstadt-Cinti“ in Hamburg, der sein – nach Nawrocki zu urteilen – ursprüngliche „Landfahrerleben“⁷⁵³ aufgegeben habe und in Hamburg sesshaft geworden sei.

⁷⁴⁹ Keller: Journalismus, S. 211.

⁷⁵⁰ Nawrocki, Georg: Art. „Der totale Krieg“, in: Norddeutsche Nachrichten Nr. 288, 10.12.1935.

⁷⁵¹ Nawrocki, Georg: Art. „Unsere ‚Geste‘ ...“, in: Norddeutsche Nachrichten Nr. 76, 30.03.1936.

⁷⁵² Spruch-Entscheidung des Entnazifizierungsausschusses vom 14. Januar 1949, in: Privatsammlung Rainer Nawrocki, Hamburg.

⁷⁵³ Nawrocki, Georg: Art. „Cintis in Hamburg. Großstadt-Zigeuner ohne Romantik“, in: Hamburger Tageblatt Nr. 223, 18.08.1937.

Im ersten Artikel, der am 18. August 1937 erschienen ist, beschrieb er die Eigenschaften der „Großstadt-Zigeuner“, erläuterte wie am besten mit ihnen umzugehen sei und versuchte historische Zusammenhänge zu einer langen kriminellen Historie der Sintis zu belegen: „Die Chronisten berichten immer wieder von Diebstählen, Betrug, Räubereien und Bluttaten, die sie begingen, und von scharfen Maßnahmen der Obrigkeit, die ihrem Unwesen ein Ende bereiten sollten. Aber auch die drakonischen Strafen halfen nicht. Die Cintis lebten weiter, hielten bandenweise zusammen wie Pech und Schwefel und vermehrten sich wie die Ratten. [...] Wir hingegen sehen die Zigeunerfrage [...] als eine rassische Aufgabe an, die gelöst werden muß und gelöst wird. [...] Er handelt, betrügt, stiehlt. Arbeit ist für seine Begriffe etwas Verwerfliches. Diese Überzeugung liegt ihm im Blut und unterscheidet ihn [...] vom deutschen Menschen, der die Arbeit als den sinnvollen Gehalt des Lebens ansieht.“⁷⁵⁴ Zum Abschluss stellte der Verfasser fest, dass „der Zigeuner artfremden Blutes“⁷⁵⁵ sei und daher Maßnahmen ergriffen werden sollten, um mit dem „Zigeunerrummel einmal Schluß“⁷⁵⁶ zu machen. Dieser Artikel veranschaulicht, dass Georg Nawrocki gänzlich von der NS-Ideologie und ihren Grundsätzen überzeugt war. Während er bei den „Norddeutschen Nachrichten“ bereits Artikel im Sinne der NS-Politik schrieb, konnte mit dieser Artikelreihe eine weitere Radikalisierung seiner Schreibweise und dem Inhalt seiner Beiträge beobachtet werden.

Die Fortsetzung seiner Berichterstattung über die Sintis in der Hansestadt wurde in den folgenden Ausgaben des „Hamburger Tageblatts“ am 19. und 20. August 1937 gedruckt. Auch hier sind weitere Vorurteile und rassistische Charakteristika gegenüber Sinti-Familien, die sich in Hamburg niederließen, zu erkennen. Georg Nawrocki versuchte seine Behauptungen zu belegen, indem er im zweiten Artikel von Besuchen erzählt, die er selbst im Zuge seiner Recherchen für die Beitragsreihe getätigt hatte. Dabei war er in verschiedene Sinti-Siedlungen in Hamburg gefahren, um sich vor Ort ein Bild von deren Situation zu machen. Sein Resümee fiel erwartungsgemäß abschreckend für die Leserschaft aus: „Die Frauen schlampig, die Kinder schmutzig und verwahrlost. Besucht man die Zigeuner in ihren Quartieren, muß man sich schon anziehen, als wolle man in einen

⁷⁵⁴ Nawrocki, Georg: Art. „Cintis in Hamburg. Großstadt-Zigeuner ohne Romantik“, in: Hamburger Tageblatt Nr. 223, 18.08.1937.

⁷⁵⁵ Ebd.

⁷⁵⁶ Ebd.

Kohleschacht steigen. Es ist unwahrscheinlich dreckig.“⁷⁵⁷ Der Journalist griff mit der Artikelreihe alle diskriminierenden Klischees auf, die als Rechtfertigung zur Verfolgung solcher Bevölkerungsgruppen im „Dritten Reich“ führte. Seine Beiträge versuchten der Leserschaft die Niederträchtigkeit, Unreinheit, Faulheit und Heimtücke der Sintis in Hamburg zu belegen und eine damit verbundene Umgangsweise zu legitimieren. Die Untersuchung der Artikel zeigt, dass sich der Redakteur nicht nur radikalisiert hatte, sondern auch intrinsisch motiviert war, der nationalsozialistischen Ideologie zuzustimmen und sich für deren Umsetzung einzusetzen.⁷⁵⁸ Das hierbei verwendete Vokabular entspricht voll und ganz der Propagandasprache der Nationalsozialisten, deren Gedankengut und Vielfalt an Ressentiments in Nawrockis Artikeln nachgewiesen werden konnten. Rassismus, Einschüchterung, Regimetreue und Patriotismus bildeten die ideologischen Grundbausteine der untersuchten Beiträge des ehemaligen „Hamburger Tageblatt“-Redakteurs.

Im Jahr 1939 wurde er von der Wehrmacht eingezogen und arbeitete u.a. als Kriegsberichterstatter für die Kriegsmarine. In zwei überlieferten Artikeln berichtete er von heroischen Taten der Soldaten der deutschen Marine, die von ihm zur Opferbereitschaft und Kampfeswillen aufgefordert wurden.⁷⁵⁹ Laut den Angaben von Jens Nawrocki, einer der Söhne, war sein Vater aber nicht nur als Kriegsberichterstatter im Zweiten Weltkrieg tätig, sondern darüber hinaus auch als „Kreishauptstellenleiter“ für die Vergabe und den Entzug von Drucklizenzen in Hamburg verantwortlich. Im Rahmen dieses Amtes soll er im Jahr 1941 Hinrich Springer und dem Hammerich & Lesser Verlag, die Drucklizenz entzogen haben. Das Problem der Papierknappheit, der Einzug vieler Redakteure für den Kriegsdienst und die daraus resultierende Verschlankung der Presseerzeugnisse

⁷⁵⁷ Nawrocki, Georg: Art. „Cintis in Hamburg. Großstadt-Zigeuner ohne Romantik“, in: Hamburger Tageblatt Nr. 224, 19.08.1937.

⁷⁵⁸ Nawrockis Artikelreihe wurde auch zum Gegenstand von Forschungsarbeiten, die vom Umgang der Nationalsozialisten mit ethnischen Minderheiten berichteten. Gilad Margalit hebt beispielsweise hervor, dass Georg Nawrocki mit seinen Artikeln vor allem die „Rassenhygiene“ betone und die Sintis als „fremdartige Schmarotzer“ darstelle. Margalit, Gilad: *Germany and its Gypsies. A post Auschwitz-Ordeal*, Madison 2002, S. 18 f.

⁷⁵⁹ Die beiden Artikel stammen aus der Privatsammlung seines Sohnes Rainer Nawrocki. In einem Bericht geht es um die Aufgaben, Herausforderungen und Tugenden eines Matrosen, der in der deutschen Kriegsmarine während des Zweiten Weltkrieges diente. Im zweiten Artikel wird von einem Einsatz eines Schnellbootes berichtet, das britische Militärschiffe und Häfen ausspähen soll. Nawrocki, Georg: Art. „Schnellboote vor englischen Häfen“, in: Privatsammlung von Rainer Nawrocki, Hamburg; Nawrocki, Georg: Art. „Die Front der wachen Herzen. Dieppe hat die Front nur noch breiter gemacht“, in: Privatsammlung Rainer Nawrocki, Hamburg.

zugunsten des „Hamburger Tageblattes“ waren Motive für die Einstellung mehrerer Verlage. Wie bereits thematisiert, wurde ab 1944 lediglich eine Gemeinschaftszeitung in Hamburg herausgegeben. Diese Weisungsbefugnis und die Entziehung der Drucklizenz von Hammerich & Lesser, sollen laut den Angaben von Jens Nawrocki dazu geführt haben, dass sein Vater 1948 beim HABL abgelehnt worden sei.⁷⁶⁰

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er für anderthalb Jahre bis zum März 1947 in Neuengamme interniert. Nach einer kurzen Phase der Arbeitslosigkeit erfolgte die finale Spruch-Entscheidung des Entnazifizierungsausschusses am 14. Januar 1949. Georg Nawrocki wurde nachträglich in die Kategorie V eingestuft, sodass er ohne Einschränkungen seiner journalistischen Tätigkeit nachgehen konnte.⁷⁶¹ Nachdem er beim HABL abgelehnt worden war, arbeitete er zunächst als Chef vom Dienst bei der HAZ, die jedoch im Mai 1950 Konkurs anmelden musste. Anschließend fing er bei der britischen Zonenzeitung der „Welt“ an zu arbeiten, wo er zum Ressortleiter für „Lokales“ aufstieg.⁷⁶²

Als die Zeitung im Jahr 1953 vom Axel Springer Verlag gekauft wurde, stellte sich die Frage, wie der Verleger mit der Personalie Georg Nawrocki umgehen würde. Entgegen seiner journalistischen Rolle im Nationalsozialismus, konzentrierte er sich nun auf ein anderes Themenfeld. Als Ressortleiter für Lokales und Verantwortlicher in Ausbildungsangelegenheiten hatte er bei der Tageszeitung eine eher supervisorische Funktion und trat journalistisch in den Hintergrund. Gleichwohl konnte im Rahmen der Recherchen ermittelt werden, dass Georg Nawrocki auch einige Jahre nach dem Krieg den militärischen Duktus seines Schreibstils nicht ablegen konnte. In einem Beitrag über die Chronik „Der Welt“ aus dem Jahr 1962 schrieb er Folgendes über den Konkurrenzkampf der Tageszeitungen auf dem Hamburger Pressemarkt zu Beginn der 1950-er Jahre: „Wenn es gelingen sollte, mit den guten Kräften des Ressorts den Kampf um die restlichen 20.000 Leser in Hamburg zu gewinnen, mußten schmerzhaft Operationen gewagt werden. Mein Ziel war es, dem zermürbenden Existenzkampf der für damalige Verhältnisse allzu vielen

⁷⁶⁰ Das Gespräch mit Jens Nawrocki wurde am 16. Januar 2024 geführt. Schriftliche Belege für seine Angaben konnten nicht ermittelt werden.

⁷⁶¹ Spruch-Entscheidung des Entnazifizierungsausschusses vom 14. Januar 1949, in: Privatsammlung Rainer Nawrocki, Hamburg.

⁷⁶² Nawrocki, Georg: Verlagshaus „Die Welt“. Material zur Geschichte des Verlages und seiner Objekte, in: AS-UA, Bestand „Die Welt“.

Mitarbeitern ein Ende zu setzen und den besten Kräften neue, bessere Chancen zu bieten.“⁷⁶³ Dieser Chronik-Auszug stellt eines der wenigen schriftlichen Erzeugnisse von Georg Nawrocki dar, die im Zuge seiner journalistischen Karriere in der Nachkriegszeit ermittelt werden konnte. Der Schwerpunkt seiner beruflichen Laufbahn bei der „Welt“ lag in der Leitung und Ausbildung der Redakteure und Redakteurinnen.

Außerdem erhielt er durch den Aufbau des Lokalteils der Zeitung Ansehen in der gesamten Branche, sodass Axel Springer und Georg Nawrocki sogar zu Freunden wurden.⁷⁶⁴ Trotz der anfänglichen Abneigung Springers wurde Nawrocki nicht bei der „Welt“ entlassen. So arbeitete er knapp zwei Jahrzehnte für die „Welt“, bis er 1969 aufgrund der Feststellung von Lungenkrebs vom Dienst freigestellt wurde. Am 13. Februar 1971 verstarb er im Alter von 58 Jahren in Hamburg.

Die Untersuchung von Georg Nawrocki zeigt einmal mehr, dass die individuelle NS-Vergangenheit bei der Einstellung im Springer Verlag eine sekundäre Rolle spielte. Die Ablehnung seiner Bewerbung erfolgte vor allem aus dem Umstand, dass er für den Entzug der Drucklizenz von Hammerich & Lesser verantwortlich gewesen war. Seiner Befähigung und Erfahrung zu urteilen, wäre Nawrocki ein geeigneter Kandidat für die Redaktion der ersten Stunde gewesen. Gleichwohl muss angemerkt werden, dass sein militärischer Schreibstil nicht zum publizistischen Konzept des HABL gepasst hätte.

Dass sich seine und Springers Wege erneut kreuzten, war ein interessanter Zufall, dessen Ausgang auf den ersten Blick überrascht. Bei einer genaueren Betrachtung passte die Verpflichtung Nawrockis ins analytische Bild personalpolitischer Entscheidungen. Georg Nawrocki hat sich in wenigen Jahren zu einem wichtigen Bestandteil der „Welt“-Redaktion entwickelt, sodass er nicht nur den Lokalteil erfolgreich mitaufbaute, sondern auch ein Gespür für journalistische Talente erwies. In einem Kondolenzbrief an seine Ehefrau Ilse Blohm wird seine Bedeutung für die Tageszeitung vom damaligen Verlagsleiter Dr. Ernst-Dietrich Adler hervorgehoben: „Georg Nawrocki hatte [...] ‚Überblick‘. Er war ein Könnner. Er wußte, worauf es bei gutem Journalismus ankommt. Und so machte er den Lokalteil der WELT, seinen ‚Tagesbericht Hamburg‘ zu einem der besten Lokalteile in

⁷⁶³ Nawrocki, Georg: Verlagshaus „Die Welt“. Material zur Geschichte des Verlages und seiner Objekte, in: AS-UA, Bestand „Die Welt“.

⁷⁶⁴ Gespräch mit Jens Nawrocki am 16. Januar 2024.

der deutschen Tagespresse. [...] Es war kein Zufall, daß die WELT ihm die Ausbildung ihres redaktionellen Nachwuchses übertrug, daß er unser ‚Voluntär-Vater‘ wurde.“⁷⁶⁵ In einem Nachruf wurde seine Rolle als journalistischer Ziehvater noch einmal betont: „[...] Aber am meisten haben ihm die jungen Menschen zu danken, die unter seiner Leitung die ersten Schritte im Berufsleben taten. Er sparte nicht mit Kritik, aber diese Kritik war fruchtbar. Er hat sie angespornt und gefördert, so weit es in seiner Macht stand.“⁷⁶⁶

Das Ansehen Nawrockis in der journalistischen Branche und sein Erfolg bei der ‚Welt‘ können dazu geführt haben, dass letztendlich sogar ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem Verleger und ihm entstanden ist. Tatsache ist, dass Georg Nawrocki kein zweites Mal von Axel Springer abgelehnt wurde und somit fast zwei Dekaden für den Verlag arbeitete.

6.5. Einzelbiografien im Spannungsfeld von Karriere und Selbstbild des ‚Abendblattes‘

Bei den Untersuchungen wurden die Beziehungen zwischen der Redaktion und dem Verleger betrachtet. Unterschiedlich intensiv waren dabei die Verbindungen zwischen Axel Springer und den Personen, die beim HABL anfangen und die die Tageszeitung in manchen Fällen auch als Karriere-Sprungbrett benutzten. Obwohl viele der Karrieristen ihrem Verleger auch negative Charaktereigenschaften attestierten, waren sie sich darüber einig, dass sie ihm vieles zu verdanken hatten. Axel Springer zeigte wiederum Talent darin, aufstrebende, kompetente und starke Führungspersönlichkeiten zu erkennen und diese zu fördern. Diese Symbiose zwischen dem Verleger und seinem Führungspersonal kann als einer der Gründe gesehen werden, weshalb das HABL, aber auch andere Zeitungen im Verlag, sich erfolgreich entwickelten und ein Presseimperium entstehen ließen. Rückblickend betrachtet kann aber auch festgehalten werden, dass diese Zweckgemeinschaft nicht immer ohne Reibungen und Konflikte ablief. An den Beispielen von Martin Saller und Christian Kracht konnte veranschaulicht werden, dass auch Chefredakteure und Generalbevollmächtigte die Gunst des Verlegers verlieren konnten, wenn sie nicht in seinem Interesse handelten bzw. nach ihren eigenen Vorstellungen agierten. Zwar vergab Axel

⁷⁶⁵ Kondolenzbrief von Dr. Ernst-Dietrich Adler an Ehefrau Ilse Blohm, in: Privatsammlung Rainer Nawrocki, Hamburg.

⁷⁶⁶ Nachruf am Sarg von M. Orth, in: Privatsammlung Rainer Nawrocki, Hamburg.

Springer auch zweite Chancen, in der Summe seiner personalpolitischen Entscheidungen entsteht jedoch der Eindruck, dass schwerwiegende Fehlritte nicht vergessen wurden.

Hinsichtlich der politischen Belastung von Einzelakteuren wie dem langjährigen Redakteur Wilhelm Backhaus oder dem späteren Chefredakteur der „Bild“ und „Bild am Sonntag“ Rudolf Michael kann die Beobachtung bezüglich der Auswertungsergebnisse der Biografien aus einem vorherigen Kapitel dieser Arbeit bestätigt werden: Personalpolitische Entscheidungen wurden auf der Grundlage von den Beurteilungskriterien wie Kompetenz, journalistische Erfahrung, Hamburg-Kenntnisse, Loyalität und publizistischem Selbstverständnis getroffen. Die Nähe zur NSDAP spielte bei der Einstellung der Redakteure beim HABL eine sekundäre Rolle, solange der Entnazifizierungsausschuss keine Bedenken äußerte und die Journalisten die Bereitschaft signalisierten, Werte demokratischer Pressestrukturen zu verinnerlichen und die damit einhergehenden Vorgaben zu befolgen.

Die Untersuchungsergebnisse legen nahe, dass die Redakteure eingestellt worden sind, solange sie zum Selbstbild des HABL passten und sich dazu bereit erklärten, Artikel im Rahmen der konzeptionellen Vorgaben zu verfassen. Sodann sah Axel Springer trotz ihrer z.T. politisch-fragwürdigen Vergangenheit kein Problem darin, sie beim „Abendblatt“ einzustellen. Neben den bereits erläuterten Bewerbungs- und Einstellungskriterien darf in der Nachkriegszeit nicht außer Acht gelassen werden, dass fähige und erfahrene Fachkräfte in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens dringend gesucht wurden. Daher ergibt es Sinn, dass der Verleger vor allem auf Redakteure zurückgriff, die sich bereits beim HF oder im Verlag seines Vaters bewährt hatten.

Dem Jungverleger wurde 1948 zunächst ein schwieriger Start auf dem Hamburger Pressemarkt prophezeit, da die Konkurrenz durch die Lizenzzeitungen groß war. Er lehrte seine Kritiker eines Besseren, da er seine eigene Erfolgsformel besaß und diese in Form von seiner Personalpolitik, der Werbestrategie und des publizistischen Konzeptes den Zeitgeist der Leserschaft traf. Dabei kann angenommen werden, dass die Grundzüge seiner Verlagsphilosophie zu diesem Zeitpunkt noch nicht in dem Maße präsent waren, wie es in den 1950-er und vor allem den 1960-er Jahren der Fall gewesen war.

Rückblickend betrachtet kann konstatiert werden, dass der Verleger eine gute Wahl mit seiner Redaktionsmannschaft getroffen hatte. Ansonsten wäre ein derartiger Erfolg des

HABL nicht möglich gewesen. Es war vor allem der Chefredakteur Otto Siemer, der über den größten Zeitraum der ersten 17 Jahre der Zeitungsgeschichte die Geschicke der Berichterstattung souverän lenkte und dabei eine gute Arbeit leistete. Er wirkte von Anfang an mit am HABL und stand der Zeitung auch nach seinem Ausscheiden als Chefredakteur beratend zur Seite. Dass persönliche Seilschaften und Beziehungen eine wichtige Rolle bei der Einstellung beim HABL spielten, zeigte u.a. das Beispiel von Georg Nawrocki. Hier entstand trotz einer Ablehnung beim „Abendblatt“ eine Freundschaft zwischen ihm und Axel Springer. Der politisch-belastete Nawrocki verblieb im Verlag, als die „Welt“ 1953 von Springer gekauft wurde. Die Beziehung beider verbesserte sich als Nawrocki seinen Beitrag zum Erfolg der Tageszeitung leistete und Anerkennung in der Branche erhielt. Der Redakteur, der im „Dritten Reich“ noch für das „Hamburger Tageblatt“ eine Artikelserie im Sinne der „Rassenhygiene“ veröffentlichte, konnte sich den neuen Pressestrukturen ohne Probleme anpassen. Durch die Assimilation an bestehende Verhältnisse und seine Expertise konnte Georg Nawrocki als Journalist in der BRD wieder Fuß fassen und an beruflichem Erfolg vergangener Tage anknüpfen. Das Beispiel vom „Welt“-Redakteur veranschaulicht die personelle Kontinuität im Pressewesen nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“. Es zeigt aber auch, dass er aufgrund seiner Rolle als „Kreishauptstellenleiter“ der NSDAP nicht in das Profil der HABL-Redaktion gepasst hätte. Durch die Untersuchung seiner Biografie konnte das Einstellungsformat des HABL erweitert werden.

Insgesamt ist zu resümieren, dass Axel Springer klare Vorstellungen vom „Abendblatt“ hatte und diese auch konsequent umsetzte. Die Absatzerfolge der ersten zehn Jahre der Zeitungsgeschichte geben seinen Ideen und seinem Konzept Recht. Die in diesem Kapitel hervorgehobenen Charaktere trugen ihren Teil dazu bei, dass das HABL entlang seiner publizistischen Vorgaben, den Erfolg und das wirtschaftliche Fundament für die Expansion des Springer Verlages ebneten.

7. Berichterstattung über die nationalsozialistische Vergangenheit

Die Presse stellte im Rahmen der Vergangenheitsbewältigung eines der wichtigsten Instrumente dar, um den Demokratieprozess in den Anfangsjahren der BRD zu unterstützen, die eigene Vergangenheit aufzuarbeiten und dem bei der Bevölkerung entstandenen Misstrauen gegenüber den Regierenden, der Politik und den Parteien entgegenzuwirken und Vertrauen zurückzugewinnen. Die Bedeutung der Presse bei der Aufarbeitung der zwölfjährigen Diktatur und deren Folgen für die Menschen ist daher von besonderer Signifikanz. Nicht nur aus rein politischer Sicht war diese Aufgabe immens, sondern ebenso aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive. Die Politikverdrossenheit und die wirtschaftliche Not der Bevölkerung waren alltägliche Hürden, die bei der Konzeption der Zeitungen der Nachkriegszeit berücksichtigt werden mussten, um sich das Interesse der Leserschaft zu sichern und hohe Verkaufszahlen zu generieren.

Die Rolle der Massenmedien in Hamburg und im übrigen Westdeutschland war im Zuge der vergangenheitspolitischen Aufarbeitung häufig Gegenstand der Forschung.⁷⁶⁷ In diesem Kapitel soll vor allem die Berichterstattung der NS-Vergangenheit des HABL im Fokus der Untersuchungen stehen. Zu Beginn des Kapitels werden die Quellenproblematik und die Kriterien erläutert, die der Untersuchung zugrunde liegen. Des Weiteren wird auf die Entwicklung der Zeitungen in der BRD eingegangen, um verschiedene Phasen der Tagespresse und deren Charakteristika herauszustellen. Im Anschluss wird ein gezielter Blick auf den Umgang mit der NS-Vergangenheit der Zeitungen in Westdeutschland gelegt, um Referenzpunkte zur Orientierung und zum Vergleich mit dem HABL herzustellen. Fernerhin wird abschließend zu überprüfen sein, wo Informationslücken bei der Berichterstattung der Tageszeitungen hinsichtlich der nationalsozialistischen

⁷⁶⁷ An dieser Stelle können zahlreiche Literaturhinweise genannt werden, die sich mit der Rolle der Medien in den 1950-er und 1960-er Jahren auseinandersetzen. Für die Arbeit relevant sind u.a. Schildt, Axel: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 633-648; Wilke, Jürgen: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 649-672; Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996; Führer: Medienmetropole, S. 395-403.

Vergangenheit zu entdecken sind und welche Erklärungsansätze hierfür in Betracht gezogen werden können.

In chronologischer Reihenfolge werden zuerst Gesetze und anschließend Gerichtsprozesse und deren Rezeption durch die HABL-Redakteure und Redakteurinnen analysiert und zu den bereits gewonnenen Erkenntnissen dieser Arbeit in Bezug gesetzt. Vor allem der Relation zwischen den Biografien der Journalisten und Journalistinnen und der Berichterstattung über die NS-Vergangenheit kommt eine besondere Bedeutung in diesem Kapitel zu. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen dabei u.a. Redakteure, die in den vorherigen Kapiteln als „politisch-belastet“ identifiziert worden sind. Infolgedessen wird bei diesen Redakteuren ein besonderes Augenmerk auf ihren journalistischen Stil und ihr Vokabular gelegt, das sie in ihren Artikeln verwenden. Überdies wird den Fragen nachgegangen, ob es Analogien zu Artikeln gibt, die im Nationalsozialismus geschrieben worden sind, und ob apologetische Begriffe oder Vokabular aus der NS-Zeit festzustellen sind. Außerdem wird überprüft, ob es antisemitische Äußerungen in den Kommentaren der Zeitung gibt.

Konkret bedeutet dies für die Arbeit, dass im Zeitraum von 1948 bis 1965 die Berichterstattung über das Inkrafttreten des „Gesetzes zur Wiedereingliederung der Beamten“, die 1945 entlassen worden sind, das Luxemburger Abkommen von 1952 und das Amnestiegesetz von 1954 untersucht werden. Darüber hinaus wird ein Blick auf lokale und überregionale Gerichtsprozesse gelegt, die im Rahmen der NS-Strafverfolgung erfolgten und daher im Fokus des öffentlichen Interesses standen. Dabei gilt es terminologische Klarheit über einzelne juristische Begriffe wie „Gerichtsverfahren“, „Gerichtsprozess“ und „Urteilsverkündung“ zu schaffen.

Thematisch betrachtet werden die Prozesse um den Regisseur des nationalsozialistischen und antisemitischen Propaganda-Films „Jud Süß“ von Veit Harlan aus dem Jahr 1949 und den Hamburger Holzhändler Friedrich Nieland zum Ende der 1950-er Jahre. Außerdem sorgten der in Frankfurt am Main geführte Auschwitz-Prozess mit dem ehemaligen SS-Wachpersonal und der Adolf Eichmann-Prozess in Israel für ein gesteigertes Interesse der Leserschaft in Hamburg und im übrigen Deutschland. Daher werden diese Prozesse ebenfalls mit in die Untersuchung miteinbezogen. Obgleich es neben den aufgeführten Gerichtsprozessen viele andere Verfahren gegen politisch Belastete aus dem

Nationalsozialismus gab, die öffentliches Aufsehen erregten⁷⁶⁸, wurde diese Auswahl an Gerichtsprozessen getroffen, da sie zum einen im HABL aufgrund ihrer lokalen Nähe einen besonderen Stellenwert hatten und ferner sowohl einzelne schwer-belastete Personen als auch größere Gruppen von Beschuldigten vor Gericht angeklagt wurden. In diesem Zuge kann ein konturenreicheres Profil des HABL hinsichtlich der Beantwortung der Schuldfrage erstellt werden, da es nicht nur um einzelne Individuen geht, dessen Beurteilung durch die Zeitung vorgenommen werden muss, sondern auch um das Kollektiv, das beispielsweise im Frankfurter Auschwitz-Prozess angeklagt wurde.⁷⁶⁹ Insgesamt wurden bei diesen thematischen Schwerpunkten vor allem die Politik-, Meinungs-, Wirtschafts- und der sogenannten „Hamburg-Seite“ in den Blick genommen. Dabei wurden 173 Artikel ausgewertet, um Rückschlüsse für den Umgang des HABL mit der Schuldfrage, mit belasteten Personen aus dem Nationalsozialismus und Gesetzen, die zur Entlastung von Personen führten, die öffentliche Ämter im „Dritten Reich“ bekleideten, zu ziehen. Hinsichtlich der Berichterstattung wurden nicht nur die sachlich-wertneutralen und objektiven Berichte der Titelseite untersucht, sondern auch die Kommentare bzw. Stellungnahmen der HABL-Redaktion auf den Politik- und „Meinungsseiten“. Eine abschließende Betrachtung in diesem Kapitel widmet sich dem Demokratieverständnis des HABL. Mehrere Kommentare und Kolumnenberichte gehen hierbei ausführlich darauf ein, welche Aufgabe die BRD im neuen Staat zu erfüllen habe und welche Rolle die neue Staatsform dabei spiele.⁷⁷⁰ Dabei wird nicht nur ein Blick auf die redaktionelle

⁷⁶⁸ Als Beispiel hierfür kann der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess im Jahr 1958 genannt werden, der als Zäsur in der Geschichte der NS-Prozesse in den 1950-er Jahren gesehen werden kann, da er das Interesse vieler in der Bevölkerung weckte und dazu führte, dass nach Ende des Prozesses die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg eingerichtet wurde. Bajohr, Frank: Holocaust-Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945, in: Markus Brechtken (Hrsg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 122-142, hier S. 127.

⁷⁶⁹ Aus der Sicht des Autors kann damit einem Trend der Nachkriegszeit entgegengewirkt werden, der sich dadurch charakterisieren lässt, dass sich große Teile aus der Bevölkerung hinsichtlich der Aufarbeitung der Verbrechen im Nationalsozialismus damit zufriedengaben, dass einzelne Hauptverdächtige angeklagt und verurteilt worden sind. Als Beispiel hierfür dienen die Nürnberger Prozesse von 1945 bis 1946. Durch die zunehmende Berichterstattung über mehrere Gerichtsverfahren in den Zeitungen, die sowohl einzelne Personen als auch größere Personengruppen betrafen, wurde die Leserschaft sukzessive mit der Schuld-Frage konfrontiert.

⁷⁷⁰ Interessanterweise hat vor allem Wilhelm Backhaus in diesem Zuge mehrere Artikel verfasst, in denen er sein Verständnis von Demokratie darlegt und die damit verbundenen Pflichten des Staates. Backhaus gehört zu den Redakteuren, die bei der Untersuchung der biographischen Daten durch seine Mitgliedschaft im Jungdeutschen Orden und der NSDAP-Parteimitgliedschaft auffiel.

Verantwortung und die publizistische Konzeption des HABL gerichtet, sondern auch re-sümiert, wie sich die Zeitung in die demokratische Presselandschaft integrierte.

7.1. Quellenproblematik und Kriterien

Problematisch bei der Auswertung war die Bestimmung der Zeitspanne der im HABL behandelten Themen. Vor allem den Anfang und das Ende der Berichterstattung über die Gerichtsprozesse festzulegen, stellte eine Herausforderung dar. Als Referenzpunkte dienten der Arbeit der Prozessbeginn und die Urteilsverkündung, obgleich die Kommentare hierzu häufig erst ein paar Tage später im HABL aufgeführt wurden. Aber nicht nur die Bestimmung des Zeitraums der kommentierten Gerichtsprozesse im HABL war eine Schwierigkeit, sondern auch, dass einige Artikel anonymisiert waren und der Autor oder die Autorin nicht ermittelt werden konnte. Nichtsdestotrotz kann davon ausgegangen werden, dass die entsprechende Ressortleitung die Artikel genehmigt hat und der Inhalt gleichfalls von der Zeitung mitgetragen wurde. Außerdem bietet das Impressum Aufschluss über die redaktionelle Zusammensetzung der jeweiligen Ausgabe, um den entsprechenden Journalisten den Artikel zuordnen zu können.

Ferner erscheint es bedeutsam, der Frage nachzugehen, warum Manches, das die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands betrifft, streckenweise ausgelassen oder gar nicht in der Zeitung thematisiert wurde. In manchen Jahren wurde kaum über vergangenheitsrelevante Themen diesbezüglich geschrieben. Ulrich Kröger führt hierfür mehrere Erklärungen in seiner Arbeit auf. Zum einen sieht er ein Problem darin, dass sich die Stellungnahmen häufig nicht dort wiederfinden, wo man sie vermutet, da sie sich nur partiell mit der Thematik beschäftigen.⁷⁷¹ In seiner Arbeit konzentriert sich Ulrich Kröger vor allem auf Urteile von Schwurgerichten, die in den meisten Fällen erst mehrere Tage nach dem Urteilsspruch in denen von ihm untersuchten Tageszeitungen kommentiert wurden.

Außerdem liegt die Annahme nahe, dass die Leserschaft andere Dinge interessierte, die sie unmittelbar betraf, wie z.B. die Auseinandersetzung mit der Wohnungs- und Hungersnot in den Nachkriegsjahren. Der aufkommende Ost-Westkonflikt beschäftigte ebenfalls

⁷⁷¹ Kröger: Rezeption, S. 4.

viele Bürger und Bürgerinnen Westdeutschlands und drängte die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit in den Hintergrund. Schließlich verweist Ulrich Kröger darauf, dass die meisten Prozesse ohne juristische Fehler oder Mängel geführt worden seien und daher keinen Anlass boten, sie in den Zeitungen zu thematisieren. Gleichwohl ist es aus der Sicht des Autors wichtig, Informationslücken zu berücksichtigen und in die Untersuchung miteinzubeziehen. Nachrichtendefizite können durchaus Aufschluss darüber geben, welche inhaltlichen Akzente die Redaktion einer Zeitung setzte und welche sie versuchte, zu umgehen. Von besonderer Signifikanz für die Untersuchung ist schließlich, dass die oben genannten Themenschwerpunkte Eingang im HABL gefunden haben und häufig die Grundlage für den Kommentar auf der „Meinungsseite“ darstellte.

Hinsichtlich der Auswahl der Kriterien für die Analyse der Gerichtsprozesse wurde sich teilweise bei der Arbeit an den Bewertungskriterien Ulrich Krögers orientiert.⁷⁷² Es wurde ein Fokus auf die innere Form der Artikel gelegt. Insbesondere wurde auf Sachlichkeit, Sprache und Stil geachtet. Darüber hinaus wurde untersucht, ob unsachliche, nationalsozialistisch-geprägte oder apologetische Begriffe verwendet wurden und ob das klare Formulieren eines Standpunktes oder lediglich vage Andeutungen von den Redakteuren gemacht wurden. Inhaltlich sind für die Beurteilung der Gerichtsprozesse folgende Fragen von Bedeutung, da sie als Orientierungs- und Referenzpunkte bei der Analyse der Berichterstattung und der Kommentare dienen: Wie wird über die NS-Prozesse und die verabschiedeten Gesetze berichtet? Wie werden die Prozessurteile bewertet? Welche Schlussfolgerungen sind daraus in Bezug auf die Beurteilung des Nationalsozialismus und die totalitäre Herrschaft des NS-Regimes zu erkennen? Schließlich lässt sich aus den Arbeitsfragen ableiten, wie das HABL mit der Schuld-Frage umgegangen ist und welches Verständnis von Demokratie die Zeitung hatte. Wenngleich Ulrich Krögers Untersuchungszeitraum sich hauptsächlich auf die Jahre von 1958 bis 1965 bezieht, konzentriert sich die vorliegende Untersuchung bereits auf das Ende der 1940-er Jahre mit der Rezeption des Harlan-Prozesses im HABL. Die zeitliche Verortung seiner Arbeit begründet er damit, dass die Nachkriegsjahre von alliierten Prozessen und von dem Nürnberger Prozess bestimmt gewesen seien. Darüber hinaus geht Ulrich Kröger nicht auf den 1961 stattgefundenen Eichmann-Prozess ein.

⁷⁷² Kröger: Rezeption, S. 3.

Neben den Gerichtsverfahren werden Gesetze, die durch die Adenauer-Regierung verabschiedet wurden untersucht. Im Zuge dessen wird die Rezeption des „Gesetzes zur Wiedereingliederung der Beamten“, des Luxemburger Abkommens von 1952 und des Amnestiegesetzes von 1954⁷⁷³ im HABL Gegenstand der Analyse sein. Die folgende Tabelle bietet einen Überblick über die bereits erläuterten Untersuchungskriterien der Artikel im HABL.

Tabelle 14: Themenschwerpunkte und Untersuchungskriterien

Untersuchungsschwerpunkte	Kriterien	Verortung in der Zeitung	Anzahl der Artikel (Gesamt)
<i>Gesetze</i>	1. Wie wird über die Gesetze und die Prozesse berichtet? Welche sprachlichen und stilistischen Auffälligkeiten sind zu beobachten? 2. Wie werden die Prozessurteile bewertet? 3. Welche Schlussfolgerungen sind daraus in Bezug auf die Beurteilung des Nationalsozialismus und die totalitäre Herrschaft des NS-Regimes zu erkennen?	1. Politikseite 2. Meinungsseite 3. Hamburg-Seite 4. Wirtschaftsseite	173 Artikel
1. <i>Wiedereingliederung der Beamten 1951</i> 2. <i>Luxemburger Abkommen 1952</i> 3. <i>Amnestiegesetz 1954</i>			
<i>Gerichtsprozesse</i>			
1. <i>Veit Harlan 1949</i> 2. <i>Friedrich Nieland 1959</i> 3. <i>Adolf Eichmann 1961</i> 4. <i>Auschwitz 1963 bis 1965</i>			

Des Weiteren wird das Profil des HABL in die Anfangsjahre der Tagespresse in der BRD in den 1950-er und 1960-er Jahre eingeordnet, um zu untersuchen, ob das HABL eine Besonderheit darstellte oder ob eine politische Konformität innerhalb des Zeitungsmarktes festzustellen ist. Abschließend gilt es, Begrifflichkeiten, die im Rahmen der

⁷⁷³ Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen vom 11. Mai 1951, in: Bundesgesetzblatt-Archiv 1949 – 2022, URL: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&jumpTo=bgbl151s0307.pdf#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl151s0307.pdf%27%5D1704190706081 (eingesehen am 2.1.2024); Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952 in: BArch, B136/1129; Gesetz über den Erlass von Strafen und Geldbußen und die Niederschlagung von Strafverfahren und Bußgeldverfahren (Straffreiheitsgesetz 1954) vom 17. Juli 1954, in: Bundesgesetzblatt-Archiv von 1949 bis 2022, URL: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl154021.pdf%27%5D#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl154021.pdf%27%5D__1713965734457.

Untersuchungen der Gerichtsprozesse genannt werden, näher zu bestimmen und zu erläutern. Hierunter fallen beispielsweise die Terminologien des „Strafverfahrens“ und des „Urteilsspruchs“. Mit Hilfe der Auswahl dieser Kriterien ist es möglich, eine abschließende Beurteilung des HABL in den Anfangsjahren der Bundesrepublik zu fällen und der Antwort näher zu kommen, ob die Redaktion Einfluss auf die politische Ausrichtung der Zeitung hatten.

7.2. Berichterstattung in den 1950-er und 1960-er Jahren in der BRD

In diesem Kapitel soll zunächst ein genereller Überblick über die Entwicklung der Tageszeitungen in den 1950-er Jahren und 1960-er Jahren geschaffen werden, um das HABL mit seiner Auflagenzahl, seinem publizistischen Konzept und seiner äußeren Form in die Presselandschaft Hamburgs und der BRD einzuordnen. Ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf die Rolle der Zeitungen hinsichtlich der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit liegen. Die Thematisierung des Holocausts und der damit verbundenen Schuld-Frage im Rahmen des Aufarbeitungsprozesses haben in diesem Kapitel einen besonderen Stellenwert für die Untersuchung. In Anlehnung an diese Kriterien wird außerdem auf die Entwicklung der Holocaust-Forschung in der Nachkriegszeit eingegangen, um einen Eindruck davon zu erhalten, welche Bedeutung und welche Rolle der Genozid bei der thematischen Ausrichtung der Zeitungen und im gesellschaftlichen Bewusstsein spielte. Dieser Aspekt ist vor dem Hintergrund besonders wichtig, da das HABL und seine Auseinandersetzung mit der Schuldfrage abschließend beurteilt werden soll. Die Belange der Leserschaft und wirtschaftliche Motive der Zeitungen dürfen hierbei nicht außer Acht gelassen werden, da Zeitungen auch stets aus ökonomischer Sicht handelten, um ihre Existenz auf dem Zeitungsmarkt zu sichern. Zudem wird die Terminologie der „Vergangenheitsaufarbeitung“ erläutert und vom Begriff der „Vergangenheitsbewältigung“ abgegrenzt. Eine Annäherung an den Themenschwerpunkt gelingt durch die Untersuchung von Gerichtsprozessen, bei denen ehemalige NS-Funktionäre oder SS-Mitglieder aufgrund von Verbrechen zur Zeit der Diktatur angeklagt wurden. Um einen Überblick für die späteren Kapitel und die zu behandelnden Gerichtsverfahren zu schaffen, werden ähnliche Gerichtsprozesse aus der Nachkriegszeit angeführt und historisch in die ersten beiden Dekaden der BRD eingeordnet.

7.2.1. Entwicklung der bundesdeutschen Tagespresse

Das Ende der Lizenzpflicht läutete zunächst eine Phase des Zeitungsboomes Anfang der 1950-er Jahre ein, die von Neugründungen oder der Wiederaufnahme ehemaliger in der NS-Zeit verbotener Zeitungen gekennzeichnet war. In Norddeutschland sind zahlreiche Neuerscheinungen vor allem in Niedersachsen und Schleswig-Holstein registriert worden, wobei sich die Zahl neuer Zeitungen in Hamburg vergleichsweise gering war.

Mit einem Blick auf den Hamburger Pressemarkt ist festzuhalten, dass Lokalzeitungen wie die „Bergedorfer Zeitung“ und die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ beachtliche Erfolge erzielen konnten. Die „Bergedorfer Zeitung“ konnte ihre Auflage in den 1950-er Jahren sogar verdoppeln.⁷⁷⁴ Viele Verleger folgten bei der äußeren und inneren Ausgestaltung ihrer Zeitungen dem anglo-amerikanischen Vorbild: Es galt eine objektive Berichterstattung zu gewährleisten und eine strikte Trennung von Nachricht und Kommentar umzusetzen.⁷⁷⁵ Hinzukam ein neuer journalistischer Stil, der gemeinhin als „human interest story“ bezeichnet wurde und durch die Akzentuierung von Emotionen das Interesse der Leserschaft zu wecken versuchte. Dieser neue Stil traf vor allem auf die „Bild“-Zeitung, die MOPO und das HABL zu, die neben der inhaltlichen Ausrichtung auch auf Fotografien setzten, die ganze Seiten schmückten und so die Attraktivität der Zeitungen steigern sollten.⁷⁷⁶

Um eine bessere Übersicht über die Entwicklung der Pressegeschichte zu bekommen, bietet sich eine Phasengliederung nach Jürgen Wilke an, wobei er mediengeschichtlich strikt zwischen Zeitungs- und Zeitschriften-Entwicklung differenziert. Grundlage für die zeitliche Einordnung sind Merkmale wie technische Erneuerungen oder die Möglichkeit, den Umfang der Zeitungen zu erweitern, da Restriktionen wegfielen, die z.T. noch galten als der Papiermangel der Zeitungsbranche erhebliche Schwierigkeiten bereitete.⁷⁷⁷ Dies geschah vor allem in den 1970-er Jahren, was sich durch einen wachsenden Umfang der

⁷⁷⁴ Führer: Medienmetropole, S. 505.

⁷⁷⁵ Wilke, Jürgen: Überblick und Phasengliederung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 15-27, hier S. 17.

⁷⁷⁶ Ausführlichere Erläuterungen zur „human interest story“ in Kap. 4.2.

⁷⁷⁷ Wilke: Überblick, S. 20.

Beiträge hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik und einer stärkeren Einbeziehung der Nachrichtenagenturen bemerkbar machte.⁷⁷⁸

Nach Wilke stellt das Ende der Lizenzpflicht 1949 einen wichtigen Markstein in der Pressegeschichte dar, dem anschließend die zuvor erläuterte Expansionsphase vieler neugegründeten Zeitungen bis in die 1950-er Jahre folgte.⁷⁷⁹ Daraufhin lässt sich eine Entwicklungsphase der „Pressekonzentration“⁷⁸⁰ ausmachen, die sich dadurch charakterisieren lässt, dass es zu einem Rückzug einiger Zeitungen kam oder zu Zusammenschlüssen, um die Rentabilität der Printerzeugnisse zu gewährleisten. Diese Periode dauerte bis in die Mitte der 1970-er Jahre, die nächste Phase wurde durch die Wiedervereinigung 1990 eingeläutet. Die Anzahl an Presseprodukten stieg zunächst an, bis im Laufe der 1990-er Jahre ein erneuter Rückgang zu verzeichnen war.⁷⁸¹

Die inhaltliche Ausrichtung vieler Zeitungen durchlebte ebenfalls einen Wandel. Neben der „human-interest-story“ konnte beobachtet werden, dass die Berichterstattung an Tendenziösität, Pessimismus und Emotionalität bis in die 1980-er Jahre zunahm, während die eigene politische Vergangenheit des Landes bisweilen in den Hintergrund geriet.⁷⁸² Dieses Charakteristikum gilt laut Jürgen Wilke für die Zeitungsentwicklung bis in die 1950-er Jahre. Ferner konnte allgemein ein konservativer Zeitgeist und eine Neuausrichtung der Zeitungen in Anlehnung an neue mediale Erzeugnisse beobachtet werden.⁷⁸³

Ein neues Massenmedium konnte sich in diesem Zusammenhang großer Aufmerksamkeit erfreuen. Der Fernseher wurde im Jahr 1953 zusehends als Massenprodukt gefertigt und wurde anfänglich aus Konkurrenzgründen von Seiten der Presse skeptisch betrachtet. Zunächst gehörten die „Hör Zu“⁷⁸⁴ und sein Verleger Axel Springer zu diesen Skeptikern, bis Springer die Fernsehredaktion des Nordwestdeutschen Rundfunks in Hamburg

⁷⁷⁸ Kepplinger, Hans Mathias: Zeitungsberichterstattung im Wandel, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 196.

⁷⁷⁹ Wilke: Überblick, S. 20.

⁷⁸⁰ Ebd., S. 20.

⁷⁸¹ Ebd., S. 20.

⁷⁸² Wilke: Überblick, S. 20; Kepplinger: Zeitungsberichterstattung, S. 200.

⁷⁸³ Schildt: Massenmedien im Umbruch, S. 645.

⁷⁸⁴ Die Rundfunkillustrierte aus dem Springer Verlag legte in den 1950-er Jahren das Fundament für die Erfolgsgeschichte des Verlages. Von einer anfänglichen Auflage von 250.000 Stück zu Beginn seiner Erscheinung im Jahr 1946 konnte 16 Jahre später eine Auflage von 4.200.000 Exemplaren verzeichnet werden. Als Erfolgsgarant für die „Hör Zu“ galt der Chefredakteur Eduard Rhein. Schildt: Massenmedien im Umbruch, S. 639.

besuchte und sich von der Arbeit und dem Aufwand, der hinter der Produktion stand, beeindruckt zeigte.⁷⁸⁵ Ohnehin konnten sich zu Beginn der 1950-er Jahre nur wenige Haushalte einen Fernseher leisten, sodass Geräte in Gaststätten, Schaufenstern von Rundfunkgeschäften oder Cafés standen.⁷⁸⁶ Von besonderer Beliebtheit erfreuten sich sportliche Großereignisse wie die Olympischen Spiele in Helsinki 1952 oder die Fußball-Weltmeisterschaft in der Schweiz im Jahr 1954. Im Laufe des Jahrzehnts stieg die Produktion der Fernsehgeräte kontinuierlich an, sodass 1960 bereits 2.164.000 Geräte produziert wurden.⁷⁸⁷

In der Berichterstattung der Tageszeitungen wurde das aufstrebende neue Massenmedium keineswegs ausgeblendet, sondern als facettenreich und nützlich beworben. Artikel befassten sich mit u.a. mit der Bedeutsamkeit der Fernsehtechnik, mit der die Verkehrsüberwachung verbessert wurde oder auf die Verbreitung des Mediums aufmerksam machten.⁷⁸⁸ Mit dem Auftreten eines neuen Konkurrenten auf dem Medienmarkt konnte bei manchen Zeitungen eine Anpassung ihrer Berichterstattung beobachtet werden. Von der bereits erwähnten Emotionalisierung einzelner Beiträge bis hin zur Akzentuierung des Lokalteils, Einführung von Sonderseiten und Fortsetzungsromanen war die Antwort des Pressemarktes vielfältig. Darüber hinaus zeichneten sich Tageszeitungen wie das HABL dadurch aus, dass sie Rubriken einführten, die ein Beratungsangebot und einen Service für unterschiedliche Adressaten darstellten. Mit der ab 1952 erschienenen Kolumne „Von Mensch zu Mensch“ bot das HABL seiner Leserschaft die Möglichkeit, sich bei Problemen im Alltag bei der entsprechenden Redaktion zu melden und einen Ratschlag für die Lösung seiner Belange zu erhalten. Dieses seelsorgerischere Angebot nahmen viele Menschen, vor allem die weiblichen Leserinnen, in Anspruch.

Darüber hinaus nahm die Politik-Berichterstattung⁷⁸⁹ in den 1950-er Jahren eine hervorgehobene Rolle in vielen Tageszeitungen ein. Dabei lag das Interesse der Leserschaft vor

⁷⁸⁵ Schildt: *Moderne Zeiten*, S. 264.

⁷⁸⁶ Ebd., S. 264.

⁷⁸⁷ Ebd., S. 269.

⁷⁸⁸ Ebd., S. 266 f.

⁷⁸⁹ Mithilfe von vier Merkmalen charakterisiert Hans Mathias Kepplinger die politische Berichterstattung in seiner Arbeit: Berichts Anlass, Berichtgegenstand, Stellungnahmen und Themen. Er verweist darauf, dass bei der Untersuchung der FAZ, der SZ und der „Welt“ über die Hälfte der

allem auf außenpolitische Themen wie die Beziehung der BRD zu den Alliierten.⁷⁹⁰ Insofern hat Hans Mathias Kepplinger bei seiner Untersuchung zur Berichterstattung der drei Zeitungen der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, der „Welt“ und „Süddeutsche Zeitung“ eine Abkehr von der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit beobachten können.⁷⁹¹ Die Nachkriegsjahre, die durch die Besetzung der Alliierten und deren Entnazifizierungspolitik geprägt war, führte dazu, dass ein Großteil der Leserschaft nach der Gründung der BRD kein Interesse an einer medialen Konfrontation mit dem Nationalsozialismus, dem Holocaust oder den Schrecken des Zweiten Weltkrieges hatte. Ähnlich verhielt es sich mit parteipolitischen Themen, die in den 1950-er Jahren zunehmend auf weniger Interesse bei der Leserschaft stießen.⁷⁹² Für die meisten Zeitungen standen die eigene Existenz und das wirtschaftliche Überleben im Vordergrund. Dieses konnte durch einen attraktiven Anzeigenteil, eine Anpassung an die Bedürfnisse der Leserschaft und eine umsichtige Analyse der Konkurrenzsituation auf dem Presse- und Medienmarkt in den 1950-er Jahren gesichert werden. Besonders ausschlaggebend für den Kauf einer Zeitung erwies sich der Umfang des Anzeigenteils eines Presseprodukts. Für die arbeitssuchende Bevölkerung in der Nachkriegszeit war dies mitunter der wichtigste Teil einer Zeitung.

Hans Mathias Kepplinger führt darüber hinaus an, dass die Zahl von Stellungnahmen im Politik-Teil der untersuchten Zeitungen seit Anfang der 1960-er Jahre zugenommen hätten, die meisten ließen sich demnach auf Aussagen von Politikern und nicht auf Kommentare von Personen aus der Leserschaft oder anderen gesellschaftlichen Institutionen zurückführen.⁷⁹³ Ab den 1980-er Jahren konnte er diesbezüglich einen Wandel erkennen, da es weniger Artikel im Politik-Bereich gab. Außerdem konnte er beobachten, dass die Politikberichterstattung überwiegend wertneutral und sachlich verfasst wurde. Der zu erkennende Pessimismus in vielen Beiträgen wich in den 1980-er Jahren einer zunehmenden Skandalberichterstattung, da mehr auf Informationen von Zeitungen wie dem

Artikel im Rahmen der Politikberichterstattung über Ereignisse geschrieben wurde, 39 Prozent Beiträge bzw. Stellungnahmen darstellten und fünf Prozent der politischen Berichterstattung Themen aufgegriffen wurden, deren Inhalt keinen offensichtlichen Bezug zur aktuellen Tagespolitik hatte. Kepplinger: Zeitungswandel, S. 200 f.

⁷⁹⁰ Kepplinger: Zeitungsberichterstattung, S. 199.

⁷⁹¹ Kepplinger: Zeitungswandel, S. 200.

⁷⁹² Schildt: Massenmedien im Umbruch, S. 645.

⁷⁹³ Kepplinger: Zeitungswechsel, S. 201.

„Spiegel“ zurückgegriffen wurde als auf die Berichte von den Nachrichtenagenturen.⁷⁹⁴ Eine weitere Zäsur in der Pressegeschichte sieht Hans Mathias Kepplinger ähnlich wie Jürgen Wilke in der Wiedervereinigung Deutschlands, da der Anteil pessimistischer und spekulativer Beiträge rapide abnahm.⁷⁹⁵ Ab 1992 konnte er jedoch ähnliche Tendenzen wie in den vorherigen Jahrzehnten erkennen.

Festzuhalten ist, dass eine Tageszeitung in den 1950-er und 1960-er Jahren Teil des Modernisierungsprozesses sein musste, wenn sie sich auf dem Pressemarkt etablieren und Erfolg haben wollte. Ausschlaggebende Charakteristika, wie die Ausrichtung des publizistischen Konzeptes nach den Bedürfnissen der Rezipienten, die Anpassung an technische Erneuerungen und der Wettbewerb auf dem Pressemarkt, lassen den Schluss zu, dass erfolgreiche Zeitungen in den ersten Dekaden der BRD flexibel, reflektierend und vielseitig sein mussten und ein Bewusstsein für den Zeitgeist der Leserschaft haben musste, wenn seine Existenz langfristig gesichert sein sollte. Das HABL fügt sich mit seiner politischen Berichterstattung, seinen vielfältigen Angeboten für die Lesenden und seinem dezidierten Lokalkolorit sehr gut in die Entwicklung der Tagespresse und den entsprechenden Modernisierungsprozess der Tageszeitungen in den ersten Jahren der BRD ein. Das Gefühl Axel Springers einen Schwerpunkt auf die Belange der Menschen zu legen, erwies sich als erfolgversprechend und zeitgemäß, da sich ein Großteil der Öffentlichkeit nach Ablenkung und Unterhaltung sehnte. Das gesellschaftliche Desinteresse mit einer Konfrontation der politischen Vergangenheit, die Sehnsucht nach wirtschaftlicher Prosperität und Frieden und konkreten Hilfestellungen im Alltag wurde bei der konzeptionellen Ausrichtung des HABL berücksichtigt. Inwiefern bei dieser Ausgangslage eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit möglich war, wird in den nächsten Kapiteln genauer untersucht. Von besonderem Interesse erscheint zunächst einmal die Frage, ab wann sich das gesellschaftliche Bewusstsein hinsichtlich der Vergangenheitsaufarbeitung änderte und ab welchem Zeitpunkt der Prozess der Aufarbeitung seinen Anfang in der Tagespresse fand.

⁷⁹⁴ Kepplinger: Zeitungswandel, S. 205; Zum Wandel von einer pessimistischen Berichterstattung zu Skandalberichten siehe auch Wilke: Überblick, S. 20.

⁷⁹⁵ Kepplinger: Zeitungswandel, S. 205.

7.2.2. Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und der Umgang mit der Schuldfrage

Innerhalb der Forschung besteht weitgehend Konsens darüber, dass Begriffe wie „Vergangenheitsbewältigung“ unzutreffend sind, wenn man den Aufarbeitungsprozess der nationalsozialistischen Vergangenheit in der BRD mit all seinen Facetten thematisieren möchte.⁷⁹⁶ Die Problematik bei diesem Begriff liegt darin, dass er einen vollständig-abgeschlossenen Prozess suggeriert und sich möglicherweise weiteren Aspekten und Erkenntnissen verschließt. Eine „Vergangenheitsaufarbeitung“ impliziert demgegenüber einen Vorgang, der auf der Grundlage von der Analyse von Quellen zur weiteren Diskussion anregt und somit imstande ist, einen Beitrag zu weiterführenden Erkenntnissen zu liefern.⁷⁹⁷ Aus diesem Grund wird im Folgenden der Begriff „Vergangenheitsaufarbeitung“ verwendet. Darüber hinaus bietet dieses Thema einiges an Diskussionspotential, da es im Laufe der Jahrzehnte unterschiedliche Gruppierungen gab, die entweder behaupteten, dass eine Aufarbeitung überhaupt nicht stattgefunden habe, oder dass bereits eine eingehende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erfolgt sei.⁷⁹⁸ In diesem Unterkapitel soll daher der Versuch unternommen werden, Charakteristika und Entwicklungslinien der NS-Aufarbeitung zu skizzieren, um der Antwort näherzukommen, ob eine NS-Aufarbeitung in den Zeitungen der 1950-er und 1960-er Jahren stattfand. Hilfreich hierfür sind NS-Gerichtsprozesse, die eine wichtige Rolle in der öffentlichen

⁷⁹⁶ Siehe zur definitorischen Problematik u.a. Wolgast, Eike: Vergangenheitsbewältigung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Ruperto Carola/1997, URL: https://haben.uni-heidelberg.de/uni/presse/RuCa3_97/wolgast.htm (eingesehen am 7.11.2022); Wilke, Jürgen: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, in: Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 649-671, hier S. 649; Bajohr, Frank: Holocaust-Entwicklungslinien, S. 124; Brechtken, Markus: Einleitung zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus, in: Brechtken, Markus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 9-19, hier S. 9.

⁷⁹⁷ In anderen Arbeiten, die die Entwicklung der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit thematisieren und problematisieren, wird außerdem von „Erinnerungspolitik“, „Vergangenheitspolitik“ oder „Vergangenheitsauseinandersetzung“ gesprochen. Frei: Vergangenheitspolitik, S. 13; Wilke: Massenmedien, S. 650.

⁷⁹⁸ Besonders Jürgen Wilke stellt hierbei zwei Lager heraus: Eine Gruppe um das Autoren-Paar Margarete und Alexander Mitscherlich, die gegen Ende der 1960-er Jahre bestreitet, dass eine Aufarbeitung stattgefunden habe. In den 1980-er Jahre unterstützte der Journalist Ralph Giordano diesen Vorwurf in seiner Arbeit „Die Zweite Schuld. Oder der Last Deutscher zu sein“. Andererseits wird die Ansicht von mehreren Autoren vertreten, dass die „Zweite Schuld“ eine Legende sei und eine intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bereits stattgefunden habe. Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 649 f.; Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987, S. 17.

Wahrnehmung gespielt haben und über die in den Zeitungen berichtet wurde. Daher werden neben den Prozessen, die Gegenstand der Untersuchung im HABL sind, andere Verfahren aufgegriffen, die ebenfalls in den Anfangsjahren der BRD geführt worden sind, aber weniger Aufmerksamkeit im HABL erfuhren.

Dass die Medien und vor allem die Printerzeugnisse eine essenzielle Aufgabe bei der Vergangenheitsaufarbeitung in der Nachkriegszeit und den ersten Jahrzehnten der BRD zukamen, steht außer Frage. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es in erster Linie wichtig, dass eine gewisse Normalität in den Alltag der Deutschen zurückkehrte, bevor sie sich eingehend mit der eigenen Vergangenheit befassen konnte. Existentielle Ängste und Sorgen um das eigene Überleben standen für weite Teile der Bevölkerung im Vordergrund in den ersten Jahren der Nachkriegszeit und bedeutete für manche außerdem, dass die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit verknüpft war mit der Sorge um die eigene Existenz. Wie bereits durch vorherige Kapitel beschrieben, wollten sich die Betroffenen selbst als Opfer darstellen und sich durch Leumundszeugnisse vor Sanktionen schützen.⁷⁹⁹

Die erste größere mediale Konfrontation mit der Vergangenheit und den Schreckenstaten der nationalsozialistischen Regierung stellten die Nürnberger Prozesse von Ende 1945 bis Anfang Oktober 1946 dar.⁸⁰⁰ Die Lizenzpresse berichtete über den Gerichtsprozess objektiv und die Berichterstattung wurde gemeinhin als seriös betrachtet.⁸⁰¹ Gleichzeitig bot der Prozess vielen in der Bevölkerung die Möglichkeit, jedwede Schuld oder Kenntnis vom Völkermord an den Juden von sich zu weisen, da aus der Sicht vieler mit den Angeklagten die Schuldigen für die Katastrophe der letzten zwölf Jahre gefunden worden waren.⁸⁰² Zudem wurde der Prozess von vielen aus der Bevölkerung als Abrechnung der Alliierten mit dem besiegten Deutschland gesehen und daher als notwendige Konsequenz des verlorenen Krieges abgetan.⁸⁰³ Einer eingehenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wurde in diesem frühen Stadium der Aufarbeitung bewusst aus dem Weg

⁷⁹⁹ Wolgast: Vergangenheitsbewältigung.

⁸⁰⁰ Schildt: Medien-Intellektuelle, S. 360.

⁸⁰¹ Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 650.

⁸⁰² Frei: Vergangenheitspolitik, S. 133; Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 653;

⁸⁰³ Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 653.

gegangen. Die Lizenzzeitungen regten mit ihrer überwiegend objektiven und sachlichen Berichterstattung nicht dazu an, einen ersten Schritt zur Aufarbeitung zu machen.

Gleichwohl gab es kleinere Zeitschriften, die durchaus die Schuldfrage bereits in dieser frühen Phase des Aufarbeitungsprozesses thematisierten, aber keineswegs stellvertretend für die gesamte Branche betrachtet werden können.⁸⁰⁴ Der inhaltliche Fokus lag bei den Zeitschriften auf der Ursachenforschung, d.h. wer trug die Verantwortung für den Nationalsozialismus und welche Folgen hatten die zwölf Jahre Diktatur für Deutschland. Dabei merkt Jürgen Wilke an, dass es sich bei dieser ersten Form der Aufarbeitung durch ausgewählte Zeitschriften vielmehr um einen Appell auf die Rückbesinnung moralischer Werte ging, als dass eine ernsthafte Analyse der letzten zwölf Jahre vorgenommen wurde.⁸⁰⁵

Als bemerkenswert kann in diesem Zusammenhang eine Ausgabe der von Axel Springer mitherausgegebene Zeitschrift „Nordwestdeutsche Hefte“ gesehen werden. 1946 erscheint bereits der Aufsatz „Rückblicke ins Dritte Reich“ von Axel Eggebrecht, der die ersten Versuche unternimmt, Erklärungsansätze für die letzten 12 Jahre und die damit verbundenen Verbrechen zu liefern.⁸⁰⁶ Ferner wurde bereits in der ersten Ausgabe der Rundfunkzeitschrift die Schuldfrage von Frank Thies in seinem Artikel „Heimkehr zu Goethe“ aufgegriffen, wo er Folgendes festhält: „Es (das deutsche Volk) kann aus dem Lebenswege seines größten Dichters lernen, daß Schuld, Irrtümer oder, wie der Christ es nennt, ‚Sünde‘ wohl unausbleiblich, daß sie zugleich aber Stufen der Selbsterkenntnis sind, von denen ein starkes Volk nicht abzustürzen braucht in Verzweiflung, sondern über sich hinaussteigen muß in ein neues Leben, das mit jedem Schritt zugleich ein Weg in die Freiheit ist.“⁸⁰⁷ Wie anhand des Zitates zu erkennen ist, wird in diesem frühen Stadium der Nachkriegszeit keineswegs eine historisch-ernstzunehmende Ursachenanalyse vorgenommen, sondern versucht, der Leserschaft in einer schwierigen Zeit Hoffnung und Orientierung zu schenken.

⁸⁰⁴ Hierbei sind beispielsweise „Frankfurter Hefte“, „Nordwestdeutsche Hefte“ oder „Neues Europa“ zu nennen. Ebd., S. 654.

⁸⁰⁵ Ebd., S. 654.

⁸⁰⁶ Der Autor geht in seinem Aufsatz im Wesentlichen auf drei Bereiche ein: Die Rolle der Jugend, der öffentlichen Meinung und des Films im Nationalsozialismus. Eggebrecht, Axel: Rückblicke ins Dritte Reich. Warum zurückblicken?, in: Nordwestdeutsche Hefte 1, 1946, S. 3-17.

⁸⁰⁷ Thies, Frank: Heimkehr zu Goethe, in: Nordwestdeutsche Hefte 1, 1946, S. 29-33.

Die Gründung der BRD leitete eine neue Phase in der Vergangenheitsaufarbeitung ein. Durch Konrad Adenauers Politik und der gesetzlich verankerten Entlastung vieler Personen, die Verantwortung in öffentlichen Ämtern im „Dritten Reich“ übernahmen und aufgrund der Entnazifizierungsverfahren und als „Mitläufer“ kategorisiert wurden, wodurch Betroffene u.a. Berufsverbote erhielten, durften diese Personen nun wieder ihrer beruflichen Tätigkeit nachgehen. Hinzukam die Tatsache, dass zu Beginn der 1950-er Jahre zwar die Zahl der inhaftierten Kriegsgefangenen sukzessive sank, es sich aber immer noch einige deutsche Soldaten in Kriegsgefangenschaft der Alliierten befanden.⁸⁰⁸ Aus innenpolitischer Sicht wurde dies keineswegs kommentarlos hingenommen, da sich Westdeutschland auf einem klaren pro-amerikanischen bzw. pro-westlichen Kurs befand. Der daraus entstandene Widerspruch zwischen deutschen Soldaten in alliierter Gefangenschaft und einer gleichzeitig stattfindenden Annäherung an den Westen, führte zu innenpolitischem Druck für die Adenauer-Regierung.⁸⁰⁹ Für die Freilassung der letzten Kriegsgefangenen setzte sich Konrad Adenauer erfolgreich ein und erwirkte, dass im Januar 1956 die letzten Gefangenen aus der Sowjetunion in die Heimat entlassen wurden.

Als maßgebend für die Entlastung vieler Beamter und Personen aus den administrativen Tätigkeitsbereichen sind die Amnestiegesetze von 1949⁸¹⁰ und 1954⁸¹¹ zu nennen, deren genauen Inhalt und Rezeption durch das HABL im Laufe des Kapitels thematisiert und untersucht werden. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt, dass die BRD mit einem erheblichen Arbeitskräftemangel konfrontiert wurde und Personen benötigte, die beim ökonomischen und politischen Wiederaufbau halfen, ist für die Zeit der 1950-er Jahre ebenfalls charakteristisch, dass die Zeitungen zunächst Erlebnisse von Menschen im Krieg und auf der Flucht vor der „Roten Armee“ in den Fokus stellten.⁸¹² Außerdem wurden in den ersten Jahren der BRD u.a. Gedenktage kommentiert, die an die Verbrechen des

⁸⁰⁸ Frei: Vergangenheitspolitik, S. 235.

⁸⁰⁹ Ebd., S. 268 f.

⁸¹⁰ Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 31. Dezember 1949, in: Bundesgesetzblatt-Archiv 1949-2022, URL:https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=BundesanzeigerBGBL&jumpTo=bgbl154s0203.pdf#bgbl%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl154s0203.pdf%27%5D__1704369795462 (eingesehen am 2.1.2024).

⁸¹¹ Gesetz über den Erlass von Strafen und Geldbußen und die Niederschlagung von Strafverfahren und Bußgeldverfahren (Straffreiheitsgesetz von 1954) vom 17. Juli 1954, in: Bundesgesetzblatt-Archiv 1949-2022, URL:https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl154s0203.pdf#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl154s0203.pdf%27%5D__1704370250080 (eingesehen am 2.1.2024).

⁸¹² Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 655.

Nationalsozialismus erinnerten: Im HABL gab es Artikel zu Jahrestagen des deutschen Widerstandes und dem gescheiterten Anschlag auf Adolf Hitler in der Wolfsschanze vom 20. Juli 1944.⁸¹³ Andere Zeitungen berichteten von dem Tagebuch Anne Franks⁸¹⁴, das ab Mitte der 1950-er Jahre herausgegeben wurde.⁸¹⁵ Daher kann zwar nicht behauptet werden, dass es überhaupt keine Berichterstattung zum Nationalsozialismus gab, insgesamt konstatiert Jürgen Wilke jedoch, dass das Jahrzehnt der 1950-er Jahre eher als Verdrängungsphase angesehen werden könne und nicht als eine ernsthafte Vergangenheitsanalyse, die die Verbrechen des Nationalsozialismus aufgedeckt und aufgearbeitet habe.⁸¹⁶ Diese Annahme vertritt auch Frank Bajohr, der hervorhebt, dass es für die ersten zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg keine nennenswerten Berichte, Dokumentationen oder Forschungsarbeiten zum Holocaust durch die Nationalsozialisten gab. Ferner habe der Interessensschwerpunkt der breiten Öffentlichkeit auf dem Ende der alliierten Besatzungszeit und der damit einhergehende Entnazifizierungspraxis gelegen.⁸¹⁷

Eine Veränderung in der öffentlichen Wahrnehmung wurde Ende der 1950-er Jahre durch die ersten NS-Prozesse erreicht. Olaf Blaschke sieht vor allem im „Ulmer Einsatzgruppenprozess“ im Jahr 1958 einen Wendepunkt innerhalb der Vergangenheitsaufarbeitung in der BRD.⁸¹⁸ Zu einem ähnlichen Schluss gelangt Frank Bajohr, der mit diesem Gerichtsverfahren den Beginn eines Umdenkprozesses in der Bevölkerung zu erkennen vermag.⁸¹⁹ Bis zum Ende der 1950-er Jahre wurde die Strafverfolgung von Verbrechen im „Dritten Reich“ in weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Ein Grund für diese Abwehrhaltung kann darin gesehen werden, dass es bis zum Zeitpunkt der Gründung der Zentralstelle in Ludwigsburg und bis in die 1960-er Jahre hinein keine terminologische Differenzierung zwischen nationalsozialistischen Verbrechen, die außerhalb des Krieges

⁸¹³ Art. „Heuss: Bekenntnis und Dank. Würdigung der Opfer des 20. Juli 1944“, in: HABL Nr. 165, 20. Juli 1954.

⁸¹⁴ Siehe zur Rezeption des Tagesbuchs in der BRD u.a. Heimsath, Katja: ‚Trotz allem glaube ich an das Gute im Menschen.‘ Das Tagebuch der Anne Frank und seine Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland (Hamburger Historische Forschung, Bd. 5), Hamburg 2013, S. 221-270.

⁸¹⁵ Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 655.

⁸¹⁶ Ebd., S. 655.

⁸¹⁷ Bajohr, Frank: Holocaustforschung. Entwicklungslinien seit 1945, in: Markus Brechtken (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 124.

⁸¹⁸ Blaschke, Olaf: Endlich genug von Hitler oder bitte noch mehr? Verlage als vergangenheitspolitische Akteure, in: Brechtken, Markus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 489-505, hier S. 489 f.

⁸¹⁹ Bajohr: Holocaustforschung, S. 127.

stattgefunden haben, und Kriegsverbrechen gab. Durch die Errichtung dieser NS-Strafverfolgungsbehörde wurde der Begriff der NS-Gewaltverbrechen geprägt.⁸²⁰

Bei diesem Gerichtsprozess wurden ehemalige Gestapo-, SS- und SD-Mitglieder angeklagt, Erschießungen von jüdischen Männern, Frauen und Kindern im Osten des Deutschen Reiches von Juni bis September 1941 durchgeführt zu haben. Anschließend wurde im selben Jahr die Behörde „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen“ in Ludwigsburg gegründet. Die Errichtung dieser Behörde war ein Markstein für die Strafverfolgung der Verbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus und u.a. mitverantwortlich für die Anklagen im Frankfurter Auschwitz-Prozess. Erstmals gab es nun eine Einrichtung, wo gezielt Informationen und Ermittlungsakten zu einzelnen NS-Verbrechen gesammelt werden konnten.

Die Entwicklung der strafrechtlichen Verfolgung der NS-Verbrechen lassen klare Tendenzen erkennen: Während im Jahr 1948 noch 1819 Verurteilungen und ein Jahr später 1523 Schuldsprüche ergingen, sank die Zahlen der Verurteilungen in der BRD sukzessive auf 21 im Jahr 1955. Durch die eingerichtete Zentralstelle für die Aufklärung der NS-Verbrechen stieg die Zahl leicht auf 38 Anfang der 1960-er Jahre an und blieb bei dieser Verurteilungsquote konstant bis 1971. Die Zahlen des Bundesjustizministerium Mitte der 1960-er Jahre lassen den Schluss zu, dass die 1965 im Bundestag geführte Verjährungsdebatte aus rechtlicher Perspektive nicht unterstützt werden konnte, da viele Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen waren und weitere für die Aufarbeitung der Verbrechen im Nationalsozialismus notwendig waren.⁸²¹

Eine der bekanntesten Prozesse war der ab 1961 in Israel geführte Adolf Eichmann-Prozess, der vielen Deutschen vor Augen führte, wie es um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bestellt war. Der Prozess erzeugte großes Interesse in weiten Teilen der Bevölkerung. Adolf Eichmann galt im „Dritten Reich“ als „Architekt“ der massenhaften und systematischen Deportation und Vernichtung der Juden. Nachdem er vom israelischen Geheimdienst, dem Mossad, in Argentinien 1960 gefasst wurde, erfolgte ein Jahr

⁸²⁰ Drescher, Johanna: Art. Ludwigsburger Zentralstelle, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 67-69.

⁸²¹ Wildt: Generation des Unbedingten, S. 816 f.

darauf der Prozess vor einem Jerusalemer Bezirksgericht.⁸²² Das mediale Interesse an dem Prozess gegen den ehemaligen SS-Obersturmbannführer war groß und konfrontierte die deutsche Bevölkerung mit den Schrecken des Holocausts. Allein die „Welt“, die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ druckten zu dem Eichmann-Prozess bis zu 800 Beiträge.⁸²³

Der zweite große medial-aufbereitete Prozess stellte der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 dar. Hierbei wurden 22 Personen der ehemaligen SS angeklagt, die für die Tötung tausender Juden im Konzentrationslager in Auschwitz zur Rechenschaft gezogen wurden.⁸²⁴ Auch hier berichteten die Axel-Springer-Blätter wie „Bild“ und die „Welt“ regelmäßig und in breitem Umfang.⁸²⁵ Werner Renz geht in seinem Artikel auf die Rezeption des Auschwitz-Prozesses durch die Springer-Blätter ein und attestiert den Zeitungen zwar, dass sie wie kaum andere Tageszeitungen in einer besonderen Intensität von dem Frankfurter Gerichtsverfahren berichtet hätten und entgegen den Wünschen vieler Bürger und Bürgerinnen die nationalsozialistische Vergangenheit endlich ruhen zu lassen, die Verbrechen in den Konzentrationslagern den Deutschen vor Augen halten wollten. Gleichzeitig kritisiert er jedoch, dass vor allem die „Bild“-Zeitung ihrem Anspruch und Ankündigung zu Beginn des Prozesses, ein neues moralisches Bewusstsein durch die Berichterstattung erzeugen zu wollen, nicht gerecht geworden sei, sondern lediglich durch das Abdrucken von Agenturmeldungen und einer blassen Berichterstattung, seinen Vorsätzen letztendlich nicht nachkam.⁸²⁶

Ausgehend vom „Ulmer Einsatzgruppenprozess“ im Jahr 1958 kann somit eine Entwicklung der öffentlichen Wahrnehmung hinsichtlich der Verbrechen an den europäischen Juden festgehalten werden. Der Fokus der Forschung lag bis in die 1980-er Jahre auf dem Weg Hitlers zur Machtübertragung, während sich jüdische Historiker bereits in den 1950-

⁸²² Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 656.

⁸²³ Ebd., S. 656.

⁸²⁴ Jürgen Wilke hebt bei den beiden Prozessen hervor, dass die Richter bei dem Auschwitz-Prozess vor allem darauf Wert gelegt hätten, die individuelle Schuld den Wächtern nachzuweisen. Die Intention des Jerusalemer Gerichts sei es dagegen gewesen, den Menschen die Dimension der Nazi-Verbrechen vor Augen zu führen. Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 656.

⁸²⁵ Renz, Werner: ‚Gerechtigkeit erhöht ein Volk.‘ Die Berichterstattung in Bild und Welt zum Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965), in: Backhaus, Fritz; Belkin, Dmitrij; Gross, Raphael (Hg.): Bild dir dein Volk. Axel Springer und die Juden, Frankfurt am Main 2012, S. 79-86.

⁸²⁶ Renz: Gerechtigkeit, S. 80.

er Jahren um Aufklärungsarbeit bemühten.⁸²⁷ Laut Frank Bajohr waren nach den 1970-er Jahren Veränderungen innerhalb der Holocaustforschung zu beobachten, da die jüdische Vergangenheit und die Verfolgung durch die Nationalsozialisten mit in der Regional- und Landesgeschichte der BRD verortet wurden.⁸²⁸

Ogleich das mediale Interesse an der Schuld-Frage in den ersten Jahren der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Themen gering war und die Gemeinsamkeit vieler Zeitungen darin bestand, die Zeit des Nationalsozialismus durchweg negativ darzustellen, gab es Einrichtungen und Institutionen, die nach Ursachen der zwölfjährigen Diktatur und die damit verbundenen Verbrechen suchten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit beanspruchten u.a. die Kirche und Universitäten Weisungsansprüche. Dabei genossen die evangelische und katholische Kirche Ansehen bei den alliierten Besatzern, was von den Universitäten keineswegs behauptet werden kann, da sie während des Nationalsozialismus stark kompromittiert wurden.⁸²⁹ In Reden oder Artikeln beider Institutionen wurde selten konkret auf die Taten der Nationalsozialisten eingegangen oder diese gar analysiert.⁸³⁰ Sie wurden lediglich kategorisch als negativ und schrecklich angeprangert. Der Blick wurde zunächst auf gegenwärtige Probleme gelegt und die NS-Verbrechen wurden von vielen Universitätsvertretern als etwas betrachtet, das rationale Erklärungen ausschließe. In Reden von Universitätsvertretern wurde häufig auf Metaphern zurückgegriffen, die das NS-Regime als etwas Dämonisches betrachteten oder dieses als eine Naturkatastrophe bezeichnete.⁸³¹ Beide Institutionen konnten sich verschiedene Ursachen für das „Dritten Reich“ vorstellen, wobei keine der Erklärungen Antworten auf die Katastrophe des Genozids lieferten.⁸³² Trotz der Erklärungsversuche für die Zeit der Diktatur in

⁸²⁷ Bajohr: Holocaustforschung, S. 131 f.

⁸²⁸ Ebd., S. 134.

⁸²⁹ Ebd., S. 134.

⁸³⁰ Wolgast: Vergangenheitsbewältigung.

⁸³¹ Ebd.

⁸³² Eike Wolgast nennt in diesem Zuge vier Kategorien der Ursachenanalyse des „Dritten Reichs“: Die „Volkscharakter“-Erklärung, „die kultur- und gesellschaftskritische Erklärung“, „die sozio-ökonomische Erklärung“ und „die zeitgeschichtliche Erklärung“. Wolgast: Vergangenheitsbewältigung.

Deutschland wurde insgesamt wenig Selbstkritik von den Kirchen, Universitäten oder Parteien geäußert.⁸³³

Es kann abschließend festgehalten werden, dass die ersten beiden Jahrzehnte der BRD durch Unsicherheit, Verdrängung und der Sehnsucht nach Normalität in der Bevölkerung geprägt waren. Nach der zwölfjährigen Diktatur, dem verlorenen Krieg und dem Bewusstsein vieler, einem Verbrecher-Regime auferlegen gewesen zu sein, folgten weitreichende wirtschaftliche und gesellschaftliche Konsequenzen für die deutsche Bevölkerung. Konkrete Auswirkungen machten sich durch Wohnungs-, Arbeits- und Hungersnot in der Nachkriegszeit bemerkbar. Darüber hinaus missfiel vielen die Politik der Besatzungsmächte, deren Nachwirkungen noch weit bis in die Jahre nach der Gründung der BRD zu spüren waren. Außerdem wurde von vielen die Bedrohung durch den Kommunismus ernster genommen und als gegenwärtiges Problem betrachtet, wodurch die Belastung einzelner durch ihre Vergangenheit im Nationalsozialismus in den Hintergrund geriet.⁸³⁴

Bestrebungen unterschiedlicher Institutionen, die Strafverfolgung ehemaliger NS-Verbrecher und dessen Rezeption in den Medien führten zu einem neuen Schuld-Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung, die sich dadurch charakterisieren lässt, dass es eine Abwehrhaltung gegenüber einer Kollektivschuld bei einem gleichzeitigen Bejahungshabitus hinsichtlich einer General-Amnestie gab. Während in dem behandelten Zeitraum der Fokus vieler Menschen auf der wirtschaftlichen Prosperität und der Wiedererlangung politischer Souveränität der BRD lag, wurde in den 1960-er Jahren zunehmend ein dezidiertes Blick auf eine kritische Aufarbeitung der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit gelegt. Das Bewusstsein der deutschen Bevölkerung über die schrecklichen Taten des Holocausts, aber auch die Verfolgung anderer ethnischer und religiöser Minderheiten und politisch-anders Denkender wurde erst im späteren Verlauf der BRD geschärft und zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen gemacht. Hierbei ist eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Holocaust in der Forschung erst ab dem Ende der 1970-er Jahre zu

⁸³³ Die evangelische Kirche gab 1945 die Stuttgarter Schulderklärung ab und betonte eine Mitverantwortung von deutschen Christen an den Schreckenstaten durch die Nationalsozialisten. Sie vermied es jedoch, Bischöfe oder Geistliche, die das NS-Regime unterstützten, bei dem Schuldbekenntnis zu erwähnen. Wolgast: Vergangenheitsbewältigung.

⁸³⁴ Wolgast: Vergangenheitsbewältigung.

erkennen, als der Genozid an den Juden zum Gegenstand internationaler Konferenzen gemacht wurde.⁸³⁵

Aufgrund der bereits erwähnten Umstände in den Nachkriegsjahren war eine fundierte Diskussion mit dem Nationalsozialismus erst möglich, als der Rahmen dafür geschaffen worden war. Umso wichtiger erscheint es rückblickend betrachtet, dass eine vielseitige Vergangenheitsaufarbeitung ab dem Zeitpunkt politischer und wirtschaftlicher Stabilität einsetzte und fortwährend betrieben wurde, um die Vergangenheit der 1930-er- und 1940-er Jahre in seinem Facettenreichtum aufzuarbeiten.

7.3. Gesetze über die NS-Vergangenheit im „Abendblatt“

In diesem Unterkapitel werden die gesetzlichen Regelungen analysiert, die in den 1950-er Jahren in der BRD erlassen worden sind und die NS-Vergangenheit betrafen. Zunächst wird in diesem Zuge auf grundlegende Informationen und Bestandteile der hier behandelten Gesetze eingegangen. Außerdem wird kontextualisiert, in welchem Zusammenhang das Gesetz oder das Abkommen von Bedeutung für die Arbeit ist. Zudem wird darauf aufmerksam gemacht, welcher zeitgenössischen Kritik der Untersuchungsgegenstand ausgesetzt war, um in der anschließenden Analyse zu überprüfen, ob sich das HABL einer Kritik anschloss, über diese berichtete oder davon absah, kritische Äußerungen zu formulieren und letztendlich damit auch zu Diskussionen bei den Rezipienten anzuregen.

Es wird zudem überprüft, auf welche Art und Weise die Untersuchungsschwerpunkte im HABL aufgegriffen und kommentiert wurden. Mit der Untersuchung der Rezeption dieser Gesetze wird der Versuch unternommen, einen ersten Eindruck von der Sichtweise der HABL-Redaktion auf die nationalsozialistische Vergangenheit zu erhalten. Exemplarisch wurden hierfür in chronologischer Reihenfolge die Wiedereingliederung der Beamten im Jahr 1951, das Luxemburger Abkommen von 1952 und das Straffreiheitsgesetz aus dem Jahr 1954 ausgewählt. Dabei werden nicht nur abgedruckte Agenturmeldungen

⁸³⁵ Eine deutliche Intensivierung der Holocaust-Forschung ist durch die „Stockholmer Erklärung“ in den 1990-er Jahren zu erkennen, als Vertreter von mehr als 50 Nationen sich dazu bereit erklärten, die Holocaust-Forschung in ihren Ländern forcieren zu wollen. Bajohr: Holocaustforschung, S. 136.

berücksichtigt, sondern vor allem die Kommentare der Redaktion, die auf der „Meinungsseite“ erschienen, in den Blick genommen. Um die Gesetze in einen größeren Zusammenhang zu setzen, wurde zudem untersucht, ob das HABL bereits von Gesetzen berichtete, die in Verbindung mit dem Untersuchungsgegenstand stehen.⁸³⁶

Anders als bei den Gerichtsprozessen waren bei den Gesetzen die Untersuchungszeiträume kürzer, da sich die Prozesse vom ersten Verhandlungstag bis zur Urteilsverkündung, inklusive der Strafmaßverkündung, Wochen, Monate oder gar Jahre hinziehen konnten. Darüber hinaus ist es ebenfalls elementar für die Schlussfolgerungen dieses Kapitels auf Informationslücken einzugehen bzw. der Frage nachzugehen, weshalb über manche Untersuchungsgegenstände weniger berichtet wurde als über andere. Um diesem Desiderat Rechnung zu tragen, wird in den jeweiligen Ausgaben überprüft, welche andere Themen in den Fokus der Zeitung gerückt wurden.

7.3.1. Die Wiedereingliederung der Beamten 1951

Das „Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen“⁸³⁷ war ein Bundesgesetz, das im Rahmen der Amnestiegesetzgebung in der BRD die Rechtslage für all diejenigen festlegte, die vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 als Beamte oder Angestellte im Deutschen Reich tätig waren und ohne Versorgungsansprüche oder Reintegration in ihren alten Berufsstand entlassen worden sind.⁸³⁸ Außerdem besagte der Paragraph 13 des Artikel 131, dass die Verwaltung 20 Prozent ihrer Planstellen mit von diesem Gesetz betreffenden Personen untergebracht werden sollten.⁸³⁹ Durch das Verbot der NSDAP und der Auflösung des NS-Staates durch die Kontrollratsproklamation Nr. 2 und dem Kontrollratsgesetz Nr. 2 von September bzw. Oktober 1945 war jedem Beamten die rechtliche Grundlage entzogen worden.⁸⁴⁰ Zu den Begünstigten des neuen Gesetzes zählten gemäß den Paragraphen 1

⁸³⁶ Dieser Hinweis trifft beispielsweise auf die Straffreiheitsgesetze von 1949 und 1954 zu.

⁸³⁷ Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen, in: Bundesgesetzblatt-Archiv 1949 - 2022.

⁸³⁸ Sprockhoff, Anna; Fischer, Torben: Art. 131er-Gesetzgebung, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 94-96.

⁸³⁹ Sommer-Weisel, Anna Carla: Das Beamtenurteil. Hintergrund, Kritik und Darstellung seiner Bedeutung für die Stellung des Bundesverfassungsgerichts sowie die Vergangenheitsbewältigung der BRD, in: Bonner Rechtsjournal 10, 1 (2017), S. 71-78.

⁸⁴⁰ Haese; Prawitt-Haese: Leser, S. 36 f.

bis 4 u.a. Beamte, Richter, Hochschullehrer und Berufssoldaten und ihre Hinterbliebenen. Ausnahmen betrafen Personen, die im Zuge der Entnazifizierung in Kategorie 1 oder 2, also als „Hauptschuldige“ oder „Belastete“, eingestuft worden sind. Als Gesetzeslücke kann der Umstand betrachtet werden, dass ehemalige SS- und Gestapo-Mitglieder ebenfalls unter die von dem Gesetz Begünstigten fallen konnten.⁸⁴¹ Wenn sie „von Amts wegen“ im „Dritten Reich“ versetzt worden sind, hatten sie Ansprüche auf eine Wiedereingliederung.

Der genaue Wortlaut der gesetzlichen Regelung im Grundgesetz lautete: „Die Rechtsverhältnisse von Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden, sind durch Bundesgesetz zu regeln. Entsprechendes gilt für Personen einschließlich der Flüchtlinge und Vertriebenen, die am 8. Mai 1945 versorgungsberechtigt waren und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen keine entsprechende Versorgung mehr erhalten. Bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes können vorbehaltlich anderweitiger landesrechtlicher Regelung Rechtsansprüche nicht geltend gemacht werden.“⁸⁴² Die verfassungsrechtliche Regelung ist am 11. Mai 1951 in Kraft getreten. Zuvor ging dem Gesetz eine Zustimmung von allen Parteien im Deutschen Bundestag am 10. April 1951 voraus. Die Auswirkungen auf die Verwaltung, Politik und Justiz in der BRD waren aus mehreren Gründen beachtlich und blieben keineswegs widerspruchsfrei oder gar kommentarlos. Die ohnehin schon durch personelle Kontinuität geprägten Behörden wurden nun noch stärker mit Beamten besetzt, die auch schon im „Dritten Reich“ unter dem NS-Regime tätig waren.⁸⁴³

Kritik kam mitunter von Beamten, denen die Regelung nicht weit genug ging, da zwar finanzielle Fragen geklärt worden seien, aber die Frage nach der moralischen Schuld des Beamtenapparates damit noch nicht thematisiert wurde. Ferner verlangten viele Beamte

⁸⁴¹ Hierzu zählte u.a. die verwitwete Ehefrau von Reinhard Heydrich, dem Leiter des Reichssicherheitsamtes und dem Stellvertretenden Reichsprotektor Böhmen und Mährens. Kellerhoff, Sven F.: Was aus den Witwen der Top-Nazis wurde, in: Die Welt, 13.12.2021, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article178778946/Braune-Familienbande-Was-aus-den-Witwen-der-Top-Nazis-wurde.html> (eingesehen am 4.9.2023).

⁸⁴² Art. 131 Grundgesetz, URL: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_131.html (eingesehen am 18.1.2023).

⁸⁴³ Sprockhoff; Fischer: 131-er Gesetzgebung, S. 95.

ihre Rechtsposition, die sie im Deutschen Reich innehatten mit der Begründung zurück, dass die BRD aus juristischer Perspektive den Fortbestand des Deutschen Reiches darstellen würde. Aus ihrer Sicht schränke der Artikel 131 ihre Rechte ein.⁸⁴⁴ In Folge von verfassungsrechtlichen Bedenken wurde sogar eine Beschwerde von 34 Beamten und Witwen von Beamten beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.⁸⁴⁵ Eine auf bundespolitischer Ebene geführte Kontroverse konnte zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundesgerichtshof beobachtet werden. Während das Bundesverfassungsgericht der Auffassung war, dass mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges alle Rechte der Beamten erloschen seien, sahen Richter des Bundesgerichtshofs den Beamtenapparat beim Übergang von der Diktatur zur Demokratie als unbescholten an und hatte dementsprechend nichts gegen eine Übernahme der Beamtenschaft und die damit einhergehenden personellen Kontinuität einzuwenden.⁸⁴⁶ Die aus dieser Haltung heraus resultierende Aussage, dass die Beamtenschaft keinen Anteil am NS-Unrechtssystem hatte, widersprach das Bundesverfassungsgericht vehement. Am 17. Dezember 1953 erklärte das Bundesverfassungsgericht, den Artikel 131 als verfassungsgemäß. Der Erklärung zufolge würde der 8. Mai 1945 in der Geschichte der deutschen Beamtenschaft eine Zäsur darstellen, da eine Reformierung und Umstrukturierung des Beamtenapparates im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie stattgefunden habe. Fernerhin sei es die Pflicht eines jeden Beamten gewesen, einen Treueeid auf Hitlers Person zu schwören.⁸⁴⁷

Öffentliches Aufsehen wurde außerdem durch Einzelfälle wie dem vom ehemaligen Staatssekretär Franz Schlegelberger generiert, der während der NS-Zeit im Justizministerium arbeitete. Er wurde im Rahmen des Nürnberger Juristenprozesses im Jahr 1947 zu lebenslanger Haft verurteilt und erhob aufgrund des „131er“-Gesetzes Pensionsansprüche, die ihm nach einem langen Rechtsstreit nur teilweise zugesprochen worden waren.⁸⁴⁸ Die aufgeführten Beispiele veranschaulichen, welche Tragweite dieses Gesetz hatte und wie kontrovers es auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert wurde.

⁸⁴⁴ Sommer-Weisel: Beamtenurteil, S. 72.

⁸⁴⁵ Ebd., S. 72.

⁸⁴⁶ Sprockhoff; Fischer: 131-er Gesetzgebung, S. 95 f.

⁸⁴⁷ Sommer-Weisel: Beamtenurteil, S. 73.

⁸⁴⁸ Sprockhoff; Fischer: 131-er Gesetzgebung, S. 95.

Im HABL erschien zu diesem Gesetz lediglich ein Artikel am 30. April 1951 auf der „Meinungsseite“ mit dem Titel „Die Hunderteinunddreißiger“ vom HABL-Redakteur Adam Vollhardt.⁸⁴⁹ Hierbei geht der Autor auf die wesentlichen Grundlagen des Gesetzes ein, ohne dabei eine eigene Wertung der gesetzlichen Regelung vorzunehmen. Lediglich zu Beginn des Artikels kann der Leser vermuten, dass die Regelung der Beamtenrechte als überfällig angesehen werden: „In der nächsten Woche wird der Bundestag endlich die Rechtsverhältnisse der Flüchtlingsbeamten, der Wehrmachtbeamten [...] treffen, die nach dem Kriege als nominelle Pg ihre Stellungen verloren.“⁸⁵⁰

Anschließend thematisiert er inhaltliche Aspekte des Gesetzes wie der Wiedereingliederung der Beamten, die mit Kriegsende ihre Stellung verloren haben, Modalitäten der jeweils Betroffenen und ihren Hinterbliebenen, deren Anspruch auf Witwen- und Waisengeld, oder auch das „Übergangsgeld“, das für Beamte ausgezahlt wird, die „eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren abgeleistet haben.“⁸⁵¹ Außerdem wird die Umsetzung des Gesetzes für die Verwaltung als wichtig und als Notwendigkeit angesehen, „um die mit Vertriebenen überlasteten Länder zu entlasten.“⁸⁵² Kritische Äußerungen zu dem Gesetz sind dem Artikel nicht zu entnehmen. Sprachliche Auffälligkeiten sind ebenfalls nicht festzustellen, sondern vielmehr eine sachliche und wertneutrale Berichterstattung, die den Rezipienten nicht dazu anhält, über die Rolle der Beamten im Nationalsozialismus nachzudenken oder diese vor dem Hintergrund der Unrechtstaten des NS-Regimes zu hinterfragen. Von der zuvor erläuterten Kontroverse zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Bundesgerichtshof konnten im HABL keine Beiträge ermittelt werden. Über die Beschwerde der 34 Beamten wird lediglich im Rahmen zweier kurzer DPA-Meldungen informiert. Die Artikel „131er-Beschwerden abgewiesen“ und „Abgewiesen“ sind am 17. Dezember 1953 und am 18. Dezember 1953 im HABL auf der „Meinungsseite“ erschienen.⁸⁵³ Die Ergebnisse des ersten Untersuchungsschwerpunktes in diesem Kapitel sind somit zunächst einmal ernüchternd in der Hinsicht, dass

⁸⁴⁹ Vollhardt, Adam: Die Hunderteinunddreißiger. Flüchtlings- und Wehrmachtsbeamte bekommen ihr Recht, in: HABL Nr. 74, 30.3.1951.

⁸⁵⁰ Vollhardt, Adam: Die Hunderteinunddreißiger. Flüchtlings- und Wehrmachtsbeamte bekommen ihr Recht, in: HABL Nr. 74, 30.3.1951. Die Abkürzung „Pg“ steht für „Parteimitglied“.

⁸⁵¹ Ebd.

⁸⁵² Ebd.

⁸⁵³ Art. „131er-Beschwerde abgewiesen“, in: HABL Nr. 294, 17.12.1953; Art. „Abgewiesen“, in: HABL Nr. 295, 18.12.1953.

Stellungnahmen oder Kritik der Redaktion diesbezüglich nicht zu vernehmen sind. Es bleibt abzuwarten, ob dagegen im Rahmen des Luxemburger Abkommens ein Jahr später und dem Amnestiegesetz von 1954 kritischere Kommentare im HABL zu finden sind.

7.3.2. Das Luxemburger Abkommen von 1952

Das Luxemburger Abkommen, das zwischen der BRD und Israel am 10. September 1952 unterzeichnet und juristisch als förmliches Abkommen ausgestaltet wurde, stellt einen wichtigen Untersuchungsgegenstand für diese Arbeit dar. Eines der wesentlichen Grundprinzipien der Verlagsphilosophie Axel Springers war die Aussöhnung mit dem jüdischen „Volk“. Daher ist es interessant zu untersuchen, auf welche Art und Weise über das Luxemburger Abkommen im HABL berichtet wurde und ob Tendenzen der Apologien oder Akzentuierung des Leidens der von den Nationalsozialisten unterdrückten Juden in der Berichterstattung zu erkennen sind. In dem Abkommen ging es um die Zusage der BRD, Israel Dienstleistungen und Warenlieferungen im Wert von drei Milliarden DM zukommen zu lassen, damit der Staat den geflüchteten Juden bei der Ansiedlung im eigenen Land unterstützen konnte.⁸⁵⁴ Außerdem zahlte die BRD der „Conference on Jewish Material Claims against Germany“ eine Summe von 450 Millionen DM, um notleidenden Juden außerhalb Israels zu helfen. Des Weiteren verpflichtete sich die Bundesregierung zur Rückerstattung von Vermögen und zur individuellen Entschädigung jüdischer Opfer.⁸⁵⁵ Bundeskanzler Konrad Adenauer hob die Bedeutung dieses Abkommens und die damit verbundene Aufgabe und Verpflichtung Deutschlands in einer Regierungserklärung am 27. September 1951 hervor: „Im Namen des deutschen Volkes sind aber unsagbare Verbrechen begangen worden, die zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung verpflichten, sowohl hinsichtlich der individuellen Schäden, die Juden erlitten haben, als auch des jüdischen Eigentums [...]. Die Bundesregierung ist bereit, gemeinsam mit Vertretern des Judentums und des Staates Israel, der so viele heimatlose jüdische Flüchtlinge aufgenommen hat, eine Lösung des materiellen

⁸⁵⁴ Brodesser, Hermann-Josef u.a.: Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte, Regelungen, Zahlungen, München 2000, S. 30.

⁸⁵⁵ Auszüge aus dem Luxemburger Abkommen vom 10. September 1952, in: BArch Berlin, B136/ 1127.

Wiedergutmachungsproblems herbeizuführen, um damit den Weg zur seelischen Bereinigung unendlichen Leides zu erleichtern.“⁸⁵⁶

Dieser wichtige Schritt auf dem Weg zur Wiedergutmachung und Aufarbeitung der Schreckenstaten gegenüber der jüdischen Bevölkerung in den 1930-er und 1940-er Jahren wurde keineswegs kritiklos hingenommen. Von israelischer Seite gab es massive Vorbehalte und Proteste im eigenen Land, da die Reparationsleistungen der BRD als Schuldenerlass bzw. als „Blutgeld“ gesehen wurden.⁸⁵⁷ Neben öffentlichen Protesten gab es auch den Versuch eines Attentats auf Konrad Adenauer durch eine Briefbombe. Aufgrund der hohen Zuwanderung im eigenen Land und den damit entstandenen Kosten geriet Israel in eine finanzielle Notlage, in der die Entschädigungszahlungen aus der BRD eine willkommene Hilfeleistung darstellten. Durch die angespannte politische Lage in Israel wurden zunächst geheime Verhandlungen mit der Bundesregierung aufgenommen.⁸⁵⁸

Innerhalb der Regierung waren die Verhandlungen mit Israel ebenfalls umstritten. Inhaltlich ging es hierbei vor allem um die Höhe der zu zahlenden Entschädigung.⁸⁵⁹ Bei der rechtskräftigen Ratifizierung des Abkommens im Bundestag wurde lediglich eine knappe Mehrheit erreicht. Trotz der kritischen Stimmen auf beiden Seiten kann festgehalten werden, dass das Luxemburger Abkommen eine signifikante Symbolkraft hatte, um die Schuld über die systematische Tötung von Millionen von Juden öffentlich einzugestehen und sich aktiv an einer „Wiedergutmachung“ zu beteiligen und den Prozess der Aufarbeitung voranzutreiben. Als in den Folgejahrzehnten erneut Wiedergutmachungsforderungen geschädigter Juden aufkamen, wurden diese von der Bundesregierung für abgeschlossen erklärt.⁸⁶⁰

Im HABL sind diesbezüglich zwei Artikel am 10. September 1952 und am Folgetag zu finden. Auf der Titelseite wird am Tag der Unterschrift dem Abkommen ein großer

⁸⁵⁶ Regierungserklärung von Konrad Adenauer am 27. September 1952, in: BArch Berlin, B 136/1127.

⁸⁵⁷ Brodesser: Wiedergutmachung, S. 29.

⁸⁵⁸ Ebd., S. 29.

⁸⁵⁹ Die DDR beteiligte sich nicht an den Verhandlungen bzw. lehnte es ab, Zahlungen an Israel zu leisten, da es sich im juristischen Sinne nicht als Nachfolger des Deutschen Reichs verstand. URL: <https://www.bundesarchiv.de/DE/Content/Virtuelle-Ausstellungen/luxemburger-abkommen.html> (eingesehen am 6.2.2023).

⁸⁶⁰ Brodesser: Wiedergutmachung, S. 42.

Artikel gewidmet, der von der DPA und der UP stammt. Die Agenturmeldung „Vertrag mit Israel heute unterzeichnet“ berichtet von den inhaltlichen Grundlagen und dem Zweck des Abkommens und betont den geheimen Rahmen, in dem die Unterzeichnung stattfand: „Ort und Zeit der Unterzeichnung waren streng geheimgehalten worden. Nur wenige Pressevertreter wurden kurz zuvor telephonisch ersucht, unverzüglich zu einem ebenfalls geheimen Treffpunkt zu kommen.“⁸⁶¹ Die Kritik von der israelischen Opposition wird am 11. September auf der „Meinungsseite“ erwähnt. Der Artikel stammt ebenfalls von den oben genannten Presseagenturen und hebt die Erklärung vom Führer der extremistischen „Freiheitsbewegung“ hervor, der sich vehement gegen das Luxemburger Abkommen stellt: „Wir werden keine Aktion scheuen, um das Wiedergutmachungs-Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel zunichte zu machen.“⁸⁶² Neben dieser kritischen Stimme wird jedoch hauptsächlich der allgemeine Zuspruch dem Abkommen gegenüber geäußert.

Stellungnahmen von der HABL-Redaktion konnten hinsichtlich des Luxemburger Abkommens nicht ermittelt werden. An beiden Tagen gab es andere Themen, die in der Zeitung in den Vordergrund gerückt wurden. Im Fokus des HABL standen Artikel, die von einem Fraktionsausschluss innerhalb der Hamburger CDU berichteten. Der Abgeordnete Willi Plautz habe nach Angaben seiner Partei „in grobfahrlässiger und unverantwortlicher Weise sein Mandat mißbraucht.“⁸⁶³ Auf diese Meldung folgte am 11. September ein Kommentar auf der „Meinungsseite“. Mit dem Titel „Selbstreinigung“ wird auf die verfassungsrechtliche Besonderheit Hamburgs hingewiesen, dass „die Bürgerschaft ein Selbstreinigungsrecht“ besitze, das genau in solchen Fällen greife, in denen eben solche Abgeordnete wie Willi Plautz ihr Amt beschmutzen würden. Der Bürgerschaft habe somit das Recht „unwürdige Abgeordnete“ auszuschließen.⁸⁶⁴ Für die Untersuchung des Luxemburger Abkommens kann diese thematische Schwerpunktlegung des HABL auf den Skandal des CDU-Abgeordneten bedeuten, dass lokalpolitische Angelegenheiten zu diesem Zeitpunkt eine größere Relevanz hatten als das Abkommen zwischen der BRD und Israel. Für die weiteren Untersuchungen wird festzuhalten sein, ob diese inhaltliche

⁸⁶¹ Art. „Vertrag mit Israel heute unterzeichnet“, in: HABL Nr. 210, 10.09.1952.

⁸⁶² Art. „Ein ‚Sieg Israels‘“, in: HABL Nr. 211, 11.09.1952.

⁸⁶³ Art. „Abgeordneter ausgeschlossen. Schwere Vorwürfe gegen Bürgerschaftsmitglied Plautz“, in: HABL Nr. 21, 10.09.1952.

⁸⁶⁴ Art. „Selbstreinigung“, in: HABL Nr. 211, 11.09.1952.

Akzentuierung häufig zugunsten der Lokalthemen zu beobachten ist oder ob im Laufe der 1950-er und 1960-er Jahre andere Schwerpunkte gelegt wurden.

7.3.3. Das Amnestiegesetz von 1954

Das Straffreiheitsgesetz von 1954⁸⁶⁵ reiht sich in die Gesetze der Amnestiegesetzgebung der frühen Jahre der BRD ein. Für die Analyse des Gesetzes wurde der Zeitraum vom 17. Juli 1954 bis zum 30. Juli 1954 untersucht und überprüft, ob das HABL hierzu Artikel oder Stellungnahmen verfasst hat. Das Straffreiheitsgesetz mit der Bezeichnung „Gesetz über den Erlass von Strafen und Geldbußen und die Niederschlagung von Strafverfahren und Bußgeldverfahren“ wurde am 20. Juli 1954 erlassen und trat einen Tag später in Kraft. Es betraf Vergehen, die vor dem 1. Januar 1953 verübt worden sind. Bei der Erlassung der Strafen und Geldbußen geht es u.a. um die sogenannten „Endphaseverbrechen“, die vom 1. Oktober 1944 bis zum 31. Juli 1945 im Zuge eines Befehls, einer Dienst- oder Amtspflicht begangen worden sind.⁸⁶⁶ Diesem Straffreiheitsgesetz ging ein anderes bereits vier Jahre zuvor ergangenes Gesetz voraus, das sechsmonatige Freiheitsstrafen und Geldbußen von bis 5000 DM erließ. Das HABL widmete diesem Gesetz eine kurze Meldung durch ihre Bonner Redaktion am 2. Januar 1950.⁸⁶⁷

Die Gründe für die Amnestiegesetzgebung waren vielfältig. Es ging nicht primär darum, NS-Verbrechen unter Straffreiheit zu stellen, sondern viele Bürger in die Gesellschaft der BRD ohne juristische Belastung aufzunehmen und integrieren zu können, damit diese Personen am wirtschaftlichen Wiederaufbau der BRD mithelfen konnten. Obgleich es unter den Betroffenen auch Straftäter gab, die im Zuge des Nationalsozialismus Verbrechen begangen hatten, inkludierte das Gesetz auch die Straffreiheit derer, die steuerrechtliche Straftaten oder kleinere Vergehen verübt hatten. Hervorzuheben sind in diesem Zuge beispielsweise der Handel von Waren auf dem Schwarzmarkt innerhalb der Zonen in der Nachkriegszeit.

⁸⁶⁵ Gesetz über den Erlass von Strafen und Geldbußen und die Niederschlagung von Strafverfahren und Bußgeldverfahren (Straffreiheitsgesetz 1954), in: Bundesgesetzblatt-Archiv.

⁸⁶⁶ Brandstetter, Elmar: Das Streiffreiheitsgesetz 1954, in: Juristen Zeitung 9, 15/15, (1954), S. 477-483.

⁸⁶⁷ Art. „Amnestie in Kraft“, in: HABL Nr. 1, 2.01.1950.

Das Straffreiheitsgesetz von 1954 ist inhaltlich erheblich umfangreicher als das Amnestiegesetz von 1949. Mit den Paragraphen sechs und neun des Gesetzes bewirkte es sogar eine Amnestie von Gewalt- und Tötungsdelikten, die – wie oben bereits erwähnt – am Ende des Zweiten Weltkrieges begangen worden sind.⁸⁶⁸ Während das Amnestiegesetz vor allem diejenigen begünstigte, die keine Gewaltverbrechen im Nationalsozialismus begangen hatten und sich wegen Urkundenfälschung und unter der Angabe einer falschen Identität strafbar gemacht haben, ist das Straffreiheitsgesetz von 1954 umfassender. Bedeutend für die Erlassung einer Strafe war hierbei, dass dem Beschuldigten keine Einsichtsfähigkeit seiner Handlung abverlangt werden konnte und dass die Freiheitsstrafe nicht über drei Jahren lag.⁸⁶⁹

Joachim Perels stellt die Amnestiegesetze und die „131-er“-Regelung von 1951 in einen größeren Zusammenhang.⁸⁷⁰ Er akzentuiert die Entwicklung einer Entlastungswelle von NS-Straftätern von Anfang bis Ende der 1950-er Jahre, die formaljuristisch das Ende der Entnazifizierungspolitik der Alliierten einleiteten. Die Haltung der Adenauer-Regierung habe sich hinsichtlich der Amnestien in den 1950-er Jahren daran orientiert, ob sich das NS-Regime an juristische Normen gehalten hatte. Solange dies der Fall war, galten in der frühen BRD Vorgänge solcher Art als „Quasi-Amnestien“⁸⁷¹.

Besondere Bedeutung hat dieses Gesetz für die Arbeit im Hinblick auf die Amnestie einzelner NS-Straftäter. Die Untersuchung ergab, dass zu diesem Gesetz lediglich Randbemerkungen in der Zeitung zu finden sind. Dabei hat die Berichterstattung einen nüchternen und sachlichen Schreibstil, der unaufgeregt die Leserschaft mit den wesentlichen Informationen zu diesem Gesetz informiert. Kritische Anregungen für eine Diskussion über dieses Straffreiheitsgesetz sind in den untersuchten Ausgaben nicht zu vernehmen.

Die Berichterstattung über die Wiedereingliederung vieler ehemaliger NS-Beamter in den Staatsdienst bzw. deren Vergütung, die Entlastung von NS-Tätern im Rahmen der Amnestiegesetzgebung und die Wiedergutmachungszahlungen der Bundesregierung an Israel lassen den eindeutigen Schluss zu, dass im Laufe der 1950-er Jahre die vorläufige

⁸⁶⁸ Perels, Joachim: Amnestien für NS-Täter in der Bundesrepublik, in: Kritische Justiz 28, 3, (1995), S. 382-389.

⁸⁶⁹ Ebd., S. 384.

⁸⁷⁰ Ebd., S. 385.

⁸⁷¹ Ebd., S. 384.

Vergangenheitsbewältigung des Nationalsozialismus seitens der Mehrheit der bundesdeutschen Parteien für abgeschlossen erklärt werden wollte. Auch wenn es verständlich erscheinen mag, dass aufgrund von wirtschaftlichen Problemen der BRD, den „Altlasten“ vieler deutscher Bürger und dem aufkommenden Ost-West-Konflikt der Wunsch vieler darin bestand, einen Schlussstrich hinter den 12 Jahren NS-Diktatur zu ziehen, muss konstatiert werden, dass hinsichtlich der Vergangenheitsaufarbeitung noch nicht einmal ansatzweise Aufklärungsbestrebungen zu erkennen waren. Erst mit den ersten Gerichtsprozessen Ende der 1950-er Jahre wurde ein Umdenken diesbezüglich erreicht und eine Aufarbeitung vieler zentraler Themen wie dem Holocaust in der Gesellschaft angeregt.

Im Hinblick auf die Berichterstattung des HABL kann nach der Untersuchung der Gesetze und des Luxemburger Abkommens resümiert werden, dass die Kommentare in den Ausgaben tendenzfrei sind, Artikel nur selten kritische Äußerungen beinhalten und hauptsächlich die wesentlichen Fakten zu den Gesetzen wiedergegeben worden sind. Gründe für die sachliche und wertneutrale Berichterstattung können vielseitig sein. Wie anhand eines Beispiels im Rahmen des Luxemburger Abkommens gezeigt wurde, gab es zum Zeitpunkt der Untersuchungsgegenstände andere inhaltliche Schwerpunkte, die von der Redaktion als relevanter angesehen wurden. Darüber hinaus kann angenommen werden, dass die HABL-Redaktion sich mit Kritik und Appellen hinsichtlich der Vergangenheitsaufarbeitung bedeckt hielt, damit sie im Zuge des publizistischen Konzepts des HABL und der damit einhergehenden „Schonung“ der Leserschaft agieren konnte. Zu Beginn der 1950-er Jahre gab es andere Themen, die im Fokus der Tageszeitung standen. Häufig wurden u.a. lokalbezogene Themenbereiche wie politische Skandale, Wohnungsnot oder wirtschaftliche Belange in den Vordergrund gerückt. Mit einem Blick auf Tabelle 15⁸⁷² kann ebenfalls festgehalten werden, dass zum Zeitpunkt des zweiten Straffreiheitsgesetzes 1954 ein Rückgang an Strafverfahren gegen NS-Verbrechen zu erkennen ist und hierin ein weiterer Grund für die spärliche Berichterstattung des HABL diesbezüglich gesehen werden kann.

Im folgenden Kapitel wird untersucht, ob sich mit der Erholung der wirtschaftlichen Lage der BRD und den Gerichtsprozessen Ende der 1950-er Jahre auch die Berichterstattung des HABL veränderte und somit dem Trend entsprach, den der Ulmer Einsatzgruppen-

⁸⁷² Siehe Kapitel 7.4.

Prozess 1958 in der öffentlichen Wahrnehmung bezüglich der NS-Strafverfolgung einläutete.

7.4. Hamburger Gerichtsprozesse im „Abendblatt“

Für die Analyse der Rezeption der lokalen, überregionalen und internationalen Gerichtsprozesse im HABL muss zunächst die Terminologie geklärt werden, mit der in diesem Kapitel gearbeitet wird. Hierzu gehören in erster Linie die Begriffe „Verfahren“ und „Prozess“. Während das Verfahren sich auf einen Tatverdacht bezieht, die Staatsanwaltschaft Ermittlungen aufnimmt und schließlich eine Anklage beim zuständigen Gericht einreicht und dieses die Klage überprüft, beginnt der Gerichtsprozess mit dem ersten Verhandlungstag, an dem die Anklage verlesen wird. Der Prozess stellt somit den Zeitraum dar, der vom Prozessbeginn bis zum Abschluss, also der Schließung der Beweisaufnahme, den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung und schließlich der Urteilsverkündung, verläuft.⁸⁷³

Des Weiteren ist ein Blick auf die Zahlen und die Entwicklung der NS-Strafverfolgungen für die Analyse der folgenden Prozesse von Bedeutung, um zu veranschaulichen, weshalb eine Akzentuierung einiger bestimmter Gerichtsprozesse sinnvoll erscheint. Folgende Tabelle demonstriert, wie sich die NS-Strafverfolgung in den ersten Jahrzehnten der BRD hinsichtlich der Verfahren, der Anklagen, der Verurteilungen, der Freisprüche und der Verfahrenseinstellungen entwickelte.

Tabelle 15: Entwicklung der NS-Strafverfolgung in der BRD von 1945 bis 1965⁸⁷⁴

Jahr	Verfahren	Anklagen	Verurteilungen	Freisprüche	Einstellungen
1945	382	120	25	2	0
1946	2023	847	257	94	9

⁸⁷³ Kröger: Rezeption, S. 5.

⁸⁷⁴ Im Jahr 2008 publizierte Andreas Eichmüller eine Zahlenbilanz über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen für den Zeitraum von 1945 bis 2005 und aktualisierte damit den bisherigen Kenntnisstand über die eingeleiteten Verfahren gegen mögliche NS-Straftäter in Westdeutschland. In den 60 Jahren wurden laut Andreas Eichmüller 36.393 Strafverfahren geführt. Eichmüller, Andreas: Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945. Eine Zahlenbilanz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 621 - 640.

1947	4135	3029	900	554	28
1948	4160	5362	2011	1627	137
1949	3346	3975	1474	1426	326
1950	1951	1381	743	688	1040
1951	957	431	262	260	289
1952	345	137	172	110	104
1953	226	70	114	68	62
1954	162	49	46	58	18
1955	276	27	15	10	11
1956	267	47	25	18	3
1957	324	35	29	4	4
1958	488	28	20	12	4
1959	1075	32	12	13	2
1960	1326	48	16	7	1
1961	980	64	30	16	0
1962	771	74	35	8	0
1963	582	162	25	7	4
1964	681	59	20	11	5
1965	903	95	67	23	6

Für die zeitliche Verortung der in diesem Kapitel untersuchten Gerichtsprozesse ist ein Blick auf die Zahlenbilanz von Andreas Eichmüller interessant. Wie bereits im vorherigen Kapitel erläutert, stellten der Ulmer Einsatzgruppen-Prozess und die Errichtung der Zentralstelle für NS-Strafverfolgung in Ludwigsburg im Jahr 1958 eine Zäsur in der Entwicklung dar. Zudem drohte Ende der 1950-er Jahre die Verjährung für Tötungsdelikte, sodass hierin ein weiterer Grund für die ansteigenden Verfahren im Jahr 1959 gesehen werden kann.⁸⁷⁵ Außerdem waren ab Ende der 1950-er Jahre vorzugsweise Anklagen auf Basis amtlich eingeleiteter Strafverfahren zu beobachten, wohingegen die 1940-er Jahre

⁸⁷⁵ Eichmüller: Strafverfolgung, S. 627.

noch von Anklagen von Privatpersonen geprägt waren.⁸⁷⁶ Der Höhepunkt der Anklagen wurden in diesem Zeitraum im Jahr 1960 erreicht, die in den folgenden fünf Jahren wieder sukzessive abnahmen. Vergleichsweise wenig Verfahren wurden ab Mitte der 1950-er Jahre eingestellt, was daran liegen könnte, dass mit der Ludwigsburger Zentralstelle die für das Verfahren wichtige Akten systematisch ausgewertet wurden und somit Verfahrenseinstellungen entgegengewirkt werden konnte. Die Tabelle zeigt ebenfalls, dass es zwischen den 1940-er und 1950-er Jahren signifikante Unterschiede bei den Verurteilungen und Freisprüchen gab.⁸⁷⁷ Die folgenden Jahrzehnte nach 1965 zeigen, dass die Strafverfahren stark zurückgingen und erst wieder Ende der 1980-er Jahren anstiegen, was damit begründet werden kann, dass Akten der „Central Registry of War Criminals and Security Suspects“ und der „United Nations War Crimes Commission“ eingesehen werden konnten.⁸⁷⁸ In diesen Rahmen fallen auch die Untersuchungen dieser Arbeit hinsichtlich des Auschwitz-Prozesses von 1963 bis 1965. Bei der Auswertung der Prozessakten ist Andreas Eichmüller aufgefallen, dass es eine inhaltliche Verschiebung der Delikte im Laufe der Jahrzehnte gab. Während es nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem um Verbrechen im Rahmen des Deutschen Reichgebietes ging, also wie etwa Denunziation, Straftaten in der Reichspogromnacht im Jahr 1938 oder strafrechtliches Vorgehen gegen politische Gegner des NS-Regimes, wurde mit den Prozessen Ende der 1950-er Jahre zunehmend Verfahren gegen größere Personengruppen wie zum Beispiel Wachmannschaften in Konzentrationslagern oder Polizeieinheiten in den Vordergrund gerückt.⁸⁷⁹

Der Überblick über die zeitliche Entwicklung der NS-Strafverfahren ordnet die Untersuchungsgegenstände dieses Kapitels historisch ein und veranschaulicht, dass sie zu Zeitpunkten stattfanden, in denen die NS-Strafverfolgung in der BRD an Bedeutung zunahm. In chronologischer Reihenfolge werden im folgenden Kapitel zunächst die Gerichtsprozesse gegen Veit Harlan und Friedrich Nieland in Hamburg untersucht und anschließend auf überregionaler und internationaler Ebene auf den Adolf Eichmann- und den Frankfurter Auschwitz-Prozess eingegangen. Im Hinblick auf die Untersuchungskriterien kommt der Analyse der Gerichtsprozesse eine besondere Bedeutung zu, da sie mit ihrer

⁸⁷⁶ Eichmüller: Strafverfolgung, S. 627.

⁸⁷⁷ Während es noch im Jahr 1948 2011 Verurteilungen und 1627 Freisprüche gab, sanken diese Zahlen erheblich in den unteren zweistelligen Bereich ab 1955. Ebd., S. 626.

⁸⁷⁸ Ebd., S. 627.

⁸⁷⁹ Ebd., S. 627 f.

Verfahrenslänge nicht nur häufiger im HABL als die vorher beschriebenen Gesetze rezipiert wurden, sondern auch aus inhaltlicher Perspektive die Schreckenstaten der Nationalsozialisten der Leserschaft vor Augen führten. Falls die HABL-Redaktion eine entschlossene Aufarbeitungspraxis in dem Untersuchungszeitraum betrieben haben sollte, ist zu vermuten, dass im Zuge der ausgewählten Untersuchungsgegenstände Hinweise dafür in der Zeitung zu finden sein werden. Anschließend wird der Blick darauf gerichtet, wie das HABL schließlich den Nationalsozialismus und die totalitäre Herrschaft des NS-Regimes beurteilt.

7.4.1. Veit Harlan

Um den Prozess und die Anklage von Regisseur Veit Harlan aus dem Jahr 1949 in seiner Gesamtheit nachvollziehen zu können, ist es notwendig, sich mit seinem antisemitischen Propagandafilm der Nationalsozialisten „Jüd Süß“ aus dem Jahr 1940 und mit dem Protagonisten des Filmes, Joseph Süß Oppenheimer, auseinanderzusetzen. Darüber hinaus ist die Bedeutung des Prozesses, der 1949 stattfand, hervorzuheben. Mit dem Prozess gegen Veit Harlan wurde erstmals ein Künstler aus dem „Dritten Reich“ angeklagt.⁸⁸⁰ Damit geriet ein neuer Täterkreis in den Fokus der strafrechtlichen Verfolgung, dem vorgeworfen wurde, antisemitisches Gedankengut verbreitet und damit eine psychologische Hilfestellung dafür geleistet haben, dem Holocaust den Weg zu bereiten. Ungeachtet dessen blieb Veit Harlan der Einzige aus seiner Zunft, der wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit angeklagt wurde.⁸⁸¹ Der Prozess fand für den in Berlin geborenen Regisseur in Hamburg statt, da er nach dem Zweiten Weltkrieg in die Hansestadt zog. Welche politische Tragweite der „Fall Harlan“ für Westdeutschland hatte, wird daran deutlich, dass der Prozess zwar 1947 stattfand, es aber bis Ende der 1950-er Jahre immer wieder zu öffentlichen Diskussionen kam und Kritik an seiner Person bzw. seinen Filmen geübt wurde.⁸⁸²

⁸⁸⁰ Marek, Michael: Der Veit Harlan-Prozess. NS-Regisseur Veit Harlan – vor 50 Jahren in Hamburg vor Gericht freigesprochen, in: Zukunft braucht Erinnerung. Das Online-Portal zu den historischen Themen unserer Zeit, Oktober 2004, URL: <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-veit-harlan-prozess-1949/> (eingesehen am 7.3.2023).

⁸⁸¹ Marek: Harlan-Prozess.

⁸⁸² Werner Bergmann unterteilt den „Fall Harlan“ in drei Phasen: 1. Die „Thematisierungsphase“ bzw. „Skandalisierung der geplanten Entnazifizierung Harlans“, 2. die Prozesse, die gegen ihn geführt wurden und 3. die „Boykottphase“ der Harlan-Filme. Bergmann: Antisemitismus, S. 87.

Die Vorlage des Films ist die Geschichte der historischen Person Joseph Süß Oppenheimer, der im 18. Jahrhundert lebte, jüdischer Herkunft war und am Hof von Herzog Karl Alexander von Württemberg als Hoffaktor zu Wohlstand und politischem Einfluss gelangte. In der Forschung gibt es mehrere Arbeiten zu seiner Person, die sich teilweise falschen bzw. nicht belegbaren Fakten bedienen.⁸⁸³ Als historisch gesichert gilt, dass er Ende des 17. Jahrhunderts in Heidelberg geboren ist und zu einer einflussreichen und wohlhabenden jüdischen Familie gehörte. Sein Vater war Händler und Steuereintreiber. Oppenheimer reiste viel und pflegte gute Kontakte zum Hochadel, zu dem u.a. auch Prinz Karl Alexander gehörte. Als dieser zum Herzog von Württemberg ernannt wurde, berief er Oppenheimer als politischen und wirtschaftlichen Berater an den Hof, wo Oppenheimer Karriere machte, was vielen Personen missfiel, da er aufgrund der Zugehörigkeit zu einer religiösen Minderheit aus der Sicht vieler zu viel Macht am Hofe erlangte.⁸⁸⁴ Am Todestag des Herzogs wurde Oppenheimer verhaftet und schließlich in einem öffentlichen Schauprozess am 4. Februar 1738 in Stuttgart hingerichtet.⁸⁸⁵

Im Laufe der Jahrhunderte wurde der Fall von Joseph Oppenheimer häufiger in der Literatur oder im künstlerischen Bereich aufgegriffen. Im Jahr 1827 kam eine Novelle von Wilhelm Hauff über ihn heraus, im Jahr 1925 ein Roman von Lion Feuchtwanger und 1940 schließlich der Film von Veit Harlan. Dabei spielten die eben genannten historischen Fakten über ihn im Lauf der Zeit keine große Rolle mehr.⁸⁸⁶ Die Botschaft hinter Harlans Propagandafilm „Jud Süß“ aus dem Jahr 1940 war eine eindeutige: Joseph Oppenheimer wurde als Paradebeispiel eines hinterlistigen und bedrohlichen Juden dargestellt, der neben seinem politischen Opportunismus und seiner Skrupellosigkeit auch nicht davor zurückschreckte, eine junge Dame zu vergewaltigen.⁸⁸⁷

⁸⁸³ Die Quellen sprechen lassen. Der Kriminalprozess gegen Joseph Süß Oppenheimer 1737/38, hgg. Emberger, Gudrun/ Kretzschmar, Robert, Stuttgart 2009; Heiden, Anne von der: Der Jude als Medium Jud Süß, Berlin 2005, S. 21.

⁸⁸⁴ Eines seiner Kompetenzbereiche war die Geld- und Steuerpolitik, in der sich der Herzog zunehmend von den Ständen lösen und im Rahmen absolutistischer Bestrebungen eine politische Unabhängigkeit von dem Adel und anderen Einflussfaktoren erreichen wollte. Ebd., S. 25 f.

⁸⁸⁵ Koch, Jörg: Joseph Süß Oppenheimer genannt „Jud Süß“. Seine Geschichte in Literatur, Film und Theater, Darmstadt 2011, S. 22.

⁸⁸⁶ Heiden: Medium, S. 19.

⁸⁸⁷ Koch: Oppenheimer, S. 100 ff.

Laut Jörg Koch erzielte der Film Anfang der 1940-er Jahre den von Propagandaminister Joseph Goebbels gewünschten Erfolg.⁸⁸⁸ Demnach spielte neben anderen jüdischen Ressentiments vor allem die „Rassenschande“ eine zentrale Rolle im Film, um die „Rassenideologie“ der Nationalsozialisten zu rechtfertigen und die 1935 beschlossenen „Nürnberger Gesetze“ zu legitimieren.⁸⁸⁹ Insgesamt konnten bis 1945 ungefähr 20 Millionen Zuschauer und Zuschauerinnen des Films verzeichnet werden. Zudem soll er rund 6,8 Millionen Reichsmark eingespielt haben. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass die hohen Kinobesucherzahlen keine Auskunft über die Zustimmung zum NS-Propagandafilm belegen. Jeder Kinobesitzer war dazu verpflichtet, den Film zu zeigen. Damit konnten für die Betreiber hohe Einnahmen generiert werden, da für das Zeigen des Filmes keine Vergnügungssteuer erhoben wurde. Bei einer Weigerung drohte ein Berufsverbot und der Ausschluss aus der „Reichsfilmkammer“. Als besonders schwerwiegend kann der Umstand betrachtet werden, dass der Film als „Motivationsmaterial“ in den Konzentrationslagern und vor „Säuberungsaktionen“ in besetzten Gebieten im Zweiten Weltkrieg gezeigt wurde. Somit wurde der Vorwurf der Staatsanwaltschaft laut, dass „Jud Süß“ als jüdische Hetzkampagne den Weg zur Shoa geebnet habe. Bis zum heutigen Zeitpunkt darf der Film lediglich kommentiert und in einem dafür vorgesehenen Rahmen in voller Länge gezeigt werden.⁸⁹⁰

Die Anklage gegen Veit Harlan für diesen antisemitischen Propagandafilm erfolgte vier Jahre nach Kriegsende. Der Regisseur wurde zunächst als „politisch unbelastet“ durch das Entnazifizierungsverfahren kategorisiert, da er u.a. kein Mitglied der NSDAP war.⁸⁹¹ Umstritten war, ob Veit Harlan aus freien Stücken den Auftrag angenommen hatte, den Film zu drehen, da ihm eine engere Beziehung zu Joseph Goebbels nachgewiesen werden konnte und er für den Nationalsozialismus eingetreten war.⁸⁹² Eine weitere Frage, die im Laufe des Prozesses geklärt werden sollte, war, ob Veit Harlan selbst das Drehbuch zum

⁸⁸⁸ Neben der Presse und anderen Kulturbereichen des Deutschen Reiches fiel auch die Filmindustrie der NS-Propaganda und Gleichschaltungsmaßnahmen zum Opfer. Mehrere staatliche Interventionsmaßnahmen sollten eine völlige Kontrolle der deutschen Filmindustrie gewährleisten. Verantwortlich für diesen Bereich waren die „Reichsfachschaft Film“, das RMVP und die aktualisierte Fassung des Lichtspielgesetzes vom 16. Februar 1934. Mannes, Stefan: Antisemitismus im nationalsozialistischen Film. „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“, Berlin 2021, S. 17 f.

⁸⁸⁹ Ebd., S. 117.

⁸⁹⁰ Mannes: Antisemitismus, S. 107 ff.

⁸⁹¹ Bergmann: Antisemitismus, S. 87.

⁸⁹² Marek: Harlan-Prozess.

Film geschrieben hatte oder ob es einen anderen Urheber hatte. Überdies zeigen Tagebucheinträge von Joseph Goebbels wie begeistert er von „Jud Süß“ und Harlans Arbeit war: „Der neue Film von Harlan [...] eine wunderbare Leistung. Modern und nationalsozialistisch. [...] Glänzend in Besetzung und Regie.“⁸⁹³

Die Untersuchung des Veit Harlan-Prozesses ergab, dass das HABL dieser Gerichtsverhandlung insgesamt 23 Artikel widmete, die auf der „Politik“- , „Meinungs“- , „Hamburg“- und „Bilderseite“ zu finden waren. Die meisten Artikel wurden im Lokalteil der Zeitung gedruckt. Bei der Mehrheit der untersuchten Texte konnten keine Autorennamen entdeckt werden. Dennoch konnten im Rahmen der Recherche bei insgesamt sieben Artikeln der Autor identifiziert werden. Der Lokalredakteur Hans Erasmus Fischer, der seit 1949 für das HABL schrieb, verfasste diese Artikel über den Hamburger Gerichtsprozess. Somit kann davon ausgegangen werden, dass der Veit Harlan-Prozess zu diesem Zeitpunkt zu seinem Themengebiet im Lokalteil der Zeitung gehörte. Damit übernahm der Neuling beim HABL eine herausragende Aufgabe, da der Prozess eine hohe Aufmerksamkeit in der Hansestadt und darüber hinaus erzeugte.

Der zeitliche Rahmen der Untersuchung erstreckt sich vom 2. März 1949 bis zum 7. Mai 1949. Der erste Prozesstag begann am Donnerstag, den 3. März 1949 vor dem Hamburger Landgericht. Im Rahmen des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 lautete die offizielle Anklage Veit Harlans „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Bereits ein Tag zuvor begann die Berichterstattung des HABL über den Prozess, in der grundlegende Informationen über die Verhandlung, Zeugen und den Tatbestand dargelegt wurden. Außerdem wurde auf das Hauptbelastungsmaterial, dem Film „Jud Süß“ eingegangen, der zum Prozessbeginn dem Schwurgericht und Beteiligten gezeigt wurde.⁸⁹⁴ Der Film sollte dabei aus der Sicht des Anklägers, Oberstaatsanwalt Dr. Kramer, als belastendes Beweismaterial dienen und aus der Perspektive der Verteidigung, Veit Harlans Anwalt Dr. Otto Zippel, sollte es entlastend wirken, da es auch projüdische Szenen in dem Film gegeben habe.⁸⁹⁵

Eine sprachliche Auffälligkeit ist beim ersten Artikel über den Prozess zu beobachten: Der anonyme Autor des Artikels spricht im Rahmen der Zeugenaufzählung von dem

⁸⁹³ Goebbels, Joseph: Tagebücher Teil 1. Aufzeichnungen 1923-1941, Band 7, hg. von Elke Fröhlich, München 2000, S. 48.

⁸⁹⁴ Art. „Veit Harlan vor dem Schwurgericht“, in: HABL Nr. 26, 2.3.1949.

⁸⁹⁵ Art. „Schwurgericht im Esplanade-Kino“, in: HABL Nr. 28, 7.3.1949.

„Tausendjährigen Reich“⁸⁹⁶. Der Begriff wurde von den Nationalsozialisten mit dem Anspruch benutzt, um eine neue prägende Ära bzw. Epoche einzuläuten und in diesem Artikel ohne Anführungszeichen verwendet.⁸⁹⁷ Trotz der Verwendung eines solchen belasteten Begriffs muss nicht zwingend davon ausgegangen werden, dass der Autor ein Anhänger des Nationalsozialismus war. Diese Bezeichnung stellte die einzige bedenkliche Vokabel in der gesamten Berichterstattung über den Fall Veit Harlan.

Nach der Eröffnung des Prozesses wurden verschiedene Zeugen von der Staatsanwaltschaft und von der Verteidigung aufgerufen. Während ihrer Vernehmungen wurden immer wieder Unschuldsbekundungen zugunsten des Regisseurs geäußert. Unter anderem wurde von „Zwangsverpflichtungen“ Veit Harlans durch Joseph Goebbels gesprochen oder davon, dass der Regisseur Rollen umgeschrieben habe, um die jüdischen Feindbilder im Film abzuschwächen.⁸⁹⁸ Als der Prozess jedoch für ein paar Verhandlungstage nach Berlin verlegt wurde, um dort weitere Zeugenaussagen zu hören, wurde auch von Gegenteiligem berichtet: „Von Ablehnung des Auftrages durch Harlan sei nicht die Rede gewesen. Engel habe versucht, Harlan zu beeinflussen, den Stoff zu mildern.“⁸⁹⁹ Der Regisseur Erich Engel war ein ehemaliger Freund Harlans. Nachdem Ende März der letzte Verhandlungstag in Berlin abgeschlossen war, kehrten die Beteiligten wieder nach Hamburg zurück. Auch hier gab es Zeugenaussagen, die von negativen Auswirkungen des Filmes auf den Umgang mit Juden berichteten.⁹⁰⁰ Nach den Plädoyers der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung hatte Veit Harlan vor der Urteilsverkündung das letzte Wort und beteuerte, dass er kein Nationalsozialist gewesen sei und lediglich aus der Not heraus gehandelt habe.⁹⁰¹

Es dauerte insgesamt 52 Tage, bis der Prozess sein Ende mit der Urteilsverkündung fand. Nachdem der Freispruch Veit Harlans am 23. April 1949 durch den Vorsitzenden Richter Dr. Walter Tyrolf erging, veröffentlichte das HABL auf der „Meinungsseite“ ein Kommentar zum Prozessverlauf und dem -ergebnis. Der unbekannte Verfasser ging dabei vor

⁸⁹⁶ Art. „Veit Harlan vor dem Schwurgericht“, in: HABL Nr. 26, 2.3.1949.

⁸⁹⁷ Bartsch: Art. Drittes Reich, S. 62.

⁸⁹⁸ Fischer, Hans Erasmus: Art. „Kristina sah ihren Mann weinen. Aufmarsch der Zeugen in der dritten Verhandlungswoche des Harlan Prozesses“, in: HABL Nr. 33, 19.3.1949.

⁸⁹⁹ Art. „Nachts ging das Telephon...“, in: HABL Nr. 35, 23.3.1949.

⁹⁰⁰ Art. „Letzte Zeugen im Harlan-Prozeß“, in: HABL Nr. 41, 6.4.1949.

⁹⁰¹ Fischer, Hans Erasmus: Art. „Veit Harlan hat das letzte Wort“, in: HABL Nr. 45, 16.4.1949.

allem auf die Verhärtung zweier Seiten ein, für die zum einen „der Gedanke unerträglich war, es könnte ein Mann von der öffentlichen Vergangenheit des Angeklagten unbestraft durchs Leben gehen“⁹⁰² und andererseits, dass Veit Harlan die Möglichkeit verwehrt werde, „den notwendigen Strich unter die Vergangenheit“⁹⁰³ zu ziehen. Beim Prozess sei es zunehmend nicht mehr um den Regisseur gegangen, sondern um die eben beschriebenen Standpunkte. Der Verfasser bezieht bei dieser Gegenüberstellung keine Position, obgleich er ein eindeutiges Plädoyer für das Akzeptieren des Urteils formuliert: „Weil aber unterstellt werden darf, daß trotz aller Ablenkungs- und Beeinflussungsversuche die neun Männer dieses Gerichts unvoreingenommen und doch mit heiligem Eifer die Wahrheits-suche durchgeführt und ihren Spruch ‚nach bestem Wissen und Gewissen‘ gefällt haben, wäre es schön, wenn schon der Spruch der ersten Instanz von allen Beteiligten hingenommen werden könnte. Man könnte dem Rechtsglauben des deutschen Volkes keinen größeren Dienst erweisen.“⁹⁰⁴ Bei der Betrachtung der letzten beiden Sätze entsteht der Eindruck, dass nach der Auffassung des Verfassers des Artikels dem deutschen Rechtssystem Vertrauen geschenkt werden solle und Zweifel bzw. Kritik an dem richterlichen Urteil fehl am Platze sei. Die Formulierung „mit heiligem Eifer“ soll dem Gericht darüber hinaus ein besonderes Engagement bei der Wahrheitsfindung attestiert werden und der Leserschaft ein gerechtes Prozessergebnis suggerieren.

Der letzte Artikel, der den Prozess betreffend ermittelt wurde, handelte von der Begründung des Urteils durch das Hamburger Schwurgericht. Hierbei wurde der Angeklagte von den oben aufgeführten Vorwürfen freigesprochen, obwohl nicht allen Aussagen Harlans im Prozess uneingeschränkter Glaube geschenkt wurde: „Der Angeklagte hat gesagt, wenn er schuldig sei, seien sie alle schuldig und der letzte Kinobesitzer, der den Film aufgeführt habe. Das aber sei nicht wahr. Harlans Anteil sei gewichtiger als der aller anderen. [...] Auch glaubt das Gericht nicht, daß ein Mann wie Harlan sich und seine Familie, bei Ablehnung des Stoffes in Lebensgefahr gebracht hätte.“⁹⁰⁵

Insgesamt stieß der Harlan-Freispruch auf ein geteiltes Echo in der Öffentlichkeit. Während die Massenmedien im Allgemeinen den Freispruch für richtig hielten, da die

⁹⁰² Art. „Das Harlan-Urteil“, in: HABL Nr. 47, 23.4.1949.

⁹⁰³ Ebd.

⁹⁰⁴ Ebd.

⁹⁰⁵ Art. „Warum Freispruch für Harlan?“, in: HABL Nr. 48, 24.4.1949.

Anklage Harlans Film als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ anzusehen, für übertrieben gehalten wurde, wandten sich mehrere Pressestimmen gegen den Jubel der Menschen, die Veit Harlan nach dem Prozess zum Wagen begleiteten.⁹⁰⁶ Eine scharfe Verurteilung des Freispruchs kam hingegen von Seiten der Verfolgtenorganisation, von kommunistischen Organisationen und von Juden, die ihren Unmut über das Urteil in Demonstrationen in Berlin und München äußerten.⁹⁰⁷ Als zwei Jahre nach dem Prozess ein neuer Harlan-Film, „Unsterbliche Geliebte“, in die deutschen Kinos kam, gab es zahlreiche Boykottforderungen und Protestaktionen an mehreren Orten.⁹⁰⁸ Diese Boykottbewegung zog sich durch die gesamte Bundesrepublik und wurde von bekannten Persönlichkeiten wie Theodor W. Adorno oder den Verleger der Frankfurter Rundschau Karl Gerold unterstützt.⁹⁰⁹

Dass das Urteil und der Prozess ein Nachspiel in vielerlei Hinsicht haben sollten, konnte von der damaligen Redaktion nicht erwartet werden. Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone hob das Urteil auf und der Prozess wurde unter demselben Vorsitzenden Dr. Walter Tyrolf im Jahr 1950 erneut aufgerollt.⁹¹⁰ Zwar wurde nun dem Film eine eindeutig negative Wirkung attestiert, dennoch habe laut Gericht der Regisseur unter Zwang gehandelt. Außerdem sah Veit Harlan sich mit der Anklage konfrontiert, Juden durch „Jud Süß“ beleidigt zu haben, wovon er ebenfalls freigesprochen wurde. Gegen Ende der 1950-er Jahre geriet der Regisseur des NS-Propagandafilms erneut in den Fokus der Kritik. Im Jahr 1958 rief der Hamburger Senatsdirektor Erich Lüth zum Boykott der Harlan Filme aus der Nachkriegszeit auf. Dieser erwirkte daraufhin eine richterliche Verfügung, dass Lüth den Boykottaufruf zu unterlassen habe. Der Senatsdirektor zog daraufhin vor das Bundesverfassungsgericht und erhielt finalen Zuspruch, dass der Film „Jud Süß“ antisemitische, volksverhetzende und verfassungsfeindliche Elemente beinhalte.⁹¹¹

⁹⁰⁶ Schildt: Medien-Intellektuelle, S. 412.

⁹⁰⁷ Bergmann: Antisemitismus, S. 94.

⁹⁰⁸ Ebd., S. 108.

⁹⁰⁹ Schildt: Medien-Intellektuelle, S. 413.

⁹¹⁰ Im Revisionsprozess hatte Dr. Walter Tyrolf bemerkenswerterweise erneut den Vorsitz. Marek, Michael: Veit-Harlan-Prozess.

⁹¹¹ Koch: Oppenheimer, S. 123.

Neben dem Zweifel der Staatsanwaltschaft hinsichtlich des Urteils aus erster Instanz wuchsen im Laufe der Jahre auch Bedenken an der politischen Unbescholtenheit des Vorsitzenden Dr. Walter Tyrolf.⁹¹² Laut Christian Berndt soll er im Nationalsozialismus als Sonderstaatsanwalt im Rahmen der „Rassenschande“ Todesurteilen den Weg bereitet haben.⁹¹³ Unterstützt wird der Vorwurf von Edgar Hasse, der Walter Tyrolf als „Blutrichter“ bezeichnete und ihm anlastet, verantwortlich für „am Hamburger Sondergericht viele Menschen zum Tode verurteilt“ zu haben.⁹¹⁴ Dem widerspricht Carsten Rinio, der sich eingehend mit der Biographie von Walter Tyrolf auseinandergesetzt hat. Seiner Recherche zufolge sei Tyrolf als Staatsanwalt am Landgericht Hamburg in der „Volksschädlingsabteilung“ für Diebstähle- und Bagatelldiebstahle zuständig gewesen. Hierbei soll er jedoch 14 Todesurteile erwirkt haben, wovon zehn vollstreckt wurden.⁹¹⁵

Interessant erscheint zudem der Umstand, dass Dr. Walter Tyrolf neben dem Veit Harlan-Prozess auch dem in Hamburg stattfindenden Euthanasie-Prozess⁹¹⁶ als Richter vorstand.

⁹¹² Im Rahmen der Entnazifizierung wurde Dr. Walter Tyrolf in die Kategorie V als „entlastet“ eingestuft. Obwohl er seit dem 1. Mai 1937 eingetragenes Mitglied in der NSDAP war und mehreren NS-Organisationen wie beispielsweise der NSV, dem Reichskolonialbund oder dem Nationalsozialistischem Rechtswahrbund angehörte, wurde er vom britischen Entnazifizierungsausschuss als politisch unbedenklich eingestuft. Diverse Entlastungszeugnissen attestierten Tyrolf, dass er sich „dem von Berlin geforderten scharfen Kurs entschieden widersetzt“ und „sich für eine menschliche Beurteilung und für ein vernünftiges Strafmaß eingesetzt“ habe. Am 21. April 1947 durfte Dr. Walter Tyrolf seine Arbeit als Richter wieder aufnehmen. StAHH, 211-11 L 1080, Walter Tyrolf.

⁹¹³ Berndt, Christian: Urteil vor 70 Jahren. NS-Filmregisseur Veit Harlan freigesprochen, in: Deutschlandfunk Archiv, April 2019, URL: <https://www.deutschlandfunk.de/urteil-vor-70-jahren-ns-filmregisseur-veit-harlan-100.html> (eingesehen am 8.3.2023).

⁹¹⁴ Hasse, Edgar: Die Kindermörderin von Rahlstedt, in: Die Welt, 21.2.2014, URL: https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article125060270/Die-Kindermoerderin-von-Rahlstedt.html (eingesehen am 3.01.2024).

⁹¹⁵ Rinio, Carsten: Walter Tyrolf, Richter und Staatsanwalt im Dritten Reich (und danach), in: Mitteilungen des Hamburgischen Richtervereins 1 (2022), S. 11-20, hier S. 19.

⁹¹⁶ In den ersten Jahrzehnten der BRD gab es verschiedene Euthanasie-Prozesse, in denen Ärzte und medizinisches Fachpersonal angeklagt wurden, im Rahmen eines Ermächtigungsschreibens Adolf Hitlers die systematische Tötung von Personen durchgeführt zu haben, die aus der Sicht der Nationalsozialisten aufgrund ihrer geistigen und körperlichen Verfassung ein „lebensunwertes Leben“ führten. In den meisten Fällen wurden die Angeklagten freigesprochen, was häufig öffentliche Diskussionen und Proteste nach sich zog. Nach der Ansicht von Antje Langer gab es bis in die 1980-er Jahre keine kritische Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des medizinischen Personals im „Dritten Reich“. Sie konstatiert, dass die ersten drei Jahrzehnte in diesem Berufsstand von personeller Kontinuität gekennzeichnet waren und wenige für ihre Taten belangt worden seien. Langer, Antje: Art. „Euthanasie-Prozesse und -Debatten“, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 2 (2007), S. 206-208.

Bei diesem Prozess wurden die Angeklagten ebenfalls freigesprochen, was in den Folgejahren den Ruf nach Überprüfung der Vergangenheit des Richters lauter werden ließ. Im Jahr 1963 heiratete er Ingeborg Wetzel, die als „Euthanasieärztin“ in einem Kinderkrankenhaus in Rothenburgsort zur Zeit des „Dritten Reiches“ gearbeitet hatte und die Verantwortung für die Ermordung von sechs Kindern trug. Dr. Walter Tyrolf war ihr Untersuchungsrichter und sprach sie von allen Vorwürfen frei.⁹¹⁷ Im Zuge vieler Ermittlungsverfahren Ende der 1950-er Jahre wurde auch ein Verfahren gegen ihn als ehemaligen Sonderanwalt im Nationalsozialismus eingeleitet und letztlich aufgrund von Mangel an Beweisen eingestellt.⁹¹⁸

Hinsichtlich des Prozesses um Veit Harlan betont Christian Berndt, dass der Prozess als Beispiel für den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Ende der 1940-er gesehen werden könne und der Freispruch des Regisseurs eine entlastende Symbolkraft für die gesamte Filmbranche gehabt habe.⁹¹⁹ Michael Marek hebt hervor, dass durch die Anklage Veit Harlans ein neuer Kreis von Delinquenten in den Fokus der Nachkriegsprozesse geriet und dass der Regisseur stellvertretend für die gesamte Branche angeklagt worden sei.⁹²⁰

Resümierend kann als Untersuchungsergebnis festgehalten werden, dass der erste untersuchte Gerichtsprozess neutral, sachlich und zurückhaltend von der HABL-Redaktion dargestellt wurde. Neben den bereits genannten formalen Rahmenbedingungen und Ergebnissen wie die Anzahl der Artikel und die Verortung innerhalb der Zeitung kann aus inhaltlicher Sicht gesagt werden, dass zu diesem Zeitpunkt der Untersuchung noch wenig Aussagen über die Sicht der HABL-Redaktion auf die NS-Vergangenheit getroffen werden können. Es wurde ermittelt, dass Hans Erasmus Fischer die Hauptartikel zum Prozess stets unter Würdigung der Fakten und rechtsstaatlichen Gesichtspunkten geschrieben hat. Eine tendenzielle Bewertung des Urteils durch das HABL ist nicht zu erkennen. Es wird deutlich, dass die Gerichtsbarkeit nicht angezweifelt und die Staatsanwaltschaft sich mit

⁹¹⁷ Hasse: Kindermörderin.

⁹¹⁸ Ausführungen über das Leben und seine Rolle als Richter im „Dritten Reich“ und in der Nachkriegszeit sind u.a. in den Arbeiten von Andreas Babel und Carsten Rinio zu lesen. Babel, Andreas: Die NS-„Euthanasie“ und Rahlstedt. Die dunkle Seite der Rahlstedter Kinderärztin Ingeborg Wetzel, in: Rahlstedter Jahrbuch für Geschichte & Kultur 2018 (2018), S. 78-95; Rinio: Tyrolf, S. 11-20.

⁹¹⁹ Berndt: Urteil vor 70 Jahren.

⁹²⁰ Marek: Harlan-Prozess.

dem Urteil zufriedengeben solle. Diese unaufgeregte und dezidiert faktenorientierte Berichterstattung unterstreicht das publizistische Credo des HABL, seine Leserschaft nicht zu überfordern, sondern zu schonen und vor allem nicht anzuklagen. Passend zu diesem ersten Teilergebnis lässt sich auch der Kommentar zum Urteil lesen: Der Prozess und das umstrittene Urteil werden nicht zum Anlass genommen, die allgemeine Rolle von Schauspielern und Regisseuren im „Dritten Reich“ zu thematisieren oder gar zu hinterfragen, sondern viel mehr auf die Verrohung beider Prozessparteien aufmerksam zu machen und diese zu kritisieren. Gleichzeitig wird dafür geworben, die Entscheidung des Gerichtes nicht anzuzweifeln.⁹²¹ Auch wenn der Redaktion nicht vorgeworfen werden kann, von der Rolle des Richters im Nationalsozialismus Kenntnis gehabt zu haben, lässt sich zu diesem Zeitpunkt der Untersuchung jedenfalls der Berichterstattung eine gewisse Leichtgläubigkeit bzw. politischen Konformität attestieren.

7.4.2. Friedrich Nieland

Der „Fall Friedrich Nieland“ spielt in diesem Kapitel insofern eine exponierte Rolle, als dass es zwar nicht zu einem Prozess gegen ihn kam, aber der Fall dennoch für großes nationales und internationales Aufsehen sorgte und darüber hinaus ausschlaggebend für die Veränderung der Gesetzeslage gegen Volksverhetzung in der BRD war. Dabei stand bei diesem Fall nicht nur der Hamburger Holzhändler Friedlich Nieland mit der Publikation seiner antisemitischen Hetzschrift im Fokus der öffentlichen Kritik, sondern auch der Richter, der es nicht zu einer Gerichtsverhandlung hat kommen lassen. Dadurch, dass die Untersuchungen zur HABL-Berichterstattung bisher eine Unantastbarkeit und Unfehlbarkeit der Gerichte suggerierten, gilt es nun hierbei ebenfalls einen dezidierten Blick auf die Meinung der Zeitung hinsichtlich des verantwortlichen Richters zu werfen bzw. ob diese überhaupt im Rahmen der Berichterstattung kommuniziert wurde.

Zunächst soll jedoch in chronologischer Reihenfolge inhaltlich auf die umstrittene Publikation Friedrich Nielands eingegangen werden und anschließend über biografische Hintergrundinformationen zu seiner Person. Sodann wird der Untersuchungsschwerpunkt auf der Berichterstattung im HABL liegen und überprüft, inwiefern diesem folgenreichen Skandal in der Hamburger Tageszeitung Rechnung getragen wurde. Schlussendlich wird

⁹²¹ Art. „Das Harlan-Urteil“, in: HABL Nr. 47, 23.4.1949.

auf die politischen Konsequenzen des Falles eingegangen und ein Zwischenfazit zu den bisherigen Untersuchungsergebnissen dieses Unterkapitels gezogen.

Mit seiner Publikation „Wieviel Welt (Geld-)Kriege müssen die Völker noch verlieren?“ richtete sich der aus Hamburg stammende Holzhändler Friedrich Heinrich Wilhelm Nieland an die damalige Bundesregierung um Bundeskanzler Konrad Adenauer. Sein Pamphlet umfasst 39 Seiten und wurde 1957 an alle Bundesminister und Parlamentarier des Bundestages geschickt. Die Druckauflage der Broschüre betrug insgesamt 2000 Stück und wurde vom Heimberg Verlag⁹²² in Stade gedruckt.⁹²³

Inhaltlich sind dem Dokument viele schwere und infame Beschuldigungen gegenüber Juden im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit zu entnehmen. Bereits auf den ersten beiden Seiten seiner Hetzschrift geht der Verfasser auf die selbstverschuldete Massenvernichtung der Juden ein, da sie nach seinen Angaben nach von Juden selbst organisiert worden seien und die Deutschen somit einem Lügenkonstrukt zum Opfer gefallen seien: „Allein die ungeheuerliche Lüge über die Vergasung und Abschachtung von sechs Millionen Juden durch Deutsche unter Hitlers Macht ist so widersinnig wie nur möglich. Erstmal steht es unwiderlegbar fest, daß nicht Deutsche die Organisatoren dieser Massenvernichtung von Juden waren, sondern Juden selbst, wie der Zionist Dr. Kastner, der die Juden in Ungarn zur Schlachtbank führte und zweitens der von Juden abstammende Eichmann, der die Juden [...] vergasen ließ.“⁹²⁴ Außerdem meint der Autor den Schuldigen für den Holocaust beim „Internationalen Judentum“ gefunden zu haben: „Es ist eine der teuflischsten Gemeinheiten, die das ‚Internationale Judentum‘ vollzogen hat, um ihre Verbrechen an Deutschland zu tarnen. [...] Das ganze Vernichtungsmanöver war eine

⁹²² In diesem Zuge liegt die Frage nahe, welcher Verlag so ein Dokument mit politisch-hochbrisanten und verqueren Behauptungen überhaupt druckt. Der hierfür verantwortliche Verleger Adolf Heimberg war für die Justiz keine unbekannt Person, da gegen seinen Verlag schon häufiger Gerichtsverfahren wegen des Druckens von fragwürdig politisch-tendenziösen Publikationen eingeleitet wurden. Nach eigenen Angaben des Verlegers habe er nach einer Überprüfung keine Einwände gehabt, die Broschüre zu drucken, da er die Schrift als Brief verstand. An der Verbreitung des Dokuments sei er nicht beteiligt gewesen. Hering, Rainer: Der Stader Verleger Adolf Heimberg und der „Fall Nieland“. Völkische Verlagswesen, Antisemitismus und Justiz in der frühen Bundesrepublik, in: Stader Jahrbuch, NF 104 (2014), S. 89-135, hier S. 102-108.

⁹²³ Hering: Nieland, S. 90.

⁹²⁴ Nieland, Friedrich: Wieviel Welt (Geld-)Krieg müssen die Völker noch verlieren? Offener Brief an alle Bundesminister und Parlamentarier der Bundesrepublik, in: StAHH, 131-1 II Senatskanzlei – Gesamtregistratur, Nr. 5336.

Aktion, die von den Eingeweihten des ‚Internationalen Judentums‘ angezettelt war.“⁹²⁵ Der Verfasser warnt vor einem Dritten Weltkrieg, der von einer bestimmten Gruppe von Juden vorbereitet werden würde und empfiehlt der amtierenden Regierung keine wichtigen Ämter und Schlüsselposten an sie zu vergeben.⁹²⁶

Über die Person Friedrich Nieland sind nur wenig biografische Daten bekannt: Er ist am 21. November 1896 in Hamburg geboren und ist in der Hansestadt aufgewachsen. Zu seinen Ausbildungsstätten zählt die Volksschule und die Baugewerbeschule. Er machte eine Ausbildung zum Zimmerer. Nach seinem Wehrdienst als Soldat im Ersten Weltkrieg machte er sich im Jahr 1919 als Holzhändler in Hamburg selbstständig. Über Mitgliedschaften in Vereinen oder Organisationen ist ebenfalls nicht viel bekannt: Er war kein Mitglied in der NSDAP und war lediglich für eine kurze Zeit Mitglied der Adventisten zu Beginn der 1930-er Jahre. Vorher waren er und seine Frau Mitglieder der evangelischen Landeskirche.⁹²⁷ Seine Biografie lässt daher keine Schlüsse zu, ob er bereits vor der Veröffentlichung seiner Schrift mit nationalsozialistischem Gedankengut in Kontakt gekommen war bzw. in Kreisen verkehrte, die seine Ansichten forderten und förderten.

Bei diesem Untersuchungsgegenstand war es nicht leicht, einen Zeitraum für die Analyse der HABL-Berichterstattung zu bestimmen, da zwischen der Veröffentlichung der Nieland-Broschüre und der Rezeption durch Zeitung und Politik in der BRD einige Monate vergingen. Darüber hinaus gibt es für diesen Fall keinen klar terminierten Zeitraum wie bei den bisher behandelten Gerichtsprozessen, da der Justizskandal um Nieland nicht zu einem Prozess führte.

Erst durch den Sozialdemokraten Maxim Kuraner, der Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz war und sich aufgrund seiner jüdischen Religionszugehörigkeit durch den Brief beleidigt fühlte, wurde ein Strafantrag beim Landgericht in Hamburg eingereicht.⁹²⁸ Im April 1957 wurde der Fall um Friedrich Nieland im Bundestag bekannt und im Jahr darauf wurde von der Staatsanwaltschaft Anklage gegen den Verfasser des Dokuments

⁹²⁵ Nieland: Welt, S. 3 f.

⁹²⁶ Ebd., S. 32 f.

⁹²⁷ Hering: Nieland, S. 91.

⁹²⁸ Hering, Rainer: Der „Fall Nieland“ und sein Richter. Zur Kontinuität in der Hamburger Justiz zwischen „Drittem Reich“ und Bundesrepublik, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 81, (1995), S. 207-222, hier S. 209.

erhoben wegen „Verbreitung einer staatsgefährdenden Schrift“ und „öffentlicher Beleidigung der jüdischen Bürger“⁹²⁹, woraufhin zunächst eine Untersuchung Nielands durch einen Psychiater veranlasst wurde. Im November desselben Jahres ergaben die Untersuchungen des Professors Albrecht Langeleddüke, dass bei Nieland keine „Störung der Geistestätigkeit“ vorläge. Daraufhin entschloss sich die Große Strafkammer I, in der Landgerichtsdirektor Dr. Enno Budde den Vorsitz hatte, gegen die Einleitung eines Hauptverfahrens.⁹³⁰ Die Entscheidung des Gerichts wurde am 26. November 1958 verkündet.⁹³¹ Nach der Meinung des Autors sind bei dieser Entscheidung mehrere Kurzsichtigkeiten zu beobachten: Soweit das Gericht sich hinsichtlich der Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens gemäß Paragraph 204 der Strafprozessordnung auf die Verneinung der subjektiven Voraussetzungen des Straftatbestandes, d.h. der nach Auffassung des Gerichts nicht nachgewiesenen Absicht und mithin eines inneren Merkmals des Tatbestandes, also eines Wissens- bzw. Wollensmerkmals, stützt, wird die Auseinandersetzung mit dem objektiven Tatbestand der Strafnorm, d.h. der sachlichen Befassung mit dem Sachverhalt aus dem Weg gegangen. Ferner erscheint die Argumentation, wonach

⁹²⁹ Art. „Reich des Zwistbringers“, in: Spiegel vom 20.1.1959. URL: <https://www.spiegel.de/politik/reich-des-zwistbringers-a-deddc7a4-0002-0001-0000-000042624393?context=issue> (eingesehen am 30.3.2023).

⁹³⁰ Hering: Richter, S. 209 f.

⁹³¹ Eine der Begründungen kein Hauptverfahren gegen den Autor des Pamphlets und den Verleger Adolf Heimberg einzuleiten, war, dass „gegen den Vorwurf, in dieser Schrift antisemitische Bestrebungen gefördert zu haben, verteidigten sich die Angeschuldigten damit, sie hätten sich nicht gegen die Juden schlechthin wenden wollen, sondern nur gegen einen eng begrenzten Kreis von Juden, der nach ihrer Überzeugung für das weltgeschichtliche Geschehen der letzten Jahrzehnte verantwortlich sei. Auch Hitler sei nur ein Werkzeug dieses Kreises gewesen. (...) Dieses Vorbringen ist den Angeschuldigten in subjektiver Hinsicht nicht mit genügender Sicherheit zu widerlegen.“ Eine weitere wichtige Begründung des Gerichts war, dass die Broschüre klar differenziere zwischen dem jüdischen Volk und dem sogenannten „Internationalen Judentum“, das nach der Ansicht Nielands u.a. für die Massenvernichtung der Juden verantwortlich gewesen sei. Des Weiteren kann laut Gericht „nicht mit genügend Sicherheit festgestellt werden, daß sie (Friedrich Nieland und Adolf Heimberg) eine Staatsgefährdung haben begehen wollen, zumal es überhaupt fraglich erscheint, ob die Schrift durchdacht, gedanklich aufgebaut und die gezogenen Schlüsse folgerichtig sind.“ Schließlich attestiert das Gericht den beiden Angeklagten, dass ihnen „nicht mit hinreichender Sicherheit (...) die Absicht nachzuweisen“ sei, „die freiheitlich-demokratische Staatsform durch eine Gewalt- und Willkürherrschaft ersetzen zu wollen.“ Begründungen sind im folgenden Artikel nachzulesen: „Reich des Zwistbringers“, in: Spiegel vom 20.1.1959, URL: <https://www.spiegel.de/politik/reich-des-zwistbringers-a-deddc7a4-0002-0001-0000-000042624393?context=issue> (eingesehen am 30.03.2023).

sich der Aufruf zum Kampf gegen das „Internationale Judentum“ nicht gegen das „jüdische Volk“ richtet, bereits vom Wortlaut her wenig überzeugend.

Nach Bekanntgabe des Beschlusses wurde Beschwerde durch den Generalstaatsanwalt Ernst Buchholz und den Leitenden Oberstaatsanwalt am 26. November 1958 eingereicht, die ebenfalls ohne Folgen für den „Fall Nieland“ blieb, da sie vom Ersten Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts am 6. Januar 1959 abgelehnt wurde, dessen Vorsitz Dr. Otto Erich Herr hatte.⁹³²

Eine sehr intensive Berichterstattung über den Hamburger Justizskandal wurde im Zeitraum vom 9. Januar bis zum 21. Januar 1959 im HABL registriert. Ohnehin hatte der Fall bis zum Januar 1959 kaum mediales Aufsehen erregt.⁹³³ Ein Grund für genau diesen Zeitraum könnte darin liegen, dass nach der Erklärung des Landesgerichts Hamburg und der Ablehnung der Beschwerde durch das Hanseatische Oberlandesgericht eine Reaktion der Politik folgte. Hamburgs Erster Bürgermeister kritisierte die Entscheidung des Oberlandesgerichts scharf und fuhr zur Beratung des Falles nach Bonn zu Bundeskanzler Adenauer.⁹³⁴ Insgesamt konnten 11 Artikel ermittelt werden, wovon sieben Artikel vom Redakteur Helmut Thieves und der Redakteurin Dr. Hildegard Michaelis verfasst worden sind. Ähnlich wie bei den anderen bereits untersuchten Themen waren auch bei diesem Untersuchungsgegenstand die meisten Artikel auf der „Politik“- , „Meinungs“- und „Hamburg-Seite“ zu finden. Am 9. Januar 1959 wird auf der Titelseite des HABL über Max Brauers Kritik an der Gerichtsentscheidung geäußert und von seiner Bonn-Reise berichtet, wo er sich neben Konrad Adenauer mit Staatssekretär Hans Globke⁹³⁵ und

⁹³² Hering: Nieland, S. 111.

⁹³³ Bergmann: Antisemitismus, S. 208.

⁹³⁴ Nach Moritz Hoffmann ging es bei der Reise und der Konsultation mit dem Bundeskanzler lediglich um „Schadensbegrenzung“ im „Fall Nieland“, da das Urteil bereits rechtskräftig gewesen sei. Diese Behauptung würde dadurch bekräftigt, dass neben Konrad Adenauer auch Außenminister von Brentano, der Jurist Josef Schafheutle und dem Staatssekretär Hans Globke dabei gewesen seien. Außerdem konnte Max Brauer so einer Auseinandersetzung mit der CDU in Hamburg aus dem Weg gehen. Hoffmann, Moritz: Die Möglichkeit einer Lüge. Der Umgang mit der Leugnung des Massenmordes an den Juden in der Nachkriegszeit, Heidelberg 2013, S. 62.

⁹³⁵ Hans Globke gehört neben anderen Personen wie beispielsweise Theodor Oberländer zu den prominentesten Persönlichkeiten, die für personelle Kontinuität von hochrangigen NS-Funktionären in der BRD stehen. Hans Globke hat Jura studiert und u.a. mit an den Nürnberger Rassegesetzen von 1935 gearbeitet. Seine Mitwirkung an der antijüdischen Gesetzgebung im Nationalsozialismus führte jedoch nicht dazu, dass ihm eine politische Karriere in der BRD verwehrt wurde.

Bundesaußenminister Heinrich von Brentano über den „Fall Nieland“ beraten wollte. Im Artikel wird zunächst grob der Inhalt der Broschüre von Friedrich Nieland wiedergegeben und anschließend von einer durch die Anwesenden avisierten Überprüfung des Hamburger Beschlusses durch den BGH berichtet. Den Schluss des Artikels markiert die Stellungnahme von Max Brauer, in der er deutlich zu verstehen gibt, welcher politischer Schaden und Vertrauensverlust in die Justiz durch die Beschlüsse ergangen sei: „Die beiden Urteile der Hamburger Gerichte [...] haben unerhörte politische Bedeutung, vor allem, wenn man an das Mißtrauen im Ausland gegenüber Deutschland denkt. Deshalb sollten diese Urteile im ganzen deutschen Volk eine Reaktion hervorrufen, die den durch diese Urteile angerichteten Schaden in der ganzen Welt wiedergutmachen.“⁹³⁶

In den folgenden Tagen gab es kaum eine Ausgabe des HABL, in der der Skandal um Friedrich Nieland nicht zum Gegenstand der Berichterstattung geworden ist. Die Leserschaft wurde über die chronologische Reihenfolge des Falles informiert, von der Publikation Nielands Anfang 1957 bis zum psychiatrischen Gutachten und schließlich dem richterlichen Beschluss, es nicht zu einer Hauptverhandlung kommen zu lassen. Zudem wird im Artikel „Fall Nieland kommt vor die Bürgerschaft“ in der Wochenendausgabe vom 10. und 11. Januar 1959 über die ersten Forderungen berichtet, die Broschüre Nielands zum Anlass zu nehmen, sich in Bonn für eine Gesetzesänderung zur besseren Strafverfolgung von Hetzschriften einzusetzen.⁹³⁷

Hervorzuheben ist eine Untersuchungserkenntnis, die bei der Analyse des Artikels „Der Fall Nieland und die Paragraphen“ von Redakteurin Dr. Hildegard Michaelis am 14. Januar 1959 gewonnen wurde.⁹³⁸ Neben allgemeinen Informationen über die Diskussion der Bürgerschaft, ob die Entscheidung des Landgerichts Hamburg und des Hanseatischen

Ganz im Gegenteil, Hans Globke wurde engster Vertrauter von Bundeskanzler Konrad Adenauer und u.a. Staatssekretär. Er wehrte sich zeitlebens gegen die Vorwürfe federführend an der antisemitischen Gesetzeslage im „Dritten Reich“ mitgewirkt zu haben. Das Entnazifizierungsverfahren konnte er mithilfe mehrerer Leumundszeugnisse als politisch-unbelastet überstehen. Schröder, Dominique: Art. „Fälle Globke und Oberländer“, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 206-208.

⁹³⁶ Art. „Brauer kritisiert Gerichtsentscheidung. Strafverfolgung des Verfassers einer antisemitischen Flugschrift wurde abgelehnt“, in: HABL Nr. 7, 9.1.1959.

⁹³⁷ Art. „Fall Nieland kommt vor die Bürgerschaft“, in: HABL Nr. 8, 10./11.1.1959.

⁹³⁸ Michaelis, Hildegard: Art. „Der Fall Nieland und die Paragraphen“, in: HABL Nr. 11, 14.1.1959.

Oberlandesgerichts auf einer Fehlentscheidung und auf Mängel in den Strafbestimmungen zurückzuführen seien, und der inhaltlichen Wiedergabe von Teilen der Hetzschrift, sind kritische Äußerungen der Redakteurin über die Beschlüsse der Gerichte zu erkennen. Eine besondere Empörung ist in Hinblick auf die Begründung des Oberlandesgerichtes zu vernehmen: „Der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts ging auf die Darlegungen des höchsten Vertreters der hamburgischen Anklagebehörde nicht ein. Er begnügte sich mit dem Spruch: ‚Die Beschwerde wird aus den zutreffenden Gründen des angefochtenen Beschlusses auf Kosten der Staatskasse als unbegründet verworfen.‘ Ein einziger Satz zur Begründung des Beschlusses, dessen Bedeutung kaum abgemessen werden kann! Mit diesem Satz ist der Spruch der Großen Strafkammer I zur endgültigen Entscheidung geworden, falls nicht Senat und Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe Wege finden, um die weitere Verbreitung der Nielandschen Gedankengänge, die an unselige Zeiten erinnern, zu verhindern.“⁹³⁹

Im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte dieses Kapitels wurde mit dem Artikel zum ersten Mal eine Kritik an den Gerichten ermittelt. Die Kritiklosigkeit und die Wahrung der Unantastbarkeit der Gerichtsbarkeit, die noch in den vorherigen Kapiteln und Untersuchungsgegenständen, zu erkennen war, wird im „Fall Nieland“ in sachliche Kritik umgewandelt. Dabei wird von der Autorin ein unmittelbarer Vergleich zu „antisemitischen Hetzaposteln“ im Nationalsozialismus gezogen, die ähnlich wie Nieland straffrei davorkamen, da ihnen „keine Angriffe auf einen bestimmten Personenkreis“ nachgewiesen werden konnte, „sondern nur beleidigende Behauptungen ‚allgemeiner Natur‘.“⁹⁴⁰ Es scheint die Autorin vor allem die Tatsache zu stören, dass Friedrich Nieland mit derselben Spiegelfechtereie wie im Nationalsozialismus ohne Strafe davonkommt. Diese Kritik an den Gerichten und der Appell, dass sich der Rassismus des „Dritten Reichs“ nicht wiederholen dürfe, markiert eine bisherige Besonderheit in der Untersuchung der Berichterstattung des HABL. Dennoch kann an dieser Stelle diese Erkenntnis ebenfalls dahingehend relativiert werden, dass das HABL es versäumte, den Zusammenhang zwischen der Entscheidung des Richters Dr. Enno Budde, den „Fall Nieland“ nicht zu einer Hauptverhandlung kommen zu lassen, und seiner politischen Vergangenheit bzw. seiner Anschauung zu thematisieren. Andere Zeitungen wie das HE und der „Spiegel“ untersuchten

⁹³⁹ Michaelis: Nieland.

⁹⁴⁰ Ebd.

Buddes Biografie und ermittelten eine Analogie zwischen dem Urteil und seiner Person.⁹⁴¹ Im „Spiegel“-Artikel „Rufmord an Dr. Budde?“ vom 10. März 1959 wird an Buddes politischer Integrität gezweifelt, da er sich im „Dritten Reich“ für die Politik gegen die jüdische Bevölkerung ausgesprochen hatte und Mitglied in der NSDAP war.⁹⁴² Eine Aufarbeitung der Biografie Buddes, eine Betonung seiner politischen Vergangenheit oder ein Hinweis der HABL-Redaktion über die Vorwürfe des HE und des „Spiegel“ gegenüber Dr. Enno Budde konnten in keinem Artikel ermittelt werden.

In einem Kommentar zum „Lex Nieland“ vom 15. Januar 1959 wird Kritik an der verspäteten Gesetzgebung geübt, die mit der Änderung von Paragraph 130 des Strafgesetzbuches⁹⁴³ eine bessere strafrechtliche Verfolgung antisemitischer Schriften bewirken soll, und festgehalten, dass diese Reform zu spät komme und den tatsächlichen Entwicklungen hinterherhinken würde.⁹⁴⁴ Dem Kommentar ging auf der Titelseite des HABL eine Meldung über die Verabschiedung der „Lex Nieland“ voraus, dass vom Bonner Kabinett verabschiedet wurde und künftig Volksverhetzungen härter bestrafen sollen. Nach der Zustimmung der Gesetzesänderung durch den Bundestag und den Bundesrat würde das Gesetz in Kraft treten.⁹⁴⁵

Welche Bedeutung der „Fall Nieland“ für die Bürgerschaft hatte, betont ein Artikel von Redakteur Helmut Thieves, der über eine in der Bürgerschaftssitzung von allen Fraktionen unterstützte Protesterklärung berichtet und einen gemeinsamen Antrag auf Ergänzung des Strafrechts, um künftig solche antisemitischen Äußerungen und Schriften besser verfolgen zu können. Zudem bewertete der Redakteur folgenden Vorstoß des sozialdemokratischen Senator Paul Nevermann, der zwei Jahre nach diesem Artikel sogar Hamburgs Erster Bürgermeister wurde, als „sensationellen Vorschlag“: „Wir müssen prüfen,

⁹⁴¹ Hering: Nieland, S. 117.

⁹⁴² Laut „Spiegel“-Recherchen hat er im Jahr 1935 Folgendes in den „Althannoverschen Kalender“ geschrieben: „Blut und Boden drohen in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Judenemanzipation und durch die Bauernbefreiung eine neue Gefahr. Beiden Gefahren sind in Niedersachsen die Welfen mit einer einzigartigen Gesetzgebung begegnet. Der ewigen Rechtsidee, der Erhaltung der Rasse, diene das hannoversche Judengesetz, das den Juden noch viel mehr Beschränkung als unsere heutige Ariergesetzgebung auferlegte. Die Folge war, daß der Zugang fremder Juden fast unmöglich war.“ Art. „Rufmord an Dr. Budde?“, in: Spiegel Nr. 11, 10.03.1959.

⁹⁴³ Fortan StGB.

⁹⁴⁴ Art. „Lex Nieland“, in: HABL Nr. 12, 15.1.1959.

⁹⁴⁵ Art. „Bonn will Blitzgesetz gegen Volksverhetzung. Vom Kabinett gestern schon verabschiedet.“, in: HABL Nr. 12, 15.1.1959.

ob gegen die im „Fall Nieland“ beteiligten Richter vor dem Bundesverfassungsgericht Richteranklage erhoben werden soll.“⁹⁴⁶ Durch die Debatte in der Bürgerschaft und den Vorschlag Paul Nevermanns wird deutlich, dass der „Fall Nieland“ auf unterschiedlichen Ebenen der Justiz weitreichende Auswirkungen hatte.

In den letzten Tagen des Untersuchungszeitraumes wird zunehmend der Fokus der Berichterstattung auf Richter Dr. Enno Budde gelegt. Es wird über seine Bitte um Versetzung und seine neue Funktion als Zivilrichter berichtet, wobei mit keinem Wort seine politische Belastung zum Ausdruck gebracht wird. Den Abschluss bilden zwei Artikel, wovon einer den Titel trägt „Müssen sie ‚Könige‘“ sein? Sonderstellung der Richter/ Die Dreiteilung der Gewalten“. HABL-Redakteurin Dr. Hildegard Michaelis gibt in diesem Zuge einen Überblick über die Rolle der Richter im „Dritten Reich“ und deren Befugnisse in der BRD. Obwohl die Frage des Artikels auf eine anregende Positionierung der Redakteurin hoffen lässt, wird der Rezipient in diesem Fall enttäuscht. Es wird lediglich hervorgehoben, welche Tragweite „die dumme wie üble antisemitische Hetzschrift“ von Friedrich Nieland im Justizwesen der BRD hatte.

Zwar gab es keine Gerichtsverhandlungen und keine strafrechtlichen Konsequenzen für Friedrich Nieland oder den Verleger Adolf Heimberg, nichtsdestotrotz wurde die Schrift Nielands mit dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 28. Februar 1959 eingezogen. Außerdem wurde Friedrich Nieland bereits einem Monat zuvor verboten, sein Flugblatt oder dessen Inhalt weiterhin zu verbreiten. Bei widerrechtlichem Verhalten hätte ihn eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten erwartet.⁹⁴⁷

Die Ergebnisse der Untersuchung dieses Justizskandals zeigen einmal mehr, dass nicht nur das Verlagswesen von personeller Kontinuität nach 1945 geprägt war, sondern auch – und das in einem besonderen Maße – das Justizwesen in der BRD. Somit konstatiert Rainer Hering folgerichtig, dass der „Fall Nieland“ ein Justizskandal in der noch jungen Bundesrepublik darstellte und sogar zu einem „Fall Budde“ avancierte.⁹⁴⁸ Die Berichterstattung des HABL blieb überwiegend sachlich und wertneutral, wobei eine deutliche

⁹⁴⁶ Thieves, Helmut: Art. „Der Fall Nieland: Geschlossene Protesterklärung der Bürgerschaft“, in: HABL Nr. 12, 15.1.1959.

⁹⁴⁷ Hering: Nieland, S. 132.

⁹⁴⁸ Ebd., S. 135.

Distanzierung zu der Hetzschrift und dessen Inhalt und eine klare Positionierung gegen die Beschlüsse der Hamburger Gerichte, es nicht zu einer Hauptverhandlung kommen zu lassen, zu erkennen sind. Trotzdem wird sich in den meisten Artikeln an sachlichem Vokabular bedient. Hervorzuheben ist zudem, dass zwischen der Untersuchung des Harlan-Prozesses 1949 und dem Nieland-Fall 1959 eine interessante Entwicklung in der Berichterstattung des HABL zu erkennen ist: Während das Gericht und seine Entscheidungen im ersten untersuchten Fall nicht in Frage gestellt wurde, war in diesem Unterkapitel eine deutliche Kritik an den Gerichten durch die HABL-Redaktion zu erkennen. Dies mag daran liegen, dass zum einen im Inhalt der Schrift von Friedrich Nieland deutlicher Antisemitismus nachzuweisen ist und andererseits die Richter im „Fall Nieland“ stärker in den medialen Fokus gerieten.

In den Vordergrund rückte dabei, wie bereits erläutert, Dr. Enno Budde. Dabei war auch der Richter der zweiten Instanz, Dr. Otto Erich Herr, kein unbescholtenes Blatt im „Dritten Reich“.⁹⁴⁹ Im Ergebnis kann somit festgehalten werden, dass sich auch das HABL für die Stärkung der Demokratie durch klare Abgrenzung zu Schriften wie der von Friedrich Nieland und Duldung bzw. Verharmlosung solcher Äußerungen durch Gerichte einsetzte. Wie in diesem Kapitel beschrieben, wurde dabei sogar gesondert auf die Stellung und Rolle der Richter in der BRD eingegangen und diese z.T. in Form von Artikeln auf der „Meinungsseite“ hinterfragt. Diese Kritik beinhaltete jedoch in erster Linie die Stellung und die Befugnisse der Richter im Allgemeinen und nicht den besonderen Zusammenhang zwischen den Entscheidungen, die Dr. Enno Budde im „Fall Nieland“ traf, und seiner politischen Vergangenheit. Hierbei konnte festgestellt werden, dass sich das HABL – obwohl andere Zeitungen von der politischen Belastung von Dr. Enno Budde berichteten – gegen einen Blick in seine Biografie entschlossen hatte. Ferner entschied sich die Redaktion dazu, die Leserschaft über die Berichterstattung anderer Zeitung diesbezüglich in Kenntnis zu setzen. Aus der Sicht des Autos ist das eine klare Positionierung des HABL nicht auf die politische Bescholtenheit des Richters aufmerksam zu machen.

⁹⁴⁹ Obgleich der Lebenslauf von Dr. Otto Erich Herr nicht im öffentlichen Fokus stand, war er im „Dritten Reich“ Mitglied der NSDAP ab dem 1. Mai 1933 und wurde unter dem Nazi-Regime im Jahr 1944 zum Senatspräsidenten ernannt. Hering: Nieland, S. 131.

7.5. Überregionale und internationale Gerichtsprozesse im „Abendblatt“

In diesem Kapitel wird der Schwerpunkt auf Gerichtsprozesse gelegt, die national und international für großes mediales Aufsehen sorgten. Die Prozesse passen in die vorher skizzierte Entwicklung des öffentlichen Bewusstseins und Diskussion zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit, da durch die Errichtung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen Ende der 1950-er Jahre eine neue Phase der Vergangenheitsaufarbeitung in der BRD eingeläutet wurde. Zwei Höhepunkte dieser Zeit stellen der Adolf Eichmann-Prozess in Jerusalem im Jahr 1961 und der Frankfurter Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965 dar.⁹⁵⁰ Bei beiden Prozessen wird zunächst auf Hintergrundinformationen zu den Prozessen, dessen Vorgeschichte und den angeklagten Personen, also ihre nationalsozialistische Vergangenheit, und dem Prozess zugrunde liegenden Anklagepunkte eingegangen. Ferner wird die Bedeutung beider Prozesse für die Aufarbeitungs- und Erinnerungskultur in der BRD mithilfe von Standpunkten aus der Forschung hervorgehoben. Anschließend wird anhand der Untersuchungskriterien die Rezeption der Prozesse durch das HABL analysiert. Dieses Unterkapitel stellt den Schlusspunkt der Analyse der Prozessberichterstattung im HABL dar, sodass im Anschluss an die Auswertung der Untersuchungsergebnisse eine abschließende Schlussbetrachtung vollzogen wird.

7.5.1. Eichmann-Prozess

Der Gerichtsprozess zu Lasten von Otto Adolf Eichmann wurde in Jerusalem im Jahr 1961 geführt, nachdem er in einer geheimen Aktion von Agenten des israelischen Geheimdienstes Mossad aus Argentinien nach Israel gebracht worden war. Daraufhin leitete Israel ein Strafverfahren gegen Adolf Eichmann am 23. Mai 1960 ein.⁹⁵¹ Er galt im „Dritten Reich“ als einer der „Architekten“ der systematischen Vernichtung der Juden in Europa durch die Nationalsozialisten. Er hatte den Rang eines SS-Obersturmbannführers und ab 1940 war er Leiter des Referates IV B 4 für „Juden- und

⁹⁵⁰ Bajohr: Holocaust-Forschung, S. 130.

⁹⁵¹ Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964, S. 9.

Räumungsangelegenheiten“ im Reichssicherheitshauptamt.⁹⁵² Auf der Wannsee-Konferenz in Berlin am 20. Januar 1942 wurde über die „Endlösung der Judenfrage“ mit hochrangigen NS-Funktionären diskutiert. Adolf Eichmann war hierbei Protokollführer und organisierte die Deportationen hunderttausender Juden in ganz Europa in die Konzentrationslager. Er besichtigte u.a. die Gaskammern in Auschwitz und setzte sich für die Vergasung tausender Juden durch das Giftgas „Zyklon B“ ein, um eine noch schnellere und effizientere Tötungsmethode in den Konzentrationslagern zu gewährleisten.⁹⁵³ Es ist anzunehmen, dass Adolf Eichmann an einer Tötungsaktion nicht aktiv teilgenommen, aber dennoch einen erheblichen Anteil an der Organisation und Umsetzung des Holocausts hatte. Daher prägt seine Person in einem besonderen Maße die Bezeichnung des „Schreibtischtäters“, da er mit seinen Anweisungen die Registrierung, Deportation und schließlich Tötung zahlreicher Juden aus ganz Europa veranlasste.⁹⁵⁴

Zum Ende des Zweiten Weltkrieges verließ Adolf Eichmann aufgrund des Vorrückens der „Roten Armee“ Budapest und kehrte nach Berlin zurück. Bevor er aus Deutschland fliehen konnte, wurde er von US-amerikanischen Soldaten verhaftet, ohne dass diese davon Kenntnis hatten, wen sie in Gewahrsam genommen hatten. Er gab sich bei seiner Gefangennahme als Soldat der Luftwaffe aus und trug den Namen Adolf Barth. Nach seiner Gefängnisflucht nahm er den Namen Otto Heninger an und lebte zunächst als Holzfäller in der Lüneburger Heide bis er im Jahr 1950 Deutschland verließ.⁹⁵⁵ Ähnlich wie andere hochrangige NS-Funktionäre floh er über Italien nach Argentinien, wo er schließlich im Mai 1960 in Buenos Aires vom israelischen Geheimdienst festgenommen und nach Israel entführt worden ist.⁹⁵⁶ Während seiner Zeit in Argentinien ging er mehreren Gelegenheitsarbeiten nach. Seine letzte berufliche Station war bei einer Mercedes-Benz-Fabrik in Gonzalez Catan, bei der er als Mechaniker arbeitete.⁹⁵⁷ Die Entführung Eichmanns aus Argentinien sorgte nicht nur in Israel für Aufsehen. Es führte auch zu

⁹⁵² Meyer, Dennis: Art. Eichmann-Prozess, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 124-125.

⁹⁵³ Cesarani, David: Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder, Berlin 2012, S. 152; Krause, Peter: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse, Frankfurt am Main 2002, S. 25 ff.

⁹⁵⁴ Krause: Eichmann-Prozeß, S. 25.

⁹⁵⁵ Ebd., S. 35 f.

⁹⁵⁶ Ebd., S. 37.

⁹⁵⁷ Cesarani: Eichmann, S. 306.

diplomatischen Spannungen und einem politischen Eklat mit Argentinien, die Israel Völkerrechtsverstöße vorwarfen. Schließlich intervenierte die UNO bei diesem diplomatischen Zwischenfall und forderte Israel auf, entsprechende Wiedergutmachungen zu leisten. Darüber hinaus kam es zu antisemitischen Ausschreitungen in Südamerika und Anschlägen auf Synagogen im Zuge der Entführung Eichmanns nach Israel.⁹⁵⁸ In einer gemeinsamen Erklärung am 3. August 1960 erklärten beide Regierungen den Vorfall für erledigt.⁹⁵⁹

Nach Peter Krause ist die Berichterstattung zum Eichmann-Prozess in den westdeutschen Zeitungen in vier Abschnitte einzuteilen: Die erste Phase wird dadurch charakterisiert, dass die Öffentlichkeit von der Gefangennahme Eichmanns erfuhr, die zweite Phase der Berichterstattung betrifft die Tage vor dem Prozessbeginn und erstreckt sich bis zum Ende der abschließenden Plädoyers durch die Verteidigung und Staatsanwaltschaft im August 1961. Die vorletzte Phase wird als Zeitraum vor der Urteilsverkündung bis zum Jahreswechsel ins Jahr 1962 gesehen. Die Schlussperiode wird schließlich von der Berufungsverhandlung am 22. März 1962 bis ein paar Tage nach der Exekution Eichmanns am 1. Juni 1962 datiert.⁹⁶⁰ Die Untersuchung dieses Kapitels konzentriert sich lediglich auf den Zeitraum des Prozesses, da somit gleiche Untersuchungsmaßstäbe aller dieser Arbeit zugrunde liegenden Prozesse gelten sollen, um eine strukturelle sowie inhaltsanalytische Trennschärfe und ähnliche Vergleichsparameter zu gewährleisten. Die Phaseneinteilung Krauses ist für die Untersuchung dennoch hilfreich, da sie den Prozess in die öffentliche Wahrnehmung auf bundesdeutscher Ebene einordnet und eine Orientierungshilfe bietet. Der Prozess erzeugte aufgrund der Bedeutung Eichmanns für die Aufarbeitung des Holocausts und des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik und in Israel ein großes Interesse und stand somit im Fokus der Medien. Laut Hans Mommsen stellte er der „nach den Nürnberger Hauptkriegsverbrecherverfahren am meisten beachtete Nachkriegsprozesse gegen führende Repräsentanten der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie“⁹⁶¹ dar und generierte dementsprechend ein hohes Maß an öffentlichem Interesse. Zeitungen aus ganz Deutschland berichteten über den Eichmann-Prozess, aber

⁹⁵⁸ Ebd., S. 335 f.; Krause: Eichmann-Prozess, S. 34.

⁹⁵⁹ Arendt: Eichmann in Jerusalem, S. 355.

⁹⁶⁰ Krause: Eichmann-Prozess, S. 143.

⁹⁶¹ Arendt: Eichmann in Jerusalem, S. 9.

auch die internationale Presse war an dem „Fall Eichmann“ sehr interessiert, sodass insgesamt bis zu 500 Sonderberichterstatte nach Jerusalem entsandt worden sind.⁹⁶² Das erhöhte mediale Interesse war bereits Monate vor dem Prozess daran zu erkennen, dass es einige Pressestimmen in westdeutschen Zeitungen gab, die Eichmanns Auslieferung an die BRD und ein Prozess in Westdeutschland forderten.⁹⁶³ Der Prozess wurde aber nicht nur in der Öffentlichkeit stark diskutiert, sondern war auch Diskussionsgrundlage in den Folgejahren, was sich einmal mehr an der Kritik und Auseinandersetzung mit Hannah Arendts Monographie „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“ demonstrieren lässt.⁹⁶⁴ Die DDR hingegen nahm den Eichmann-Prozess zum Anlass, sich als antifaschistischen und entnazifizierten Staat darzustellen, der im Gegensatz zur BRD keine ehemaligen Nationalsozialisten schütze oder ihnen sogar politische

⁹⁶² Krause: Eichmann-Prozeß, S. 90.

⁹⁶³ Die Forderungen basierten auf politischen und juristischen Argumenten: Einerseits sei es aus der Sicht des Gründers und Herausgebers der „Frankfurter Rundschau“ Karl Gerold von immenser Bedeutung Adolf Eichmann vor ein deutsches Gericht zu stellen, um so zu „beweisen, daß sie entschlossen ist, unserem Recht auf Sühne Genugtuung zu geben.“ Darüber hinaus habe Eichmann „seine Verbrechen im Namen des deutschen Volkes begangen und uns alle damit belastet.“ Eine formaljuristische Argumentation für eine Überführung Eichmanns an westdeutsche Behörden war vom „Stern“-Redakteur William Schlamm zu vernehmen, da die Entführung Adolf Eichmanns aus Argentinien gegen das Völkerrecht verstoße und zudem habe er seine Verbrechen in Deutschland begangen und nicht in Israel. Gerold, Karl: Art. „Der geraubte Mörder“, in: Frankfurter Rundschau vom 11./12.6.1960; Schlamm, William S.: Art. „Eichmann nach Deutschland!“, in: Stern Nr. 24, 11.6.1960.

⁹⁶⁴ Hannah Arendts Werk erschien 1964 und löste daraufhin in Deutschland, Israel und den USA eine Welle der Kritik aus. Die jüdische Politologin und Philosophin war 1941 aus Deutschland emigriert, um der nationalsozialistischen Verfolgung und der Deportation in eines der Konzentrationslager zu entgehen. Ab diesem Zeitpunkt lebte sie zusammen mit ihrem Ehemann und ihrer Mutter in den USA und arbeitete dort als Journalistin, freie Autorin und später als Gastprofessorin in Princeton und als Professorin an der University of Chicago. Ähnlich wie die bereits erwähnten Zeitungen entsendete auch die Zeitschrift „The New Yorker“ Arendt als Prozessbeobachterin nach Jerusalem. Zunächst erschienen ihre Berichte als Folgen in der Zeitschrift, bis die Autorin diese in einem Buch bündelte und schließlich drei Jahre nach dem Eichmann-Prozess publizierte. Das Werk Arendts ist in vieler Hinsicht diskutabel und kritisch zu betrachten. Georg Mein betont hierbei insbesondere „die Sperrigkeit des Werkes“, die dadurch entsteht, dass Hannah Arendt ihre eigene Auffassung zur „Endlösung der Judenfrage“ und philosophische Gedankengänge mit der Berichterstattung vermischt habe. Georg Mein unterscheidet bei seiner Kritik zwischen drei Ebenen: Zum einen nennt er Hannah Arendts kritische Äußerungen zur Prozessführung und den äußeren Bedingungen des Prozesses, ihre Behauptung von der Banalität Eichmanns und schließlich ihre Auffassung von der Zusammenarbeit jüdischer Räte mit den Nationalsozialisten. Darüber hinaus wird ihr geworfen, Einzelheiten des Prozesses außer Acht zu lassen und Feststellungen mangelhaft zu überprüfen. Mein, Georg: Art. Hannah Arendt. Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht über die Banalität des Bösen, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 126-128.

Verantwortung übertrage. Die DDR nutzte den Prozess als Diffamierungskampagne gegenüber der BRD und während bundesdeutsche Zeitungen durchaus eine Diskussion über Aufarbeitung, Verantwortung und Schuld anregten, waren solche Tendenzen in keiner Zeitung aus der DDR zu beobachten.⁹⁶⁵

Im Hinblick auf den Prozess gegen Adolf Eichmann lassen sich die Anklagepunkte in vier Kategorien unterteilen: „Verbrechen gegen das jüdische Volk“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, „Kriegsverbrechen“ und „Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation“.⁹⁶⁶ Die Verteidiger Eichmanns waren die Rechtsanwälte Dr. Robert Servatius und Dieter Wechtenbruch, der Servatius assistierte.⁹⁶⁷ Auf der Seite des Anklägers stand Generalstaatsanwalt Gideon Hausner, der als Hauptankläger fungierte. Am 2. Februar 1961 wurde Anklage gegen Adolf Eichmann beim Jerusalemer Bezirksgericht durch die Generalstaatsanwaltschaft erhoben.⁹⁶⁸

Im oben genannten Zeitraum des Prozesses ist ähnlich wie bei anderen bundesdeutschen Zeitungen eine intensive Berichterstattung im HABL zu erkennen. In insgesamt 46 Artikeln auf der „Politik“- , „Meinungs“- und „Hamburg-Seite“ wird auf den Eichmann-Prozess eingegangen. Welche Bedeutung der Prozess für die BRD hatte, wird dadurch deutlich, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer am Tag des Prozessbeginns zur Hauptsendezeit der 20-Uhr-Nachrichten eine Rede zur Nation hält, in der die „die Ansichten der Bundesregierung und des deutschen Volkes über die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes darlegen“⁹⁶⁹ möchte. Am Folgetag erscheint im HABL ein sich über zwei Seiten erstreckender Artikel über den Eichmann-Prozess, der vom Sonderberichtersteller Rudolf Stiege⁹⁷⁰ in Jerusalem, verfasst wurde. Einen Sonderberichtersteller für diesen

⁹⁶⁵ Krause: Eichmann-Prozeß, S. 301.

⁹⁶⁶ Cesarani: Eichmann, S. 356.

⁹⁶⁷ Der Kölner Anwalt Robert Servatius hatte die Angeklagten bereits in den Nürnberger Prozessen nach Ende des Zweiten Weltkrieges vertreten. Arendt: Eichmann in Jerusalem, S. 181.

⁹⁶⁸ Cesarani: Eichmann, S. 355.

⁹⁶⁹ Art. „Morgen Abend Adenauer-Rede zum Eichmann-Prozeß“, in: HABL Nr. 83, 10.4.1961.

⁹⁷⁰ Der 1923 in Berlin geborene Rudolf Stiege war in der Hitler-Jugend und machte Anfang der 1940-er Jahre sein Abitur; er wurde 1942 Soldat. Ein Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges kehrt er aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurück und studierte Zeitungswissenschaft und Geschichte. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums trat er 1953 in die Redaktion der „Berliner Morgenpost“ ein, wurde dort u.a. politischer Kommentator und stellvertretender Chefredakteur. In den Jahren 1964 bis 1967 war er ebenfalls als Kolumnist für die „Welt“ tätig.

Fall nach Israel zu entsenden, stellte dabei keine Ausnahme in der Presselandschaft dar.⁹⁷¹ Neben Rudolf Stiege konnten insgesamt fünf Artikel von Erik Verg ermittelt werden, der ausgewiesener Gerichtsreporter beim HABL war und sogar eine sechsteilige Serie über seinen Aufenthalt in Israel im HABL veröffentlichte.⁹⁷² Weshalb das HABL zwei Sonderberichterstatter für diesen Fall nach Israel beauftragte, konnte nicht ermittelt werden, unterstreicht aber die Bedeutung des Prozesses für die Hamburger Tageszeitung.

In dem ersten Artikel des Untersuchungszeitraumes geht es zunächst um die Erklärung des Verteidigers Eichmanns, dass das Gericht in Jerusalem nicht für den Fall zuständig und die Umstände, wie sein Mandant nach Israel gelangte, eine Völkerrechtsverletzung sei. Fernerhin betonte er, dass Adolf Eichmann mit Taten in Verbindung gebracht werde, in die er „ohne persönliche Schuld vom Staat hineingezogen worden sei.“⁹⁷³ Nach den inhaltlichen Aspekten des ersten Prozesstages geht der Redakteur auf persönliche Eindrücke des Prozesses ein und berichtet von Stimmen israelischer Bürger zum Eichmann-Prozess. An dieser Stelle ist bereits ein Novum in der untersuchten Prozessberichterstattung im HABL zu erkennen. Während die bereits untersuchten Gerichtsverfahren sehr sachlich und faktenorientiert waren, wird im Rahmen dieses Prozesses durch die Stimmen israelischer Bürger der Berichterstattung eine emotionale Note hinzugefügt. Es trägt bei der Leserschaft unweigerlich dazu bei, eine Perspektivübernahme aus der Sicht der

Themenschwerpunkte waren u.a. die deutsch-israelische Beziehungen. Ferner soll er ein gutes Verhältnis zu Axel Springer gehabt haben, was die Korrespondenz beider nahelegt. Bis 1988 gehört er der „Berliner Morgenpost“ an und verstarb im Jahr 2004. Opitz, Dieter: Art. „Abschied von Rudolf Stiege“, in: Berliner Morgenpost -online, 25.5.2004, URL: <https://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article103511392/Abschied-von-Rudolf-Stiege.html> (eingesehen am 14.6.2023).

⁹⁷¹ Die „Welt“ schickte Bernd Nellessen, „Die Zeit“ Egon Vacek und „Der Spiegel“ Hermann Renner nach Jerusalem, um vom Eichmann-Prozess zu berichten. Dabei war es nicht untypisch nicht nur vom Prozessverlauf zu berichten, sondern auch von Stimmen aus der israelischen Bevölkerung zum Eichmann-Verfahren. Krause: Eichmann-Prozess, S. 142 f.

⁹⁷² Der 1919 in Estland geborene Erik Verg war im Zweiten Weltkrieg Soldat in der „Brandenburger Spezialeinheit“, da Estland im Zuge des Hitler-Stalin-Paktes in das Deutsche Reich eingegliedert wurde. Nach dem Krieg wurde er Journalist und arbeitete während seiner Karriere einen Großteil beim HABL. Beim „Abendblatt“ war er u.a. Korrespondent in Paris, Gerichtsberichterstatter, Chefreporter und Leiter der Lokalredaktion und der Kolumne „Von Mensch zu Mensch“. Stiller, Günter: Art. „Lest, was und wie Erik Verg schrieb...“, in: HABL Nr. 295, 17.12.2005.

⁹⁷³ Stiege, Rudolf: Art. „Adolf Eichmann seit heute vor Gericht“, in: HABL Nr. 84, 11.4.1961.

geschädigten Seite einzunehmen und sich schlussendlich kritisch mit dem Sachverhalt des Prozesses auseinanderzusetzen.

Bereits am zweiten Prozesstag, am 12. April 1961, erschien durch Erik Verg ein Kommentar zum „Fall Eichmann“ auf der „Meinungsseite.“ Er wirft in der Einleitung seines Artikels die Frage auf, wem der Prozess nütze, da er mit vielen Israeliten gesprochen habe, die einst deutsche Bürger waren und im Zuge der Verfolgung nach Israel geflohen seien, und der Auffassung wären, dass der Eichmann-Prozess lediglich „alte Narben“ aufreißen würde.⁹⁷⁴ Neben ähnlichen Stimmen aus der israelischen Bevölkerung und seiner Auffassung, dass auch viele Menschen in Deutschland den Wunsch haben, „die schreckliche Vergangenheit ruhen“⁹⁷⁵ zu lassen, stellt Erik Verg die politische Bedeutung des Prozesses für Israel heraus: „Der Eichmann-Prozeß soll eines der wichtigsten Kapitel ihrer Geschichte dokumentieren und es der ganzen jungen Nation verständlich machen. [...] In den Schulen des Landes erklären die Lehrer in dieser Woche eingehend den Sinn des Prozesses. In den Autobussen von Tel Aviv wird die Verhandlung durch Lautsprecher übertragen.“⁹⁷⁶ Die Stellungnahme veranschaulicht, dass der Prozess durchaus ambivalent betrachtet wurde und viele mit unangenehmen Fakten und Fragen zur eigenen Vergangenheit konfrontierte.

In den Folgetagen ging es um die richterliche Überprüfung des Antrages von Verteidiger Servatius, dass das israelische Gericht nicht zuständig für die Verhandlung sei und sein Mandant Anspruch auf Rechtsschutz durch die Bundesrepublik habe. Dies wurde jedoch am 15. April vom Pressesprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn dementiert und darüber hinaus stellte er klar, dass die Bundesrepublik keinen Auslieferungsantrag stellen werde.⁹⁷⁷ Die Bundesregierung hätte nur interveniert, wenn der Angeklagte nach Argentinien zurückgeführt oder an Polen ausgeliefert worden wäre.⁹⁷⁸ Die generelle Zurückhaltung der Bundesregierung sei nach Christina Große damit zu erklären, dass vordergründig politische Beweggründe dieser Entscheidung zugrunde lagen, um dem Verdacht,

⁹⁷⁴ Verg, Erik: Art. „Die deutschen Juden begrüßten mich als ihren Landsmann. Erste Eindrücke vom Eichmann-Prozeß“, in: HABL Nr. 85, 12.4.1961.

⁹⁷⁵ Ebd.

⁹⁷⁶ Ebd.

⁹⁷⁷ Art. „Bonn lehnt Rechtsschutz für Eichmann ab“, in: HABL Nr. 87, 14.4.1961.

⁹⁷⁸ Große, Christina: Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik, Frankfurt am Main 1995, S. 103.

Eichmann schützen zu wollen, durch westliche Partner zu umgehen und um der DDR keine Möglichkeit zur weiteren Diffamierung der BRD zu ermöglichen.⁹⁷⁹

Im weiteren Verlauf wurde der Angeklagte vom Staatsanwalt Hausner als „Schreibtischmörder“⁹⁸⁰ bezeichnet, da er mit seiner Unterschrift, Notizen oder Telefonanrufen das Schicksal tausender Juden besiegelt habe. Zudem wurden Tonbandaufnahmen Eichmanns vorgespielt, die im Zuge des Verhörs durch die israelische Polizei aufgenommen wurden. Hierin erklärt sich Adolf Eichmann dazu bereit, Rechenschaft für seine Taten abzulegen: „Ich bin bereit zur Sühne für die furchtbaren Dinge, die geschehen sind. Ich kann nicht auf Gnade hoffen, denn ich verdiene keine. Ich weiß, dass mir die Todesstrafe bevorsteht. Wenn es eine größere Abschreckung bedeutet bin ich bereit, mich selbst öffentlich zu erhängen.“⁹⁸¹ Trotz seiner Sühnebereitschaft berief sich der Angeklagte wiederholt auf den Umstand, dass er lediglich Befehle ausgeführt habe und auch die „Endlösung“ auf „Führerbefehl“ erfolgt sei.⁹⁸²

Die Prozessbeschreibung im HABL ist immer wieder gespickt von persönlichen Eindrücken und Kommentaren durch die Prozessbeobachter und Berichterstatter Erik Verg und Rudolf Stiege. In der vierten Prozesswoche konstatiert Erik Verg beispielsweise, welche Schwierigkeiten die Identifizierung der NS-Täter im Nachhinein aufweisen und warnt vor einer kollektiven Schuldzuweisung Westdeutschlands: „Und ausgerechnet in dieser Woche wagte es der Ost-Berliner Rechtsanwalt Dr. Kaul in Jerusalem in einer Haltung aufzutreten, als gingen alle diese Verbrechen allein zu Lasten des durch die Teilung Deutschlands jetzt im Westen lebenden Teils unseres Volkes.“⁹⁸³ Gleichzeitig beruhigt er das Gewissen des Rezipienten, indem er von einem Gespräch mit einem US-amerikanischen Richter jüdischen Glaubens berichtet, der ihm und der deutschen Bevölkerung Mitgefühl gezeigt: „Was über das Volk Goethes, Bachs und Beethovens kam, kann – Gott behüte – erst recht über jedes andere Volk kommen.“⁹⁸⁴

⁹⁷⁹ Große: Eichmann-Prozeß, S. 107.

⁹⁸⁰ Art. „Hausner: Hinter mir stehen Millionen Kläger“, in: HABL Nr. 90, 18.4.1961.

⁹⁸¹ Verg, Erik: Art. „Auschwitz war selbst für Eichmann zu viel“, in: HABL Nr. 92, 20.4.1961.

⁹⁸² Ebd.

⁹⁸³ Verg, Erik: Art. „Eichmann-Prozeß: Vierte Woche“, in: HABL Nr. 105, 6./7.5.1961.

⁹⁸⁴ Verg: Eichmann-Prozeß.

An weiteren Prozesstagen wurden Zeugen aus Auschwitz mit ihren traumatischen Erfahrungen vorgeladen und Eichmann selbst wurde angehört, der seine Tätigkeit als bloßer Befehlsempfänger- und Vollstrecker wiederholte.⁹⁸⁵ Die Anschuldigungen Eichmanns rückten Staatssekretär der BRD, Dr. Hans Globke, mit in den Fokus der Medien, sodass auch das HABL im Rahmen des Eichmann-Prozesses über den „Fall Globke“ berichtete. Das Schlussplädoyer der Anklage erfolgte im August 1961. An dieser Stelle zeigte die Untersuchung, dass die intensive Berichterstattung über den Fall über die Monate des Prozesses hinweg abnahm und sich erst mit den Schlussplädoyers und dem Urteilsspruch wieder potenzierte. Gründe hierfür können andere Themen sein, die das Tagesgeschehen und die Innen- und Außenpolitik der BRD unmittelbar betraf wie z.B. die wachsenden Spannungen im „Kalten Krieg“.

In seinem Abschlussplädoyer erklärte Generalstaatsanwalt Gideon Hausner Adolf Eichmann in jedem Anklagepunkt für schuldig und entkräftete Eichmanns Einwand, er habe nur Befehle ausgeführt, indem er klarstellte, dass „Zwang und Druck“ aus juristischer Sicht „keine Entschuldigung“ für die Tötung von Millionen von Juden darstellen würde.⁹⁸⁶ Nach dem Plädoyer der Strafverteidigung wurde am 15. Dezember das Prozessurteil durch das israelische Sondergericht gefällt. Auf der Titelseite des HABL schrieb Rudolf Stiege in dem Leitartikel „Eichmann zum Tode durch den Strang verurteilt“ über den Urteilsspruch und die zehntätige Revisionsfrist der Verteidigung. Es wird zudem in einem Kommentar zum Urteil festgehalten, dass das Urteil von Beginn an vorhersehbar gewesen sei und Israel der Welt die Schreckenstaten der Nationalsozialisten vor Augen führen wollte.

Der Kommentar auf der „Meinungsseite“ ist in mehreren Hinsichten interessant und aussagekräftig. Zum einen wird zu Beginn des Artikels auf das sukzessiv-verschwindende Interesse der Weltöffentlichkeit am Prozess in Jerusalem hervorgehoben, da andere

⁹⁸⁵ Im Artikel vom 22. Juni von der DPA wurde über die Aussage Eichmanns berichtet, dass er im Verhör Dr. Hans Maria Globke belastete, der zum Zeitpunkt des Prozesses Staatssekretär im Bundeskanzleramt unter Konrad Adenauer war. Demnach habe er Adolf Eichmann im „Dritten Reich“ die Befugnis zu Vermögensfragen und Staatsbürgerschaften der Juden erteilt, was die Erweiterung des Kompetenzbereichs Eichmanns bedeutete. Diese Vorwürfe dementierte das Bundeskanzleramt umgehend. Es sollte sich herausstellen, dass dieser Fall schwerwiegende politische Konsequenzen für die BRD bereithielt, was bereits auf S. 194 genauer erläutert wurde. Art. „Der Name Globke fiel. Eichmann sucht nach anderen Schuldigen.“, in: HABL Nr. 142, 22.6.1961.

⁹⁸⁶ Art. „Eichmann in jedem Punkt schuldig“, in: HABL Nr. 183, 9.8.1961.

Themen und „entscheidende Tagesereignisse in Algerien und Kuba den Prozeß von den Titelseiten“⁹⁸⁷ verdrängt haben. Das nachlassende Interesse der Leserschaft sei demnach auch dem Umstand geschuldet, mit der Vergangenheit endgültig abschließen zu wollen und sich der Zukunft zu widmen: „Später taten die Publikationsmittel zwar immer noch ‚ihre Pflicht‘, aber sie fanden immer weniger Leser, Hörer oder Fernseher. Irgend jemanden dafür zu tadeln, daß er sich nicht Tag für Tag, Monat um Monat mit der Vergangenheit auseinandersetzen kann, hieße den Menschen überfordern.“⁹⁸⁸ Zudem wird konstatiert, dass Adolf Eichmann keine zentrale Rolle bei der Vernichtung der Juden gespielt habe und ein gründlicher und bürokratischer „Schreibtischtäter“ gewesen sei: „Er saß an entscheidender Stelle der Vernichtungsmaschinerie und war doch keine zentrale Figur, nicht einmal eine Persönlichkeit, fast ein Nichts. [...] Nein, Eichmann war kein Großer. Er war ein Unheimlicher. Er war einer von den vielen, die es damals gab und vielleicht immer geben wird, die nicht Mensch genug sind, zu begreifen, was sie tun.“⁹⁸⁹ Bezüglich der Person Eichmanns kann somit eine Art Resignation vor dem Bösen im Menschen gepaart mit einer Verharmlosung seiner Rolle im System der Vernichtungsstrukturen festgestellt werden. Die Semantik des Artikels spiegelt überdies die sich entwickelnde Lethargie des Verfassers zur gesamten Thematik der Vergangenheitsaufarbeitung wider, indem beispielsweise die Vorhersehbarkeit des Todesurteils für Eichmann, der Abschluss der Weltöffentlichkeit mit dem „Fall Eichmann“ und die zügige Interessenverschiebung der Zeitungen zugunsten des Ost-West-Konflikts in den Vordergrund gestellt werden. Das am 11. Dezember 1961 gefällte Todesurteil des Jerusalemer Sondergerichts wurde am 29. Mai 1962 durch die Berufungskammer bestätigt. Seine Hinrichtung durch den Strang erfolgte am 1. Juni 1962.⁹⁹⁰

Insgesamt ist in diesem Kapitel eine emotionalere Berichterstattung als bei den anderen bisherigen Untersuchungsgegenständen zu erkennen. Ein Grund könnte dafür sein, dass der Prozess in vielerlei Hinsicht brisant war. Zum einen stellte er für die Leserschaft eine unmittelbare Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit dar und der Frage, was man

⁹⁸⁷ Art. „Eichmann“, in: HABL Nr. 292, 15.12.1961.

⁹⁸⁸ Art. „Eichmann in jedem Punkt schuldig“, in: HABL Nr. 183, 9.8.1961.

⁹⁸⁹ Art. „Eichmann“, in: HABL Nr. 292, 15.12.1961.

⁹⁹⁰ Wilke, Jürgen u.a.: Holocaust und NS-Prozesse. Die Prozessberichterstattung in Israel und Deutschland zwischen Abneigung und Abwehr (Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3), Köln/ Weimar/Wien 1995, S. 33.

selbst vom Holocaust mitbekommen hatte bzw. wie groß die eigene Schuld bei der Verfolgung der Juden im „Dritten Reich“ war. In Anlehnung an den bereits zitierten Kommentar von Erik Verg vom Beginn des Prozesses kann vermutet werden, dass ein Teil der deutschen Bevölkerung kein Interesse daran hatte, an das „Dritte Reich“ und die Schreckenstaten erinnert zu werden. Diese „Schlusstrich-Mentalität“ stellte kein Unikum in der westdeutschen Presselandschaft dar. Bei anderen Zeitungen wie der „Spiegel“ oder der Illustrierten „Stern“ konnten ähnliche Tendenzen beobachtet werden.⁹⁹¹ Der „Schutz“ der Leserinnen und Leser stand dabei bei vielen Presseerzeugnissen im Vordergrund und ähnlich wie bei den Nürnberger Prozessen von 1945 und 1946 konnte darauf verwiesen werden, dass der Rechenschaft durch die Verurteilung Eichmanns genüge getan wurde, um mit der Vergangenheit abzuschließen.

Gleichwohl plädierten Zeitungen wie das Springer-Blatt „Welt“ oder die „Frankfurter Rundschau“ im Zuge des Eichmann-Prozesses für eine intensive Auseinandersetzung und Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihren Schreckenstaten.⁹⁹² Der Prozess böte hierfür einen geeigneten Anlass, da eine eingehende Vergangenheitsaufarbeitung in der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik noch nicht stattgefunden habe. Ferner ergab sich aus der Sicht des Autors durch den Prozess eine bis dato einzigartige Möglichkeit, nach den Nürnberger Prozessen einen der Hauptverantwortlichen des Holocausts zur Rechenschaft zu ziehen und einen tieferen Einblick in das System der jüdischen Massenvernichtungsmaschinerie zu erhalten. Die intensive Berichterstattung des HABL gewährte der Leserschaft diesen Einblick: Durch das Kreuzverhör Eichmanns, die zahlreichen detaillierten Schilderungen ehemaligen KZ-Häftlinge von Misshandlungen, Schikanierungen und Tötungen in den Konzentrationslagern und durch belastende Dokumente erfuhr die Öffentlichkeit Einzelheiten und Organisation der systematischen Vernichtung der europäischen Juden. Somit trug die Berichterstattung, obgleich sie nicht dezidiert zur Vergangenheitsaufarbeitung aufforderte oder gar an das eigene Gewissen appellierte, zur Aufklärung seiner Leserschaft bei und regte beim Rezipienten eine Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld und Verantwortung während der Zeit des Nationalsozialismus an.

⁹⁹¹ Krause: Eichmann-Prozeß, S. 254.

⁹⁹² Ebd., S. 254.

Abschließend ist zu resümieren, dass der Eichmann-Prozess ein wichtiger Meilenstein im Rahmen der Vergangenheitsaufarbeitung in der BRD darstellte. Er sorgte nicht nur auf bundesdeutscher und ost-deutscher Ebene für Aufsehen und Diskussion, sondern löste auch internationales Interesse am Prozess in Jerusalem aus. Bei der Auswertung der Berichterstattung des HABL wurde die Leserschaft mit den Gräueltaten der Nationalsozialisten konfrontiert und ähnlich wie bei anderen bundesdeutschen Zeitungen ein Bewusstsein für die Vergangenheitsaufarbeitung geschaffen. Es entstand zudem der Eindruck, dass die Person Eichmanns während des Prozesses in den Hintergrund geriet und eines der Hauptziele der Anklage darin bestand, ein Bewusstsein für die industrielle Massentötung der Juden in Europa durch Zeugenaussagen zu generieren.⁹⁹³ Die Bedeutung des Eichmann-Prozesses lässt sich zudem an weiteren Aspekten festmachen und stellte unmittelbare Konsequenzen für die damalige BRD dar: Der „Fall Globke“, der an anderer Stelle dieser Arbeit bereits erläutert wurde, sorgte für einen Skandal in der noch jungen BRD und warf die Frage nach weiteren personellen Kontinuitäten auf politischer Führungsebene auf. Des Weiteren wurden durch den Prozess Ermittlungen gegen weitere NS-Täter aufgenommen, sodass der Euthanasie-Arzt Dr. Werner Heyde und der Kommandant von Auschwitz Richard Baer ausfindig gemacht werden konnten.⁹⁹⁴ Peter Krause stellte im Zuge seiner Studie fest, dass der „Fall Eichmann“ einen großen Teil dazu beitrug, den Umgang mit der NS-Vergangenheit und der damaligen Jugend in der BRD in den Blick zu nehmen. Der Prozess habe demnach ein Bewusstsein dafür geschaffen, der Jugend die Schreckenstaten der Nationalsozialisten vor Augen zu führen und Erziehungsmaßnahmen zu ergreifen, die eine Immunität gegenüber NS-ideologischen Grundsätzen schaffen sollte.⁹⁹⁵

Insgesamt kann daher festgehalten werden, dass der Eichmann-Prozess neben der Errichtung der Ludwigsburger Zentralstelle und dem Ulmer-Einsatzgruppenprozess ein elementarer Schritt zu einem neuen Bewusstsein der Vergangenheitsaufarbeitung in Deutschland darstellte. Keiner konnte sich nunmehr der Vergangenheit verwehren, sondern war – vor allem auch durch weitere Prozesse wie dem Auschwitz-Prozess – dazu

⁹⁹³ Steinbach, Peter: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981, S. 53.

⁹⁹⁴ Krause: Eichmann-Prozess, S. 298.

⁹⁹⁵ Ebd., S. 302.

angehalten, sich mit der Zeit im Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Die folgende Untersuchung der Rezeption des Frankfurter Auschwitz-Prozesses von 1963 bis 1965 im HABL wird zeigen, ob und in welchem Umfang sich die Thematik der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der Berichterstattung des HABL wiederfindet und ob sich diesbezüglich der journalistische Habitus des „In-Schutz-Nehmens“ der Leserschaft veränderte.

7.5.2. Frankfurter Auschwitz-Prozess

Der insgesamt 20 Monate andauernde „Auschwitz-Prozess“ fand in Frankfurt vom 20. Dezember 1963 bis zum 20. August 1965 statt und trug die offizielle Bezeichnung „Strafsache gegen Mulka und andere“. Der Hauptangeklagte Robert Mulka war der Adjutant des letzten Lagerkommandanten Richard Baer, der vom Mai 1944 bis Januar 1945 die oberste Befehlsinstanz im Konzentrationslager Auschwitz darstellte. Bei der Einreichung der ursprünglichen Anklageschrift vom 12. Juli 1961 lautete die Bezeichnung daher noch „Strafsache Baer und andere“.⁹⁹⁶ Da dieser jedoch in der Untersuchungshaft verstarb, wurde sein Adjutant zum Hauptangeklagten des Prozesses. Insgesamt wurden mit Robert Mulka 23 andere SS-Angehörige angeklagt. Neben Richard Baer wurde das Verfahren gegen den in Auschwitz als Sanitäter tätigen Hans Nierzwicki aus gesundheitlichen Gründen abgetrennt.⁹⁹⁷ Der Prozess hatte insgesamt 183 Sitzungen und 350 Zeugen wurden vernommen, worunter sich 211 ehemalige Auschwitz-Insassen befanden.⁹⁹⁸

Nach dem Eichmann-Prozess ist der in Frankfurt geführte Prozess gegen das ehemalige Lagerpersonal in Auschwitz der bedeutendste Prozess für die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit in der BRD.⁹⁹⁹ Auschwitz wurde in der Nachkriegszeit

⁹⁹⁶ Fischer, Torben: Art. Frankfurter Auschwitz-Prozess, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 128-131.

⁹⁹⁷ Renz, Werner: Anmerkungen zur Geschichte des Auschwitz-Prozesses, in: Balzer, Friedrich-Martin; Renz, Werner (Hg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). Erste selbstständige Veröffentlichung, Bonn 2004, S. 30.

⁹⁹⁸ Pendas, Devin O.: Der Auschwitz-Prozess. Völkermord vor Gericht, München 2013, S. 9.

⁹⁹⁹ Bereits vor Eröffnung der Hauptverhandlung des Auschwitz-Prozesses in Frankfurt, waren die Gräueltaten der SS-Angehörigen Gegenstand mehrerer Prozesse im Ausland. Neben dem Eichmann-Prozess in Israel gab es u.a. in Polen zwischen 1946 und 1953 mehrere Gerichtsverfahren gegen 700 Personen, die in Auschwitz gearbeitet hatten. Außerdem fanden vor alliierten Militärgerichten Prozesse wie in den Dachauer Prozessen oder dem Bergen-Belsen-Prozess Gerichtsverhandlungen statt, die Verbrechen in Auschwitz ahndeten. Insgesamt sollen zwischen 6000 bis

zum Symbol der Shoah und der systematischen Massenvernichtung der europäischen Juden. Neben anderen Insassen wie Polen, sowjetischen Kriegsgefangenen, Sinti und Roma und anderen Häftlingen, wurden knapp eine Million Juden nach Auschwitz deportiert und bereits 865.000 Juden nach ihrer Ankunft auf der Rampe selektiert und in Gaskammern ermordet.¹⁰⁰⁰

Der Auschwitz-Prozess und seine Symbolkraft für das Bewusstsein der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in der BRD ist bereits häufig Gegenstand der Forschungsliteratur gewesen. Laut Devin Pendas ist der Auschwitz-Prozess der „größte, öffentlichkeitswirksamste und bedeutendste NS-Prozess, der nach 1945 vor einem westdeutschen Gericht geführt wurde.“¹⁰⁰¹ Seine Behauptung wird durch den Umstand unterstützt, dass im Laufe des Prozesses eine Besucherzahl von ungefähr 20.000 Personen geschätzt wird und die Medien regelmäßig und ausführlich von den Geschehnissen im Frankfurter Rathaus, dem Römer, und ab 1964 aus dem Saalhaus Gallus, dem Bürgerhaus, berichteten.¹⁰⁰² Er betont zudem, dass eine Schwierigkeit des Prozesses darin bestand, dem Völkermord an den Juden mit dem deutschen Strafrecht gerecht zu werden. Ulrich Kröger sieht den Auschwitz-Prozess als „Symbol der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechen in der Bundesrepublik“ und „den Prototyp aller NS-Prozesse“, da er in einem besonderen Maße die Folgen der NS-Ideologie bzw. seine konkrete Umsetzung und Methoden veranschaulicht und die Strukturen innerhalb des SS-Apparates verdeutlicht.¹⁰⁰³

Jürgen Wilke hebt zudem einen interessanten Unterschied zum Eichmann-Prozess hervor, indem er zwischen der Funktionalität beider Prozesse unterscheidet: Während der Jerusalemer Prozess den Zweck öffentlicher Aufklärungsarbeit über den Holocaust

8000 SS-Angehörige in Auschwitz „ihren Dienst“ getan haben. 800 Personen, die von Mai 1940 bis Anfang 1945 tätig waren, wurden im Rahmen von Prozessen abgeurteilt. Insgesamt wurde jedoch nur ein Bruchteil derer angeklagt, die ihren Teil zur Vernichtungsmaschinerie hunderttausender Häftlinge in Auschwitz beitrugen. Viele kamen ungestraft davon. Fischer: Frankfurter Auschwitz-Prozess, S. 129; Renz: Anmerkungen, S. 28.

¹⁰⁰⁰ Renz: Anmerkungen, S. 28.

¹⁰⁰¹ Pendas: Urteil, S. 9.

¹⁰⁰² Darüber hinaus war der Prozess ebenfalls Gegenstand späterer Theaterstücke oder Fernsehserien, die somit eine immer wiederkehrende Konfrontation mit dem Holocaust und den Auschwitz-Tätern ins Bewusstsein riefen. Fischer: Frankfurter Auschwitz-Prozess, S. 130.

¹⁰⁰³ Kröger: Berichterstattung, S. 87.

erfüllte, ging es in Frankfurt in erster Linie um die Ermittlung der persönlichen Schuld.¹⁰⁰⁴ Friedrich-Martin Balzer kommt zu dem Schluss, dass mit dem Auschwitz-Prozess das jahrelange Verschweigen der Schreckenstaten in Auschwitz ein Ende hatte und dass dieses Konzentrationslager zum Sinnbild der Gräueltaten des NS-Regimes wurde.¹⁰⁰⁵ Der Prozess generierte ebenfalls ein verstärktes internationales Interesse, das u.a. durch 120 bis 150 Journalisten aus mehreren Ländern erkennbar wird, die am ersten Prozesstag in Frankfurt erschienen.¹⁰⁰⁶ Somit wurde die Öffentlichkeit erneut mit den Schreckenstaten im „Dritten Reich“ konfrontiert und die Vergangenheitsaufarbeitung in der BRD wurde nun mit einem Prozess auf eigenem Boden fortgeführt.¹⁰⁰⁷

Bevor dieser jedoch stattfinden konnte, waren fast vier Jahre der Vorbereitung notwendig. Bezeichnend für die Aufarbeitungsbemühungen der NS-Vergangenheit der deutschen Justiz ist die Tatsache, dass erst ehemalige Insassen des Konzentrationslagers den Grundstein für die Ermittlungen gegen die Verbrechen in Auschwitz legten: Emil Wulkan überlebte Auschwitz und überreichte dem Frankfurter Journalisten Thomas Gnielka Dokumente, die eine Liste über Erschießungen von Häftlingen beinhalteten. Daraufhin überreichte dieser die Akten über das Erschießungskommando an die Hessische Staatsanwaltschaft, die jedoch zum sofortigen Handeln rechtlich nicht befugt war. Erst durch einen Beschluss des Bundesgerichtshofes vom 17. April 1959 durfte die Staatsanwaltschaft tätig werden.¹⁰⁰⁸ Die Ermittlungen leitete der Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Außerdem führte ein zweiter Hergang zum Frankfurter Prozess: Ein weiterer Auschwitz-Überlebender, Adolf Rögner, erstattete u.a. Anzeige gegen den ehemaligen SS-Oberscharführer

¹⁰⁰⁴ Wilke, Jürgen et al.: Holocaust und NS-Prozesse. Die Presseberichterstattung in Israel und Deutschland zwischen Aneignung und Abwehr, Köln 1995 (Medien in Geschichte und Gegenwart, Band 3), S. 35.

¹⁰⁰⁵ Balzer, Friedrich-Martin: Andauerndes Ringen um das Geschichtsbild, in: Balzer, Friedrich-Martin; Renz, Werner (Hg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). Erste selbstständige Veröffentlichung, Bonn 2004, S. 13-26, hier S. 13.

¹⁰⁰⁶ Balzer: Andauerndes Ringen, S. 36.

¹⁰⁰⁷ Devin Pendas erkennt in der Behandlung und Aufarbeitung des Auschwitz-Prozesses drei Phasen: In der ersten Phase wurde in den 1960-er Jahren der Versuch unternommen, die politische und rechtliche Dimension des Prozesses als Themenschwerpunkt zu behandeln. Daraufhin folgte in einer zweiten Phase in den 1980-er Jahren die Bemühung einen Überblick über den Prozess zu schaffen, der teilweise unsachlich war und nicht auf Einzelheiten beruhte. In der letzten und - nach Devin Pendas besonders wichtigen Phase - gab es neue empirische Studien, die sich auf Archivarbeiten stützten und somit ein differenzierteres Bild der Prozesse ermöglichten. Damit war eine Kontextualisierung der Prozesse in den gesamtrechtlichen und politischen Rahmen der BRD möglich. Pendas: Urteil, S. 10 f.

¹⁰⁰⁸ Renz: Anmerkungen, S. 29.

Wilhelm Boger. Er hatte zudem Informationen über den Aufenthaltsort Bogers und gab diese an die Stuttgarter Staatsanwaltschaft im März 1958 weiter.¹⁰⁰⁹ Die beiden Auschwitz-Überlebenden legten damit das Fundament für eine langwierige und umfangreiche Investigation. Es wurden Ermittlungen gegen insgesamt 1.200 Personen eingeleitet und rund 1000 Zeugen befragt. Durch eine enge Zusammenarbeit zwischen der Ludwigsburger Zentralstelle, den Frankfurter Ermittlungsbehörden und dem Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees, Hermann Langbein, war es möglich, Beweise gegen die Beschuldigten zu sammeln und die Aufenthaltsorte des ehemaligen Lagerpersonals ausfindig zu machen. Schließlich wurde das Hauptverfahren am 7. Oktober 1963 eröffnet und der Strafprozess gegen 22 Angeklagte wegen Mordes bzw. wegen Beihilfe zum Mord Ende Dezember 1963 begonnen.¹⁰¹⁰

Die Beschuldigten sollen in Auschwitz folgende Funktionen und Ränge in der SS-Hierarchie innegehabt haben: Ein Lagerführer, zwei Adjutanten, mehrere SS-Ärzte, ein Rapportführer, ein SS-Apotheker, Sanitäter und Angehörige der Lagergestapo.¹⁰¹¹ Die Angeklagten bezweifelten keineswegs den in Auschwitz systematisch durchgeführten Massenmord an tausenden von Juden, sie versuchten jedoch ihr Handeln damit zu rechtfertigen, dass sie lediglich Befehlen Folge geleistet hätten.¹⁰¹²

Die Untersuchung der Berichterstattung zum Prozess ergab, dass insgesamt 24 Artikel im HABL sich mit dem Auschwitz-Prozess befassen haben. Alle Artikel waren auf der „Politik“- bzw. „Meinungsseite“ zu finden, wobei ein deutlicher Schwerpunkt auf Artikeln und Kommentaren auf der „Meinungsseite“ zu erkennen ist. Insgesamt wurde der Zeitraum vom Beginn des Prozesses bis einen Tag nach der Urteilsverkündung in den Blick genommen. Zu Beginn der Gerichtsverhandlung wurde auf der Titel- und „Meinungsseite“ über die wesentlichen dem Prozess zugrunde liegenden Fakten berichtet. Der Redakteur, der über den Auschwitz-Prozess schrieb, war, wie auch schon beim Eichmann-Prozess, Erik Verg, von dem insgesamt zwei Artikel diesbezüglich ermittelt werden konnten. Neben ihm schrieb vor allem Redakteurin Dr. Hildegard Damrow die Kommentare zu den Urteilen des Gerichts. Der Artikel „In Frankfurt stehen die „Untergetauchten“ vor

¹⁰⁰⁹ Fischer: Frankfurter Auschwitz-Prozess, S. 129.

¹⁰¹⁰ Renz: Anmerkungen, S. 29.

¹⁰¹¹ Ebd., S. 30.

¹⁰¹² Renz: Anmerkungen, S. 30.

Gericht“¹⁰¹³ führt Erik Verg der Leserschaft bereits am ersten Prozesstag vor Augen, welche Gräu- und Schreckenstaten in Auschwitz geschahen und dass die dafür Verantwortlichen lange unerkannt „mitten unter uns“ lebten und Berufen wie Lehrer, Ärzte, Buchhalter oder ähnliche Professionen ausführten. Neben einer Auswahl an Beschuldigten und ihren Taten in Auschwitz stellt der Autor vor allem die Tragweite des Prozesses, aber auch die Schwierigkeiten für Gerechtigkeit zu sorgen, am Ende des Artikels heraus: „Was in Auschwitz geschehen ist, kann kein Gericht der Erde sühnen. [...] Daß jede Strafe angesichts einer Mordinstitution wie sie die Welt noch nie gesehen hatte, nur ein unzureichender Versuch bleiben muß, Gerechtigkeit zu üben, ist eines der unlösbaren Probleme dieses und ähnlicher Prozesse.“¹⁰¹⁴

Am Folgetag erscheint ein weiterer Artikel vom selben Autor, in dem er vom Prozesstag des 21. Dezember 1963 berichtet. Auch wenn an diesem Tag lediglich die Lebensläufe aus der Sicht der Angeklagten wiedergegeben wurden, warnt Erik Verg hierbei vom „milden Ton“ der Angeklagten, der nicht „darüber hinwegtäuschen“ dürfe, „worum es hier geht.“¹⁰¹⁵ Außerdem bemängelt der Redakteur den Umstand, dass 13 der 22 Angeklagten trotz der Schwere der vorgeworfenen Taten auf freiem Fuß seien. Anhand der Analyse der beiden Artikel wird deutlich, wie scharf Erik Verg die Taten der Angeklagten, den Holocaust und das NS-Regime verurteilt und darüber hinaus die juristischen Grenzen des Verfahrens aufzeigt. Die Artikel regen jedoch keine Auseinandersetzung mit der Frage an, weshalb Auschwitz solange keine Rolle in der Vergangenheitspolitik und in der Öffentlichkeit der BRD spielte oder welche Rolle die deutsche Bevölkerung bei der Judenverfolgung, der öffentlichen Diffamierung und den Pogromen zur Zeit des Nationalsozialismus einnahm.

Weitere elf Artikel in der HABL-Berichterstattung stellen lediglich Meldungen von Presseagenturen dar, wobei besonders häufig auf die DPA zurückgegriffen wurde. Themen der Agenturmeldungen waren Zeugenaussagen von ehemaligen Insassen, die Verhaftung

¹⁰¹³ Verg, Erik: Art. „In Frankfurt stehen die ‚Untergetauchten‘ vor Gericht. Die Angeklagten im Auschwitz-Prozeß lebten mitten unter uns“, in: HABL Nr. 296, 20.12.1963.

¹⁰¹⁴ Verg, Erik: Art. „In Frankfurt stehen die ‚Untergetauchten‘ vor Gericht. Die Angeklagten im Auschwitz-Prozeß lebten mitten unter uns“, in: HABL Nr. 296, 20.12.1963.

¹⁰¹⁵ Verg, Erik: Art. „Wie konnte ein Deutscher zum Dienst nach Auschwitz kommen? Die merkwürdigen Lebenswege der Angeklagten im Frankfurter Massenmord-Prozeß“, in: HABL Nr. 297, 21.12.1963.

Robert Mulkas, da sich gegen ihn ein dringender Tatverdacht des Mordes an Häftlingen im Konzentrationslager im Laufe des Verfahrens erhärtete und schließlich die Schlussplädoyers, die ab dem 3. Mai 1965 begannen.¹⁰¹⁶ Die Urteile zum Prozess wurden am 19. August 1965 verlesen und beinhalteten sechsmal die Strafe „Lebenslänglich“, zehnmal „Zuchthaus“, einmal „Jugendstrafe“. Außerdem ergingen drei Freisprüche. Während die Redakteurin Hildegard von Damrow am 19. August in einem sich über zwei Seiten erstreckenden Leitartikel die Begründungen der Urteile darlegte, schrieb sie am Folgetag einen Kommentar zu den Auschwitz-Urteilen auf der Meinungsseite.

In „Die Anstifter waren nicht dabei. Abgewogenes Urteil im Auschwitz-Prozeß/ Probleme der Urteilsfindung“ vom 20. August 1965 schreibt die Autorin über die Urteile, die teilweise „weit unter den Anträgen der Staatsanwälte und der Nebenkläger“ geblieben seien und Revision beim Bundesgerichtshof durch die Verurteilten zu erwarten sei. Dabei betont sie, dass die Urteile „keine historische, politische oder moralische Lektion“ gewesen seien, sondern lediglich „der Versuch, die kriminelle Schuld einzelner Werkzeuge eines unmenschlichen Systems strafrechtlich zu erfassen.“¹⁰¹⁷ Sie geht auf den juristischen Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ ein und gibt am Ende des Artikels kritische Äußerungen zu den Urteilen wieder, die diesen Grundsatz durch die Richter als zu überspitzt ausgelegt sahen. Es ist anzunehmen, dass sich die Redakteurin bei dem Titel des Artikels auf die Aussage des Internationalen Auschwitz-Komitees bezieht, da dieser nach der Urteilsverkündung erklärte, „daß sich unter den Angeklagten dieses Verfahrens nicht diejenigen befunden haben, die die Hauptschuld an den Verbrechen trifft und diejenigen, die es vorbereitet haben.“¹⁰¹⁸ Neben der Andeutung Damrows, dass die Urteile dem Schrecken, der den Opfern wiederfahren ist, nicht gerecht würden, ist wenig eigene Meinung oder Position der Autorin zu erkennen.

Auf der „Meinungsseite“ wurde neben dem Artikel von Hildegard Damrow ein Kommentar mit dem Titel „Das Ende einer dunklen Nacht“ von der HABL-Redakteurin Gisela Schoeler abgedruckt. Obgleich der Fokus des Kommentars auf den Beziehungen der

¹⁰¹⁶ Art. „Hamburger Kaufmann im Auschwitz-Prozeß festgenommen. Des Mordes an Häftlingen dringend verdächtig“, in: HABL Nr. 45, 22./23.2.1964; Art. „Auschwitz-Prozeß geht seinem Ende entgegen“, in: HABL Nr. 101, 3.5.1965.

¹⁰¹⁷ Damrow, Hildegard: Art. „Die Anstifter waren nicht dabei. Abgewogenes Urteil im Auschwitz-Prozeß/ Probleme der Urteilsfindung“, in: HABL Nr. 192, 20.8.1965.

¹⁰¹⁸ Ebd.

BRD und Israel liegen und die Annäherungen beider Länder begrüßt werden, betont die Redakteurin auch die Schuld der Deutschen durch den Völkermord: „Es war nicht verwunderlich, daß in Jerusalem gestern Hochspannung herrschte und daß es vor dem Präsidentenpalais zu antideutschen Demonstrationen kam. Denn was Deutsche den Juden in ganz Europa angetan haben, kann auch heute nach zwanzig Jahren nicht vergessen, die Wunden können nicht vernarbt sein.“¹⁰¹⁹ Beide Artikel sind bezeichnend für die Berichterstattung über den Auschwitz-Prozess. Im Hinblick auf die Untersuchungsparameter dieses Kapitels kann eine überwiegend sachlich-wertneutrale Darstellung der Prozess-Inhalte und Bedingungen festgehalten werden. Die Faktenorientierung und der Verzicht auf Dramatisierung festigen den Eindruck der sachlichen Wiedergabe der Geschehnisse rund um den Prozess. Ferner ist eine Gemeinsamkeit zu der Gerichtsberichterstattung aus den 1940-er und 1950-er Jahren zu beobachten: Die Artikel nach der Urteilsverkündung sind vorsichtig formuliert, größtenteils tendenzfrei und ohne Kritik an dem Gericht, obwohl an dieser Stelle eine kritische Äußerung zu den milden Urteilen gerechtfertigt gewesen wäre. Andererseits wird von beiden Redakteurinnen das NS-System stark kritisiert, auf die Verantwortung der Deutschen und auf die Aussöhnung mit der jüdischen Bevölkerung verwiesen.

Die Andeutung Damrows über die zu milden Urteile für die Auschwitz-Angeklagten findet sich auch innerhalb der Forschung wieder. Devin Pendas bezieht sich in seiner Kritik vor allem auf die Aussage des Gerichts, dass viele Angeklagte lediglich als „Gehilfen“ erachtet worden seien und geringe Zuchthausstrafen erhalten hätten. Seiner Meinung nach seien die Urteile verletzend für die Opfer gewesen.¹⁰²⁰ Das Problem des Gerichts bestand darin, Beweise für den Täterwillen der jeweilig Beschuldigten nachzuweisen und daher auch Robert Mulka lediglich als Gehilfe aburteilte, da ihm der Täterwillen zu den schrecklichen Vergehen nicht vollumfänglich nachgewiesen werden konnte. Trotz alledem besteht innerhalb der Forschung weitestgehend Einigkeit darüber, dass die Bedeutung des Auschwitz-Prozesses – neben anderen Prozessen wie der Eichmann-Prozess und dem Ulmer Einsatzgruppenprozess – darin lag, dass er als Katalysator für das bundesdeutsche Bewusstsein hinsichtlich des Umgangs mit dem Holocaust fungierte.¹⁰²¹ Die

¹⁰¹⁹ Schoeler, Gisela: Art. „Das Ende einer dunklen Nacht“, in: HABL Nr. 192, 20.8.1965.

¹⁰²⁰ Pendas: Urteil, S. 31.

¹⁰²¹ Balzer: Andauerndes Ringen, S. 13; Pendas: Urteil, S. 9.

Studie von Jürgen Wilke et alii sieht hingehen bereits 1961 einen Wendepunkt durch den Eichmann-Prozess hinsichtlich der öffentlichen Wahrnehmung des Holocausts.¹⁰²² Frank Bajohr hebt hierbei vor allem den Ulmer Einsatzgruppenprozess im Jahr 1958 hervor, der einen großen Anteil daran hatte, dass die Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufarbeitung der NS-Verbrechen errichtet wurde.¹⁰²³ Trotz abweichender Nuancen kann festgehalten werden, dass diese Prozesse und vor allem auch der Frankfurter Prozess eine Zäsur in der öffentlichen Holocaust-Wahrnehmung darstellte. Weitere Folge-Prozesse waren u.a. die Prozesse gegen weiteres Auschwitz-Personal von 1965 bis 1968.¹⁰²⁴ Außerdem gab es einen Wiener Auschwitz-Prozess im Jahr 1972 gegen zwei Beschuldigte, die jedoch freigesprochen wurden.

7.6. Demokratieverständnis im „Abendblatt“

Am 26. Oktober 1967 hielt Axel Springer eine Rede vor den Mitgliedern des Hamburger Übersee Clubs, die einige Grundprinzipien der Verlagsphilosophie beinhaltete und gleichzeitig ein politisches Leitbild der Springer-Zeitungen erkennen lässt: „Es gibt bei uns eine Reihe von Gremien, in denen wir grundsätzliche Fragen besprechen, beraten. [...] Richtlinien allerdings gibt es oder besser Pflöcke, die gesteckt sind, zwischen denen sich die journalistische Individualität und das fachliche Können unserer Redakteure, Reporter, Leitartikler und Korrespondenten entfalten kann. Vier Grundsätze sind es: 1. Das unbedingte Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit; 2. Die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen; dazu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes; 3. Die Ablehnung jeglicher Art von politischem Extremismus; 4. Die Bejahung der freien sozialen Marktwirtschaft.“¹⁰²⁵

Diese Verlagsprinzipien galten natürlich nicht erst seit dieser Rede im Jahr 1967, sondern waren auch schon vorher in den journalistischen und publizistischen Konzeptionen der Zeitungen des Verlags verankert. Für die Untersuchung des HABL war vor allem der zweite Grundsatz von Bedeutung, da er ein klares Schuldbekenntnis derer darstellt, die der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus Schreckliches und

¹⁰²² Wilke: Holocaust, S. 140.

¹⁰²³ Bajohr: Holocaustforschung, S. 127; Blaschke: Hitler, S. 489.

¹⁰²⁴ Kröger: Berichterstattung, S. 86.

¹⁰²⁵ Döpfner: Lärm, S. 193.

Menschenverachtendes angetan haben. Obgleich Axel Springer politisch unbelastet war, war es ihm eines der zentralsten Anliegen, Israel zu unterstützen und die Beziehungen beider Länder zu fördern.

Ein weiteres Grundverständnis Springers war es, die Demokratie nachhaltig zu stärken und somit kam dem HABL als seine erste Tageszeitung eine besondere Rolle zu. Wie bereits in der Arbeit erwähnt, fungierten die Zeitungen als Multiplikatoren bei der Erziehung von demokratischen Werten wie Meinungs- und Pressefreiheit. Neben strukturell-formalen Vorgaben wie beispielsweise der strikten Trennung von Kommentar und Bericht galt es die Leser und Leserinnen von der neuen Staatsform zu überzeugen bzw. sie mit ihr vertraut zu machen. Karl Christian Führer geht in seiner Arbeit u.a. auf die Situation der Leserschaft in Hamburg in der Nachkriegszeit ein und betont deren schwierige Ausgangssituation. Demnach kann angenommen werden, dass obwohl sich einige Menschen – vor allem auch durch die Bombardierung Hamburgs zum Ende des Zweiten Weltkrieges vom Nationalsozialismus und seiner Ideologie abgewendet haben – nach wie vor, Fragmente von nationalsozialistischem Gedankengut in den Köpfen vieler weiterwirkten. Die Aufgabe der Zeitungen, diese Menschen mit politischen Botschaften zu erreichen, war in den ersten Jahren nach dem Krieg eine große Herausforderung.¹⁰²⁶ Hinzu kam nach der Nachrichtenmanipulation durch die Nationalsozialisten ein großes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber dem neuen Mediensystem und gegenüber den Besatzungsmächten.¹⁰²⁷ Im Laufe der Jahre verschwanden diese Bedenken und das HABL erzielte enorme Absatzgewinne in den 1950-er Jahren.

Im Rahmen der Recherchen zur Amnestiegesetzgebung Adenauers und den NS-Prozessen in den ersten 17 Jahren der Zeitungsgeschichte sind Kommentare und Artikel ermittelt worden, die das Demokratieverständnis des HABL skizzieren und sich klar von der Diktatur und der Zeit des „Dritten Reiches“ abgrenzen. Einer dieser Artikel wurde anlässlich des Angriffes auf die Sowjetunion im Jahr 1941 am 22. Juni 1961 auf der „Meinungsseite“ veröffentlicht. In dem anonymen Kommentar geht es um Fehler, die die deutsche Bevölkerung in der Vergangenheit gemacht habe und sich nicht wiederholen dürfen: „Das deutsche Volk hat damals eine Erfahrung gemacht, die es nicht mehr vergißt: Jede

¹⁰²⁶ Führer: Medienmetropole, S. 459.

¹⁰²⁷ Ebd., S. 460.

Diktatur gefährdet den Frieden, weil sie zuerst den Menschen, das Menschliche, zum Schweigen verdammt und alsbald nur noch den verhängnisvollen Gesetzen der Macht gehorcht [...]. Die Deutschen haben erfahren, wohin das Volk gerät, das einer Diktatur nicht rechtzeitig widersteht.“¹⁰²⁸

Den Anlass zur Mahnung an die schrecklichen Taten im Nationalsozialismus und den Auswirkungen der Diktatur für das Volk konnte an mehreren Gedenktagen in der HABL-Berichterstattung beobachtet werden. Dem Gedenken an das Stauffenberg-Attentat wurde beispielsweise ein großer Artikel auf der „Meinungsseite“ am 20. Juli 1954 gewidmet.¹⁰²⁹ Das Demokratieverständnis des HABL formte sich jedoch nicht nur in Abgrenzung zum totalitären Regime im Nationalsozialismus, sondern auch im Rahmen von besonderen Wahlereignissen wie der Bundestagswahl am 17. September 1961.

Eine Woche vor der Wahl wird im Rahmen eines Kommentars ein flammendes Plädoyer für die Demokratie gehalten und die Leserschaft dazu aufgefordert, Gebrauch von seinem politischen Gestaltungs- und Partizipationsrecht zu machen. In dem Artikel „Noch eine Woche“ von der Wochenendausgabe vom 9./10. September 1961 wird zunächst definiert, welche Werte eine Demokratie charakterisieren: „Gerechtigkeit, Toleranz, Humanität, Gemeinsinn, Brüderlichkeit, Gleichheit, Freiheit, Volkswille, Wahlrecht, Mitbestimmung, Kontrolle der Politik und des Staatsapparates [...]“.¹⁰³⁰ Ferner weist der unbekannte Autor daraufhin, wie fragil die Demokratie sei und dass der Kern der Demokratie „immer nur so viel wert“ sei, „wie der Inhalt, den die Menschen ihr geben.“¹⁰³¹ Abschließend wird zum Gang an die Wahlurne am 17. September aufgerufen. Dieser Artikel zeigt exemplarisch, welche Bedeutung das HABL der Demokratie und den dadurch gewonnenen Rechten beimisst. In einer Zeit, in der die Redaktion das Gefühl hat, dass viele sich von der Demokratie abkehren bzw. kein Interesse an der Bundestagswahl besteht, werden der Leserschaft die Gefahren dieser Attitüde aufgezeigt und somit entgegengewirkt. Der Appell wählen zu gehen und von seinem Partizipationsrecht Gebrauch zu machen, kann auch als Aufforderung verstanden werden, an diese Staatsform zu glauben, ihr Vertrauen zu schenken und sie mit seinen Fehlern, aber auch mit seinen Stärken wertzuschätzen.

¹⁰²⁸ Art. „Vor 20 Jahren“, in: HABL Nr. 142, 22.6.1961.

¹⁰²⁹ Art. „Heuss: Bekenntnis und Dank“, in: HABL Nr. 165, 20.7.1954.

¹⁰³⁰ Art. „Noch eine Woche“, in: HABL Nr. 210, 9./10.9.1961.

¹⁰³¹ Ebd.

Um das politische Profil des HABL zu vervollständigen, erscheint die Frage nach der politischen Verortung des HABL in der Parteienlandschaft der BRD von Bedeutung. Hierzu gibt es mehrere Beobachtungen innerhalb der Forschung. Im Jahr 1968 schreibt der „Spiegel“ in einem Artikel über das HABL, dass das Blatt durchgehend gegenüber der Politik der SPD loyal berichtet und sei ein konstanter Faktor für die Stabilisierung der politischen Verhältnisse gewesen. Das sei laut „Spiegel“ mit der engen Beziehung zwischen Axel Springer und dem Ersten Bürgermeister Max Brauer zu erklären, der schließlich auch beim Lizenzverfahren Springers Bewerbung befürwortete.¹⁰³² Dem gibt Ullrich Kröger zu bedenken, dass die Voraussetzung für diese Behauptung eine konsequente kritiklose Berichterstattung über die Hamburger Justiz und den NS-Prozessen zugrunde liegen müsste. Aus der Sicht des Autors kann im Rahmen der Untersuchungsergebnisse festgehalten werden, dass insgesamt zwar wenig Kritik an der Gerichtsbarkeit zu erkennen war, im „Fall Nieland“ jedoch kritische Äußerungen ermittelt werden konnten. Es konnte jedoch keine Kritik gegenüber den Regierungsverhältnissen in Hamburg erkannt werden. Worin hierfür die Gründe liegen, kann lediglich vermutet werden. Ein Grund könnte in der Freundschaft zwischen Axel Springer und dem SPD-Politiker Max Brauer gesehen werden, der mit einer kurzen Unterbrechung bis 1960 Erster Bürgermeister Hamburgs war, oder an dem Umstand, dass das publizistische Konzept des HABL keine regierungskritische Interventionsfunktionen vorsah.

Laut Hans-Dieter Müller kann im Springer Verlag, vor allem mit den Zeitungen der „Welt“ und der „Bild“, eine eindeutige politische Entwicklungslinie skizziert werden: Während in den 1950-er Jahre die Zeitungen SPD-nah berichteten, gab es spätestens ab der Moskau-Reise Axel Springers und Hans Zehrsers im Jahr 1958 einen Kurswechsel zugunsten der CDU und CSU.¹⁰³³ Eine Erkenntnis Springers sei auf dieser Reise gewesen, dass vor allem die Politik der CDU eine Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands bewirken könne. Die Politik Willy Brandts habe zudem laut Gudrun Kruij nicht den Vorstellungen Axel Springers entsprochen und sei hinsichtlich der deutschen Einheit kontraproduktiv aufgefasst worden.¹⁰³⁴ In allen Springer-Zeitungen soll darüber hinaus ein gemeinsamer Konsens darüber bestanden haben, den Kommunismus anzuprangern

¹⁰³² Schwarz: Springer, S. 204.

¹⁰³³ Müller: Springer-Konzern, S. 199.

¹⁰³⁴ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 155.

und sich von politisch-linken Strömungen abzugrenzen, da das damit einhergehende Leitbild dieser Weltanschauung im Konflikt mit dem Freiheitsverständnis des Springer-Verlages stünde.¹⁰³⁵

Obgleich hauptsächlich anderen Zeitungen des Springer Verlags politische Einflussnahme auf die Wählerschaft der BRD vorgeworfen wurde und die politische Ausrichtung des HABL in den 1950-er und 1960-er Jahren selten Gegenstand innerhalb der Forschung war, kann aus der Sicht dieser Arbeit resümiert werden, dass Kritik an den Regierenden und ihrem politischen Führungsstil in der HABL-Berichterstattung nicht ermittelt werden konnte. Es ist vorstellbar, dass Axel Springer mit anderen Blättern seines Verlages Kritik übte und das HABL – seine erste unabhängige und überparteiliche Tageszeitung – über die Jahre hinweg weiterhin den Anspruch hatte, ihre Überparteilichkeit zu wahren und die Leserschaft nicht zu überfordern.

7.7. Publizistisches Profil im Rahmen der Vergangenheitsaufarbeitung

Nach Ansicht des Autors stand die „Schonung“ der Leserschaft weiterhin als festgeschriebener Grundsatz bei der Berichterstattung des HABL fest. Der Verzicht auf Dramatisierung der Sachverhalte, die dezidierte Faktenorientierung bei der Prozessberichterstattung und die weitestgehende kritiklose Hinnahme der Gerichtsurteile lassen den Schluss zu, dass die Rezipienten nicht mit Gewissens- und Schuldfragen, die sich zwangsläufig bei einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den Schrecken des Nationalsozialismus ergeben, konfrontiert werden sollten.¹⁰³⁶ Dieses Untersuchungsergebnis wird von Ulrich Kröger in seiner Studie über andere NS-Prozesse wie beispielsweise Wilhelm Simon, Otto Hunsche, Martin Fellenz und Hermann Krumeier unterstützt und sogar um folgende Behauptung erweitert: „Die Redakteure des ‚Hamburger Abendblattes‘ geben sich zwar zuweilen ‚überrascht‘, nehmen aber sonst von jeglicher Kritik Abstand. Urteile von westdeutschen Schwurgerichten werden sachlich zur Kenntnis genommen, selbst in

¹⁰³⁵ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 138.

¹⁰³⁶ Gudrun Kruij resümiert in ihrer Arbeit über den Springer-Verlag, dass insgesamt bei keinem der Springer-Blätter Kritik an staatlichen Organen, an Urteilen zu NS-Prozessen oder der mangelnden Aufarbeitung der NS-Vergangenheit festzustellen sei. Es werde vielmehr der Frage nachgegangen, ob es möglich sei, die Vergangenheit strafrechtlich aufzuarbeiten. Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 188.

solchen Fällen, in denen die übrige Presse und Öffentlichkeit Kritik verlauten läßt. Damit hält sich die Zeitung äußerst korrekt an die Regeln der westdeutschen Journalisten und des Presserates, nach denen Gerichtsberichte tendenzfrei und richterlichen Urteilen nicht vorgreifen sollen.“¹⁰³⁷ Ferner attestiert er dem HABL eine „Heile-Welt-Berichterstattung“¹⁰³⁸, da aus seiner Sicht teilweise über wichtige Prozesse nicht berichtet wurde oder diese lediglich am Rand erwähnt wurden.¹⁰³⁹

Diese These kann in ihrer Schärfe vom Standpunkt dieser Arbeit nur partiell geteilt werden. Der Eichmann-Prozess, der u.a. nicht Gegenstand der Untersuchung bei Ulrich Kröger war, unternimmt jedenfalls den Versuch, die Schreckenstaten der Leserschaft deutlich zu machen und deutete die Bedeutung des Prozesses für die Vergangenheitsaufarbeitung der BRD an. Die Artikel zum Eichmann-Prozess beinhalten viele Schilderungen der Zeugen bzw. ehemaligen Auschwitz-Insassen und verdeutlichen mit welcher Grausamkeit und Menschenverachtung die Juden behandelt worden sind. Dennoch wird mit keinem Kommentar der Zeitung darauf verwiesen, die eigenen Taten, das vermeintliche Wegschauen oder das Verdrängen von den Gräueltaten im Nationalsozialismus zu hinterfragen und konkrete Lehren für die Zukunft daraus zu ziehen. Durch die sachliche und weitestgehend unkritische Berichterstattung wurden nicht nur die Leser entlastet, sondern auch die Redakteure und Redakteurinnen des HABL. Durch die publizistischen Vorgaben des Blattes und ihrer Zurückhaltung bei Kommentaren und Kolumnen wurde in politisch unruhigen und schwierigen Zeiten der Redaktion die Möglichkeit gegeben, selbst politische Wertneutralität zu wahren. Auch wenn die Redaktion dies in vielen Fällen nicht wissen konnte, wurde durch dieses Neutralitätsbekenntnis und die dezidierte Unterstützung der deutschen Rechtsprechung indirekt für ein unkritisches Hinnehmen der Urteile geworben. Ein Beispiel hierfür ist der Prozess von Veit Harlan, dessen Prozess Dr. Walter Tyrolf als Richter vorstand, der sich als politisch-belastet herausstellte.

Ein anderes Bild ergab hingegen die Untersuchung vom „Fall Nieland“. Ein Artikel der Redakteurin Dr. Hildegard Michaelis zeigte, dass durchaus Kritik an den Gerichten geübt

¹⁰³⁷ Kröger: Berichterstattung, S. 190.

¹⁰³⁸ Ebd., S. 191.

¹⁰³⁹ Ullrich Kröger geht hierbei insbesondere auf den „Fall Rehse“ ein, bei dem der ehemalige NS-Sonderrichter Hans-Joachim Rehse freigesprochen wurde und darüber erst fünf Tage nach dem Urteil darüber im HABL berichtet wurde. Kröger: Berichterstattung, S. 189.

werden konnte, wenn diese im allgemeinen öffentlichen Zweifel standen. In der Untersuchung des Artikels von ihr wurde außerdem deutlich, dass sich klar gegen antisemitische Ressentiments aus dem Nationalsozialismus positioniert wird und eine Fassungslosigkeit über die Straffreiheit Nielands in der HABL-Redaktion bestand. Von daher kann nach der Untersuchung beider Fälle – Friedrich Nieland und Veit Harlan – eine interessante Entwicklungslinie in der Berichterstattung skizziert werden: Während in unmittelbarer Nachkriegszeit am Beispiel des Harlan-Prozess beobachtet werden konnte, dass sich die Redaktion mit Kritik an Harlans Vergangenheit, dem Gericht und dem Urteil bedeckt hielt, konnte eine Veränderung im redaktionellen Habitus des HABL zum Ende der 1950-er Jahre identifiziert werden. Die Stellungnahmen wirken kritischer und lassen sich durch eine klar erkennbare pro-demokratische Haltung charakterisieren. Dennoch entspricht die Tatsache, dass das HABL im „Fall Nieland“ nicht über die politische Belastung des Richters Dr. Enno Budde berichtete oder zumindest auf die Untersuchungsergebnisse anderer Zeitungen über seine Biografie verwies, dem analytischen Bild dieser Untersuchung.

Als mahndes Gewissen des Hamburger Pressewesens kann das HABL wahrlich nicht bezeichnet werden. Einen Aufruf über seine individuelle und persönliche Vergangenheit und etwaigen Schuld während des Nationalsozialismus nachzudenken, konnte im untersuchten Zeitraum nicht ermittelt werden. Dieser Umstand ist womöglich damit zu erklären, dass neben der publizistischen Vorgabe der „Schonung“ der Leserschaft auch andere Themen wie der nahende Ost-West-Konflikt und wirtschaftliche Belange im Vordergrund standen. Neben dieser inhaltlichen Schwerpunktsetzung spielten mit Sicherheit auch die Absatzzahlen der Zeitung eine wichtige Rolle. Ohne eine Themenverschiebung von der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit der jungen Republik hin zu einer Akzentuierung von wirtschaftlichen und realpolitischen Belangen kann davon ausgegangen werden, dass das HABL keine derartige Erfolgsgeschichte in den 1950-er Jahre geschrieben hätte.

Der Werbeslogan der Zeitung „Seid nett zueinander“, der sich als feste Konstante im publizistischen Konzept des HABL verankerte, kann im Zuge der Untersuchung der NS-Vergangenheit durch die vorliegenden Ergebnisse durchaus ambivalent betrachtet werden. Zwar ist die „Inschutznahme“ der Leserschaft nach den schweren Zeiten des Zweiten Weltkrieges verständlich und hat sich in den Anfangsjahren des HABL auch als erfolgsversprechend erwiesen, nur konnte dieses Credo – soweit anhand der

Untersuchungskriterien ermittelt werden konnte – auch im Sinne einer Nichtbelastung der Rezipienten hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit während des Nationalsozialismus beobachtet werden. Neben der sachlichen und wertneutralen Prozessberichterstattung beim Fall von Veit Harlan und dem juristischen Skandal im Falle Friedrich Nielands, konnte beim Eichmann-Prozess eine stärkere Positionierung der Zeitung in Bezug auf die NS-Vergangenheit festgestellt werden. Es konnte eine insgesamt intensive und emotionale Berichterstattung über den Prozess ermittelt werden, die von dem Sonderberichterstatter Rudolf Stiege vor Ort in Jerusalem verantwortet wurde.

Im Zuge der Recherchen konnten mithilfe der Untersuchungskriterien interessante Erkenntnisse zum Umgang des HABL mit dem Eichmann- und dem Auschwitz-Prozess gewonnen werden. Während eine ausführliche Berichterstattung den Eichmann-Prozess begleitete, war der Artikelumfang des insgesamt 12 Monate längeren Prozess in Frankfurt deutlich geringer und die Ausgaben mit weniger Kommentaren aus der Redaktion versehen, obgleich der Prozess einer der größten NS-Prozesse in Nachkriegsdeutschland darstellte und dieser sogar noch auf deutschem Boden stattfand. Mögliche Erklärungsansätze könnten darin liegen, dass der Eichmann-Prozess in seinem Zustandekommen bereits eine Sensation darstellte: Mossad-Agenten entführen den ehemaligen hochrangigen NS-Funktionär aus Argentinien, lösten damit einen diplomatischen Zwischenfall aus und die Weltöffentlichkeit erfuhr zum ersten Mal vom „Architekten“ des Holocausts, Einzelheiten vom Massenvernichtungssystem der Nationalsozialisten. Ein weiterer Faktor kann nach wie vor das Verdrängungsbestreben vieler gewesen sein, die sich zwei Jahre nach dem Eichmann-Prozess nicht erneut mit der Vergangenheit beschäftigen wollten.

Demzufolge überrascht es nicht, dass die Schuld-Thematik im Rahmen der untersuchten NS-Prozesse und der Amnestiegesetzgebung in den 1950-er Jahren wenig Platz in der Berichterstattung einnahm. Das damit avisierte Nachrichtendefizit kann aber auch andere Gründe gehabt haben: Wie am Beispiel des Luxemburger Abkommens veranschaulicht wurde, standen häufig Themen mit Lokalkolorit im Vordergrund der Berichterstattung.

Der Hamburg-Bezug ist eines der Grundpfeiler des publizistischen Profils des HABL und erhielt manchen Themen gegenüber dem Vorzug.¹⁰⁴⁰

Gudrun Kruijper folgert schließlich, dass nach 1965 eine intensivere juristische Auseinandersetzung mit den NS-Verbrechen im Springer Verlag und vor allem auch im HABL und der „Bild“ initiiert wurde. Das habe nicht nur daran gelegen, dass Hamburger Großprozesse im Fokus der Medien standen, sondern auch an dem gesteigerten Interesse Axel Springers an der Thematik.¹⁰⁴¹ Dabei spielte der Umgang mit der deutschen Schuld für den Verleger schon früher eine tragende Rolle, nur dass nach seinem kollektiven „Schuldgeständnis“ von 1958¹⁰⁴² nun mehr auch konkrete Handlungen zur Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen folgten.¹⁰⁴³ Dennoch ist im Rahmen der dieser Arbeit zugrunde liegenden Untersuchungsparameter zu konstatieren, dass das Thema „Schuld“ wenig Eingang in die Berichterstattung des HABL fand.¹⁰⁴⁴ Wenn überhaupt kann lediglich von einer Behandlung individueller Schuld, aber nicht von einer deutschen Kollektivschuld gesprochen werden. Ein Aufruf über seine persönliche Schuld im Rahmen der NS-Aufarbeitung nachzudenken, hätte nicht zum publizistischen Konzept des HABL gepasst. Dass sich Deutschland schuldig gemacht habe, wurde jedoch nie angezweifelt. Axel Springer sah es als Pflicht der meisten Bürger und Bürgerinnen an, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen, damit nicht erneut Schaden für Teile der Bevölkerung entstünden: „Die Wiedervereinigung ist für mich nicht irgendein

¹⁰⁴⁰ Diese Beobachtung wird durch einen Appell des Verlegers an seine Redaktion bestätigt, als er mit der Entwicklung der Themenakzentuierung im HABL nicht einverstanden war. Dementsprechend soll er von der Redaktion gefordert haben, über mehr Lokales zu berichten und Hamburg stärker in den Blick zu nehmen. Art. „Heimat umfassen“, in: Spiegel Nr. 33, 11.8.1969.

¹⁰⁴¹ Kruijper: „Welt“-„Bild“, S. 188.

¹⁰⁴² Eingehende Erläuterungen zum „Schuldbekenntnis“ sind in Kap. 5.7. nachzulesen; Brief Springer an Brauer vom 18.8.1958, in: StAHH, Staatliche Pressestelle V, II A II a13.

¹⁰⁴³ Axel Springer besuchte Israel mehrmals, traf wichtige politische Entscheidungsträger, spendete Millionenbeträge und kaufte sich sogar eine eigene Wohnung in Jerusalem. Kruijper: „Welt“-„Bild“, S. 189.

¹⁰⁴⁴ Im Gegensatz zum HABL haben andere Hamburger Zeitungen durchaus die Schuld-Problematik in ihre Berichterstattung mit aufgegriffen. Die Schuld-Thematik war bereits Ende der 1940-er Jahre Gegenstand der Berichterstattung vieler Hamburger Zeitungen. Das Kategoriensystem des Entnazifizierungsverfahrens gab Zeitungen und Rezipienten Anlass, über die Bemessung und Beurteilung von Schuld zu diskutieren. Dabei wurde die Entnazifizierungspraxis häufig als Gefahr für die Demokratie gesehen und das mediale Interesse konzentrierte sich auf die Schwächen des Verfahrens. Die HAZ vertrat die Ansicht, dass nur wenige Schuld an der Katastrophe der 1930-er Jahre trugen. Die Bestrafung der Schuldigen – wie bei den Nürnberger Prozessen – fungiere als die Entlastung der Mehrheit. Ähnliche Ansichten teilten das HE und die HVZ, die die Hauptschuld wenigen Einzelpersonen zuschrieben. Erdelmann: Persilscheine, S. 75 ff.

mythisches oder gar nationalistisches Ziel. Mir geht es ganz einfach darum, daß wir nicht noch einmal schuldig werden dürfen, indem wir ein zweites Mal die Augen verschließen vor dem Unrecht, das einem Teil der Unsrigen angetan wird.“¹⁰⁴⁵

¹⁰⁴⁵ Döpfner: Lärm, S. 193.

8. Fazit

Die Wechselwirkung zwischen dem Verleger und seiner gut selektierten und ausgebildeten Redaktion war ein essenzieller Baustein für den Erfolg der Zeitung. Der ehemalige Verlagsmanager Peter Tamm behauptete, dass das HABL das „Kind“¹⁰⁴⁶ des Verlegers dargestellt habe, und in einem Brief an den ehemaligen Chefredakteur Otto Siemer soll Springer die Anfangsphase als „die Zeit meiner eigentlichen Liebe zum Beruf“¹⁰⁴⁷ beschrieben haben. In den Anfangsjahren war Axel Springer bei den meisten Redaktions-sitzungen dabei, brachte Vorschläge ein und arbeitete akribisch an den Ausgaben mit.¹⁰⁴⁸

Das Konzept des HABL stellte dabei eine Symbiose zwischen dem Nachkriegsalltag, den realpolitischen Bedürfnissen der Leserschaft und dem Zeitgeist dar. Die Erfolgsgeschichte der Tageszeitung setzte neue Maßstäbe innerhalb der Publizistik der bundesdeutschen Nachkriegspresse und wurde somit zum Symbol der wirtschaftlichen Prosperität in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Der Werbeslogan „Seid nett zueinander“ von Werbeleiter Heinz Heinrich Schreckenbach war ein simpler und teilweise belächelter Spruch, er traf aber – ähnlich wie das Konzept der „human-interest-story“ – die Denkweise der damaligen Nachkriegsgesellschaft. Werbemaßnahmen wie das Verteilen von Blumensträußen oder das Chauffieren von frischvermählten Ehepaaren in einer weißen Kutsche erzeugten einen Wiedererkennungswert und sorgten somit für einen hohen Bekanntheitsgrad des „Abendblattes“ in Hamburg. Der Mensch sollte sich nicht nur in der HABL-Publizistik, sondern auch abseits der Ausgaben mit der Zeitung identifizieren können. Die Betonung der „Menschlichkeit“ stellte ein zentrales Element der Tageszeitung dar. Ratgeberrubriken wie „Von Mensch zu Mensch“ oder der Portraitkasten „Menschlich gesehen“ auf der Titelseite des HABL bildeten ein Alleinstellungsmerkmal für die Leserschaft. Das „Prinzip des Unpolitisch-Alltäglichen“¹⁰⁴⁹ im HABL sollte bereits in den Anfangsjahren der Zeitung dafür Sorge tragen, dass sich die Werte der Demokratie durch die richtige Ansprache der Leserschaft in den Köpfen der Menschen manifestierte: „[...] Die Erfahrung lehrt, daß man zur Demokratie nicht nur unmittelbar auf rein

¹⁰⁴⁶ Zitiert nach Jürs: Axel Springer, S. 162.

¹⁰⁴⁷ Axel Springer an Otto Siemer am 25.12.1969, in: AS-UA, Box 108.

¹⁰⁴⁸ Jürs: Axel Springer, S. 170.

¹⁰⁴⁹ Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 84.

politischem Wege gelangt, sondern mittelbar auch dadurch, daß man die Menschen menschlich anspricht und in ihrer privaten Sphäre zu verstehen sucht. Diesen Weg will das ‚Hamburger Abendblatt‘ gehen.“¹⁰⁵⁰

Gleichzeitig darf aus Sicht des Autors nicht außer Acht gelassen werden, dass neben der dezidierten Akzentuierung der „Menschlichkeit“ der Zeitung auch wirtschaftliche Unternehmensinteressen Axel Springers im Vordergrund standen. Dem Jungverleger wurden zunächst wenig Chancen eingeräumt, sich auf dem Pressemarkt zu behaupten, da die Konkurrenz durch die Lizenzpresse nicht unerheblich war. Für die Einordnung des Erfolgs des HABL darf ebenfalls die bereits im Dezember 1946 erschienene Programmzeitschrift „Hör zu“ unter der Leitung von Chefredakteur Eduard Rhein nicht unerwähnt bleiben. Der familienorientierte, sachlich-wertneutrale und „unpolitische“ Charakter der „Hör zu“ war ein erprobtes Konzept, das bei der Leserschaft für steigende Auflagenzahlen sorgte und dem Springer Verlag ein finanzielles Fundament generierte.¹⁰⁵¹

Ein weiterer wichtiger Bestandteil der Zeitung war die „Bilderseite“ auf der Rückseite. Die Werbewirksamkeit dieser Seite darf nicht unterschätzt werden, denn dadurch wurden interessierte Neukunden angeworben. Ferner entstand aus dieser Seite die „Bild“-Zeitung, die ab 1952 im Springer Verlag erschien. Rückblickend betrachtet galt das „Seid nett zueinander“ nicht nur als moralische Orientierungshilfe im Umgang miteinander im Nachkriegsalltag, sondern war auch Teil des publizistischen Konzepts des HABL. Eine Schonung des Lesers, die durch Sachlichkeit und Wertneutralität in den meisten untersuchten Artikeln gegeben war, konnte in der Berichterstattung der Anfangsjahre nachgewiesen werden.

Eine Trendwende erfolgte gegen Ende der 1950-er-Jahre, als ein generelles Umdenken in Politik und Gesellschaft stattfand. Die Errichtung der Ludwigsburger Zentralstelle für die Verfolgung von NS-Verbrechen und der Ulmer Einsatzgruppenprozess im Jahr 1958 oder die antisemitische Schmierwelle von 1959 bzw. 1960 werden in der Forschung als mögliche Marksteine des Umdenkens bzw. Überdenkens der NS-Aufarbeitungspraxis genannt.¹⁰⁵² Die Untersuchung Axel Schildts bezüglich der „antisemitischen Schmierwelle“

¹⁰⁵⁰ Döpfner: Lizenzantrag, S. 172.

¹⁰⁵¹ Krup: „Welt“-„Bild“, S. 81.

¹⁰⁵² Bajohr: Holocaustforschung, S. 127; Blaschke: Hitler, S. 489; Wilke: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, S. 655.

in der Hamburger Presse ergab, dass das HABL lediglich 12 Artikel über die volksverhetzenden Taten in Hamburg veröffentlichte, während insgesamt eine ausführliche Berichterstattung bei anderen Hamburger Tageszeitungen festgestellt werden konnte.¹⁰⁵³

Im HABL konnte diese Entwicklung vor allem bei der Berichterstattung über den Eichmann- und den Frankfurter Auschwitz-Prozess ermittelt werden. Für den Eichmann-Prozess wurde eigens ein Sonderberichterstatter nach Jerusalem geschickt, der vor Ort über die Entwicklungen im Prozess berichten sollte. Rudolf Stiege konnte als Auslandskorrespondent den Leserinnen und Lesern ein eindrucksvolles Bild vom Prozess vermitteln. Hinsichtlich der Untersuchung des Auschwitz-Prozesses wurde zwar eine deutlich niedrigere Anzahl an Artikeln als beim Eichmann-Prozess festgestellt, dennoch waren zu diesem Prozess quantitativ mehr Kommentare und Stellungnahmen im HABL zu lesen. Beide Prozesse können als Höhepunkte der Aufarbeitungsphase der BRD gesehen werden. Zu einem ähnlichen Schluss kamen auch andere Forschungsarbeiten, die vor allem den Gerichtsprozess in Frankfurt als Katalysator für die Vergangenheitsaufarbeitung sahen.¹⁰⁵⁴

Unter Berücksichtigung der Untersuchungsergebnisse kann davon ausgegangen werden, dass der Erfolg der ersten Tageszeitung für den Jungverleger Axel Springer Ende der 1940er-Jahre im Vordergrund stand. Folgerichtig kann angenommen werden, dass sich sein politisches Interesse an der Wiedervereinigung und an der Aussöhnung mit dem israelischen Volk erst zu einem späteren Zeitpunkt im Bewusstsein der Redaktion und des Verlags verankerte. Gudrun Kruip stellt in ihrer Arbeit fest, dass demzufolge die politischen Jahre Springers erst in den 1950er-Jahren begannen und die juristische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit erst ab 1965 Einzug in die Springer-Zeitungen hielt.¹⁰⁵⁵ Im Jahr 1967 wurde der Israelbezug als fester Bestandteil der Verlagsphilosophie festgehalten, was aber nicht bedeutete, dass die Unterstützung der israelischen

¹⁰⁵³ Schildt, Axel: „Schlafende Höllenhunde“. Reaktionen auf die antisemitische Schmierwelle 1959/60, in: Brämer, Andreas u.a. (Hg.): Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag (Studien zur jüdischen Geschichte, Bd. 10), München 2005, S. 313–321.

¹⁰⁵⁴ Balzer: Andauerndes Ringen, S. 13; Pendas: Urteil, S. 9.

¹⁰⁵⁵ Kruip: „Welt“-„Bild“, S. 188.

Bevölkerung nicht schon früher für Axel Springer eine tragende Rolle bei der Ausrichtung seiner Zeitungen gespielt hatte.¹⁰⁵⁶

Dieses Untersuchungsergebnis ist insofern für die Arbeit von Bedeutung, als dass sich die Frage stellt, inwiefern die Aussöhnung mit Israel mit der vergleichbar hohen Kontinuitätsstruktur und der damit einhergehenden Belastung mancher Redakteure zu vereinbaren ist. Personalpolitisch war es dem Jungverleger 1948 wichtig, erfahrene und kompetente Redakteure und Redakteurinnen einzustellen. Aus seiner Sicht wurden Personen präferiert, die für das HF und den Verlag seines Vaters arbeiteten. Alte Wegbegleiter von Hinrich Springer wie beispielsweise Karl Andreas Voss waren wichtige Berater, um eine neue Tageszeitung in Hamburg aufzubauen, der viele Branchenvertreter aufgrund der hohen Dichte an Lizenzzeitungen zunächst keine großen Chancen auf dem Pressemarkt einräumten. Die NS-Vergangenheit der jeweiligen Redakteure spielte – sofern sie vom Entnazifizierungsausschuss überprüft worden waren – eine sekundäre Rolle, da diese dem Erfolg des HABL untergeordnet wurde.

Ein Beispiel für diese Feststellung ergaben die Untersuchungen der Biografie von Rudolf Michael, der von 1952 bis 1958 Chefredakteur der „Bild“ war. Michael hatte beruflichen Erfolg im „Dritten Reich“ gehabt, hatte mit einer vom NS-Regime auserlesenen Journalisten-Delegation eine Weltreise gemacht und war im Anschluss von Joseph Goebbels empfangen worden. Außerdem war er seit dem 1. Mai 1937 Mitglied in der NSDAP gewesen. Der britische Entnazifizierungsausschuss verhängte ein zweijähriges Berufsverbot über Michael.¹⁰⁵⁷ Trotz des Verbots arbeitete er für das HABL als Ressortleiter für „Allgemeines“, wurde aber aufgrund der britischen Restriktionen nicht im Impressum aufgeführt. Damit steht fest, dass die Maßnahmen der Militärregierung bewusst umgangen wurden. Dies blieb jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand ein Einzelfall.

Michaels gute Vernetzung und seine Beziehungen zum Verlagsleiter Voss und zu Springers politischem Mentor Hans Zehrer führten zum Erstkontakt mit Axel Springer und schließlich zu einer Anstellung beim HABL. Der 58-jährige Michael arbeitete zunächst als Ressortleiter und übernahm mit Anfang 60 die Chefredaktion der „Bild“, die zu

¹⁰⁵⁶ Döpfner: Lärm, S. 193.

¹⁰⁵⁷ StAHH, 221-11 Misc 9111, Rudolf Michael.

Beginn ihres Erscheinens mit schwachen Absatzzahlen zu kämpfen hatte. Springers Vertrauen in den erfahrenen Rudolf Michael machte sich bezahlt, da die Boulevardzeitung nach seiner Übernahme als Chefredakteur einen stetigen Auflagenanstieg verzeichnen konnte. Ab 1956 war er ebenfalls für zwei Jahre Chefredakteur bei der „Bild am Sonntag“.

Der „Fall Rudolf“ belegt nicht nur, dass Kompetenz und Erfahrung den Vorzug vor politischer Unbescholtenheit erhielten, sondern auch, dass das HABL von vielen Redakteuren als berufliches Sprungbrett für eine Karriere im Springer Verlag genutzt wurde. In dieser Arbeit wurden u. a. die Biografien von Christian Kracht und Peter Tamm analysiert. Sie können ebenfalls als Beispiele für berufliche Aufstiegsavancen innerhalb des Verlages gesehen werden. Dass die Beziehungen zwischen den Karrieristen und dem Verleger dabei nicht durchgehend unproblematisch verliefen, war ein interessantes Randergebnis der Untersuchung. Engagement und Expertise konnten dazu führen, dass ein Redakteur von Axel Springer gefördert wurde und persönliche Freundschaften entstanden. Der Chefredakteur Otto Siemer und Springers journalistischer Ziehvater Walter Hansemann können zu den langjährigen Freunden des Verlegers gezählt werden. Wenn Mitarbeiter jedoch Artikel oder Beiträge gegen die Verlagsphilosophie verfassten und nicht im Sinne des Selbstbildes bzw. Konzeptes des HABL schrieben, konnte es zu weitreichenden Konsequenzen für die Redakteure kommen. Der ehemalige Chefredakteur Martin Saller geriet durch seine Artikelreihe „Rebellen im Namen Christi“ im Jahr 1969 in einen Konflikt mit Axel Springer, der letztendlich zu einer Degradierung zurück ins außenpolitische Ressort führte. Nach nur vier Jahren als Chefredakteur übernahm Saller eine neue Tätigkeit als Auslandskorrespondent in Tokio. Immerhin hatte der Konflikt nicht seine Kündigung zur Folge.

Der hohe Kontinuitätsanteil derer, die bereits im „Dritten Reich“ journalistisch tätig gewesen waren, belegt nicht nur, dass vor allem auf Erfahrung und Kompetenz gesetzt wurde, sondern legt auch bereits bestehende Bekanntschaften unter den Journalisten nahe. Es konnten diverse Berührungspunkte in den Lebensläufen ermittelt werden, die sich aus gemeinsamen militärischen und vor allem beruflichen Erfahrungen ergaben. Mit einem Blick auf die Wohnorte der Redaktion konnte darüber hinaus festgestellt werden, dass Redakteure aufgrund der Wohnungsnot teilweise zusammenwohnten. Andere wiederum hatten im „Dritten Reich“ gemeinsam beim HF, dem Hammerich & Lesser oder

Ullstein Verlag gearbeitet. Somit kann davon ausgegangen werden, dass sich einige Redakteure auch schon vor der Einstellung beim HABL kannten.

Dass sich aus anfänglicher Abneigung Springers auch Freundschaft entwickeln konnte, zeigt das Beispiel Georg Nawrocki. Laut den Angaben von dessen Sohn wurde sein Vater beim HABL abgelehnt, da er als „Kreishauptstellenleiter“ der NSDAP in Hamburg Einfluss auf die Vergabe bzw. den Entzug von Drucklizenzen gehabt hatte. Demnach soll Hinrich Springer 1941 die Drucklizenz entzogen worden sein. Als die „Welt“ im Jahr 1953 vom Springer Verlag gekauft wurde und Nawrocki bereits für die Zeitung arbeitete, ließ ihn Axel Springer weiterhin für den Verlag schreiben. Georg Nawrocki baute in seiner Funktion als Ressortleiter für „Lokales“ den Lokalteil der „Welt“ auf. Aufgrund seines Ansehens in der Branche und seiner erfolgreichen Arbeit sollen er und der Verleger Freunde geworden sein, sodass Nawrocki insgesamt fast zwei Jahrzehnte lang für die „Welt“ arbeitete, bis er 1971 an Lungenkrebs verstarb. Das Beispiel von Georg Nawrocki zeigt, dass Axel Springer seine Einstellung zu Einzelpersonen ändern konnte, wenn ihre Ideen und ihre Arbeit dem Springer-Konzern Erfolg einbrachten und sich mit den Vorstellungen Springers deckten.

Hinsichtlich der geschlechtlichen Verteilung innerhalb der HABL-Redaktion konnte festgestellt werden, dass lediglich neun Prozent der Gesamtedaktion weiblich waren. Der geringe Frauenanteil überrascht nicht vor dem Hintergrund, dass nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Redakteursposten wieder mit männlichen Journalisten besetzt wurden. Die Hoffnung der Frauen, die im Krieg die Berufe vieler kriegsdienstpflichtigen Männer ausgeübt hatten, weiterhin als Redakteurin arbeiten zu können, wurde in der Nachkriegszeit enttäuscht. Es ist gleichzeitig interessant und bemerkenswert, dass viele von ihnen im Politik-Ressort tätig waren und sogar einen Dokortitel trugen. Im Vergleich zu den Redakteuren waren mehr Frauen als Männer promoviert. Das kann damit zusammenhängen, dass viele Frauen bei einer Bewerbung mehr Qualifikationen aufweisen mussten als Männer, um eine Anstellung zu finden. Mit Clara Reyersbach, Dr. Inge Santner und Dr. Gisela Schoeler wurden ebenfalls Redakteurinnen verpflichtet, die Erfahrungen und Kompetenz mitbrachten. Außerdem ist es beachtlich, dass die Redakteurinnen überhaupt

für den Politik-Teil schrieben, da dies eigentlich ein Ressort war, das überwiegend mit Männern besetzt wurde.¹⁰⁵⁸

Die Ergebnisse zur Belastung der Redaktion verdeutlichen, dass vor allem die von 1900 bis 1917 Geborenen empfänglich für die Politik der NS-Regierung gewesen sein könnten. Insgesamt 16 Prozent der Gesamtedaktion waren in der NSDAP gewesen und davon wiederum 57 Prozent aus der „Kriegsjugend“-Generation. Die Übernahme einer vergleichsweise hohen Anzahl an Redakteuren, die in der Regime-Partei gewesen waren, legt die Vermutung nahe, dass es dem Jungverleger in der Nachkriegszeit weniger um die politische Belastung ging, sondern vielmehr um die Erfahrung und die persönliche Kongruenz mit dem Selbstbild des HABL. Gleichwohl darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Schuld, die Deutschland im Zuge der Schreckenstaten des „Dritten Reiches“ auf sich geladen hatte, ein essenzielles Thema für Axel Springer war. Mit seinem „Schuldbekenntnis“ auf einer internationalen Konferenz in Bern am 18. August 1958 und der Abschrift seiner Rede, die er dem Ersten Bürgermeister Hamburgs, Max Brauer, zukommen ließ, wurde erstmalig seine Sicht auf das schwere Erbe der BRD schriftlich festgehalten. Obgleich Springer selbst politisch unbescholten war, sah er es als seine Pflicht an, seinen Teil zur Wiedergutmachung beizutragen. Bemerkenswert ist hierbei, dass die Rolle der deutschen Bevölkerung im „Dritten Reich“ nicht näher im HABL thematisiert wird. Die untersuchten NS-Gerichtsprozesse wurden zwar kommentiert und die Gräueltaten der betroffenen Akteure akzentuiert, aber das Gewissen der Leserschaft wurde nicht belastet. Ein direkter Appell an die Leserinnen und Leser, sich Gedanken über die eigene NS-Vergangenheit zu machen, konnte nicht ermittelt werden.

Diese Vorgehensweise passt in die Analyse des publizistischen Konzepts des HABL. Die „Schonung“ des Rezipienten war einer der Grundsätze der Tageszeitung. Es passt in das Bild der Untersuchung, dass Springers „Schuldbekenntnis“ aus dem Jahr 1958 nicht im HABL ermittelt werden konnte.¹⁰⁵⁹ Dies unterstützt die Annahme, dass Schuld nicht in das Profil der Berichterstattung des „Abendblattes“ passte.

¹⁰⁵⁸ Sonntag: Medienkarrieren, S. 277.

¹⁰⁵⁹ In den Ausgaben nach dem kollektiven „Schuldbekenntnis“ vom 18. August 1958 konnten keine Hinweise oder Angaben zu Springers Beitrag bei der internationalen Konferenz in Bern im

Nichtsdestotrotz konnte durch die Analyse der Gerichtsprozesse, insbesondere des Eichmann-Prozesses und des Frankfurter Auschwitz-Prozesses von 1963 bis 1965, veranschaulicht werden, dass ein Fokus der Berichterstattung auf die Verfahren, die Angeklagten und die Urteile gelegt wurde. Auch wenn die Leserschaft hinsichtlich der möglichen eigenen Schuld nicht adressiert wurde, wurde nicht über die Taten, die die Nationalsozialisten und ihre Anhänger an religiösen und ethnischen Bevölkerungsgruppen begangen hatten, hinweggesehen. Es kann zwar eine Tendenz von der Akzentuierung der Individualschuld zugunsten einer Generalamnestie in der Berichterstattung des HABL beobachtet werden, dennoch ist zu konstatieren, dass eine „Schlussstrich“-Mentalität grosso modo keinen Einzug im Springer Verlag hielt.

Abschließend kann die Wirkung der Berichterstattung auf die Leserschaft als ambivalent betrachtet werden: Zwar wurde ein Bewusstsein für die Schreckenstaten des NS-Regimes geschaffen, es wurde somit aber auch eine Gelegenheit ausgelassen, die Leser und Leserinnen intrinsisch zu motivieren, sich für Wiedergutmachung einzusetzen und sich gegebenenfalls auch in der Interaktion mit ihren Mitmenschen dafür stark zu machen, dass jedwedes Wiedererstarken solchen Gedankenguts verhindert wird. Der Fokus auf einzelne Personen und die Anklage Einzelner führten zur Erleichterung des Gewissens und zur Aufbruchstimmung vieler.

Der Kolumnist Wilhelm Backhaus, der sich im Zuge der Untersuchungen als politisch-anpassungsfähig erwies, war in allen drei deutschen Pressestrukturen von der Weimarer Republik bis zur BRD journalistisch tätig. Seinem Artikel „Noch eine Woche“ in der Wochenendausgabe vom 9. bzw. 10. September 1961 konnte entnommen werden, dass er sich leidenschaftlich für die Demokratie und das Recht, wählen zu dürfen, einsetzte. Das HABL engagierte sich somit zweifellos für die Verinnerlichung demokratischer Werte bei seiner Leserschaft. Dennoch muss betont werden, dass das „Abendblatt“ nicht als Aufarbeitungsinstrument der NS-Vergangenheit des Springer Verlages betrachtet werden kann. Anhand des Veit-Harlan-Prozesses konnte demonstriert werden, dass das

HABL ermittelt werden. Stattdessen wurde beispielsweise am 18. August über das Wetter, „Die Schlußkundgebung des Katholikentages“ und einen großen Gerichtsprozess im Irak berichtet. Art. „Massenprozeß im Irak/ Auch 22 frühere Minister angeklagt“, in: HABL Nr. 190, 18.8.1958; Art. „Endlich Sonne über Hamburg“, in: HABL Nr. 190, 18.8.1958; Art. „170.000 hörten den Papst. Die Schlußkundgebung des Katholikentages im Olympiastadion“, in: HABL Nr. 190, 18.8.1958.

HABL politisch konform Bericht erstattete, d. h., Kritik an dem Urteil oder an der Gerichtsbarkeit wurde nicht geübt. Vielmehr wurde um Unterstützung und kritiklose Hin- nahme des Urteils geworben. Ähnliche Stellungnahmen bzw. wertneutrale Berichterstat- tung konnten beim Luxemburger Abkommen von 1952 oder bei der Amnestiegesetzge- bung von 1954 ermittelt werden.

Der „Fall Nieland“ Ende der 1950-er-Jahre stellte im Rahmen der angelegten Untersu- chungsparemeter einen Wendepunkt dar: Zwar wurde sich gegen den Beschluss von Dr. Enno Budde, es nicht zu einem Hauptverfahren kommen zu lassen, ausgesprochen, den- noch wurde davon abgesehen, über den Richter selbst zu schreiben und seine politische Vergangenheit zu beleuchten. Die bewusste Entscheidung der Redaktion, die Offenle- gung seiner politischen Aktivität im „Dritten Reich“ nicht zu erwähnen oder wenigstens einen Verweis auf die Untersuchungen des „Spiegels“ und des HE in einer ihrer Ausga- ben anzubringen, spricht für die Ergebnisse dieser Arbeit. Auch rund zehn Jahre nach seiner Gründung bestand der Kern des publizistischen Konzeptes darin, die Leserschaft über die wesentlichen Geschehnisse Hamburg betreffend zu informieren, zu unterhalten und vor allem weiterhin zu schonen und nicht zu belasten.

Diese publizistische Gangart wurde größtenteils aufrechterhalten, da Axel Springer an- dere Zeitungen im Portfolio besaß, die für Skandale, Dramatik und politische Provokation standen. Laut Gudrun Kruij und Claus Jacobi kann das Gespräch zwischen Nikita Chruschtschow und Axel Springer im Jahr 1958 als politische Zäsur gesehen werden. Fortan sollen vor allem ab dem Jahr 1960 die Anweisungen und redaktionellen Vorgaben noch strenger vom Verleger vorgegeben worden sein.¹⁰⁶⁰ In der „Welt“-Redaktion soll es dadurch sogar zu mehreren Kündigungen gekommen sein.¹⁰⁶¹ Solche personellen Ver- schiebungen waren in der Redaktion des „Abendblattes“ in den 1960-er-Jahren nicht zu beobachten. Die Untersuchungsergebnisse erwecken den Eindruck, dass das HABL eine Sonderstellung in den Printzeugnissen des Springer Verlages darstellte. Die erste unab- hängige und überparteiliche Tageszeitung Hamburgs war in vielerlei Hinsicht Sinnbild für den wirtschaftlichen und demokratischen Wiederaufbau der BRD.

¹⁰⁶⁰ Jacobi: Verlag, S. 264 ff.; Kruij: „Welt“-„Bild“, S. 108.

¹⁰⁶¹ Gerwin Dahm interviewte Christian Kracht im Herbst 1994, in: AS-UA, Bestand Christian Kracht, hier S. 25 f.

Durch den hohen Kontinuitätsanteil der Redaktion, die Implementierung der „human-interest-story“, die Adressatengerechtigkeit, den dezidierten Lokalkolorit und den profunden Werbeslogan, der sich wie ein Mantra auf die Publizistik der Folgejahre auswirkte¹⁰⁶², steht das „Abendblatt“ wie kaum eine andere Hamburger Tageszeitung für die politische und gesellschaftliche Assimilation in der Nachkriegszeit.

¹⁰⁶² Gleichwohl muss perspektivisch darauf hingewiesen werden, dass spätestens in den 1980er-Jahren der Leitspruch in „Seid menschlich zueinander“ geändert wurde. Somit wurde eine moralische Brücke zwischen der Kolumne „Menschlich gesehen“ und dem Werbeslogan aus den Anfangsjahren des HABL geformt. Korn, Klaus: Art. „An die Arbeit“, in: HABL Jubiläumsausgabe zum 40-jährigen Bestehen, 14.10.1988.

9. Abkürzungsverzeichnis

AN	Altonaer Nachrichten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
DAF.	Deutsche Arbeitsfront
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DNB	Deutsches Nachrichtenbüro
DPA	Deutsche Presse-Agentur
DPD	Deutscher Pressedienst
DVP	Deutsche Volkspartei
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
HA	Hamburger Anzeiger
HABL	Hamburger Abendblatt
HJ	Hitler Jugend
HAZ	Hamburger Allgemeine Zeitung
HE	Hamburger Echo
HF	Hamburger Fremdenblatt
HVZ	Hamburger Volkszeitung
RDP	Reichsverband der Deutschen Presse
RMVP	Reichsministerium für Aufklärung und Propaganda
MOPO	Hamburger Morgenpost
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
RAD	Reichsarbeitsdienst
RDP	Reichsverband für Deutsche Presse
RPK	Reichskultur- und Reichspressekammer
SA	Sturmabteilung
SS	Schutzstaffel
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
UP	United Press
VDZV	Verein Deutscher Zeitungsverleger

10. Literatur- und Quellenverzeichnis

10.1. Literaturverzeichnis

1. Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 1964.
2. Arnim, Tim von: Und dann werde ich das größte Zeitungshaus Europas bauen. Der Unternehmer Axel Springer, Frankfurt am Main 2012.
3. Assmann, Aleida: Geschichtsvergessenheit - Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999.
4. Babel, Andreas: Die NS-„Euthanasie“ und Rahlstedt. Die dunkle Seite der Rahlstedter Kinderärztin Ingeborg Wetzel, in: Rahlstedter Jahrbuch für Geschichte & Kultur 2018 (2018), S. 78-95.
5. Bädermann, Kathrin: Kritik im Feuilleton? Ein Vergleich zwischen den Kulturteilen des „Hamburger Anzeiger“ und des „Hamburger Tageblatt“ 1939-1944, Hamburg 2000.
6. Bahnsen, Uwe: Biografie Peter Tamm, Hamburg 2021.
7. Bajohr, Frank: Holocaust-Entwicklungslinien in Deutschland seit 1945, in: Brechtken, Markus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 122-142.
8. Bajohr, Frank: Schlussbetrachtung. Meister der Zerstörung, in: in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 687-691.
9. Balzer, Friedrich-Martin: Andauerndes Ringen um das Geschichtsbild, in: Balzer, Friedrich-Martin; Renz, Werner (Hg.): Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965). Erste selbständige Veröffentlichung, Bonn 2004, S. 13-27.
10. Bartsch, Elisabet; Kammer, Hilde: Art. RAD, in: Lexikon Nationalsozialismus. Begriffe, Organisationen und Institutionen (Band 2), Hamburg 2002, S. 193 f.
11. Bartsch, Elisabet; Kammer, Hilde: Art. SS, in: Lexikon Nationalsozialismus. Begriffe, Organisationen und Institutionen (Band 2), Hamburg 2002, S. 237-246.
12. Benz, Wolfgang: Geschichte des Dritten Reiches (BPB-Schriftenreihe, Bd. 377), München 2000.
13. Bergmann, Werner: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949-1989, Frankfurt am Main/New York 1997 [Schriftenreihe des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, Bd. 4].
14. Berndt, Christian: Urteil vor 70 Jahren. NS-Filmregisseur Veit Harlan freigesprochen, in: Deutschlandfunk Archiv, April 2019, URL:

<https://www.deutschlandfunk.de/urteil-vor-70-jahren-ns-filmregisseur-veit-harlan-100.html> (eingesehen am 8.3.2023).

15. Biller, Marita: Exilstationen. Eine empirische Untersuchung zur Emigration und Remigration deutschsprachiger Journalisten und Publizisten, Münster/Hamburg 1994.
16. Blaschke, Olaf: Endlich genug von Hitler oder bitte noch mehr? Verlage als vergangenheitspolitische Akteure, in: Brechtken, Markus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 489-505.
17. Brandstetter, Elmar: Das Streiffreiheitsgesetz 1954, in: Juristen Zeitung 9, 15/15 (1954), S. 477-483.
18. Braun, Peter: Die sozialräumliche Gliederung Hamburgs (Weltwirtschaftliche Studien, Bd. 10), Göttingen 1968.
19. Brechtken, Markus: Einleitung, in: Brechtken, Markus (Hg.): Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Ein Kompendium, Göttingen 2021, S. 9-19.
20. Brodesser, Hermann-Josef u. a.: Wiedergutmachung und Kriegsfolgenliquidation. Geschichte, Regelungen, Zahlungen, München 2000.
21. Büchsel, Ulrike: Der 1. Frankfurter Auschwitz-Prozess im Kontext seiner Vorgeschichte und Wirkung, Frankfurt am Main 2005.
22. Büttner, Ursula: „Gomorrha“ und die Folgen. Der Bombenkrieg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 613-633.
23. Cartier, Raymond: Neunzehn Mal Europa, München 1960.
24. Cesarani, David: Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder, Berlin 2012.
25. Clemens, Gabriele: Remigranten in der Kultur- und Medienpolitik der britischen Zone, in: Krohn, Claus-Dieter; Schildt, Axel (Hg.): Zwischen den Stühlen? Remigranten und Remigration in der deutschen Medienöffentlichkeit der Nachkriegszeit (Hamburger Beitrag zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 39), Hamburg 2002, S. 50-65.
26. Dahrendorf, Ralf: Liberal und unabhängig. Gerd Bucerius und seine Zeit, München 2000.
27. Demant, Ebbo: Hans Zehrer als politischer Publizist. Von Schleicher zu Springer, Mainz 1971.
28. De Mendelssohn, Peter: Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der Deutschen Presse, Berlin (West) 1959.
29. Drescher, Johanna: Art. Ludwigsburger Zentralstelle, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 67-69.

30. Eichmüller, Andreas: Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945. Eine Zahlenbilanz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 56 (2008), S. 612-640.
31. Erdelmann, Jessica: Persilscheine aus der Druckerpresse? Die Hamburger Medienberichterstattung über Entnazifizierung und Internierung in der britischen Besatzungszone (Hamburger Zeitspuren, Bd. 11), Hamburg 2016.
32. Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945, Frankfurt am Main 2020.
33. Fink, Hans-Jürgen: Eine Zeitung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt, in: haben.abendblatt.de, Oktober 2002, URL: <https://haben.abendblatt.de/hamburg/article108967999/Eine-Zeitung-die-den-Menschen-in-den-Mittelpunkt-stellt.html> (eingesehen am 7.4.2022).
34. Fischer, Torben: Art. Frankfurter Auschwitz-Prozess, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 128-131.
35. Frei, Norbert: Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin, in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilung 11, 1 (1985), S. 28-41.
36. Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
37. Frei, Norbert: Die Presse, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.). Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1989, S. 370-416.
38. Frei, Norbert (Hg.): Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001.
39. Frei, Norbert; Schmitz, Johannes: Journalismus im Dritten Reich, München 1996.
40. Fromme, Jürgen: Das Hamburger Fremdenblatt, in: Fischer, Heinz-Dietrich (Hg.): Deutsche Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts, München 1972, S. 159-176.
41. Führer, Karl Christian: Medienmetropole Hamburg. Mediale Öffentlichkeiten 1930-1960 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 11), Hamburg 2008.
42. Führer, Karl Christian; Hickethier, Knut; Schildt, Axel: Medien-Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 41 (2001), S. 1-38.
43. Garbe, Detlef: Institutionen des Terrors und der Widerstand der Wenigen, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 519-572.
44. Gehrman, Wolf: Britische Presse- und Informationspolitik in Schleswig-Holstein 1945-1949, Kiel 1993.

45. Gellately, Robert: Hingeschaut und weggesehen. Hitler und sein Volk, Stuttgart 2002.
46. Giordano, Ralph: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein, Hamburg 1987.
47. Gossel, Daniel A.: Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft, Hamburg 1993.
48. Grass, Günther: Der Fall Axel C. Springer am Beispiel von Arnold Zweig. Eine Rede, ihr Anlaß und die Folgen (Voltaire Flugschrift, Bd. 15), Berlin 1967.
49. Große, Christina: Der Eichmann-Prozeß zwischen Recht und Politik, Frankfurt am Main 1995.
50. Haese, Uta; Prawitt-Haese, Torsten: Dem Leser ein Halt in schwerer Zeit. Schleswig-Holsteinische Pressegeschichte 1945-1949, Hamburg 1994.
51. Hasse, Edgar: Die Kindermörderin von Rahlstedt, in: Die Welt, 21.2.2014, URL: https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article125060270/Die-Kindermoerderin-von-Rahlstedt.html (eingesehen am 3.1.2024).
52. Hedderich, Oliver; Angrick, Katrin: Lizenzpresse und Marktzutrittsphase, Göttingen 2004.
53. Heiden, Anne von der: Der Jude als Medium Jud Süß, Berlin 2005.
54. Heimsath, Katja: ‚Trotz allem glaube ich an das Gute im Menschen.‘ Das Tagebuch der Anne Frank und seine Rezeption in der Bundesrepublik Deutschland (Hamburger Historische Forschung, Bd. 5), Hamburg 2013.
55. Hering, Rainer: Der „Fall Nieland“ und sein Richter. Zur Kontinuität in der Hamburger Justiz zwischen „Drittem Reich“ und Bundesrepublik, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 81 (1995), S. 207-222.
56. Hering, Rainer: Der Stader Verleger Adolf Heimberg und der „Fall Nieland“. Völkische Verlagswesen, Antisemitismus und Justiz in der frühen Bundesrepublik, in: Stader Jahrbuch, NF 104 (2014), S. 89-135.
57. Hering, Rainer: Einleitung. Hamburgische Kirchengeschichte im 20. Jahrhundert, in: Ders.; Mager Inge (Hg.): Hamburgische Kirchengeschichte in Aufsätzen, Teil 5, Kirchliche Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert (Arbeiten zur Kirchengeschichte Hamburgs, Bd. 26), Hamburg 2008, S. 11-36.
58. Hodenberg, Christina von: Politische Generationen und massenmediale Öffentlichkeit. Die „45er“ in der Bundesrepublik, in: Jureit, Ulrike; Wildt, Michael (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005, S. 266-294.
59. Hodenberg, Christina von: Zur Generation der 45er. Stärken und Schwächen eines Deutungsmusters, in: bpb-online, Januar 2020, URL: <https://haben.bpb.de/apuz/303637/zur-generation-der-45er-staerken-und-schwaechen-eines-deutungsmusters#footnode21-21> (eingesehen am 5.1.2022).

60. Hoffmann, Moritz: Die Möglichkeit einer Lüge. Der Umgang mit der Leugnung des Massenmordes an den Juden in der Nachkriegszeit, Heidelberg 2013.
61. Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin 1996.
62. Jaeger, Hans: Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einer umstrittenen Konzeption, in: Geschichte und Gesellschaft 3 (1977), S. 429-452.
63. Jesper, Karl-Heinz: Zur politisch-ideologischen Funktion der Massenkommunikationsmittel in Westdeutschland unter besonderer Berücksichtigung von utopischer Belletristik, illustrierter Presse und Schlagertexten, Rostock 1966.
64. Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München 1995.
65. Jureit, Ulrike; Wildt, Michael: Generationen, in: Jureit, Ulrike; Wildt, Michael (Hg.): Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs, Hamburg 2005, S. 7-27.
66. Keller, Bernhard: Journalismus und die „Volksgemeinschaft“. Die lokale Presse als Stütze der NS-Herrschaft, in: Kurz, Jan; Wehner, Fabian (Hg.): Blankenese im Nationalsozialismus 1933 – 1939. Entrechtung – Volksgemeinschaft – Diktatur, Hamburg 2021, S. 205-229.
67. Kellerhoff, Sven F.: Was aus den Witwen der Top-Nazis wurde, in: Die Welt, 13.12.2021, URL: <https://www.welt.de/geschichte/article178778946/Braune-Familienbande-Was-aus-den-Witwen-der-Top-Nazis-wurde.html> (eingesehen am 4.9.2023).
68. Kepplinger, Hans Mathias: Zeitungsberichterstattung im Wandel, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999.
69. Knipping, Franz: Jeder vierte zahlt an Axel Cäsar. Das Abenteuer des Hauses Springer, Berlin 1963.
70. Koszyk: Deutsche Presse von 1914-1945 (Geschichte der deutschen Presse, Bd. 3), Berlin 1972.
71. Kopper, Gerd: Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Eine Fallstudie zu den politischen Voraussetzungen und Strukturbedingungen der Konzentration in Schleswig-Holstein 1945-1970, Düsseldorf 1972.
72. Krause, Peter: Der Eichmann-Prozeß in der deutschen Presse, Frankfurt am Main 2002.
73. Kröger, Ulrich: Die Ahndung von NS-Verbrechern vor westdeutschen Gerichten und ihre Rezeption in der deutschen Öffentlichkeit 1958 bis 1965 unter besonderer Berücksichtigung von Spiegel, Stern, Zeit, SZ, FAZ, Welt, Bild, HABL, NZ, Neuem Deutschland, Hamburg 1973.
74. Kruij, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel-Springer-Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und Denktraditionen, München 1999.

75. Kühnl, Reinhard: Das Dritte Reich in der Presse der Bundesrepublik. Kritik eines Geschichtsbildes, Frankfurt am Main 1966.
76. Lange, Ulrich: Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Neumünster 1996.
77. Langer, Antje: Art. „Euthanasie-Prozesse und -Debatten“, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 2 (2007), S. 206-208.
78. Lohalm, Uwe: Garant nationalsozialistischer Herrschaft. Der öffentliche Dienst, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 154-187.
79. Longerich, Peter: Nationalsozialistische Propaganda, in: Bracher, Karl Dietrich; Funke, Manfred; Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.): Deutschland 1933-1945. Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft, Bonn 1993, S. 291-314.
80. Mannes, Stefan: Antisemitismus im nationalsozialistischen Film. „Jud Süß“ und „Der ewige Jude“, Berlin 2021.
81. Mannheim, Karl: Das Problem der Generationen (1928), in: Wolff, Kurt H. (Hg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk, Neuwied/Berlin 1964, S. 509-565.
82. Marek, Michael: Der Veit Harlan-Prozess. NS-Regisseur Veit Harlan – vor 50 Jahren in Hamburg vor Gericht freigesprochen, in: Zukunft braucht Erinnerung. Das Online-Portal zu den historischen Themen unserer Zeit, Oktober 2004, URL: <https://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/der-veit-harlan-prozess-1949/> (eingesehen am 7.3.2023).
83. Margalit, Gilad: Germany and its Gypsies. A post Auschwitz-Ordeal, Madison 2002.
84. Martens, Holger: Hamburgs Weg zur Metropole. Von der Groß-Hamburg-Frage zum Bezirksverwaltungsgesetz (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Bd. 63), Hamburg 2004.
85. Mein, Georg: Art. Hannah Arendt. Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht über die Banalität des Bösen, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 2 (2007), S. 126-128.
86. Mertens, Lothar: Presse und Publizistik, in: Krohn, Claus-Dieter u. a. (Hg.): Handbuch zur deutschsprachigen Emigration 1933-1945, Darmstadt 1998, S. 1062-1072.
87. Meyer, Dennis: Art. Eichmann-Prozess, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 124-125.
88. Moses, Anthony Dirk: The Forty-Fivers. A Generation between Facism and Democracy, in: German Politics and Society 17 (1999), S. 94-126.
89. Müller, Hans Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968.

90. Mueller, Jan-Werner: *Another Country. German Intellectuals, Unification and National Identity*, New Haven 2000.
91. Nöh, Hans-Joachim: *Wie das Abendblatt entstand*, in: Röttger, Berndt (Hg.): *70 Jahre Hamburger Abendblatt*, Hamburg 2018, S.8-9.
92. Pendas, Devin O.: *Der Auschwitz-Prozess. Völkermord vor Gericht*, München 2013.
93. Perels, Joachim: *Amnestien für NS-Täter in der Bundesrepublik*, in: *Kritische Justiz* 28, 3 (1995), S. 382-389.
94. Peters, Tim B.: Art. „Hellmuth Heye“, in: Konrad Adenauer Stiftung. *Geschichte der CDU. Personen*, 2024, URL: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/hellmuth-heyde> (eingesehen am 13.11.2023).
95. Peukert, Detlev: *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne* (Neue Historische Bibliothek, Bd. 282), Frankfurt am Main 1987.
96. Pohl, Thomas: *Zur quantitativen Analyse der raum-zeitlichen Strukturierung der Stadt*, in: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 29, 2 (2006), S. 208-224.
97. Pross, Harry: *Zeitungsreport. Deutsche Presse im 20. Jahrhundert*, Weimar 2000.
98. Rackwitz, Martin: *Märzrevolution in Kiel 1848. Erhebung gegen Dänemark und Aufbruch zur Demokratie* (Sonderveröffentlichungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte, Bd. 68), Heide 2011.
99. Renz, Werner: *Anmerkungen zur Geschichte des Auschwitz-Prozesses*, in: Balzer, Friedrich-Martin; Renz, Werner (Hg.): *Das Urteil im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965)*. Erste selbständige Veröffentlichung, Bonn 2004, S. 28-31.
100. Renz, Werner: *„Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“ Die Berichterstattung in Bild und Welt zum Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965)*, in: Backhaus, Fritz; Belkin, Dmitrij; Gross, Raphael (Hg.): *Bild dir dein Volk. Axel Springer und die Juden*, Frankfurt am Main 2012, S. 79-86.
101. Rinio, Carsten: *Walter Tyrolf, Richter und Staatsanwalt im Dritten Reich (und danach)*, in: *Mitteilungen des Hamburgischen Richtervereins* 1 (2022), S. 11-20.
102. Sängler, Fritz: *Politik der Täuschungen. Mißbrauch der Presse im Dritten Reich. Weisungen, Informationen, Notizen 1933-1939*, Wien 1975.
103. Sagolla, Dieter: *Die Entwicklung der SPD-Pressepolitischen Konzeption nach 1945 (unter Berücksichtigung des Falles (NHP), MA masch. Hannover 1977*.
104. Schildt, Axel: *Das Jahrhundert der Massenmedien. Ansichten einer künftigen Geschichte der Öffentlichkeit*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001), S. 177-206.
105. Schildt, Axel: *Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre*, in: Wilke, Jürgen (Hg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln 1999, S. 633-648.
106. Schildt, Axel: *Medien-Intellektuelle in der Bundesrepublik*, Göttingen 2020.

107. Schildt, Axel: „Schlafende Höllenhunde“. Reaktionen auf die antisemitische Schmierwelle 1959/60, in: Brämer, Andreas u. a. (Hg.): Aus den Quellen. Beiträge zur deutsch-jüdischen Geschichte. Festschrift für Ina Lorenz zum 65. Geburtstag (Studien zur jüdischen Geschichte, Bd. 10), München 2005, S. 313-321.
108. Schmid, Sigrun: Journalisten der frühen Nachkriegszeit. Eine kollektive Biographie am Beispiel von Rheinland-Pfalz, Köln 2000.
109. Schröder, Dominique: Art. „Fälle Globke und Oberländer“, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 2 (2007), S. 101-103.
110. Schröder, Wilhelm H.: Kollektive Biografien in der historischen Sozialforschung. Eine Einführung, in: Schröder, Wilhelm H. (Hg.): Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biografien in der historischen Sozialforschung, Stuttgart 1985, S. 7-17.
111. Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, Berlin 2009.
112. Seegers, Lu: Hör zu! Eduard Rhein und die Rundfunkprogrammzeitschriften (1931-1965) (Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 34), Potsdam 2001.
113. Sigg, Marco: Der Zweite Weltkrieg 1937-1945 (Marixwissen, Bd. 5), Wiesbaden 2014.
114. Sommer-Weisel, Anna Carla: Das Beamtenurteil. Hintergrund, Kritik und Darstellung seiner Bedeutung für die Stellung des Bundesverfassungsgerichts sowie die Vergangenheitsbewältigung der BRD, in: Bonner Rechtsjournal 10, 1 (2017), S. 71-78.
115. Sonntag, Christian: Medienkarrieren. Biographische Studien über Hamburger Nachkriegsjournalisten 1946-1949, München 2006.
116. Sprockhoff, Anna; Fischer, Torben: Art. 131er-Gesetzgebung, in: Lexikon der Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945 (Band 2), Bielefeld 2007, S. 94-96.
117. Steinbach, Peter: Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981.
118. Szodrzynski, Joachim: Die ‚Heimatfront‘ zwischen Stalingrad und Kriegsende, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte (Hg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 2005, S. 633-685.
119. Teuchert, Uwe: Die Gleichschaltung der Hamburger Tageszeitungen 1933. Eine Untersuchung der Intervention des NS-Regimes im Pressebereich: Vorstufen, Praxis und Auswirkungen, Hamburg 1984.
120. Verg, Erik: Vierzig Jahre Hamburger Abendblatt. Eine Stadt und ihre Zeitung, Hamburg 1988.

121. Vollnhals, Clemens: Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991.
122. Wegehaupt, Phillip: Funktionäre und Funktionseleiten der NSDAP. Vom Blockleiter zum Gauleiter, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 39-59.
123. Weggen, Laura: Das Englandbild der Hamburger Lizenzpresse, Hamburg 2006.
124. Weigel, Björn: ‚Märzgefallene‘ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 91-110.
125. Weiß, Matthias: Journalisten. Worte als Taten, in: Frei, Norbert (Hg.): Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001, S. 218-268.
126. Wenig, Peter: Seid nett zueinander. Wie es damals war, in: HABL-Online, August 2019, URL: <https://haben.abendblatt.de/hamburg/article226649793/Seid-nett-zueinander-wie-es-damals-war.html> (eingesehen am 15.2.2022).
127. Wenzel, Mario: Die NSDAP, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wird man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 19-38.
128. Wetzel, Juliane: Die NSDAP zwischen Öffnung und Mitgliedersperre, in: Benz, Wolfgang (Hg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt am Main 2009, S. 74-90.
129. Wildt, Michael: Die Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003.
130. Wilke, Jürgen: Massenmedien und Vergangenheitsbewältigung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 649-672.
131. Wilke, Jürgen: Überblick und Phasengliederung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 15-27.
132. Wilke, Jürgen u. a.: Holocaust und NS-Prozesse. Die Prozessberichterstattung in Israel und Deutschland zwischen Abneigung und Abwehr (Medien in Geschichte und Gegenwart, Bd. 3), Köln/Weimar/Wien 1995.
133. Wimmer, Katharina Claudia: Die Anfänge der Hamburger Morgenpost (1949-1960). Ein Beitrag zur sozialdemokratischen Pressepolitik der Nachkriegszeit, Hamburg 2012.
134. Wolgast, Eike: Vergangenheitsbewältigung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: Ruperto Carola, 1997, URL: https://haben.uni-heidelberg.de/uni/presse/RuCa3_97/wolgast.htm (eingesehen am 7.11.2022).

10.2. Quellenverzeichnis

10.2.1. Archivische Quellen

AS-UA (Axel-Springer Unternehmensarchiv), Berlin:

Betriebszeitung „Mitteilungen“, Jahrgänge 1956-1958

Betriebszeitung „Springer-Post“, Jahrgänge 1959-1963

Bestand Axel Springer, Reden Axel Springer 10.1971-1972

Bestand Christian Kracht, Personalunterlagen/ Personendatenbank

Bestand Otto Siemer, Personalunterlagen/ Personendatenbank

Bestand HABL, Ordner HABL, Allgemeine Geschichte

Bestand Hans Zehrer, Personalunterlagen/ Personendatenbank

Bestand Otto Siemer, Personalunterlagen/ Personendatenbank

Bestand Martin Saller, Personalunterlagen/ Personendatenbank

Bestand Ullstein, Schriftwechsel 1960

Bestand Peter Tamm, Personalunterlagen/ Personendatenbank

Bestand „Welt“, verschiedene Ordner

Korrespondenz Gerd Bucerius und Axel Springer, Box 22

Redensammlung Axel Springer

Schriftwechsel Axel Springer an Otto Siemer, Box 108

BArch Berlin (Bundesarchiv, Standort Berlin):

R 55 Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

R 56 Reichskulturkammer

Berlin Document Center:

NSDAP Mitgliedskartei, Zentralkartei und Ortskartei

Personalakten

FfZ (Forschungsstelle für Zeitgeschichte), Hamburg:

11/M 4-6 NL Rudolf Michael

StAHH (Staatsarchiv), Hamburg:

135-1 I-IV Staatliche Pressestelle

135-1 V Staatliche Pressestelle V

135-4 Ausschuss für das Pressewesen

211-11 Staatskommissar für die Entnazifizierung und Kategorisierung

332-8 Meldewesen

Privatsammlung Rainer Nawrocki, Hamburg:

Tabellarischer Lebenslauf von Georg Nawrocki

Zeitungsartikel:

Hamburger Tageblatt 1937

Norddeutsche Nachrichten 1935/1936

10.2.2. Gedruckte Quellen

1. Auflagenmeldungen ermittelt der IVW (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern) 1 (1950) – 11 (1960). URL: <https://www.ivw.de/print/archivbestaende-zur-ivw-auflagenliste> (eingesehen am 3.8.2021).
2. Art. 131 Grundgesetz. URL: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_131.html (eingesehen am 18.1.2023).
3. Art. „Brauer kritisiert Gerichtsentscheidung. Strafverfolgung des Verfassers einer antisemitischen Flugschrift wurde abgelehnt“, in: HABL Nr. 7, 9.1.1959.
4. Art. „Gefriergetrocknet“, in: Kressreport Nr. 4, 17.02.1983.
5. Art. „Heimat umfassen“, in: Spiegel Nr. 33, 11.8.1969.
6. Art. „Mann von morgen“, in: Spiegel Nr. 33, 10.08.1970.
7. Art. „Mit Springer verkracht“, in: Zeit Nr. 37, 13.09.1968.
8. Art. „Rufmord an Dr. Budde?“, in: Spiegel Nr. 11, 10.03.1959.
9. Art. „Sicherer Tipp“, in: Spiegel Nr. 7, 13.02.1983.
10. De Bouche, Walter: Erster deutscher Journalistentag in Hamburg, in: Der Journalist 2 (1947), Hamburg. 6/7.
11. Die Quellen sprechen lassen. Der Kriminalprozess gegen Joseph Süß Oppenheimer 1737/38, hg. Emberger, Gudrun/ Kretzschmar, Robert, Stuttgart 2009.
12. Die Bevölkerung der Hansestadt Hamburg nach der wirtschaftlichen Stellung. Volkszählung vom 13.9.1950 und 29.10.1946, in: Hamburg in Zahlen. Zeitschrift des Statistischen Landesamtes der Freien und Hansestadt Hamburg, Hamburg 1951.
13. Döpfner, Mathias (Hg.): Die gedruckte Antwort auf das Fernsehen, in: Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger, Berlin 2005.
14. Eggebrecht, Axel: Rückblicke ins Dritte Reich. Warum zurückblicken?, in: Nordwestdeutsche Hefte 1, 1946, S. 3 – 17.
15. Fischer, Hans Erasmus: Von Mensch zu Mensch. Das Sonnabend-Gespräch mit Hans Erasmus Fischer, in: Hamburger Abendblatt Zeitungsarchiv, Dezember 1952, URL: <https://haben.abendblatt.de/archiv/nachrichten-vom-13-12-1952.html> (eingesehen am 31.1.2022).
16. Gesetz über den Erlaß von Strafen und Geldbußen und die Niederschlagung von Strafverfahren und Bußgeldverfahren (Straffreiheitsgesetz von 1954) vom 17. Juli 1954, in: Bundesgesetzblatt-Archiv 1949-2022, URL: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl154s0203.pdf#_bgbl_%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl154s0203.pdf%27%5D__1704191786397 (eingesehen am 2.1.2024).

17. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallende Personen vom 11. Mai 1951, in: Bundesgesetzblatt-Archiv 1949 – 2022, URL: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&jumpTo=bgbl151s0307.pdf#__bgbl__%2F%2F*%5B%40attr_id%3D%27bgbl151s0307.pdf%27%5D1704190706081 (eingesehen am 2.1.2024).
18. Goebbels, Joseph: Tagebücher Teil 1. Aufzeichnungen 1923-1941, Band 7, hg. von Elke Fröhlich, München 2000.
19. Köhler, Otto: Art. „Stulle mit Wurst“, in: Spiegel Nr. 8, 18.02.1968.
20. Korn, Klaus: Art. „An die Arbeit“, in: HABL Jubiläumsausgabe zum 40-jährigen Bestehen, 14.10.1988.
21. Müller, Hans Dieter: Art. „Ich werde Deutschland wiedervereinigen, ob Sie es glauben oder nicht“, in: Der Spiegel Nr. 3, 14.01.1968.
22. Nettelbeck, Uwe: Art. „Morde am laufenden Band“, in: Die Zeit Nr. 47, 27.11.1967.
23. Not des Bürgers. Schriftsteller Grass, in: Spiegel-Online, Oktober 1967, URL: <https://haben.spiegel.de/kultur/not-des-buergers-a-31f2fabd-0002-0001-0000-000046289950> (eingesehen am 14.2.2022).
24. Opitz, Dieter: Art. „Abschied von Rudolf Stiege“, in: Berliner Morgenpost -online, 25.5.2004, URL: <https://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article103511392/Abschied-von-Rudolf-Stiege.html> (eingesehen am 14.6.2023).
25. „Reich des Zwisbringers“, in: Spiegel vom 20.1.1959. URL: <https://www.spiegel.de/politik/reich-des-zwisbringers-a-deddc7a4-0002-0001-0000-000042624393?context=issue> (eingesehen am 30.3.2023).
26. Schlamm, William S.: Art. „Eichmann nach Deutschland!“, in: Stern Nr. 24, 11.6.1960.
27. Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933, in: Handbuch der deutschen Tagespresse, Berlin 1934.
28. Schriftleitergesetz vom 4. Oktober 1933, in: Ursachen und Folgen, Band 9, Berlin o.J..
29. Sozialmonitoring Integrierte Stadtteilentwicklung. Bericht 2021, URL: <https://haben.hamburg.de/content-blob/15711330/727d2c0115b88daaa3514f87297932cb/data/d-sozialmonitoring-bericht-2021.pdf> (eingesehen am 28.6.2022).
30. Springer, Axel: Aufgaben einer Lokalzeitung in einer sich wandelnden Welt. Rede am 8. Dezember 1968 im Hotel Atlantic, Hamburg 1968.
31. Thies, Frank: Heimkehr zu Goethe, in: Nordwestdeutsche Hefte 1, 1946, S. 29-33.
32. Wallenberg, Hans (Hrsg.): Berlin Kochstraße, Urkunde, Berlin 1966.

33. Zeitungsbände:

Berliner Morgenpost

BZ am Mittag

Die Welt

Die Zeit

Frankfurter Rundschau

Frankfurter Zeitung

Hamburger Abendblatt

Hamburger Allgemeine Zeitung

Hamburger Anzeiger

Hamburger Echo

Hamburger Freie Presse

Hamburger Fremdenblatt

Hamburger Tageblatt

Norddeutsche Nachrichten

34. Zeitungsverlag 34 (1933), S. 17.

Zusammenfassung

In der Dissertation „Die Anfänge des Hamburger Abendblattes von 1948 bis 1965. Eine biografische Studie über seine Redaktion“ werden anhand der quantitativen historischen Sozialforschungsmethode die Lebensläufe von 95 Redakteuren und Redakteurinnen miteinander verglichen und ausgewertet. Im Zentrum der Untersuchung steht die Frage, inwiefern die Redaktion der Anfangsjahre die politische Ausrichtung der Hamburger Tageszeitung hinsichtlich der Berichterstattung zur Aufarbeitung der NS-Zeit prägte. Neben personenbezogenen Quellen wurden auch Artikel des *Hamburger Abendblattes* untersucht, die über NS-Gerichtsprozesse der 1950-er und 1960-er Jahre berichteten. Das publizistische Konzept der „human-interest-story“ und der Werbeslogan „Seid Nett Zueinander“ trafen den Zeitgeist der Hamburger Nachkriegsgesellschaft. Dem Jungverleger Axel Springer gelang es 1948 – allen wirtschaftlichen und politischen Widrigkeiten zum Trotz – eine Tageszeitung in der Hamburger Presselandschaft zu implementieren, die nach nur wenigen Jahren zum Erfolgsgaranten des Springer Verlags avancierte. Eine konsequente „Heile-Welt-Berichterstattung“ kann der Zeitung zwar nicht attestiert werden, dennoch stand die Schonung der Leserschaft und die Akzentuierung der Schuld weniger bzw. die Generalamnestie vieler im Vordergrund der Berichterstattung. Diese Monografie leistet einen Beitrag zur Aufarbeitung der Pressegeschichte Hamburgs in der Nachkriegszeit und füllt somit in personeller, aber auch journalistischer Hinsicht eine wissenschaftliche Lücke.

In the dissertation “The beginnings of the Hamburger Abendblatt from 1948 to 1965” the quantitative historical social research method of “collective biography” is used to compare and analyze the biographies of 95 editors. Central to the study is the question to what extent the editorial staff of the early years shaped the political orientation of the Hamburg daily newspaper with regard to reporting on the Nazi era. Next to person-specific sources, articles of the *Hamburger Abendblatt* were examined that reported on Nazi court trials in the 1950s and 1960s. The journalistic concept of the „human-interest-story“ and the advertising slogan „Seid Nett Zueinander“ („Be nice to each other“) captured the zeitgeist of Hamburg’s post-war society. The young editor Axel Springer succeeded in 1948 – despite all economic and political adversity – in implementing a daily newspaper in Hamburg’s press landscape, which after only a few years became the guarantor of success for Springer Verlag. While the newspaper cannot be said to have consistently reported an „Ideal World“, protecting the readership and emphasizing the guilt of the few or a general amnesty of the many stood in the focus of reporting. This monograph contributes to the reappraisal of Hamburg’s press history in the post-war period and in doing so, fills a scientific gap both in terms of personnel and journalism.